ORGANISATIONSMODELLE FÜR DIE STADTERNEUERUNG IN WIEN

Zwischenbericht

Dezember 1983

Projektleiter:

Hannes WIMMER

Projektmitarbeiter:

Wolfgang FÖRSTER
Helmut HIESS
Roman IVANCSICS
Wilhelm KAINRATH
Carl MANZANO
Sonja PUNTSCHER-RIEKMANN
Barbara ROSENBERG
Brunhilde SCHRÖCKER
Walter URBANEK

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bauten und Technik

INHALTSVERZEICHNIS

1.1 Organisation der Stadterneuerung. - Entwicklung der Organisationsstruktur in der Wiener Stadtverwaltung 1

1.1.1 Anlässe und erste Initiativen 1
1.1.2 Die Phase 1974-1979 2
1.1.3 Die Phase 1979-1983 8
1.1.4 Zur Arbeitsweise der "Gebietsbetreuung" - "Jour Fixes" als Fallbeispiele 12

1.2 Graz: Eigentümerberatungsmodell 20

1.3 Internationale Erfahrungen mit Stadterneuerungsmodellen 22
1.3.1 Rotterdam: Paritätisches Projektgruppenmodell 22
1.3.2 Den Haag: Zentrales Projektgruppenmodell 24
1.3.3 Amsterdam: Dezentrales Projektmodell 25
1.3.4 Delft: Mitberatungsmodell 27
1.3.5 Berlin: Mietergenossenschaftsmodell 28
1.3.6 Hannover: Privatisierungsmodell 29
1.3.7 Hannover: Leihausmodell 30
1.3.8 Wiesbaden: Mietermodernisierungsmodell 32
1.3.9 Basel: Genossenschaftliches Selbsthilfemodell 32
1.3.10 London: Squattergenossenschaftsmodell 34

2. Theoretische Konzeptualisierung kompensatorischer Stadterneuerung 37

2.1 Desinvestitionsverhalten und Segregation 37
2.2 Sozialumschichtung durch Sanierung? 40
2.3 Stadterneuerung - Ursachen neuer Verslumung? 42
2.4 Schichtspezifische Ermittlung des Sanierungsbedarfs 44
2.5 Verteilungspolitische Effekte 46
2.6 Voraussetzungen kompensatorischer Stadterneuerungspolitik 48

3. Methodische Überlegungen 51

3.1 Systematisierung des Forschungsgegenstandes 51
3.2 Zur Reformulierung der Problemstellung des Projekts 54

4. Wirtschaftsbezogene Stadterneuerung 57

4.1 Zu Begriff und Bedeutung der wirtschaftsbezogenen Stadterneuerung 57

4.2 Zur wirtschaftlichen Substanz von Stadterneuerungsgebieten 58
4.3 Die Altmiethausbesitzer und ihr Investitionsverhalten 63
4.4 Probleme der Betriebe mit der Stadterneuerung. - Einige Fallbeispiele 65

5. Initiativen im Stadterneuerungsprozeß 71

5.1 Zur Theorie von Stadterneuerungsinitiativen als Sonderform der Bürgerinitiative 71
5.1.1 Ursprünge und Ursachen von Bürgerinitiativen 73
5.1.2 Motivation zur direkten Teilnahme 77
5.1.3 Legalität und Legitimität 77
5.1.4 Systemverhalten 79
5.1.5 Strategie und Hindernisse 80
5.1.6 Kategorisierungsversuche 83

5.2 Auswahlkriterien 85
5.3 Eingrenzung und Methode 88
5.4 Interviewprotokolle, ausgewähle Initiativen 91

6. Einleitung 217

6.1 Historische Dimension der GWA 220
6.1.1 Community Organization und Community Development 220
6.1.1.1 Community Development 223
6.1.1.2 Opbouwwerk 224
6.1.2 Die Settlementbewegung in England 225
6.1.3 Selbsthilfe-Organisationen, Genossenschaften 226
6.1.4 Gemeinwesenarbeit in Deutschland 228
6.2.1 Methodik der GWA - GWA als Methode der Sozialarbeit? 231
6.2.2 GWA als Arbeitsprinzip 233
6.3.1 Stadterneuerung - Gemeinwesenarbeit, der strukturelle Zusammenhang 238
6.3.2 Kompensatorische STE und emanzipatorische GWA - Organisationsmodelle von GWA im Rahmen von STE? 241

6.4 Auswertung der Experteninterviews 243
6.4.1 Soziale Problematik 244
6.4.2 Partizipation der Bevölkerung an der STE 245
6.4.3 Einsatz von GWA in der Stadterneuerung 246
6.4.4 Schlußfolgerungen 249

6.5 Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit in Wien 251
6.5.1 Ottakring 251
6.5.2 Gumpendorf 254
6.5.3 Gemeinwesenorientierte Ansätze außerhalb der Verwaltung und GWA-Projekte in Österreich 259

7.1 Stadterneuerung und Verkehr 263
7.2 Neue Ziele der Verkehrspolitik 268
7.2.1 Katalog zur Beurteilung verkehrspolitischer Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf Stadterneuerung (wird noch ausgearbeitet) 270
7.3.1 Bundesverkehrspolitik 271
7.3.2 Verkehrspolitik in Wien 273
7.3.2.1 Ziele der Wiener Verkehrspolitik 273
7.3.2.2 Beurteilung der bisherigen Wiener Verkehrspolitik 278
7.4 Individuelles Verkehrsverhalten 283
7.4.1 Verkehrsmittelwahl 283
7.4.2 Bestimmungsgründe der Verkehrsmittel 284
7.4.3 Überlegungen zum PKW-Besitz 287
7.4.4 Gefühl und Verkehr 288
7.4.5 Zusammenhang von individuellem Verhalten im Verkehr und öffentlicher Legitimation 292
7.5 Bürgerinitiativen als neue Bewegung (noch in Arbeit) 293
7.6 Utopien eines sanften Stadtverkehrs-Szenarien (noch in Arbeit) 294
7.7 Fallbeispiele von Konflikten im Verkehrsbereich 295
7.8 Hernalser Untersuchung 296
7.9 Analyse 296
7.10 Schlußfolgerungen für neue Organisationsformen 296

8. Verkehrsberuhigung - Wohnstraßen 299
8.1 Einleitung und historischer Überblick 299
8.1.1 Die Veränderung der Stadt durch den Verkehr 299
8.1.2 Entwicklungsprozesse und Erfahrungen bei Verkehrsberuhigung und Wohnstraßenrealisierung im Ausland 307
8.1.2.1 Beispiel Niederlande 307
8.1.2.2 Beispiel Schweiz 314
8.1.2.3 Beispiel München 318

9. Grünpolitik in der Stadterneuerung 325
9.1 Der wachsende Stellenwert der Grünpolitik in der Stadterneuerung 325
9.2 Die Grünversorgung im dichtbebauten Stadtgebiet 330
9.3 Ansatzpunkte für eine Durchgrünung des dichtbebauten Stadtgebiets 335

9.3.1 Schaffung öffentlicher Grünanlagen duch Abriß einzelner Baublocks 335
9.3.2 "Miniparks" in Baulücken oder auf baulich nicht genutzten Flächen 338
9.3.3 Begrünung und Freimachung der Blockinnenflächen (Hinterhofbegrünung) 340
9.3.4 Begrünung von Fassaden, Dächern, Balkonen, etc. 344
9.3.5 Begrünung des Straßenraums 346
9.3.6 Erhaltung innerstädtischen Grüns 347

9.4 Die Schaffung neuer öffentlicher Grünflächen im dichtbebauten Gebiet 349
9.4.1 Interessenskonflikte 349
9.4.2 Grünflächenerweiterung und "Gebiets-Interesse" 356
9.4.3 Grünflächen für wen? 359
9.4.4 Bodenpolitische Instrumente 361
9.4.5 8 Thesen zur Schaffung neuer Grünflächen im dichtbebauten Stadtgebiet 365

9.5 Erweiterung des privaten Grüns (Hofbegrünung) 370
9.5.1 Hindernisse für eine Begrünung von Innenhöfen 371
9.5.1.1 Bauliche Verhältnisse 371
9.5.1.2 Stellplätze im Hof 372
9.5.1.3 Kosten
9.5.1.4 Ängste, Unsicherheiten 377
9.5.2 Unterschiedliche Interessen 379
9.5.2.1 Hausbesitzer 379
9.5.2.2 Hausbesorger 381
9.5.2.3 Mieter 382
9.5.2.4 Lage der Wohnung 383
9.5.2.5 Individuelle Nutzungsinteressen 385
9.5.3 Förderung von Hofentkernung und Hofbegrünung durch die Stadtverwaltung 390
9.5.3.1 Der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 391
9.5.3.2 Die "Gartenhof-Initiative" 1973 und das Planquadrat 393
9.5.3.3 Das Baumschutzgesetz (1974) und die Förderung von Baumpflanzungen in Innenhöfen (1976) 397
9.5.3.4 Die "Grün"-Kampagne der Stadtverwaltung ("Ganz Wien trägt Grün") 398
9.5.3.5 Hofbegrünung mit Hilfe von Gebietsbetreuern 401
9.5.3.6 Zusammenfassung 404

10. Einleitung 413

10.1 Sozialräumliche Segregation: Versuch einer Ortung des Problems 417
10.1.1 Ökonomie und Raum 418
10.1.1.1 Grundrente und Bodenpreis im Urbanisierungsprozeß 422
10.1.1.2 Zur Interdependenz von Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt 426

10.1.2 Politische Institutionen und Stadtentwicklung 430
10.1.3 Stadt und Ideologie 437
10.1.3.1 Der Mythos der städtischen Gesellschaft 437
10.1.3.2 Das städtische Milieu 443
10.1.3.3 Diskriminierung und Subkultur 448

10.2 Theorien und Modelle zur Erklärung sozialräumlicher Differenzierung 452
10.2.1 Ernest W. BURGESS: Das Modell der Konzentrischen Zonen 452
10.2.2 H. HOYT: Das Sektorenmodell 458
10.2.3 HARRIS und ULLMAN: Die Mehrkerntheorie 461
10.2.4 Modellkombinationen: CHOMBART DE LAWE und MACKENSEN 464
10.2.5 Neuere Ansätze: MARSHALL und JIOBU 466
10.2.6 B. S. MORGAN 467
10.2.7 J. FRIEDRICHS: Ein Modellvorschlag für die BRD 468
10.2.8 B. HAMM: Die neue deutsche Sozialökologie? 474
10.3.9 R. BANIK-SCHWEITZER: Ein Modell für Wien 476

10.3 Zur sozialräumlichen Gliederung Wiens 478
10.3.1 Segregation nach dem "Grade der Wohlhabenheiten" 478
10.3.2 Die Stabilität des sozialräumlichen Segregationsmusters 482
10.3.3 Zur Segregation von ausländischen Arbeitskräften 499
10.3.4 Stadterneuerungspolitik und Mietrecht: das Ende eines stabilen Segregationsmusters? 501

11.1 Einleitung 505

11.2 Die Repräsentation der Wohnverhältnisse im Erleben der Bewohner 507
11.2.1 Allgemeines 507
11.2.2 Eine Kritik des Konstrukts der Wohnzufriedenheit als Legitimationsbarometer 507
11.2.2.1 Zufriedenheit und Legitimation 507
11.2.2.2 Zufriedenheit als resignative Anpassung 510
11.2.2.3 Zufriedenheit und Qualitätskriterien der Wohnung 513
11.2.3 Das Anspruchsniveau als intervenierende Variable 514
11.2.3.1 Der sogenannte "nüchterne Realismus" 514
11.2.3.2 Determinanten des Anspruchsniveaus 516
11.2.4 Eine Arbeitshypothese zur Repräsentation der Wohnverhältnisse im Bewußtsein der Bewohner 518

11.2.5 Methodische Überlegungen zur Erfassung der Repräsentation der Wohnverhältnisse im Bewußtsein der Bewohner 519

11.3 Wohnbedürfnisse 524

11.3.1 Allgemeines 524
11.3.2 Bedürfnisse, Streben, Nachfrage, Forderung 526
11.3.2.1 Verschiedene Stufen eines Prozesses 526
11.3.2.2 Die Verbalisierbarkeit von Bedürfnissen 527
11.3.3 Systematische Bedürfnishierarchien 528
11.3.3.1 Übertragung der Bedürfnistheorie nach MASLOW auf den Bereich der Wohnung und des Wohnumfelds 528
11.3.3.2 Der Ansatz von ARDREY 529
11.3.4 Wohnwünsche und Wohnneigunstypen nach PIPEREK 530
11.3.5 Aus der Bedürfnisforschung abgeleitete Qualitätskriterien einer Wohnung bzw. Wohnumgebung 535
11.3.5.1 Physische, physiologische und funktionelle Kriterien der Wohnqualität 535
11.3.5.2 Psychologische Kriterien 536
11.3.5.3 Soziale Kriterien 538
11.3.5.4 Umweltkriterien 539
11.3.5.5 Wirtschafts- und Konstenkriterien 539

11.4 Wohnpsychologische Einflußfaktoren 540
11.4.1 Dimensionale Aufschlüsselung 541
11.4.2 Die bautechnisch-physische Dimension 542
11.4.2.1 Das Konzept der physischen Stressoren 542
11.4.2.2 Wohndichte 544
11.4.2.2.1 Crowding - Dichte und Enge aus wohnpsychologischer Sicht 544
11.4.2.2.2 Begriffsbestimmungen 546
11.4.2.2.3 Dichte, Enge und ihre Effekte 549
11.4.2.3 Lärm
11.4.2.3.1 Lärm als physicher Stressor 559
11.4.2.3.2 Extraaurale Lärmwirkungen 561
11.4.2.3.3 Extraaurale Lärmwirkungen in Abhängigkeit von der Dauer der Schallexposition (Nacheffekte) 564
11.4.3 Die psycho-soziale Dimension 566
11.4.3.1 Allgemeines 566
11.4.3.2 Wohnumwelt und Sozialkontakt 566
11.4.3.2.1 Funktionen des Sozialkontakts 567
11.4.3.2.2 Wohnumwelt und Sozialkontakt (Wohndauer, Wohnform) 569
11.4.3.3 Die soziale Bedeutung des Raumes - Der Begriff der emotionalen Ortsbezogenheit 573

11.5 Schlußbemerkungen zur 'Partizipationsfunktion' von wohnpsychologischen Untersuchungen 578

1.1 Organisation der Stadterneuerung. - Entwicklung der Organisationsstruktur in der Wiener Stadtverwaltung

1.1.1 Anlässe und erste Initiativen

Die moderne Geschichte der Stadterneuerung in Wien hängt mit der Ausarbeitung des Stadterneuerungsgesetzes 1974 zusammen. Zwar war und bleibt der direkte Einfluß dieses Gesetzes auf das reale Stadterneuerungsgeschehen äußerst gering, aber es wurde zum wesentlichen Anlaß, daß man sich anfangs der 70er Jahre verstärkt mit der Inangriffnahme von Stadterneuerungsprojekten befaßte.

Natürlich gab es auch andere Anlässe: so verdichtete sich seit Mitte der 60er Jahre die allgemeine fachliche und politische Diskussion mit dem Ziel, die Kommunalpolitik - und insbesondere die Wohnbautätigkeit und Stadtplanung - vermehrt von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung umzuorientieren.

Als 1973 im Rahmen einer größeren politischen Erschütterung in Wien Bürgermeister Felix Slavik zurücktrat und Leopold Gratz neuer Bürgermeister und Landesparteiobmann der SPÖ-Wien wurde, entstanden auch neue Initiativen in Richtung Stadterneuerung.

Zu diesem Zeitpunkt entstanden drei Initiativen, die für unser Thema bemerkenswert sind; sie entstanden teils parallel und einander ergänzend, teils in rivalisierender Konkurrenz zueinander:

- Der Sonderberater des Bürgermeisters, Fred Freyler, initiierte Erneuerungsprojekte, von denen das sogenannte Planquadrat in Wien 4, Mühlgasse, geblieben ist. Dabei wurde folgende Stategie gewählt: eine intesive Medienarbeit des ORF, plus eine beauftragte Planergruppe von Architekten, Sozialarbeitern und

Studenten sollte im Gebiet arbeiten und Druck auf die versteinerte Verwaltungsstruktur ausüben.

- Es wurden, teils durch Freyler, teils durch die MD-KOB magistratsinterne Arbeitskreise installiert, die ressortübergreifend über verschiedene Themen Beratungen durchführen sollten. Auch Stadterneuerung, auch das Planquadrat, waren zu behandelnde Themen.
- Im Bereich des Planungsstadtrates Fritz Hofmann wurden Vorgangsweisen überlegt, um die Stadterneuerung einzuleiten. Dabei ging es um eine Alternative zum Planquadrat, die insbesondere in Ottakring zum Tragen kam.

Die ressortübergreifenden Arbeitskreise führten zu einer gewissen Sensibilität und informellen Kontaktnahmen verschiedener Sachbearbeiter. Die Arbeit selbst verlief sich nach 2-3 Jahren mangels politischem Interesse, Arbeitsüberlastung der Beteiligten und geringer Zielausrichtung und Effizienz der Tätigkeit. Die beiden Projekte Planquadrat und Ottakring begannen ab 1974 konkurrierend anzulaufen, Planquadrat hatte überdurchschnittliche Publizität, in Ottakring ging es anfangs ruhig zu. Planquadrat führte zur Konfontration ORF-Magistrat, wodurch dieses immer als aufgezwungenes Projekt empfunden und alle dort gemachten Erfahrungen tabuisiert wurden. Dennoch sind starke Parallelitäten zu Ottakring feststellbar.

1.1.2 Die Phase 1974-1979

Als eigentlich wirksamer Ausgangspunkt für die weitere Organisationsentwicklung muß daher das Projekt Ottakring angesehen werden. An diesem Projekt wurden in den folgenden Jahren Verfahrensweisen und Organisationsmodelle erprobt und hernach verallgemeinert.

Wie beim Planquadtrat versuchte man auch in Ottakring eine lokale, intensive Bearbeitung des Gebietes, bei der der Bevölkerungskontakt entscheidend war und vorerst kein "Plan" vorlag.

Man achtete darüber hinaus nur bei der Auswahl des Gebietes darauf, daß keine zu großen Strukturmängel auftraten und im Bezirk klare Mehrheitsverhältnisse zugunsten der SPÖ herrschten; damit waren günstige Realisierungschancen für Stadterneuerungsvorgänge gegeben.

Im Gegensatz zum Planquadrat wollte man die Konfrontation zwischen externen Animatoren und Verwaltung vermeiden und verlegte Beamte in das Gebiet. Bald bürgerte sich für diese Art der lokalbezogenen Arbeit der Ausdruck "Gebietsbetreuung" ein.

Man kann von einem Glücksfall sprechen - denn so selbstverständlich war es keineswegs -, daß in dieser Phase das Zusammenspiel von sehr fortschrittlichen, engagierten und kreativen Beamten unter Hofmann, einem wohlwollenden und aufgeklärten Stadtrat, möglich war. Die beiden beamteten Hauptbeteiligten waren Ernst Roth vom Büro des Gruppenleiters Planung innerhalb der Baudirektion (eine damals einflußreiche Stelle) und Horst Berger von der MA 21 - Flächenwidmungs- und Bebauungsplan.

In der MA 21 wurde die wichtigste Verwaltungsstelle in Sachen Stadterneuerung aufgebaut. Sie war zwar klein (mit Berger 4-5 Leute), bestand aber durchwegs aus engagierten Leuten. Für die nächsten Jahre - etwa 1974-1979 - lag das organisatorische Zentrum der Stadterneuerung zweifellos in dieser Gruppierung.

Dennoch blieb die MA 21 nicht die einzige befaßte Stelle. In Wien verzichtete man darauf, die Stadterneuerung durch den Aufbau einer speziellen Abteilung oder einer speziellen Organisationsform in die Wege zu leiten. Keine einzige formelle Organisationsinstanz wurde neu geschaffen. Es wandelten sich bloß einige Vorgänge und Verfahren und einzelne Personen begannen, Schlüsselpositionen einzunehmen. Die eine kleine Ausnahme war, daß die Gruppe um Berger irgendwann die Bezeichnung "Referat Stadterneuerung" erhielt - neue Kompetenzen erwuchsen daraus nicht.

Man bemühte sich im Sanierungsgebiet Ottakring auch andere Dienststellen zur Arbeit im Gebiet zu animieren. Es bildete sich allmählich eine informelle Arbeitsgruppe, die aus verschiedenen, meist überdurchschnittlich engagierten Sachbearbeitern aus verschiedenen Dienststellen und Geschäftsgruppen bestand und sich regelmäßig zum jour fixe im Gebietsbetreuungslokal zusammenfand.

In der Anfangsphase wurden drei Architekten (bzw. Architektengruppen) beauftragt, Planungsvorschläge für Ottakring auszuarbeiten. Diese wurden sodann durch Ausstellungen und Veranstaltungen mit der Bevölkerung diskutiert.

Von Anfang an waren die Bezirkspolitiker, die Bezirksvertretung - meist in Person des Bezirksvorstehers - in die Geschehnisse einbezogen. Die wichtigsten Schritte in der Planung und Durchführung wurden immer auch in der Bezirksvertretung beschlossen.

1978 wurde die Gebietsbetreuung an die URBANBAU vergeben. Die URBANBAU ist eine Tochtergesellschaft des gemeinnützigen Wohnungsunternehmens "Sozialbau", die der SPÖ-Wien und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund gehört und zu den einflußreichsten Kreisen der Wiener Wohnungspolitik zählt. Als Geschäftsführer der URBANBAU wurde Wolfgang Gräsel, ein Mitarbeiter Horst Bergers gewählt, also ein Mann, der im Geiste der bisherigen Planungsschritte zu arbeiten gedachte. Die URBANBAU wurde verpflichtet, in dem Sanierungsgebiet Ottakring nur Gebietsbetreuung zu betreiben und alle anderen Tätigkeiten eines Bauträgers zu unterlassen. Später wurde sie zwar speziell mit der Baubetreuung von Neubauten der Gemeinde Wien beauftragt, diese zusätzlichen Agenden sind jedoch mit der ursprünglichen Grundsatzverpflichtung nicht im Widerspruch, sondern erhöhen die Betreuungsdichte im Gebiet. Die URBANBAU beschäftigte in Ottakring durchwegs fortschrittliche und engagierte junge Architekten. Sie wurde von der MA 21 beauftragt und bezahlt. Die Zusammenarbeit zwischen URBANBAU, Verwaltung und Bezirksvertretung war eng und kooperativ. Gleichzeitig bemühte sich die

Gebietsbetreuung um guten Kontakt mit der Bevölkerung - den Mietern, Hauseigentümern und Betriebsinhabern. Spezielle Kompetenzen hatte die URBANBAU nicht; sie war auf Animation nach allen Richtungen angewiesen.

Zwar war das Stadterneuerungsgesetz 1974 Ausgangspunkt des Projektes, einen besonderen Einfluß übte dieses Gesetz ansonsten nicht aus. Immerhin wurde 1977 ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan beschlossen, der wiederum Voraussetzung für die Erklärung zum "Assanierungsgebiet" 1978 war. 1980 erwog man ernsthaft eine Enteignung gemäß Steg.§10 einzuleiten, ließ aber dann davon ab, umsomehr als der Eigentümer sich entschloß, selbst erneuernd aktiv zu werden - insoferne übte das Gesetz einen gewissen Einfluß aus. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Erneuerung á la Ottakring auch ohne Steg. durchgeführt hätte werden können.

Aufgrund des guten Kooperationsklimas zwischen den Sachbearbeitern der beteiligten Dienststellen und Geschäftsgruppen war eine enge Verzahnung von Planung und Durchführung möglich. Die strategische Ausrichtung der Stadterneuerung in Ottakring wurde von der Planungsgruppe innerhalb der MA 21 durchgesetzt und entsprach dem Konzept der "sanften Stadterneuerung".Dieses Konzept wurde aus Beobachtungen und Erfahrungen mit der Flächensanierung in Berlin abgeleitet und entsprach auch dem der Initiativgruppe im Planquadrat und dem der meisten fortschrittlichen Planer in Wien. Dieses Konzept wurde von den Stadträten Fritz Hofmann (Planung) und Hubert Pfoch (Wohnen) gebilligt, von den sonstigen politischen Entscheidungsträgern toleriert, obwohl es in manchen, wesentlichen Teilen der Verwaltung Bedenken gab (viele mit dem Wohnbau befaßten Beamten, viele Finanz- und Wirtschaftsstrategen hätten lieber eine "effizientere" Vorgangsweise gesehen; sie hielten sich auf Warteposition).

Besondere Finanzierungs- oder Förderungsmittel standen nicht zur Verfügung. Allerdings gelang es, die üblichen Förderungsmittel (z.B.Wohnungsverbesserung) und die Grundankaufstätig-

keit - und damit die Neubautätigkeit der Gemeinde Wien- konzentriert im Sanierungsgebiet einzusetzen.

Ab 1977 wurden neben Ottakring 5 weitere Sanierungsgebiete bearbeitet, wobei dort sofort externe Gebietsbetreuungsgruppen von der MA 21 beauftragt wurden. Man wählte bewußt verschiedene Gruppen und Firmen:

Wien 6, Gumpendorf: Gruppe freischaffender Architekten des Wirtschaftsverbandes
(SPÖ-nahestehend, fortschrittlich)

Wien 7, Ulrichsberg: GSA-Stadterneuerungsgesellschaft
(ÖVP-nahestehend, kompetent)

Wien 9, Himmelpfortgrund: Architektengruppe
(SPÖ-nahestehend, fortschrittlich)

Wien 12, Wilhelmsdorf: URBANBAU

Wien 15, Storchengrund: Architekt Hlaweniczka
(ÖGB- und SPÖ-nahestehendes Großbüro)

Die Auswahl politisch unterschiedlich orientierter Gruppen hatte bisher nur marginale Auswirkungen auf die Art der Gebietsbetreuung.

Man ging zunehmend dazu über, größere Gebiete auszuwählen. Dadurch sank zwar die Betreuungsintensität, allerdings vergrößerten sich der räumliche Betreuungsrahmen und die Flexibilität bei der Spezialbetreuung besonderer Problemfälle sowie die Bearbeitung der Verkehrs- und Umweltprobleme.

Das Schwergewicht der mit Stadterneuerung befaßten Personen lag auf der Bearbeitung von Stadterneuerungsgebieten (Untersuchungs- bzw. Assanierungsgebiete lt.Steg. 1974). Das Gebiet stadterneuerungswürdiger Zonen in Wien ist aber viel größer als die Summe der Stadterneuerungsgebiete. Wie wurde Stadterneuerung außerhalb dieser Gebiete betrieben?

a) Einige der in Erneuerungsgebieten gemachten Erfahrungen wurden als Pilotprojekte für spätere Tätigkeiten verstanden. So entstand die erste Wohnstraße in Ottakring - inzwischen gibt es ein Wohnstraßenprogramm für alle innerstädtischen Bezirke. In Ottakring entwickelte man konkrete Lösungsansätze für die umfassende Hausverbesserung, die nun überall in Wien anwendbar bzw. weiterentwickelbar ist. Im Planquadrat und in allen folgenden Stadterneuerungsgebieten sammelte man Erfahrungen mit neuangelegten, innerstädtischen Grünanlagen und den dabei massiert auftretenden Nutzungskonflikten. In Ottakring, Gumpendorf und Meidling traten die ersten organisierten Bürgerinitiativen auf, die sich mit Stadterneuerung auseinandersetzten.

b) Neben dem Planquadrat war Anfang der 70er Jahre ein zweites Stadterneuerungsgebiet besonderer Art entstanden, das ebenfalls von außen, durch eine Bevölkerungsinitiative, der Stadtverwaltung aufgezwungen wurde: der Spittelberg. Dabei ging es um ein kulturhistorisch wertvolles Gebiet aus der Barockzeit, mit sehr hohem Anteil an barockem und biedermeierlichem Hausbestand. Das Gebiet war in den 60er Jahren der Spekulation anheim gefallen, wurde von der Bevölkerung entleert und stand knapp vor dem flächenmäßigen Abbruch. Eine sehr aktive Bevölkerungsinitiative setzte durch, daß das Gebiet von der Gemeinde aufgekauft und revitalisiert wurde. Es kam sogar zur Einrichtung des selbstverwalteten Gemeinschaftszentrums Amerlinghaus. Der Spittelberg wurde zu einem Modellfall für Altstadterhaltung und Ensembleschutz. Ähnliche räumlich konzentrierte Altstadterhaltungsaktionen entstanden in der Schönlaterngasse und Am Gestade.

Hauptsächlich aus Anlaß des U-Bahnbaues entstanden in Wien ab 1970 die ersten Fußgeherzonen, erweiterten Parkgestaltungen und Verkehrsberuhigungen in der City und in Hauptgeschäftsstraßen. Diese Aktivitäten wurden mit intensiviertem organisatorischem Nachdruck seitens der Stadtverwaltung, aber ohne Einbeziehung der Bevölkerung vorangetrieben.

c) Eine Reihe von Instrumenten, die in die Stadterneuerung hineinspielen, wurde in den letzten Jahren novelliert, wobei immer wieder die in Stadterneuerungsgebieten gemachten Erfahrungen von den beamteten Sachbearbeitern eingebracht wurden - mit mehr oder weniger Erfolg. Am erfolgreichsten ist das Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 (ohne daß ein entsprechender Einfluß darauf genommen worden wäre), weniger erfolgreich das Mietrechtsgesetz 1981. Schon 1972 wurden das Altstadterhaltungsgesetz (als Novelle der Bauordnung für Wien) und der Altstadterhaltungsfonds geschaffen. Beide Instrumente erwiesen sich als relativ erfolgreich. Die neuen Bestimmungen der sogenannten "Altstadtmilliarde" sind erst im Anlaufen begriffen. Daneben wurden folgende Gesetze seit Jahren diskutiert: Novelle Wohnbauförderungsgesetz 1968, Wohnhausmodernisierungsgesetz 1983 (?), Novelle Stadterneuerungsgesetz /Bodenbeschaffungsgesetz 1974.

Mit dem Einsturz der Reichsbrücke kam es zu kleineren organisatorischen Umstellungen. Fritz Hofmann mußte als Planungsstadtrat zurücktreten, Prof. Rudolf Wurzer trat an seine Stelle. Er beließ vorerst die unter Hofmann entstandene Konstruktion, mehr aus Nachlässigkeit als aus Überzeugung. Als er sich nach 2-3 Jahren vermehrt mit der Stadterneuerung beschäftigte, setzte er neue Aspekte; sie werden im nächsten Abschnitt besprochen, weil sie vor allem in die Zeit nach 1979 fallen.

1.1.3 Die Phase 1979-1983

Stadtrat Wurzers Einfluß auf die Stadterneuerung führte zu folgenden Veränderungen:

- Die Gebietsbetreuung wurde drastisch reduziert und insbesondere dem partizipatorischen Ansatz entkleidet. Die beauftragten Gruppen bzw. Unternehmen hatten sich auf Planung zu beschränken, wobei die "Stadtteilplanung" unter Einbeziehung der Umgebung der Gebiete im Vordergrund stand und sich in Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erschöpfte .

- Die Phase der Planung wurde streng von der Phase der Durchführung abgegrenzt, wodurch die notwendige Koordination zwischen diesen Bereichen immer schwieriger wurde. Die beteiligten Beamten und externen Planer waren häufig auf halblegale Kooperation angewiesen, um das Geschehen halbwegs im Laufen zu halten.
- Da bislang vor allem die Gruppe der Planer (beamtete und externe) als Initiatoren der Mitbestimmung und der Durchsetzung kleiner Projekte fungierten, wirkte sich deren "Zurückzug" stagnierend auf das gesamte Stadterneuerungsgeschehen - zumindest innerhalb der Stadterneuerungsgebiete - aus.

Ende 1980 wurde der Rückzug der Verwaltung aus der Gebietsbetreuung greifbar. Zwar wurde Stadtteilplanung noch in den Gebietsbetreuungslokalen durchgeführt, den Planern wurde jedoch der enge und informelle Kontakt mit der Gebietsbevölkerung untersagt. Im Laufe des Jahres 1981 wurden die Lokale im 6., 7., 9. und 15. Bezirk entweder geschlossen oder nur mehr sporadisch (z.B. einmal wöchentlich) geöffnet). Jedenfalls mußte die Bevölkerung den Eindruck eines weitgehenden Rückzuges der Verwaltung aus der partizipativen Gebietserneuerung gewinnen.

Dieser Zustand wurde erst wieder im August 1982 beendet. Fast zwei Jahre Stagnation mußten alle Ansätze zur positiven Kooperation zwischen Gebietsbevölkerung und Verwaltung nachhaltig (also über die zwei Jahre hinaus) stören. Die MA 21 wurde in einer Weise umstrukturiert, daß es kein Referat für Stadterneuerung mehr gab; Berger und seine Gruppe betreiben seit 1983 Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung in den Bezirken 8,9,16.-19. Ähnliche Beobachtungen konnten schon früher beim Planquadrat und in Ottakring gemacht werden, wo es zu kürzeren (etwa halbjährigen) Rückzügen gekommen war. Die Bewohner reagieren durch Resignation und finden ihre (Vor)urteile gegen die Verwaltung bestätigt: Bürokratismus, Überheblichkeit, Langsamkeit, Desinteresse.

Wurzers Maßnahmen gingen nicht allein auf seine persönliche Initiative zurück, sondern entsprachen der allgemeinen politischen Einstellung der Stadträte. Insbesondere Stadtrat Mayr (Wirtschaft und Finanzen) beklagte die zu intensive Gebietsbetreuung und die "Erweckung von Bedürfnisneurosen" (etwa bei Wohnstraßen, Radwegen oder innerstädtischen Begrünungen). Man war allgemein der Meinung, daß schon zu viele Stadterneuerungsgebiete zu bearbeiten begonnen worden waren. Stadtrat Hatzl (Wohnen und Stadterneuerung) als Hauptzuständiger für die Stadterneuerung zeigte ebenfalls kein besonderes Engagement zur Verhinderung des Rückzuges; er konzentrierte sich vor allem auf den kommunalen Wohnungsbau. Es gab also insgesamt kein spürbares politisches Engagement der politischen Führung für die integrierte Gebietserneuerung und die Partizipation. Gleichzeitig wurde versucht, die üblichen Routinemaßnahmen vermehrt als Stadterneuerungsaktivitäten darzustellen: Wohnungsneubau, Wohnungsverbesserung, U-Bahnbau plus Fußgeherzonen, Altstadterhaltungsfond usw.

Im Frühjahr 1982 wurde von der Bundesregierung ein Stadterneuerungsfonds geschaffen ("Altstadtmilliarde"), der auch für die Gebietserneuerung Mittel anbot (75% der Mittel sollten in die Wohnhauserhaltung und teilweise in die Wohnhausverbesserung fließen). Dadurch wurde es möglich, einige bereits vorbereitete Maßnahmen im öffentlichen Raum zu finanzieren (Wohnstraßen - meist nur sehr unbefriedigende Provisorien -, Begrünungen). Die Förderung erwies sich bald als wenig initiierend, da die in Aussicht gestellten 6 % verzinsten Darlehen keinen nennenswerten Anreiz boten. Zur gleichen Zeit beschloß auch der Klub der sozialistischen Gemeinderäte unter Klubobmann Edlinger ein Konzept der "sanften Stadterneuerung", in dem ein Fonds auf Landesebene und einige organisatorische Verbesserungen gefordert wurden. In der Stadterneuerungskommission der Stadtverwaltung wurde bereits im Herbst 1981 beschlossen, die Gebietsbetreuung als wichtigen Bestandteil der Stadterneuerungspolitik anzuerkennen. Es gab also auch während der Rückzugsphase eine Reihe von Bemühungen, das

Stadterneuerungsgeschehen wieder in Gang zu bringen; die vorherrschende Tendenz war jedoch eine stagnierende.

Im August 1982 wurde die Gebietsbetreuung wieder installiert; diesmal von Stadtrat Hatzl. Die Kontaktstelle war nicht mehr wie bis 1980 die MA 21, sondern die KOSTE (Koordinationsstelle Stadterneuerung) mit Rauscher und Roth. Die Gebietsbetreuung in Ottakring durch die Urbanbau war bereits seit 1980 von der KOSTE koordiniert worden. Diese neue Phase der Gebietsbetreuung ist erst im Anlaufen. Noch sind die Folgen der fast zweijährigen Stagnation deutlich spürbar.

Mit den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 1983 kam es zu größeren Veränderungen in der Einteilung der Geschäftsgruppen und der politischen Verantwortung für Stadterneuerung. Stadtrat Wurzer schied aus dem Stadtsenat aus, Hatzl übernahm das Ressort "Verkehr und Energie". Fritz Hofmann, der bis 1976 Stadtrat für Stadtplanung war, übernahm das große Ressort "Stadtentwicklung und Stadterneuerung", zu dem neben der Stadtplanung auch der Wohnungsbau und die Grundstücksangelegenheiten zählen. Ressortgliederung und politische Verantwortung scheinen günstige Voraussetzungen zu bieten, die integrierte und partizipative Gebietserneuerung neuerlich auf eine bessere organisatorische Basis zu stellen.

1.1.4 Zur Arbeitsweise der "Gebietsbetreuungen" - "Jours Fixes" als Fallbeispiele
Gedächtnisprotokoll Jour Fixe, Gebietsbetreuung Storchengrund

Anwesend: Koordinationsstelle Stadterneuerung, MA 46, MA 28, MA 42, Bezirksvorsteher, Bezirksmandatare, Gebietsbetreuer.

Auf der Tagesordnung stehen Verkehrsprobleme, die Neugestaltung der Diefenbachgasse, das neue Aktivitätskonzept der Gebietsbetreuung, Hausverbesserungen.

Verkehrslösung Sparkassaplatz :

Die Gebietsbetreuung legt einen Plan mit zwei Ausbauphasen vor, die einen Kreisverkehr vorsehen. Die MA 46 legt dagegen ein Verkehrskonzept für das ganze Gebiet vor, das eine andere Lösung für den Platz vorsieht. Die Anwesenden beschließen, daß der Bezirksvorsteher ein Ansuchen an die MA 46 richten soll, nun auch die Kreisverkehrsvariante zu untersuchen. Der Vorschlag der MA 46 inkludiert auch eine Verkehrsberuhigung in der Graumanngasse. Es ergibt sich das Problem, daß für Straßenverbreiterungen die MA 28 zuständig ist, aber vorläufig für das Jahr 1983 noch kein Budget bekommen hat, obwohl sie angeblich "im Geld schwimmt". Das Hauptproblem ist daher die Finanzierung der nötigen Einbauten. Ebenfalls im Konzept der MA 46 enthalten ist die Ausweisung des Motorisierungsgrades im Bezirk, wobei eine Vollmotorisierung bei 4oo KFZ pro 1.ooo Einwohner angenommen wird, somit im Gebiet ein Motorisierungsgrad von 7o% erreicht ist. Die Stellplatzsituation ist an sich gut, es besteht aber ein starker Stellplatzdruck aus den angrenzenden Gebieten. Freie Garagenplätze sollen (nach den Wahlen) stärker propagiert werden. Es folgt eine längere Diskussion um die Form die Abbiegepfeile im gezeichneten Plan.

Das Problem der Straßenbahnhaltestellen kann nicht gelöst werden, da die Verkehrsbetriebe nicht eingeladen wurden.
Der Bezirksvorsteher stellt fest, daß Autos als zweitrangig betrachtet werden müssen.

Verselbständigung von Plänen:
Ursprünglich nur als Diskussionsgrundlage gedachte Pläne (wie der der MA 46) scheinen "plötzlich" als gültige Pläne auf. Dies wird von mehreren Diskussionsteilnehmern kritisiert.

Gestaltung Diefenbachgasse:
Die Gebietsbetreuung legt einen Plan für den Ausbau des Bereichs vor der Schule vor, der eine arenaartige Vertiefung vorsieht. Der Bezirksvorsteher lehnt diese "Weinbergschnecke" zunächst heftig ab: "Soetwas will ich mir kein zweites Mal einhandeln", da eine ähnliche Lösung vor dem Haus der Begegnung dazu geführt habe, daß die Leute dort Sprüche auf die Mauer malen , die außerdem als "Homopissoir" verwendet würde. Einer der Gebietsbetreuer macht den Vorschlag, die Schüler der Mittelschule Pläne machen zu lassen. Dies stößt auf längeres Gelächter, da solche Vorgangsweisen schon aus anderen Bezirken bekannt seien und stets utopische Lösungen lieferten (im 1o. Bezirk z.B. den Vorschlag eines FKKbades.) Nach längerer Diskussion wird beschlossen, Kostenvarianten auszuarbeiten und bei der nächsten Sitzung zu vergleichen. Ein zusätzliches Problem ergibt sich daraus, daß der Grund teilweise bei der MA 42, teilweise aber bei der MA 28 verwaltet wird.

Das neue Aktivitätskonzept der Gebietsbetreuung sieht vor: eine Befragung der Bewohner zu bereits bestehenden Grünpflanzungen, eine Aktivierung privater Innenhöfe gemeinsam mit den Besitzern bzw. den Bewohnern, da die Aktion" Wien im Blumenschmuck" heuer erstmals auch auf Innenhöfe ausgedehnt wurde. Eine Untersuchung über Pflanzungen in der Graumanngasse. Weitere Entrümpelungen werden vorgeschlagen, nach einer längeren Diskussion aber abgelehnt, da diese Aktion sehr teuer sei und die übrigen Bezirksteile nicht benachteiligt werden sollen. Die angeregte Portalaktion bei den Geschäften vor allem in der Sechshauserstraße zeigt bisher kein Interesse von Kammer und Geschäftsleuten: "Bei Großen (Billa) gehört Häßlichkeit ja zum Gestaltungskonzept". Es folgt eine

längere Diskussion über Aktivitäten oder "Scheinaktivitäten" des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der schon einen Gewerbehof in einem anderen Gebiet durch "gezielte Nichtkooperation" umgebracht habe. Außerdem sei der als Gewerbehof vorgeschlagene Sechshauserhof ein Spekulationsobjekt (Gastarbeiterhaus mit 4 Mio auf § 7 , 38facher Mietzins).

Zum Kapitel Hausverbesserungen wird angemerkt, daß 27 Hausbesitzer mit konkreten Verbesserungsplänen angeschrieben wurden, davon haben 1o Besitzer bisher positiv reagiert. In 5 Häusern haben Mieter Interesse für Wohnungsverbesserungen bekundet. Eine längere Diskussion über die Absiedlungsproblematik aus von der Gemeinde angekauften Häusern ergibt, daß dies bisher Sache der Bezirksvertreter war, die sich später um individuelle Lösungen bemühten und vor allem Ersatz im Bezirk suchten. Jetzt scheint diese Funktion offensichtlich zentral von der Gemeinde wahrgenommen zu werden, was für den Bezirk unbefriedigend sei, da die Klagen an die Bezirksvertretung herangetragen würden, diese aber praktisch nichts machen könnte. Generell sei aber festzustellen, daß die Gemeinde niemals Substandardwohnungen als Ersatz anbietet, außer wenn es vom Mieter ausdrücklich gewünscht wird. Das hat allerdings im Stadterneuerungsgebiet zur Folge, daß die Leute oft auf die Absiedlung und damit auf die bessere Ersatzwohnung warten, und in das Althaus nichts mehr investieren wollen.

Gedächtnisprotokoll Jour Fixe Gumpendorf

Anwesend: MA 21, MA 27, MA 25, MA 42, MA 52, SEG (Kallinger), Urbanbau, Baupolizei, Bezirksvorsteherstellvertreter, Koordinationsstelle Stadterneuerung

Auf der Tagesordnung stehen Gehsteigverbreiterung in der Garbergasse, Häuserrenovierungen an der Mittelgasse, das Problem Bürgerspitalgasse 1, der Fall Bürgerspitalgasse 8, das Grundstück Millergasse 29, die Grundstücke Millergasse 31 und 33, das Haus Garbergasse 2oa, die Realisierung des geplanten Parks im Stadterneuerungsgebiet, die Beschlußfassung über den Bebauungsplan, geplante Hausbegrünungen.

Zu den Häuserrenovierungen an der Mittelgasse wird festgestellt, daß z.T. Hausherreninitiativen existieren. Die SEG unterbreitet einen Vorschlag über Fasadenrenovierungen bzw. Rekonstruktionen, wobei die Kosten für 5 Häuser bei ca. S 2,5 Mio liegen würden. Dazu können Zuschüsse aus dem Altstadterhaltungsfonds beansprucht werden. Das Haus Bürgerspitalgasse 1 wird als ein unlösbares Erhaltungsproblem bezeichnet, die Gebietsbetreuung ist nach eigenen Aussagen "heilfroh, daß Mieter nicht um Rat kommen", da man ihnen ohnehin keine Hoffnung machen könne. Das Haus Bürgerspitalgasse 8 ist ein Betriebsobjekt, das vom Eigentümer allein ebenfalls nicht erhalten werden kann. Da es dort keine Mieter gibt, auf die man die Kosten überwälzen kann, will der Eigentümer Zuschüsse, die es aber nicht gibt. Auch dieses Problem ist daher derzeit nicht zu lösen.

Das Problem Millergasse 29 bewirkt eine lange Diskussion. Das Grundstück liegt im ausgewiesenen EPK (öffentliches Erholungsgebiet), eine Enteignung wäre prinzipiell möglich. Der Hausherr verfolgt aber eine neue Strategie: er vergibt Wohnungen im Eigentum, um eine Enteignung zu verkomplizieren. Als Gegenstrategie der Gemeinde wurde vorgeschlagen, eine sofortige Enteignungsanmerkung im Grundbuch vorzunehmen, um potentielle Käufer der Wohnungen abzuschrecken bzw. diese ohne Komplikationen enteigenen zu können. Generell muß aber festgestellt werden,

daß ein Enteignungsverfahren heute so kompliziert ist, daß man besser Verhandlungen erzwingen sollte. Der heutige Eigentümer des Grundstückes wird im übrigen selbst als ein "Opfer" bezeichnet, weil er mit dem Haus in dem damals bereits ausgewiesenen EPK spekulieren wollte, ein aussichtsloses Unterfangen. Daß die Gemeinde das Haus damals nicht selbst gekauft hat (MA 69), wird als großer Fehler bezeichnet, "man hätte sich damit viel erspart". Die Bewohner wollen natürlich wissen, wie die Sache weitergeht. Sie wissen, daß das Haus nicht erhalten werden kann und drängen die Gemeinde auf Absiedlung. Auch das ist aber problematisch, weil im Bezirk Mariahilf insgesamt 123 Wohnungen in nächster Zeit abgesiedelt werden müssen. Davon sollen laut Bezirksvorsteher 8o% im Bezirk untergebracht werden, aber die Leute weigern sich, in neue Gemeindebauten mit kleineren Wohnungen und höheren Mieten einzuziehen. Nur ganz wenige, meist ältere Leute nehmen die Geldentschädigungen für ihre alten Wohnungen an, u.zw., weil sie sowieso schon wo anders wohnen. Ein Problem des Mietrechtsgesetzes ist es, daß die Leute grundsätzlich Anspruch auf gleich große Wohnungen haben und gerade die älteren Leute oft in 4 bis 5-Zimmer-Wohnungen allein wohnen.

In den Häusern Millergasse 31 und 33 existieren ähnliche Probleme, die daher nicht mehr diskutiert werden.

Der Hintertrakt des Hauses Garbergasse 2oa mit 3 Wohnungen soll abgebrochen werden. Die Gemeinde hat das Haus schon gekauft, aber der Besitzer müßte laut Vertrag das Haus abbrechen lassen und tut nichts. Ein Absiedlungsgespräch mit den betroffenen Mietern steht bevor. Der Vordertrakt wird nach einem Architektenkonzept erneuert, Naßeinheiten werden eingebaut, eine Absiedlung während der Bauzeit ist wahrscheinlich nicht notwendig. Noch zu klären ist, ob eine "kleine" oder "große" Wohnungsverbesserung vorgenommen werden soll (für die Gemeinde ist die kleine unproblematischer, andererseits könnte z.B. die Urbanbau mit der

großen Wohnungsverbesserung betraut werden, wobei in diese Lösung auch die Abbruchkosten inkludierbar wären, falls diese wider Erwarten und Hoffnung doch der Gemeinde bleiben sollten).

Zum Problem Park (EPK) wird festgestellt, daß die Widmung seit 2o Jahren existiert. Seitens der Koordinationsstelle muß der Gemeinde nun klar gemacht werden, "warum die Realisierung gerade jetzt vordringlich ist". Das ist ziemlich schwierig, wäre aber nötig, um Fälle wie in der Millergasse zu verhindern.

Der Bebauungsplan soll Ende Jänner beschlossen werden, dann kann eine Aufhebung der Bausperre erfolgen. Die Gebietsbetreuung will aber um eine Verlängerung der Bausperre ersuchen, um Zeit zu gewinnen, muß aber befürchten, daß dies am "Klima vor den Wahlen" scheitern wird.

Laut Koordinationsstelle Stadterneuerung liegen für Hofbegrünungen Gelder bei der MA 42 aus Mitteln des Stadterneuerungsfonds, u.zw. für Fälle, wo es bereits Initiativen dafür gibt. Da diese Mittel für ganz Wien 1983 ca 1/2 Mio Schilling ausmachen, sollten sie gezielt in Stadterneuerungsgebieten eingesetzt werden. Eine Sondierung im Gebiet wird beschlossen.

Abschließend stellt die Forschungsgruppe Redl-Hovorka (Eigeninitiativen in der Stadterneuerung) kurz ihr Projekt vor.

Gedächtnisprotokoll Jour Fixe Himmelpfortgrund

Anwesend: Koordinationsstelle Stadterneuerung, MA 21, MA 28, MA 42, Bezirksvertreter von SPÖ und ÖVP, Gebietsbetreuer. Die MA 46 ist nicht erschienen.

Auf dem Programm steht vor allem die Neugestaltung des Sobieskiplatzes. Nach einer Befragung sind vor allem die Anrainer und Geschäftsleute im allgemeinen dafür, ein extremer Gegner der Sperre des Sobieskiplatzes ist nur der Eigentümer der VW-Werkstätte (Schubertgarage), der die Säulengasse für Probefahrten verwendet. Um Einwänden der Handelskammer bei Stadtrat Wurzer vorzubeugen, soll die Handelskammer ins Lokal eingeladen werden. Zur Rolle der Handelskammer bemerkt ein Diskussionsteilnehmer: "Eigentlich wird in Wien in zunehmendem Maße die Stadtplanung von der Handelskammer gemacht, die Handelskammer ist aber prinzipiell gegen jede Stadterneuerung". Bei Verkehrslösungen (z.B. der Sperre der Sobieskigasse) muß die MA 46 zustimmen, problematisch ist aber, daß die MA 46 niemals gegen den Willen der Polizei im Bezirk entscheiden würde. Aber: die Polizei ist fast gegen jede Sperre einer Fahrbahn.

In den nächsten Wochen soll die Bevölkerung zu dem Vorschlag befragt werden, d.h. mit einer Einladung zur Stellungnahme im Lokal aufgefordert werden. Betroffen davon sind etwa 2ooo Haushalte. Das Problem des Datenschutzes bei der Adressenermittelung wurde als marginal angesehen, aber die Ausländer (8% im Gebiet) werden vernachlässigt, da bei der Adressenermittlung nach dem Wählerverzeichnis vorgegangen wird.

In der Säulengasse soll eine Gehsteigverbreiterung mit Baumpflanzungen vorgenommen werden. Ein Problem ergibt sich mit dem E-Werk und dem Wasserwerk (MA 31), das bei allen Oberflächenveränderungen sofort neu verlegen will und angeblich überall, wo verändert werden soll, Gebrechen vermutet. Als Hintergrund wird vermutet, daß sich einige Magistratsabteilungen aus den

Mitteln der Stadterneuerung in Wien sanieren wollen, die in diesem Fall die Mehrkosten zu tragen hat. Ein Diskussionsteilnehmer: "Dann kommt man soweit, daß in Wien ein Baum eine Million kostet."

1.2 Graz: Eigentümerberatungsmodell

Graz ist nach Wien die Stadt mit dem höchsten absoluten Sanierungsbedarf in Österreich. Dies ist auf den großen gründerzeitlichen Wohnungsbestand mit hohem Anteil schlecht ausgestatteter Kleinwohnungen zurückzuführen. Zu den dringend sanierungsbedürftigen Gebieten zählen neben der Altstadt die Gründerzeitviertel südlich der Altstadt und einige Gebiete am rechten Murufer. Als besonders gravierend werden in Graz die Verdrängungsprozesse im Citybereich empfunden, denen auch das Grazer Altstadterhaltungsgesetz bis jetzt nicht wirksam begegnen konnte.

Im Stadtentwicklungskonzept-Altstadt setzte sich die Verwaltung dezidiert zum Ziel, diese Entwicklung zu stoppen und langfristig sogar umzukehren. Bis 1990 soll eine leichte Bevölkerungszunahme in der Altstadt erreicht werden.

Dazu sind folgende Maßnahmen im Stadtentwicklungskonzept vorgesehen:

- Schrittweiser Abbau der Arbeitsplätze im Zentrum auch zur Verkehrsentlastung,
- Rückführung von Bauten in öffentlicher Hand zur ursprünglichen Wohnfunktion,
- Erklärung von Schutzzonen,
- Kontrollen gegen Nutzungsänderungen und Verdrängungsprozesse,
- Sanierungsmaßnahmen vor allem bei Wohngebäuden.

Die Einrichtung eines Kontaktbüros im ersten ausgewiesenen Sanierungsblock (Schmiedgasse) sollte das berechtigte Mißtrauen der Bevölkerung abbauen helfen. Bei den geplanten Wohnungsverbesserungen wurde zudem die individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit der Bewohner berücksichtigt. Für die Zeit der Baudurchführung wurde den Bewohnern - in der Mehrzahl ältere, alleinstehende Menschen - ein Übergangsquartier angeboten.

Mit dieser Variante einer "sanften" Stadterneuerung waren allerdings organisatorische Schwierigkeiten verbunden, vor allem mit dem Behördenapparat der Stadt. Dadurch verzögerte sich die Sanierung des Blockes Schmiedgasse-Wurmbrandgasse, was zu neuerlichem Mißtrauen bei zahlreichen Betroffenen führte. Man mußte also versuchen, den Verwaltungsaufwand zu minimieren, was nur bei einer völligen Umstrukturierung der Verwaltungsorganisation realistisch erschien. Die Neugliederung könnte als "interne Dezentralisierung" bezeichnet werden: Unter der Leitung der Stadtbaudirektion wurde eine eigene Kommission gebildet, die sich aus Vertretern der städtischen Liegenschaftsverwaltung, der Altstadtkommission, des Stadtplanungsamtes, des Hochbaureferats, der Baupolizei sowie einem Sozialarbeiter, einem Vertreter der sanierungsbeauftragten Baugesellschaft, einem Hausverwalter und dem planenden Architekten zusammensetzte.

Gleichzeitig entwickelte man seitens der Verwaltung das Modell der "Sanierungsberatungsaktion" für die privaten Eigentümer in der Altstadt. Im Rahmen dieser Aktion wurden zunächst 87 Eigentümer angeschrieben und befragt, inwieweit sie an einer (kostenlosen) Beratung durch die Stadt interessiert wären. Zu diesen Eigentümern, die sich in der überwiegenden Mehrheit interessiert zeigten, kamen dann noch weitere Hausbesitzer, die von sich aus eine Beratung wünschten. Die Beratungen wurden von zwei durch die Stadt beauftragten Architekten sowie durch einen Sozialarbeiter durchgeführt. Danach wurden den Eigentümern die jeweils günstigsten Finanzierungsmodelle dargestellt und die dafür notwendigen Einreichformulare zugesandt. In allen Fällen konnten auch Mittel aus dem Grazer Altstadterhaltungsfonds bereitgestellt werden. Erst danach wurden auch die Mieter der betroffenen Häuser informiert und beraten, z.B. über Finanzierungsmöglichkeiten bei § 7.

Der Erfolg der Sanierungsberatungsaktion - im Prinzip konnten fast alle "Problemfälle" im Altstadtbereich beseitigt werden - führte zur geplanten Ausweitung dieser Aktion auch auf andere Stadtbereiche. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß nun

auch eine private Baugesellschaft an der Durchführung einer solchen Aktion interessiert ist, sodaß man für die beiden nun anstehenden Aktionen Vergleichsmöglichkeiten - etwa im Hinblick auf Verwaltungsaufwand und Mieterpartizipation - erhalten könnte.

Im Gegensatz zu Wien wird in Graz das Stadterneuerungsgesetz im übrigen nicht angewandt. Dafür sind teils politische Gründe (die Landesregierung lehnt die Enteignungsbestimmungen im Stadterneuerungsgesetz ab), teils verfahrenstechnische Überlegungen (kompliziertes Instrumentarium) maßgeblich verantwortlich.

Eine Übertragung des Grazer Modells der Eigentümerberatung auf andere österreichische Städte scheint allerdings nur dort möglich, wo ein ähnlich hoher Grad an Eigentümeridentifikation vorliegt, was vor allem in Klein- oder Mittelstädten mit starker Eigentumsstreuung der Fall sein dürfte.

1.3 Internationale Erfahrungen mit Stadterneuerungsmodellen

1.3.1 Rotterdam: Paritätisches Projektgruppenmodell

Bis Anfang der 7Oer Jahr war auch in Rotterdam umfangreiche Kahlschlagsanierung in den alten Gebieten - meist in unmittelbarer Nähe des im Zweiten Weltkrieg völlig zerstörten und dann modern aufgebauten Zentrums- der Regelfall in der Stadterneuerung. Immer häufiger allerdings scheiterten Abbruchpläne an den organisierten Protesten der betroffenen Bevölkerung. 1972 gelang der Durchbruch zu neuen Organisationsformen mit dem gemeinsamen Forderungsprogramm der Amsterdamer und Rotterdamer Bürgerinitiativen, das von der P.v.d.A. (Sozialistische Partei) unterstützt wurde. Es sah u.a. den verpflichtenden Ersatzwohnungsbau für abgebrochene Wohnungen vor (an Stelle der üblichen Bürohäuser), verschiedene Maßnahmen zur Hauserhaltung sowie das Vorkaufsrecht für Gemeinden in Sanierungsgebieten. Nach dem P.v.d.A.-Wahlsieg im Parlamentswahlkampf setzte sie diese Forderungen in der traditionell sozialdemokratisch regierten

Stadt in die Tat um. Vor allem galt es die Einrichtung von Quartiersorganen als Vertretung der Bevölkerung gegenüber der Gemeinde finanziell und organisatorisch zu ermöglichen. Unter dem Stichwort "Bauen für's Quartier" wurde 1973 die neue Stadterneuerungs-Organisation formell beschlossen. (Beschluß zur Demokratisierung und Dezentralisierung der Stadterneuerung). Außerdem begann die Gemeinde, in großem Umfang Altbauten in Sanierungsgebieten anzukaufen.

Mit Hilfe neugeschaffener, interdisziplinärer Projektgruppen, die sich aus entscheidungsbefugten Beamten und den Delegierten der Bewohnerorganisationen zusammensetzen, wurden erst Instandsetzungsprogramme erarbeitet, wobei das Verbleiben der alten Mieter in den Wohnungen - nicht zuletzt unter dem Druck der vertretungsberechtigten Quartiersorganisationen - oberstes Prinzip war. Interessant und bezeichnend für das damalige politische Selbstverständnis im Rotterdamer Gemeinderat ist die Tatsache, daß Haus- und Geschäftsbesitzer von Anfang an in den Projektgruppen nicht vertreten waren. Zu den Aufgaben der Projektgruppen gehören u.a. auch die Festlegung des Wohnungsschlüssels (Größenaufteilung) und die Wohnungsvergabe, die besonders in Gebieten mit hohem Ausländeranteil nicht immer konfliktfrei verläuft. Die Projektgruppen und ihre Lokale fungieren nicht zuletzt als Anlaufstelle diverser sozialer Begleitprogramme, die auch die Aufgabe haben, mehr Betroffene für die Quartierserneuerung zu interessieren.

Zusammenfassend läßt sich das Rotterdamer Modell charakterisieren durch

- die umfassende Ankaufspolitik der Gemeinde, wobei private Hausbesitzer manchmal auch zum Verkauf "gedrängt" wurden
- die Dezentralisierung der zuständigen städtischen Verwaltungsbehörden (Delegierung der Beamten in die Projektgruppen, Entscheidungsmandat für die Delegierten),
- die Bildung von Quartiersorganisationen als Vertretungsorgane der Bewohner gegenüber den Gemeindebeamten sowie deren finanzielle und organisatorische Unterstützung durch die Gemeinde,

- partizipative Planung in den Projektgruppen,
- sparsame Modernisierung zugunsten erhaltender Erneuerung,
- die schrittweise Entwicklung der Konzeption des "gebundenen Eigentums", bei der eine städtische Stiftung die Vermittlerrolle zwischen Käufern bzw. Mietern und Gemeinde übernimmt. Diese Stiftung hat für alle Zeit ein Vorkaufsrecht auf die sanierten Wohnungen bei entsprechender Preisbindung.

Ein Problem können allerdings auch die Projektgruppen nicht lösen: die aufgrund der niederländischen Verfassung fast 100%ige Abhängigkeit der Gemeinden von der Reichsregierung in Budgetfragen, die gerade in Zeiten konservativer Reichsregierungen mit deklarierter Sparpolitik gerade im Wohnungs- und Sozialbereich das Modell selbst in Frage stellen könnte.

1.3.2 Den Haag: Zentrales Projektgruppenmodell

Die Sanierung des Den Haager Viertels "Schilderswijk" war schon in den 50er-Jahren Gegenstand breiter Diskussionen. Das zwischen Hauptbahnhof und Regierungsviertel gelegene Wohnviertel, mit den rund 47.000 Einwohnern eines der größten Sanierungsgebiete Europas, sollte nach den Vorstellungen der Stadtregierung abgerissen und "flächensaniert" werden. Da kaum anzunehmen war, daß die vorwiegend unteren sozialen Schichten angehörenden Bewohner in dem auch infrastrukturell benachteiligten Gebiet die hohen Mieten der geplanten Neubauwohnungen bezahlen könnten, war eine Absiedlung der Bewohner vorgesehen. Der Strukturplan von 1957 sah für die Stadt Den Haag die schrittweise Umsiedlung von nicht weniger als 160.000 Menschen vor.

Da in Den Haag ohnehin Mangel an billigem Wohnraum bestand, löste diese Absicht bei den Bewohnern des Schilderswijk beträchtliche Unruhe aus, die sich Mitte 1971 (mit Bekanntwerden eines konkreten Abbruchplans für das Teilviertel "Oranjeplein") in spontanen Protestkundgebungen und Bildung einer Bürgerinitiative äußerte. Diese Aktionsgruppe "Bezahl-

bare Miete", die sich in zunehmendem Maße ein über das Quartier hinausgehendes Sozialprogramm zum Ziel setzte, erreichte zunächst eine Verschiebung des Abbruchs und die Zusage des städtischen Baudezernats, Alternativvorschläge zu prüfen.

Der Alternativplan der Bürgerinitiative für die Sanierung des Schilderswijk sah im wesentlichen die Beibehaltung der alten Bausubstanz und sparsame Sanierung vor. Er wurde von der Verwaltung zuerst völlig ignoriert, unter dem zunehmenden Druck der Bewohner (Einsprüche gegen die amtliche Planung, Demonstrationen) aber schließlich als Grundlage einer Kooperation mit den Betroffenen akzeptiert. In einer rasch gebildeten, interdisziplinär besetzten Projektgruppe arbeiteten nun auch Vertreter der Aktionsgruppe mit. Dabei wurden als vorrangige Ziele das Verbleiben der Bewohner im Quartier und "bezahlbare Mieten" formuliert. Außerdem konnte erreicht werden, daß zwei Mitglieder der Gruppe für ihre Tätigkeit von der Stadt bezahlt wurden. Der Den Haager Stadtrat stimmte dem Ergebnis der Projektgruppenplanung 1973 zu (im Gegensatz zum Rotterdamer Modell haben die Beamten in den Projektgruppen in Den Haag keine freie Entscheidungsbefugnis). Im selben Jahr konnte mit der Sanierung am Organjeplein begonnen werden. Nach dem Modell dieser ersten Teilsanierung wurden seither weitere Projekte im Gebiet begonnen.

1.3.3 Amsterdam: Dezentrales Projektmodell

Organisierte Stadterneuerung in größerem Maßstab beginnt in Amsterdam 1969 mit der Verabschiedung des "1. Memorandums über Stadterneuerung" durch den Gemeinderat. Darin werden auch erstmals Sanierungsgebiete ausgewiesen, wobei man zwischen Revitalisierungs- und Neubaugebieten unterschied. Da die Verfasser des Memorandums mit einer Sanierungsdauer von 50 Jahren rechneten, mußten ergänzend für besonders abgewohnte Stadtteile Übergangsmaßnahmen in Form von sogenannten "Nachbarschaftsverbesserungen" initiiert werden. Neben den dringendsten Erhaltungsarbeiten an den Häusern selbst betreffen diese Verbesserungen vor allem Umwelt- und Infrastrukturprobleme. In einem "2. Memorandum zur Stadterneuerung" werden auch diese Ge-

biete spezifiziert.

Von Seiten der Bewohner wurden diese Maßnahmen nur teilweise positiv bewertet. Die zahlreichen Bürgerinitiativen begrüßten zwar die zunehmende Tendenz zur Erhaltung alten Wohnraums, wiesen aber auf die zum Teil enormen Kostensteigerungen bei Modernisierungen sowie auf die Tatsache hin, daß auch durch die zwei Memoranden der Verdrängung der Wohnbevölkerung durch Büro- und Verwaltungsgebäude vor allem in Cityerweiterungsgebieten kein Riegel vorgeschoben wurde. Dazu kam, daß die Stadtverwaltung primär zahlungskräftige Mittelstandsfamilien in der Stadt halten wollte und deshalb den Bau größerer und teurerer Wohnungen favorisierte.

Nicht zuletzt unter dem Druck der Bewohnerinitiativen und der durch den gravierenden Mangel an erschwinglichen Kleinwohnungen erstarkenden Hausbesetzerbewegung (krakers) entschloß sich die Stadtverwaltung 1972 zu einem radikalen Umdenken in Sachen Stadterneuerung. Das Abgehen von der Planungseuphorie der 60er Jahre äußerte sich u.a. in einem viel größeren Anteil von Kleinwohnungen in den formulierten Zielsetzungen (1969: 20%, 1980: 60%), um die Verdrängungsgefahr zu minimieren. Außerdem wurden interdisziplinäre, dezentrale Projektgruppen geschaffen (1982: 12 Gruppen für 12 Sanierungsgebiete), die sich vom Rotterdamer Modell aber dadurch unterscheiden, daß darin nur Beamte vertreten sind. Die Beamten haben beschränktes Entscheidungsmandat, müssen in Fällen wichtiger Entscheidungen aber bei ihren Körperschaften rückfragen. Die Bewohnerpartizipation ist in Form regelmäßiger Informations- und Diskussionsveranstaltungen verankert, differiert aber von Gebiet zu Gebiet. Problematisch wird dieses Modell vor allem in Gebieten mit großem Ausländer- und Unterschichtsanteil, wo aufgrund des Artikulationsdefizits der Bevölkerung Mitentscheidung an einer Minderheit der Bewohner "hängenbleibt".

Es scheint auch, daß das Tempo der Stadterneuerung den Verfallstendenzen nicht adäquat ist: Von geschätzten 50.000 vorrangig sanierungsbedürftigen Häusern wurden in den 10 Jahren

von 1972 bis 1982 ca. 8.000 renoviert, 6.000 davon in Sanierungsgebieten. Neben dem langsamen Entscheidungsverfahren (Zweiteilung in Projektgruppen und Diskussionsveranstaltungen, notwendige Rückkoppelung der Projektgruppen zur Zentralverwaltung) ist dafür vor allem die zentralisierte Finanzierung durch das Reich verantwortlich. Die Stadt kann de facto nur denkmalgeschützte Objekte bzw. dringend notwendige Erhaltungsarbeiten direkt finanzieren. Um die Mieten niedrig zu halten (das bedeutet in sanierten Objekten immer noch das Zwei- bis Vierfache der Vormiete), erhält die Stadt bzw. die planende Baugenossenschaft Mietstützung aus staatlichen Subventionen. Diese Mittel fließen derzeit allerdings zunehmend langsamer als noch vor 1978, sodaß mit einer weiteren Verlangsamung des Sanierungsprozesses gerechnet werden muß.

Interessant ist vor allem der Vergleich mit Rotterdam: Während dort die sozialdemokratische Verwaltung relativ bald den Konsens mit der betroffenen Bevölkerung in Form paritätisch zusammengesetzter Projektgruppen suchte, mußte die Amsterdamer Variante von Anfang an Konflikte provozieren - was allerdings auch dem traditionell mehr "anarchischen" Klima der Stadt eher zu entsprechen scheint.

1.3.4 Delft: Mitberatungsmodell

Die Delfter Variante des "holländischen Modells" konnte bereits auf den Erfolgen der Projektgruppenarbeit in Rotterdam und Den Haag aufbauen. Die Stadtverwaltung ging dabei von der Überlegung aus, daß die Probleme des großen, in sich geschlossenen und historisch wie kulturhistorisch besonders bedeutsamen Zentrums der rasch wachsenden Stadt nur in kontinuierlicher Zusammenarbeit mit den Bewohnern zu lösen wäre.

Eine von Sozialwissenschaftlern ausgearbeitete Studie - "Delft auf dem Weg zur Mitberatung" - schlug die Einbeziehung von 39 bereits aktiven Bürgerinitiativen als "Mitberatungsgruppen" vor. Seither werden diese Gruppen, die ein "Stipendium" zur Abdeckung ihrer Kosten (derzeit ca. $ 5.000,-- pro Jahr und

Gruppe) erhalten, von Anfang an in alle Planungsüberlegungen miteinbezogen. Die Erneuerung der alten Bausubstanz steht bei diesen Planungen im Vordergrund, wobei gerade in Delft auch Fragen des Denkmalschutzes eine wichtige Rolle spielen. Bei regelmäßigen "Mitspracheabenden", zu denen die betroffenen Bewohner eingeladen werden, können konkrete Anregungen, z.T. aber auch für die Stadtplanung verbindliche (!) Beschlüsse direkt gefaßt werden. In eigenen Treffen werden auch mit Kindern Planungsvarianten diskutiert.

Interessant ist die Einbeziehung bestehender Geschäftslokale in den Mitbestimmungsprozeß: In mehreren Geschäften liegen nicht nur neben dem normalen Warenangebot auch sämtliche Drucksorten der Stadtverwaltung zur freien Entnahme auf, sondern es stehen auch Mitarbeiter des Presse- und Informationsdienstes der Gemeinde für Auskünfte und Diskussionen zur Verfügung. Da diese Geschäfte seit jeher von vielen Bewohnern frequentiert wurden, kann Schwellenangst erst gar nicht entstehen - das Interesse für komplexe urbane Entwicklungen kann zu einem selbstverständlichen Teil des täglichen Lebensablaufes der Bewohner werden.

1.3.5 Berlin: Mietergenossenschaftsmodell

Die Bildung von Genossenschaften durch Mieter in Sanierungsgebieten wurde 1978 vom damaligen Senator für Bau- und Wohnungswesen in einer Broschüre "Stadterneuerung-Genossenschaftsmodell" erstmals vorgeschlagen. Innerhalb kurzer Zeit meldeten sich darauf mehr als 2.000 Interessierte, eine Zahl, mit der man im Senat offensichtlich nicht gerechnet hatte. Jedenfalls wurde die Broschüre wieder zurückgezogen, das Modell selbst auf zunächst 3 Projekte beschränkt. Bis heute konnte nur eines davon (Muskauerstraße 30) realisiert werden. Dieses Haus, im Besitz einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, sollte ursprünglich abgerissen werden. Erstes Anliegen der Mieter war daher die Verhinderung des schon bewilligten Abbruchs. Im Gegensatz zu den Kalkulationen der Baugesellschaft konnten die Mieter die Rentabilität einer Instandsetzung nachweisen, vor

allem, weil die bauliche Substanz besser war als (von der Baugesellschaft) vermutet.

Allerdings war das Haus - wie alle Gebäude in diesem Gebiet - stark heruntergekommen. Eine "tragbare Miete" konnte nur durch Senatssubvention erreicht werden. Mit diesen als "Mietzahlungen" bezeichneten Nutzungsgebühren werden die laufenden Betriebskosten und die Grundpacht bezahlt, ein Teil dient zur Rückzahlung des aufgenommenen Darlehens.

Im Dezember 1978 gründeten die Mieter die Genossenschaft "Alternative", doch zogen sich die Verhandlungen über einen Instandsetzungsvertrag bis Mitte des nächsten Jahres. Ein zusätzliches Hindernis bildete das Abgehen der Verwaltung von der bis dahin vorgesehenen Erbpachtregelung. Die Mieter sahen sich damit plötzlich gezwungen, ihr Haus als Genossenschaftseigentum zu erwerben, und zwar zu einem Zeitpunkt, da die neugebildete Genossenschaft noch nicht mit billigen Sanierungskrediten rechnen konnte.

Mit Hilfe eines Architekten wurde die Planung begonnen. Neben einer Neuaufteilung der Wohnungen (nach längeren Diskusssionen) einigten sich die Genossenschafter auf die Einrichtung einer Kintertagesstätte im Erdgeschoß. Von den geschätzten 1,5 Millionen DM Gesamtbaukosten leisteten die Genossenschafter einen 15%igen Eigenanteil, zum Großteil in Form von Eigenarbeit.

1.3.6 Hannover: Privatisierungsmodell

Beim Hannoveraner Modellprojekt Ahrbergstraße handelt es sich um 6 Doppelhäuser, die 1875 für "unbemittelte" Familien errichtet worden waren, diesen Zweck allerdings schon damals verfehlt hatten, weil mehrheitlich (klein)bürgerliche Schichten einzogen, die mit den Wohnungen bald zu spekulieren begannen. Seit den 50er Jahren wurde die Sanierung dieser Häuser erwogen. Ein 1976 im Auftrag der Stadt, die die Häuser inzwischen aufgekauft hatte, erstelltes Gutachten errechnete Sanierungskosten von 120% vergleichbarer Neubaukosten, was den sicheren

Abbruch der Häuser zur Folge gehabt hätte. Eine von der Bürgerinitiative Linden-Süd beauftragte Arbeitsgemeinschaft kam dagegen nur auf 70%, wobei Selbsthilfe als Ersatz für fehlendes Eigenkapital angenommen wurde. Nach längerer Diskussion - auch in der Lokalpresse - entschloß sich die Verwaltung zur Erhaltung der Häuser. Wegen der günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten wurden die Wohnungen im Eigentum vergeben, das Grunstück konnte wahlweise mitgekauft oder im Erbbaurecht übernommen werden, wobei sich die meisten Käufer für die Erbpacht entschieden. Durch vertragliche Zusatzbedingungen (z.B. Vorkaufsrecht für die Gemeinde) sollte späteren Spekulationen mit den erneuerten Projekten vorgebeugt werden.

Da man von Anfang an eine partizipative Planung wünschte, mußten die Betroffenen vor der Modernisierung feststehen (Privatisierung im alten Zustand). Neben privaten Gesprächen zwischen den neuen Eigentümern und der beauftragten Planungsgesellschaft fanden mindestens einmal wöchentlich Vollversammlungen aller Käufer statt. Die "tragbare" Gesamtbelastung nach der Sanierung und Modernisierung liegt unter vergleichbaren Neubaumieten. Dies wurde durch die Direktsubvention an die Nutzer (Eigentümer) unter Ausschaltung des Kreditapparates, durch das billige Erbbaurecht, öffentliche Förderung und teilweisen Eigenkapitalersatz in Form von Eigenarbeit erreicht.

Die Erfahrung zeigte, daß auch Nutzer ohne handwerkliche Fähigkeiten diesen Anteil (mindestens 10% der Gesamtsanierungskosten) erbringen konnten, in einigen Fällen auch wesentlich mehr leisteten (bis zu 30%). Aufgrund dieser positiven Erfahrungen mit dem Modell ist eine Weiterführung in zwei Mehrfamilienhäusern in der Umgebung derzeit in Planung.

1.3.7 Hannover: Leihausmodell

Das "Leihausmodell" in Hannover geht eigentlich auf eine Hausbesetzung zurück, die die Öffentlichkeit erst auf die Tatsache aufmerksam machte, daß allein in diesem Stadtteil rund 300

Häuser leer standen. Diese Objekte waren ausnahmslos für Modernisierungen durch die Stadt oder für Abriß vorgesehen. Die Hausbesetzer betonten von Anfang an, daß sie nicht an einem bestimmten Haus interessiert, also zu einem Tausch bereit waren, doch lehnte die Stadtverwaltung jede Verhandlung mit ihnen ab.

Als Vermittlungsinstanz bot sich das aus der Evangelischen Studentengemeinde hervorgegangene "Martinswerk" an, das besetzte oder leerstehende Häuser von der Stadt mieten und an Jugendliche weitervermieten wollte. Seitens der Stadt stand man diesem Modell nicht unbedingt ablehnend gegenüber, wollte aber keinen (bindenden) Mietvertrag. Daraus entwickelte das Wohnungsdezernat die Konzeption eines "Leihhauses", womit gesetzliche Vermieterverpflichtungen umgangen werden konnten. Die "Leiher" haben also keinerlei gesetzlichen Kündigungsschutz, für eine fristgerechte Räumung wäre gegebenenfalls das Martinswerk zuständig, da nur dieses als schließlicher Verhandlungs- und Vertragspartner akzeptiert wurde.

Dafür ist keine Miete zu bezahlen. Die Stadt mußte sich auch verpflichten, jene Kosten zu tragen, die sie auch für die Objekte in leerem Zustand bezahlen müßte, also z.B. Grundsteuer und Gehsteigreinigung. Da das Martinswerk den Wohnraum jeweils im "gegenwärtigen" Zustand übernimmt, sindfür Instandsetzungsarbeiten und Reparaturen allein die Bewohner zuständig.

Eines der ersten dem Martinswerk überlassenen Häuser wurde den Hausbesetzern, die die Sache letztlich ins Rollen gebracht hatten, geliehen. Sie schlossen einen "Nutzungsvertrag" mit dem Martinswerk.

Seitens der Stadt denkt man jetzt an eine "vorsichtige" Weiterführung des Leihhausmodells, das inzwischen auf lebhaftes Interesse auch in anderen deutschen Städten gestoßen ist.

1.3.8 Wiesbaden: Mietermodernisierungsmodell

Als erste Stadt der BRD beschloß Wiesbaden im Mai 1981 ein Modernisierungsprogramm für Mieter, das die Benachteiligung von Wohnungsmietern gegenüber Eigentümern bei staatlichen Zuschüssen nach dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz (und anderen steuerlichen Regelungen) zumindest teilweise abbauen sollte. BaulicheMaßnahmen, die den Wohnstandard oder die Wärmedämmung verbessern, werden nun mit maximal 25% der förderungsfähigen Kosten bezuschußt, sofern die Gesamtkosten nicht über 25.000,-- DM liegen. Mindestens 15% der Kosten muß der Mieter als Eigenkapital aufbringen, der Rest muß auf dem Kreditmarkt aufgenommen werden - was den Erfolg des Modells von konjunkturellen Entwicklungen abhängig machen dürfte. Grundvoraussetzung für eine Mietermodernisierung ist in jedem Fall die Zustimmung des Hauseigentümers (Modernisierungsvereinbarung).

Wichtigster Teil der Modernisierungsvereinbarung ist der Verzicht des Vermieters auf sein ordentliches Kündigungsrecht auf die Dauer von 9 Jahren bzw. die Abgeltung noch nicht "abgewohnter" Investitionen bei vorzeitigem Auszug des Mieters. Außerdem muß die Miete in diesem Zeitraum um 11% der getätigten Investitionen herabgesetzt werden und darf 9 Jahre lang nicht erhöht werden.

Während so die Miterinvestitionen relativ gut geschützt werden, hat das Modell vor allem zwei Nachteile: Die notwendige Aufnahme teurer Kredite am Kapitalmarkt und die Abhängigkeit von der Zustimmung des Vermieters, auf die kein Rechtsanspruch besteht.

1.3.9 Basel: Genossenschaftliches Selbsthilfemodell

1974 wurde von 70 Baslern - in der überwiegenden Mehrzahl Akademikern - die Genossenschaft "Cohabitat" gegründet. Als Zweck wurde formuliert: "Beschaffung günstiger Wohnungen für

die Mitglieder in gemeinsamer Selbsthilfe, insbesondere durch Erwerb preisgünstiger Wohnbauten und preisgünstigen Baulandes sowie die Einrichtung preisgünstigerNeubauten auf eigenen Grundstücken oder in Baurechtsverhältnis." Der Gründung war eine jahrelange Diskussion über die schrittweise Zerstörung der historischen Altstadt durch Bauspekulation, Versicherungs- und Verwaltungsgebäude und die Chemiemultis vorausgegangen. Neben der Schaffung billigen Wohnraums für die Mitglieder der Genossenschaft ging es daher von Anfang an auch um stadterhaltende Maßnahmen wie Althaussanierung, Schaffung von Nachbarschaften etc.

Mit einem Anfangskapital von 700.000 Franken wurden zunächst zwei Abbruchhäuser gekauft und saniert, wobei die Objekte (beide Häuser befinden sich in spekulationsträchtigen Aufzonungsgebieten) sehr teuererworben werden mußten. Das bedeutete, daß man bei der Sanierung selbst sehr sparsam sein mußte. Außer dem Einbau einer an das städtische Fernheizsystem angeschlossenen Zentralheizung verzichtete man im 1. Objekt völlig auf teure Umbauten. Die Wohnungsgrundrisse wurden überhaupt nicht verändert, waren allerdings auch vorher schon relativ großzügig. Mit einer Miete von 500 Franken pro Monat für eine 3 Zimmer-Wohnung waren die renovierten Wohnungen jedenfalls für Basler Verhältnisse extrem preisgünstig. In einem anderen Objekt wurden mit Hilfe eines Architekten Wohnungszusammenlegungen geplant, außerdem ein Spielraum eingerichtet.

Mittlerweile hat die Genossenschaft weitere Häuser in unmittelbarer Umgebung erworben und saniert. Neben einer für die Mitglieder angenehmen Nachbarschaft hatte dieser Ankauf zur Folge, daß sich mehr und mehr Anrainer von der positiven Erhaltungsarbeit der Genossenschafter überzeugen konnten und begannen, diese materiell und ideell zu unterstützen. So waren z.B. mehrere Geschäftsinhaber unmittelbar daran interessiert, sich ihr angestammtes Publikum zu erhalten. Positiv ist auch zu vermerken, daß das Beispiel der "Cohabitat" inzwischen Schule machte: Bewohner eines abrißbedrohten Mehrfamilienhauses schlossen sich ebenfalls zu einer Mietergemeinschaft zusammen, wobei sie von "Cohabitat" anfangs materielle Hilfe erhielten.

Öffentliche Subventionen kann die Basler Genossenschaft nicht in Anspruch nehmen, Kredite müssen auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden. Um trotzdem das Ziel einer sozialdurchmischten Hausgemeinschaft zu erreichen, werden zunehmend auch kleinere und billigere Wohnungen eingeplant, z.B. für alleinstehende Frauen und Kinder.

1.3.10 London: Squattergenossenschaftsmodell

Das Londoner Wohngenossenschaftsmodell kann - ähnlich wie das "Leihhausmodell" in Hannover - als Folge der Squatter(=Hausbesetzer)bewegung gesehen werden, die vor allem während der frühen 70er-Jahre beachtliche Ausmaße annahm. Von anderen Hausbesetzerbewegungen unterschied sie sich von Anfang an durch ihre soziale Heterogenität. In zunehmendem Maße wurden nämlich auch jüngere Mittelstandsfamilien, ältere Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, Alleinstehende mit Kindern usw. Opfer einer weniger mieterfeindlichen als vor allem unkoordinierten Wohnungspolitik. So wurde beispielsweise die Untervermietung von Wohnräumen im Mietengesetz 1974 derart restriktiv geregelt, daß die Zahl der Untermietsverhältnisse drastisch zurückging, die solcherart obdachlos Gewordenen aber kaum Aussicht auf Ersatzquartiere hatten. Einer enormen Zahl von Wohnungssuchenden stehen andererseits mindestens 100.000 leerstehende Häuser gegenüber, die von ihren Eigentümern entweder wegen "Unrentabilität" aufgrund des Mietengesetzes nicht vermietet werden oder längerfristig zum Abbruch vorgesehen sind. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der zum Abbruch vorgesehenen Häuser befindet sich im Besitz der Gemeinde oder gemeindeeigener Baugesellschaften.

1969 fand die erste Hausbesetzung statt, die beachtliche Publizität fand. Aus der Besetzerszene (hauptsächlich junge Arbeitslose, aber auch Einwanderer, Studenten und jüngere Mittelschichtsfamilien mit Kindern) ging eine breite Initiative hervor, die sich zum Ziel setzte, auch anderen obdachlosen Familien zu Wohnungen zu verhelfen. In eigenen Publikationen

wurden leerstehende Objekte "angeboten" sowie Rechtshilfe, aber auch technische Hilfe bei der Instandsetzung beigestellt. Die britische Rechtsordnung kam einer raschen Ausbreitung der Besetzerbewegung entgegen: Ein Gesetz von 1381 (!) verbietet zwar das gewaltsame Eindringen in Gebäude oder Beschädigungen in leerstehenden Gebäuden, nicht jedoch friedliches "Betreten" (z.B. durch eingeschlagene Fensterscheiben oder notfalls durch den Kamin!). Eine polizeiliche Räumung ist außerdem erst nach einem ordentlichen Gerichtsverfahren möglich (gerichtliche Verfügung zur Wiederbesitzerlangung). Daß es trotz der sehr besitzerfreundlichen gerichtlichen Spruchpraxis derzeit rund 30.000 bis 40.000 Squatter gibt, hat vor allem zwei Ursachen: Erstens sind viele Spekulanten oft gar nicht unmittelbar daran interessiert, erst längerfristig zum Abbruch vorgesehene Häuser in einem langwierigen Gerichtsverfahren wiederzuerlangen und danach räumen zu lassen, und zweitens gehört ein größerer Teil der besetzten Objekte der Gemeinde bzw. städtischen Baugesellschaften. Für die Gemeinde bietet sich hier aber immerhin die Möglichkeit, das Scheitern einer sozialen Wohnungspolitik zumindest teilweise zu "kompensieren" und größere Unruhe zu verhindern.

Einen qualitativen Sprung machte die Squattterbewegung durch das zunehmende Eindringen von Studenten und (oft arbeitslosen) Akademikern, die auf eine Legalisierung der Bewegung drängten. Erstmals gelang es 1977, Genossenschaften von Hausbesetzern zu bilden und diese offiziell bei der "Friendly Society" (einer Art Dachverband) registrieren zu lassen, sodaß für die städtische Verwaltung geeignete Verhandlungspartner geschaffen wurden.

Gleichzeitig begann die Verwaltung mit einer schrittweisen Integrationspolitik, die auf eine beschränkte Legalisierung der Squatters hinauslaufen sollte. Zwar wurden Besetzungen mit dem Gesetzentwurf von 1977 erstmals als kriminelle Handlungen eingestuft, gleichzeitig aber jene Besetzer amnestiert, die sich behördlich für eine Umsiedlung in andere leerstehende Objekte meldeten. Das von Akademikern gegründete "Family

Squatting Advisory Service" hat sich zur Aufgabe gesetzt, als eine Art Vermittlungsinstanz zwischen Squattergenossenschaften und städtischer Verwaltung geeignete Objekte ausfindig zu machen (städtische Althäuser, aber auch z.B. leerstehende Objekte bankrott gegangener Entwicklungsgesellschaften, in England heute keine Seltenheit) sowie Geldmittel der von der Gemeinde für Wohngemeinschaften geschaffenen Housing Corporation flüssig zu machen. Diese Geldmittel werden als Darlehen aufgefaßt, die in Form einer gesetzlich fixierten Miete zurückzuzahlen sind. Im Falle kostensparender Eigenleistungen bei der Renovierung ergibt sich dabei ein beträchtlicher Überschuß, der im Besitz der Genossenschaft verbleibt und für Verbesserungen oder Vergrößerungen des genossenschaftlichen Besitzes verwendet werden darf. Auszahlungen an Genossenschafter dürfen aber nicht vorgenommen werden, auch wenn diese aus der Genossenschaft ausscheiden sollten.

Die Haltung der offiziellen Stellen - vor allem der einflußreichen Bezirksbehörden - ist unterschiedlich. Nur eine Minderheit der Londoner Gemeinden steht der Genossenschaftsbewegung uneingeschränkt positiv gegenüber. Andere fürchten das Überhandnehmen sozialer Minderheiten im Bezirk, mehr Arbeit im Verwaltungsbereich oder auch - in Gemeinden mit zentraler Wohnungsvergabe - Kontrollverluste. Andere Widerstände kommen von Teilen der Gewerkschaftsbewegung. Die Tendenz geht daher eher in Richtung eines "von oben" initiierten (und lenkbaren) Genossenschaftsmodells, d.h. Gemeindemieter werden dazu ermuntert, Genossenschaften zu bilden. Die Verwaltung dürfte sich davon auch gewisse Arbeitserleichterungen erwarten.

2. Theoretische Konzeptualisierung kompensatorischer Stadterneuerung

2.1 Desinvestitionsverhalten und Segregation

Spätestens mit der Verabschiedung des Stadterneuerungsgesetzes 1974 und der noch im selben Jahr erfolgten Kundmachung über die beabsichtigte Erklärung eines Gebietes im 16. Wiener Gemeindebezirk zum Assanierungsgebiet wurde auch in Österreich der Schritt von der großräumigen Stadterweiterung zur innerstädtischen Gebietssanierung gesetzt. Dabei zeigt sich die Unsicherheit mit dem Gesamtinstrumentarium Stadterneuerung (STE) freilich schon beim Versuch einer geeigneten Definition. Soll unter Stadterneuerung im gesellschaftspolitischem Sinn die Erneuerung städtischen Leben bzw. - eingeschränkt - die geplante Erneuerung der baulichen Substanz verstanden werden, so besteht immerhin die Gefahr, Stadterneuerung als an sich selbständigen Prozeß einer kontinuierlichen Veränderung der Stadt, als Anpassung der sozialen und räumlichen Strukturen an die gesellschaftliche und technische Entwicklung zu vernachlässigen. Umgekehrt wäre zu fragen, warum diese Form einer "automatischen" Stadterneuerung durch primär privatwirtschaftlich getragene Investitionen in bestimmten Gebieten der historisch gewachsenen Stadt nicht oder nicht ausreichend stattfindet.

Obwohl über den sozioökonomischen Status der Bevölkerung in solchermaßen auszuweisenden städtischen Problemgebieten kaum Daten vorliegen, ist doch zu vermuten, daß es sich dort um einen hohen Prozentsatz von unqualifizierten Arbeiter mit niedrigem Bildungsniveau und niedrigem Nettohaushaltseinkommen handelt. (Vgl. IFES 1976, KNOTH 1978, KOZIOL 1975 u.a.) Die wesentlichen Problemmerkmale der Bevölkerung in Stadterneuerungsgebieten sind demnach:

- starke Überalterung
- hoher Anteil an Einpersonenhaushalten
- hoher Gastarbeiteranteil

- unterdurchschnittliches Bildungs- und Einkommensniveau
- starke emotionale Ortsbezogenheit und hohe Immobilität bei älteren Gebietsbewohnern
- dagegen hohe Mobilität bei jungen Bewohnern (Übergangsquartiere).

Insgesamt bedeutet dies, daß die städtischen Problemgebiete großteils von einer Bevölkerung mit geradezu klassischen Unterschichtsmerkmalen bewohnt werden und daß die Bevölkerungsstruktur dieser Gebiete als Resultat eines langjährigen, sozialräumlichen Segregationsprozesses zu verstehen ist, der sich parallel zum beschleunigten Verfall der (in den Arbeitervierteln der Gründerzeit ohnehin billigst erstellten) Bausubstanz - als Ergebnis des Desinvestitonsverhaltens der Eigentümer wie der Mieter - und zur Verschlechterung der Wohnumfeldqualität vollzogen hat, d.h. es besteht ein enger Zusammenhang zwischen baulicher und sozialer Degradation. Baulicher Verfall muß den Verwertungsspielraum allerdings nicht notwendig einschränken, da die Nachfrage nach billigen Wohnungen ja weiterbesteht (Gastarbeiter ...).

Das Stadterneuerungs-Gesetz hat der Tatsache disparater städtischer Entwicklungen grundsätzlich Rechnung getragen, indem durch die Definierung von städtebaulichen Problemmerkmalen die Schaffung ausgewiesener Assanierungsgebiete ermöglicht wurde - wobei über die Assanierungskriterien freilich noch nichts ausgesagt ist. Stadterneuerungs-Politik wäre demnach als jener Teil der Stadtentwicklungspolitik zu verstehen, der sich auf ein innerstädtisches Gebiet konzentriert, in dem die dort lebende Bevölkerung aus eigener Kraft nicht imstande ist, die räumlichen Gegebenheiten des Gebiets so zu erhalten bzw. auf jenen Nenner zu bringen, der die Wahrnehmung und Realisiesierung ihrer Nutzungsrechte auch weiterhin ermöglicht. Das Interesse der im Gebiet lebenden Bevölkerung an der Aufrechterhaltung ihrer vollen Nutzungsrechte und der nicht mehr adäquate Zustand der räumlichen Gegebenheiten konstituieren den politischen Auftrag. Generell alle Investitionen im dicht-

verbauten Gebiet als stadterneuerungswirksam im Sinne politisch gesteuerter Eingriffe (nicht zuletzt zur Überwindung disfunktionaler Einzelinteressen) zu klassifizieren, scheint dagegen wenig zielführend. ROSEMANN verweist in diesem Zusammenhang auf die konfligierende Doppelfunktion von Stadterneuerung: Einerseits ist sie notwendiges Mittel zur Erneuerung verschlissener Substanzen und damit Teil eines Prozesses zur Ausgestaltung der Stadt als Lebensraum und als Bereich vergesellschafteter Reproduktion der Arbeitskraft. Andererseits ist sie auch ein Prozeß gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um die Verwirklichung raumstruktureller Ansprüche. (ROSEMANN 1982, S. 13 f.).

Wie notwendig ein Eingriff in das labile System städtischer Entwicklung gerade in Wien ist, zeigt die fortschreitende Überalterung der Wiener Bausubstanz: Um das durchschnittliche Gebäudealter in Wien konstant zu halten, wäre (nach KOLLER) ein jährlicher Abbruch von 7.000 Wohnungen erforderlich. Dem steht aber nur eine Fertigstellungsrate von etwa 6.000 Wohnungen pro Jahr gegenüber, d.h. der Wohnungszuwachs reicht nicht aus, das Wohnungsalter konstant zu halten oder gar zu reduzieren. Wenn die Sanierungstätigkeit im bisherigen Tempo weitergeht, wird Wien im Jahr 2000 etwa 380.000 Wohnungen haben, die älter als 75 Jahre sind, gegenüber 260.000 heute, sodaß auch bei allen realistischerweise denkbaren Förderungen für Sanierungsmaßnahmen mit einer sich erweiternden Schere zwischen Sanierungstätigkeit und baulichem Sanierungsbedarf zu rechnen ist.

Damit ist nur die renovierungsbedürftige Bausubstanz angesprochen, nicht jedoch andere Wohninfeld-, Wohnumfeld- oder gar exogene Faktoren, die vor allem Familien mit Kindern und aktive jüngere Bewohner betreffen, indem ihre individuellen Aktionsräume weitestgehend eingeschränkt werden. Als Folge kommt es zu einem sozialen Erosionsprozeß, derÄltere und soziale Randgruppen in dem Gebiet konzentriert.

Konstitutiv für den Verfallsprozeß in städtischen Problemgebieten ist das ausgeprägte Desinvestitionsverhalten der Eigentümer, die aufgrund der schlechten Sozialstruktur ihre Erträge aus dem Eigentumsverhältnis nicht mehr oder nur mehr kurzfristig stabilisieren können (etwa durch Einquartierung von Gastarbeitern), mittelfristig aber durch die steigenden Bodenpreise mit der Opportunität des Verkaufs spekulieren. Dieses Desinvestitonsverhalten tritt vermutlich besonders bei denjenigen Hausbesitzern auf, die nicht selbst in ihren Häusern wohnen, den Haus- und Grundbesitz also nur als Kapitalanlage betrachten.

Andererseits fehlt auch für die Mieter der Anreiz, in Häusern mit schlechter Bausubstanz, deren Bestand also nicht auf längere Zeit gesichert scheint, zu investieren. (Dazu scheinen gerade bei den untersten sozialen Schichten auch schichtspezifische Gründe für Nichtinvestition vorzuliegen - etwa die Angst vor einer Verschuldung oder schlicht fehlende Information über bestehende Förderungsmöglichkeiten). So greifen mieterorientierte Förderungsmaßnahmen gerade in den schlechtesten Gebieten bzw. in Wohnhäusern mit dem schlechtesten Wohnstandard nicht. Im Falle des Wohnungsverbesserungsgesetzes (WVG) kann aufgrund der vor allem in mittelgroßen und relativ gut ausgestatteten Wohnungen getätigten Investitionen (hier vor allem Heizungseinbauten) geradezu von einer Fehllokation öffentlicher Förderungsmittel gesprochen werden (KOLLER 1981, auch HEINZE 1980), die als Folge der vor allem im Kreditapparat eingebauten Filter zu verstehen ist. Der zentral gesteuerte Mitteleinsatz behindert außerdem Eigenleistungen und die Aktivierung von Ressourcen innerhalb des autonomen Sektors, der in sozial schwachen Schichten traditionell von großer Bedeutung ist.

2.2 Sozialumschichtung durch Sanierung?

Eine privatwirtschaftliche - d.h. im wesentlichen gewinnorientierte Sanierungsstrategie mit einer Anhebung des Wohnstandards

um jeden Preis hat eine Verdrängung der sozial Schwachen aus dem Gebiet zur Folge - mit allen Konsequenzen, also vor allem einer Verschiebung der "Problembevölkerung" (!) in andere, vermutlich noch schlechtere Stadtteile. Extreme Beispiele solcher "Luxussanierungen" (meistens, aber durchaus nicht zwangsläufig, als Kahlschlag- oder "Bulldozersanierung") finden sich in den USA. Das slum-clearing des Urban Renewal Programs (seit 1949) wurde bezeichnenderweise bald negro-clearing genannt, wobei aber in zunehmenden Maße auch ärmere Weiße aus den erneuerten Gebieten "hinausgefiltert" wurden. Auch in der BRD mußten schon vereinzelt Änderungsverbote erlassen werden, um die soziale Struktur in bestimmten Gebieten - vor allem solchen mit einem starken Veränderungsdruck durch Citybildung und Zentrenausweitung - zu erhalten. Und auch im Falle des Wiener Blutgassenviertels erfolgte ein grundlegender und bleibender Austausch der Sozialstruktur durch die Absiedlung der ursprünglichen Mieter. Im übrigen wird sich Stadterneuerung unter privatwirtschaftlichem Druck stets nur in Gebieten mit bestmöglichen Verwertungsbedingungen realisieren, wobei innerstädtische Modernisierungspolitik auch als Mittel zur Bekämpfung der Randwanderung einkommensstärkerer Gruppen eingesetzt werden kann.

Wenn auch in Österreich das neue Mietengesetz keine generelle "Änderungskündigung" enthält - außer bei Wohnungen der Kategorie D in ausgewiesen STE-Gebieten oder bei ausgewiesenen Einzelassanierungen nach § 1(2) STEG -, Wohnungen i.a. also nicht gegen den Willen der Mieter verbessert werden dürfen, so ist doch durch die Möglichkeit der freien Mietvereinbarung nach einer Standardanhebung durch den Vermieter die Gefahr einer mittelfristigen - "sanften" - Sozialumschichtung gegeben. Dadurch werden zwar nicht unmittelbar Altmieter aus ihren Wohnungen "hinaussaniert", doch zeigen zahlreiche Beispiele seit Inkrafttreten des neuen Mietrechtsgesetzes, daß durch solche Sanierungsmaßnahmen mehr und mehr Wohnungen der unteren Preiskategorien aus den gesetzlich festgelegten Mietzinsobergrenzen herausfallen, das Angebot an billigen, schlechter ausgestatteten Wohnungen also ständig abnimmt. Nach der Logik einer ausschließlich aufwertungsorientierten Stasdterneuerungs-

Politik könnte die systematische Verknappung des Billigwohnraumes damit eine "neue Wohnungsnot" erzeugen, die auf den für einkommensschwächere Schichten verfügbaren Teilmarkt beschränkt wäre. Diese Entwicklung verstärkt sich durch die offenbar zunehmende Tendenz, Altbauwohnungen im Eigentum zu vergeben.

Auch eine Verbesserung des Wohnumfeldes ist keineswegs "mietenneutral", da sie private Modernisierungen stimuliert und die Vermietbarkeit bereits modernisierter Wohnungen zu "angemessenen" Mieten garantiert.

2.3 Stadterneuerung - Ursache neuer Verslumung?

Es stellt sich somit die Frage, ob Stadterneuerung unter diesen Prämissen - d.h. unter Beibehaltung der gleichen strukturellen Gesetzmäßigkeiten - nicht überhaupt zur Illusion wird. "Die soziale Segregation ist weiterhin eine derBegleiterscheinungen der Stadtentwicklung. Gerade in ihr erweist sich die Illusion, der viele Verfechter der Stadterneuerung unterliegen. Wohl wurden an der Stadterweiterung mit der Entstehung monofuktionaler Schlafstädte zu Recht die soziale Segregation und die ungünstigen Wohnverhältnisse kritisiert. Zu Recht wurde konstatiert, daß durch diese Stadterweiterung im Stadtinneren bald Slums zurückbleiben. Der Zusammenhang der Ursachen wird jedoch vielfach nicht genau erfaßt. Nicht die Stadterweiterung an sich erzeugt die innerstädtischen Slums; es ist die sozial gestaffelte Kaufkraft, die Slums erzeugt. Da im Gegensatz zu ideologischen Erklärungen die Wohnung eine Ware ist und der Wohnungsmarkt ein Markt, erfolgt die Verteilung von Wohnungen nach Preisen und damit nach Einkommensverhältnissen. Die innerstädtischen Wohngebiete werden zu Slums, weil die weniger kaufkräftige Bevölkerung sich die neuen Wohnungen, die bisher am Stadtrand entstanden, nicht leisten konnte. Zu glauben, daß sie sich diese Wohnungen leisten könnte oder wollte, wenn sie im Zuge von Stadterneuerung entstehen, wäre eine Illusion. Wird daher die Wohnbautätigkeit (durch Assanierung oder Verbesserung) ins dichtverbaute Stadtgebiet verlegt, dann wird

sich auch die Quelle der sozialen Segregation ins Stadtinnere verlegen. (...) Unterschiede in der sozialen Segregation durch Stadterweiterung und Stadterneuerung gibt es allerdings: Durch Stadterweiterung blieb die im dichtverbauten Stadtgebiet verbleibende Wohnbevölkerung ungeschoren. Die Slumbildung geschah langsamer, allmählich. Sie erfolgte vor allem durch Entleerung: die Slumbildung wurde nur durch soziale Wohnungsgesetze gebremst. (...)

Durch Stadterneuerung erfolgt nun eine andere Slumbildung, eine aktivere. Die Wohnungsschutzgesetze treten mit dem Verschwinden der alten Objekte außer Kraft, die hohen Kosten der Neubauten oder der Modernisierungen vertreiben die einkommensschwachen Bevölkerungsteile, der Bestand an Altbauwohnungen verringert sich.

Stadterweiterung bringt gemäßigte Verslumung über größere Teile des Altbaubestandes. Stadterneuerung verringert zwar das räumliche Ausmaß der Verslumung, verschärft jedoch deren Intensität. Die Slums durch Stadterweiterung zeichnen sich durch Verdünnung aus (also in gewissem Maße durch Verbesserung der Belagsverhältnisse). Die Slums durch Stadterneuerung könnten wieder höhere Belagsdichten aufweisen." (KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 1980, S. 163 f. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse einer für Wien durchgeführten Analyse über die Zusammenhänge zwischen Alterszusammensetzung, Einkommen und Ausprägung der Slumbildung, in: KOZIOL 1975)

Hier ist anzumerken, daß auch das Stadterneuerungs-Gesetz selbst deutliche Schwächen aufweist:

a) Das Stadterneuerungs-Gesetz geht davon aus, daß die Finanzierung von Stadterneuerungs-Maßnahmen durch den Einsatz herkömmlicher öffentlicher und/oder privater Mittel erfolgt, d.h. es versteht sich ausschließlich als Verfahrensgesetz, nicht als Finanzierungsgesetz.
b) Die Definition der Assanierungskriterien ist fragwürdig. Das zeigt sich u.a. beim Vergleich der im Gesetz definierten Kriterien für Assanierungswürdigkeit mit tatsächlichen,

also von der betroffenen Bevölkerung konstatierten Gebietsproblemen (vgl. z.B. Urbanbau 1980). Während das Hauptinteresse der Bewohner sich überwiegend auf die Erhaltung der Bausubstanz sowie auf die Beseitigung exogener Störfaktoren (Wohnumfeldqualität) richtet, zielt das Stadterneuerungs-Gesetz in erster Linie auf die Anhebung des Wohnstandards ("mangelhafte Ausstattung der Wohnungen") ab. Dabei wird übersehen, daß die Investitionsbereitschaft der Mieter wesentlich auch vom Bauzustand des Hauses und der Wohnumfeldqualität beeinflußt wird.

c) Stadterneuerungs-Gesetz und andere Gesetzesinstrumente sind nicht aufeinander abgestimmt. So könnte theoretisch der Fall eintreten, daß die Assanierungswürdigkeit eines Gebiets durch individuelle Modernisierungen mit Förderungsmitteln nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz knapp unterlaufen wird, da "plötzlich" nicht mehr genügend Wohnungen mangelhaft ausgestattet sind ...

d) Die technokratische Problemverlagerung überdeckt sozialpolitische Erwägungen. Das Stadterneuerungsgesetz verpflichtet nicht ausdrücklich zur Berücksichtigung der sozialen und ökonomischen Situation der Betroffenen.

2.4 Schichtspezifische Ermittlung des Sanierungsbedarfs

Vor allem aber ist - in den vorliegenden Analysen höchstens peripher abgehandelt - die Ermittlung des Sanierungsbedarfs selbst kritischer zu hinterfragen. Derzeit wird im Bedarfsermittlungsverfahren von einem Ist-Soll-Vergleich ausgegangen. Der "Bedarf" ergibt sich aus der Differenz zwischen einer angestrebten und einer realiter vorhandenen Versorgungssituation. Während technologische, sozioökonomische und (bau-)gesetzlich verankerte Richtzahlen mehr oder weniger vorgegeben sind, wird das Sanierungsbedürfnis im wesentlichen durch wertbedingte Richtzahlen (Normen) fixiert. An diesen Sollzielvorstellungen der Bewertenden setzt jene Kritik an (KOLLER 1981, BRAMHAS 1976, LEUENBERGER/SCHILLING 1977), die in den definierten Qualitätsnormen das Wertsystem der (planenden) Mittel-

schicht erkennt, die an den mehrheitlich unteren sozialen Schichten angehörenden Bewohnern der Sanierungsgebiete vorbeiplant. Ein bestimmter Wohnstandard wird zur "neuzeitlichen" Wohnnorm erhoben, die vermeintlich "Wohnzufriedenheit" garantiert. In krassen Fällen führt dies dazu, daß Standardanhebung um jeden Preis (als auch politisch verwertbare Größe: "19 ... wieder um ... % weniger Substandardwohnungen") sogar ohne Rücksicht auf die Wohnungsgröße geplant wird, d.h. durch den Einbau eines WC oder Bades dieNutzungsmöglichkeit einer Kleinwohnung u.U. noch verschlechtert wird. Eine Nutzensteigerung durch Standardanhebung wird außerdem gerade von älteren Mietern unterer Einkommensschichten oft nicht anerkannt, müßte also von einer Umstrukturierung der Sozialstruktur (bei Neuvermietung) abhängig gemacht werden. Die Bedarfsermittlung verlangt in diesem Sinne nach einer Relativierung.

Daraus ergeben sich prinzipielle Forderungen an eine "sanfte" Stadterneuerung:

a) Das Anspruchsniveau ist bewohnerorientiert - d.h. anhand der Sozialstruktur des jeweiligen Gebiets - festzulegen und hat als Grundlage für die Bedarfsermittlung zu gelten. Dies würde sich dann nicht mehr am abstrakt formulierten Wohnstandardbedürfnis einer planenden Mittelschicht orientieren, sondern am eher pragmatisch ermittelten Ideal einer "Minimierung von Mißständen" (POPPER 1976). In jedem Fall ist einmal davon auszugehen, daß das primäre Interesse der im Gebiet ansässigen Bevölkerung eher der Erhaltung ihres gegenwärtigen Wohnstandards gilt als einer Verbeserungsstrategie, die zunächst auf jeden Fall Unsicherheiten hervorruft.

   Im Extremfall könnte die Reduzierung des Anspruchsniveaus zur - in einigen Ländern bereits praktizierten - Form der "Low-Standard-Verbesserung" führen, dienur noch auf eine Unterbrechung des Verfallsprozesses abzielt.

b) Zugleich wären Mindeststandards für die Wohnumfeldqualität festzulegen, deren Störung nach allen vorliegenden Untersuchungen weit stärker wahrgenommen wird als fehlender Standard im Wohnbereich selbst.

c) Schließlich müßte die den Betroffenen meist nicht unmittelbar einsichtige Notwendigkeit von bestimmten Veränderungen gerade im Dienst der Erhaltung (als Mindestanforderung) von Wohn- und Wohnumfeldqualität breiter diskutiert werden.

2.5 Verteilungspolitische Effekte

Jeder Eingriff des Staates in das Wohnungswesen - nebenbei das klassische Feld für staatliche Eingriffe sogar in betont liberalistischen Zeiten und Wirtschaftsordnungen - ist verteilungspolitisch - aber nicht unbedingt auch "verteilungspolitisch wirksam" im Sinne einer Umverteilung. So zeigt das Wohnungsverbesserungsgesetz sicherlich keinen Umverteilungseffekt - jedenfalls nicht nach unten hin. (Vgl. HEINZE 1980, KNOTH 1978.)

Bisher wenig beachtet - in Forschung wie in Politik - scheinen die verteilungspolitischen Effekte von Stadterneuerungs-Programmen. In diesem Zusammenhang sollen unter verteilungspolitischen Effekten nicht nur die Aspekte der Mittelaufbringung und Mittelvergabe erfaßt werden, sondern auch die "immateriellen" Effekte der Stadterneuerungs-Politik analysiert werden. Insbesondere müßte untersucht werden, welche Umverteilungsprozesse zwischen einzelnen Sozialgruppen durch Stadterneuerungs-Programme in Gang gesetzt werden können und wie administrativ gegengesteuert werden könnte. Die verteilungspolitische Prozeßanalyse würde dann folgende Aspekte umfassen:

- Finanzieller Mittelfluß
- Entscheidungsfluß
- Bevölkerungsbewegung (Verdrängungsprozesse)
- Zugangsmöglichkeiten zum Recht und zu Institution (Information, Beratung, Förderung, Rechtsdurchsetzung).

Gerade der letzte Punkt ist von besonderer Wichtigkeit: Die empirischen Ergebnisse der Verwaltungsforschung (vgl. Verwaltungsprojekt "Verwaltung in der Demokratie", IHS, Wien 1975) zeigen nämlich immer wieder, daß, bleibt der politisch-administrative Prozeß sich selbst überlassen, selbst zentrale Reformziele nicht erreicht werden können. Es genügt also nicht, Gleichheit in einem formellen Sinn zu praktizieren. Produktion nur gleicher Chancen geht an den zentralen Problemstellungen insofern vorbei, als deren Resultat zwar eine Verbesserung des Status quo sein mag, aber nur dieselben Verhältnisse erreicht wie das klassische Privatrecht: es verhilft aufgrund seiner gleichen Nutzbarkeit für alle dem Starken zu mehr Stärke und bedeutet für den Schwachen relativ weitere Schwächung. Reale Demokratisierung der Verwaltung bedeutet somit, auf sie die Entwicklung vom bürgerlichen Privatrecht zum Sozialrecht adäquat zu übertragen: Ein kompensatorisches Recht, das dem sozial Schwachen mehr, dem Starken weniger an Rechtspositionen, Informationen, Hilfestellungen usw. einräumt.

Kompensatorisch arbeitet eine Verwaltung somit dann, wenn sie bewußt ungleich handelt, um mehr Gleichheit herzustellen. Der Idee einer "kompensatorischen Stadterneuerungs-Politik" entspricht es analog, daß die Stadterneuerungs-Organisation so angelegt ist, daß den schwächsten Gruppen im Stadterneuerungs-Prozeß die stärkste Unterstützung durch die Planungsinstanzen zuteil wird. Insbesondere für sensible Problemzonen müßte nach Verwaltungsmodellen - aber auch nach optimalen Verwaltungsgrößen! - gesucht werden, die das Vertrauen der Bewohner in die Stadtverwaltung wieder herstellen, da ja jede Veränderung des Wohnviertels, des Hauses oder der Wohnung zuerst einmal als Bedrohung eines erreichten Standards angesehen wird. Die Notwendigkeit bestimmter Veränderungen gerade im Dienste der Erhaltung ist überdies oft nicht unmittelbar einsichtig.

2.6 Voraussetzungen kompensatorischer Stadterneuerungs-Politik

Ist es nun die erklärte Absicht einer kommunalen Stadterneuerungspolitik, im Sinne kompensatorischer Verwaltung in erster Linie die Wohnsituation sozial benachteiligter Schichten zu verbesseren, so muß die Organisation des politischen, ökonomischen und baulichen Prozesses der Stadterneuerung so strukturiert sein, daß insbesondere diese "Problembevölkerung" durch die gesetzten Maßnahmen erreicht werden kann. Internationale Erfahrungen zeigen allerdings recht drastisch, daß es gerade diese Gruppen sind, die aus ihren angestammten Wohnvierteln hinausgedrängt werden, sodaß hier die Selektivität des politisch-administrativen Systems voll zum Tragen kommt.

Voraussetzungen für eine Gegensteuerung zu diesem Prozeß wären damnach:

a) eine Verlagerung des Schwergewichts der Erneuerungspolitik auf die Erhaltung des Bestehenden (Wohnviertel, Häuser, Wohnungen, Sozialstruktur), vor allem auch die Erhaltung eines billigen Wohnungsteilmarktes,
b) die Prioritätensetzung der Stadtverwaltung zugunsten der im Wohnviertel ansässigen Bevölkerung,
c) die Abstimmung des Versorgungsniveaus an öffentlichen Einrichtungen und Gemeinschaftsanlagen, aberauch an privater Infrastruktur auf die vorhandenen und nicht auf andere, neue (von den Vorstellungen der Planer beeinflußte) Bevölkerungsbedürfnisse,
d) die Durchführung der Stadterneuerung nicht bloß als technischer (Bau-)Prozeß, sondern in erster Linie als sozialplanerischer Prozeß.

Aus einer derartigen Analyse müßten sich letztlich Vorschläge ableiten lassen, die auf eine Umwandlung der kommunalen Stadterneuerungs-Politik in kompensatorischer Hinsicht abzielen:

a) Veränderung der Mittelflüsse (dazu gehöhren u.a.: Konzentration der Mittel auf erhaltende Investitionen, Ausschaltung der Filter im Kredit- und Behördenapparat usw.)
b) Organisationshilfen (professionelle Unterstützung von Bewohnerinitiativen)
c) Finanzierungsmodelle (unter Einbeziehung des autonomen Sektors) und nicht zuletzt:
d) kooperative Entscheidungs- und Organisationsmodelle. Überschaubare Verwaltungseinheiten könnten überdies - über die punktuell notwendig gewordene Sanierung hinaus - längerfristig zu einer Demokratisierung der Wohnraumverwaltung und damit zu einer sozialen Stabilisierung, d.h. Erhaltung der Sozialstruktur, im innerstädtischen Gebiet führen.

3. Methodische Überlegungen

3.1 Systematisierung des Forschungsgegenstandes

Die Evaluierungsforschung hat seit ihrem Bestehen das Problem, daß es keinen ausgewiesenen, praktikablen Methodenkanon gibt und - wie uns scheint - auch nicht geben kann: Denn wie in unserem Forschungsvorhaben kommt es darauf an, die verschiedenen relevanten sozialwissenschaftlichen Disziplinen zu integrieren und deren methodische Voraussetzungen im Hinblick auf den Forschungsgegenstand zu reflektieren bzw. fruchtbar zu machen. - So reicht denn auch unser Forschungsfeld z.B. von sehr speziellen Aspekten der Ökologie im Falle der Untersuchung von hohen Umweltqualitäten, über allgemeine soziologische Phänomene der Segregationsprozesse, über psychologische Faktoren des Wohnens zu den Interaktionsprozessen zwischen der Bevölkerung und der (politischen) Verwaltung, bei deren Untersuchung die Verfahren der empirischen Verwaltungsforschung anzuwenden sind.

Zur Systematisierung des gesamten Forschungsfeldes haben wir einerseits zwischen zwei Arbeitsbereichen der Stadterneuerung und zwei Maßnahmentypen andererseits unterschieden, die - kombiniert - vier prinzipielle Sektoren ergeben, die im folgenden Schema veranschaulicht sind.

Schema 1: Arbeitsbereiche und Maßnahmentypen in der Stadterneuerung

		Maßnahmen: bauliche	Maßnahmen: nichtbauliche
Arbeitsbereiche der STE	privater Bereich	I	II
	öffentlicher Bereich	III	IV

Aufgrund unseres Projektthemas steht die öffentliche Verwaltung naturgemäß im Mittelpunkt unseres Interesses. Das "Handeln" der Verwaltung läßt sich generell als "Produzieren von Entscheidungen" begreifen. Daß dabei deren (politische) Determinanten/Defizite (im Binnenbereich) etc. sowie die problematischen Auswirkungen auf die Entscheidungsbetroffenen zu untersuchen sind, liegt auf der Hand; nicht so selbstverständlich ist die Untersuchung der Selektivität des Verwaltungshandelns, d.h. in unserem Falle die Untersuchung der Folgen des nicht aktiv Werdens der Verwaltung in denjenigen Gebieten, die dringend einer aktiven Stadterneuerung bedürften. Es sind daher zwei Stränge innerhalb des Verwaltungshandelns sowie zwei Betrachtungsperspektiven zu unterscheiden.

Schema 2: Handlungsebenen der Verwaltung und Forschungsperspektiven

		Forschungsperspektiven von außen	von innen
Handlungsebenen der Verwaltung	aktiv	A	B
	passiv	C	D

- Aktives Verwaltungshandeln, d.h. Umsetzung politischer Entscheidungen bzw. aktenmäßiges Verwalten von "Fällen".
  Dieses kann im Widerspruch zu bestimmten Interessensartikulationen aus der Bevölkerung stehen bzw. solchen Widerspruch provozieren. - Hier gilt es, "Sackgassen" bzw. Fehlverhalten der Verwaltung aus ihrem Selbstverständnis oder den unbeabsichtigten Folgen ihres Handelns zu identifizieren (einige Fallbeispiele wurden andiskutiert).

- Passives Verwaltungs"handeln", wie es gerade für die Wiener Situation typisch ist. Positive Folge dieser jahrzehntelangen Passivität ist zweifellos die wesentlich geringere Segregation in Wien (verglichen etwa mit deutschen Großstädten), verbunden damit weniger Verslumungstendenzen. Andererseits ist unübersehbar, daß dadurch in einigen Bereichen Degradationsphänomene auftreten, durch die mittelfristig ein größerer Teil des billigen Wohnraumes in Wien entweder in seiner baulichen Substanz nicht gesichert ist oder Opfer von Spekulation werden könnte. Erschwerend dabei wirkt die ungenügende Rechtsabsicherung des Mieters, die - verbunden mit der schon sprichwörtlichen Angst gerade von Unterschichtsmietern vor dem Hausherrn - Spekulation und baulichen Verfall u.U. begünstigt. Zum Nichthandeln der Verwaltung gehören schließlich auch fehlende Eingriffe zur Sicherung/Verbesserung des Wohnumfeldes (Grünraumversorgung, Infrastruktur, Verringerung von Emissionen etc.). - Zu untersuchen sind die Folgen der selektiven Politik des politisch-administrativen Systems anhand eines Gebietes als Fallbeispiel.

Betrachtungsperspektiven im Projekt:

Aufgrund der im Exposé formulierten und nunmehr reformulierten Zielsetzungen sowie des verwaltungswissenschaftlichen Vorverständnisses sind zwei verschiedene Forschungsperspektiven von uns jeweils abwechselnd einzunehmen und in den Erhebungen zu berücksichtigen:

- Die Sicht aus der Binnenperspektive der Verwaltung:
  - o Schwierigkeiten in der Stadterneuerung aus der Sicht des aufgeklärten Selbstverständnisses von Rathausbeamten (generelle Perspektive der "Insider");

- o Schwierigkeiten an Hand von Detailfragen (vom jeweiligen Sachbearbeiter im Projekt zu erheben);
- o strukturelle Aspekte der Wiener Gemeindeverwaltung für die Organisation von Stadterneuerungsvorhaben (Versuch einer Verbindung der ersten beiden Punkte).

- Die Sicht aus der Außenperspektive der Verwaltung:
  - o Was wird an Problemen/Defiziten der Verwaltung sichtbar? Aus der Sicht von verschiedenen Betroffenen/Akteuren, die Erfahrungen im direkten Kontakt gesammelt haben;
  - o was ist nicht so sichtbar, vollzieht sich im geheimen, geschieht quasi naturwüchsig in den Gebieten?

3.2 Zur Reformulierung der Problemstellung des Projekts

Die politisch-administrativen und sozialstrukturellen Rahmenbedingungen für eine Intensivierung der Stadterneuerung in Wien haben sich in den letzten Jahren eher verschlechtert denn gebessert, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Aufrund der sich verengenden Spielräume im Budget der Gemeinde ist eine entscheidende Umlenkung von Ressourcen zu Gunsten der Stadterneuerung nicht zu erwarten; letztlich fehlt auch noch zur Zeit der politische Druck hiezu.
2. Die arbeitsteilig organisierte und jeweils auf den Vollzug einzelner Gesetze/Verordnungen ausgelegte öffentliche Verwaltung ist für eine wesentlich aktivere Stadterneuerungspolitik nicht gerüstet; sie wäre mit einem Organisations- bzw. Koordinationsaufwand konfrontiert, der ganz andere Verwaltungsstrukturen erforderte. - Dies gilt allerdings nicht nur für Österreich, sondern auch für andere Länder; z.B. wurde für die BRD festgestellt:

   "Stadterneuerung mittlerer Intensität bedarf wegen der stärkeren Streuung der Maßnahmen und wegen der erwünschten

Beachtung individueller Probleme einer Organisationsform, 'die auf obrigkeitliches Handeln gegenüber Privaten weitgehend verzichtet (und) weitgehend auf Freiwilligkeit abstellt'. Ob neue, dezentrale Entscheidungsformen als erstrebenswert oder nur als unvermeidbar erachtet werden, bleibt dabei angesichts der großen Zahl von zu fällenden Einzelentscheidungen fast eine Geschmacksfrage. In der Regel erschwerten die Förderungsverfahren sinnvolle dezentrale Entscheidungs- bzw. Organisationsformen, Städte und Gemeinden experimentieren z.Z. mit unterschiedlichen Organisationsformen der Stadterneuerung mittlerer Intensität, verzichten aber überwiegend nicht auf deren Einbindung in die hierarchisch aufgebaute Linienorganisation der Verwaltung."

3. Nicht nur im öffentlichen Haushalt, sondern auch in den privaten Haushalten wird sich eine nachhaltige Veränderung zu ungunsten der Betroffenen vollziehen, die den Aktivitätsspielraum für die Stadterneuerung beeinflußt:

"Die langfristige wirtschaftliche und politische Entwicklung läßt eine Abschwächung der Zuwachsrate der privaten Realeinkommen erwarten. Diese Entwicklung wird im Hinblick auf die Wohnungsversorgung vor allem Bevölkerungsschichten treffen, die einkommensmäßig auf das Angebot preiswerter Wohnbausubstanz angewiesen sind. Weil gleichzeitig die Kosten für den Wohnungsneubau überdurchschnittlich weiter steigen werden, kann die Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten nur durch Instandsetzung und öffentliche Förderung der Modernisierung gesichert werden. Neben der öffentlichen Förderung kann dabei auch eine an der Mietzahlungsfähigkeit der Bewohner ausgerichtete Begrenzung des Modernisierungsstandards unzumutbaren Mietpreissteigerungn entgegenwirken. Bei einer Bestimmung des Modernisierungsstandards geht es i.d.R. darum, einen Kompromiß zu finden zwischen den Zielen

- möglichst viel preiswerten Wohnraum zu erhalten,
- gleichzeitig aber desssen Gebrauchswert nachhaltig zu erhöhen."

Eine sozialpolitisch orientierte Stadterneuerung muß hier einen Kompromiß finden.

4. Eine Flächen deckende, die wichtigsten Gebiete Wiens erfassende Stadterneuerung scheint mit der gegenwärtigen Organisationsform der Gebietssanierung nicht erreichbar zu sein. Es wäre daher zu überlegen, ob nicht die intensivere Form der Gebietssanierung eher in den schwierigsten, schlechtesten Gebieten angewendet werden soll, während in den

durchschnittlichen Stadtteilen unabhängig von einem "Träger" kleine Beratergruppen aktiv werden könnten, die an das in den Gebieten vorhandene private Aktivitätspotential anknüpfen.

Ziel unserer Erhebungen im Untersuchungsgebiet "Hernals" muß also sein, die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen für eine Stadterneuerungspolitik "mittlerer Intensität" anzugeben, um zu sehen, in welchem Ausmaß bei den gegebenen Möglichkeiten eine Erneuerungstätigkeit angeregt werden kann.

4. Wirtschaftsbezogene Stadterneuerung

4.1 Zu Begriff und Bedeutung der wirtschaftsbezogenen Stadterneuerung

Das Bewußtsein von einer wirtschaftsbezogenen Stadterneuerung ist erst jüngeren Datums und daher auch kaum entwickelt. Noch in den letzten Jahren wurden einzelne Teilaspekte relativ isoliert von einander gesehen und diskutiert: Dies betrifft etwa Fragen der betrieblichen Nutzung bzw. der wirtschaftlichen Lage der in einem Gebiet befindlichen Betriebe (WIST 1978, WIST 1980) oder Fragen des Besitzes von Altmiethäusern (A. KAUFMANN, E. HAUTMANN 1983) sowie das Investitionsverhalten der Eigentümer, Fragen der Nahversorgung bzw. der Kaufkraft der ansässigen Bevölkerung, Folgen der Miet- und Bodenpreisentwicklung, der Investitionstätigkeit durch die öffentliche Hand etc. (KDZ 1983).

Noch bis Mitte der 70er Jahre wurde das Vorhandensein von Betrieben in städtischen Wohngebieten vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Mischung bzw. Entmischung der Funktionen "wohnen" und "arbeiten" betrachtet (W. SWITIL 1976), wobei die Probleme des Schutzes der Wohnfunktion im Vordergrund standen. Die sich nunmehr anbahnende, verstärkte Aufmerksamkeit auf die Erhaltung der Funktion des Arbeitens bzw. Wirtschaftens - insbesondere in städtischen Problemgebieten - hängt natürlich mit den veränderten makroökonomischen Rahmenbedingungen zusammen: In Zeiten konjunkturbedingter Prosperität braucht man sich um die Funktionsfähigkeit von Betrieben bzw. um die Erhaltung von Arbeitsplätzen wenig Sorgen zu machen;dies hat sich nun entscheidend geändert (Verkehrsexperten haben sich allerdings schon sehr früh gegen eine weitgehende Funktionsentmischung ausgesprochen - aus naheliegenden Gründen).

Wirtschaftsbezogene Stadterneuerung umfaßt auch wesentlich mehr als die Problemlösungen für die Nutzungsunverträglichkeit bei einer kleinräumigen Zuordnung von Betriebs- und Wohnfunk-

tionen - ungeachtet der Tatsache, daß es sich hiebei um ein wichtiges Problemfeld handelt. - Stadterneuerungsgebiete sind ja zumeist dadurch charakterisierbar, daß nahezu alle wirtschaftlichen Aktivitäten stagnieren oder teilweise sogar rückläufig sind. Wirtschaftsbezogene Stadterneuerung müßte demnach bedeuten, das brachliegende, überwiegend private Investitionspotential zu organisieren; d.h. für die öffentliche Hand: Organisationsstrukturen anzubieten, die die einzelnen partikularen Entscheidungen aufeinander abstimmen, ihnen ihre Unsicherheit absorbieren (zumindest teilweise) helfen und - natürlich auch - reale Anreize zu schaffen. - Damit sind wir beim Kern des Projektthemas, nämlich wie die Vorgänge in den bestehenden Organisationsformen der Stadterneuerung bewertet werden müssen, welche Probleme/Defizite, aber auch positive Effekte daraus resultieren und welche Alternativen unter bestimmten Rahmenbedingungen denkbar wären.

4.2 Zur wirtschaftlichen Substanz von Stadterneuerungsgebieten

Unter "wirtschaftlicher Substanz" eines Stadtgebietes verstehen wir nicht nur die Betriebe, sondern auch die ökonomischen Potentiale der Hauseigentümer, Mieter, Konsumenten etc. Da uns für Assanierungsverdachtsgebiete zur Zeit noch vergleichbare Globaldaten zum Investitionsverhalten, Investitionspotential der Hauseigentümer/Mieter fehlen, werden wir uns zunächst mit den Ergebnissen der Betriebsbefragungen für die Gebiete "Mariahilf" und "Wilhelmsdorf" durch das WIST befassen. - Die Ergebnisse lassen sich in knapper Form wie folgt zusammenfassen:

1. Bei den Betrieben handelt es sich größtenteils um historisch gewachsenes Gewerbe - vor allem produzierendes Gewerbe (über 50% der Betriebe), wenngleich sich dieser Zweig gegenüber dem Handel und dem Dienstleistungssektor in einem Schrumpfungsprozeß befindet; vor allem Wachstumsbranchen des Dienstleistungssektors sind - verglichen mit dem Stadtsdurchschnitt - unterrepräsentiert. Teile der produ-

duzierenden Betriebe sind starkem Konkurrenzdruck ausgesetzt.

2. Bezogen auf die Betriebsgrößen überwiegen Klein- und Mittelbetriebe, wobei Betriebe mit mehr als 50 unselbständig Beschäftigten Einzelfälle darstellen.
3. Die unselbständig Beschäftigten kommen - entgegen unserer ursprünglichen Vermutung, größtenteils außerhalb der Stadterneuerungsgebiete (rund 80%); d.h., daß ökonomische Probleme im Gebiet nicht unmittelbar auf die im Gebiet wohnenden Beschäftigten durchschlagen. - Die Kleinräumigkeit eines Stadterneuerungsgebietes ist hinsichtlich eines großstädtischen Marktes - hier des Arbeitsmarktes - ein zu enger Horizont.
4. Die Betriebe befinden sich im Durchschnitt sowohl im Hinblick auf Beschäftigung als auch bezüglich des Umsatzes auf stagnierendem Niveau. Echte Expansionsbetriebe sind Einzelfälle, andererseits sind auch die meisten "Krisenfälle" sogenannte "Auslaufbetriebe" (d.h. Familienbetriebe ohne Nachfolge). Tatsächlich oder potentiell gefährdete Betriebe mit akutem Beratungs- oder Unterstützungsbedarf - etwa durch Förderungsaktionen - bewegen sich auf einem zahlenmäßig schmalen Mittelbereich, wenn man - wie hier im Augenblick - nur die rein betriebswirtschaftliche Seite betrachtet.
5. Vom städtebaulichen Gesichtspunkt liegen die Probleme der Betriebe hauptsächlich auf zwei Ebenen:
   a) einerseits an der Verkehrsproblematik: Ausreichende Anzahl von Parkplätzen von Kunden und Beschäftigte, Ladeflächen, Regelungen der Verkehrsströme (z.B. Einbahnen) und Veränderungen von Standortgunst durch neue Verkehrsmittel (U-Bahn),
   b) andererseits auf der Ebene der Nutzung von Geschoß- oder Innenhofflächen: Betriebliche Nutzungen verdrängen teilweise Wohnungen, bei der Neugestaltung von Innenhofflächen stellt sich häufig das Problem der störenden betrieblichen Nutzung (als Lagerflächen z.B.), manchmal konkurrieren sogar potentielle Lagerflächenansprüche mit Planungen für mögliche Neubauten (Konkurrenz ver-

schiedener Kapitale bzw. Interessen).

6. Die Anzahl der durch Emissionen störenden Betriebe scheint eher gering zu sein; dennoch gibt es einzelne, mit der umliegenden Wohnfunktion schwer zu vereinbarende betriebliche Nutzungen (zumeist Betriebe mit kombinierten Störungen: Lärm, Geruch, Verkehr).
7. Die Neigung zu Investitionen in betrieblich genutzten Gebäuden oder Gebäudeteilen ist eher gering (selbst bei Vorhandensein technisch hochwertiger Anlagen).
8. Die Mobilitätsbereitschaft der Betriebe ist ebenfalls gering: Teils aus Standortgebundenheit, teils aus Kapitalmangel.

Und nun einige Ergebnisse der WIST-Studie im Detail:
Wilhelmsdorf:

- Betriebsbestand und Zusammensetzung (die Daten beziehen sich auf das Jahr 1973 und sind daher etwas überaltert): 53.9% der unselbständig Beschäftigten sind im sekundären Sektor beschäftigt; die wichtigsten Branchengruppen: Nahrungsmittel, Textil und Bekleidung, Chemie, Metalle/Metallwaren.
  Probleme der Branchen: 1. Nahrungsmittel: Die Betriebe sind großteils Nahversorgungsbetriebe, Absatzschwierigkeiten wegen Bevölkerungsrückgang. 2. Textil/Bekleidung: Starker Importdruck, Lohnkostendruck; große Zahl von Kleinbetrieben: Bereinigungsprozeß zu befürchten. 3. Holz/Papier: Rund 50% sind kleine Tischlereien; Konkurrenzdruck bei einigen Produkten durch Großbetriebe mit moderner Produktionsweise.
  4. Metallverarbeitung: Konkurrenzdurck durch Betriebe außerhalb Wiens und durch Importeure; KFZ-Reparaturwerkstätten haben gute Nachfrageentwicklung.
- Das Mietenniveau ist relativ niedrig.
- Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung (1980): 51% der Betriebe positiv, 16% gleichbleibend, 28% der Betriebe eher pessimistisch (haben aber nur 14% Arbeitsplätze);

Ursachen (Mehrfachnennungen):

43% Konkurrenzdruck
31% Nachfragerückgang
15% ungünstige Verkehrssituation
7% allgemeine Wirtschaftslage

- Probleme im tertiären Sektor: Nachfragerückgang durch Bevölkerungsschwund (z.B. im Gast- und Schankgewerbe, kleineren Handelsbetrieben).
- Verkehr: Großräumige Verkehrslage wird günstig, die kleinräumige zu 61% eher negativ beurteilt (vor allem Einfahrtsprobleme, Stellplatzengpässe).
- Betriebsräumlichkeiten: 38% sind unzufrieden (vor allem räumliche Beengtheit, ungeeignete Räumlichkeiten); die meisten von ihnen geben eine positive wirtschaftliche Entwicklung an. "Hier besteht die Gefahr, daß mittelgroße, expandierende Betriebe mit positiver Entwicklung zur Abwanderung gezwungen sind und damit für das Sanierungsgebiet ein gewisser Prozeß der Negativauslese (weiter) läuft" (WIST 1980, S. 137).

Aus Sanierungsverdachtsgebiet Mariahilf (1978):

- Struktur und Branchen der Betriebsstätten: 50% produzierendes Gewerbe und Bauwesen; 25% Großhandel, 15% Einzelhandel, 10% Dienstleistung und freie Berufe. Von den unselbständig Beschäftigten arbeiten mehr als 70% im Gewerbe und dem Bauwesen; rund 5% Einzelhandel und im Bereich der Dienste, 20% im Großhandel; durchschnittliche Betriebsgröße: 9 unselbständig Beschäftigte.
- Nur ein relativ geringer Teil der Arbeitskräfte (19%) kommt aus dem Gebiet, 17% aus dem 6. Bezirk.
- Der Bauzustand der Betriebsstätten wird überwiegend als zufriedenstellend bis gut bezeichnet (die Autoren des Berichts halten diese Beurteilung des Bauzustands durch die Betriebsinhaber übertrieben und stellen fest: "Trotzdem machen einige Betriebsstätten einen eher schlechten Eindruck" S. 18).
  Eigentumsverhältnisse: 14% stehen im Eigentum, 84% in Miete, der Rest ist gepachtet.

- Ein Fünftel der Betriebe klagt über Umsatzrückgänge; dennoch sind im Durchschnitt mehr als zwei Drittel der Betriebe mit der Geschäftsentwicklung zufrieden.
- Ein relativ hoher Anteil 70% hatte in den letzten Jahren investiert, davon mehr als die Hälfte auch in Gebäude. "Gebäudeinvestitionen wurden durchwegs für Umbauten und Renovierungen getätigt" (S. 20). Hier wäre eine Aufschlüsselung der Art der Investitionen bzw. die Höhe der Investitionen sinnvoll gewesen, denn möglicherweise entsteht hier durch globale Angaben ein falsches Bild; ebenso wären Fragen zu zukünftigen Investitionsabsichten bzw. Bereitschaften aufschlußreich gewesen.
- Die Verlagerungsabsichten der Betriebe sind gering (teils wegen der Standortgunst, teils wegen der Standortabhängigkeit); 9% befürchten, im Falle einer notwendigen Verlagerung Kunden und Arbeitskräfte zu verlieren. Dagegen haben rund 10% konkrete Erweiterungsabsichten, 49% wäre auf Erweiterungspläne ansprechbar: Das ist sicherlich ein Indiz für die relativ gute wirtschaftliche Substanz der Betriebe im Untersuchungsgebiet. - Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß sich die ökonomische Lage im Gebiet seit 1978 verschlechtert hat: Zunächst wegen der anhaltenden Stagnation auf der Makroebene, andererseits wegen genereller Nachfragerückgänge im Bauwesen, soferne nicht die mittlerweile angelaufene Bautätigkeit im Gebiet den dort ansässigen Betriebe zugute kommt.

4.3 Die Altmiethausbesitzer und ihr Investitionsverhalten

Eine der wesentlichsten Ursachen für die Stagnation eines Gebietes ist im Desinvestitionsverhalten der Eigentümer von Altmiethäusern zu sehen. Unter Desinvestitionsverhalten verstehen wir ein Verhalten der Eigentümer, welches zu keinem Einsatz von Kapitalmitteln führt, obwohl es der Zustand des Hauses bzw. der Liegenschaft erforderte; es bewirkt eine Verschlechterung der Nutzungsqualität für die betroffenen Nutzer.

Der Ausdruck "Investitionsverhalten" ist hier etwas mißverständlich, weil er ein zu starkes subjektivistisches Element suggeriert; denn wie jedes andere menschliche Handeln ist auch das Investieren ins Hauseigentum von äußeren, vom einzelnen nicht beeinflußbaren Rahmenbedingungen abhängig; hier etwa die Gesetzeslage, globale Strukturveränderungen in der Stadtentwicklung, mangelnde Förderungen durch die öffentliche Hand, aber auch Zumutbarkeitsgrenzen bei Mietbelastungen für die Hausbewohner.

Daneben gibt es jedoch einen subjektiven Handlungsspielraum, welcher aktives Verhalten der Eigentümer ermöglichte; darauf kommt es uns an dieser Stelle an. Um diesen Handlungsspielraum, welcher das subjektiv mögliche Investitionsverhalten beeinflußt, auszuloten, ist zunächst zu fragen, welche Interessen die Hauseigentümer mit ihrem Besitz verbinden. Und hier zeigt sich nach den Ergebnissen der IS-Studie 1983, daß rund die Hälfte der Wiener Altmiethäuser im Besitz von Hauseigentümern sind, "die eher einer aktiven Gewinnorientierung zuneigen, gut ein Viertel gehört Besitzern mit einer passiven Gewinnorientierung und nur knapp ein Viertel sind im Besitz von Eigentümern mit vorwiegend oder eindeutig konsumptiver Haltung dem Hausbesitz gegenüber" (S. 157). Das Interesse an der Gewinnorientierung zeigt deutliche Zusammenhänge mit der Höhe der Nutzfläche und den Wohnungskategorien: Je größer das Haus und je niedriger die Ausstattungskategorien der Wohnungen, desto höher die Wahrscheinlichkeit, daß der Eigentümer an Gewinn orientiert ist.

Mit der Gewinnorientierung der Eigentümer ist die erste und wichtigste Ursache für die mangelnde Investitionsbereitschaft identifiziert: "Besitzer, die eine hohe Wertsteigerung des im Hausbesitz angelegten Kapitals erwarten, haben sogar zu drei Viertel eine geringe Neigung zur Erhaltung und Verbesserung des Besitzobjekts, da dies in der Regel der Realisierung dieser Wertsteigerung im Wege steht. Liegenschaften mit baufälligen Objekten und mit der Möglichkeit einer Neubebauung erbringen höhere Verkaufserträge als solche mit Zinshäusern in gutem Erhaltungszustand" (S. 193). Die (teilweise) Eigennutzung des Hauses durch den Eigentümer erhöht die Investitionsbereitschaft beträchtlich, insbesondere dann, wenn er selbst im Haus wohnt. Eine bloß betriebliche Nutzung senkt dagegen die Bereitschaft.

Beim tatsächlichen Investitionsverhalten zeigt sich, daß rund die Hälfte der Eigentümer entweder gar keine oder nur die notwendigsten Reparaturarbeiten durchführen ließ; bezeichnender Weise handelt es sich bei dieser Gruppe vor allem um Eigentümer, deren Häuser sich im schlechten oder sogar sehr schlechten Zustand befinden (IS 1983, S. 172f.); 23% der Eigentümer führte eine umfassende Generalsanierung durch, rund ein Viertel eine einmalige, größere Reparatur.

Mehr als die Hälfte aller Eigentümer, die in das Haus investiert haben, finanzierten die Hausreparaturen ausschließlich über § 7 - Mietzinserhöhungen; bei Generalsanierungen wurde fast ausschließlich der § 7 in Anwendung gebracht; lediglich kleinere, notwendige Arbeiten werden ohne Mietzinserhöhung durchgeführt. "Die § 7 - Mietzinserhöhung war demnach im Verlauf der letzten 10 bis 15 Jahre die wichtigste Finanzierungsquelle (60%) für Instandsetzungsarbeiten in Altmiethäusern" (IS 1983, S.180). Im Klartext heißt dies, daß bei merklichen Verbesserungen im Haus diese im wesentlichen von den Mietern selbst bezahlt werden mußten.

Abschließend stellen die Autoren der IS-Studie fest, daß der Wiener Altmiethausbestand in Zukunft mehr und mehr in die

Hände professioneller Hausbesitzer geraten könnte; dabei handelt es sich um Personen, die beruflich mit dem Hausbesitz zu tun haben bzw. um Besitzer, die eine aktive Gewinnorientierung verfolgen. Überdies verstärkt sich auch in Wien die Tendenz, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln, zumal es sich hiebei um das lukrativste Geschäft für die "Professionisten" handeln soll.

4.4 Probleme der Betriebe mit der Stadterneuerung. - Einige Fallbeispiele

Die Interviews mit Betriebsinhabern in Stadterneuerungsgebieten wurden an Hand eines offenen Interviewleitfadens durchgeführt; die meisten Interviews wurden auf Tonband aufgezeichnet, um die Objektivität der Erfassung zu vergrößern. Leider gab es auch Interviewverweigerungen, allerdings ausschließlich von Betriebsinhabern, die in einem noch nicht abgeschlossenen Konflikt involviert sind. Die Interviews hatten eher explorativen Charakter, um die wesentlichsten Aspekte der Betroffenheit von tatsächlich durchgeführten oder geplanten Stadterneuerungsmaßnahmen zu eruieren; weiters interessierten uns die Kontakte der Betriebe zu den Gebietsbetreuungen, zur Wiener Handelskammer, zur Bezirksvertretung bzw. Gemeindeverwaltung; abschließend wurden einige Angaben zur Lage des Betriebs (Geschäftsentwicklung, Beschäftigtenstruktur, Probleme der Lagerhaltung, Betriebsbaulichkeiten, Investitionen etc.) erhoben. Der Schwerpunkt der Erhebungen lag im Stadterneuerungsgebiet "Ottakring", da dort die meisten Stadterneuerungsmaßnahmen durchgeführt worden sind.

Beispiele aus Ottakring

1. Beispiel aus dem Gast- und Schankgewerbe: "Ob ich betroffen bin? Na und ob - geschädigt bin ich. Z.B. früher hab ich pro Woche 1 kg Kaffee gebraucht, jetzt komme ich zwei bis drei Wochen damit aus. Ich habe ca. 10% weniger Geschäft - vor allem wegen der Chauffeure, die jetzt nicht mehr halten können, wegen der Wohnstraße, die haben hier gefrühstückt und dabei ist es meistens nicht geblieben, das ist jetzt vorbei. Es

waren gute Freunde dabei; die haben gesagt: Ich kann nicht mehr stehen bleiben bei Dir. - Jetzt sind weniger Leute da und die bleiben weniger lang." Außerdem hatte er eine kräftige Mietenerhöhung hinnehmen müssen: Früher bezahlte er knapp S 300,-- jetzt rund S 4.300,-- für ein kleines Lokal. - Man kann gerade noch leben, sagt er, aber Zukunft hat das Geschäft keine; bis zur Pensionierung will er noch weiter machen, wenn es geht. Mit der Gebietsbetreuung gab es keine Probleme; er hat sich an niemanden um Hilfe gewandt, es hätte auch nichts genützt, meint er.

2. Beispiel aus dem Baunebengewerbe: Der Betrieb war bzw. ist durch die neuen Verkehrsregelungen, d.h. die Wohnstraßen betroffen. Man wußte zunächst nicht, daß man durch die Wohnstraße auch mit LKW's fahren dürfe (auch das neue Verkehrszeichen war unbekannt, niemand hatte es erklärt!); die Polizei machte am Anfang Schwierigkeiten, bis der Betrieb als Anrainer anerkannt wurde. Der Inhaber sagt: "Es wäre unzumutbar, mit LKW's durch enge Gassen zu fahren, wo links und rechts Autos parken, insbesondere im Winter. Wir hätten mindestens 1 Kilometer fahren müssen, um auf die andere Seite des Betriebes zu kommen."

Mit der Gebietsbetreuung hat es gut geklappt: Es gab Flugzetteln, Diskussionen; einmal war auch der Bezirksvorsteher in der Urbanbau: Es gab eine Besprechung mit mehreren Betroffenen; alles, was versprochen wurde, ist durchgeführt worden.

Der Betrieb hat zum Zwecke von Umstrukturierungen investiert, dies hatte aber mit der Stadterneuerung nichts zu tun. Aufträge gab es im Zusammenhang mit der Stadterneuerung in Ottakring nur einen kleinen (der Inhaber lacht: "Da haben wir nicht einmal einen Tag gearbeitet"). Die Kapazitätsauslastung ist zur Zeit 100%; das hat schon mit Stadterneuerung zu tun: "Die Gemeinde läßt in letzter Zeit viel erneuern, insofern hat die Auftragslage schon mit Stadterneuerung zu tun". Der Betrieb hat 70 Beschäftigte, diese sind ausreichend.

Mit der Betriebsfläche ist zur Zeit auszukommen (er hat ein

Areal von der Gemeinde als Lagerplatz für Baustoffe gemietet), aber darin sieht er ein großes Problem: Betriebsflächen sind kostenintensiv, damit verschärft sich die Konkurrenz mit den Provinzfirmen; diese können bei Anboten günstiger sein, vor allem bei Großaufträgen (wegen billigeren, günstigeren Lagermöglichkeiten, der Zwischentransport ist günstiger, zum Teil Stapler sind einsetzbar, die Löhne sind niedriger). Die Wiener Betriebe bekommen eher die kleineren Aufträge und dann müssen sie "stramm stehen".

Insgesamt würde der Inhaber eine verstärkte Stadterneuerungspolitik positiv bewerten ("wäre sehr günstig"), "wir führen ja hauptsächlich Sanierungsarbeiten durch".

3. Beispiel aus der KFZ-Branche: Das Hauptproblem des Betriebes mit der Stadterneuerung in Ottakring liegt ebenfalls in der Verkehrsregelung: "Unsere Kundschaften, die was früher waren, haben diese Umfahrungen nicht gekannt. Die sind drei- oder viermal im Kreis gefahren und haben nicht hergefunden. Eine Kundschaft, die hat in der Koppstraße gewohnt, gar nicht weit weg von hier, der hat gefragt: wie komme ich jetzt zu euch? Er hat angerufen und ich hab auf ihn gewartet, aber er ist nicht mehr gekommen. Er hat wahrscheinlich einfach Gas gegeben und ist weiter gefahren".

Der Betrieb hat Stammkunden verloren. Man hätte die neuen Regelungen durch Tafeln anzeigen müssen. Es wäre auch viel Besser, wenn die Wichtelgasse "umgedreht wäre": Ja, wenn die Wichtelgasse in die andere Richtung eine Einbahn wäre, ginge es viel leichter, vor allem für die LKW's ist es fast unmöglich, um die Ecke zu kommen. - Die Geschäftsentwicklung sei nicht gerade viel schlechter, aber in schlechten Zeiten sei halt jede Kundschaft ein Verlust. Der Betrieb hat 27 Beschäftigte und ist relativ gut ausgelastet; investiert wurde in einen Zweigbetrieb für LKW's. Die relativ gute Entwicklung in den letzten Jahren habe aber mit der Stadterneuerung nichts zu tun.

Beispiele dieser Art könnten fortgesetzt werden, hätten hier aber nur demonstrativen Charakter, weil die Erhebungen noch nicht abgeschlossen sind. - Resümierend haben wir aus den Interviews den Eindruck gewonnen,

1. Daß die Lage bei den meisten Betrieben im Stadterneuerungsgebiet Ottakring unverändert geblieben ist, bei einigen hat sie sich verschlechtert, positive Impulse sind durch die Stadterneuerungpolitik kaum ausgegangen (soweit sich das zur Zeit feststellen läßt); die Bilanz der Stadterneuerung in Ottakring fällt für die Betriebe eher negativ aus.
2. Den wichtigsten Einfluß auf die Betriebe stellten Verkehrsmaßnahmen dar; neue Verkehrsregelungen können also sehr rasch zu Umsatzeinbußen bei Betrieben führen, unter Umständen sogar zur Existenzgefährdung (etwa wie im Falle eines Kfz-Betriebes in der Säulengasse im 9. Bezirk, wenn eine ursprünglich vorgesehene Planung realisiert worden wäre).
3. Größere Betriebe haben es leichter, sich mit der Gebietsbetreuung und mit der Gebietsvertretung zu arangieren als Kleinbetriebe; es besteht also die Gefahr einer selektiven Interessenswahrnehmung.
4. Die WHK kann nach ihren eigenen Angaben (aufgrund von Ressourcenmangel in der Kammer) nur "Problemfälle" betreuen, die sich melden; ansonsten beschränkt sie sich auf Stellungnahmen für Flächenwidmungspläne; aus diesen Stellungnahmen gewinnt man allerdings den Eindruck, daß fast bei jeder Änderung irgendwelche Interessen - wenn auch nur potentiell - betroffen sein könnten und daher Vorbehalte geäußert werden; eine Vorgangsweise dieser Art führt letztendlich zur Festschreibung des Status quo, was allerdings nicht im Sinne einer Stadterneuerungspolitik liegen kann.

Abschließend sei festgehalten, daß mit den Erhebungen unter den Betrieben vor kurzem begonnen worden ist und das folglich differenziertere Ergebnisse erst im Endbericht enthalten sein können. - Wir verfolgen mit diesem Teil der Untersuchung das Erkenntnisinteresse, das die kleinräumige Funktionsmischung von Wohnraum und Betriebsstätten möglichst aufrecht erhalten werden soll; dazu wollen wir an den wenigen Erfah-

rungen mit der Stadterneuerung in Wien diejenigen Probleme aufzeigen, die vielleicht noch zu wenig unter den Planern bekannt sind: Etwa das Problem von Umsatzrückgängen von Betrieben bei bestimmten Verkehrsplanungen.

5. Initiativen im Stadterneuerungsprozeß

5.1 Zur Theorie von Stadterneuerungsinitiativen als Sonderform der Bürgerinitiativen

In fast allen vorliegenden Stadterneuerungsmodellen nehmen Fragen der Betroffenenpartizipation weiten Raum ein. Im folgenden soll daher untersucht werden, inwieweit Initiativen im Bereich der Stadterneuerung die in sie gesetzten Erwartungen hinsichtlich einer Verbreiterung der Planungsbasis sowie des Einbringens der unmittelbaren Interessen der Planungsbetroffenen in den Erneuerungsprozeß erfüllen können. Dabei wird zunächst angenommen, daß sich Initiativen im Stadterneuerungsbereich grundsätzlich gleich verhalten wie Bürgerinitiativen im weiteren Sinne, die Theorie also nicht auf Stadterneuerungsinitiativen beschränkt ist. Erst in einem zweiten Teil (4.4.2) soll anhand ausgewählter Initiativen, die im engeren Sinne "stadterneuernd" wirken oder wirken wollen, die Gültigkeit der allgemeinen Theorien getestet bzw. die Wirksamkeit der Initiativen überprüft werden.

Der nicht selten unternommene Versuch, partizipatorische Ansätze per se schon als Bürgerinitiativen auszugeben, läßt nach einer Eingrenzung suchen. Dafür lassen sich folgende Kriterien anführen:

Autonomie:

Die Initiative ist eine Selbstorganisation der betroffenen Bürger. Sie wird nicht von unten befohlen oder gesteuert, sondern entsteht "von unten".

Sachliche, räumliche, zeitliche und soziale Begrenzung:

Bürgerinitiativen sind nicht Parteien mit einem grundsätzlich unbeschränkten Geltungsanspruch, sondern eine spezifische Form von Verbänden, mit grundsätzlich punktueller Aufgabenstellung.

Antwort auf Leistungsdefizite der politischen Organe:

"Bürgerinitiativen entstehen, weil das Verhalten von Parteien, Verbänden, Parlamenten und Verwaltungen als unzureichend empfunden wird" (Pelinka).

Beteiligung an Willensbildung und Entscheidungsprozeß:

Bürgerinitiativen sollten sich nicht als bloße Instrumente der Bewußtseinsbildung verstehen, sondern auch Entscheidungen direkt beeinflussen wollen.

Basisdemokratischer Anspruch:

"Bürgerinitiativen sind dem Wert der Demokratie verpflichtet und sollen unmittelbare Entscheidungen der Betroffenen sicherstellen". (Pelinka)

Ihrem eigenen Anspruch zufolge, sind Bürgerinitiativen zugleich Weiterentwicklung und Gegenteil der parlamentarischen Demokratie. Pelinka versucht eine Einordnung in das traditionelle demokratische Gefüge:

	a) direkte Demokratie	b) indirekte Demokratie
Selbstverständnis	Herrschaft des Volkes	Herrschaft der Volksvertretung
traditionelle Instrumente	Wahl, Plebiszit, Initiativen	Parlamente, Regierungen
aktuelle Instrumente	Demoskopie, Bürgerinitiativen	Parteien, Verbände
Gefahr der Denaturierung	plebiszitäre Diktatur	oligarchische Diktatur

5.1.1 Ursprünge und Ursachen von Bürgerinitiativen

Alle Theorien zur Bürgerinitiativbewegung sehen deren modernen Ursprung in der Studentenbewegung der 60er Jahre, wenngleich hier prinzipielle Einschränkungen angebracht sind:

"Zweifellos spielt einerseits die von der Studentenbewegung der 60er Jahre erhobene Forderung nach Demokratisierung alller gesellschaftlichen Bereiche eine gewisse Rolle. Hier ist aber selbst nur ein Symptom für das Vordringen von Legitimationsforderungen im Infrastrukturbereich. Wenn der Studentenbewegung der 60er Jahre auch eine gewisse katalisatorische Funktion für die Ausbreitung von Legitimationsforderungen zugesprochen werden kann (...), und wenn auch Aktivisten der Studentenbewegung für eine kurze Zeit programmatisch daran mitgewirkt haben, liegt Legitimations- und Partizipationsforderungen in andere Bereiche der Infrastrukturpolitik hineinzutragen (...); wenn also die Studentenbewegung nur eine besonders früh und besonders deutlich artikulierte, aber temporäre Repräsentantin dieses Komplexes von Forderungen war, so würde man ihr tragendes Mißverständnis als "Avantgarde" nur perpetuieren helfen, wenn man sie als den "Infektionsherd" der allenthalben virulentwerdenden Legitimationsforderungen deutete.

Vielmehr läßt sich an der Studentenbewegung selbst ein generelles Entwicklungsmuster ablesen, das dem "Einklagen" politischer Legitimationen nicht nur an der Universität, sondern auch in anderen Infrastrukturbereichen objektiv zugrunde liegt." (Offe)

Die wirtschaftliche Rezession Ende der 60er Jahre bewirkte eine Sensibilisierung des "Bürgers" und damit eine weitgehende Akzentverschiebung in der politischen Auseinandersetzung: Vom Makrobereich in immer größerem Umfang zu mikropolitischen, im unmittelbaren Erfahrungsbereich des Einzelnen (des "Stimmbürgers") liegenden Themen. In eher technokratisch einzuordne-

ten Konzepten (Mayer-Tasch, Remmele) fungieren als unmittelbare Anlässe für das verstärkte Bürgerengagement vor allem Fehlentwicklungen und Mißstände innerhalb der Verwaltung, interpretiert als Funktionsschwächen des Exekutivapparates. Dahinter steht aber die offensichtliche Tatsache mangelnder Mitwirkungsmöglichkeiten des Bürgers im Entscheidungsfindungsprozeß:

"Seinen politischen Willen kann der Bürger nur alle 4 Jahre bei den Wahlen bekunden und nur nach diesen langen Zeitintervallen Einfluß nehmen. Hier begründet sich auch die gelegentliche polemische Apostrophierung des Bürgers als Stimmvieh und die Forderung nach verstärkter Beteiligung. Diese Forderung ist ein Indiz, daß der klassische Demokratiebegriff, von dem noch die Väter des Grundgesetzes ausgingen, von vielen als nicht mehr genügend demokratisch für die Formung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse angesehen wird. Gerade in der Demokratie haben sich zwischen Herrschenden und Beherrschten immer verzweigtere Systeme der Mediatisierung und Distanzierung eingeschoben, die das politische Selbstbestimmungsrecht des demokratischen Souveräns in zunehmender Radikalität auf bloße Wahlen reduzieren und damit praktisch verkümmern ließen.

In den Bürgerinitiativen erhebt der Bürger einen neuen Anspruch. Hier glaubt er sich als Repräsentant des Staatsvolkes, Anwalt vitaler Interessen, Vorbild von Zivilcourage und Verantwortungsbewußtsein." (Remmele)

Dagegen verweist Faßbinder auf die zunehmende Zentralisierung der öffentlichen Planung, die Ausdruck der beschleunigten Kapitalakkumulation (vor allem auch im gesamten Bereich des Bauwesens) sei, wodurch ein realer Funktionsverlust der gewählten Stadtparlamente zugunsten der verselbständigten Planung eintritt. Der Staat erhielt die Aufgabe, die infrastrukturellen Voraussetzungen der Kapitalakkumulation (Bildungswesen, Forschung, Verkehrswesen, Städtebau u.a.) den veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals anzupassen. "Die Entscheidungen er-

scheinen nicht mehr als Ergebnis eines zumindest vermeintlich überschaubaren lokalen Interessenkampfes, sie haben sich vielmehr offensichtlich der übergeordneten Rationalität des regionalen Wachstums unterzuordnen. Das heißt aber, daß keine unmittelbare Identifizierung des Bürgers mit den Planungsentscheidungen mehr herstellbar ist, und das gerade in dem Augenblick, wo tiefe Veränderungen im kommunalen Gefüge bewirkt werden sollen. Die Planung kann dann ihre Legitimation nur noch auf einem quasi technischen Sachzwang gründen, ohne die Motivationsbasis der öffentlichen Meinung zu besitzen." (Faßbinder)

Praktikabel erscheint das Drei-Phasen-Modell von Offe: Verwaltete Planung im Spätkapitalismus verläuft demnach in drei deutlich voneinander zu trennenden Etappen. In der ersten Etappe kommt es durch die Kapitalakkumulation und die daraus resultierenden größeren Ansprüche an die Planung etwa im gesamten Bereich der Infrastruktur zu Entwicklungsengpässen und Mangelerscheinungen, die als Marktversagen gedeutet werden.

"Die Folgeprobleme sind disfunktional entweder in dem Sinne, daß sie bestimmte Kostengüter derartig verknappen und damit verteuern, daß die Fortsetzung einer rentablen Produktion problematisch wird (sauberes Prozeßwasser oder ausgebildete Fachkräfte stehen nicht ubiquitär zur Verfügung); oder in dem Sinne, daß sie auf dem Gebiet kollektiver Versorgungsleistungen Mängel in Erscheinung treten lassen, die die politische Stabilität gewissen Risiken aussetzen (z.B. Wohungsnot)." (Offe) Die bauliche Degradation ganzer Stadtviertel, die freilich in einem nicht zu trennenden Konnex zur sozialen Degradation steht, wäre ein typisches Beispiel für solche Mangelerscheinungen. In einer zweiten Phase versucht die Verwaltung, diese Mängel zu beheben. Aufgrund der chronischen Finanzschwäche, in der sich alle westlichen Großstädte heute befinden, kann aber die Antwort der kommunalen bzw. regionalen Planungsinstanzen bestenfalls in einer sektoralen Modernisierung bestehen, die zudem mit beachtlichen Folgekosten für die Bevölkerung verbunden ist.

Phase 3: Die Problematik wird dadurch erweitert und für weite Bevölkerungsschichten erst erkennbar. Neue Konflikte sind die Folge. "In allen diesen Beispielsfällen war der Konflikt nicht Anstoß, sondern Folge einer Reformpolitik". (Offe) Dies steht demliberalen Interpretationsmuster (Konflikt erzeugt Veränderung) gegenüber. In Österreich vertritt z.B. Ulram die Theorie struktureller Disparitäten, die sich ökonomisch in einer Auseinanderentwicklung des dominanten, oligopolistisch strukturierten und des unterlegenen, wettbewerbsorientierten Wirtschaftssektors, politisch in einer verzerrten Beachtung und Berücksichtigung der Interessen schlechtorganisierter und wenig konfliktfähiger Gruppen ("neue soziale Frage") darstellen und im Pufferbereich der Kommunalpolitik besonders deutlich werden. Da ein Großteil der verfügbaren Ressourcen so bereits festgelegt sei, stehe er nicht mehr zur lokalpolitischen Disposition. Außerdem bevorzugten die Verwaltungen auch aus legitimatorischen Überlegungen Großprojekte.

Bürgerinitiativen lassen sich aber auch als Gegenströmung zur organisierten Protestbewegung der 60er Jahre interpretieren. Die Position vertritt vor allem Nelles, der Initiativen zum Beispiel im Stadterneuerungsprozeß die Erhaltung von Lebensräumen oder Strukturen konzidiert, die entweder noch teilweise der wahren Logik des herrschenden Systems entzogen sind oder noch nicht gänzlich bürokratisch durchstrukturiert oder funktionalisiert sind. Zumindest stabilere, nicht Einpunktinitiativen seien eingebunden in Vorstellungen von einer "anderen Lebensweise", in der auch nichtzweckgerichteten Handlungen und Strukturen ein legitimer Platz zukommt.

5.1.2. Motivation zur direkten Teilnahme

Das Unbehagen des Bürgers mit einem Zuviel an indirekter Demokratie und "sinkenden Partizipationstemperaturen" (Pelinka) sowie verwalteter Planung allgemein, die mangelnde Identifikation mit der nur mehr durch Sachzwänge legitimierten Planung, der Wille zur Partizipation sowie radikaldemokratische Vorstellungen, schließlich das Recht auf Widerstand gegen den "Technofaschismus" (Pelinka) können - bei unterschiedlich gelagerten Interessen der Betroffenen - zunächst als allgemeine Erklärungsmuster für die Aktivierung gewertet werden. Charakteristisch für alle Modelle ist die Annahme einer direkten Betroffenheit durch konkrete Planungsmaßnahmen bzw. Unterlassungen. So versteht Offe unter Bürgerinitiativen alle Aktionen, die sich auf eine Verbesserung der disparitären Bedürfnisbereiche richten und die weder bloße Formen kollektiver Selbsthilfe sind, noch sich darauf beschränken, den Instanzenweg des politischen Systems zu mobilisieren. Betroffenheit kann aber auch durch Verlust oder Bedrohung eines Stücks Lebenswelt - etwa im sanierungsverdächtigen Viertel - entstehen, wie dies vor allem dem beschriebenen Modell von Nelles entspricht: "Das Viertel in seiner heutigen Form ist ein Stück Lebenswelt, in der nicht alles aufeinander abgestimmt ist, in dem manche nutzlose Ecke, manches störende Gebäude usw. das reibungslose, aber auch monotone Funktionieren behindern." (Nelles)

5.1.3. Legalität und Legitimität

Die Frage der Legalität - das heißt der formalen juristischen Einordbarkeit von Bürgerinitiativen in das geltende Verfassungsrecht spielt vor allem bei einigen deutschen Sozialwissenschaftern eine gewisse Rolle. Danach dürfen Bürgerinitiativen nicht direkt in den Entscheidungsprozeß eingebunden werden, das heißt die Aktivitäten von Bürgerinitiativen dürfen nicht soweit führen, daß den legitimierten staatlichen Organen faktisch die Entscheidungsbefugnis aus der Hand gewunden wird. Jenseits der

Grenzen des verfassungsrechtlich Zulässigen läge es nach Remmele, Bürgerinitiativen ein Vetorecht einzuräumen oder ihnen de facto oder de jure eine Befugnis zur Mitentscheidung zu geben.

Die gesamte Legitimitätsdiskussion bewegt sich auf zwei Ebenen: Einerseits gilt es nachzuweisen, daß Bürgerinitiativen ihren Anspruch, Ergänzung und Korrektiv der repräsentativen Demokratie zu sein, legitimieren können (interinstitutionelle Legitimität), andererseits wäre ihr eigener Anspruch auf direkte Demokratie anhand Selbstbestimmung (intrainstitutionelle Legitimität) zu verifizieren. Eine rein quantitative Bestimmung - analog den Wahlgängen, durch die sich die politischen Parteien zu legitimieren haben - ist aber selten (nur im Falle eines Plebiszits gegeben. Im übrigen wäre Legitimität qua Mehrheit allein schon zu hinterfragen." Die Berufung auf die hinter einem stehende Mehrheit wird als Legitimitätsgrund brüchig und haltlos, wenn der negativ entscheidungsbetroffene Bevölkerungsteil sich in seinen fundamentalsten Interessen wie Überleben, Sicherheit, Freiheit, Glück, Menschenwürde, lebenswerte Umweltbedingungen usw. bedroht sieht." (Guggenberger)

Bürgerinitiativen ziehen eine fraglose Rückbeziehung der Verwaltung auf eine größere Gesamtheit (Mehrheitsdoktrin) in Frage. Das Mehrheitsprinzip schließlich sei überhaupt nur dort sinnvoll, wo es nicht nur Herrschaft bedeute, sondern zugleich auch institutionelles Medium grundsätzlicher Übereinkunft darstelle.

Ein interinstitutioneller Anspruch könnte allenfalls auf dem Wege eines normativen, sozialintegrativen Rekurses, einer "Integration über Normen" (Habermas) erfolgen. Dieses normative Bezugssystem wird im täglichen Handel der Bürgerinitiativen meist selbst erstellt bzw. übernommen.

5.1.4 Systemverhalten

Bürgerinitiativen wird - mit unterschiedlicher Akzentuierung - in praktisch allen theoretischen Modellen eine systemstabilisierende Rolle zugeschrieben. Technokratische Konzepte erwarten dabei eine "Erhöhung der Volksstaatlichkeit", verstärktes Systemvertrauen durch "lebendige Demokratie", die Erleichterung bürgernahen Regierens und eine Art Frühwarnsystem, das gerade im komplexeren technologischen Systemen an Bedeutung gewinnen könnte.

Selbsthilfe könnte darüber hinaus die Verwaltung direkt entlasten - etwa durch die Übernahme bestimmter Dienstleistungen durch die Betroffenen selbst (Kinderläden statt kommunaler Kindergärten, Selbsthilfeorganisationen für verschiedene gesellschaftliche Randgruppen etc. Erschwerend wirkt hier zweifellos die unterschiedliche Konfliktfähigkeit verschiedener sozialer Gruppen).

Systemkritische und radikal-demokratische Ansätze betonen die Gefahr einer Scheinbeteiligung und einer aktiven Systemanpassung durch Illusionen in den Staat als Agens der Systemveränderung. Praktikabler ist meines Erachtens das Modell von Offe: Einer tendenziellen Vereinnahmung durch die Verwaltung und Scheinpartizipation steht die "Dialektik von Integration und Subversion" entgegen, die nicht immer im Sinne der Herrschenden aufgehen muß: denn es "zeichnen sich hier zweierlei Perspektiven dafür ab, daß Brügerinitiativen dazu beitragen können, den Dispositionsspielraum der Verwaltung zu erweitern und dadurch Möglichkeiten demokratischer Kontrolle zu schaffen. Diese Perspektiven resultieren einerseits aus der nicht unbegründeten Erwartung, daß die Rechnung, die die Verwaltung mit ihren Strategien der Partizipationsförderung aufstellt und die der Logik gleicht, aus der heraus man zur Eindämmung von Waldbränden Waldbrände anlegt, nicht aufgeht, das heißt, daß die Mechanismen scheinlegitimatorischer Abstützung laufender Programme versagen." (Offe)

Das Schwergewicht potentieller Emanzipation in Bürgerinitiativen dürfte freilich im individualpsychologischen Bereich liegen. "Outside interests" (Ulram) sprengen die Enge der privatistischen Lebensweise durch die Befriedigung, kollektives Handeln (freilich noch von Inhalten abstrahiert) zu erleben. "Learning by doing" hat deshalb vor allem einen pädagogisch-therapeutischen Effekt. Versteht man diese Gruppenidentifikation als Schutz vor narzistischer Selbstisolierung, wird der Bezug zu einer kollektiven Selbstbestimmung und - in weiterer Konsequenz zumindest potentiell - Systemüberwindung herstellbar. Nicht zu beantworten ist hier allerdings, ob die Erfahrung mit der teilweisen Herstellung von Öffentlichkeit im Reproduktionsbereich allein schon genügt, die Blockierung gesellschaftlicher Erfahrung im täglichen Lebenszusammenhang aufzuheben.

5.1.5 Strategie und Hindernisse

Bürgerinitiativen folgen im allgemeinen einem strategischen Grundmuster (nach Pelinka):

Stufe 1:

Interessensdefinition der direkt und indirekt Betroffenen: Diese Interessen müssen eindeutig geklärt werden. Außerdem ist eine Definition und eindeutige Abgrenzung zwischen Betroffenheit und Nichtbetroffenheit (politischer Idealismus im weitesten Sinne) notwendig, um spätere Mißverständnisse bezüglich unterschiedlich gelagerter Interessen zu vermeiden.

Stufe 2:

Zieldefinition nach außen: Unterrichtung der Öffentlichkeit und gleichzeitig Herstellung derselben.

Stufe 3:

Adressatendefinition: Unterscheidung von Haupt- und Umwegadressaten (z.B. Medien).

Stufe 4:

Analyse der Situation der Adressaten: Feststellen der Druckpunkte der Haupt- und Umwegadressaten.

Stufe 5:

Dramatisierung zur Herstellung von Öffentlichkeit. Konkrete taktische Maßnahmen werden immer über Öffentlichkeit bzw. eine mögliche Öffentlichkeit abgestimmt. Im zweiten Falle ist besonders der Hinweis auf wahlentscheidende Änderungen des Wählerverhaltens zu erwägen.

Stufe 6:

Ideologisierung zur Herstellung von Legitimität: Die quantitative und qualitative Bedeutung muß unterstrichen werden. Ideologisierung erfolgt durch die Berufung auf ein Gesamtinteresse ("Gemeinwohl").

Stufe 7:

Erfolgskontrolle mit rationaler Planung. Gegenstand der Überprüfung ist vor allem die Reaktion der Adressaten und der Umstände, die dazu führen können.

Stufe 8:

a) Erfolgslosigkeit, weil Adressat falsch eingestuft wurde
b) Erfolgslosigkeit, weil die Dramatisierungstaktik falsch war
c) Erfolgslosigkeit, weil das Ziel unerreichbar ist
d) Erfolg, Ziel erreicht

Von den Stufen 8a und 8b ist eine Rückkoppelung zu den Stufen 3 bzw. 5 möglich.

Bei den konkreten Taktiken sind 4 Grundstufen erkennbar:

a) Traditionelle Protestaktionen (direkte Kontakte mit der Öffentlichkeit durch Aufklärungsaktionen)

b) Verweigerung und Boykottmaßnahmen (wie etwa der Naderismus in den USA). Die Adressaten werden durch gezielte Nichtkooperation beeinflußt.

c) Ziviler Ungehorsam (nur im Falle von Massengefolgschaft erfolgversprechend)

d) illegale Aktionen (Platz- oder Hausbesetzungen etc.)

Neben oben genannten Gefahren (Oligarchisierung, Interessensverzerrung etc.) ist besonders die der Fernsteuerung durch andere politische Kräfte offensichtlich. Offe spricht von einem "Gratweg zwischen Patronisierung und Illegalität", den jede Bürgerinitiative selbst finden müsse. Bürgerinitiativen können zudem auf den Planungsvorsprung der Verwaltung nur mit einer Expostskandalisierung antworten. Integration oder Patronisierung werden im übrigen fast stets auf zwei bewährte Strategien setzen. Auf die der Reduzierung des ursprünglichen Anliegens (z.B. die Einschränkung der gesellschaftspolitisch gemeinten Motive der Hausbesetzer auf das Teilproblem mangelnden billigen Wohnraums) sowie der Sektoralisierung einer Protestbewegung zum Beispiel als "Jugendprotest", der mit einer entsprechend sektoralisierten Politik begegnet werden soll. Gefährlich für Initiativen ist vor allem die Bereitschaft, zugunsten bestimmter Erfolge auf Teilgebieten diese Reduzierung bzw. Sektoralisierung stillschweigend zu akzeptieren, weil "berechtigte" Anliegen, die sich deutlich innerhalb des Systems bewegen, auf Sympathien aus weiteren Bevölkerungskreisen hoffen lassen: "Gutwillige Veranstalter halten vielleicht ein Eckchen bereit, in dem man sein eigenes Spielchen spielen kann, ohne das gesamte Spiel zu stören." (Nelles)

5.1.6 Kategorisierungsversuche

Unter den zahlreichen Kategorisierungen erscheint meines Erachtens - zur inhaltlichen und organisatorischen Lokalisierung - zunächst jener von Remmele praktikabel. Danach sind 4 Arten von Bürgerinitiatven zu entscheiden:

"Erste Art: Die erste Art von Bürgerinitiativen bildet sich gewöhnlich spontan. Sie setzt bei ihren Mitgliedern ein gewisses politisches Bewußtsein voraus. Solche Bürgerinitiativen schlafen jedoch meist wieder ein, wenn der Mißstand beseitigt ist.

Zweite Art: Eine zweite Art wird von Bürgern ins Leben gerufen, die zwar nicht unmittelbar von einem Mißstand betroffen sind, aber die Betroffenheit anderer erkennen. Solche Initiativen werden meist von sozialengagierten Bürgern initiiert, denen das eigene Wohlergehen nicht genug Garantie für eine funktionierende Gesellschaft ist.

Dritte Art: Der dritte Typus von Bürgerinitiativen entwickelt sich aus der Erkenntnis heraus, daß die Arbeit sinnvoll nur dann weitergeführt werden kann, wenn die zuständigen Institutionen oder Gesetze verändert werden. Diese Bürgerinitiativen versuchen, im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung Veränderung zu erzielen. Sie wollen den gesellschaftlichen Fortschritt beschleunigen. Die Initiativen dieser dritten Kategorie sind meist überregional.

Vierte Art: Die vierte Gruppe von Bürgerinitiativen sind solche, die über das bestehende System hinauszielen. Diese Initiativen haben den stärksten theoretischen Hintergrund. Sie sind Gruppen, die beispielsweise mit Hilfe von Hausbesetzungen das bestehende System der Eigentumsverteilung in Frage stellen wollen." (Remmele)

Dagegen erweist es sich in der Praxis als notwendig, genauere Abgrenzungen auszuweisen. Danach wäre eine Einordnung bestehender Initiativen anhand folgender Kriterien möglich:

a) Langzeit oder ad hoc Initiativen

b) Lokal, Regional oder Überregionalinitiativen

c) Aktiv- oder Reaktivinitiativen (a bis c: zeiträumliche Bestimmung)

d) Massen- oder Honoratioreninitiativen

e) Bürger- oder Arbeiterinitiativen

f) Institutionalisierte oder Spontaninitiativen (d bis f: organisatorische und soziale Bestimmung)

g) Systembejahende oder systemkritische Initiativen

h) Fernsteuerung oder Selbstbestimmung (g bis h: politische Bestimmung)

i) Planungs- oder Gesetzesinitiativen oder Selbsthilfegruppen

j) Sachorientierung oder politische Orientierung (i bis j: inhaltliche Bestimmung)

k) Strategie,Information,Taktik

l) Wahl der Adressaten (k bis l: strategische Bestimmung)

5.2 Auswahlkriterien

Bei der Auswahl der zu untersuchenden Initiativen wird zunächst von der Hypothese ausgegangen, daß sich Stadterneuerungsprobleme in Wien zum Teil sehr unterschiedlich zu anderen westeuropäischen Städten darstellen, wofür einen wesentlichen Grund der herkömmliche gesetzliche Rahmen, insbesondere das Mietrecht bildet. Dadurch konnten bisher Entwicklungen, wie sie für andere Großstädte typisch sind, verhindert werden: "Neue Wohnungsnot", Flächensanierungen, gezielte Luxusmodernisierungen, massive Segregation. Das heißt nicht, daß es nicht andererseits eine ganze Reihe von Problemen gibt, insbesondere das mangelnde Interesse der politischen Verwaltung an Veränderungen im Stadterneuerungsbereich. Dies läßt nach Wegen suchen, die aus der bisherigen relativen Passivität herausführen könnten. Dabei deuten sich in verschiedenen städtischen Initiativen und Konfliktenherden Wege und Prioritäten einer Stadterneuerung unter den veränderten ökonomischen Bedingungen der 80er Jahre (zunehmende Verknappung der finanziellen Ressourcen, die steigende Bedeutung der Lebensumwelt, gravierende Veränderungen in der Sozialstruktur und kulturellen Orientierungen) an. Dabei ist zunächst auch unwesentlich, welche Funktion einer Initiative zugeschrieben wird - vom Frühwarnsystem potentieller Konfliktherde bis zum emanzipatorischen Moment der Demokratisierung eines gesellschaftlichen Vorgangs (Faßbinder).

Bei der beachtlichen Zahl von Bürgerinitiativen in Wien und aus der Erkenntnis heraus, daß eine sinnvolle Analyse und vergleichende Fallstudie nur anhand relativ weniger Initiativen möglich erscheint, stellt sich die Notwendigkeit der Eingrenzung. Im Sinne des definierten Verständnisses einer "kompensatorischen Stadterneuerung" (vgl. Kap. 1.2 der Arbeit) müßten die ausgewählten Initiativen zumindest jene Bereiche abdecken, die auf die Erhaltung der (sozial-) räumlichen Gegebenheiten eines Gebiets, die Verbesserung nicht mehr adäquater Zustände

dieser räumlichen Gegebenheiten sowie auch die Aufrechterhaltung der vollen Nutzungsrechte der dort lebenden Bevölkerung abzielen. Ausgehend von der kleinsten sinnvollen räumlichen Einheit - dem Wohnhaus (die kleinere Einheit der Wohnung entzieht sich im allgemeinen dem Zugriff von Initiativen) - wären demnach Ebenen für mögliche Initiativen zu unterscheiden:

a) Wohnhaus, Wohnungsverband, Hof
b) Hausverband, Hofverband
c) Häuserblock
d) angrenzender Straßenraum
e) Gebiet (nicht unbedingt ident mit der statistischen Einheit von Zählgebiet, Zählbezirk)
f) Stadtteil (nicht unbedingt ident mit der Verwaltungseinheit Bezirk)
g) Stadt

ad a)

- Mieterinitiativen zur Erhaltung/Verbesserung des Hauses auf Mietbasis
- Mieterinitiativen im Zusammenhang mit Erhaltungsarbeiten (z.B. nach § 7/ § 18)
- Initiativen zur Hofbegrünung oder Hofnutzung
- Initiativen zur besseren Nutzung bestehender Räume im Haus
- Initiativen gegen hauseigene Lärm- oder Schmutzerreger (z.B. Werkstätten im Hof)
- Mieterinitiativen gegen Ausmietungen (z.B. bei "Einzelassanierung")

ad b)

- Initiativen, die mehrere Häuser (Hausgemeinschaften) umfassen (Gliederung wie bei a))
- Initiativen zur gemeinsamen Hofnutzung/Hofzusammenlegung/Begrünung

ad c)

- Initiativen, die einen ganzen Häuserblock umfassen (Gliederung wie bei a))
- Initiativen zur gemeinsamen Hofnutzung/Hofzusammenlegung/Begrünung
- Grüninitiativen (z.B. Baulückenpark, Spielplätze)

ad d)

- Initiativen zur Verkehrsberuhigung
- Wohnstraßeninitiativen, Spielstraßen
- Begrünung des Straßenraums (Baumpflanzungen)

ad e)

- Initiativen, die ein Gebiet oder Gebietsteile umfassen (Gliederung wie bei a))
- Initiativen zur Schaffung oder Verbesserung größerer, zusammenhängender Grünräume
- Initiativen zur großflächigen Verkehrsberuhigung
- Initiativen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur
- Initiativen zur Erhaltung/Verbesserung der übrigen Infrastruktur
- Initiativen zur Beseitigung von störenden Emissionen im Gebiet
- Initiativen zur Erhaltung/Schaffung von Arbeitsplätzen im Gebiet

ad f)

- Initiativen, die einen ganzen Stadtteil umfassen (Gliederung im Prinzip wie bei e))

ad g)

- Initiativen, die sich gebietsmäßig nicht mehr klar eingrenzen lassen (aus praktischen Überlegungen nicht Gegenstand der Untersuchung)

Eine andere Kategorisierung könnte auch zwischen a priori aktiven und (eher) reaktiven Initiativen unterscheiden, das heißt zwischen Initiativen, die sich gegen bereits gesetzte bzw. offensichtlich geplante Handlungen richten und solche, die gegen Stagnation (ist gleich Nichthandeln der Verwaltung, des Hauseigentümers etc.) kämpfen.

5.3 Eingrenzung und Methode

Nach 4.4.2.1. wurden die Initiativen so ausgewählt, daß sie nach Möglichkeit alle genannten Ebenen abdecken. Mehrere Initiativen pro Ebene wurden nur dort zugelassen, wo aufgrund der besonderen Konstellation einer Initiative vermutet werden kann, daß daraus im Zuge der Analyse neue Erkenntnisse gewonnen werden können. Außerdem wurde versucht, solche Initiativen auszuwählen, bei denen eine räumliche oder zumindest thematische Berührung besteht, oder bei denen vermutet werden kann, daß es zu Überschneidungen, eventuell auch zu Interessenskollisionen kommen kann. Eine Häufung von Initiativen war vor allem im 3. und im 7. Bezirk feststellbar, was Rückschlüsse auf die Häufung von Problemen in diesen Bezirken zumindest nahelegt. Die geographische Konzentration von Initiativen bietet außerdem die Möglichkeit, konzentriert auch Bezirkspolitiker bzw. Schlüsselpersonen im Bezirk zu den Anliegen der Initiativen zu befragen. Eine Überlagerung der Sozialstruktur nach Zählbezirken mit dem

Auftreten von Initiativen könnte außerdem bereits erste Hinweise auf die soziale und politische Bestimmung der Initiativen liefern.

Die konkrete Analyse erfolgt stufenweise: Von einer teilnehmenden Beobachtung (Teilnahme an Gruppenversammlungen, Informationsaktionen, Festen etc.) über die Analyse von Dokumenten bis zu Intensivinterviews mit den Initiatoren. Gespräche mit "einfachen" Aktivisten und Repräsentanten aus Politik und Verwaltung ergeben eine interessante Vergleichsmöglichkeit im Hinblick auf oligopolistische Tendenzen bzw. die Frage der Fernsteuerung von Initiativen. Die geographische Beschränkung erweist sich dort als besonders fruchtbar, wo Überschneidungen einzelner Initiativen zu erwarten sind.

Eine teilnehmende Beobachtung war natürlich nur dort möglich, wo die Bürgerinitiativen noch aktiv sind, das heißt ihr Ziel noch nicht oder nur teilweise erreicht haben. Nur in Ausnahmefällen wurden erfolgreich oder erfolglos abgeschlossene Initiativen in die Untersuchung aufgenommen, wo vermutet werden konnte, daß deren Problematik verallgemeinbar war. Die Interviews dauerten im Durchschnitt etwa 1-2 Stunden. Mit jedem Initiator wurden außerdem mehrere Gespräche geführt, die schrittweise stärker vorstrukturiert wurden. Grundsätzlich werden Interviews mit Vertretern der politischen Großparteien in den entsprechenden Bezirken geführt, um die Stellung dieser Parteien zu den spezifischen Bezirksproblemen zumindest anzureißen. Nicht organisierte Proteste der Bevölkerung gegen bestimmte Planungen oder Planungsunterlassungen (wie z.B. die große Zahl von Leserbriefen im Bezirksjournal zu bestimmten Fragen der Revitalisierung oder der Verkehrsproblematik im Bezirk) wurden in die Arbeit bewußt nicht aufgenommen, da sie sich einer Analyse hinsichtlich der Legitimitätsproblematik entziehen. Als Initiative soll im übrigen in dieser Arbeit jeder Zusammenschluß engagierter Bürger bezeichnet werden, ungeachtet der Größe dieser Gruppe und ungeachtet einer allfälligen rechtlichen Verankerung. Zusätzlich werden zu den einzelnen Initiativen Ablaufdiagramme angelegt, die den Verlauf der

Initiativen auf verschiedenen Aktionsebenen vom Zeitpunkt des ersten Anstoßes zur Initiative bis zum Erfolg respektive Nicht-erfolg (bzw. bei noch nicht abgeschlossenen Initiativen bis zum Zeitpunkt der Befragung) charakterisieren sollen. Aus der schematisierten Darstellung des zeitlichen Verlaufs, der zeitlichen Fixierung der Hauptkonfliktpunkte und der schließlichen Ausweisung der primären Aktionsebenen im Konfliktverlauf lassen sich möglicherweise verallgemeinerbare Aussagen über die Bedeutung solcher Initiativen für den Stadterneuerungsprozeß gewinnen.

5.4 Interviewprotokolle, ausgewählte Initiativen

Initiative Schottenfeldgasse 37

Frage: Frau X, Sie haben eine Initiative für die Schaffung eines Kinderspielplatzes in der Schottenfeldgasse 37 gestartet. Dort befindet sich im Moment eine Baulücke, ein brachliegendes Grundstück eigentlich. Wie ist diese Initiative entstanden?

Antwort: Wie die Initiative entstanden ist: Na ja, eigentlich mit einer Hausversammlung, in unserem Haus.

Frage: Finden solche Hausversammlungen regelmäßig statt?

Antwort: Na ja, das Haus ist ja erst vor 2 Jahren fertig geworden. So ca. 3 mal im Jahr, aber nicht unbedingt regelmäßig.

Frage: Und was ist bei dieser Hausversammlung passiert?

Antwort: Na ja, sie sind halt wieder über die Kinder hergezogen, das passiert eigentlich regelmäßig. Obwohl, man muß sagen, es sind doch so ca. 2 1/2 Kinder pro Wohnung, im Durchschnitt. Da ist auch über das Grundstück in der Schottenfeldgasse geredet worden, weil die Größeren, darunter auch mein Sohn, dort Fußballspielen gehen. Da gibt es eine Frau in unserem Haus, eigentlich die Hausvertrauensfrau, die holt sogar immer die Polizei, wenn sie sieht, daß dort jemand spielt.

Frage: Wird diese Frau durch den Lärm gestört, wenn dort jemand spielt?

Antwort: Nein, überhaupt nicht. Von unserem Haus sieht man ja gar nicht auf dieses Grundstück. Ich weiß auch nicht, warum die so gegen Kinder ist, die hat doch selber welche.

Frage: Und danach haben Sie diese Initiative gestartet?

Antwort: Na ja, mir ist einfach der Kragen geplatzt. Ich hab gesagt, für unsere Kinder muß man doch auch was tun. Wenn man sich immer aufregt, daß die da vor dem Haus auf der Straße

herumsitzen, muß man ihnen halt eine Möglichkeit bieten, wohin sie gehen können. Vor allem auch den älteren. Der 7. Bezirk ist da ja furchtbar, wo sollen die denn wirklich hingehen? Ich hab also den Bezirksvorsteher angerufen, und wollte ein Gespräch mit ihm. Der war damals sehr nett, es war ja auch vor den Wahlen. Ich hab dann erfahren von ihm, daß auf diesem Grundstück, das der Gemeinde gehört, eine Garage gebaut werden soll, also ein Parkhochhaus. Er hat aber gesagt, wenn ich ihm 30 Unterschriften bringe, dann könnte er den Antrag auf die Garage zurückziehen. Und er hat dann auch selbst mit Wurzer telefoniert, der auch gesagt hat, daß da nicht unbedingt eine Garage gebaut werden muß. Jedenfalls hab ich das damals so erfahren.

Frage: Hat er wirklich gesagt, nur 30 Unterschriften?

Antwort: Ja, er hat gesagt 30 Unterschriften sind genug, dann könnte er die Sache noch einmal zur Rede stellen. Die Problematik ist ja eigentlich die, daß es genug freie Garagenplätze gibt in der Gegend. Auch in unserem Haus zum Beispiel, da ist gar nicht alles voll. Und vorne bei den Böhm-Gründen auch. Und noch in einigen anderen Garagen auch. Es ist nur so, daß die meisten Garagen zu teuer sind. Da war eine Versammlung, da hat eine Frau gesagt, ich stell doch nicht mein Auto für 600 Schilling im Monat in eine Garage. Das ist doch genau so viel, wie ich Miete zahl. In einem Althaus halt... Bei uns ist das halt leider ein bisserl anders, wir sind auf die Garage angewiesen hier im Haus, weil wir eine körperbehinderte Tochter haben. Und da kann ich doch nicht mit dem Rollstuhl durch den halben Bezirk fahren, wenn ich zufällig irgendwo einen Parkplatz finde. Man hat uns einmal einen Behindertenparkplatz vor dem Haus versprochen, aber daraus ist auch nichts geworden. Und außerdem, ich seh das ja bei anderen Behindertenparkplätzen, da stellen sich doch alle anderen hin. Ich kann doch dann nicht jedesmal die Polizei holen.

Frage: Wie ist das dann weitergegangen? Ich meine, nach dem Gespräch mit dem Bezirksvorsteher.

Antwort: Der Bezirksvorsteher hat dann auch noch ein Gespräch mit dem Stadtrat Mayr gehabt, der ist angeblich auch dafür. Also für den Spielplatz. Jetzt will der Bezirksvorsteher noch mit Stadtrat Hofmann sprechen. Hier wird auf jeden Fall weitergemacht, das heißt ich hab Unterschriften gesammelt.

Frage: Wieviele haben Sie jetzt?

Antwort: Na, so 150 werden es schon sein.

Frage: Und wo haben Sie die gesammelt, im Haus oder auf der Straße?

Antwort: Zuerst einmal im Haus. Eigentlich haben da alle Leute unterschrieben, außer dieser einen Frau natürlich, der Hausvertrauensfrau. Und auch im Haus Schottenfeldgasse 32 hab ich gesammelt.

Frage: Warum in diesem Haus?

Antwort: Erstens kenn ich dort ein paar Leute, das ist nämlich auch so ein Neubau mit vielen Kindern. Und die haben ursprünglich schon einmal überlegt, ob sie nicht eine Initiative machen sollen, auf dem Grundstück Schottenfeldgasse 26 einen Kinderspielplatz zu machen. Aber dort kommt jetzt das Pensionistenheim hin, da ist nichts mehr zu ändern daran. Im großen und ganzen kann man sagen, so 98 von 100 Angesprochenen haben unterschrieben.

Frage: Sie haben ja auch an dem Sommerfest in der Zollergasse teilgenommen?

Antwort: Ja, ich hab überhaupt begonnen, Kontakte zu anderen Initiativen zu knüpfen, hier im Bezirk, meine ich.

Frage: Wo haben Sie die kennengelernt?

Antwort: Eigentlich zuerst über persönliche Bekanntschaften.

Ich kenne eine Frau, die kennt wieder eine andere Frau, die gerade in so einer Initiative tätig ist. Und die haben mich dann eingeladen, an diesem Sommerfest in der Zollergasse auch teilzunehmen. Der Bezirksvorsteher ist ja auch dort hingekommen, der hat auch selbst meine Unterschriftenliste unterschrieben. Ich bin stolz darauf, muß ich schon sagen, daß ich am meisten Unterschriften bekommen habe dort. Die anderen, die sind nur so herumgesessen, aber ich habe einfach gleich jeden angesprochen, der dort in die Gasse hineingekommen ist. Und die haben dann eigentlich fast immer unterschrieben. Mit dem Bezirksvorsteher habe ich dann auch noch länger gesprochen, der hat mir gesagt, daß die Experten ihm gesagt hätten, daß das Grundstück zu klein ist. Das ist natürlich ein Witz. Denn der Platz in der Burggasse, wo früher die Markthalle war, ist doch viel kleiner und dort ist auch ein Park. Ich hab dann noch eine andere Information bekommen. Die Garage soll angeblich bis zur Kaiserstraße durchgehen, dort stehen aber noch Häuser. Also das ist ja dann sowieso ein langfristiges Projekt. Warum kann man da nicht jetzt einmal einen Kinderspielplatz machen, später kann man doch dann weitersehen.

Frage: Was wollen Sie als nächstes tun?

Antwort: Also, ich hab mir gedacht, ich möchte jetzt einmal diese Experten kennenlernen. Ich möchte auch wissen, wo und wie die wohnen, wahrscheinlich im 19. Bezirk oder in Hietzing, sicher im Grünen. Außerdem, was heißt da schon Experten. Die wahren Experten sind doch eigentlich unsere Kinder. Warum fragt man nicht die. Die wissen sicher am besten, wie groß ein Kinderspielplatz sein muß.

Frage: Sie machen diese Initiative eigentlich fast allein?

Antwort: Ja, wenn man so etwas anfängt, dann muß man das halt auch durchziehen. Das ist doch immer so, daß das an denen hängenbleibt, die anfangen. Aber ich mache das gern, weil es ist doch wichtig. Die Kinder helfen mir natürlich dabei, ich schick da die ganze Familie aus. Aber ich muß sagen, eine Zeitfrage

ist das natürlich auch. Wenn man das neben dem Beruf macht, das ist schon eine Belastung. Im Prinzip mach ich das schon allein, ja.

Frage: Gibt es Unterstützung von politischen Parteien, oder irgendwelchen Gruppen im Bezirk?

Antwort: Na ja, es gibt eben jetzt diese Verbindung zu den anderen Bürgerinitiativen. Die unterstützen mich da schon, z.B. indem sie auch meine Unterschriftenlisten verteilen. Und außerdem hab ich da Leute von der "Jungen Generation" kennengelernt, besonders einen, der ist da sehr engagiert. Der hat mir auch erzählt, daß die Gemeinde das Grundstück zu einem Spottpreis gekauft hat, das heißt, das wäre ja dann auch nicht so teuer, dort einen Spielplatz zu machen. Der hat auch die Unterschriftenliste für mich gedruckt. Er kennt natürlich auch einflußreiche Leute, das ist sehr wertvoll. Aber er sagt, und da geb ich ihm eigentlich recht, daß man solche Projekte eher ohne Parteidruck durchsetzen sollte. Ich will da auch nicht im Parteienstreit im Bezirk untergehen, das muß man aus der Parteipolitik heraushalten. Man hat mir auch gesagt, daß der Busek dafür ist, aber ich will mich da nicht zu sehr einlassen. Ich glaube, der Busek hat auch Schwierigkeiten mit den eigenen Bezirksvorstehern. Irgendwo ist das ja überhaupt die Problematik mit den Politikern. Eigentlich die Problematik mit dem Wahlrecht, meine ich. Man wählt, und dann ist man den Politikern auf 4 Jahre hinaus ausgeliefert. Und was wollen die schon, außer ihre Privilegien erhalten.

Frage: Angenommen einmal, die Sache geht schief, das heißt die Garage wird doch gebaut, was würden Sie dann machen?

Antwort: Also ich würde auf jeden Fall weitermachen, wenn die eine Sache schief geht, kann doch eine andere Sache gut gehen. Außerdem, man lernt dabei viel, man wird irgendwie auch, wie soll ich sagen - na ja, man bekommt halt mehr Selbstvertrauen. Im Herbst da machen wir auf jeden Fall wieder ein gemeinsames Fest, also die Bürgerinitiativen zusammen. Aber ich möchte

gern auch auf meinem Platz etwas machen, also, ich sag halt schon mein Platz dazu. Und falls die Sache nicht klappt, dann mach ich auf jeden Fall weiter, denn denen da oben muß man eben zeigen, daß wir da sind. Im Prinzip sind doch alle Politiker gleich.

Initiative Schottenfeldgasse

Hausversammlung (Gemeindebau Westbahnstr.)
Klagen über Schwierigkeiten mit spielenden Kindern und Jugendlichen

Initiatorin ruft Bezirksvorsteher wegen Grundstück Schottenfeldg.37 an

Beginn der Unterschriftensammlung

Bezirksvorsteher spricht mit Stadtrat Wurzer

Information über Garagenprojekt

Politikergespräche

weitere Unterschriftenaktion

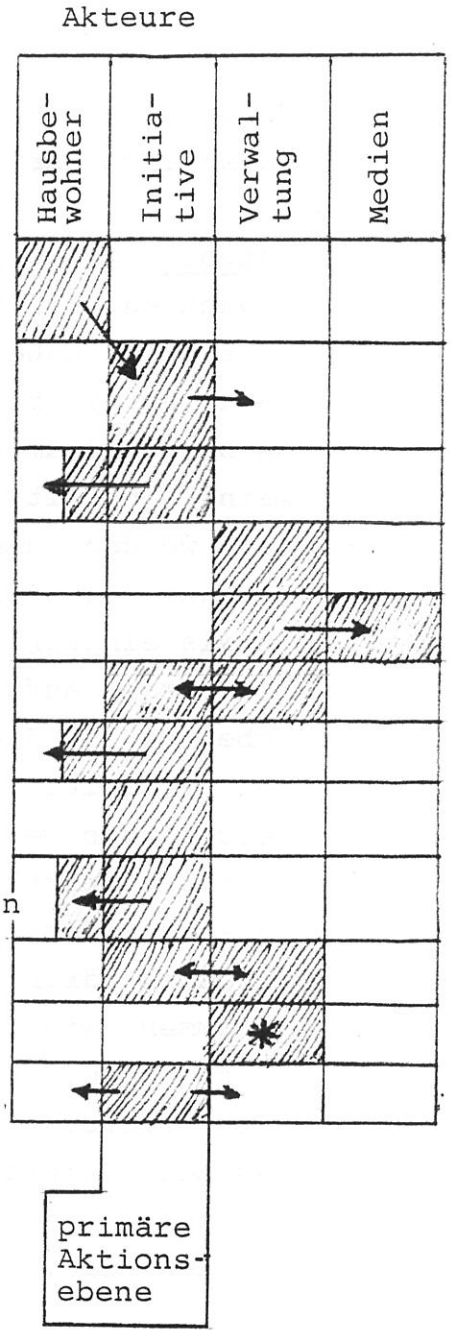
Unterstützung durch JG, Kontakte zu anderen Bürgerinitiativen

Sommerfest Zollergasse mit anderen Initiativen

Gespräche mit Bezirkspolitikern

Experten angeblich gegen Spielplatzprojekt

weitere Aktionen geplant



Initiative Spielstraße Burgersteingasse

Frage: Sie wohnen im 7. Bezirk. Warum engagieren Sie sich eigentlich für eine Spielstraße am Flötzersteig?

Antwort: Ich wohne heute im 7. Bezirk, aber ich bin hier aufgewachsen. Ich habe praktisch meine ganze Kindheit da verlebt. Hier haben wir gespielt, zwischen den Kleingärten. Und dann war da dieses Ringelspiel, das gibt es ja heute noch, da sind wir am Sonntag immer hingegangen. Das ist wirklich meine Kindheit. 1950 oder so ist dann diese Philipsfabrik gebaut worden, das heißt der neue Teil, den sie da drüben sehen. Das war ein richtiger Schock. Die meisten Kleingärten sind damals einfach geschliffen worden. Der Schock hat bewirkt, daß ich besser aufgepaßt habe. Und später, als ich dann gehört habe, daß im Zuge dieser Flötzersteigautobahn, wo ich ja auch bei der Initiative mitgearbeitet habe, auch das Ringelspiel geschliffen werden sollte, da habe ich mir gesagt: Das kommt überhaupt nicht in Frage. Das ist meine Kindheit, die dort zerstört wird. Denn das wäre ja nur der Anfang gewesen. Als nächstes wären dann sicher die Kleingärten dort drüben drangekommen. Wie sie seinerzeit geschliffen worden sind in den 50er Jahren, da haben die Leute viel Geld bekommen. Die meisten waren zuerst gar nicht unglücklich darüber. Aber dann haben sie das Geld verbraucht, und was haben sie dann davon. Die meisten von denen, die ich heute noch kenne, sagen nur, was hab ich von dem Geld, ich hätte viel lieber den Garten.

Frage: Sie haben sich dann also für dieses Ringelspiel engagiert?

Antwort: Na ja, ich habe eben einfach diese Bürgerinitiative Ringelspiel gegründet. Wir haben dann in den Energieferien, also mitten im Winter, 3 Tage lang ein Ringelspielfest veranstaltet. Die Kinder haben da 3 Tage lang gratis fahren können. Das hat ein großes Aufsehen erregt, Krone und Kurier haben berichtet, also ein Riesenerfolg. Aber das Größte war dann

diese Tombola, die in der Zeitung auch angekündigt war. Am letzten Tag. Da sind 4000 Leute heraufgekommen - eine ganze Prozession ist da diese Straße entlang gezogen, Zilk ist gekommen, Busek ist gekommen, auch die Direktoren von Philips sind gekommen. Denen wollte ich ein Buch schenken, ein Kinderbuch, aber die haben kein Wort mit uns geredet. Der Rundfunk hat eine Sendung über dieses Fest gebracht, es war unter dem Motto "Schön ist so ein Ringelspiel", und Sandtner hat da versprochen, daß das Ringelspiel bleiben sollte. Nur mit dem Pferdefuß halt, daß es woanders stehen sollte. Dazu ist es dann nicht mehr gekommen. Die Sache mit dem Ringelspiel hat immer weitere Kreise gezogen, praktisch alle Schulen im Bezirk haben sich dafür engagiert, auch der Bezirksvorsteher des 14. Bezirks, der ja eigentlich gegen uns war. Und das konnten sie dann einfach nicht mehr wegnehmen.

Frage: Wie geht es jetzt weiter vom Ringelspiel zu den Kleingärten?

Antwort: Ja, nachdem das Ringelspiel offensichtlich einmal gerettet war, sind wir sofort daran gegangen, einen Plan zu entwerfen, wie man die Gärten retten kann.

Frage: Wer ist wir?

Antwort: Ja zuerst eigentlich wieder ich, aber dann eben auch viele Leute, die im Zuge dieser Ringelspielsache dazugekommen sind. Wobei viele Leute gar nicht aus dem Bezirk hier sind. Die haben einfach eine Chance gesehen, sich zu engagieren. Wir haben vorgeschlagen, die Gärten praktisch mit einem Schutzstreifen zu umgeben, also mit einem Kranz von verkehrsberuhigten Gassen. Weil dann muß man immer zuerst die Gassen beseitigen, bevor man die Gärten beseitigen kann.

Frage: Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, warum der Bezirksvorsteher des 14. Bezirkes so gegen Sie war?

Antwort: Na ja, das ist relativ leicht zu erklären. Die Gemeinde wollte das ganze Kleingartengelände an den Philips verkaufen. Da wäre natürlich viel Geld hereingekommen. Da konnte er als SPÖ-Bezirksvorsteher sich wahrscheinlich nicht dagegenstellen. Das ist ja eigentlich der Grund, warum der Obmann des Kleingartenvereins so gegen uns war. Der hat uns ja richtig verfolgt. Und das, obwohl wir seinen Kleingartenverein doch retten wollten. Aber da er von der SPÖ ist, mußte er sich da halt dahinterstellen. Es ist uns aber dann gelungen, die Gemeindeverwaltung von unserer Idee zu überzeugen. Wir haben verlangt, daß rundherum eben diese Straßen verkehrsberuhigt werden, und daß eine dieser Straßen, die Burgersteingasse zur Spielstraße werden sollte. Weil die Kinder haben hier eigentlich nicht sehr viel. Der Bezirksvorsteher des 14. Bezirks war dann plötzlich auch für die Spielstraße, und das hat uns sehr erstaunt. Bis ich dann draufgekommen bin, daß er die Spielstraße als Ersatz für das Ringelspiel angeboten hat. Auf diesen Kuhhandel sind wir natürlich nicht eingegangen. Umso mehr, als wir das Ringelspiel sowieso schon als gerettet gesehen haben.

Frage: Kam die Ablehnung dann hauptsächlich von den Kleingärtnern?

Antwort: Ja, da war eine ungehöre Aggression der Kleingärtner gegen uns. Da war vor allem die schreckliche Zaungeschichte. Die Gemeinde hat verlangt, daß der innere Teil der Spielstraße von einem Zaun umgeben werden muß. Die Kinder und wir haben dann in tagelanger Arbeit einen 300 Meter langen Zaun gezimmert. Und da sind die Kleingärtner, vor allem der Obmann, danebengestanden und haben ausgemessen, ob wir auch wirklich auf den Zentimeter genau gerade sind. Ein 10 Meter langes Stück mußten wir beispielsweise einfach wieder abtragen und neu bauen. Es haben dann viele Kinder und Jugendliche mitgeholfen. Die Naturfreunde-Jugend hat Veitschi gepflanzt und Ribiselsträucher. Das ist alles weg jetzt, weil es ja von draußen gekommen ist, und damit sicher noch mehr Aggressionen ausge-

löst hat. Auch die Brombeeren und Himbeeren, die wir hier gepflanzt haben, so stachellose Brombeersträucher, die sind alle weg.

Frage: Woher kam das Geld?

Antwort: Das meiste waren Spenden. Diese ganze Bepflanzung, aber auch ein Teil des Baumaterials wurde gespendet. Die Gemeinde hat das Holz gespendet, für den Zaun, und für die Spielgeräte. Zusammengebaut haben wir das selber. Da hat der Architekt Feuerstein mit Studenten diese Rutsche gebaut. Und die Sozialarbeiter haben ein Gerüst gebaut für Hutschen. An Geld haben wir damals ca. 50.000 Schilling gesammelt. Damit haben wir fast ein Jahr lang die Betreuung durch die Sozialarbeiter bezahlt. Damit war die Jugendfrage auch geregelt. Weil das war ja das Hauptproblem, daß uns die Jugendlichen wieder alles zusammenhauen. Also dieser Konflikt zwischen den kleineren Kindern und den Jugendlichen. Die KPÖ im Bezirk hat dann auch ein Lokal zur Verfügung gestellt, das wir benützt haben. Aber nach einem Jahr war das Geld aus und wir konnten die Betreuung nicht mehr bezahlen. Das war das totale Chaos, da ging es los. Die Jugendlichen haben zuerst die Gärtnerei zerstört, in der die Kinder immer gespielt haben. Die war ja für uns geöffnet worden. Dort hatten wir das Kinderrathaus errichtet, so eine kleine Baracke, aber eben symbolisch, daß die Kinder dort ganz selbst schalten und walten können, wie sie wollen. Das ist alles zerstört worden. Die Gärtnerei haben wir dadurch auch verloren.

Frage: Hat das die Aggressionen seitens der Anrainer nicht noch verstärkt?

Antwort: Erstaunlicherweise nur zum Teil. Zum Teil natürlich schon, ja freilich. Aber andererseits haben die Leute uns dann geholfen. Der Zaun ist ja dann wieder weggekommen, weil er sowieso schon ganz kaputt war. Außerdem wer braucht denn den. Irgendwie sind die Gärtner heute auf meiner Seite, mit Ausnahme

des Obmanns vielleicht, sie kapieren eben, daß es ihnen hilft. Die anfänglichen Aggressionen sind eben zurückgegangen. Ich sehe das so, daß der Zaun damals eben dieses Aggressionsobjekt war, das alle so aufgeregt hat.

Frage: Die Spielstraße ist nur teilweise in einem guten Zustand. Gibt es Pläne, hier weiter auszubauen?

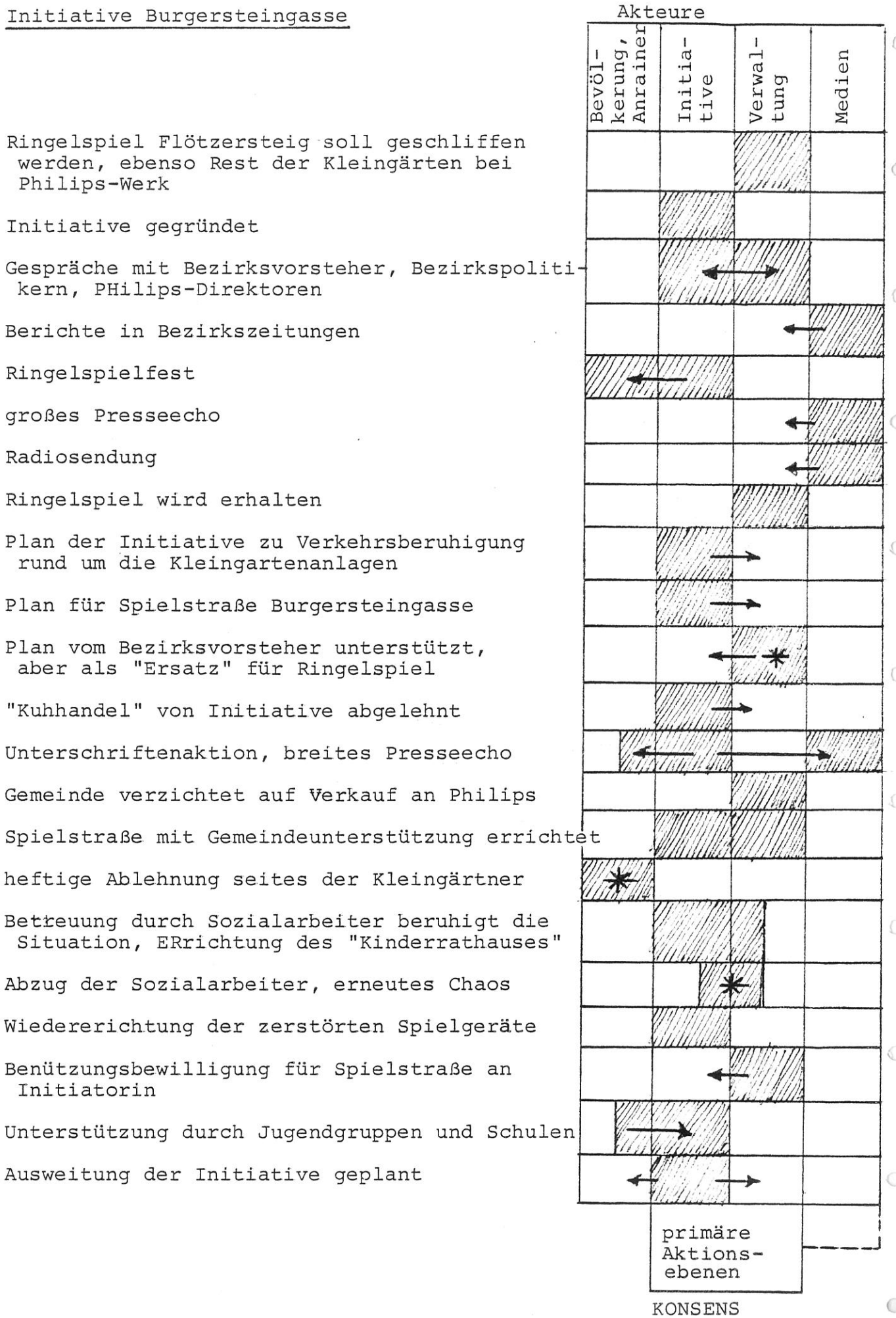
Antwort: Pläne gäbe es genug. Die Frage ist nur, wer soll sich darum kümmern, ich kann doch nicht alles tun, und dann natürlich immer das Geldproblem. Wir haben im Vorjahr begonnen, hier einen Brotbackofen zu bauen. Aber es war schon im Herbst, und dann ist es so kalt geworden, und da konnte man nicht weitermachen. Und nach dem Winter waren alle Ziegel gestohlen. Es heißt, daß wir jetzt wieder Ziegel gespendet bekommen. Dann werden wir jetzt im Sommer diesen Ofen bauen. Die Spielgeräte und das alles müssen wir natürlich selber machen, und das ohne einen Groschen Geld. Im Gegenteil, wir haben jetzt eine Benützungsbewilligung, Gott sei Dank, für die müssen wir 100 S im Jahr bezahlen. Aber im großen und ganzen lauft die Sache ja ganz gut. Wir haben da immer das Geburtstagsfest, also das Geburtstagsfest der "neuen Spielstraße",am 28. Mai. Da helfen jetzt auch die Schulen immer mit. Zum Beispiel hat die Schule auf der Schmelz heuer 600 Unterschriften für die Spielstraße gesammelt. Der Grund dafür war, daß es angeblich vom Obmann des Kleingartenvereines 500 Unterschriften gegen die Spielstraße gibt. Das ist natürlich sehr eigenartig, denn wo gibt es hier eigentlich 500 Anrainer.

Frage: Gibt es neben diesem alljährlichen Fest noch weitere Aktivitäten hier?

Antwort: Wir versuchen, das Ganze ein bißchen auszuweiten. Zum Beispiel haben wir eine Initiative für die Kinder am Steinhof oben gegründet, am Pavillon 15, ja wegen den Tieren. Die haben nämlich dort immer Tiere gehabt, z.B. Schafe. Aber im Zuge dieser Diskussion um die Verbauung der Steinhofgründe sind die Schafe dann weggekommen. Jetzt haben die Kinder Geld

gesammelt, damit die Kinder am Steinhof eben wieder Schafe bekommen. Das heißt, wir wollen ganz bewußt über den Rahmen dieser Straße hier ein bißchen hinausgehen.

Initiative Burgersteingasse



Bürgerinitiative Zollergasse

Frage: Wie ist Eure Initiative entstanden?

Antwort: Eigentlich kam die Initiative zu einer Wohnstraße in der Zollergasse zunächst gar nicht von uns, sondern da hat der Bezirksvorsteher des 7. Bezirks die Leute zu einem Treffen in einem Gasthaus eingeladen, und dort ist das Projekt einer Wohnstraße in der Zollergasse das erste Mal vorgestellt worden. Das hängt zusammen mit diesem Beschluß der Gemeinde, in jeden Bezirk zumindest eine Wohnstraße einzurichten. Damals sind 6oo Leute angeschrieben worden, alles unmittelbare Anrainer, ca 1oo Leute waren dort. Außerdem ist da noch so ein Zettel mitgeschickt worden, bei dem man mit ja oder nein stimmen konnte. Bei dieser Umfrage hat sich eine Mehrheit von ca 6o% gegen die Wohnstraße in der Zollergasse ausgesprochen. Allerdings bezweifeln wird von der Initiative, daß diese Befragung wirklich korrekt war.

Frage: Warum nicht korrekt?

Antwort: Weil sich im nachhinein herausgestellt hat, daß nicht alle Leute, d.h. nicht alle Anrainer wirklich solche Zettel bekommen haben. Außerdem war die Befragung ja völlig anonym, es ist damit überhaupt nicht kontrollierbar, wieviele Zettel jemand ausgefüllt hat. Z.B. sind wir auch darauf gekommen, daß einige Geschäftsleute mehrere solche Zettel bekommen haben, und das, obwohl sie hier nur ihr Geschäft haben, gar nicht aber im Bezirk wohnen.

Frage: Ihr verfolgt neben dem Projekt einer Wohnstraße in der Zollergasse ja noch ein anderes Anliegen. Da geht es, so viel ich verstanden habe, um die Errichtung einer Schutzzone im Bereich Zollergasse.

Antwort: Das ist auch indirekt ein Ergebnis dieser Versammlung zum Projekt Wohnstraße Zollergasse. Da sind nämlich einige Leute aufgestanden, die haben uns erklärt, daß z.B. das Haus St.Josef, Ecke Mondscheingasse/Zollergasse, dieses Haus, das

soweit in die Baufluchtlinie vorsteht, in einem Bestand nicht gesichert ist. Eigentlich haben wir das als Anrainer auch schon bemerkt. Da hat damals noch ein Schriftsteller gewohnt, der hat uns nun erklärt, daß das Haus abgerissen werden soll. Einige der Mieter hatten schon Kündigungen . In diesem Zusammenhang sind wir nun daraufgekommen, daß für das ganze Gebiet der Zollergasse eine Umwidmung vorgesehen ist. Im Flächenwidmungsplan ist eine ÖZ-Widmung (Öffentlicher Zweck) vorgesehen, und zwar in Fortsetzung des Schulbereichs von der Neubaugasse durch die Zollergasse bis hinunter zur Mondscheingasse. Insgesamt würden einer solchen Umwidmung, wenn sie wirklich realisiert wird, 12 Wohnhäuser zum Opfer fallen. Einige der Hausherren, da sind wir dann später daraufgekommen, hatten schon Kaufangebote von der Gemeinde. Durch uns hat sich nun die Frage gestellt, ob die Problematik dieser Umwidmung nicht brisanter ist, als die der Wohnstraße. D.h. ob wir nicht vorrangig die Erklärung einer Schutzzone verfolgen sollen. Dabei verlieren wir aber die Wohnstraße nie aus dem Kopf.

Ein Student hat dann ein Treffen im Amerlinghaus organisiert. Dabei haben wir auch Unterschriften für die Schutzzone gesammelt und den Denkmalschutz für das Haus "St. Josef" gefordert. Ein Medizinstudent hat dann auch herausgefunden, daß eigentlich jeder beim Denkmalschutzamt einen Antrag auf Denkmalschutz stellen kann. Dieser Antrag ist inzwischen durchgegangen. Einige der Leute, die schon Kündigungen erhalten haben, wohnen noch immer dort. Das Problem ist dann nur, daß der Bau so langsam vor sich hin verfällt.

Frage: Habt Ihr Euch dann öfter getroffen?

Antwort: Ab diesem Zeitpunkt haben wir dann auch regelmäßig ca. einmal in der Woche Treffen in Wohnungen veranstaltet. Da sind immer so 5 bis 6 Leute gekommen. Im März 1983 haben wir dann ein großes Informationstreffen im Amerlinghaus gemacht. Da haben wir uns das erstemal als Bürgerinitiative

Zollergasse bezeichnet. Das war insofern erfolgreich, als auch das SPÖ-Bezirksjournal (Westend) unsere Einladung gebracht hat. Außerdem haben wir Einladungsplakate überall angepickt, vor allem in die Hausflure. Es sind ca. 30 Leute gekommen, also relativ viel. Alle aus dem betroffenen Gebiet. Auch bei dieser Diskussion hat sich gezeigt, daß es richtig war, das Schwergewicht unserer Initiative weg von der Wohnstraße hin auf die Erhaltung der Häuser zu legen. Schließlich waren ja 12 Häuser vom Abbruch bedroht. Wir haben also die Widmung Schutzzone verlangt.

Frage: Gab es auch Kontakte zur Verwaltung?

Antwort: Indirekt. Wir hatten vorher schon in Erfahrung gebracht, daß die MA 56 eine Rückwidmung zumindest eines Teils dieses Areals, und zwar des Gebiets östlich der Zollergasse, also zwischen Zollergasse und Mondscheingasse erwog. Im Dezember war ja so eine Versammlung im Rathaus zur Stadterneuerung, im Anschluß dann daran sind wir zum Vorstand von der MA 18 gegangen. Außerdem haben wir im März die Städtische Schulverwaltung, also die MA 56 und die MA 18 noch einmal angeschrieben und um genaue Informationen gebeten. Das Ergebnis war eigentlich unglaublich. Die Informationen waren völlig verschieden, da scheint sich überhaupt niemand mehr auszukennen. Fest steht nur, daß die Transaktionsverhandlungen über die Grundstücksankäufe von der zuständigen Magistratsabteilung weitergeführt werden und der Flächenwidmungsplan nicht geändert werden soll. Da haben wir übrigens noch eine Nebenlehre gezogen: Bei Ämtern, das kann ich euch auch sagen, muß man immer die Briefe an Personen schicken, nicht an die Magistratsabteilung selbst. Tut man nämlich das, muß man jedes Mal 100 S für die Eingabe bezahlen. Aber das sind eben so Sachen, die man erst bei der Aktion lernt.

Frage: Habt Ihr eigentlich daran gedacht, die Bürgerinitiative als Verein anzumelden?

Antwort: Bis jetzt ist die Bürgerinitiative kein Verein. Wir denken daran, daß es Zeit wäre, sie als Verein anzumelden. Da gibt es nämlich mehrere Vorteile. Zum Beispiel, da kann man erst als Verein ein Postfach bekommen, bis jetzt haben wir immer die Schwierigkeit, daß Briefe, die nicht an Personen, sondern an die Initiative Zollergasse adressiert sind, manchmal gar nicht bei uns ankommen, sondern vom Postamt wieder zurück gesendet werden. Aber das ist nur ein Nebenaspekt. Auf jeden Fall haben wir eine Vereinsgründung in nächster Zeit vor.

Frage: Gab es weitere Aktionen auf Bezirksebene?

Antwort: Auch hier hat der Bezirksvorsteher in einem gewissen Sinn eine Initiative ergriffen. Er hat nämlich am 25. März, einen Monat vor der Gemeinderatswahl, was sicher kein Zufall ist, wieder eine Versammlung zur Wohnstraße abgehalten. Wir als Bürgerinitiative, wollten uns bei dieser Abstimmung aus taktischen Gründen eher neutral verhalten. Das heißt wir wollen zuerst die Leute für die Umwidmung gewinnen, das ist durchaus realistisch, denn eine Wohnstraße ist nicht unbedingt populär, wie sich gezeigt hat. Diese Taktik hat sich im Prinzip auch bewährt, denn die Leute kommen jetzt zu uns wegen der Umwidmung und der Erhaltung ihrer Häuser, obwohl sie ganz genau wissen, daß wir uns im Prinzip auch für die Wohnstraße aussprechen. Bei der Einladung des Bezirksvorstehers hat es wieder den gleichen Skandal gegeben wie schon im Oktober des Vorjahres. Das heißt es wurden wieder Stimmzettel ausgeteilt, aber ohne Namen, Geschäfte erhielten zum Teil wieder mehrere solche Zettel, Haushalte höchstens einen. Mit anderen Worten, das Ergebnis ist sehr zweifelhaft. Auf jeden Fall hat es wieder eine Mehrheit gegen die Wohnstraße ergeben. Uns ist die Sache damit eigentlich zu blöd geworden. Wir haben uns mit einem offenen Brief an den Bezirksvorsteher Karrer und an Busek gewandt. Der Busek hat uns gleich zurückgeschrieben und uns an das Umweltreferat der ÖVP verwiesen. Karrer hat erst später zurückgeschrieben und besteht im übrigen nach wie vor darauf, daß das alles sehr demokratisch war.

Frage: Habt Ihr mit dem Bezirksvorsteher auch ein persönliches Gespräch gehabt?

Antwort: Ja, aber erst nach der Wahl. Da haben wir vor allem auch verlangt, von ihm ein Wohnstraßenmodell zu sehen, das er schon vorher lange versprochen hat. Aus irgendwelchen Gründen, die wir nicht ganz durchschauen, steht dieses Modell oder jedenfalls ein ähnliches Modell jetzt ausgerechnet bei der SPÖ-Neubau. Wie es dort hingekommen ist, weiß kein Mensch. Außerdem haben wir den Bezirksvorsteher aufgefordert, im Herbst ein Grätzelfest in der Zollergasse zu veranstalten. Und dann noch so einige kleinere Dinge, wie ein Halteverbot vor dem Haus St. Josef, weil man dort ja eigentlich nur auf dem Gehsteig parken kann, sonst kommt kein einziges Einsatzfahrzeug mehr durch, und den Antrag auf die Schutzzone - das ist uns nach wie vor das Wichtigste. Wir haben auch gemeint, daß eventuell die Gemeinde das nun denkmalgeschützte Haus St. Josef auch kaufen könnte. Das scheint dem Bezirksvorsteher auch zu gefallen. Außerdem haben wir, wenn schon die Wohnstraße nicht so schnell realisiert wird, Schwellen bei der Einfahrt gefordert, da hätten sicher auch die anderen Wohnstraßengegner nichts dagegen. Da hat auch Karrer zugestimmt.

Frage: Sind diese Schwellen realisiert worden?

Antwort: Na, so einfach geht das nicht. Wir haben ein Schreiben an die MA 46, die ja für den Verkehr zuständig ist, gerichtet. Die MA 46 sagt nun, daß Schwellen ohne eine Wohnstraße nicht gehen. Wir haben also ein zweites Schreiben an Karrer gerichtet mit dem Hinweis auf den Wunsch der Anrainer nach einer Verkehrsberuhigung und wieder nach diesem Halteverbot vor St. Josef. Der Bezirksvorsteher verlangte nun eine Verhandlung mit der MA 46. Die ist bis jetzt nicht zustande gekommen. In einem anderen Brief hat uns Karrer zugesagt, sich auch für eine Rückwidmung des ÖZ einzusetzen.

Frage: Ihr habt im Juni ein Sommerfest in der Zollergasse veranstaltet. Sollte das doch der Vorbereitung auf die Wohnstraße dienen?

Antwort: Was die Wohnstraße betrifft, so stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir das nicht vorrangig verfolgen wollen. Wichtiger ist uns nach wie vor diese Sache mit der Umwidmung. Aber im Hinterkopf haben wir die Sache ja doch, das hat natürlich bei dem Sommerfest auch eine Rolle gespielt. Das heißt, man muß den Leuten ja einmal dieses Raumgefühl vermitteln, eine Straße so ohne Autos, wir haben die Wohnstraße aber gar nicht explizit genannt. Die Sache mit der Umwidmung so vorrangig zu betreiben, hat auch ganz praktische Gründe. Wenn jetzt nämlich der U-Bahn-Bau kommt, der kommt ja bald auf der Mariahilferstraße, dann muß ein neuer Flächenwidmungsplan erstellt werden. Und wir müssen nun mit allen Mitteln versuchen, unsere Schutzzone schon in diesem Flächenwidmungsplan zu bekommen.

Frage: Gibt es eine Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen, vor allem mit anderen Initiativen im Bezirk?

Antwort: Ja, es gibt eine Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative Neubau, da in der Zieglergasse, und mit der Bürgerinitiative Schottenfeldgasse, die sich ja gegen diesen Garagenbau einsetzt.

Frage: Gibt es Unterstützung durch die politischen Parteien im Bezirk?

Antwort: Es gibt eine Unterstützung durch die Alternative Liste, aber keine politische Bindung. Außerdem haben wir Kontakte zur Bezirks-ÖVP, zur Bezirks-SPÖ weniger, nur zur Jungen Generation. Aber feststeht, daß wir uns politisch auf keine Fall binden wollen.

Frage: Das Fest wurde ja auch gemeinsam veranstaltet?

Antwort: Ja, das war so eine erste Probe für eine Zusammenarbeit. Ich sehe das eigentlich als eine Generalprobe für das große Herbstfest, mit dem Ergebnis waren wir recht zufrieden. Ein Nebenaspekt war auch, daß uns die Volkshochschule in der Zollergasse nun unterstützt. Zum Beispiel können wir dort kopieren. Ich möchte aber sagen, daß ich es nicht für sinnvoll halten würde, wenn sich jetzt diese vielen Initiativen im 7. Bezirk so zu einer Art Superinitiative zusammenschließen würden. Das würde uns aufreiben. Wichtiger ist, daß wir uns für konkrete Ziele zusammentun und zum Beispiel auch regelmäßig Feste veranstalten. Es wäre jetzt auch Zeit, thematische Arbeitsgruppen im Bezirk zu schaffen. Da hoffen wir auch ein bisserl auf die Volkshochschule. Der Direktor hat angedeutet, daß er so eine Art Symposium zur Stadtgestaltung im 7. Bezirk veranstalten könnte. Der ist da sehr zugänglich.

Frage: Sind Euch eigentlich auch Spekulationsfälle im Gebiet bekannt?

Antwort: Nein, so ausgesprochene Spekulationsfälle nicht. Aber es gibt natürlich einige Häuser, die fallen einfach so zusammen. Ein typischer Fall ist das Haus Zollergasse 34, trotz einem sehr schönen Hof, das kann man kaum als Spekulation bezeichnen, aber man müßte halt viel investieren. Das scheint der Hausbesitzer gar nicht zu haben. Sonst gibt es nicht einmal Verfall in diesem Gebiet, das Gebiet ist recht gut. Was stört ist halt der Verkehr.

Frage: Und zuwenig Grün?

Antwort: Ja, natürlich auch zuwenig Grün, obwohl, wie Du siehst, es gibt ja sehr schöne Hinterhöfe. Bezüglich der Wohnstraße bin ich übrigens sehr skeptisch geworden. Ich habe da die Panzergasse besucht. Also, wenn das eine Wohnstraße ist, dann scheiß ich drauf. Das ist eine Farce. Da ist es ja fast besser, regelmäßig Straßenfeste zu veranstalten. Unter einer Wohnstraße stell ich mir eigentlich was anderes vor.

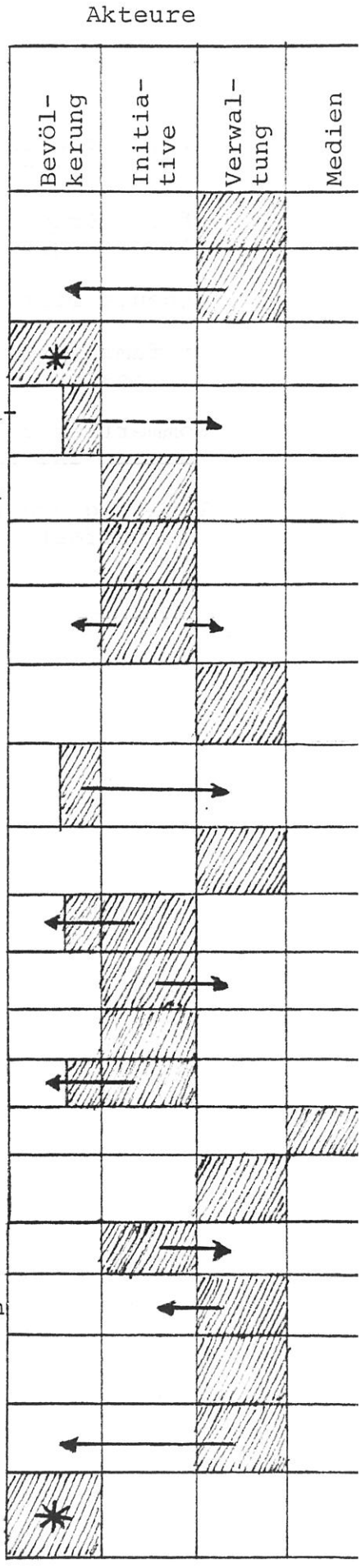
Frage: Was stört Dich an der Panzergasse?

Antwort: Na, das ist doch keine Wohnstraße. Da hat man in eine ganz triste Gasse einfach ein paar Bäume gepflanzt und am Anfang und am Ende eine Schwelle gemacht. Und das ist auch schon alles. Ich hab da auch mit einem Anrainer geredet und ihn gefragt, was jetzt der Unterschied ist. Der hat gesagt: Vorher sind die Autos mit 100 durchgefahren, jetzt fahren sie mit 90. Das ist der einzige Unterschied. Und da frage ich mich, ob sich da nicht einige Leute einfach verheizen lassen. Das heißt, ob man da nicht viel zu viel Zeit investiert für eine Sache, bei der eigentlich gar nichts herausschaut.

Frage: Eine letzte Frage. Wie sind Eure Kontakte zu den Medien?

Antwort: Von den Medien hat eigentlich bis jetzt nur das Bezirksjournal von uns Notiz genommen. Das heißt, es gab auch einen ganz guten Artikel über uns in der SPÖ-Bezirkszeitung. Aber mit dem Bezirksjournal haben wir Probleme. Mir fällt auf, daß das Bezirksjournal unsere Bürgerinitiative regelrecht und regelmäßig diffamiert. Wir sind undemokratisch, wir sind irgendwelche unrealistische Spinner usw. Das Auffallendste daran ist, daß solche Artikel jedesmal nach Besuchen unsererseits beim Bezirksvorsteher erscheinen. Aber natürlich sind die Artikel nicht gezeichnet. Das ist doch eine ganz schiefe Tour. Eine Initiative soll schrittweise immer ein bisserl lächerlich gemacht werden. Und grotesk ist, daß in dem Artikel immer genau das Gegenteil steht, was der Karrer uns persönlich zusagt. Das werden wir ihm das nächste Mal ganz klar und deutlich sagen.

Initiative Zollergasse



Absicht der Gemeinde, in jedem Bezirk mind. eine Wohnstraße einzurichten

Bezirksvorsteher lädt Anrainer der Zollergasse zu Diskussion über geplante Wohnstraße ein

Abstimmung ergibt Mehrheit gegen die Wohnstraße

Bewohner der Hauses "St.Josef" macht auf Abbruchabsichten aufmerksam, einige Mieter gekündigt

Initiative bildet sich, um Abbruch zu verhindern

Einsicht in Flächenwidmungsplan (Umwidmung auf ÖZ vorgesehen)

Kampf gegen Abbruch von 12 Häusern rückt in den Vordergrund

Gemeinde leitet Kaufverhandlungen mit den 12 Hausbesitzern ein

Anrainer stellt Antrag auf Denkmalschutz für "St.Josef"

Denkmalschutz wird bewilligt

Treffen im Amerlinghaus

Initiative verlangt Schutzzone

regelm.Treffen in Wohnungen

2.großes Treffen im Amerlinghaus

Berichte in Bezirkszeitungen

MA 56 und MA 18 erwägen Rückwidmung eines Teils des Gebiets in Wohngebiet

Briefe an div.MAs

Antworten mit völlig verschiedenen Informationen

Überarbeitung Flächenwidmungsplan wegen U-Bahn-Bau wird notwendig

neuerliche Einladung des Bezirksvorstehers zu Diskussion über Wohnstraße

"fragwürdige" Abstimmungsmethode ergibt wieder Mehrheit gegen die Wohnstraße

Initiative beschließt, Wohnstraßenproblematik vorerst nicht zu verfolgen, Schutzzone ist vorrangig und populärer

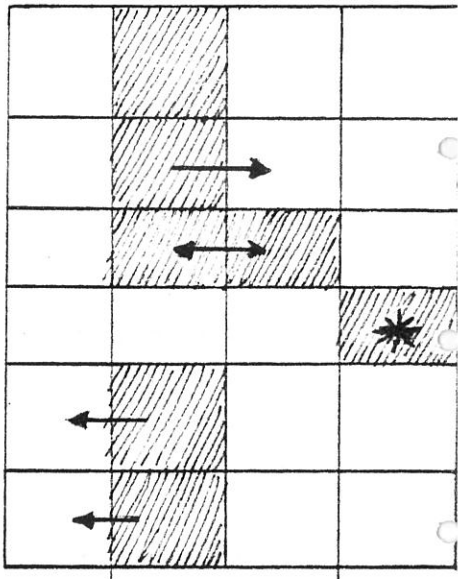
offene Briefe an den Bezirksvorsteher und an Busek wegen Abstimmungsmethode

erneute Diskussion mit Bezirksvorsteher

diffamierende Berichterstattung im Bezirksjournal

Sommerfest Zollergasse gemeinsam mit INitiative Neubau und anderen Gruppen

Vereinsgründung wird vorbereitet, großes Herbstfest geplant



primäre Aktionsebenen

KONFLIKT

Initiative Kaiserstraße 30

Frage: Euer Haus, ein Abbruchhaus, wurde von den Mietern gekauft. Du warst dabei weitgehend initiativ. Wie ist es dazu gekommen?

Antwort: Ich wohne ja eigentlich mein ganzes Leben lang schon hier. Ich habe meine ganze Kindheit in diesem Haus verbracht, da gleich in der Wohnung nebenan, damals zu viert in dieser kleinen Wohnung. Da haben sich gewisse Bindungen an das Haus ergeben. Ich hab auch unten im Garten, das war damals ein furchtbarer Dschungel, sehr viel gespielt, obwohl das für Kinder, das heißt eigentlich für alle Hausbewohner, eigentlich verboten war. Ich hab also eine gewisse Bindung an dieses Haus. Das Haus ist immer schlechter geworden. Es ist jahrelang überhaupt nichts investiert worden. Und gleichzeitig, da bin ich das erstemal aufmerksam geworden, haben in der ganzen Gegend da solche Grundstückspekulationen begonnen. Es gab da auch so Informationsblätter dagegen.

Frage: Was für Informationsblätter?

Antwort: Informationsblätter zum Beispiel von dieser Mieteninformationsstelle in der Kalvarienberggasse. Die ist damals gerade eingerichtet worden. Da waren auch Hinweise drinnen, was man beachten soll. Zum Beispiel ist da gestanden, daß man auf offene Dachlucken achten soll oder darauf, wenn plötzlich ein Teil des Daches abgedeckt und nicht mehr zugemacht wird. Ich hab mir das auch begonnen anzuschauen. Ich hab nicht gewußt was ich tun soll, aber das mit den Dachlucken, das hat mich fasziniert. Das hat auch in unserem Haus zugetroffen. Die waren halt immer offen, und ich hab halt nicht gewußt, was ich tun soll, außer daß ich sie jedesmal wieder zumache. Jedenfalls hab ich vermutet, daß auch unser Haus so eine Spekulationsgeschichte wird. Ich hab mich dann dafür interessiert, wem dieses Haus eigentlich gehört. Es gehörte einer Gesellschaft, die nennt sich "Grundstückverwertungsgesellschaft", also der Name

ist ja auch schon typisch. Dahinter stand dieser Spekulant Marek, der dann später mit dem Panhans traurige Berühmtheit bekommen hat. Die Hausverwaltung hat ein gewisser Riepl gemacht, ein Spezialist für Aussiedlungen.

Frage: Du hast also Anzeichen für Abbruchvorbereitungen gesehen?

Antwort: Ja, diese Abbruchvorbereitungen waren nicht mehr zu übersehen. Zum Beispiel sind eines Tages alle alten Stiegenhausbeleuchtungen, so Jugendstillampen, nein eigentlich historistische Lampen, verschwunden. Statt dessen waren nur mehr die Glühbirnen da. Also schrittweise ist so das Haus demoliert worden, alles was irgendwie wertvoll war. Gleichzeitig hab ich begonnen, mich das erstemal für den Hof zu interessieren. Der war ja für uns als Kinder tabu. Nur der Hausmeister durfte da hinein. Ich war eigentlich der Erste, der es gewagt hat, in diesen Garten zu gehen, das war eine völlig desolate Gstätten. Da bin ich auch durch verschiedene Artikel über Hofbegrünung und solche Sachen ermutigt worden, das hat ja damals schon begonnen.

Frage: Wann damals?

Antwort: So 1975 ungefähr. Da hat auch der Kurier eine Aktion gemacht "Mehr Herz für Wien", bei dem er vor allem so Rat und Tat für Hofbegrünung angeboten hat. Ich hab mir gedacht, wenn dieser Hof, der damals in dem Kurierartikel vorgestellt wurde, sich für eine Begrünung eignet, dann müßte doch unserer noch viel besser sein. Ich bin also zum Kurier gegangen. Der hat dann einen Artikel über das Haus gebracht und dann mich mit einem großen Bild. Außerdem haben wir die Hausverwaltung befragt. Und da bin ich dann auf etwas draufgekommen: Die Hausverwaltung hat nämlich in einer Benützung des Hofes durch die Mieter eine Wertminderung gesehen. Das ist durchaus verständlich: Wenn sich die Mieter erst einmal gewöhnen, den Hof zu benützen, dann kriegt man sie da vielleicht nicht mehr hinaus.

Und wenn man dann einmal den Hof für die Autos asphaltieren will, dann geht das nicht. Also das ist schon so eine Art Wertminderung.

Frage: Stimmt das, daß das dann so eine Art Gewohnheitsrecht wird?

Antwort: Ja, so ungefähr. Nach dem Allgemein Bürgerlichen Gesetzbuch gilt Duldung als ein mündlicher Vertrag, der dann nicht mehr so leicht zu lösen ist. Also natürlich kann man die Leute hinauskriegen, überhaupt so ein Abbruchspezialist, aber es sind halt zusätzliche Schwierigkeiten.

Frage: Gab es damals schon das Bildhaueratelier?

Antwort: Also das Haus, das Bildhaueratelier, das hat schon existiert, das war aber damals an eine Tür- und Fensterfirma vermietet, und zwar eigentlich nur als Lager. Die haben zum Teil dort aber auch gearbeitet, vor allem gestrichen. Das war natürlich laut und hat auch gestunken. Für mich war das so eine Art Übung. Ich habe begonnen, Beschwerden zu schreiben, an den Bezirksvorsteher, an verschiedene Magistratsabteilungen. Das ist auf wenig Interesse gestoßen, eigentlich auf gar keines. Die Gemeindeverwaltung hat überhaupt keinen Willen gehabt, da helfend einzugreifen. Da hab ich den Umgang mit der Verwaltung gelernt. Also: Wie muß man Beamten entgegenkommen, damit sie überhaupt positiv reagieren können. Also, daß sie nicht gleich in so eine Abwehrhaltung getrieben werden. Außerdem hab ich mir gedacht, ich muß diese Sachen alle lernen. Ich bin also bei Kommissionierungen in andere Häuser mitgegangen.

Frage: Was für Kommissionierungen?

Antwort: Zum Beispiel Kommissionierungen für Gewerbebetriebe. Da lernt man sehr gut, was man machen muß, um da rechtzeitig einzugreifen. Auf jeden Fall hat mein Engagement für den Hof die Bindung an das Haus noch verstärkt. Ich hab mir dann ge-

dacht, ich müßte doch jetzt eigentlich mit den anderen Bewohnern einmal reden. Das sind lauter Leute, zumindest waren es damals noch lauter Leute, die hier schon seit Jahren wohnen. Und die ich also von Kindheit an kannte. Die haben sich aber kaum gekannt. Und das, obwohl sie die ganze Zeit im Krieg gemeinsam im Keller gesessen sind und dort gezittert haben. Aber durch den Wohlstand hat sich diese Gemeinsamkeit halt aufgehört. Nur einer ist neu zugezogen, neu, das heißt vor ca. 10 Jahren. An den hab ich mich mit dem Vorschlag gewandt, ob wir uns um das Haus nicht mehr kümmern sollten.

Frage: Warum hast Du Dich gerade an den gewandt, der neu zugezogen ist?

Antwort: Weil ich gewußt hab, daß das ein Bauingenieur ist, der bei einer großen Baufirma arbeitet, der kennt sich halt in der Branche aus. Den hab ich also gefragt, ob wir nicht etwas unternehmen sollten, um das Haus zu erhalten. Wir haben eine Hausversammlung einberufen. Da bin ich dann als Hausvertrauensmann gewählt worden. Das ist halt leider so, daß das immer dann auf den zurückfällt, der damit angefangen hat. Aber das hab ich ja erwarten müssen. Es ist natürlich auch ein Nachteil, denn die Mieter haben dann alles auf mich abgeschoben. Wenn sie mit dem Hausbesorger nicht zufrieden waren, sind sie zu mir gekommen usw.

Frage: Habt Ihr Euch dann regelmäßig getroffen?

Antwort: Es hat sich so ergeben, daß wir uns jeden Montag getroffen haben, bei mir in der Wohnung, und über die Situation des Hauses geredet haben. Das war natürlich alles sehr vage. Und dann war plötzlich von irgend jemandem, ich weiß gar nicht mehr, wer das war, die Idee da, ob wir nicht das Haus kaufen könnten. Das war damals natürlich völlig unrealistisch, eine Zukunftsvision. Schließlich war das ja ein Spekulationsobjekt, außerdem wohnen hier ja hauptsächlich finanziell schwächere Pensionisten. Aber das war auch wichtig, damals schon über

solche Sachen zu diskutieren. Auf jeden Fall haben wir gedacht, daß irgendetwas passieren muß. Da wir nicht gewußt haben, was wir mit dem Haus selber machen sollen, haben wir in einer ersten Aktion einmal den Garten gemeinsam besichtigt und dann gesäubert. Das hat sich über mehrere Jahre hingezogen, einige Mitbewohner haben sich dann nach und nach dafür interessiert und mitgetan. Dadurch haben auch mehr Leute im Haus ein bisserl eine Beziehung zum Garten bekommen. Nach dem Garten haben wir überlegt, was wir weiter machen können. Ich habe ja nach wie vor regelmäßig diese Kontrollen am Dachboden gemacht, ob da nicht etwas herausgerissen wird, vor allem auch, ob die Fenster zu sind. Da war schrecklich viel Gerümpel am Dach. Und da hat dieser Ingenieur nun die Idee gehabt, wir sollten eine Entrümpelungsaktion machen. Wir haben zu zweit das ganze schwere Gerümpel hinuntergetragen, nachdem wir zuerst die Mieter informiert haben, daß alles, was nicht bis zu einem bestimmten Tag wegkommt, eben weggeschafft wird. Da ist eine dritte Person, die wohnt ganz oben, eine jüngere Frau, dazugekommen. Und die hat auch mitgeschleppt. Da kommt man sich ganz einfach viel näher. Wir waren also jetzt drei. Und diese Hauskaufidee ist immer noch irgendwie im Hintergrund geblieben. Wir haben auch einmal so ganz vorsichtig errechnet, wieviel so etwas kosten könnte. Und dieser Ingenieur, der eben bei einer Genossenschaft arbeitet, hat dann den Verkehrswert errechnet. Das waren 1975 so ca. 800.000 bis 1 Mio Schilling. Wenn Du bedenkst, bei 20 Mietern ist das eigentlich ein Pappenstiel. Das war aber immer noch eine ganz theoretische Überlegung. Und dann ist uns plötzlich etwas zu Hilfe gekommen. Der Marek ist nämlich mit dem Panhans-Hotel völlig in Schwierigkeiten gekommen. Wir haben erfahren, daß er kurz vor dem Konkurs steht. Der hat nämlich so gearbeitet, daß er auf ein neu gekauftes Haus immer sofort sehr hohe Hypotheken aufgenommen hat, auf unserem Haus zum Beispiel 12 Mio. Und mit dieser Hypothek hat er nun das nächste Haus gekauft usw. Mit dem Panhans wollte er durch den Appartementverkauf soviel Geld machen, daß er dann schrittweise, also quasi zurück, alle anderen Hypotheken wieder bezahlen konnte. Und das ist halt

total danebengegangen. Die Firma ging in Konkurs. Und wir sind plötzlich vor der Tatsache gestanden, daß die Idee, das Haus zu kaufen,plötzlich sehr realistisch geworden ist. Jetzt war natürlich die Frage, ob wir schnell genug handeln konnten. Wir haben einen Rechtsanwalt genommen, der das einmal rechtlich ausgearbeitet hat. Dann haben wir eine Mieterversammlung organisiert, bei der ungefähr 50 Prozent sehr daran interessiert waren. Dem Rest war das auch egal. Aber auch von denen hat ein Großteil dann mitgetan. Das Argument dagegen war natürlich, wozu sollen wir Wohnungen kaufen, in denen wir ja sowieso schon wohnen. Das Argument dafür war, daß damit der Bestand des Hauses gesichert werden könnte, und natürlich der niedrige Preis. Und die Leute mit den Kindern hat halt gereizt, daß sie das unproblematisch an die Kinder vererben könnten. Es ist dann auch so gemacht worden, daß in einigen Fällen die Kinder die Wohnung gekauft haben, und die Eltern als Mieter in den Wohnungen wohnen. Auf diese Weise ersparen sie sich irgendeinmal die Erbschaftsteuer, außerdem können die Eltern als ärmere Pensionisten zum Teil sogar Mietzinsbeihilfen bei § 7 bekommen. Wir haben auf jeden Fall sofort eine lockere Vereinbarung getroffen, also eine Vereinbarung der Mieter untereinander. Es hat sich ein harter Kern von 4 Leuten entwikkelt, die die ganze Abwicklung gemacht haben. Der Rest der Mieter hat einfach durch eine andere Vereinbarung diesen Leuten eine Vollmacht gegeben, das heißt, wir haben gesagt, schaut's, wir haben ja auch nicht mehr Geld als ihr, ihr könnt's uns also folgen. Wir werden nicht über einen Preis hinausgehen, den wir uns alle leisten können. Da war volles Vertrauen. So haben wir eine Interessensgemeinschaft gebildet, die unseren 4 Leuten volles Vertrauen gegeben hat. Der Versteigerungstermin war damals auch schon bekannt: September 76. Wir waren also zu einem sehr raschen Handeln gezwungen. Wir haben uns dann selbst ein Limit von 2 Mio gesetzt, darüber wollten wir nicht hinausgehen. Jeder einzelne der Mieter hat für seinen Anteil eine Verpflichtung unterschrieben.

Frage: Es waren also dann alle Mieter einverstanden?

Antwort: Nein, 13 Mieter von 20. Die, die eben nicht unterschrieben haben, die sind eben Mieter geblieben. In diesen Fällen sind die Wohnungen dann von anderen Mietern mitgekauft worden, und die werden eben jetzt vermietet. Zum Beispiel war das bei mir so, ich habe die Nebenwohnung, die Wohnung in der wir jetzt sitzen, schon im Hinblick auf eine spätere Übernahme mitgekauft. Ein Mieter, ein Tischler, hat auch das Kaffeehaus unten gekauft und dazu noch 5 Wohnungen. Das war natürlich ein Glück für uns als Gemeinschaft, für ihn, wie sich später herausgestellt hat, eine eher schlechte Investition. Aber das ist halt seine Sache.

Frage: Ja, und dann war die Versteigerung.

Antwort: Ja, da muß ich vorher etwas sagen. Da war ja eben eine Hypothek von 12 Mio auf diesem Haus. Der Hauptgläubiger war die Volksbank Purkersdorf. Die war ja auch, wenn Du Dich vielleicht erinnern kannst, in den Panhansskandal verwickelt. Da ist nachher der ganze Vorstand rausgeflogen. Jedenfalls ist sie bei uns im Grundbuch an der ersten Stelle gestanden. Wir sind als Mieter daher an die Volksbank herangetreten, und haben gesagt, wir wollen maximal 2 Mio Schilling bieten. Mehr ist das Haus auch nicht wert. Die Bank war damit einverstanden, mehr konnten sie ja nicht bekommen, und hielten sich bei der Versteigerung völlig zurück. Die anderen Gläubiger sind um ihr Geld natürlich umgefallen, das haben die auch gewußt, daher sind sie zur Versteigerung gar nicht gekommen. Ergebnis: Die Mieter haben bei der Versteigerung sofort den Zuschlag bekommen.

Frage: War das Grundstück nicht nach wie vor belastet?

Antwort: Nein, nachdem die anderen Gläubiger ja nicht gekommen sind, war das Grundstück nach der Versteigerung völlig lastenfrei. Und das war natürlich ein großes Fest für uns.

Frage: Es gibt jetzt also 13 Eigentümer. Sind die Anteile da völlig gleichwertig?

Antwort: Das ist nicht so einfach. Nach der Versteigerung hatte jeder von uns tatsächlich ein Dreizehntel, genauer gesagt ein Zwölftel, weil eine Mieterin, die auch kaufen wollte und ja dann auch gekauft hat, nicht da war, von der wußten wir ja nicht den Vornamen, daher hat sie der Richter als Eigentümerin oder als Käuferin nicht akzeptiert. Deshalb stehen wir im Grundbuch immer noch mit einem Zwölftel, aber das ist halt einer von den vielen Zufällen, die dann so passieren. Es wäre natürlich nicht gerecht, daß die Anteile jetzt gleich sind, weil doch einige Leute mehrere Wohnungen gekauft haben. Außerdem sind die Wohnungen ja nicht gleichwertig. Also haben wir intern sofort eine Zusatzvereinbarung geschlossen, nach der nur der Betriebskostenschlüssel maßgeblich sein sollte, im Gegensatz zur ursprünglichen Grundbucheintragung. Da wurde jetzt eine Partizipierung notwendig, ein sehr komplizierter Vorgang, der noch immer nicht abgeschlossen ist. Da kommt jemand vom Magistrat und bewertet jede einzelne Wohnung, nach der Größe, nach der Ausstattung, nach der Lage, also zum Beispiel, ob das zum Hof oder zur Straße geht, und außerdem ist das Mezzanin am teuersten und was höher ist, wird immer weniger teuer. Da kommen dann im Grundbuch so eigenartige Teilungen wie z.B. für meine Wohnung 190/3.108. Wie gesagt, sehr sehr kompliziert, wie wir hoffen, daß es jetzt bald abgeschlossen wird.

Frage: Wie kam es dann zur Sanierung des Hauses?

Antwort: Ja, das war uns von Anfang an klar, daß das nur mehr über einen § 7 möglich sein wird. Schließlich war ja überhaupt keine Mietzinsreserve da. Auf jeden Fall ist es so, daß die Mieten irrsinnig gestiegen sind. Von 2 Schilling auf 24 Schilling pro m² nach dem § 7. Wir machen das aber so, daß die Eigentümer genausoviel zahlen sollten, wie die Mieter. Auf diese Weise ist eine Gemeinschaft hergestellt, die Mieter können sich nicht von den Eigentümern ausgenützt fühlen.

Frage: Gab es überhaupt keine Konflikte zwischen den Mietern und Eigentümern?

Antwort: Im Prinzip nicht, weil die verbliebenen Mieter ja gesehen haben, daß wir als Eigentümer genausoviel zahlen wie sie, außerdem daß das Haus jetzt viel schöner wird. Es hat aber einen Konflikt gegeben mit dem Mieter der Wohnung, in der ich jetzt wohne. Diese Wohnung habe ich ja mitgekauft mit einer damaligen Nachbarwohnung. Der hat aber gar nicht da gewohnt, sondern schon seit Jahren ganz woanders. Da haben wir einen Kündigungsprozeß geführt, das war eine sehr bösartige Geschichte, zum Schluß hat das mit einem Vergleich vor Gericht geendet. Er ist dann ausgezogen, und ich habe die Wohnungen zusammengelegt. Als nächsten Schritt haben wir den alten Verwalter rausgeschmissen, der ja mit den Spekulanten unter einer Decke gesteckt ist. Wir haben dann einen neuen gesucht.

Frage: Habt Ihr nicht überlegt, das Haus selbst zu verwalten?

Antwort: Ja, diese Überlegung hat es schon gegeben. Aber das wäre wieder an mir hängengeblieben. Unter normalen Umständen wäre das durchaus zu machen gewesen. Aber ein § 7 ist sehr kompliziert und sehr aufwendig. Außerdem ist es so, daß man sich dann in einigen Fällen halt doch gegen die Mieter stellen muß, weil die könnten ja alles sehr aufhalten. In diesem Fall ist es ganz gut, einen Verwalter zu haben, der halt den Mietern gegenüber bestimmter auftreten kann als jemand, der im selben Haus wohnt. Das ist halt leider notwendig. Wir haben also das Haus saniert. Wie gesagt, ziemlich teuer, aber was sollte man da machen. Dann haben wir noch beschlossen, den Lift einzubauen. Mit war das ja egal, weil ich ja im Mezzanin wohne, aber ich sehe ein, daß die alten Leute oben das schon brauchen. Das Geld haben wir bekommen von dem Dachbodenverkauf, das war eben nachher. Ich nachhinein betrachte ich den Lifteinbau als großen Fehler. Die Kontakte der Bewohner untereinander sind schlagartig zurückgegangen, man glaubt gar nicht, was das für gewaltige Auswirkungen hat, wenn sich die Leute nicht mehr regelmäßig im Stiegenhaus treffen.

Frage: Das Verhältnis Mieter-Eigentümer ist also relativ gut?

Antwort: Ja, das kann man sagen. Einigen Mietern hat es im nachhinein allerdings leid getan, daß sie die Wohnung nicht gekauft haben. Das war ja so maximal 100.000 Schilling für eine Wohnung. Aber was sollte man machen, da wollten dann die Eigentümer meistens nicht mehr. Aber im großen und ganzen ist das Verhältnis gut. Wie gesagt, das hängt doch damit zusammen, daß alle gleich viel zahlen. Im Nachbarhaus wollte ein Mieter übrigens das gleiche, aber da ist es nicht gelungen, eine Gemeinsamkeit herzustellen. Das Ergebnis war, daß 3 Mieter das ganze Haus gekauft haben und jetzt damit ein Geschäft machen. Das ist halt die Kehrseite, da entsteht auch keine Hausgemeinschaft. Vermieten dann hauptsächlich an Studenten und Wohngemeinschaften, das heißt bis max. 5 Jahre, keine Dauermiete, weil nach dem neuen Mietrechtsgesetz ja jetzt diese Möglichkeit besteht. Überhaupt hat das neue Mietrechtsgesetz für Hausbesitzer viel mehr Möglichkeiten zur Umgehung geschaffen.

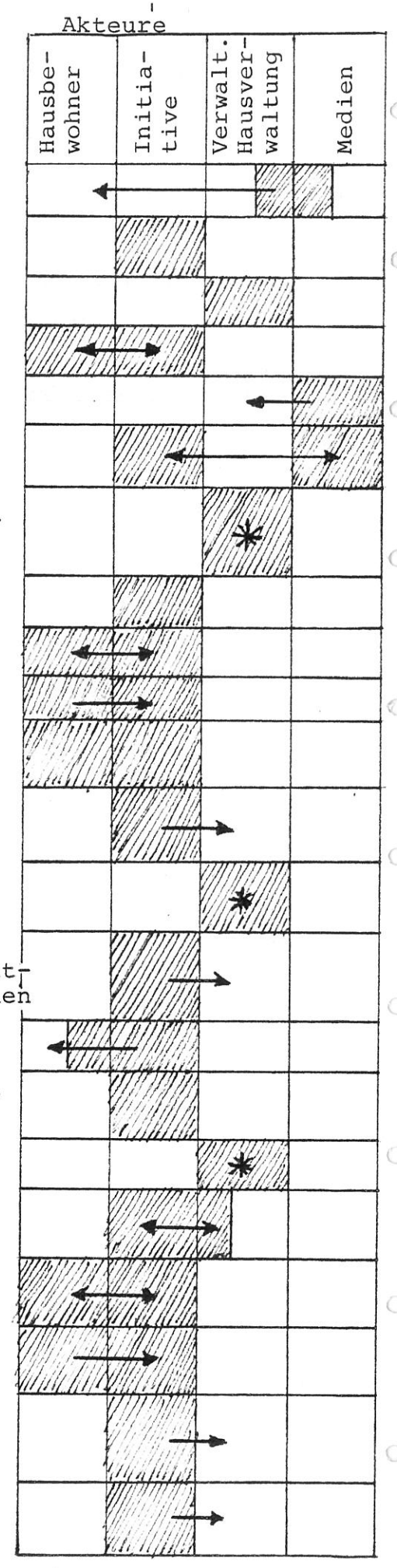
Frage: Was wollt Ihr machen, wenn der § 7 ausgezahlt ist. Werden dann die Eigentümer Mieten von den Mietern verlangen?

Antwort: Ich glaube, und darüber sind sich die jetzigen Eigentümern auch einig, daß weiterhin Mieter und Eigentümer gleich viel zahlen sollen. Wir denken daran, nach dem Auslaufen des § 7 eventuell einen Erhaltungsbeitrag einzuheben. Den müßten aber die Eigentümer genauso leisten. Aber ich gebe Dir recht, daß hier eine große Unsicherheit besteht. Wir wissen schließlich nicht, wie eine spätere Entwicklung sein kann. Es besteht halt die Gefahr, daß sich dann irgendwelche Spekulanten hier Wohnungen kaufen, diese Möglichkeit ist später durchaus gegeben. Und was die mit den Wohnungen dann machen, darauf haben wir als Miteigentümer ja eigentlich keinen Einfluß.

Frage: Eine letzte Frage. Glaubst Du, daß das hier bei Euch ein besonderer Glücksfall war, weil ja eben diese Firma in Konkurs gegangen ist?

Antwort: Ja, natürlich war das ein Glücksfall. Aber andererseits ist es so, daß das nur durch eine vorherige Beschäftigung mit der Situation möglich war, sodaß wir sofort zuschlagen konnten. Hätte der Spekulant das erworben, dann hätten wir natürlich eine viel schwierige Position gehabt. Ich habe da eine Idee, wie man das ändern könnte. Es wäre irrsinnig wichtig, den Mietern im Mietrechtsgesetz ein gesetzliches Vorkaufrecht einzuräumen. Oder wenn das nicht geht, zumindest eine vorherige Informationspflicht bei einem Verkauf. Jetzt ist es doch so, daß die Mieter im allgemeinen gar nicht wissen, oder viel zu spät erfahren, wenn ihr Haus verkauft wird.

Initiative Kaiserstraße 30



verschiedene Informationen über Abbruchspekulation im Gebiet

Mieter wird aufmerksam, kontrolliert Haus

Nachbarhaus abgebrochen

KOntakte zu anderen Mietern hergestellt

Kurier-Aktion für grüne Innenhöfe

Kontakt zu Kurier hergestellt, Bericht über Hof Kaiserstr.30

Verwaltung weigert sich, Hof den Mietern zur Benützung zu überlassen ("Wertminderung")

3 Mieter beginnen, Hof herzurichten

Beginn regelmäßiger Mieterversammlungen

Initiator zum Hausvertrauensmann gewählt

Mieter diskutieren Möglichkeiten der Hauserhaltung, erstmals Idee des Kaufs

Initiator schreibt Beschwerden gegen lärmerregenden Betreib im Hof

Beschwerde von allen Stellen ignoriert oder abgelehnt

Initiator beginnt, bei Kommissionierungen mitzugehen, um Einspruchsmöglichkeiten zu lernen

Entrümpelungsaktion am Dachboden

Idee des Hauskaufs weiter verfolgt (Kalkulationen, Rechtssituation)

Hauseigentümer geht in Konkurs

Gespräche der Mieterinteressensgemeinschaft mit den Hauptgläubigern

Rahmenvereinbarung der Mieter bez.Beteiligung am Kauf

Wahl eines Mieterkomitees mit Verhandlungsvollmacht

öffentliche Versteigerung: Mieterkomitee ersteigert Haus für die Mietergemeinschaft

Parifizierung des Hauses, Mietverträge der Eigentümer mit den Restmietern

Prozeß gegen einen Mieter, der Wohnung nicht bewohnt

Diskussion um Erhaltungsarbeiten

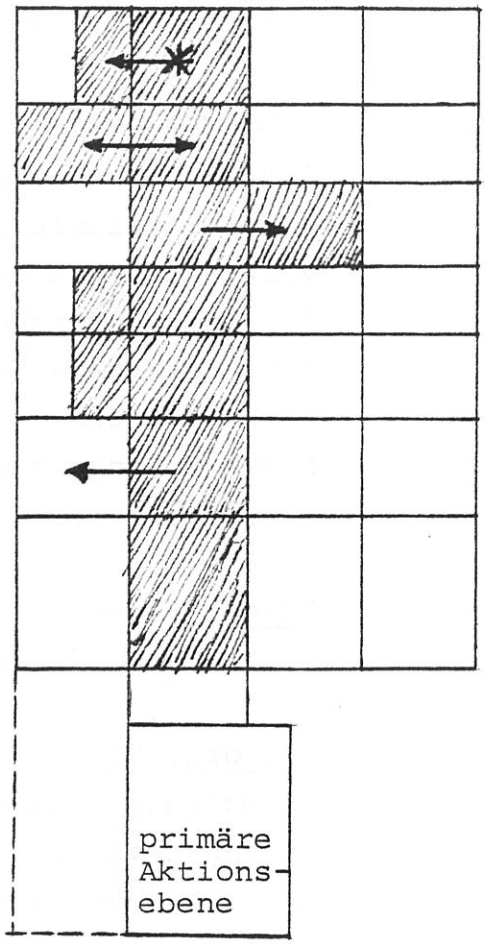
Verwaltung gewechselt, neue Verwaltung übernimmt § 7-Arbeiten

Renovierung abgeschlossen

Dachboden in Eigentum verkauft, vom Erlös Lift eingebaut

Kontakte zu Nachbarhäusern, um ähnliche Aktionen anzuregen

Nach Abschluß der § 7-Arbeiten soll Erhaltungsbeitrag eingehoben werden, Grundkonsens: Eigentümer bezahlen gleichen Anteil wie Mieter



Initiative Hofentkernung Schottenfeldgasse

Vorbemerkung:

Die Initiative Hofentkernung Schottenfeldgasse ist im Prinzip eine Einzelinitiative. Der Initiator ist zugleich der Hausvertrauensmann der Initiative Kaiserstraße 30. Indirekt kann die Hofentkernung Schottenfeldgasse auch als Folgeerscheinung der Mietergemeinschaft Kaiserstraße 30 bezeichnet werden. Sie steht mit dieser allerdings in keinerlei organisatorischem Zusammenhang, soll daher im folgenden auch kurz getrennt dokumentiert werden.

Frage: Kannst Du kurz die Verbindung zwischen Eurer Mieterinitiative und der Innenhofproblematik erklären?

Antwort: Die Verbindung war zunächst einmal in Form der Hausverwaltung gegeben. Riepl war nämlich auch der Verwalter des Nebenhauses. Das war ein sehr hübsches Biedermeierhaus, für das sich damals auch Zilk sehr eingesetzt hat. Aber ohne Erfolg. Babak, der ja auch hinlänglich bekannt ist, hat das Haus gekauft und wollte es sofort abreißen und an Mischek weiterverkaufen. Auf jeden Fall hat er es zuerst einmal abgerissen. Mischek hat dann Neubaupläne eingereicht.

Frage: Mir fällt auf, daß der Hintertrakt des Neubaues weit über die zulässige Baulinie in den Hof hineinragt. Wieso war das möglich?

Antwort: Ja, das ist eben der Witz. Laut dem Flächenwidmungsplan war ja eine Entkernung geplant, der Plan ist aber erst später gekommen. Das hängt auch mit einer Sache zusammen, auf die ich erst im Laufe der Zeit draufgekommen bin. Normalerweise ist es so, daß eine Baubewilligung, wenn sie einmal erteilt ist, an sich zeitlich gebunden ist, also relativ schnell verjährt, wenn man nicht zu bauen beginnt. Das gilt aber nicht, wenn man die Forderung bereits zugesagt hat. Und genau das hat Mischek gemacht. Er hat sofort um die Förderung eingereicht,

weil er gewußt hat, daß der neue Flächenwidmungsplan bald kommen wird, sodaß er dann nicht mehr so tief in den Hof hinein verbauen kann. Die Förderung wurde ihm zugesagt, für meine Begriffe überraschend schnell, aber der hat ja auch die nötigen Beziehungen, auf jeden Fall hat er dann gleich eingereicht, und es wurden ihm drei Blocks hintereinander bewilligt. Daß davon nur zwei gekauft wurden, hängt mit einer anderen Sache zusammen, nämlich mit dem Pensionistenheim.

Frage: Was war mit dem Pensionistenheim?

Antwort: Eine komplizierte Sache. Ursprünglich wollte nämlich die "Sozialbau" an der Stelle der alten, substantiell sehr sehr guten Humanic-Häuser, die auch ein Spekulationsfall waren und abgerissen worden sind, bauen, also gleich hier gegenüber an der Schottenfeldgasse. Ich bin zum Bezirksvorsteher gegangen und habe protestiert, daß die "Sozialbau" an dieser Stelle soweit in den Hof hineinbauen kann, obwohl es doch bereits die Vorlage zu einem Flächenwidmungsplan gegeben hat, der das ausdrücklich untersagt hat. Außerdem, was redet man da soviel von Hofentkernung und Begrünung, wenn man die verbliebenen Höfe dann auch noch zubaut. Die Sozialbau, die sich aus politischen Gründen offensichtlich einen Skandal dieser Art nicht leisten wollte, hat daraufhin zurückgezogen und auf den Bau überhaupt verzichtet. Ich habe darüber auch einen Artikel in der Bezirkszeitung geschrieben, und auch darüber, daß man jetzt trotz allem die Baulücken möglichst schnell schließen sollte, weil nämlich der ganze Lärm in den Hof hereingekommen ist, z.B. durch ein Pensionistenheim, das ursprünglich auf dem Gebiet Bandgasse - Zieglergasse geplant war. Ein bisserl bin ich vielleicht sogar mitschuldig, daß das Pensionistenheim jetzt hier geplant ist. Es gab damals jedenfalls schon die Überlegung, jedem Wiener Bezirk ein Pensionistenheim zu bauen. Das Grundübel daran ist, daß Pensionistenheime angeblich erst ab einer bestimmten Größe sinnvoll sind. Die liegt bei 270 Wohneinheiten, das ist ein Monsterbau, der in einem dicht verbauten Gebiet auf jeden Fall als Fremdkörper wirken muß. Aber angeb-

lich sind erst ab dieser Größe die Gemeinschaftseinrichtungen ökonomisch vertretbar.

Frage: Hast Du Dich mit der Idee der Hofentkernung schon länger beschäftigt?

Antwort: Ja, das hängt eben auch wieder mit unserer Initiative zusammen, mit dem Hauskauf durch die Mieter und mit dem großen grünen Innenhof, den wir damals begonnen haben, zu säubern und gemeinsam zu benützen. Das hat mich fasziniert, diese Idee, Natur wieder in die Stadt zu bekommen. Ich hab mich mit diesem Grünhofgedanken dann intensiver beschäftigt, habe Kontakte zu diversen Architekten geknüpft, auch in Deutschland und in anderen Ländern. Die haben mich in meinen Absichten noch sehr bestätigt.

Frage: Wie kam es nun zum Pensionistenheim?

Antwort: Ja, nachdem also die Sozialbau zurückgezogen hat und ich diese unglücksselige Idee mit dem Pensionistenheim ins Gespräch gebracht habe, oder jedenfalls vermute ich, daß ich daran beteiligt war, war der Bezirksvorsteher plötzlich ganz für das Pensionistenheim in der Schottenfeldgasse. Nachdem das nun aber eine bestimmte Größe haben mußte, würde es nach der vorläufigen Planung fast den gesamten Hof ausfüllen. Und zwar soweit, daß eben Mischek dann im Zuge eines Kompromisses auf seinen dritten Block hinten verzichtet hat. Das ist für uns aber kein Vorteil, weil wir statt der Feuermauer von Mischek halt dann das Pensionistenheim direkt vor den Augen hätten. Vor allem für die Anrainer der Nachbarhäuser wäre das katastrophal. Der Hof wäre auf jeden Fall völlig und vermutlich für lange Zeit total zerstückelt. Daß das dem gültigen Flächenwidmungsplan widerspricht, ist scheinbar auch kein Widerspruch, denn der kann ja jederzeit geändert werden. Also nebenbei möchte ich sagen, daß auch hier die Eigentümergemeinschaft in unserem Haus ein großer Vorteil ist. Es ist eben so, daß nach der gültigen Gesetzeslage ein Mieter überhaupt keine

Rechte hat. Auch kein Einspruchsrecht bei Bauten direkt vor seinem Fenster. Da wir aber nun Eigentümer sind, haben wir Parteienstellung bei allen Bauten daneben. Das ist ein enormer Vorteil. So haben wir auch rechtzeitig erfahren, daß das Kuratorium der Pensionistenheime nun eine Umwidmung anstrebt, das heißt eine mögliche Verbauung des gesamten Hofareals. Glücklicherweise hat das der Stadtplanungsausschuß inzwischen abgelehnt, nur weiß halt kein Mensch, wie endgültig eine solche Ablehung ist.

Frage: Du hast also daraufhin eine Initiative gegründet?

Antwort: Ja, Initiative ist vielleicht zuviel gesagt, aber ich habe begonnen, in allen angrenzenden Häusern Unterschriften zu sammeln. Außerdem habe ich fast jede Woche einen Termin beim Bezirksvorsteher ausgemacht und habe den einfach behämmert. Der hat das zuerst überhaupt nicht verstanden, wieso ich da gegen ein Pensionistenheim bin, noch dazu gegen eines, bei dem soviel Grün vorgesehen ist. Da hat sich nämlich gezeigt, daß die meisten Leute Architektenpläne überhaupt nicht lesen können. Das ganze Grün war über irgendwelchen Einbauten im Keller oder Erdgeschoß, man kann sich vorstellen wie dieses Grün dann ausgeschaut hat. Als Detail am Rande muß man sagen, daß den Leuten daneben, in dem Mischek-Haus, die Wohnungen des Hintertraktes als Wohnungen am Park angeboten werden, die kommen dann zu uns, nachdem sie die Wohnung gekauft haben, und fragen uns wo der Park sein wird. Ich sage ihnen, auf jeden Fall nicht da, wo jetzt die Gstätten ist, da wird dann nämlich das Pensionistenheim hingebaut. Aber so arbeitet man da eben.

Frage: Du bist jetzt auch politisch engagiert?

Antwort: Politisch engagiert würde ich nicht sagen. Aber der Bezirksvorsteher hat mir das Angebot gemacht, in der Bezirkspartei mitzuarbeiten. Ich habe dazu erst ein ziemliches Unbehagen gehabt, jetzt bin ich aber irgendwie einen Schritt weiter. Man muß das ja nicht immer als Einzelgänger von außen

machen, sondern man kann versuchen, in der Partei zu arbeiten. Irgendwie habe ich dort soviel Narrenfreiheit, daß ich Anstöße geben kann. Allerdings habe ich die Erfahrung machen müssen, daß vor allem das niedrige Parteivolk im Bezirk an solchen Dingen extrem desinteressiert ist. Jetzt bin ich sogar Pro-Wien-Referent im 7. Bezirk. An sich ist die Methode ja klar: Zuerst nimmt man aktive Leute für sich ein und auf die gleiche Weise stellt man sie kalt. Aber irgendwie habe ich das doch durchschaut, das hat mich dann gereizt, das heißt ich will bleiben, wie ich bin. Trotz dieser Funktion. Und irgendwie kann ich diese Funktion auch ausnützen, hoffe ich. Zumindest kann man damit eines verhindern. Es passiert ja einfach sehr viel, was im Prinzip niemand will, und dann plötzlich ist es da. Ein nächstes Beispiel sind ja die Böhm-Gründe im Bezirk. Die wollte niemand, weder die Bezirks-ÖVP noch die SPÖ. Doch plötzlich sind sie dagestanden. Hier sehe ich eine große Aufgabe der Bürgerinitiative. Da ist eine politische Zusammenarbeit aller Leute einfach notwendig. Sonst passieren weiter solche Katastrophen. Im übrigen fällt mir auf, daß Initiativen immer erst dann entstehen, wenn solche Katastrophen schon passiert sind. Oder wenn sie gerade bevorstehen. Bei der Gassergasse war das ja auch nicht anders.

Initiative Hofentkernung Schottenfeldgasse

Initiator der Mieterinitiative Kaiserstr.30 interessiert sich für Abbruchspekulationen im Gebiet

Nachbarhaus vom selben Verwalter ausgemieten und an Baufirma verkauft, abgerissen

Baufirma reicht Verbauung ein (3 Blöcke im Hofinneren) und erwirkt öffentliche Förderung, daher "gemeinnützig"

neuer Flächenwidmungsplan verbietet Hofverbauung, ist aber bei schon zugesagter Förderung nicht wirksam

Proteste bei Bezirksvorsteher und Bezirkspolitikern

"Humanic"-Haus in Schottenfeldgasse trotz guter BAusubstanz abgerissen

Initiator schreibt Brief an Bezirksjournal, schlägt für Baulückenschließung u.a. Pensionistenheim vor

Idee mit Pensionistenheim vom Bezirksvorsteher aufgegriffen

Planung für Pensionistenheim vorgelegt, sieht fast totale Hofverbauung vor, dafür muß Baufirma in Kaiserstraße auf den 3.Block verzichten...

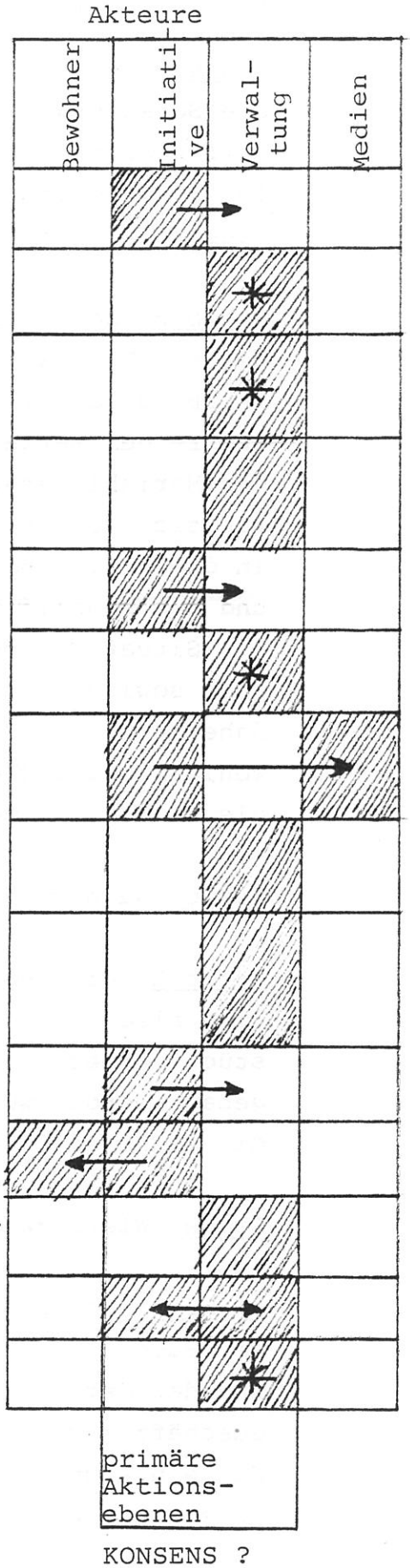
erneute Proteste bei Politikern, keine Reaktionen

Unterschriftenaktion in allen Nachbarhäusern

Kuratorium der Pensionistenheime verlangt Umwidmung der Hoffläche für Verbauung

Diskussion mit Bezirkspolitikern

Stadtplanungsausschuß+ lehnt Umwidmung ab Situation derzeit offen



Bürgerinitiative 7. Bezirk

Frage: Eure Bürgerinitiative verfolgt eigentlich zwei Ziele, die Schaffung eines Parks in der Zieglergasse und die Verringerung des Durchzugsverkehrs im 7. Bezirk, vor allem in der Neustiftgasse und in der Burggasse. Wie kam es zu dieser Initiative, vor allem zu dieser eigenartigen Kombination?

Antwort: Ja, zuerst war eigentlich die Verkehrssituation im Bezirk. Die war ja immer schon katastrophal, der eigentliche Anlaß für die Initiative war aber die Diskussion um eine totale Sperre der Mariahilferstraße, wie das von den Kaufhäusern auf der Mariahilferstraße gefordert wird. Was dann passiert, kann man`sich ja vorstellen. Zuerst würde sich der gesamte Verkehr in die anliegenden Straßen, die Gumpendorferstraße im 6.Bezirk und die Neustiftgasse bzw. Burggasse im 7. Bezirk verlagern. Die Situation vor allem in der Burggasse/Neustiftgasse ist aber sowieso schon katastrophal. Unsere erste Aktion war daher eine Art Verkehrszählung in der Burggasse. Das war aber weniger als Verkehrszählung im engeren Sinne gedacht, sondern als eine Art Demonstration. Das Echo war eher minimal.

Frage: Wann war das?

Antwort: Die Demonstration war im April 1983. Schon vorher hatten wir, also im Prinzip die gleichen Leute, ein Auge auf das Grundstück in der Zieglergasse geworfen. Uns war klar, daß dort etwas gebaut werden würde. Die meisten waren aber der Meinung, daß die Sache im Prinzip schon gelaufen ist.

Frage: Wieso dann Eure Aktion?

Antwort: Es begann eigentlich mit einem Fest der Bezirks-ÖVP, der Busek ist dort hingekommen und hat 3 Bäume gepflanzt, und der Gemeinderat Czerny von der ÖVP, der dort auch ein Geschäft hat, begann Unterschriften zu sammeln. Für uns war das ein Anstoß, diese Sache aufzunehmen. Der Anfang war eher friedlich: Wir haben auf der inzwischen von Autos geräumten

Fläche am Wochenende so Art Picknicks veranstaltet, das hat auch dazu geführt, daß plötzlich der Park im Vordergrund gestanden ist, und weniger die Verkehrssituation im Bezirk. Ende Mai an einem Freitagnachmittag bemerkten wir plötzlich zwei Halteverbotstafeln bei dem Grundstück. Wir haben vermutet, und ich glaube, immer noch zurecht, daß es am Montag los geht mit dem Bau. Wir haben also beschlossen am Montag ganz zeitig in der Früh uns dort zu treffen, um 6 Uhr, und den Park zu besetzen. Einer von uns hat das dem Kurier berichtet. Das Ergebnis war, daß es im Kurier einen längeren Artikel gab, die GESIBA, die dort bauen will, kam daher am Montag nicht. Zumindest sehe ich da diesen Zusammenhang. Der Kurier hat von sich aus auch ein Interview mit dem Direktor der GESIBA gemacht. Der hat es ungefähr so dargestellt, daß der Zug eben schon abgefahren ist.

Frage: Hattet Ihr da Verbindungen zum Kurier, oder wie sonst erklärt Ihr Euch dieses Interesse?

Antwort: Uns ist zugute gekommen, daß der Kurier scheinbar einen Wickel mit der Gemeinde hat. Das hängt damit zusammen, daß die Gemeinde für die Kuriergründe im 7.Bezirk, die ja jetzt irgendwann leer werden, eine zweijährige Bausperre verhängt hat. Ich vermute, daß der Kurier nun jede Gelegenheit nützt, um der Gemeinde etwas auszuwischen. Uns ist das natürlich zugute gekommen.

Frage: Wie ist die Sache weitergegangen nach der nicht mehr stattgefundenden Parkbesetzung?

Antwort: Nachdem der Bau offensichtlich nicht begonnen wurde, haben wir einen Brief an Gratz gerichtet. Der ist bis heute unbeantwortet. Unterstützung haben wir aber von Busek, vom Bezirksvorsteher Karrer und vom SPÖ-Bezirksvorsteherstellvertreter. Wir haben dann überlegt, irgendeine Aktion zu setzen, z.B. eine Besetzung der Burggasse. Nur waren wir dafür nicht genug Leute, so 8 - 1o Leute, das wäre völlig untergegangen. Also haben wir überlegt, ob wir etwas Spektakuläreres machen könnten. Da hatte

einer von uns die Idee, statt der Burggasse gleich die GESIBA zu besetzen. Also sind wir, 15 Leute, zur GESIBA gezogen und dort in das Haus gestürmt. 5 von uns sind bis in die obere Etage gekommen und sind dort zufällig in eine Planungskonferenz geplatzt. Dort hat sich Möglichkeit einer kurzen Diskussion ergeben, wobei sich die GESIBA natürlich wieder auf ihren Rechtsstandpunkt zurückgezogen hat, d.h., daß alles schon gelaufen ist und daß das Grundstück eben im Besitz der GESIBA ist und daher verbaut werden wird. Zufällig waren die 5, die in diese Planungskonferenz hineingekommen sind, eher gesetztere Typen, so im Anzug, eher bürgerlich wirkend. Dadurch hat sich vielleicht eher eine Gesprächsbasis ergeben. Auch über diese Besetzung wurde ja im Kurier wieder berichtet, das war für uns die wichtigste PR-Wirkung überhaupt.

Frage: Bis jetzt wurde ja nicht mit dem Bau begonnen. Seht Ihr die Aktion als Erfolg an?

Antwort: Also ich persönlich vermute, daß es stimmt, daß die Sache im Großen und Ganzen gelaufen ist. Ich nehme eher nicht an, daß die GESIBA dieses Grundstück noch hergeben wird. Worauf es jetzt vor allem ankommt, ist eben, die Unsicherheit, die durch unsere Aktionen entstanden ist, auszunützen und Druck auszuüben. Die Bezirkspolitiker sind sehr für uns, von beiden Parteien und natürlich auch von der AL. Jetzt bemühen wir uns um einen Termin bei Stadtrat Mayr, außerdem gibt es eine explizite Unterstützung durch den Landesparteisekretär Fürst von der ÖVP. Ich könnte mir eine Lösung so vorstellen, daß sich durch unseren Druck irgendwann die Möglichkeit eines Tauschgeschäftes geben wird, das wir dann akzeptieren könnten, wenn das als Tausch angebotene Grundstück wirklich in der Nähe liegt und annähernd gleich groß ist, also auch ca 3.5oo m^2.

Frage: Habt Ihr versucht, die Bevölkerung im 7.Bezirk zu informieren und aktivieren?

Antwort: Wir haben sofort mit einer Unterschriftenaktion begonnen, derzeit haben wir ca. 11oo Unterschriften. Ungefähr die Hälfte davon wurde durch die Bürgerinitiative gesammelt, der Rest von verschiedenen Geschäftsleuten, vom Dramatischen Zentrum, auch in einem Kindergarten. Schließlich ist die Tatsache, daß der 7.Bezirk der grünflächenärmste von Wien ist, vor allem für Familien mit Kindern ein Problem. Eine Gefahr sehe ich allerdings darin, daß die GESIBA möglicherweise im Sommer damit anfangen könnte zu bauen, also wenn weniger Leute da sind. Auf jeden Fall haben wir so eine Art Schneeballsystem eingeführt, sodaß wir bei Baubeginn, wann immer der sein sollte, jederzeit zur Stelle sein könnten.

Frage: Nun zum zweiten Teil Eurer Initiative, der Vekehrssache. Wollt Ihr eine völlige Sperre der Neustift- und Burggasse?

Antwort: Das wäre ja völlig unrealistisch. Was wir wollen, ist, daß die Burggasse und die Neustiftgasse nicht zu Hochleistungsstraßen ausgebaut werden. Das hängt u.a. auch mit dem geplanten Ausbau des Flötzersteiges zusammen.

Frage: Stichwort Flötzersteig. Habt Ihr Verbindungen zu dieser Initiative bzw. zu ähnlichen Initiativen in anderen Bezirken?

Antwort: Ja zur Flötzersteiginitiative gibt es regelmäßige Kontakte, außerdem auch zu einer eher informellen Intitiative in der Koppstraße im 16. Bezirk. In einem Fall sind wir auch schon gemeinsam aufgetreten. Die Flötzersteiginitiative hatte nämlich nach den Äußerungen von Stadtrat Rautner, daß der Flötzersteig nun doch ausgebaut werden soll, eine Vorsprache bei ihm. Wir wurden davon informiert, und Rautner war nun plötzlich mit 3 Bürgerinitiativen konfrontiert. Das war zweifellos eine gewisse Überraschung für ihn, die sich sicher positiv auswirken könnte. Im übrigen fühle ich mich aber nicht so kompetent, über die Verkehrssituationen im Bezirk zu sprechen, weil dafür eher der andere Teil der Bürgerinitiative zuständig ist.

Frage: Wieso der andere Teil?

Antwort: Es ist so, daß wir uns die Arbeitsbereiche da ein bißchen geteilt haben. Es kann sich nicht jeder um alles kümmern.

Frage: Nocheinmal zur politischen Unterstützung. Ihr bekommt jetzt also Unterstützung von allen politischen Kräften im Bezirk?

Antwort: Die Kontakte haben sich zuerst zur ÖVP ergeben, weil von der Bezirks-ÖVP, vor allem von Gemeinderat Czerny schon Anträge dazu existierten. Die waren sozusagen natürliche Verbündete. Die Unterstützung von der Bezirks-SPÖ, vom Bezirksvorsteherstellvertreter Vana sollte aber noch vertieft werden. Von der Alternativen Liste haben wir auch Überstützung, wir haben ein AL Mitglied in der Bürgerinitiative, außerdem existiert ein unterstützender Beschluß der Alternativen Liste Wien. Allerdings waren einige von uns bei AL-Sitzungen und wurden davon eher frustriert.

Frage: Wieviele Leute seit Ihr denn ungefähr?

Antwort: Also in der Bürgerinitiative 7. Bezirk gibt es derzeit 25 Aktivisten, davon sind 8 - 1o ständig aktiv.

Frage: Wie setzen sich diese Aktivisten sozial zusammen, sind es eher Studenten, Freiberufler?

Antwort: Nein, das könnte ich eigentlich nicht sagen. Die Zusammensetzung geht eigentlich so vom Kleinunternehmer über den Freiberufler bis zur Angestellten mit eher flexibler Arbeitszeit, auch einige Lehrer. Auch einige Angestellte mit fixer Arbeitszeit übrigens. Zwei Studenten sind auch dabei. Das hat mich anfangs erstaunt, daß nicht mehr Studenten aktiv werden. Aber die zwei haben mir erklärt, daß Fragen wie diese für Studenten meist wenig relevant sind, da sie ja oft nur vorübergehend in der Situation wohnen. Außerdem haben

die Studenten auch meist keine Kinder. Das kann man sagen, daß 9o% der Aktivisten Familien mit Kinder sind.

Frage: Gibt es Experten, oder was man halt so als Experten bezeichnen würde, in der Initiative?

Antwort: Wir haben einen Raumplaner. Sonst haben wir keine Experten, sehen aber keine Schwierigkeit, solche zu bekommen, wenn es einmal nötig sein würde. Ich habe ja auch bei der Initiative am Hammerlingplatz mitgearbeitet, auch dort war es so, daß in der zweiten Phase, der Realisierungsphase, Experten dazugekommen sind.

Frage: Sind,nach Eurer Erfahrung, Leute im Bezirk für diese Problematik ansprechbar?

Antwort: Das größte Problem ist, die Leute überhaupt einmal anzusprechen. Wenn man diese erste Hürde überwunden hat, also wenn es z.B. gelingt, daß die Leute stehen bleiben, wenn man sie anspricht, ist das Gespräch meistens gut, d.h. fast alle unterschreiben dann. Ganz anders war die Situation allerdings bei der Bürgerinitiative Wohnstraße in der Zollergasse, weil da gibt es eben auch Leute, die dagegen sind. Wobei ich prinzipiell meinen würde, daß es hier ein großes Informationsdefizit gibt. Die meisten glauben nämlich, darunter auch die Geschäftsleute, daß man dann überhaupt nicht mehr zufahren kann, was ja einfach nicht stimmt. Gegen den Park waren allerdings auch einige Leute, die Kinderlärm befürchten, aus den angrenzenden Häusern. Ein wichtiger Grund für die Leute, zu unterschreiben, war im übrigen der geplante Supermarkt. Die Leute hatten einfach Angst, daß dadurch in den Nachtstunden wesentlich mehr Verkehr sein würde, durch die Anlieferung. Und die Geschäftsleute sind natürlich auch dagegen, weil sie befürchten, daß dadurch eine zu große Konkurrenz entsteht.

Frage: Ist das Grundstück im Moment geöffnet?

Antwort: Das Grundstück ist im Moment verplankt. Es gibt nur eine kleine Tür in der Zieglergasse, für die einige Leute, vielleicht die, die vorher dort geparkt haben, einen Schlüssel zu besitzen scheinen. Manchmal sind Leute drinnen, die sperren hinter sich aber immer zu. Im übrigen gibt es eine Anrainerin, die jedes Mal die Polizei holt, wenn sie sieht, daß Kinder drinnen sind.

Frage: Es gibt eine andere Initiative im 7. Bezirk, die Initiative Wohnstraße Zollergasse. Gibt es hier eine intensive Zusammenarbeit?

Antwort: An sich ist es eine völlig autonome Initiative, die mit uns nichts zu tun hat. Aber natürlich sind wir an dieser Sache auch interessiert. Es geht im übrigen nicht nur um die Wohnstraße, sondern auch und zunächst vor allem um die Beibehaltung der dortigen Schutzzone. Das ist auch ein viel populäreres Anliegen. Eine Zusammenarbeit gab es konkret bei dem gemeinsamen Sommerfest vor einigen Wochen, das nach meiner Einschätzung aber in die Hosen gegangen ist.

Frage: Warum?

Antwort: Weil alles schlecht angekündigt wurde, nur z.T. gab es Plakate in den Hausfluren, kleine Plakate, die auch nicht lang gehängt sind. Zweitens war das Angebot viel zu dürftig, zu wenig attraktiv, und außerdem an einem schönen Samstag. Das Ergebnis war halt, daß sehr wenige Leute dort waren. Das Programm war auch aus einem anderen Grund problematisch. Zuerst hat ein Barockensemble gespielt, das habe ich von der Idee her sehr gut gefunden. Aber dann kamen einige Gitarristen, die mit Verstärkern gespielt haben, u.zw. wirklich sehr laut, auch mir war das beinahe zuviel. Da hat sich dann sofort ein Konflikt mit den Anrainern, mit dem Bezirksvorsteher, und dann halt auch mit der Polizei ergeben. Diese Gitarristen haben der Bürgerinitiative ein Kuckusei gelegt, denn die Wohnstraße ist damit zweifellos nicht populärer geworden. Ich halte es daher für wichtig, zunächst einmal die Sache mit der Schutzzone zu verfolgen. Aber das ist natürlich Sache der Initiative

dort. Wir haben aber für Herbst ein größeres Fest geplant, das soll natürlich anders ausschauen, und muß auch rechtzeitig geplant werden.

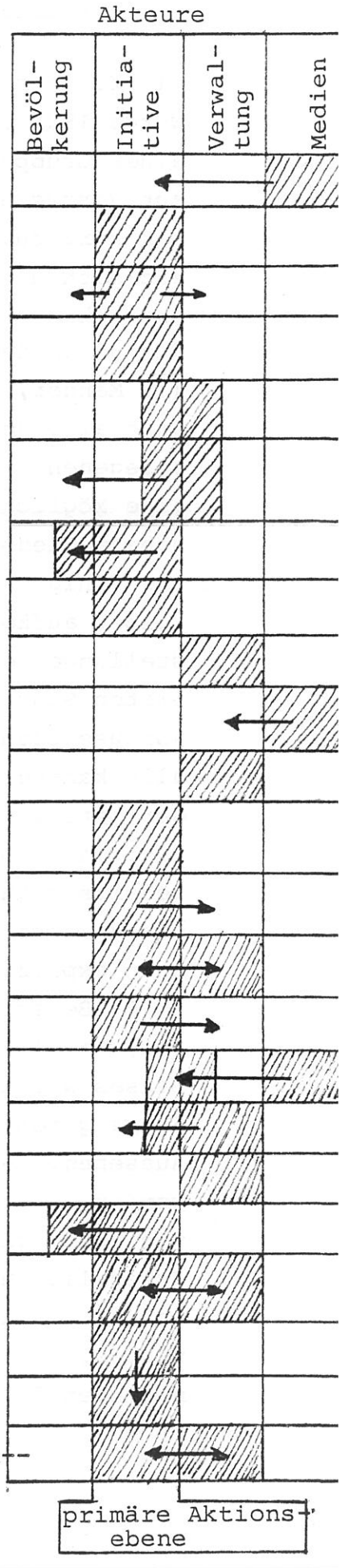
Frage: Was sind nach Deiner Erfahrung die größten Hindernisse für solche Initiativen?

Antwort: Also neben der Problematik der Zeit, daß es halt nur Leute machen können, die eher viel Zeit haben, sehe ich vor allem ein großes Problem. Es gibt einen Punkt, da muß man vom reinen Idealismus zur Taktik übergehen. Und das ist ein internes Problem in den Bürgerinitiativen, u.zw. in allen, die ich sehe. Dieser Punkt, an dem man zu taktieren beginnen muß, ist natürlich ein Ergebnis der vorangegangenen Mobilisierungen. D.h. zuerst muß ein Klima geschaffen werden, durch das ein Gespräch erzwungen wird, andererseits muß man ein solches Klima schaffen, das ein Gespräch für alle Beteiligten auch noch zuläßt. Sicher ist da die Gefahr, daß sich da jemand eine fremde Feder an den Hut steckt und das Ganze als seinen persönlichen Erfolg ausgibt. Aber das muß man halt hinnehmen, wenn man etwas erreichen will. Auf jeden Fall muß man verhindern, völlig auf Konfrontationskurs zu gehen, so daß die Politiker ihr Gesicht verlieren würden, wenn sie nachgeben. Möglicherweise könnten wir aber auch eine neue Taktik entwickeln, mir schwebt so eine Art Bezirksaktion aller politischen Kräfte vor, die könnte dann auf einen Druck von unten weitgehend verzichten. So- daß sich überhaupt niemand mehr gedrängt fühlt. Aber vielleicht ist das auch ein bißchen idealistisch. Es gibt immerhin einen ersten Ansatz dazu: die Bezirks-SPÖ hat uns eingeladen, so eine Art Wünschekatalog für den 7. Bezirk zu präsentieren, bis zum Herbst. Auch die SPÖ wird dann soetwas präsentieren, sodaß wir dann eine gemeinsame Diskussion machen könnten. Und ich möchte nun versuchen, in diese Aktion, nennen wir es einmal Bezirksaktion, nach Möglichkeit alle Fraktionen einzubinden.

Frage: Was könnt Anliegen einer solchen Bezirksaktion sein?

Antwort: Wir haben da eine ganz konkrete Idee. Alle Fraktionen im Bezirk sollten sich einig sein darüber, daß bis auf weiteres keine verkehrserregenden Bauten im 7.Bezirk mehr errichtet werden, u.zw. so lange, bis die Relation der verbauten Fläche zu den Grünflächen zumindest dem Wiener Durchschnitt entspricht. Also ich glaube, hier könnte eine Gemeinsamkeit möglich sein.

Initiative Neubau (Wien 7)



Medienberichte über geplante Sperre der Mariahilferstraße

Gründung der Initiative Burggasse/Neustiftg.

1.Aktion: Verkehrszählung Burggasse

Suche nach freiem Grundstück für Grünanlage/ Spielplatz

ÖVP-Fest Zieglergasse, 3 Bäume gepflanzt

ÖVP-GR beginnt Unterschriften gegen Verbauung dieses Grundstücks zu sammeln

Unterschriftensammlung in Geschäften

Picknicks auf dem leeren Grundstück

Baubeginn unmittelbar bevorstehend

Kurier berichtet über geplante Grundstücksbe-setzung, Interview mit Gesiba-Direktor

Baubeginn offensichtlich verschoben

Überlegungen zu Besetzung Burggasse, Diskus-sionsphase

Briefe an div.Politiker

Diskussion mit Bezirkspolitikern

Besetzung der Gesiba

Medienberichte über Gesiba-Besezung

Unterstützungserklärung von ÖVP

Gesiba schließt Grundstück hermetisch ab

weitere Unterschriftensammlung

weitere Politikergespräche, Vorbereitungen für den "Ernstfall" (=Baubeginn)

Zusammenarbeit mit anderen Initiativen im Bezirk

gemeinsames Sommerfest Zollergasse

breitere Kontakte zu den Bezirksparteien, "Wunsch-katalog" für die Bezirks-SP bis zum Herbst

Projekt Hausrenovierung Spalowskygasse

Mit dem ersten Projekt einer selbstverwalteten Hausrenovierung wurde 1981 seitens der Gemeinde Wien der Versuch unternommen, einer Gruppe wohnungssuchender Jugendlicher billige Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der kurz zuvor erfolgten ersten Wiener Hausbesetzung wurde ein Althaus im Besitz der Gemeinde Wien einer Wohngemeinschaft übergeben, die wegen eines Hausabbruches delogiert worden war. Die 30 in dem selbstrenovierten Haus wohnenden Jugendlichen (18 Männer, 12 Frauen) sind zwischen 17 und 30 Jahren alt, fast alle sogenannte "Aussteiger". Damit sollte auch "ausgestiegenen" Jugendlichen (z.B. Drogenabhängigen, Arbeitslosen) eine Möglichkeit gegeben werden, den "Anschluß" an die Gesellschaft wieder zu finden, eine kriminelle Karriere zu vermeiden und fähig zu werden, für den eigenen Lebensunterhalt wieder selbst aufkommen zu können. Schließlich sollten nach den Vorstellungen der Gemeinde die Renovierungsarbeiten auch einen ersten Schritt zurück ins Arbeitsleben darstellen. Wichtige Voraussetzungen waren dafür, daß sich die Jugendlichen bereits alle kannten, daß die Betreuung des Projektes unabhängig von der öffentlichen Hand durch einen nicht weisungsgebundenen Beamten erfolgte, der außerdem einem Großteil der Jugendlichen bereits bekannt war und von diesen akzeptiert wurde, und daß diese Betreuung nur dann erfolgte, wenn sie von den Jugendlichen explizit gewünscht wurde. Das Haus in der Spalowskygasse im 6. Bezirk ist ein gründerzeitlicher zweigeschossiger Bau, mit 18 Substandardwohungen. Der bauliche Zustand des Hauses war aber relativ gut, vor allem nicht feucht. Allerdings gaben ihm die Fenster und Fassaden ein abbruchreifes Aussehen. 1977 war das Haus von der Gemeinde Wien aufgekauft worden, seit 1980 gibt es eine Abbruchbewilligung, die nach wie vor nicht widerrufen ist. Rechtlich wurde das Haus den Jugendlichen durch einen Präkariumsvertrag (Bittleihe) übergeben, das heißt, sie können jederzeit wieder ausgesiedelt werden. Es besteht aber Konsens, daß das Haus innerhalb der nächsten 5 Jahre nicht abgetragen werden soll. Die Bewohner

zahlen keine Miete, wohl aber Betriebskosten, derzeit gesamt ca. S 5.000 pro Monat. Da die Jugendlichen selbst über kein Kapital verfügten, wurden ihnen für die provisorische Renovierung des Hauses von der Gemeinde Wien etwa 400.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Um eine zweckgebundene Verwendung dieses Geldes zu garantieren, wird die Buchhaltung vom Betreuer übernommen. Dieser haftet auch gegenüber der Gemeindeverwaltung, befindet sich damit also von Anfang an in einer eigenartigen Situation zwischen den zu betreuenden Bewohnern des Hauses einerseits und der Gemeindeverwaltung andererseits. Es ist zu erwarten, daß dies nicht ohne Auswirkungen auf das Verhältnis des Betreuers zu den Jugendgruppen bleibt.

Im November 1981 wurde das Haus der Jugendgruppe in Selbstverwaltung übergeben. Seither wurden Steigleitungen erneuert, in den Wohnungen neue Böden gelegt, die Fenster renoviert, ausgemalt, Wasserleitungen neu verlegt. Es gibt auch einen gemeinsamen Eßraum, einen gemeinsamen Waschraum mit Duschen, und einen Werkraum im Keller. Von den Jugendlichen wurde dies im wesentlichen in Eigenarbeit durchgeführt und kaum Arbeit von außen angefordert, mit Ausnahme der überprüfungspflichtigen Arbeiten (Gasleitungen). Um die Betriebskosten zu verringern, wird ein Teil des Mülls in einem eigenen Ofen im Keller verbrannt, und es besteht die Absicht, einen Brunnen im Hof für die Nutzwassergewinnung zu reaktivieren. Um möglichst lange mit dem zur Verfügung gestellten Geld auszukommen, wird in einer Art Selbstbesteuerung von dem im Haus arbeitenden Jugendlichen auf ein Solidaritätskonto Geld eingezahlt, mit dem später anfallende Ausgaben zumindest teilweise finanziert werden könnten.

Wichtig ist nach Auskunft der Sozialarbeiter vor allem der sozial-therapeutische Effekt: Danach könnten die Jugendlichen durch ihre handwerklichen Fähigkeiten und ihr neuerworbenes Können viel Selbstvertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten hinzugewinnen. Die Arbeit erschiene diesen Jugendlichen sinnvoll, daher seien auch praktisch alle von den Drogen weggekommen.

Daneben stellt sich die Frage, inwieweit dieses Projekt verallgemeinerbar ist, vor allem aber, ob es auch als ein Modellfall einer billigen Stadterneuerung gesehen werden könnte. Die Renovierung des Althauses durch die Gemeinde oder einen öffentlichen Wohnbauträger bzw. ein Neubau an dieser Stelle hätten zweifellos wesentlich mehr Geld gekostet als diese Renovierung in Selbstorganisation durch die Jugendgruppe. Außerdem wären die dort entstandenen Wohnungen auch für die Bewohner um vieles teurer geworden. Trotzdem dürfte für die Gemeinde der "Nebenaspekt" einer "Ruhigstellung" möglicherweise gefährlicher Jugendgruppen im Vordergrund stehen. Jedenfalls zeigt die Vergabepraxis der Städtischen Althäuser - nach der Spalowskygasse wurden noch zwei Häuser in Selbstverwaltung übergeben (Linke Wienzeile an eine Gruppe von Homosexuellen, Myrthengasse an eine Gruppe von Punks) -, daß diese Projekte eher als Integration von Randgruppen denn als billige Modelle einer Stadtsanierung interpretiert werden müssen. Außerdem wird von Eingeweihten vermutet, daß trotz des umfangreichen Besitzes der Gemeinde an Abbruchhäusern an eine zahlenmäßige Ausweitung dieser Modelle derzeit nicht mehr gedacht ist. Nicht zuletzt dürften dahinter handfeste Differenzen zwischen dem Sozial- und Jugendressort auf der einen Seite und dem Wohnungsressort auf der anderen Seite stehen, das eine Verallgemeinerung solcher "Randgruppenprojekte" in Richtung neuer wohnungspolitischer Überlegungen fürchten muß.

Initiative Spalovskygasse

Wohngemeinschaft wird aus einem Abbruchhaus delogiert (Sozialfälle)

erste Wiener Hausbesetzung

Sozialarbeiter in der Gemeinde entwickeln Modell für selbstverwaltete Häuser (gemeindeeigene "Abbruchhäuser") und ein Finanzierungsmodell

erste Kontakte zur Besetzerszene

Konzeptualisierung mit Jugendgruppe

Auswahl eines geeigneten Hauses

Kontakte der Sozialarbeiter zu Magistratsabteilungen und Bezirkspolitikern

Vorbereitung eines Präkariumsvertrags

Gründung eines Bewohnervereins (auf Verlangen der Gemeinde)

Hausübergabe an den Bewohnerverein

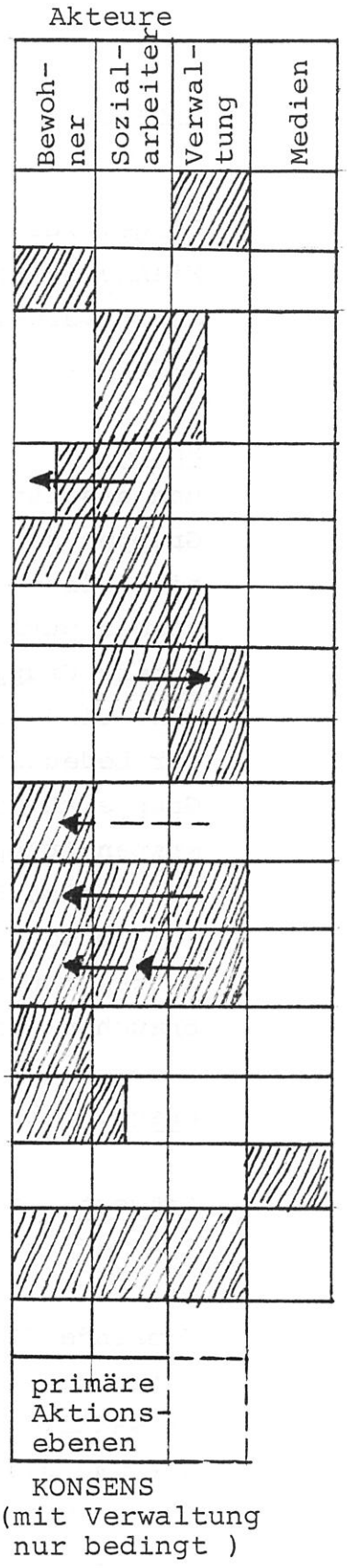
Subvention von Gemeinde, Buchhaltung bei den "Betreuern"

erste Renovierungsarbeiten

Kontakte zu anderen Jugendgruppen

ausführliche Berichte in div. Zeitungen

Schaffung zweiter weiterer Häuser in Selbstverwaltung duch Jugendgruppen (LInke Wienzeile, Myrthengasse)



Interview mit Ursula Nader und Wolf Sator, Sozialarbeiter

Frage: Ihr habt mit den Häusern in der Spalowskygasse, Linke Wienzeile und Myrthengasse die ersten durch Jugendliche in Selbstverwaltung renovierten Häusern in Wien initiiert. Wer sind die Interessenten für solche Häuser?

Antwort: Eigentlich gibt es zwei Gruppen von Interessenten, und das ist ja auch die Problematik dieses Projekts. Diese Gruppen sind im Prinzip völlig verschieden: Erstens solche, die selbst aus eigenen Mitteln nie zu einer eigenen Wohnung kommen würden, also, wenn man will, "echte" Sozialfälle. Die andere Gruppe sind Leute, die sozusagen freiwillig arm sind, also einem Trend zum Aussteigen folgen. Für uns Sozialarbeiter bedeutet das, daß wir uns im wesentlichen nur um die erste Gruppe kümmern können bzw. der Gemeinde nur die Fälle der ersten Gruppe als Sozialarbeit "verkaufen" können. In diesem Fall, also bei echten Sozialfällen, wäre im Extremfall eine Art Notwohnungsprogramm für Bedürftige denkbar, das wenig Mittel benötigen würde, wobei man maximal 3.000 Wohnungen brauchen würde.

Frage: Gibt es da nicht die Gefahr einer Ghettobildung?

Antwort: Ja, das sehen wir schon, daß eine solche Maßnahme die Gefahr einer sozialen Ghettobildung verstärken würde. Diese Entwicklung konnte man deutlich z. B. bei den von der Gemeinde Zürich an Notfälle zur Verfügung gestellten Häusern beobachten, bei den sogenannten Schindelhäusern. Dort sind tatsächlich nur Sozialfälle eingezogen, jetzt weiß man nicht, wie man dieses Problem lösen soll. Eine solche Entwicklung würden wir strikte ablehnen. Es gibt aber auch positive Beispiele, z.B. das Wester-Quartier in Delft, das allerdings aus einer Besetzerbewegung hervorgegangen ist. Diese Bewegung war in sich selbst eher inhomogen, damit war eine einigermaßen gesunde Sozialstruktur garantiert.

Frage: Und wie sieht das mit der zweiten Gruppe aus?

Antwort: Im Falle dieser zweiten Gruppe, der"freiwillig Armen", sind die Sozialarbeiter eher überfordert, weil damit eine allgemein gesellschaftliche Frage angeschnitten wird, vor allem eine eminent wirtschaftspolitische Frage. Das heißt, daß bei einer wie auch immer gearteten Verallgemeinerung dieser Fälle Konflikte mit der Gesellschaft zu erwarten sind.

Frage: Welche Konflikte?

Antwort: Zum Beispiel Konflikte mit der Gemeinde, mit der Bauwirtschaft. Wir wollen aber auch solche Leute nicht einfach wegschicken. Es gab ja einen größeren Andrang von Interessenten, vor allem nach dem Kurier-Artikel im Jänner '83. Wir versuchen ihnen nur klarzumachen, daß sie als Gruppen selbst initiativ werden müssen. Einige dieser Gruppen treffen sich jetzt regelmäßig im WUK.

Frage: Wie sieht die Sache von seiten der Gemeinde aus?

Antwort: Von einigen Seiten werden wir durchaus unterstützt, vor allem von Sandner und Rudi Edlinger, die haben uns dann eine ganze Menge geholfen. Es gibt aber natürlich auch massive Widerstände, vor allem von seiten des Wohnungsresorts, sodaß ich eher skeptisch bin, ob es zu weiteren Projekten dieser Art kommen wird. Insgesamt hätte die Gemeinde da sicher große Schwierigkeiten mit sich selbst, das heißt mit ihrer eigenen Struktur und ihrem eigenen Selbstverständnis, wenn die Bewegung über ein paar "exotische Einzelfälle" und Randgruppen hinausgehen sollte. Vor allem ist notwendig, im Falle der nicht unmittelbar Notleidenden, also der freiwillig Aussteigenden, wenn man so will, daß man hier eine massive Bewußtseinsarbeit macht. Inhalt dieser Bewußtseinsarbeit müßte im Prinzip sein, daß diese Gruppen erkennen, daß sie nicht auf irgendeine Fürsorge von der Gemeinde oder von anderen Kreisen hoffen können und warten können, sondern daß sie selbst handeln müssen.

Frage: Was ist die Funktion des von Euch gegründeten Vereins Bulldog?

Antwort: Dieser Verein wurde als Träger der Projekte erst im Falle der Linken Wienzeile, also des zweiten Projektes notwendig. Die Spalowskygasse war nämlich von Anfang an ein eigener Verein. Die Gemeinde will nämlich solche Häuser prinzipiell nicht an Einzelpersonen oder an irgendwelche unstrukturierten Gruppen, auf die sie dann im Ernstfall keinen Zugriff hat, vergeben. Wir sehen den Verein Bulldog aber nur als eine Zwischenlösung, die notwendig wurde, weil im Haus Linke Wienzeile noch nicht alle Wohnungen freigemacht werden konnten. Das heißt, es wohnen dort auch noch Leute, die mit den neuen Gruppen eigentlich nichts zu tun haben, bzw. wird eine Wohnung von einer Magistratsabteilung genützt. Erst, wenn die restlichen Wohnungen freigemacht werden können, können also die neuen Bewohner einen eigenen Verein gründen. Wir würden diese Lösung an sich sehr favorisieren, weil wir als Sozialarbeiter damit aus der fatalen Situation zwischen der Verwaltung einerseits und der Hausgruppe andererseits herauskämen, eine Situation, die unser Handeln stark limitiert. Wir werden daher die Gründung eines Vereins in der Linken Wienzeile initiieren.

Frage: Wißt Ihr eigentlich, wieviele solche Häuser, einmal nur vom Hausbestand gesehen, für solche Projekte in Frage kommen könnten?

Antwort: Die Gemeinde hat derzeit ca. 800 Althäuser, davon sind 200 in der Kategorie Abbruchhäuser eingestuft. Das heißt im Prinzip nur, daß dort nichts mehr investiert wird und die leeren Wohnungen im allgemeinen nicht mehr vergeben werden. Allerdings ist das nur eine allgemeine Regelung, von der es auch Ausnahmen gibt, z. B. werden in einigen Fällen auch leere Wohnungen wieder vergeben. Im allgemeinen wird außerdem nicht abgesiedelt, die Situation kann also jahrzehntelang unverändert bleiben, bis das Haus halt von alleine zusammenfällt. Es wäre aber irreal, anzunehmen, daß tatsächlich alle 200 Abbruchhäuser,

soweit sie überhaupt leerstehen, und das ist nur eine Minderheit, wirklich für solche Projekte wie die von uns vergebenen selbstverwalteten Häuser in Frage kommen. Das ist keine bauliche Frage, sondern eine politische und wirtschaftspolitische, die Gemeinde wird das sicher nicht wollen.

Frage: Noch eine letzte Frage an Euch als Sozialarbeiter. Es gab angeblich Ansätze zur Gemeinwesenarbeit in Stadterneuerungsgebieten. Warum wurden oder werden diese Ansätze nicht weiter verfolgt?

Antwort: Die Gemeinwesenarbeit in Stadterneuerungsgebieten wurde unserer Erfahrung nach einfach abgedreht, man muß sehen, daß damit zu viele gesellschaftliche Probleme aufgewühlt werden, bei denen die Gemeinde Angst hat, damit nicht mehr fertig zu werden. Gemeinwesenarbeit im Bereich Stadterneuerung oder eigentlich überhaupt in der Stadt ist derzeit ein Tabu, über das man magistratsintern nicht einmal mehr sprechen darf. Ich glaube kaum, daß es in den nächsten Jahren hier zu Projekten kommen wird. Da gibt es einfach zu starke politische Widerstände.

Initiative Augustiner Markt

Der Augustiner-Markt auf dem Rochusplatz ist neben der durch einen Neubau völlig veränderten Markthalle der einzige Markt im 3. Bezirk. Aus der Markthalle wurden auch die Stände des Bauernmarktes hierher verlegt. Insgesamt umfaßt der Markt 80 Stände. Das Wiener U-Bahn-Konzept sieht in der 2. Ausbaustufe den Bau der U-Bahn-Linie U 3 über die Landstraßer Hauptstraße vor. Auf dem Rochusplatz sollen danach eine Station und eine Tiefgarage entstehen. Vorbereitende Bauarbeiten wurden im Sommer 1982 begonnen, die Bauzeit wird derzeit auf etwa 8 Jahre veranschlagt. Ab dem Frühling 1984 sollen die Marktstände der Baustelle weichen.

Die Pächter auf dem Augustinermarkt waren über diese Planung beunruhigt. Nun versprach man ihnen im Rathaus, nach Bauende den Markt wieder zu errichten, doch fürchten die meisten Standler, die lange Unterbrechung nicht überstehen zu können. Bis auf einen einzigen der Pächter (den Initiator der Aktion) haben sie alle keine Filialbetriebe. Außerdem verweist man auf die Abwanderung der Kunden, wie sie auch beim Neubau der Markthalle zu beobachten gewesen sei, und auf die wesentlich höheren Pachtsätze bei allen Marktneubauten in Wien. Die "uniforme" Architektur solcher Märkte (Beispiel Vorgarten-Markt) zerstöre auch die für einen Markt unersätzliche Atmosphäre.

Die Initiative wurde von einem Bäckermeister gegründet, der zugleich ÖVP-Bezirksrat ist. Da er selbst am Markt nur einen Filialbetrieb unterhält, ist er von einer eventuellen Schließung am wenigsten betroffen. Recherchen und Rückfragen bei verschiedenen Magistratsabteilungen ergaben zunächst zum Teil völlig unterschiedliche und widersprüchliche Aussagen. Die Initiatoren verfaßten einen Brief an den zuständigen Stadtrat Schieder, der von 79 der 80 Pächter unterschrieben wurde. Man verwies darin auf die Sorge der Betroffenen wegen der kolpoltierten Gerüchte um eine völlige Schließung des Marktes,

wobei man ganz bewußt nicht auf das Vorliegen der endgültigen Planung wartete. Man wollte auch einfach "zeigen, daß es uns gibt". Dabei war auch die Erfahrung mit der Planung der Markthalle vor einigen Jahren ausschlaggebend: Als sich damals eine Bürgerinitiative gegen die LKW-Einfahrt wandte, wurde sie mit dem Argument abgewiesen, die Planung sei schon abgeschlossen und eine Umplanung zu teuer. Dem wollte man nun zuvorkommen.

Der damals zuständige Stadtrat Schieder besuchte daraufhin den Markt und sagte den Pächtern zu, daß der Markt erhalten bliebe, ohne allerdings auf den Umfang der nötigen Veränderungen und Provisorien eingehen zu können. Die Pächter ihrerseits betonen, daß sie die Notwendigkeit des U-Bahn-Baues einsehen und etwaige mehrmalige Übersiedlungen auf dem Platz selbst akzeptieren würden. Getrennte Meinungen gibt es aber über die Tiefgarage: Während die Standler selbst diese als unnötig bezeichnen (da mehrere Garagen in unmittelbarer Nähe existieren bzw. geplant sind), wollen die Landstraßer Kaufleute mehrheitlich durchaus eine weitere Garage auf dem Rochusplatz. Vor allem die größeren Geschäfte vertraten diese Meinung auch bei einer Sitzung des Klubs der Landstraßer Kaufleute. Die ÖVP-Fraktion im Bezirksrat beschränkte sich daher auch auf die Forderung, den Markt mit allen Mitteln zu erhalten. Die Standler verlangten nun, in alle Verhandlungen von Anfang an eingebunden zu werden. Neben dem Brief an Stadtrat Schieder plante man eine Information der Bewohner und der Kunden rund um den Rochusplatz mittels eigener Flugblätter bei den Ständen. "Wir wollen auf alles vorbereitet sein, um ganz schnell handeln zu können". Außerdem wurden auch Alternativlösungen für die Provisorien während des Baues der U-Bahn erarbeitet, die jetzt allerdings nur zu einem geringen Teil Eingang in die offizielle Planung erhielten.

Die Kosten für die Aktion waren relativ gering. Sie wurden von den Standlern selbst getragen. Allerdings hofft man in Zukunft auf eine stärkere Unterstützung durch den Klub der

Landstraßer Kaufleute, um die nun doch notwendigen mehrmaligen Übersiedlungen auf dem Platz (zunächst in zwei Reihen vor die Rochuskirche) besser überstehen zu können.

Initiative Augustinermarkt

U-Bahnkonzept für U3 im 3.Bezirk vorgelegt

Gründung der Initiative Augustinermarkt

Recherchen und Rückfragen bei Gemeinde

Brief der Initiative an Stadtrat Schieder

Besuch des Stadtrats am Markt, Zusicherung der ERhaltung des Marktes

Standler verlangen Mitstprache bei Umsiedlungsplänen

Klub der Landstraßer Kaufleute eingeschaltet

Klub der Landstraßer Kaufleute verfaßt Schreiben an Bezirkspolitiker

Zeitungsreaktionen

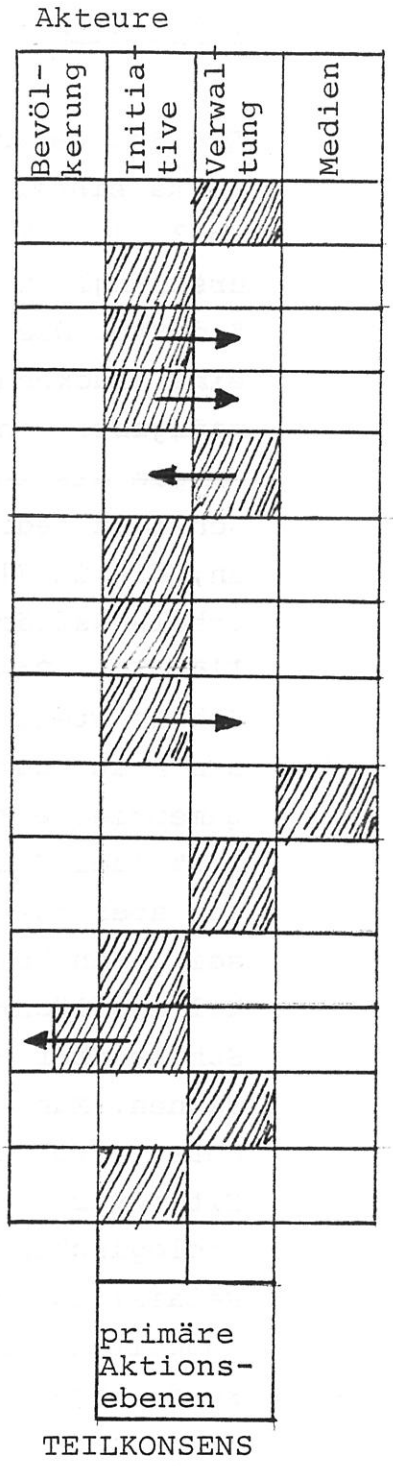
Bezirkspolitiker einhellig für Erhaltung des Marktes und für Mitsprache der Standler

Standler erarbeiten Alternativlösungen

Unterschriftenaktion auf dem Markt

Alternativvorschläge z.T.berücksichtigt, Planung überarbeitet

Weitere Arbeit beabsichtigt



Initiative Rasumovskypark

Die Entstehungsgeschichte der Bürgerinitiative zur Öffnung des Parks hinter dem Palais Rasumovsky in der gleichnamigen Gasse im 3. Bezirk ist insofern bereits ungewöhnlich, als sich das ursprüngliche Anliegen der Initiative im Laufe der Zeit veränderte. Die Initiative entstand schon 1973, als man erstmals eine drückende Überbelegung des Bundesgymnasiums in der Kundmanngasse konstatierte, wobei vor allem der Turnplatz der Schule als zu klein empfunden wurde. An diesen Turnplatz schließt jedoch eine unverbaute Fläche von rund 700 m² direkt an, die im Flächenwidmungsplan als EPK (öffentliche Grün- und Erholungsfläche) ausgewiesen ist, derzeit jedoch nicht zugänglich ist. Das Grundstück befindet sich in Gemeindebesitz. Die Schule stellte daher einen Antrag an die Gemeinde Wien, ihr den Platz zur Verfügung zu stellen. Seitens der Gemeinde argumentierte man darauf mit dem Grünflächenmangel im 3. Bezirk (der Prater ist zwar nur etwa 10 Gehminuten entfernt, was aber für Mütter mit Kinderwagen und alte Menschen zu weit sei). Man könne daher längerfristig auf diese zusätzliche Erholungsfläche nicht verzichten, legte dem Elternverein der Schule aber nahe, eine Ersatzfläche für das EPK ausfindig zu machen. Man war also grundsätzlich zu einem Grundstückstausch bereit, wollte auch das betreffende Grundstück umwidmen. Der Elternverein der Schule schlug daraufhin vor, den Park der Geologischen Bundesanstalt in der Rasumovskygasse (hinter dem Palais) für die Allgemeinheit zu öffnen. Er ist mit ca. 1.400 m² doppelt so groß wie das Grundstück hinter der Schule in der Kundmanngasse. Seitens der Initiative wird auch heute noch betont, daß man an einer Öffnung des Parks ursprünglich überhaupt nicht interessiert gewesen sei, aber durch die Vorgangsweise der Gemeinde praktisch in eine "moralische Drucksituation" geraten sei, da man die Notwendigkeit einer zusätzlichen kleinen Grünfläche für die Bevölkerung des 3. Bezirks nicht abstreiten konnte. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß nur ein kleiner Teil der Schüler in der Kundmanngasse aus dem Bezirk

selbst kommt, eine direkte Betroffenheit also nur hinsichtlich des Raummangels in der Schule gegeben ist. Die Initiatoren behaupten, sie würden von der Gemeinde als Druckmittel gegenüber dem Bund (Wissenschaftsministerium) benützt.

Der Elternverein begann zunächst mit der Unterschriftenaktion in der Schule. Die Forderungen beinhalteten hier schon die Öffnung des Rasumovskyparks, konzentrierten sich aber inhaltlich auf die Erweiterung des Platzangebots für das Bundesgymnasium. Die Unterzeichner waren damit direkt Betroffene. Später sammelte man aber auch Unterschriften im Bezirk (in umliegenden Geschäften) und konnte dann etwa 1.500 Unterschriften vorlegen. Der komplizierte und lange Instanzenweg endete im Wissenschaftsministerium, dem die Geologische Bundesanstalt untersteht. Das Ministerium forderte eine Stellungnahme der Bundesanstalt an, die negativ ausfiel. Als Begründungen werden unter anderem angegeben: Die spielenden Kinder würden Fenster des Wissenschaftlichen Institutes einschlagen, die wissenschaftliche Arbeit würde durch den Lärm der Kinder gestört, es sei eine "Ausspähung wertvoller Objekte" zu befürchten, außerdem würde die erst kürzlich renovierte Fassade des Baues beschädigt. Diese Stellungnahme wurde auszugsweise auch in der Tagespresse abgedruckt. Die Bürgerinitiative antwortete mit einem Brief an Minister Firnberg, wobei man hauptsächlich damit argumentierte, daß mit den gleichen Gründen fast alle Bundesparks in Wien gesperrt werden müßten.

Da die Schule selbst den Instanzenweg voll ausgeschöpft hatte, übernahm von nun an der Elternverein mit einem 4-Personenkomitee die weitere Arbeit, wobei er vor allem auf die wertvolle Unterstützung durch Tageszeitungen hinweist.

Inzwischen hatte sich die Bezirksvertretung mit den Stimmen aller drei Parteien für eine Öffnung des Rasumovskyparks und für den Grundstückstausch ausgesprochen. Wenige Tage später verwarf der Wiener Gemeinderat mit den Stimmen der Sozialistischen Fraktion den gleichen Antrag. Man stützte sich damit

einerseits auf die negative Stellungnahme des Ministeriums bzw. der Geologischen Bundesanstalt, andererseits verwies man darauf, daß in der Capkagasse ohnehin in absehbarer Zeit eine kleine Grünfläche geschaffen werde, die gemeinsam mit dem Grundstück in der Kundmanngasse eine ausreichende Naherholungszone bilden würde. Der Platzmangel in der Schule wurde nicht weiter erörtert.

Die Bürgerinitiative ist dennoch nicht gewillt, ihre Arbeit einzustellen. Wie bisher will man "konstruktiv", möglichst ohne große Skandalisierung für die Öffnung des Parks eintreten. Obwohl man die Unterstützung des ÖVP-nahen "Landstraßer Kulturvereins" gewinnen konnte, scheint es ein gewisses Spannungsverhältnis zur ÖVP-Landstraße zu geben. Einer der Initiatoren, zugleich Obmann des Elternvereins, betont mehrere Male die Äquidistanz zu den politischen Parteien, andererseits wird vom Obmann der ÖVP-Landstraße kolportiert, er beschwere sich über die "Untätigkeit" der Initiative, die sich nur auf die Arbeit der ÖVP verlasse. Dadurch entstehe bereits in der Öffentlichkeit der Eindruck einer Parteiinitiative. Andererseits waren Aktivisten der Initiative über einen Artikel des ÖVP-Gemeindesrates Kauer im Bezirksjournal verärgert, der allzu sehr die Unterstützung durch die Parteifraktion im Bezirksrat betont hätte.

Soweit feststellbar, wurden die Kosten der gesamten Aktion "Initiative Rasumovskypark" bisher von den Aktivisten bzw. vom Elternverein des Bundesgymnasiums getragen.

Initiative Rasumovskypark

Antrag der Schule an Gemeinde, Platz zur Verfügung zu stellen

Diskussion mit Bezirkspolitikern

Diskussion mit Gemeindepolitikern

Gemeinde verlangt Ersatzgrundstück

Verein konsituiert sich in der Schule

Ersatzgrundstück Rasumovskypark vorgeschlagen

Unterschriftenaktion in der Schule

Unterschriftenaktion bei Anrainern

Intensive Medienkontakte (Tages-,Bezirkszeitungen)

Gemeinde ersucht Wissenschaftsministerium um Stellungsnahme

Wissenschaftsministerium ersucht Geologische Bundesanstalt um STellungnahme

Negative STellungnahme der Geologischen Bundesanstalt an das Ministerium

Negative STellungnahme des Ministeriums

Zeitungsberichte

Weitere Unterschriftensammlung

Einschaltung der Bezirks-ÖVP

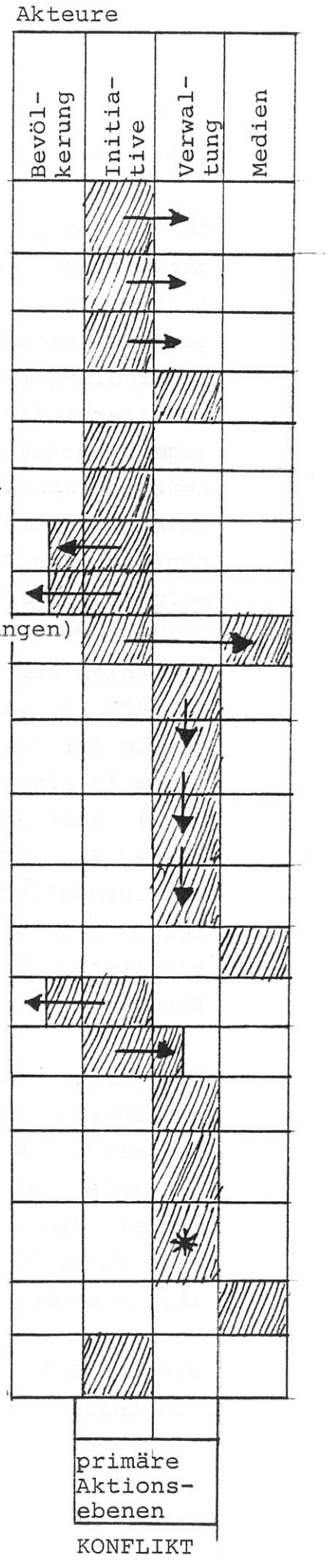
Bezirksvertretung einstimmig für die Öffnung des Parks

Antrag der Bezirksvertretung an den Gemeinderat

Gemeinderat verwirft den Antrag der Bezirksvertretung

weitere Zeitungsberichte

Verein beschließt weiteres "konstruktives Vorgehen



Initiative Kinderspielplatz Arenbergplatz

Der Arenbergpark ist zwischen Landstraßer Haupstraße und Ungargasse praktisch die einzig größere Grünanlage. Von großbürgerlichen Gründerzeitbauten umgeben, stellt er auch für die weniger wohlhabenden Bewohner umliegender Gassen ein wichtiges Naherholungsgebiet dar. Auffallend ist die hohe Zahl von Gastarbeiterkindern im Park. Während des Krieges wurden zwei riesige Flaktürme im Park errichtet, außerdem ein unterirdischer Luftschutzbunker, auf dem sich heute der betonierte Kinderspielplatz befindet. Durch diese Bauten wurde die Erholungsfunktion des Parks bereits so stark beeinträchtigt, daß jedes weitere Bauvorhaben im Park kritisch zu beurteilen ist.

Den Anlaß zur Initiative gab die Absicht des Stadtgartenamtes (MA 42), im Park eine Unterkunft für die Gärtner und eine Garage für die Gärtnerfahrzeuge zu erstellen. Bis dahin waren diese in einem Gemeindebau am Sebastianplatz (gegenüber dem Park) untergebracht. Nach Meinung der Bürgerinitiative wird dieser Bau "von lauter Bonzen" bewohnt, die über genügend Einflußmöglichkeiten bei der Gemeinde verfügten. Vor allem beschwerten sie sich über die "lauten Jugoslawen", die dort arbeiteten. Der Plan sah einen Neubau unmittelbar neben dem Kinderspielplatz im Anschluß an einen der beiden Bunker vor.

Die Bürgerinitiative entstand zunächst durch die Aktion einer Anrainerin. Als sie eines Tages mit ihrem Hund im Park spazieren ging, bemerkte sie, daß Büsche und Bäume neben dem Kinderspielplatz gerodet wurden. Als sie einen Gärtner fragte, bekam sie die Antwort "Das geht sie einen Schmarrn an!". Sie rief daraufhin den Bezirksvorsteher an, der aber nicht mit ihr sprechen wollte oder konnte. Auch im Rathaus wurde sie von einer Stelle zur anderen verwiesen, bis sie nach zwei Stunden Telefonaten wieder bei der ersten Stelle landete. Sie informierte dann den ÖVP-Pressedienst und geriet an einen Stadtrat, der zufällig selbst Anrainer des Parkes ist. Dieser erreichte eine einstweilige Verfügung gegen den Bau, wobei

sich herausstellte, daß überhaupt keine Bauverhandlung stattgefunden hatte. Drei Stunden später wurden die Arbeiten eingestellt. Da der Bezirksvorsteher weiter nicht zu erreichen war, benützte die Initiatorin Kontakte zur ÖVP-Landstraße und zum ÖVP-nahen Landstraßer Kulturverein. Auch die Tageszeitungen wurden eingeschaltet, zum Teil berichteten sie sehr ausführlich. Gleichzeitig begann die Initiatorin eine Unterschriftenaktion: An insgesamt 2.045 Haushalte schickte sie einen hektographierten Brief aus, 2009 kamen unterschrieben zurück, viele davon mit zusätzlichen Bemerkungen und eigenen Alternativvorschlägen. Zuvor hatte man versucht, eine geographische Abgrenzung des betroffenen Gebietes vorzunehmen. Zahlreiche Bewohner wandten sich außerdem noch zusätzlich direkt an die Gemeinde. Dabei fällt auf, daß es sich dabei fast ausschließlich um Angehörige hoher und höchster sozialer Schichten handelte, die alle unmittelbare Anrainer sind: Ärzte, Architekten, Universitätsprofessoren, Unternehmer.... Auch eine UNO-Organisation schrieb einen Brief an die Gemeinde.

Die Initiative setzte schließlich eine Bürgerversammlung im Park an. Die Einladungen wurden wieder an alle Haushalte verschickt und auch im Bezirk verteilt. Bei der Bauverhandlung einige Tage zuvor hatten sich zahlreiche Anrainer gegen den Bau ausgesprochen. Am Tag vor der Versammlung kündigte Stadtrat Schieder in der Tageszeitung einen möglichen Kompromiß an, was "große Verwirrung" auslöste! Trotzdem wurde die Versammlung abgehalten. An Stelle von Schieder erschien Zilk und sagte der Initiative seine Unterstützung zu. Die Initiatoren machten dafür den nahen Termin der Gemeinderatswahlen verantwortlich. (Bei dieser Wahl verlor die SPÖ im 3. Bezirk mehrere tausend Stimmen.)

Einige Tage später sprach sich die Bezirksvertretung des 3. Bezirkes einstimmig gegen den Bau aus. Der Gemeinderat zog die Baubewilligung zurück und bot den Gärtnern das alte Feuerwehrhaus in der Bahngasse an, welches vom Stadtgartenamt schließlich auch akzeptiert wurde. Das Stadtgartenamt konnte

angeblich dabei mindestens 1 Mio Schilling einsparen. Die Alternativvorschläge der Bürgerinitiativen wurden dagegen als unrealistisch verworfen. (Einer hatte die Nutzung eines der beiden Flaktürme vorgeschlagen, der seit 35 Jahren leer steht.)

Nach diesem Erfolg gab es einige anonyme Anrufe bei der Initiatorin. Die gerodete Fläche wurde bis zum Frühling des nächsten Jahres nicht wieder hergerichtet, was weitere Proteste beim Stadtgartenamt zur Folge hatte. Einem Beschwerdeführer hätte man darauf gesagt: "Es habt's es ja so wollen". Kurz darauf wurde aber begonnen, Rasen auszusäen.

Die Initiative hat dennoch beschlossen, weiterzumachen. Vor allem soll der betonierte, im Sommer zudem schattenlose Kinderspielplatz durch die Öffnung einer Wiese erweitert werden. Die Mülltonnen, die nach dem Erfolg der Initiative unmittelbar auf dem Kinderspielplatz postiert wurden, will man verlegen, da bereits einmal eine tote Ratte auf dem Kinderspielplatz gefunden wurde und die Kinder (in der Mehrzahl Gastarbeiterkinder) den ganzen Tag unbeaufsichtigt sind und die Mülltonnen samt Inhalt als Spielgerät verwenden. Man will auch versuchen, für die Kinder eine Aufenthaltsmöglichkeit im Winter zu finden, etwa durch Adaptierung des leerstehenden Flakturmes als Jugendheim, wobei auch die Außenwände von den Kindern gestaltet werden können. Beide Vorschläge der Initiative werden im Rathaus als unrealistisch und "querulantisch" bezeichnet. Die Initiatorin, die nach eigenen Aussagen auf wenig aktive Unterstützung anderer Anrainer rechnen kann, gibt sich diesbezüglich auch keinen Illusionen hin, umso mehr, als sie die seinerzeitigen Erfolge ohnehin nur auf die bevorstehende Gemeinderatswahl zurückgeführt hat.

Die beträchtlichen Kosten für die gesamte Aktion (Vervielfältigung, Porto, ect.) wurden anfangs von der Initiatorin allein getragen, die technischen Mittel jedoch von der ÖVP zur Verfügung gestellt. Eine weitere Unterstützung durch die ÖVP, vor allem finanzieller Art, wollte man bewußt vermeiden. Später spendeten andere Anrainer größere Summen für die Initiative.

Initiative Kinderspielplatz Arenbergpark

Planung einer Gärtnerunterkunft ohne Information der Anrainer

Beginn der Rodungsarbeiten im Park

Initiatorin informiert Bezirksvorsteher und Bezirks-ÖVP

Konflikt in Gemeinde, ÖVP erreicht vorläufige Baueinstellung

Kontakte zur Bezirks-ÖVP

Einschaltung von Tageszeitungen, ausführliche Berichterstattung

Start der Unterschriftenaktion,Rundbrief

Mehr als 2000 Briefe unterschrieben zurück

Alternativvorschläge aus Bevölkerung

Unterschriften eingereicht

Bürgerversammlung im Park angesetzt

Stadtrat Schieder kündigt Kompromiß an

Bürgerversammlung abgehalten, Stadtrat Zilk sagt Unterstützung zu

Bezirksvertretung einstimmig gegen den Bau

Gemeinderat zieht Baubewilligung zurück, Ersatzunterkunft in der Bahngasse

Verzögerung bei Spielplatzwiederherstellung

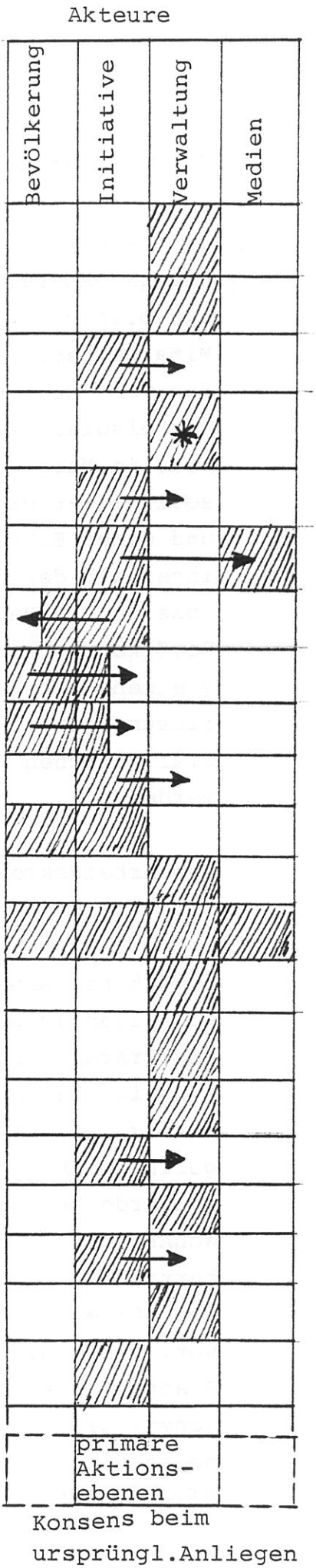
Erneute Intervention bei Politikern

Spielplatz wiederhergestellt

Initiative erarbeitet weitere Vorschläge

Rathaus weist Vorschläge als "unrealistisch" zurück

Initiative beschließt Weiterarbeit



Arbeitskreis "Wohnen in Margareten"

Der Arbeitskreis "Wohnen in Margareten" wurde von der JG 5 (Junge Generation der SPÖ Wien) gegründet und versteht sich als Diskussionsvorschlag kommunalpolitisch interessierter Mitarbeiter, im Sinne einer Fortführung und Konkretisierung der vom "Hugo Breitner-Kreis" erstellten "kommunalen Anstöße" am Beispiel des 5. Bezirkes. Ähnlich wie die Broschüre "Verkehr in Margareten" als Teil des Bezirksentwicklungskonzeptes soll dieser Diskussionsvorschlag einer breiteren Information und einer Erhöhung des Problembewußtseins vorerst vor allem innerhalb der SPÖ-Margareten dienen. Das Ergebnis dieser Diskussion, in Margareten breitgestreut, kann ein Anstoß für die Bevölkerung werden, in ihrem Lebensbereich aktiver mitzuwirken. Vielmehr hat die Arbeit aber zum Ziel, eine wesentliche Orientierungsgrundlage für das kommunalpolitische Handeln der sozialistischen Funktionäre und Mandatare des 5. Bezirkes zu werden.

Der Arbeitskreis geht davon aus, daß Margareten so wie die anderen innerstädtischen Bezirke 3 bis 9 extrem stark bebaute Gebiete aufweist und seit dem 19. Jahrhundert der am dichtesten bevölkerte Arbeiterbezirk Wiens ist. Die Erreichbarkeit der wichtigen größeren Erholungsgebiete (Schönbrunn, Donaukanal und Prater) ist für die Bewohner des 5. Bezirkes extrem ungünstig. Der Anteil an größeren und komfortableren Wohnungen ist im Vergleich mit den innerstädtischen Bezirken 3 bis 9 gering. Gäbe es nicht Gemeindewohnungen entlang des Gürtels, so würde Margareten statistisch mit Abstand die ungünstigste Wohnsituation aller Wiener Bezirke aufweisen. In Margareten herrschen ebenso wie in den Arbeiterwohngebieten außerhalb des Gürtels die Kleinwohnungen mit mangelhafter Ausstattung vor. Diese Gebiete sind die eigentlichen erneuerungsbedürftigen Stadtteile Wiens. In ihnen wohnen vorwiegend die älteren Menschen, die Arbeiter und Ausländer. Diesen Menschen fehlen aber meist die Informationen, wie sie ihre Wohnungen begünstigt gründlich erneuern können.

Das Hauptproblem Margaretens aber ist der Durchzugsverkehr im Zug der breiten Schneisen Gürtel und Wiental. Es besteht hier die Möglichkeit, den Großteil des Durchzugsverkehrs an den Rand des Bezirkes abzuleiten. Dadurch könnte die Wohnumgebung in einigen Gebieten leichter verbessert werden.

Wichtigste Forderung des Arbeitskreises "Wohnen in Margareten" ist die möglichst rasche und genaue Untersuchung des Kernbereiches um die Reinprechtsdorferstraße. Durch umfangreiche entsprechende Erneuerungsmaßnahmen soll einer dort drohenden Slumbildung wirksam entgegen gesteuert werden. Dabei sollen unter größter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und ihrer Einkommensverhältnisse im sozialistischen Sinne Lösungen gesucht und verwirklicht werden. Zusammenfassend lassen sich die wichtigen Forderungen des Arbeitskreises Margareten so zusammenstellen:

1. Maximale Förderung von Wohnungszusammenlegungen im ganzen Bezirk. Die Förderungsmittel sollen allen Bevölkerungsgruppen zur Verfügung gestellt werden, da die zu kleinen Wohnungen Margaretens keine entsprechende Wohnform für jüngere Menschen erlauben.

2. Konzentration der öffentlich geförderten Wohnungsverbesserungsmittel auf Gebiete mit hohem Anteil an Substandardwohnungen und vermehrte, großzügigere Förderung der sozial Schwächeren. Gerade die Information für diese Gruppen fehlt zum Großteil.

3. Mehr Mittelbereitstellung im Gemeindebudget zum Ankauf von dichtbebauten Liegenschaften. Damit soll eine raschere Auflockerung der extrem dicht besiedelten Baublöcke erreicht werden.

4. Umorganisation des städtischen Wohnbestandes am Gürtel mit Rücksicht auf die dort derzeit noch herrschenden Umweltverhältnisse. Zusammenlegung von Wohnungen zu durchgehenden Einheiten mit den Ruheräumen in die meist ruhigen Innenhöfe.

5. Rasche und genauere Untersuchung des Kernbereiches um die Reinprechtsdorferstraße nach den Möglichkeiten des Stadterneuerungsgesetzes. Eventuelle Durchführung einer Stadtteilplanung.

6. Überprüfung und Überarbeitung des Flächenwidmungsplanes im Hinblick auf eine Minderung der möglichen Geschoßanzahl. Aufgrund der geänderten Bautätigkeit ist eine größere Anpassung an den Baubestand in den Ausbauvorschriften anzustreben. Eine realistische Berücksichtigung des Grünflächenbedarfes ist durchzuführen.

Ausführlich beschäftigte sich der Arbeitskreis Margareten in der letzten Zeit auch mit der Situation der im Bezirk wohnenden Ausländer, derzeit rund 52.000, das ist 11 %. Mit diesem Prozentsatz nimmt Margareten den 3. Platz unter den Wiener Bezirken ein. Verstärkt wird das Problem durch die starke Ballung an Ausländern rund um den Einsiedlerplatz. Hier werden die zu kleinen und nicht zeitgemäß ausgestatteten, somit nahezu unvermietbaren Wohnungen vor allem an Ausländer vergeben. Die zweite Ballung von Ausländern befindet sich in den niedrig verbauten Baublöcken gegen den 4. Bezirk zu. Der Arbeitskreis stellt hier eine verstärkte Tendenz zur Ghettobildung fest. Es wird vorgeschlagen, zu prüfen, inwieweit das bestehende Kulturzentrum in der Margaretenstraße hier kooperieren könnte.

Hauptproblem im Bezirk schließlich ist die zunehmende Spekulation mit Altbauten. Paradebeispiel der Spekulationsfälle im 5. Bezirk sind die Aktionen des als "Werkzeug Huber" bekannten Hausbesitzers in der Margaretenstraße und in angrenzenden Seitengassen. Um auf diese Spekulationen aufmerksam zu machen, wurde im Jahr 1982 für die Dauer von einigen Stunden ein Spekulationsobjekt in der Margaretenstraße 88 besetzt. Dabei wird festgestellt, daß das Haus Margaretenstraße 88 kein Einzelbeispiel ist, sondern als stellvertretend für viele Häuser im Bezirk stehen kann. Die Aktion, die auf eine Eindämmung der Spekulation durch legistische Maßnahmen, auf mehr

Mitsprache der Mieter und Zweckbindung der Mieteinnahmen, schließlich auf eine offensivere Wohnhausverbesserungspolitik hinauslaufen sollte, fand beachtliche Reaktion in den Medien.

Im Juni 1983 kam es neuerlich zu einer Demonstration im Zusammenhang mit dem Spekulationsobjekt Margaretenstraße 88. Anlaß für die Kundgebung war eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshof, der dem Hausbesitzer die von ihm - nach tatkräftiger Selbsthilfe durch Aufreißen des Dachstuhls - lang angestrebte "wirtschaftliche Abbruchreife" bescheinigte. Danach hat der Hausbesitzer nun drei Möglichkeiten: Abreißen und Neubau, die Erstattung der Differenz zwischen "wirtschaftlich gerechtfertigter" Instandsetzung und tatsächlichen Kosten durch die Gemeinde (angeblich 9 Mio.) oder den Verkauf des Hauses an die Gemeinde zu einem Preis von angeblich 20 Mio Schilling (1971 hatte er das Haus für eine 1/2 Million Schilling erworben). Auch diese Demonstration war vom Sozialistischen Jugendrat Margareten gemeinsam mit der Jungen Generation der SPÖ organisiert worden.

Initiative "Wohnen in Margareten"

Junge Generation in der SPÖ 5 gründet Arbeitskreis in Fortsetzung des "Hugo Breitner-Kreises"

gezielte Ansprache von Aktivisten vor allem im Parteibereich

Erweiterung des Arbeitskreises

Diskussionsprogramm "Wohnen in Margareten" erarbeitet, Hauptpunkte:
- Wer wohnt in Margareten?
- Ausländer in Margareten
- Wohnqualität
- Wohnungsgrößen
- Spekulationen
- Gemeindeeigentum

Verbreitung des Diskussionsprogramms, Diskussion in Bezirks-SP

Weitergehende Untersuchung von Spekulationsfällen im Bezirk

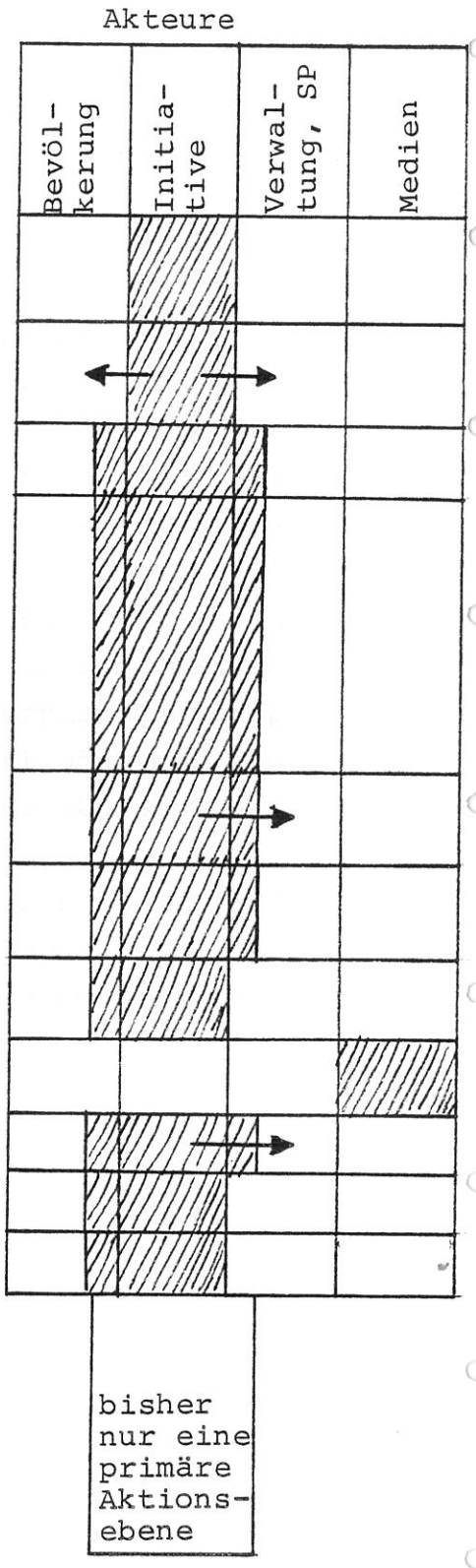
Hausbesetzung Margaretenstraße 88

Breites Echo in den Medien

Diskussionen im Parteibereich

Demonstration vor dem Haus Margaretenstr.88

weitere Aktionen geplant



Initiative Kolonitzplatz

Der Kolonitzplatz mit der kleinen Grünanlage rund um die Kirche stellt im dicht verbauten und extrem umwelt- und verkehrsbelasteten Weißgerberviertel praktisch die einzige Erholungsmöglichkeit dar. Die Anlage ist seit Jahren stark vernachlässigt, Autos verparken die ganze Fläche, und an zwei Seiten beeinträchtigt starker Durchzugsverkehr die Erholungsfunktion. Einer der am stärksten frequentierten Straßenzüge (Gärtnergasse) lag direkt vor einer Volksschule, die dadurch vom Park abgeschnitten war. Verschiedene Vorschläge, seit Jahren erstellt, sahen die Unterbrechung dieser Verkehrsadern, eine Sanierung und Erweiterung der Grünanlage etwa durch Einbeziehung des Radetzkyplatzes auf der anderen Seite des Schnellbahnbogens vor, wurden aber nicht realisiert.

Schließlich schlossen sich mehrere Geschäftsleute am Kolonitzplatz zu einer Initiative zusammen, die sich später auch vereinsrechtlich etablierte. Durch organisierte Parkfeste, Verschönerungsaktionen, Informationsveranstaltungen und Ausstellungen versuchte man, der Initiative eine breitere Basis zu verschaffen. Am erfolgreichsten war ein Wettbewerb, der 18 Entwürfe erbrachte. Der 1. Preis ging an eine Architektengruppe, der 2. an eine "Gruppe Initiative Weißgerberviertel". Die inhaltlich fast identischen Entwürfe sahen alle eine Unterbindung der Schleichwege durch die ruhigen Wohnviertel und eine Erweiterung der Erholungszone zwischen Kolonitzplatz und Radetzkyplatz vor. Vor der Schule sollte eine verkehrsberuhigte Zone mit direkter Verbindung zum Park geschaffen werden. Außerdem waren zusätzlich Parkplätze als Ersatz für die Stellplätze im Park vorgesehen. Ein erster Erfolg für die inzwischen personell verstärkte Initiative war die Zustimmung aller drei Fraktionen im Bezirksrat zu dem vorgelegten Entwurf. Die SPÖ Landstraße übernahm wesentliche Teile davon (Einbahnführungen etc.) in ihr Verkehrskonzept, womit daß vom Rathausexperten Knoflacher

entworfene Konzept praktisch verworfen wurde. Dieses hatte eine Verkehrsbündelung rund um den Kolonitzplatz beinhaltet.

Anliegen des Vereines war es dann, die Umsetzung der Planung zu beschleunigen, selbst aber auch Aktivitäten zu setzen. Erfolgreich war man vor allem bei der Unterbrechung der Verkehrsader Gärtnergasse, sodaß vor der Volksschule tatsächlich ein verkehrsberuhigter Platz geschaffen wurde, der zudem einen direkten Zugang von der Volksschule zum Park gewährleistet. Der Park selber wurde aber bisher nicht saniert, weitergehende Vorschläge, wie die Einbeziehung des Radetzkyplatzes sind derzeit nichteinmal Gegenstand der Planung. Unterstützt wird der Verein vom ÖVP-nahen Landstraßer Kulturverein, der etwa auch ein Fest im Sommer 1980 auf Plakaten ankündigen ließ. Interessant ist, daß gerade das seit Jahren diskutierte und gerade in diesem Bereich krasse Problem der Lärmbelästigung durch die in Hochlage geführte Schnellbahn vom Verein bisher überhaupt nicht aufgegriffen wurde, obwohl zweifellos ein beträchtliches Potential dafür bereit stünde.

Die Kosten für die Aktionen trägt zum Großteil der Verein selbst, zu einem geringeren Teil der Landstraßer Kulturverein.

Initiative Kolonitzplatz

Verkehrskonzept für den 3.Bezirk von Gmeinde ausgearbeitet

Initiative von Geschäftsleuten gegründet

erste Informationsveranstaltungen

Verschönerungsaktion im Park

Wettbewerb für Neugestaltung Weißgärberviertel

2 Projekte ausgezeichnet, Hauptinhalt Verkehrsberuhigung

Ausstellung der Ergebnisse im Park

Breite Diskussion mit Bevölkerung

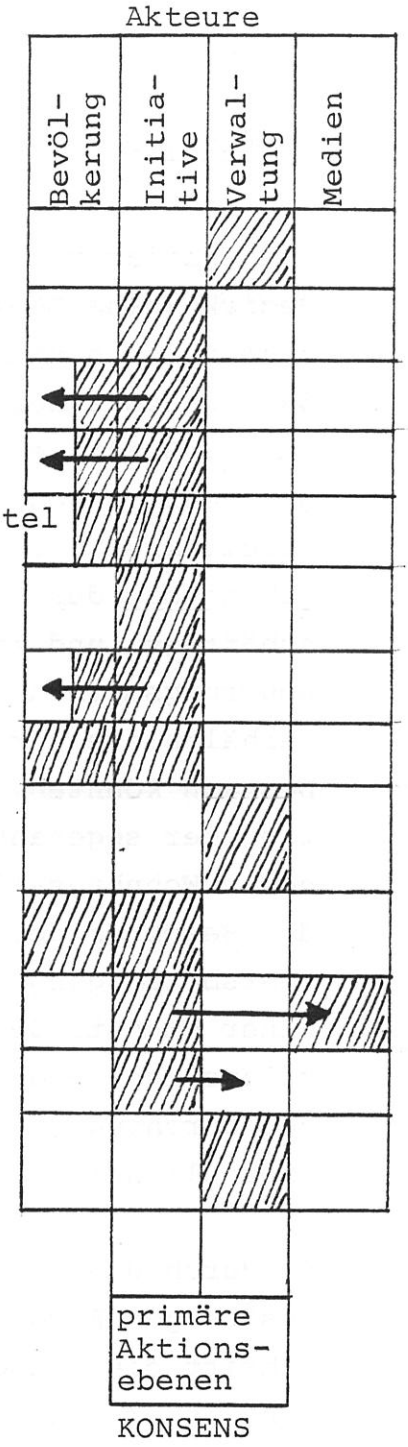
Zustimmung der Bezirksfraktionen zu Verkehrsberuhigung, Verkehrskonzept damit praktisch gefallen

weitere Parkfeste

Medienarbeit (Bezirkszeitungen)

rasche Realisierung gefordert

Gemeinde sperrt Durchzugsroute Gärtnergasse, Parkvergrößerung vor der Schule, weitere Maßnahmen geplant



Initiative Wohnstraße Pantzergasse

Die Initiative für eine Wohnstraße in der Pantzergasse im 19. Bezirk (nahe Döblinger Gürtel) kann nicht als eine Bürgerinitiative im eigentlichen Sinne des Wortes bezeichnet werden, da sie aus einer Arbeitsgruppe der SPÖ-Jugendorganisationen im 19. Bezirk entstand. Diese Initiatve der SPÖ-Jugend wurde schließlich von der Bezirkspartei übernommen. Vor allem der Arbeitskreis Verkehr der SPÖ-Bezirksräte Döbling hat sich eingehend mit der Situation im Wohnviertel "Am Pantzerfeld" beschäftigt, und kam dabei zu dem Ergebnis, daß sowohl Stadterneuerungsmaßnahmen als auch eine Verkehrsberuhigung die Wohnverhältnisse der dort lebenden Bevölkerung entscheidend verbessern könnten. Als erster Schritt dazu wurde die Neugestaltung der sogenannten Zeilinger-Gründe gesehen, wo neben einer neuen Wohnhausanlage der Gemeinde Wien eine Grünanlage für die Bewohner des Pantzerfeldes entsteht. Als Maßnahme der Verkehrsberuhigung stellte der Arbeitskreis Verkehr die Schaffung einer Wohnstraße in der Pantzergasse zur Diskussion. Durch Baumpflanzungen und eine neue Verkehrsorganisation (Unterbindung des Durchzugsverkehrs) sollte der Straßenraum der Pantzergasse freundlicher gestaltet werden.

Da durch diese Maßnahme vor allem die Lebensverhältnisse der ansässigen Bevölkerung verbessert werden sollten, war der erste Schritt die Einbeziehung der Bevölkerung in die Planung durch eine Informations- und Fragebogenaktion. Mittels Fragebögen wurde die prinzipielle Einstellung der Bevölkerung erhoben und in einem Informationsbus, der eine Woche lang in der Pantzergasse stand, konnte jeder Interessierte über das Projekt Informationen einholen und Vorschläge einbringen. Von den 230 Fragebögen, die in den 13 an der Pantzergasse gelegenen Häusern ausgeteilt wurden, kamen mehr als die Hälfte, nämlich 128 zurück. 41 Bögen wurden von Autobesitzern ausgefüllt. 90 % der Befragten waren der Meinung, daß die Straße im allgemeinen und die Pantzergasse im besonderen verschönert werden sollte. 60 % wollten den Durchgangsverkehr aus der Pantzergasse zur Gänze

verbannen - darunter auch die Hälfte aller befragten Autobesitzer. 75 % der befragten Pantzergassen-Bewohner stimmten dafür, die Gasse probeweise zur Wohnstraße zu machen. Da es im Gebiet kein Parkplatzdefizit gibt, konnte eine Konfrontation zwischen Nicht-Autobesitzern (in der überwiegenden Mehrzahl) und Autobesitzern weitgehend verhindert werden. Daneben gab es eine Reihe von Vorschlägen über die Ausgestaltung, welche Bäume und Sträucher verwendet werden sollten und ähnliches mehr. Auf die Frage nach sonstigen Ausgestaltungsmöglichkeiten wurden genannt: Abschirmung der Sommergasse vom Gürtelverkehr, Verlängerung der Wohnstraße bis zur Glatzgasse, Laternen statt der übrigen Straßenbeleuchtung, Straßencafé und Schanigärten, Kinderspielplatz, Rasen, Obstbäume, Rollschuhbahn, Fahrradständer, Tiefgarage, bunte Neugestaltung der Häuserwände, Kletterpflanzen an den Fassaden, keine Parkplatzverschwendung.

Wichtig war die Konkretisierung durch einen durchgeführten Modellversuch. Die in der Fragebogenaktion erhobenen Meinungen und die im Informationsbus ausgestellten Pläne wurden durch diesen Versuch am 25. und 26. September einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Um die Auswirkungen der vorgeschlagenen Lösungsvarianten auf das Straßenbild möglichst wirklichkeitsnahe darstellen zu können, wurde von den Mitarbeitern des Arbeitskreises ein Straßenmodell im Maßstab 1 : 87 hergestellt. Mit Hilfe von austauschbaren, maßstabsgerechten Gestaltungselementen wie Bäumen, Sträuchern, Pflanzenwannen, Bänken usw. konnten die Vorschläge der Bewohner von diesen selbst gebaut und deren Auswirkungen mit den Projektbetreuern diskutiert werden. Die erarbeiteten Ergebnisse wurden teils von Mitarbeitern des Arbeitskreises, teils von den Bewohnern selbst planlich dargestellt. Diese Pläne bilden mit den Fragebogenergebnissen und den Photo- und Videodokumentationen eine Grundlage der weiteren Planungsschritte. Interessant ist die Divergenz zwischen den Planungsvorstellungen vieler Bewohner und denen des Arbeitskreises, die schließlich auch realisiert wurden: Während die Vorstellungen der Planer des Arbeitskreises letztlich nur auf eine Verkehrsberuhigung und eine sehr vor-

sichtige Begrünung des oberen Teiles der Pantzergasse hinausliefen, zeichnen sich die Pläne der Bewohner durch wesentlich mehr Phantasie, freilich auch durch aufwendigere Planungsmaßnahmen aus. Neben einer fast völligen Sperre der Pantgasse selbst für den Zufahrtsverkehr wurden umfangreiche Rasenflächen, Spielplätze, Stadtlandschaften, ja sogar kleine Teiche gefordert. Nur in einem einzigen Punkt wurden diese weitergehenden Vorschläge der Bevölkerung in die Endplanung übernommen. Es handelt sich dabei um eine kleine Grünfläche vor dem Haus Pantzergasse 28, die nach Auskunft der Arbeitskreismitarbeiter nur durch das resolute Einbringen dieses Vorschlages durch eine im Erdgeschoß wohnende Frau ermöglicht wurde. Übereinstimmung zeigen dagegen alle Pläne in der Konzeption einer platzartigen Erweiterung vor der Volksschule.

Eine Fortsetzung fand diese Planungsbeteiligung der Bewohner durch den Modellversuch im Maßstab 1 : 1, der in Form eines "Wohnstraßenprovisoriums" am 3. Oktober durchgeführt wurde. Einen Tag lang wurde dabei die Pantzergasse unter reger Beteiligung der Bewohner als Wohnstraße erprobt. Für den Versuch wurden die erarbeiteten Lösungen mittels provisorischer Fahrbahnmarkierungen, durch Aufstellen von Bäumen und Pflanzenkübeln in der Natur gebaut. Einen Tag lang wurde die Straße ein Raum für alle Bewohner, wobei Autos und Fußgänger gleichberechtigt waren. Bei dieser Wohnstraßenprobe wurden viele Detailvorschläge von den Bewohnern eingebracht, die erst durch das Provisorium bewußt geworden waren. Ein gleichzeitig durchgeführtes Wohnstraßenfest mit Blasmusik, Liedermachern, Kinderspielmöglichkeiten und Schanigärten bei den in der Pantzergasse vorhandenen Lokalen, gab den Bewohnern und Besuchern der Pantzergasse die Möglichkeit, diese tatsächlich in Besitz zu nehmen. Im Mai 1982 erfolgte eine weitere optische Ausgestaltung durch eine umfangreiche Blumenkistchen-Aktion. Außerdem wurde versucht, die Fassade eines Hauses mit Veitschi zu begrünen. Von den Initiatoren des Arbeitskreises Verkehr der Döblinger SPÖ wird diese Aktion als sehr erfolgreich und als ein Musterbeispiel einer sozialistischen Kommunalpolitik bezeichnet. In

einer weiteren Ausbaustufe ab Herbst 1983 soll versucht werden, den zweiten Teil der Pantzergasse zwischen Sommergasse und Glatzgasse als Wohnstraße auszugestalten. Die Verkehrsneuorganisation (Fortsetzung der als Hochleistungsstraße ausgebauten Nordbergstraße durch die verhältnismäßig enge Glatzgasse in Richtung Döblinger Hauptstraße und Billrothstraße) stößt bei den Bewohnern naturgemäß auf Ablehnung.

Wohnstraße Panzergasse: Expost-Beurteilung

Anläßlich einer Begehung durch Projektfremde im Juni 1983 sollte der Versuch gemacht werden, durch eine Art spontaner Beurteilung Stichworte zum momentanen Zustand der Wohnstraße Pantzergasse zu erstellen. Die befragten Personen kannten das Projekt bis dahin nur von Plänen und aus den Selbstdarstellungen des Arbeitskreises. Charakteristisch für die geäußerten Stichworte waren Enttäuschung, grau, kärglich, nur 6 Bäume, nur bei einem Haus Begrünung... Tatsächlich stellt sich die Pantzergasse heute als eine eher auf Begrünung beschränkte Maßnahme dar; ob man das als Wohnstraße bezeichnen kann, war nach Meinung aller befragten Personen eher fraglich. Tatsächlich bietet sich auch kaum eine Möglichkeit, in dieser Straße zu "wohnen". Nur zwei Bänke (und die sind vor der Volksschule) bieten die Möglichkeit eines längeren Aufenthaltes in der Wohnstraße. Da die Straße schnurgerade verläuft, nur an den Enden jeweils ist eine kleine Verschwenkung vorgesehen, wird auch die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbeschränkung auf 10 km/h nach unserer Beobachtung kaum eingehalten. Immerhin ergibt sich im Vergleich mit dem unteren, noch nicht veränderten Teil der Pantzergasse, daß der neue Teil begrünter, also "freundlicher" wirkt. Auch wenn man dies nicht als Wohnstraße etwa im holländischen Sinn bezeichnen kann, könnte damit doch eine gewisse Hebung der Wohnumfeldqualität erreicht worden sein. Interessant ist, daß es im bereits fertiggestellten Teil der Pantzergasse wesentlich mehr Blumenkistchen gibt als im noch nicht veränderten Teil. Dies ließe immerhin die Interpre-

tation zu, daß durch die gezielte Förderung der Partizipation der Bewohner eine erhöhte Indifikation mit der unmittelbaren Wohnumgebung erreicht worden konnte. Trotz der im Vergleich zu den Bewohnerplänen stark reduzierten Ausgestaltung der Pantzergasse wird von nach dem Zufallsprinzip befragten Bewohnern dieser Gasse die Aktion als gemeinschaftlicher Erfolg eingestuft ("Stichwort Hoffnung")...

Initiative Wohnstraße Pantzergasse

Gründung der Projektgruppe durch Mitarbeiter der JG 19

Intensive Grundlagenerhebungen

Information der Bevölkerung durch Flugblätter

Berichte in den Bezirkszeitungen

Verteilung der Fragebögen an Anrainer

Rücklauf und Auswertung der Fragenbögen

Erstellung eines Planungsvorschlages

Informationsbus in der Pantzergasse

neuerliche Presseinformationen

Präsentation eines Simulationsmodells in der Pantzergasse

Intensive Diskussion mit Bevölkerung

Aufzeichnung der Bewohnervorschläge, Plandarstellungen, Fotos, Videoaufnehmen

Pressekonferenz

Wohnstraßenprovisorium in der Pantzergasse aufgrund der Anrainervorschläge

Wohnstraßenfest

erneute Aufarbeitung der Bewohnervorschläge

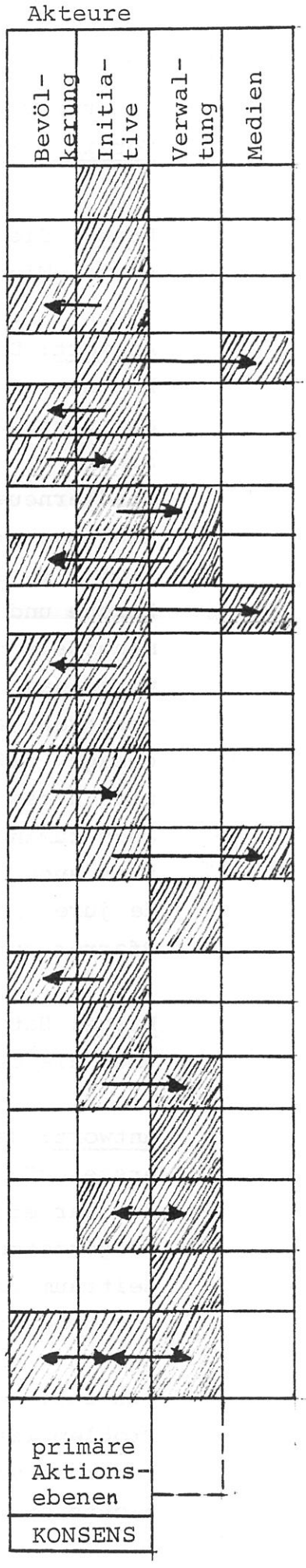
Erstellung eines endgültigen Konzeptes

Antrag der SPÖ 19 9n Bezirksvertretung wird angenommen

Kontakte zu Magistrat, Klärung der technischen Voraussetzungen

schrittweise Realisierung der Wohnstraße

Planung des 2.Wohnstraßenteils in der unteren Pantzergasse, Diskussion um Verkehrsberuhigungsmaßnahmen



Interview mit Pfarrer Dantine,
Verein "Wir tun etwas für Gumpendorf"

Frage: Sie sind Obmann des Vereins "Wir tun etwas für Gumpendorf". Wie kam es zur Gründung dieses Vereins?

Antwort: Das hat etwas mit der Ausweitung des Assanierungsgebietes in Gumpendorf zu tun. Und zwar meinte die damals beauftragte Architektengruppe, daß sie nur in breiter Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung die Assanierung, also Stadterneuerung, durchführen könnte. Die Architekten suchten also nach möglichen Initiativen, Basisinitiativen könnte man sagen, im Gebiet und stießen als eine der Möglichkeiten auf die Kirche und ihre Gemeindefunktion. Wir waren zu dieser Zusammenarbeit bereit. Der erste Erneuerungsplan für das Gebiet wurde dann auch im Evangelischen Pfarrheim in der Gumpendorferstraße ausgestellt und diskutiert. Ich habe aber gleich gesagt, daß ich als Vertreter einer Minderheitskirche im Bezirk diese Initiative nicht allein leiten will, daß ich also auch zumindest die Katholische Kirche dabei haben will. Das trat auch ein, aber eigentlich hat die Katholische Kirche nur de jure mitgetan. Als Proponenten des Vereins sind aber beide Pfarrer aufgetreten.

Frage: Hat sich diese Form der Initiative, also die Initiative über die Gemeindefunktion Ihrer Kirche bewährt?

Antwort: Ja, zuerst ist die Sache sehr gut angekommen. Unsere erste größere Aktion war das Fest in der Mittelgasse, auch das war erfolgreich. Dann sind aber plötzlich Schwierigkeiten aufgetreten, als deren Hauptursache ich den viel zu langen Zeitraum vom Wunsch bis zur Realisierung sehe. Als Folge davon haben fast alle Mitarbeiter den Mut verloren; die Folgerung könnte sein, daß Stadterneuerung über Privatinitiativen beim Wiener Untertanengeist kaum möglich ist. Ein weiteres Problem ist, daß die Leute außerdem nur den individuellen Lebensraum verbessern wollen, darüber hinaus trauen sie sich nichts zu.

Frage: Aber es gab doch Erfolge?

Antwort: Eigentlich gab es kaum sichtbare Teilerfolge. Gerade diese Teilerfolge, also sichtbare Teilerfolge, wären sehr wichtig, damit die Leute wieder Mut fassen. Statt dessen haben sie aber durch die jahrelangen Mißerfolge noch den Rest ihres Mutes verloren.

Frage: Wie sah das mit den politischen Parteien im Bezirk aus?

Antwort: Uns war von Anfang an klar, daß wir uns aus dem Parteienstreit im Bezirk heraushalten mußten. Das Problem war ja, daß die Mehrheitsverhältnisse sehr labil waren. Damals war noch die SPÖ die Bezirkspartei, später hat die ÖVP die Mehrheit im Bezirk bekommen. Verschiedene Konflikte wurden auf dem Rücken der Initiative ausgetragen, das hat uns sehr geschadet. Zum Beispiel gab es auch einen Konflikt zwischen der ÖVP, also der Partei ÖVP und Pro Wien im 6. Bezirk; eine von Pro Wien gestiftete Schaukel für unseren Spielplatz war auch so schlecht, daß sie am ersten Tag gerissen ist. Ich weiß nicht, ob das ein Zufall war. Auf jeden Fall hat das böses Blut erzeugt. Für den Spielplatz in der Stumpergasse, den wir nach langem durchgesetzt haben, wurde von der Gemeinde dann ein Kiesbelag vorgesehen, der zu Verletzungen führte und außerdem ein Hundeklo ist. Ein neuer Belag dauerte Monate, das hat die Leute wieder abgeschreckt. Für diesen Spielplatz hat unser Verein mit der Gemeinde einen Präkariumsvertrag und mußte eine Versicherung abschließen, von der eigentlich niemand weiß, wofür. Ich komme also wieder dazu, daß das Hauptproblem diese irrsinnigen Durststrecken sind, die kaum durchzuhalten sind. Ein weiteres Problem ist sicher, daß in solchen Initiativen hauptsächlich solche Leute aktiv werden, die schon in anderen Sachen engagiert sind. Das ist auch ein persönliches Zeitproblem. Ich kann mich doch nicht zwischen Chilefront, Vietnam-Gesellschaft und Stadterneuerung völlig aufsplittern. Das hat aber auch die anderen Aktivisten betroffen.

Frage: Sie haben zuerst die Mittelgasse erwähnt. Können Sie darüber etwas Genaueres sagen?

Antwort: Es ging um das Projekt einer Spielstraße in der Mittelgasse, genauer gesagt um den Teil der Mittelgasse zwischen Stumpergasse und Garbergasse. Nach einem anfänglichen Erfolg war da ein schwerer Rückschlag. Zuerst haben wir diese Spielstraße nur für das Wochenende geplant, was ja auch sinnvoll war, weil unter der Woche ohnehin diese Straße niemand benützt hätte. Nach langem Kampf wurden die Tafeln Ende Juni von der Gemeinde aufgestellt, EndeJuni, da waren die meisten Leute mit Kindern gar nicht mehr da. Ein weiteres Problem war, und ich glaube, daß das nicht unabsichtlich passiert ist, daß das Parkverbot am Sonntag bis 22 Uhr ausgedehnt wurde, was völlig unsinnig war, die Autobesitzer dagegen aber sehr aufbrachte. Das war ein Kuckucksei der Verwaltung. Ein weiteres Problem waren die Konflikte mit den Gastarbeitern. Im ehemaligen Postgebäude hat die Baufirma Kallinger Jugoslawen einquartiert, das verursachte ungeheure Probleme, vor allem mit den Bewohnern der Erdgeschoßwohnungen an der Mittelgasse. Die Jugoslawen haben die Spielstraße völlig in Besitz genommen. Das Ende der Sache kam dann in Form einer ganz eigenartigen Gegeninitiative, die eine dort wohnhafte Dame, die also auch im Erdgeschoß wohnt, gestartet hat. Jetzt schieben sich Magistrat und Bezirksvertretung gegenseitig die Schuld zu. Dabei hat niemand das Hauptproblem gesehen. Die Initiatorin stammt nämlich aus einer durchaus bürgerlichen Familie, die durfte selbst nie auf der Straße spielen und wohnt im Erdgeschoß neben dem Spielplatz. Sozial gehört die doch eigentlich in den dritten Stock! Das heißt, bei Bürgerinitiativen werden die alten Klassenfragen ganz einfach deutlich. Das ist wirklich ganz einfach und deutlich, da stehen wir an. Und ausgerechnet ein evangelischer Pfarrer muß dem zuständigen Stadtrat, das war damals der Hofmann, erklären, daß Stadterneuerung auch eine Klassenfrage ist. Wenn man das nicht erkennt, wird man überhaupt nichts erreichen.

Frage: Die Spielstraße war also damit wieder vom Tisch?

Antwort: Ja, die wurde völlig vom Tisch gewischt. Im neuen Bezirksentwicklungskonzept ist meines Wissens nach auch keine einzige Spielstraße oder Wohnstraße geplant. Das war für uns natürlich ein Tiefschlag. Ein neues Problem ist dann mit der Bürgerspitalgasse 1 aufgetaucht, ein Problem, das mit den Mitteln der Stadterneuerung im Moment überhaupt nicht zu lösen ist. Es ist nämlich so, daß dieses Haus schlicht und einfach nicht erhalten werden kann, daher ist es auch ein schwerer Fehler, gerade dieses Haus als Beispiel für Stadterneuerung zu diskutieren. Aber im Grunde genommen steckt ja die gesamte Stadtentwicklung im Bezirk in einer Sackgasse. Und ein Grund dafür dürfte doch sein, daß es überhaupt keine Form der Sozialarbeit hier gibt. Wie notwendig diese Sozialarbeit aber wäre, sehe gerade ich in meiner Funktion als Pfarrer im Bezirk.

Frage: Gab es nicht einen Ansatz von Sozialarbeit im Rahmen der Stadterneuerung gerade in Gumpendorf?

Antwort: Ja, eine Gruppe für Gemeinwesenarbeit unter Leitung von Herbert Berger hat sich für das Gebiet interessiert. Die wollten Konfliktstrategien entwickeln, z.B. zur Frage der Betreuung von Ausländerkindern in dem Park, wo es regelmäßig zu Reibereien kommt. Im Falle der Mittelgasse hätte das das Projekt möglicherweise retten können. Die Gemeinde war aber angeblich von Anfang an völlig ablehnend gegenüber diesem Projekt. Man hat gesagt, das dient nur dazu, die Leute "krank" zu jammern, daher hat man quasi als Zugeständnis eine Sozialarbeiterin vom Magistrat in das Gebiet geschickt, das war eine reine Alibihandlung. Die ist nach kürzester Zeit ersatzlos wieder abgezogen worden. Das war das Ende der Sozialarbeit. Ähnlich war ja auch die Taktik mit der Gebietsbetreuung, die 1 1/2 Jahre einfach zugesperrt wurde, dann kam ein völlig neues Team, das angeblich besser ist, aber jetzt natürlich auf Mißtrauen bei der Bevölkerung stoßt. Also so wird man das Desinteresse der Bevölkerung ganz sicher nicht beseitigen können.

Frage: Können Sie etwas zur Charakteristik des Gebietes selber sagen?

Antwort: Also ich würde sagen, Gumpendorf ist an sich sehr problematisch. Sie müssen sich einmal vor Augen halten, daß innerhalb weniger Jahre fast 45 % der Bevölkerung abgewandert sind, und 18 % wieder zugewandert. Dadurch ist eine fast totale Sozialumschichtung gegeben worden.

Frage: Ist Stadterneuerung in einem bürgerlichen Bezirk möglicherweise schwieriger als in einem Arbeiterbezirk?

Antwort: Ich würde nicht sagen, daß Gumperdorf noch ein typisch bürgerlicher Bezirk ist. Wie gesagt, es gab eine fast totale soziale Umschichtung. Was wir heute hier haben, ist ein typischer Mischbezirk, wie ich es nennen würde. Und Mischbezirke sind auch nach internationalen Erfahrungen besonders schwierig zu motivieren, weil es ja keine gemeinsamen Anliegen gibt. Ich würde überhaupt meinen, daß das eine Frage der Erwachsenenbildung ist. Nur so, also durch eine gezielte Erwachsenenbildung, könnte man Aktivität erzeugen. Aber Erwachsenenbildung ist ja doch heute de facto inexistent: Ein rein politisches bzw. gesellschaftspolitisches Phänomen, das sich halt auch auf die Stadterneuerung auswirkt. Das größte Problem hier sind natürlich die Neueingesiedelten, die sind völlig desintegrierbar, da sie schlicht und einfach andere Probleme haben. Sie sind mit ihrer neuen Wohnsituation, in neuen Genossenschafts- oder Eigentumshäusern, restlos zufrieden. Was die noch wollen, ist eine relativ gute Infrastruktur und natürlich den Parkplatz vor dem Haus.

Frage: Wie ist die Haltung der Verwaltung zu Ihrem Verein?

Antwort: Generell kann man der Verwaltung keine Böswilligkeit gegen unseren Verein unterstellen, wohl aber einen gravierenden Informationsmangel. Ich glaube, es ist wirklich das Hauptproblem, daß keiner der Beteiligten am Stadterneuerungsprozeß

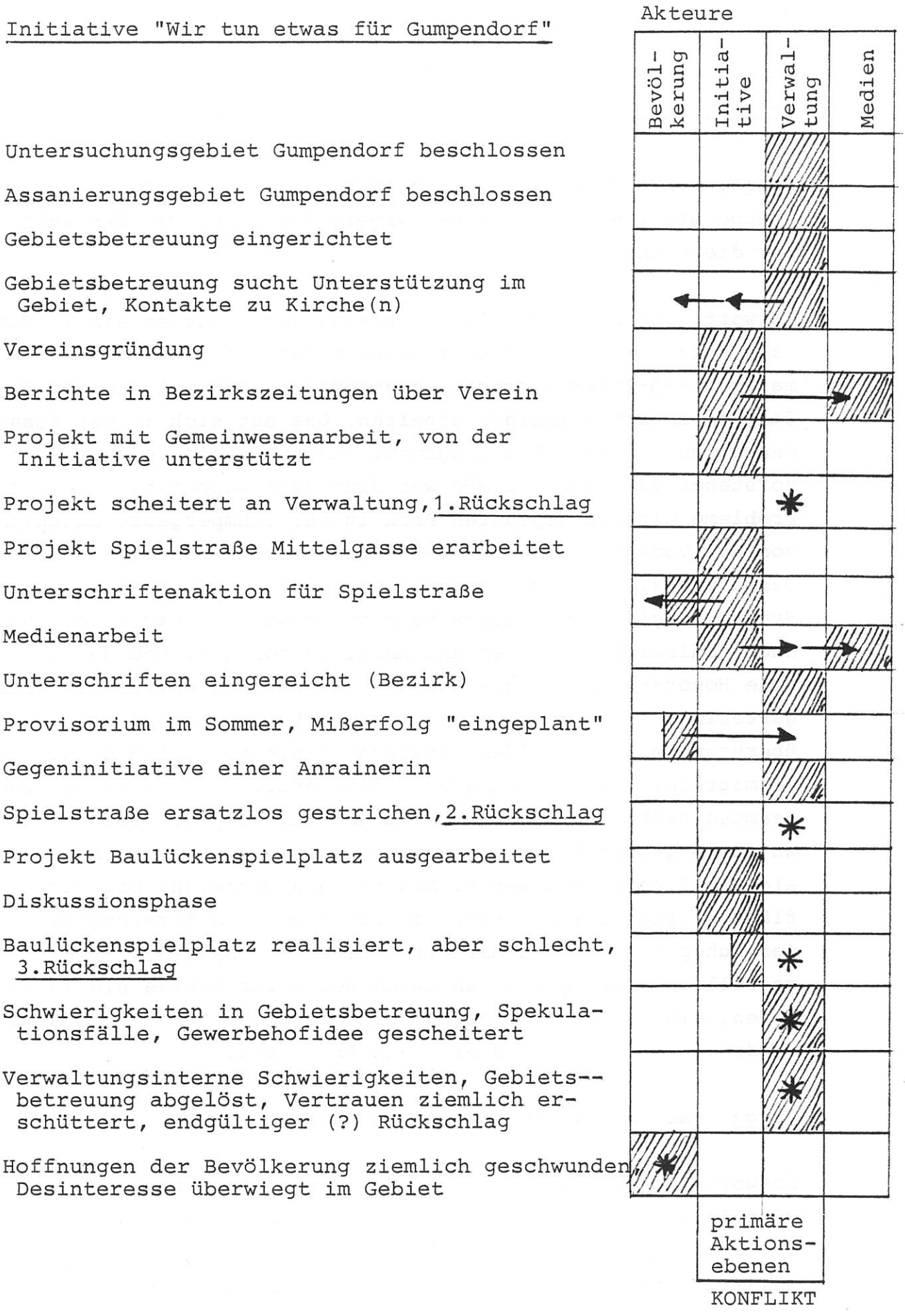
überhaupt ausreichend informiert ist. Zum Beispiel wollten sich die Architekten der Gebietsbetreuung gegenüber der Gemeinde abschirmen, daß ihnen die also weniger dreinredet, schlossen aber dadurch de facto auch die Bürgerinitiative aus. Während sich die Gemeinde also die Information relativ schnell beschaffen konnte, ist die Basisinitiative vom Bewußtseinsbildungsprozeß in der Stadterneuerung unbewußt, aber bleibend ausgeschlossen worden. Nun wäre es gerade wichtig, den Informationsmangel auf seiten der Bewohner zu beseitigen. Die Wohnstraßen sind ja da ein typisches Beispiel: Sie fürchten alle, daß sie die Parkplätze verlieren, was ja gar nicht stimmen muß. Für Initiativen gibt es überhaupt Fallen: Die erste, würde ich sagen, ist die fehlende Regelmäßigkeit der Arbeit. Daher kam mir auch der Versuch, die Kirche als quasi konstanten Faktor einer Gemeinwesenarbeit zu gewinnen. Eine zweite Falle ist natürlich der Verlust des Interesses bei persönlicher Befriedigung der Betroffenen, was gerade in einem Mischbezirk mit so unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung und so unterschiedlicher Motivation der Betroffenen gravierend ist. Das dritte ist eben dann die soziale Zusammensetzung und das vierte, und das ist mir am wichtigsten, würde ich subsumieren unter dem Stichwort "Hoffnung". Das ist wirklich am wichtigsten, denn in der Praxis ist ja jedes Latrinengerücht glaubhafter als der Versuch, Möglichkeiten wahrzunehmen. Und da sind wir halt wieder beim österreichischen Untertanengeist.

Frage: Gab oder gibt es einen Zusammenarbeit zwischen Ihrem Verein und anderen Initiativen im Bezirk?

Antwort: Grundsätzlich ist festzuhalten, daß wir uns aus stragmatischen Gründen auf Gumpendorf konzentriert haben. Das heißt, daß wir nicht Initiativen im ganzen Bezirk betreuen oder pflegen wollen. Das schließt zum Beispiel eine aktive Teilnahme an der Initiative für die Denzelgründe aus. Mit dem Verein Mariahilf gab es eine lose Zusammenarbeit. Eine andere Sache war mit der Sonnenuhrgasse, hier gleich gegenüber. Dort hat es eine Initiative gegeben, die eine Wohnstraße wollte. Der

Bezirksvorsteher-Stellvertreter hat das sogleich auf seine Fahnen geheftet, aber was dagegen stand, war die Gewerbestruktur. Die haben dann, also die Initiative, ein Wohnstraßenfest organisiert. Die Organisation war ein bißchen spontimäßig, sehr nett, vor allem beim Fest, aber doch problematisch: Da hat ein Cellist stundenlang drei Töne gespielt, das hat die Leute halt nur zum Teil angesprochen. Außerdem ist das Problem, daß der in der Fortsetzung der Wohnstraße geplante Durchgang durch das Endhaus dieser Sackgasse bisher an Einspruch der Bewohner dort gescheitert ist, was ich auch verstehen kann. Die würden den Rest ihrer Ruhe verlieren. Hier muß man auf eine endgültige Lösung des Fußgängerverkehrs im Bezirk warten. Und dann gab es noch die Idee mit dem Gewerbehof, die die angesprochenen Probleme mit der Gewerbestruktur, zum Beispiel auch in der Sonnenuhrgasse, beseitigen könnte. Die Grundidee dabei war, das Gewerbe im Gebiet erhalten zu können, ohne zusätzliche Umweltbelastung. Aber die Realisierung ist scheinbar zu teuer. Auch hier ist die Situation also sehr ernüchternd. Überhaupt ist die Dominanz des Gewerbes im Bezirk für die Bewohner ein Problem. Zum Beispiel die geplante Sperre der Mariahilferstraße. Damit würde die Gumpendorferstraße den gesamten Durchzugsverkehr im Bezirk aufnehmen. Und eben diese Gumpendorferstraße hat aufgrund ihres mehrfach gebogenen Verlaufs überhaupt keine Durchlüftung und daher nach objektiven Messungen zeitweise die schlechtesten Luftwerte von ganz Wien. Also so ist die Situation. Nicht sehr erfreulich.

Initiative "Wir tun etwas für Gumpendorf"



Interview mit Dimitriou Manikas, Architekt,
Verein "Maria-Hilf"

Frage: Euer Verein versteht sich als interdisziplinäre Arbeitsgruppe mit einem sehr weiten Arbeitsfeld. Was war der Anlaß für die Gründung?

Antwort: Wir haben den Arbeitskreis, jetzt ist es ein Verein, 1977 nach einem eher frustrierenden Informationsabend der damaligen SPÖ-Bezirksvertretung gegründet. Wir wollten von Anfang an interdisziplinär arbeiten. Das hat sich in der Zusammensetzung unserer Arbeitsgruppe niedergeschlagen. Der Bezirksvorsteher Jank von der SPÖ war dann sehr kooperativ, weil er Probleme mit dem geplanten Park in der Stumpergasse hatte und von uns Vorschläge wollte. Der Arbeitskreis hat dann mehrere Gestaltungsvorschläge gemacht, wobei für uns vor allem die Stadtökologie und Verkehrsabschirmung wichtig waren. Wir haben auch zahlreiche Bewohner und Anrainer befragt. Und das alles ohne Honorar. Allerdings war die Magistratsabteilung 42 (Stadtgartenamt) nicht kooperativ. Der Oberbaurat Thaler hat uns überhaupt nicht geholfen. Stadtrat Schieder wollte damals vermitteln, konnte sich aber offensichtlich gegen seine eigenen Beamten nicht durchsetzen. Beim letzten Gespräch ist es dann zu einem großen Skandal gekommen, die MA 42 hat einfach ihren eigenen Plan durchgesetzt. Das ist ein Wahnsinn: Die Hartflächen sind viel zu groß, es gibt kaum eine Bereichetrennung, der Ruheplatz wurde unmittelbar neben den Ballspielplatz gestellt. Außerdem hat man keine Hecke zur Straße hin vorgesehen, ein Wahnsinn bei einem Kinderspielplatz. Erst später wurde dort um viel Geld ein Zaun errichtet.

Frage: Gab es weitere Konfliktpunkte?

Antwort: Der nächste große Konflikt war die Wohnstraße in der Mittelgasse. Da ist einfach zweimal abgestimmt worden, von 50 Leuten waren 49 dafür, daher wurde die Wohnstraße probeweise an Wochenenden eingerichtet. Stadtrat Hofmann hat

das sehr unterstützt. Aber wann hat man das eingerichtet? Ausgerechnet Ende Juni, zur ungünstigsten Zeit, wo die Familien mit Kindern auf Urlaub sind. Dann plötzlich, während die meisten Leute weg waren, mitten im Sommer, wurde eine neue Diskussion angesetzt. Angeblich hat eine Dame 80 Unterschriften gegen die Wohnstraße vorgelegt, die hat aber nie jemand gesehen. Das Ergebnis: Die Wohnstraße wurde wieder abgeschafft und scheint im neuen Wohnstraßenkonzept von Hofmann nicht auf. Dahinter stecken vermutlich auch politische Intrigen. Zum Beispiel eine Intrige der Bezirks-SPÖ gegen den neuen ÖVP-Bezirksvorsteher, der ja auch völlig ungeeignet ist.

Frage: Es gibt von Euch auch eine Planung für den Loquai-Platz.

Antwort: Der Loquai-Platz wird nach dem Bau des Pensionistenheimes umgebaut, das steht schon fest. Wir wollten hier verhindern, daß es ähnlich wie beim Park in der Stumpergasse zu einer teuren und schlechten Fehlplanung kommt. Wir haben dann von der Frau Vizebürgermeister Sandner, die auch Bezirksmandatarin ist, Subventionen für die Planung bekommen. Nur war es eben so, daß der Bau des Altersheimes nicht mehr zu verhindern war, und das neben einer Schule! Unser Vorschlag, die Bereiche wenigstens im Park einigermaßen zu trennen, ist im wesentlichen auch genehmigt worden. Die Realisierung läßt aber warten. Der Bezirksvorsteher hat dann auch die Anrainer zu einer Diskussion eingeladen, parallel dazu hat unser Arbeitskreis Plakate aufgehängt. Aber es ist halt wieder so, daß alles an der MA 42 liegt, die bis jetzt keinen Plan vorgelegt hat. An eine Realisierung ist also kaum vor 2 Jahren zu denken.

Frage: Du hast die Plakate im Zusammenhang mit dem Loquai-Platz erwähnt. Es gab ja noch eine andere ähnliche Aktion?

Antwort: Ja, Du meinst unsere Ausstellung "Was ist los in Maria-Hilf" ? Das ist eine Plakatausstellung mit dem Untertitel "Kultur und Umwelt , Dokumentation einer Veränderung".

Diese Ausstellung wurde in Form von Plakaten an 22 öffentlichen Werbeflächen im 6. Bezirk einen Monat lang im Herbst 1982 präsentiert. Außerdem gab es dazu einen großen Katalog. Wir haben vom Kulturamt, vom Stadtrat Zilk, 200.000 Schilling als Subvention bekommen. Davon mußten wir aber die teuren Plakatflächen mieten, außerdem wurde dadurch auch die Vereinsgründung notwendig, weil die Subvention nur an einen Verein gegeben werden konnte. Immerhin haben wir damit das erste Mal in Wien den Versuch einer ganz breiten öffentlichen Ausstellung, eben auf Plakatflächen unternommen. Das Echo war sehr positiv.

Frage: Habt Ihr da auch positive Anregungen gemacht?

Antwort: Das Schwergewicht lag schon, wie der Untertitel ja sagt, auf der Dokumentation einer Veränderung des Bezirks. Wenn Du durch den Bezirk gehst, weißt Du, was ich meine. Diese zahlreichen völlig gesichtslosen Neubauten, die das Aussehen des Bezirks in den letzten Jahren brutal, und wie ich meine, negativ verändert haben. Gleichzeitig sind völlig neue Leute, die am Bezirk selber überhaupt nicht interessiert sind, zugezogen. Also das war das Schwergewicht der Dokumentation. Daneben haben wir aber schon auch positive Anregungen gemacht, wie vor allem unsere alte Forderung, in allen Baulücken provisorische Spielplätze einzurichten. Wenn man provisorische Parkplätze machen kann, kann man doch auch Spielplätze machen.

Frage: Da ist halt immer das Problem mit den Parkplätzen.

Antwort: Ja, aber das Parkplatzdefizit im Bezirk von ca. 4.000 Stellplätzen ist ohnehin mit solchen Mitteln nicht lösbar. Daher meinen wir, daß Spielplätze Vorrang haben sollten. Eine andere Forderung unseres Vereins ist, ab sofort alle neuen Projekte im Bezirk öffentlich auszustellen. Wir haben insofern Hoffnung, als sich der heutige Bezirksvorsteher-Stellvertreter Werner Jank heute sehr zugänglich zeigt.

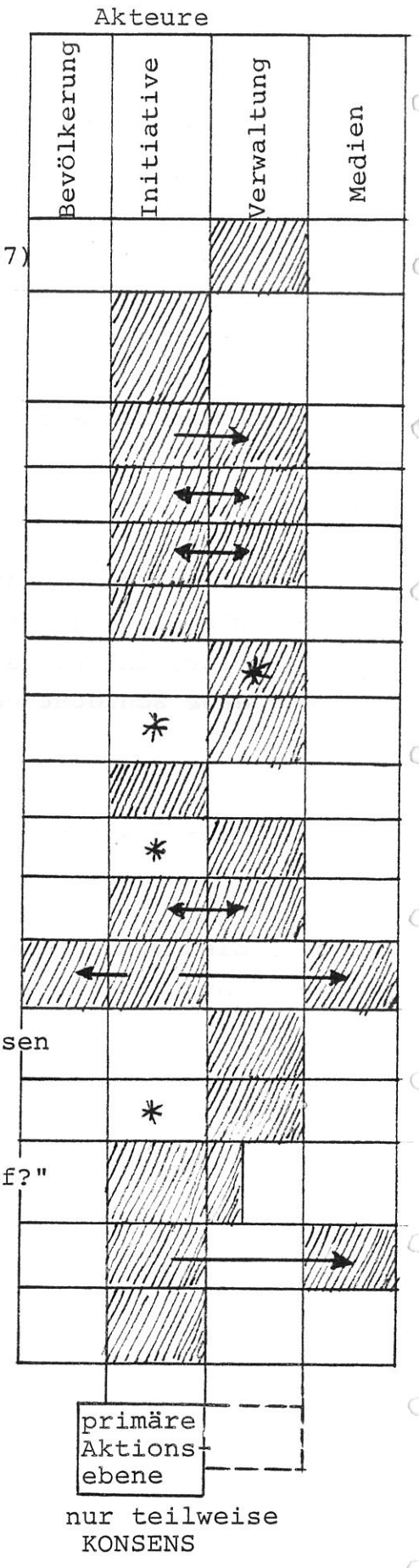
Frage: Habt Ihr mit anderen Initiativen im Bezirk zusammengearbeitet?

Antwort: Ja, es gab eine Zusammenarbeit zum Beispiel mit Architekt Lindner, der "Kling-Klang"-Gruppe, die das Fest im Esterhazypark mit der Erstbesteigung des Flakturms gemacht hat. Dann natürlich mit der Initiative des Baulückenfestes Wallgasse, die ja auch von der Video-Gruppe Amerlinghaus festgehalten wurde. Außerdem eine große U-Bahn-Diskussion. Mit dem Verein der Kaufleute der Mariahilferstraße haben wir bisher keine Kontakte gehabt, auch keine negativen. Mit dem Verein "Wir tun etwas für Gumpendorf" gab es lose Kontakte. Es hat aber da von einigen Leuten den Verdacht gegeben, daß es sich bei diesem Verein um eine Alibifunktion auf Initiative der MA 21 handeln könnte. Man hat von denen halt nicht viel gehört. Die einzige Aktivität, die die gesetzt haben, war der Spielplatz in der Baulücke Ecke Stumpergasse - Millergasse, eine eher schlecht geplante Sache.

Frage: Eine letzte Frage zum Stadterneuerungsgebiet. Gibt es hier regelmäßige Kontakte zur Gebietsbetreuung?

Antwort: Man muß sich einmal vor Augen halten, daß dieses Gebiet vom Bezirk schon 1974 beantragt wurde. Das Problem hat dann gleich begonnen, als die Bausperre erst 1 1/2 Jahre später verhängt wurde, daher zahlreiche Abrisse durch die Kallinger-eigene Stadterneuerungsgesellschaft ermöglicht wurden. Außerdem glauben wir, daß es zahlreiche "Gefälligkeitswidmungen" gibt. Das Ergebnis schaut halt so aus: Nach 8 Jahren gibt es kaum einen Erfolg, die Bevölkerung ist völlig desinteressiert. In unserem Haus zum Beispiel, ein Gemeindebau, sind 90 % SPÖ-Mitglieder, davon sagen 60 % ganz offen, daß sie nicht mehr wählen gehen. Die haben einfach genug von dieser Art von Politik.

Initiative "Maria-Hilf"



Informationsabend des Bezirksvorstehers (1977)

einige Bezirksbewohner fühlen sich von Bezirksplanung frustriert, Gründung einer Experteninitiative

Gespräche mit Bezirksvorsteher

Kooperationsüberlegungen

Bezirksvorsteher will Plan für Park in der Stumpergasse

Plan erarbeitet

Konflikt mit MA 42, die sich durchsetzt

Plan der MA 42 realisiert, 1.Rückschlag

Untersuchung von Spekulationsfällen

Baulückenspielplätze vorgeschlagen, abgelehnt, 2.Rückschlag

Planung Loquai-Platz im Auftrag Sandners

Bewohnerpartizipation, Echo in den Medien, eigene Plakate

Plan der Initiative im wesentlichen beschlossen

Planrealisierung bis jetzt verzögert, Frustration in der Initiative

Plakatausstellung "Was geschieht in Mariahilf?" Subvention Kulturamt

Breites Echo in den Medien

neue Projekte, aber keine KOntakte zum neuen Bezirksvorsteher

nur teilweise KONSENS

Interview mit N.N.,
Verein "Interessengemeinschaft Himmelpfortgrund"

Frage: Es gibt seit einigen Jahren das Stadterneuerungsgebiet Himmelpfortgrund. In welchem Zusammenhang damit steht die Interessengemeinschaft?

Antwort: Unsere Idee damals war, daß Stadterneuerung nicht nur von oben dekretiert werden sollte, sondern auch "von unten" kommen sollte. Wir wollten also bestimmte Maßnahmen von der Bevölkerung aus initiieren. Außerdem zeigte sich damals schon, daß das Stadterneuerungsgebiet Himmelpfortgrund aus mehreren Gründen, auf die ich dann noch zurückkommen will, ungünstig war. Es gab mehrere Versuche einer Mobilisierung. Zuerst sollte durch bestimmte Sofortmaßnahmen ein Interesse an der Stadterneuerung geweckt werden. Aber das war ein eindeutiges Fiasko. Im Prinzip ist nichts passiert außer der Pflanzung von 20 Bäumen, die die SEG pflanzte, weil sie sich dadurch gewisse Vorteile im weiteren Verfahren erhoffte. Das kostete sie rund 120.000 Schilling. Der zweite Versuch einer Mobilisierung war die Interessengemeinschaft Währinger Gürtel, die von SP-Kreisen im Bezirk ausging und die Bevölkerung animieren sollte, aber auf ein totales Desinteresse stieß. Und schließlich hat der Verein Interessengemeinschaft Himmelpfortgrund ein ganz ähnliches Ende genommen.

Frage: Wieso dieses Desinteresse?

Antwort: Man muß einmal davon ausgehen, daß die Wohnsubstanz im Gebiet überhaupt nicht schlecht ist, das werden Dir die Gebietsbetreuer ja bestätigt haben. Andererseits gibt es eklatante Probleme mit dem Verkehr, vor allem mit dem Gürtel und mit diversen Schleichwegen durch das Gebiet. Die Gürtelproblematik ist im Moment überhaupt nicht zu lösen, wenn man davon absieht, daß ein Haus zu einem Puff wurde, aber das kann ja auch keine Allgemeinlösung sein. Immerhin könnte man aber den

Durchzugsverkehr durch eine Sperre des Sobieski-Platzes unterbinden, wie das schon vor Jahren vorgeschlagen wurde. Aber auch daraus ist nichts geworden, bis jetzt jedenfalls. Ich vermute, daß dies eher von den Technokraten in der Magistratsabteilung 46 (Verkehr) hintertrieben wird. Um schließlich überhaupt etwas im Gebiet zu machen, setzten die Architekten selbst einen Baum vor der Gebietsbetreuung, was einen Riesenwirbel im Magistrat bewirkte. Das Gebiet ist auch deshalb ungünstig, weil es außer dem Fehlen aller klassischen Stadterneuerungsmerkmale auch noch eine relativ ungünstige Sozialstruktur hat. Es wohnen dort hauptsächlich Mittelschichten, viele Ärzte, viele ausländische Ärzte vor allem, die das zum Teil nur als Zweitwohnung benützen. Daher sind sie an einer Verbesserung der Wohnumfeldsituation auch gar nicht sehr interessiert.

Frage: Warum ist dieses Gebiet dann zum Stadterneuerungsgebiet gewählt worden?

Antwort: Das hat damals eher politische Gründe gehabt, bezirkspolitische Gründe. Die Alternative wäre die Rossau gewesen, das hätte sicher mehr Interesse geweckt.

Frage: Gab es überhaupt keine Reaktionen von seiten der Bevölkerung?

Antwort: Nein, und wenn, dann nur negative. Zum Beispiel im Falle des Verkehrsberuhigungsprojektes in der Galileigasse. Dort gibt es eine Schule, kaum Wohnhäuser. Aber es kam gleich zu einer Konfrontation mit einigen Anrainern. Ein Hafnermeister in der Sechsschimmelgasse startete eine Unterschriftenaktion. Dann machte auch noch ein Taxler einen Wirbel in der SPÖ-Sektion, da er einige Abstellplätze vor seinem Haus verloren hätte. Man muß dabei bedenken, daß das Parkproblem im Gebiet tatsächlich gravierend ist. Es wird noch verstärkt durch die Volksoper, die seit Jahren eine eigene Garage bekommen soll. Man findet also auch abends kaum einen Parkplatz.

Frage: Wie ging es dann weiter?

Antwort: Nach dem jämmerlichen Ende der zwei SP- internen Versuche, also der Interessengemeinschaft Währinger Gürtel und der Interessengemeinschaft Himmelpfortgrund, mußten wir uns entschließen, die Stadterneuerungsmaßnahmen im Gebiet doch ausschließlich über die offizielle Gebietsbetreuung laufen zu lassen. Das passiert jetzt auch, mit welchen Schwierigkeiten, können Euch die Gebietsbetreuer ja praktisch erzählen.

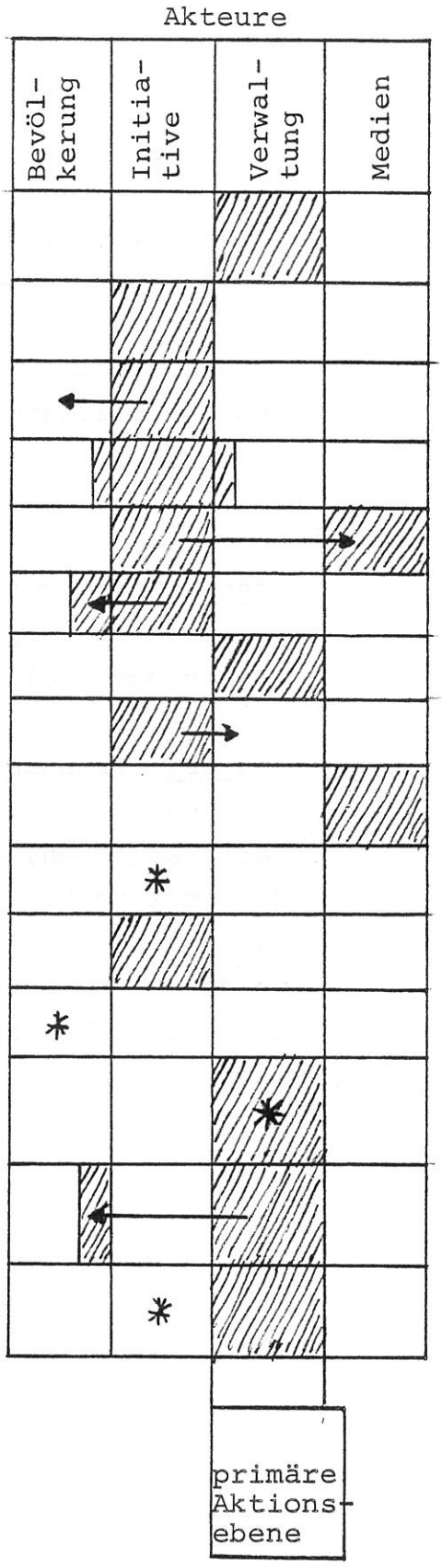
Frage: Noch etwas zur Gebietsbetreuung. Erscheint es Dir grundsätzlich besser, die Gebietsbetreuung den Architekten zu überlassen oder sollen damit Bauunternehmen befaßt werden?

Antwort: Grundsätzlich glaube ich, daß die Betreuung von Ziviltechnikern mit der Stadterneuerung besser ist als die von Bauunternehmen, da bei den Beauftragten kein unmittelbarer Baudruck vorhanden ist. Andererseits hängen Ziviltechniker, und das zeigt sich ja deutlich am Himmelpfortgrund, völlig in der Luft, während zum Beispiel die Urban-Bau bessere Möglichkeiten bei eventuellen konkreten Maßnahmen hat. Das Problem selbst stellt sich eigentlich anders: Es ist nämlich nach wie vor das Hauptproblem, wie man die Spekulation ausschalten kann.

Frage: Welche Änderungen müßten innerhalb der Verwaltung stattfinden?

Antwort: Da bin ich sehr pessimistisch. Im Prinzip wäre eine Dezentralisierung der Verwaltung dringend notwendig, eine Änderung der Verwaltungsstruktur generell erscheint mir aber kurzfristig völlig unrealistisch. Man muß eine andere Strategie suchen: Man muß für die Stadterneuerung Nischen finden, die von der bestehenden Verwaltungsstruktur noch nicht besetzt sind. Die Erstellung neuer Strukturen ist leichter als die Änderung der alten, das ist meine Erfahrung mit der Wiener Verwaltung.

Initiative Himmelpfortgrund



erste Überlegungen um ein Stadterneuerungs-gebiet im 9.Bezirk, Himmelpfortgrund aus-gewählt

Gründung der Interessengemeinschaft Himmel-pfortgrund

erste Aussendung des Vereins an Bewohner

weitere Mitarbeiter (SP-nahe)

erste Medienkontakte (Bezirkszeitungen)

Kontakte zur WUK-Initiative

Gemeinde richtet Gebietsbetreuung ein

Verein trifft sich regelmäßig in der Gebietsbetreuung

ausführliche Berichte über das neue Stadterneuerunggebiet in den Medien

Stagnationsphase

2.Versuch: "Interessensgemeinschaft Währinger Gürtel"

Desinteresse bei angesprochner Bevölkerung

Gebietsbetreuung setzt erste, eher symboli-sche Aktionen (Baumpflanzungen führen zu Krach in der Gemeinde)

Verkehrsberuhigungsprojekte der Gebiets-betreuung, Kontakte zu Bevölkerung

Initiative löst sich de facto auf, Aktionen verlagern scih endgültig auf Ebene der Ge-bietsbetreuung

Interview mit Frau Elisabeth Groier,
Initiative Pfann'sches Bad, Wilhelmsdorf, Meidling

Frage: Frau Groier, Sie haben eine Initiative für einen neuen Park in Wilhelmsdorf auf dem Areal des ehemaligen Pfann'schen Bades gestartet. Wie entstand diese Initiative?

Antwort: Eigentlich entstand diese Initiative im Zusammenhang mit der Verkündung des Assanierungsgebietes in Wilhelmsdorf. Es gab eine Aussendung der zuständigen Magistratsabteilung, einen Fragebogen, und außerdem wurde ein Info-Bus im Gebiet aufgestellt. Das Pfann'sche Bad wurde 2 Jahre vorher gesprengt. Ich war schon lange mit der Situation im Gebiet unzufrieden, vor allem mit der schrecklichen Verkehrssituation, den Automassen rund um den Meidlinger Park. Außerdem gibt es zahlreiche häßliche Neubauten, die das Gebiet verschandeln. Dagegen gibt es kaum Grünanlagen im Gebiet. Daher nahm ich an, daß ein breites Interesse an der Erhaltung der Grünanlagen und der Öffnung der Grünanlagen auf dem Gebiet des Pfann'schen Bades bestehen müßte. Ich selber bin ja davon nur mittelbar betroffen, weil meine Kinder schon größer sind, die gehen sowieso auf den Fußballplatz. Außerdem sehe ich nicht direkt auf den Grund.

Frage: War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bekannt, daß dieser Grund verbaut werden sollte?

Antwort: Ja, ich habe davon gehört. Aber das war alles nicht so sicher. Sicher ist nur eines: Im März 1979 erfolgte der Beschluß über das Assanierungsgebiet. Am 16. Juli dieses Jahres kaufte die Urban-Bau diesen Grund, der als Baugrund gewidmet war. Und im Herbst 79 wurde die Gebietsbetreuung eingerichtet, mit der ebenfalls die Urban-Bau betreut wurde.

Frage: Wie begann die Initiative?

Antwort: Ich sammelte im Frühjahr 1980 Unterschriften, zunächst im Haus und dann bei Bekannten im Gebiet. Außerdem legte ich

die Listen in verschiedenen Geschäften auf. Nachdem sich einige andere Leute für die Initiative interessiert hatten, wanderten wir in den Häusern der Umgebung von Tür zu Tür. Sehr viele Leute waren daran interessiert und haben unterschrieben. Aber schon damals mußten wir bemerken, daß die selben Leute nicht zu einer aktiven Teilnahme bereit waren. Gleichzeitig reichte die Urban-Bau die Pläne für eine völlige Verbauung dieses Gebietes ein. Das Ergebnis war ein erster Skandal in der Gebietsbetreuung, die - obwohl von der Urban-Bau eingerichtet - selbst von diesen Plänen gar nichts wußte.

Frage: Wie war die Stellung zu den politischen Kräften im Bezirk?

Antwort: Ja, wir haben damals bereits insgesamt 2.300 Unterschriften gesammelt. Wir hatten ja auch einen eigenen Stand am Meidlinger Markt. Also bemühten wir uns um einen Termin beim Bezirksvorsteher, leider lange erfolglos. Als wir die Listen eingereicht hatten, wurden wir zum Bezirksvorsteher eingeladen, seine Reaktion war wörtlich: "Da können's sammeln soviel's wollen, wenn wir was anderes planen, nützt das gar nichts." Die Stellung zu den politischen Parteien im Bezirk war von Anfang an sehr zwiespältig. Ein großes Problem dabei war, daß die ÖVP im Bezirk von Anfang an versuchte, unsere Initiative für sich zu vereinnahmen. Die ÖVP hatte nämlich ein Jahr vorher im Bezirk den Antrag auf Begrünung dieses Geländes gestellt. Dann wurde unsere Initiative unter anderem im Meidlinger Bezirksjournal als "schwarz" diffamiert. Es war auch weiterhin sehr schwer, sich von der ÖVP fernzuhalten, zum Beispiel mußten wir die Initiative von "Pro Wien" zwingen, ein unserem Flugblatt sehr ähnlich gehaltenes Flugblatt zurückzuziehen, das sonst sicher mit der Initiative in Zusammenhang gebracht worden wäre. Pro Wien hat aber weiterhin versucht, das Signet, das wir für unsere Initiative erfunden hatten, auch zu verwenden. Ein anderer Konflikt ergab sich, als sich Leute von Pro Wien am Meidlinger Markt genau neben unseren Stand gestellt haben, sodaß für Außenstehende eine

Abgrenzung nicht mehr möglich war. Wir mußten die praktisch zwingen, sich woanders hinzustellen. Im September 1980 hatten wir eine ergebnislose Vorsprache im Rathaus. Einen Monat später schaltete sich in Meidling auch noch die FPÖ ein, was weitere Unannehmlichkeiten im Bezirk bewirkte. Im Oktober '80 konstituierte sich die Initiative, die inzwischen über 5.000 Unterschriften gesammelt hatte, als Verein.

Frage: Und wie war die Stellung zur SPÖ?

Antwort: Die SPÖ diffamierte uns zuerst als schwarze Initiative, die von der ÖVP, die im Bezirk in der Minderheit ist, gestartet wurde. Als das nicht mehr zog, begann der Bezirksvorsteher mit einer eigenartigen Verwirrungstaktik. Zuerst wurde begonnen, im SPÖ-Bereich Unterschriften für ein Pensionistenheim zu sammeln, das ausgerechnet auf diesem Grund entstehen sollte, obwohl schon ein anderes Heim im Bezirk am Marschallplatz im Bau war. Dann plötzlich brauchte man dort kein Pensionistenheim mehr, aber dafür einen zusätzlichen Kindergarten, für den kein anderes Grundstück im Umkreis zu finden war, obwohl im Flächenwidmungsplan (das erfuhr man erst später) ein anderes Grundstück dafür gewidmet war. Jetzt plötzlich behauptet man, dieses andere Grundstück sei zu klein. Nach einigen heftigen Diskussionen in der Bezirksvertretung nahm die SPÖ vom Bau eines Pensionistenheimes Abstand, wollte dafür aber jetzt einen Altenstützpunkt mit Sozialeinrichtungen auf dem Gelände.

Frage: War das für die Initiative nicht schwierig? Schließlich sind ein Kindergarten und ein Altenstützpunkt mit Sozialeinrichtungen auch wichtige Einrichtungen im Bezirk?

Antwort: Ja, nur sehen wir nicht unbedingt ein, daß diese Einrichtungen ausgerechnet auf dem letzten begrünbaren Grundstück im Bezirk entstehen sollten, obwohl es zahlreiche Baulücken gibt, die sich für kleinere Projekte wie einen Sozialstützpunkt durchaus eignen würden. Die Verwirrung wurde schließlich durch

die ÖVP noch gesteigert, die plötzlich auf die Idee kam, den Kindergarten, eventuell auch den Altenstützpunkt in den "grünen Türmen" in der unteren Meidlinger Hauptstraße unterzubringen. Dadurch wurde eine totale Politisierung der ganzen Sache erreicht, und natürlich eine weitere Diffamierung des Vereins als ÖVP-nahe, weil (auch das erfuhr man leider erst später) die "grünen Türme" einer ÖVP-nahen Genossenschaft gehören, die die Geschäftslokale dort seit Jahren nicht anbringt. Außerdem waren die von der ÖVP vorgeschlagenen Lokale tatsächlich ungeeignet, zu klein und zu finster. Die ÖVP bestritt das und wollte ein Gutachten vorlegen, das zeigen sollte, daß die Räume dafür durchaus geeignet waren. Das Gutachten kam aber nie.

Frage: Wie verhielt sich die von der Urban-Bau eingerichtete Gebietsbetreuung in dieser Situation?

Antwort: Man muß sich zunächst vor Augen halten, daß 1980/81 die Situation in dieser Sache bereits so verfahren und so polisiert war, daß ein vernünftiges Gespräch aller Beteiligten kaum mehr möglich schien. Wir wollten immer eine Vorsprache bei Stadtrat Wurzer, der hat uns aber nie empfangen. In dieser Situation haben die Gebietsbetreuer einen Kompromißvorschlag ausgearbeitet, der für alle Seiten annehmbar erschien: Verbauung des Geländes auf 1/3 des Grundstücks mit einem Kindergarten und Sozialeinrichtungen, der Rest als Park. Das stieß auch bei der Sozialbau auf Zustimmung, die das Grundstück dann gegen ein anderes tauschte, seither wird der Park schrittweise realisiert.

Frage: Wurden die Initiatoren bei der endgültigen Ausgestaltung miteinbezogen?

Antwort: Ja, die endgültige Gestaltung wurde mit den Initiatoren und allen Interessierten im Bezirk in der Gebietsbetreuung festgelegt. Alle Anrainer wurden mit einem Flugblatt zu einer Ausstellung in der Gebietsbetreuung eingeladen, bei

der sie zu den vorgelegten Plänen Stellung nehmen konnten. Mein Mann z.B. wollte eine Linde im Park, das wurde uns auch bewilligt, es werden jetzt fast nur Linden gepflanzt. Hier kam es also zu einer zufriedenstellenden Mitarbeit.

Frage: Werden Sie sich auch bei der Betreuung des Parks beteiligen, so ähnlich, wie das von der grünen Insel Ottakring vorgesehen war?

Antwort: Also, das kann ich mir so eigentlich nicht vorstellen. Es würde mich schon interessieren, aber so, wie die Initiative gelaufen ist, das heißt, daß praktisch alles an mir und zwei oder drei anderen Leuten gelegen ist, so könnte das nicht ewig weitergehen. Ich weiß nicht, wie das in Ottakring ist. Aber hier in einer typischen Arbeitergegend ist es sehr schwer, Leute zu einer Teilnahme an einer Initiative zu motivieren, obwohl die Leute im Prinzip alle auf unserer Seite waren.

Frage: Aus welchen Schichten kamen denn dann eigentlich die Initiatoren?

Antwort: Eigentlich alle aus der Mittelschicht, die in diesem Gebiet in der Minderheit ist. Aus allen großen Gemeindebauten, die teilweise direkte Sicht auf den geplanten Park haben, hatten wir keine einzige aktive Teilnahme. Ein Glück für uns war, daß sich einige Studenten, die halt mehr Zeit haben, für die Sache interessiert haben.

Frage: Wie stellt sich die Sache im nachhinein dar?

Antwort: Für uns ist es natürlich ein Erfolg. Aber es ist ärgerlich, daß man für so eine Sache soviel Zeit vertun muß. Noch ärgerlicher ist, daß jetzt alle Gruppen versuchen, diese Lösung als ihren eigenen Erfolg hinzustellen. Vor allem der Bezirksvorsteher, der zuerst so dagegen war, und die Bezirks-SPÖ brachten das ganz massiv in den Wahlkampf, in den ORF und die Medien ein. Auch die ÖVP stellt alles nur als ihren eigenen

Erfolg dar; was mich besonders geärgert hat, ist aber, daß sie im Wahlkampf plötzlich die Fronten gewechselt hat und die Einigung zwischen der Initiative und der Gemeinde hat als "faulen Kompromiß" bezeichnet hat, obwohl der Kompromiß eigentlich ihren eigenen Vorstellungen entspricht.

Frage: Gab es Unterstützung durch die Medien?

Antwort: Im allgemeinen kann man sagen, daß die Medien sehr wenig daran interessiert waren, da die Sache halt zuwenig spektakulär ist. Außerdem liefen gleichzeitig Initiativen wie der Flötzersteig und Steinhofgründe, so etwas erregt eben mehr Aufsehen. Ansprechbar war für uns zunächst nur das Bezirksjournal, das aber dann eher auf eine Diffamierungskampagne der Initiative überging. Auch alle anderen Medien versuchten eher eine parteipolitische Vereinnahmung. Auf die Medien war also wenig Verlaß.

Frage: Wie sah die Beteiligung aus?

Antwort: Wie gesagt, die aktive Beteiligung war gering. Trotz über 5.000 Unterschriften waren maximal 12 Leute wirklich aktiv. Das heißt diese 12 Leute sammelten die Unterschriften, organisierten den Informationsstand am Markt, bemühten sich um Politikergespräche und Medienkontakte. Von diesen Aktivisten sind dann im Laufe der Zeit, vor allem durch die Politisierung der Sache, auch noch einige abgebröckelt. Von den Arbeitern, wie gesagt, war kaum eine Unterstützung zu bekommen, obwohl sie ja von den Gemeindebauten direkt auf diesen Baugrund sehen. Ich verstehe aber, daß man als Ganztagsbeschäftigter eigentlich so eine Initiative gar nicht wirklich unterstützen kann. Denn nach meiner Erfahrung ist das schon fast ein Ganztagsjob, so eine Initiative zu führen.

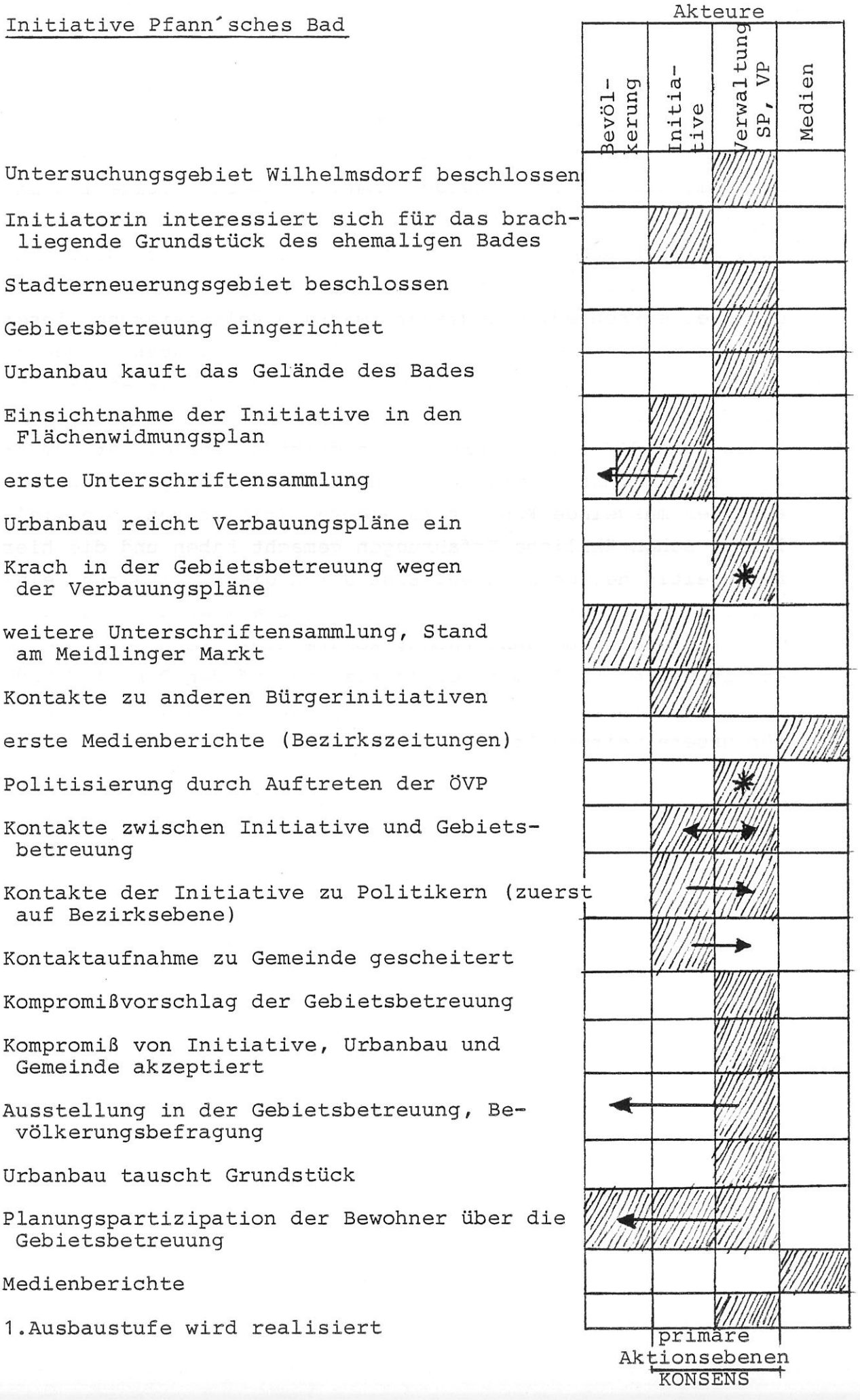
Frage: Was sind die Hauptproblempunkte bei dieser Initiative gewesen?

Antwort: Es gibt im Prinzip drei Probleme. Erstens wird von der Verwaltung alles auf die lange Bank geschoben. Niemand ist zuständig, man wird außerdem als Untertan behandelt, der sich eigentlich zuviel herausnimmt. Für Berufstätige ist Engagement sehr schwierig, weil zahlreiche Termine nur untertags möglich sind. Daher bröckeln viele wieder ab, weil ihnen das ganze zu blöd ist und diesen Aufwand gar nicht wert ist. Das zweite Problem, wie gesagt, war die Politisierung dieser Initiative. Das heißt, zumindest die ÖVP, wie später auch andere Parteien haben versucht, uns politisch zu vereinnahmen. Die Folge war, daß wir von der jeweils anderen politischen Seite dann diffamiert wurden. Ein drittes Problem war zumindest anfangs unser völliger Mangel an Erfahrung, das heißt auch der mangelnde Kontakt zu anderen Initiativen, die vielleicht schon ähnliche Erfahrungen gemacht haben und die hier rechtzeitig helfen konnten. Erst durch die Einschaltung einiger Studenten, die auch in anderen Initiativen tätig sind oder Leute dort gekannt haben, konnte diese Verbindung hergestellt werden, z.B. mit der Initiative auf den Denzel-Gründen. Diese Erfahrungen, dieser Erfahrungsaustauch war sehr wichtig für unsere weitere Arbeit.

Frage: Eine letzte Frage. Würden Sie sich in einer ähnlichen Situation wieder so engagieren?

Antwort: Also, das ist eine schwierige Frage. An sich halte ich es immer noch für notwendig, sich in solchen Situationen zu engagieren. Ich würde es daher wahrscheinlich wieder tun, allerdings unter einer Voraussetzung. Nämlich nur dann, wenn ich von Anfang an eine Gruppe von engagierten Leuten zusammenbekommen könnte, die das übernimmt. Es geht ja nicht, daß man jedesmal zwei oder drei Jahre fast komplett nur für eine solche Sache verwendet.

Initiative Pfann´sches Bad



Interview mit Helmut Hempel, Architekt,
Initiative Hamerlingplatz

Frage: Du warst an der Initiative Hamerlingplatz im 8. Bezirk beteiligt, obwohl Du dort gar nicht wohnst. Wie kam das?

Antwort: Das war eine Initiative der Malerin Elfriede Keller, die am Hamerlingplatz wohnt. Sie hatte den Plan des Stadtgartenamtes für die Neugestaltung des Hamerlingplatzes nach dem Bau der Tiefgarage auf einem Flugplatz von "Pro Wien" gesehen. Da sie damit in keiner Weise einverstanden war, begann sie, regelmäßige Treffen von Interessierten in ihrer Wohnung zu organisieren. Außerdem kontaktierte sie mehrere andere Leute, darunter einige Architekten, z.B. Gustl Fröhlich und mich. Sie wußte, daß ich mich für Grünplanung interessierte. Später, als mehr Leute an der Initiative teilnahmen, trafen wir uns regelmäßig im Hamerlinghaus, sodaß diese Treffen auch für andere zugänglich waren. Gleichzeitig bemühte sich Keller um Kontakte zum Bezirksvorsteher, der meinte, wir sollten einen Gegenvorschlag ausarbeiten. Das war der Grund, weshalb Architekten integriert wurden, aber wir sahen den Alternativplan eher als weitrangig.

Frage: Warum zweitrangig?

Antwort: Nicht, daß der Alternativplan völlig unwichtig war. Aber wir glaubten, und das stellte sich eigentlich als richtig heraus, daß Agitation, daß die Gründung einer Bürgerinitiative wichtiger war.

Frage: Und habt Ihr den Alternativplan dann gemacht?

Antwort: Ja, aber es gab lange Diskussionen um diesen Plan. Das hängt schließlich auch mit dem Rollenverständnis der Architekten zusammen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Architekten in der Bürgerinitiative oft viel zu realistisch waren, das heißt, sie sind von Anfang an skeptisch in bezug

auf Utopien und deren Durchsetzbarkeit. Es ist typisch, daß es ein Soziologe war, der die Erweiterung des Parkes bei der Tankstelle zeichnete, während die Architekten die vorgegebenen Rahmenbedingungen von vornherein als unveränderbar hinnahmen.

Frage: Wie war die politische Situation im Bezirk?

Antwort: Da hatten wir Glück. Als wir mit dem Alternativplan in die Bezirksvertretung gingen, zirka 20 Leute, die das Projekt in einer Bezirksvertretungssitzung vorstellen sollten, da stießen wir im Prinzip nur auf Zustimmung. Es war einfach so, daß keine der politischen Parteien im Bezirk sich gegen diese schon relativ starke Initiative stellen wollte, in einem Bezirk, der zu den grünflächenärmsten in Wien gehört. Anders war die Situation mit der Gemeindeverwaltung. Wir suchten von Anfang an auch das Gespräch mit dem Stadtgartenamt, das allerdings lange Zeit nicht wußte, ob es uns überhaupt empfangen sollte. Und als sie uns empfangen haben, wußten sie wieder nicht, was sie mit uns und unserem Plan anfangen sollten. So etwas sind die einfach nicht gewöhnt. Wir führten dann auch ein Gespräch mit Schieder, das etwas erfolgreicher war.

Frage: Wie beurteilst Du Dein Engagement im nachhinein?

Antwort: Im Grunde genommen ist eine Bürgerinitiative ein irrsinniger Kräfteverschleiß. Der Hamerlingpark hat uns ein Jahr totales Engagement gekostet, man muß dabei dauernd aufpassen, daß einem die Sache nicht aus den Händen rutscht. Gerade für mich als Architekt war die Sache aber auch ein Lernprozeß. Architekten denken ja in Rastern, und dann kommt plötzlich eine Bürgerinitiative, die sagt, wir wollen absolut keine gerade Linie im Park. Da muß man umdenken.

Frage: Hat sich die Alternativplanung, die von wenigen Abstrichen abgesehen ja realisiert wurde, im nachhinein bewährt?

Antwort: Im Grunde genommen kann man glaube ich sagen, daß sich die Sache bewährt hat. Natürlich gibt es immer einige Leute,

die sich über etwas ärgern, z.B. über die vielen ausländischen Kinder im Park. Aber auch über das Pflaster, wo man mit den Absätzen hängenbleibt. Trotzdem kann man glaube ich sagen, daß im Park sehr viel los ist, mehr als anderswo und mehr als vor dem Umbau. Ein gewisses Problem ist noch der Kinderspielplatz, den wir nicht asphaltiert haben, und bei dem manchmal das Wasser stehenbleibt, sodaß es gatschig ist. Den Kindern scheint das zu gefallen, den Eltern weniger.

Frage: Wieviele Leuten waren in der Initiative wirklich aktiv?

Antwort: In der Gruppe waren zirka 20 Leute wirklich aktiv, viele Leute haben uns aber durch Unterschriften oder ideell unterstützt. Es hat sich im übrigen gezeigt, daß immer dann etwas passiert, wenn ein Mitglied der Bürgerinitiative selbst initiativ wurde. Zum Beispiel hat ein Zahnarzt dort als Anrainer Einspruch gegen die geplante Garagelüftung erhoben, diesem Einspruch wurde stattgegeben, sodaß sich das Projekt in wesentlichen Ansätzen verbessert hat. Bei der Agitation muß hervorgestrichen werden, daß wir auch hier die Unterstützung beider Großparteien hatten, vor allem wurden vom Anfang an die Junge Generation und Pro Wien miteinbezogen. Das war sehr erfolgreich. Beide Gruppen organisierten Gespräche in ihren Parteien, sodaß bei den politischen Parteien eigentlich soetwas wie eine Flucht nach vorne einsetzte. Ein Parkfest wurde auch im ORF gezeigt. Wenn also eine generelle Erfahrung gemacht wurde, dann die, daß man von Anfang an versuchen muß, das Gespräch zu allen politischen Parteien im Bezirk zu suchen, sodaß eine Vereinnahmung durch eine Partei im Kampf gegen eine andere gar nicht erst möglich wird. Man muß aber einschränken, daß die Initiative von der Bevölkerungsstruktur sicher nicht typisch für ganz Wien ist, da es sich im Prinzip um ein bürgerliches Wohnquartier handelt.

Frage: Hast Du an anderen Initiativen ähnlicher Art teilgenommen?

Antwort: Ja, an einer, der Mieterinitiative am Rennbahnweg im 22. Bezirk. Die unterscheidet sich kraß vom Hamerlingplatz. Sowohl bevölkerungspolitisch, also sozial, als auch vom baulichen Standpunkt. Trotzdem konnte ich gewisse Erfahrungen mit Mobilisierungsstrategien vom Hamerlingplatz auch dort einbringen.

Initiative Hamerlingpark

Planung für Tiefgarage und Neugestaltung Hamerlingpark (Stadtgartenamt) zunächst ohne Information der Bevölkerung

Pläne auf Flugblättern im Bezirk verbreitet (u.a. von pro-wien)

Initiatorin organisiert erstes Treffen in ihrer Wohnung

Gründung der Initiative

Unterschriftenaktion, Medienarbeit

weitere Mitarbeiter, auch außenstehende Experten

Alternativplanung durch die Initiative

Kontakte der Initiative zum Stadtgartenamt

Kontakte der Initiative zu Bezirkspolitikern (v.a.Jugendgruppen der Parteien)

Konflikt Bezirksvertretung-Stadtgartenamt

Gespräche mit Stadtrat Schieder

Anrainer erhebt Einspruch gegen geplante Garagenlüftung

Einigung der Bezirksparteien über die Alternativplanung, Diskussion mit den Anrainern

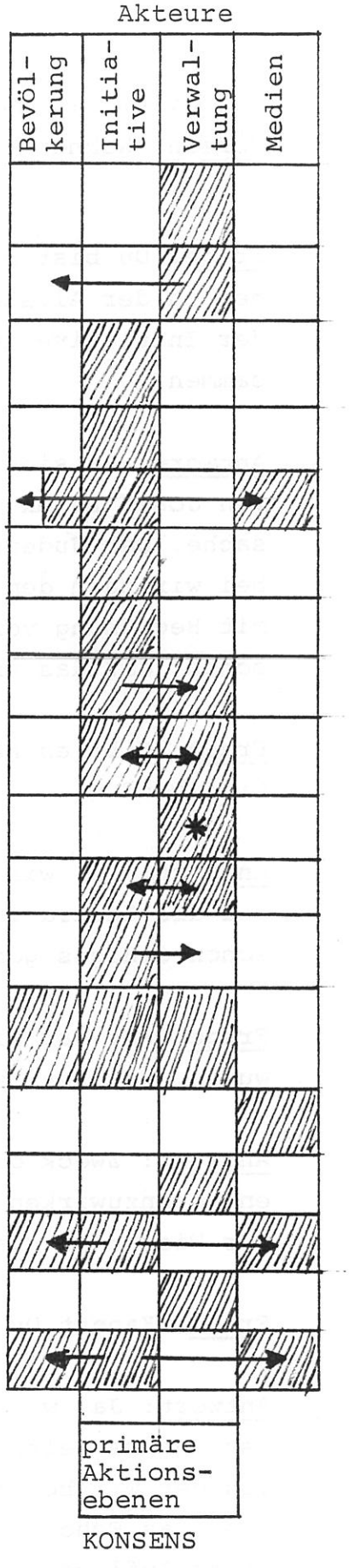
Berichte in div. Zeitungen

Beginn der Bauarbeiten für die Garage

Baugrubenfest (auch im ORF gesendet)

Realisierung des Parks

Parkfest nach Fertigstellung



Interview mit Roswitha Dvorsky vom
Verein "Wohnen in der Altstadt" (WIDA)

Frage: Du bist mit einigen anderen Aktivisten im Verein "Wohnen in der Altstadt" tätig. Inwieweit hängt dieser Verein mit der Initiative im Zusammenhang mit den Judenplatzhäusern zusammen?

Antwort: An sich ist der Verein "Wohnen in der Altstadt", der von Josef Bucek gegründet wurde, unabhängig von der Judenplatzsache. Der Judenplatz diente uns aber als erstes Projekt, wobei wir nach dem Abriß des Hintertraktes eine Hoflösung mit Begrünung vorschlagen wollten. Wir wußten damals aber schon, daß das unter den gegebenen Umständen utopisch war.

Frage: Gibt es noch Zusammenarbeit mit anderen ähnlichen Initiativen?

Antwort: Ja, wir werden vor allem durch den Verein Mölkerstiege und die Initiative "Innenring" unterstützt. Das hat uns auch schon einiges geholfen.

Frage: Was war eigentlich die Idee, als der Verein gegründet wurde, welchen Zweck verfolgt Ihr?

Antwort: Zweck des Vereins ist es, der Verödung der Altstadt entgegenzuwirken und Interessenten für eine Wiederbelebung der Wiener Altstadt zu mobilisieren.

Frage: Kannst Du einiges zur Arbeit Eures Vereins sagen?

Antwort: Ja, wir arbeiten vor allem auf zwei Wegen. Das erste ist unsere Zeitschrift "Wohnen in der Altstadt" oder "WIDA", von der wir bereits drei oder vier Nummern herausgegeben haben. Das Echo auf die Nummer 1 war damals sehr gut. Die 700 Stück Auflage war im Nu vergriffen. Daher haben wir bei der

Nummer 2 schon 1500 Stück gedruckt. Außerdem sind nach dem Verkauf der ersten Auflage zahlreiche Spenden eingelaufen, und wir hatten ein relativ gutes Echo in den Medien. Mehrere Tageszeitungen, darunter der Kurier und die Presse, haben ausführlich darüber berichtet. Unsere zweite Arbeitsmethode sind Informationsveranstaltungen für alle Interessierten. Eine dieser Informationsveranstaltungen wurde im Amerlinghaus unter dem Titel "10 Jahre Instandbesetzung" veranstaltet. Ein anderer Informationsabend, ebenfalls im Amerlinghaus, wurde gemeinsam mit dem Verein für "Kritische Publizistik" abgehalten. Dabei wurde auch eine graphische Darstellung über den Medienverlauf im Falle Judenplatz (vor allem nach den Klagen Kallingers gegen kritische Journalisten) vorgestellt. Angeblich soll ja die Judenplatzgeschichte jetzt auch von offizieller Seite "aufgearbeitet" werden. Wir sind da ein bißchen skeptisch.

Frage: Wenn wir jetzt schon bei der Judenplatz-Geschichte sind, kann Du vielleicht etwas über den jetzigen Status dieser Häuser sagen?

Antwort: Ja, im Grunde genommen ist die ganze Geschichte in unserer Broschüre bzw. in der Publikation des Vereins ganz gut dargestellt. Die jetzige Lösung sieht ja so aus, daß nach dem Kompromiß, der vor allem durch Stadtrat Zilk zustandegekommen ist, ein für die verbliebenen Mieter tragbarer Zustand herausgekommen ist. Insgesamt gibt es im Haus noch 7 Mieter inkl. dem Kaffeehaus. Dieser Kompromiß wurde durch die Androhung eines "Interessensbescheids" (das heißt der Abriß ist im öffentlichen Interesse, da angeblich der Verwaltungsgerichtshof einzieht, praktisch erzwungen. Inzwischen schaut es ja so aus, daß der Verwaltungsgerichtshof scheinbar nicht mehr am Büroneubau im Hof interessiert ist. Der Neubau wurde trotzdem bewilligt und ist bereits im Bau. Die Einigung auf eine gegenüber den früheren Vorstellungen sehr stark reduzierte freie Mietzinsvereinbarung ist für die Mieter, die die Nerven haben, lange genug auszuhalten, nicht schlecht, aber man muß

natürlich auch sehen, daß jede gesellschaftspolitische Zielsetzung damit endgültig vergeben wurde.

Frage: Glaubst Du, daß das rechtliche Instrumentarium ausreichend wäre, um solche Fälle zu verhindern?

Antwort: Ja, ich glaube, daß das rechtliche Instrumentatium durchaus ausreichen würde. Man müßte sich nur einmal entschließen dazu, es auch wirklich konsequent anzuwenden. Das heißt vor allem: Man müßte Präzedenzfälle schaffen, da bis jetzt in Wien ja kein einziger § 8 wirklich durchgesetzt wurde. Die Mietervereinigung hat hier auch völlig versagt. Zum Beispiel hat sie uns völlig falsche Ratschläge gegeben, an die wir uns glücklicherweise nicht gehalten haben, sonst wären jetzt alle Mieter draußen.

Frage: Habt Ihr sonst vom Verein aus Vorstellungen über rechtliche Neuerungen?

Antwort: Günstig wäre z. B. der zentrale Reparaturfond, wie er von der Arbeiterkammer vorgeschlagen wurde, der die Altstadterhaltung mit billigen Krediten ermöglichen würde. Aber gerade im Falle Judenplatz zeigte sich, daß die Gemeinde lieber teure Investitionen gibt (etwa 1,5 Mio Schilling für Fenster im Bauteil, der inzwischen abgerissen wurde, eine völlig verlorene Investition also) als die Bürgschaft für einen 5 Mio-Kredit zu übernehmen, der eine völlige Sanierung aller Bauteile gewährleistet hätte.

Frage: Sind Euch andere Spekulationsfälle bekannt, in denen die Geschichte ähnlich verlaufen ist?

Antwort: Ja, es gibt andere Spekulationen von Kallinger. Zum Beispiel die Geschichte in der Schlösselgasse im 8. Bezirk. Da gab es auch Kontakte zwischen dem Verein "Wohnen in der Altstadt" und den Mietern, aber der letzte Mieter, ein Arzt, gab schließlich unter dem Druck auf. Noch schlimmer war die

Situation in der Taubstummengasse 1973, das heißt vor der Mietrechtsnovelle 1974, die Ersatzwohnungen bei Kündigungen vorsieht. Dort wurde ein schönes Biedermeierhaus mit der Begründung der angeblichen wirtschaftlichen Abbruchreife abgebrochen, da man behauptete, Wohnungen um 500 Schilling Miete seien nicht mehr vermietbar, und das 5 Minuten vom Ring und 5 Minuten von der Technischen Universität! Dabei wären die verbliebenen Mieter damals zum Kauf der Wohnungen bereit gewesen. Hier haben wir einen anderen Vorschlag: Nach unseren Vorstellungen soll in all solchen Fällen ein Vorkaufsrecht für die Altmieter gesetzlich verankert werden.

Frage: Und was ist, wenn die Mieter die Wohnungen nicht kaufen wollen oder können?

Antwort: In diesem Fall müßte man das Vorkaufsrecht so ausbauen, daß kaufunwillige Mieter nicht gezwungen werden, sondern die Gemeinde vorübergehend einspringt. Es handelt sich ja dabei um relativ kleine Beträge, wenn man sie mit Investitionen im Althaussektor an sich vergleicht. Das Geld könnte die Gemeinde dann vom Nachmieter zurückverlangen. Eine ähnliche Regelung wäre übrigens auch denkbar beim Freihalten von Wohnungen für spätere Zusammenlegungen. Außerdem glauben wir, daß die Gemeinde eher eine Subjektförderung machen sollte bzw. bei einer Objektförderung die Mitsprache bei der Wohnungsvergabe gesichert bekommen müßte. Ein letzter Vorschlag vom Verein aus betrifft schließlich den alten § 8 des Mietrechtsgesetzes. Dieser wurde auch nach der Novellierung des Gesetzes kaum verändert, das heißt im Falle von hypothekarischer Belastung des Hauses (ist gleich Darlehensverhinderung) gibt es wieder keinerlei Garantien für eine Haussanierung. Hier müßte durch eine Neuregelung dringend Abhilfe geschafft werden.

Verein "Gartenhof Planquadrat"

"Planquadrat-Initiative für eine lebenswerte Stadt - begann 1974. Damals war das Planquadrat ein Häuserblock, in dem sich die Menschen kaum kannten, in dem eine ganze Häuserzeile (Mühlgasse) vom Abbruch bedroht, in dem die Hinterhöfe trostlose Gstetten waren. Wichtigste Aufgabe der Initiative war es damals, Bewohner zu motivieren, nicht nur in den eigenen 4 Wänden, sondern auch in unmittelbarer Wohnumgebung aktiv tätig zu sein.

So begann ein einmaliger Mitbestimmungsprozeß der Bewohner an den Planungen der Stadt: Diese Mitbestimmung der Bevölkerung bewirkte, daß die Mühlgassenhäuser und das Haus Margaretenstraße 34/2.Stiege nicht abgerissen, sondern renoviert, modernisiert und verbessert wurden.

Die Mitbestimmung der Bevölkerung bezog sich aber auch auf die Gestaltung des Gartenhofs und führte schließlich dazu, daß der Gartenhof durch die Bewohner selbst betreut, gepflegt und instandgehalten wird." (Aus einem Informationsblatt des Vereins Gartenhofplanquadrat, das an neue Mitglieder verteilt wird).

Es soll hier nicht nocheinmal auf die Geschichte des Planquadrates im 4. Bezirk eingegangen werden. (Vergleiche die sehr übersichtliche und detaillierte Zusammenstellung der Broschüre "Planquadrat 4" von Kainrath-Potyka-Zabrana). Wichtig für unseren Zusammenhang ist die Form der Betreuung in Form eines Bewohnervereins, die exemplarisch sein könnte. Ursprünglich standen mehrere Möglichkeiten einer Gemeinschaft zur Auswahl: eine Genossenschaft aller Hausvertrauensleute, die allerdings wenig Mitsprache der Mieter und komplizierte Aufsichtsbestimmungen inkludiert hätte. Ein Verein, mit dem Nachteil der Möglichkeit der Überstimmung der Minderheit der Grundbesitzer, eine Frage, die nicht gelöst werden konnte, oder eine Kombination aus einer Grundeigentümergenossenschaft und einem Bewohnerverein, die miteinander langfristige Benützer-

vereinbarungen abschließen. Aus verschiedenen Gründen konnte diese Idealkombination nicht verwirklicht werden, es kam also zur Gründung des Vereins der Gartenhofbenützer. Da die Gemeinde relativ viel Grund besitzt, war diese Variante eines Vereines mit einem Einzelvertrag möglich. Im Normalfall des zersplitterten Besitzes erscheint sie dagegen unrealistisch. Der Gartenhofverein wurde 1976 gegründet, schon damals mit dem expliziten Ziel, zwar zunächst einmal ein Planquadrat zu realisieren, später jedoch organisatorische Infrastruktur und das Know-how für die Initiierung anderer Gartenhöfe anzubieten. Im Vorstand befanden sich damals auch Mitarbeiter des Projektteams und jener ORF-Gruppe, die das Planquadrat ursprünglich initiiert hat. Heute hat der Verein noch 3oo Mitglieder. Zwei Drittel davon sind unmittelbare Anrainer, der Rest rekrutiert sich aus Bewohnern des 4., 5. und 6. Bezirks, hauptsächlich Leute mit Kindern. Der Vorstand, der auf der alljährlichen Generalversammlung gewählt wird, besteht aus 12 Leuten. Heute sind das lauter Private, Obmannstellvertreter ist Architekt Zabrana. Nur anfangs waren Leute von der Gemeinde in den Vorstand kooptiert worden. Einmal monatlich wird eine öffentliche Sitzung im Vereinslokal im Haus Margaretenstraße 34 abgehalten. Als problematisch wird von der derzeitigen Obfrau bezeichnet, daß zu solchen Sitzungen höchstens 2 bis 3 nicht dem Vorstand angehörende Leute erscheinen. Auch zur Generalversammlung kommen höchstens 2o Leute mehr. Ein Grund dafür wird paradoxerweise im guten Funktionieren des Gartenhofvereins gesehen, d.h. die Verantwortlichen sind für die Leute jederzeit persönlich oder telefonisch ansprechbar, es besteht also kaum eine Notwendigkeit, sich in das Lokal zu bemühen. Da die Arbeit relativ aufwendig ist, ist es nicht verwunderlich, daß ein Großteil des Vorstandes aus Hausfrauen besteht. 4x jährlich werden Rundschreiben an alle Mitglieder verfaßt, z.B. auch Aufforderungen zu bestimmten Arbeiten. Dazu gehören Reinigungsarbeiten im Park, etwa 4 bis 5x jährlich, außerdem die Veranstaltung der Feste, die neben der kommunikativen Funktion vor allem die Aufgabe hat, zusätzliche Mittel für die Betreuung des Gartenhofvereins hereinzubringen. Auch die Gartenarbeit wird zur Gänze vom Vorstand geleistet, derzeit

bemüht sich vor allem eine Ärztin sehr um die Pflege des gesamten Areals. Dabei helfen ihr höchstens 1 bis 2 Männer.

Neben den Mitgliedsbeiträgen des Vereins und Einkünften aus den Festen ist vor allem die Subvention der Gemeinde Wien für die Erhaltung des Gartenhofes wichtig. Diese Subvention versteht sich per definitionem als Gegenleistung für die Öffnung dieser Gründanlagen für die Allgemeinheit. Die Höhe der Subvention beträgt derzeit S 1o,- pro m^2 und Jahr, wobei vom Verein ca. 6ooo m^2 der Hoffläche verwaltet werden. Der Rest von ca. 3ooo m^2 sind Privatgründe, die Pufferzonen zwischen den Wohnhäusern und dem öffentlichen Hof schaffen sollten.
Zitat:"Ich sehe ein, daß das notwendig ist, es sind schon ziemliche Belästigungen, was man eben nicht jeden Tag verträgt." Die Leute sind auch froh, wenn um 7 Uhr abends das Tor geschlossen wird."Die schauen dann schon auf die Uhr wenn 5 Minuten zu spät geschlossen wird, rufen die schon an wegen der Abendruhe!" Auch das Schließen des Tores wird von den Mitgliedern des Vorstandes vorgenommen.

In Publikationen über das Planquadrat wird immer darauf hingewiesen, daß sich die ursprünglichen Intentionen im Laufe der Arbeit im Planquadrat wesentlich verschoben haben. Stand am Anfang nur die Schaffung einer öffentlichen oder halböffentlichen Grünzone innerhalb des Häuserblocks zur Diskussion, so verlagerte sich später das Schwergewicht dieser Diskussion auf die Erhaltung bzw. Revitalisierung der ursprünglich für den Abbruch vorgesehenen Häuser. Naturgemäß hatten die Bewohner, deren Wohnungen in ihrem Bestand nicht gesichert schienen, damals nicht besonders viel Interesse an der Ausgestaltung des Hofes. Nachdem man sich für die Erhaltung aller Häuser im Planquadrat ausgesprochen hatte, wurden diese revitalisiert. Zwei Objekte wurden nach § 7 saniert. Einige Mietparteien sollten vorübergehend ausgesiedelt und später wieder zurückgesiedelt werden, eine Absicht, die nur unvollständig erfüllt wurde. In den meisten Fällen klappte diese Rücksiedlung nicht, weil die Mieten doch relativ

teuer wurden. Ca S 4.ooo,- für eine 1oo m^2 Wohnung, was den meisten der alten Mieter zu hoch war. Offensichtlich waren diese Mieten auch erheblich teuer, als von Anfang an geplant. Durch Wohnungszusammenlegungen existieren heute außerdem ausschließlich 3 und 4-Zimmer Wohnungen in den sanierten Objekten. Durch diese neue Vergabe kamen zahlreiche neue Leute in das Planquadrat, wobei interessanterweise gerade diese neuzugezogenen sich besonders offen für die Gartenvereinidee zeigten. "Der halbe Vorstand besteht heute aus neuen Leuten".

Die Rechtsform des Präkariums (Bittleihe) für den Gartenhof wird nicht als problematisch angesehen, trotzdem ist die Obfrau des Vereins "nicht begeistert von dieser Rechtsform, ich würde mir eher einen Pachtvertrag wünschen". Die Sache sei aber im Moment nicht aktuell. Auf die Frage nach neuen Aktivitäten werden genannt: die weitere Verfolgung einer Wohnstraße in der Mühlgasse, die habe man immer noch im Hinterkopf, möglicherweise als Fernziel sogar bis zum Naschmarkt oder bis zu anderen möglichen Planquadraten. Stichwort "andere Planquadrate": Ein Planquadrat sei in unmittelbarer Nähe geplant, aber noch nicht spruchreif. Kontakte zu den Bewohnern seien dort noch nicht geglückt, weil man das Gelände zuerst genau sondieren müßte. Auch die Verwaltung sei noch nicht kontaktiert. Trotzdem besteht im Bezug auf neue Planquadrate, nach Möglichkeit in näherer Umgebung, weil dadurch auch das erste Planquadrat etwas entlastet werden könnte, durchaus Optimismus. Man meint, daß die Gemeinde gesehen habe, daß sich die Planquadratidee bewährt hat. "Der politische Tenor ist ok". Die Initiative müßte aber wieder vom Planquadrat selbst ausgehen, wobei man sich darüber im klaren sei, daß man ein neues Planquadrat keineswegs mitverwalten würde, man könnte hier nur beratend mitwirken und sich dann rechtzeitig wieder zurückziehen. Auf jeden Fall ist es sicher, daß die Initiative Schule machen werde.

6. Einleitung

Zum Einstieg: "Also fangen wir wieder bei null an. Wir wissen immer noch nicht was. Gedanklich stehen wir immer noch dort, wo wir damals gestanden sind."

(Aus einem Interview zur Situation der Gemeinwesenarbeit in Wien)

Diese resignierende Feststellung charakterisiert die Situation der Gemeinwesenarbeit (GWA) in Wien recht treffend. Es besteht keine Klarheit bzw. keine Einigkeit über Inhalt und Form von GWA und schon gar keine Aussicht, GWA in Kooperation mit der Gemeindeverwaltung oder überhaupt durch die Gemeindeverwaltung zu realisieren. Es fehlt nicht an Vorstellungen, Konzepten. Konkrete Ansätze sind schon weniger zu finden. Und nach einem geplanten und durchgeführten "GWA-Projekt" sucht man in Wien in den letzten 10 Jahren vergebens.

GWA-Projekte waren in Wien nicht erfolgreich bzw. blieben sie sogar schon in der theoretischen Vorbereitung stecken und fanden nicht die Verbindung zur Praxis.

Obwohl die Situation in Wien sicher eine besondere, der GWA eher abträgliche ist, dürften sich Parallelen zur Situation der GWA in der BRD finden, wo GWA zumindest in der theoretischen Auseinandersetzung einen gewichtigen Platz einnahm. Zu Beginn der 80er Jahre stand man dort vor der Notwendigkeit, den ganzen Begriff von GWA und seine Rezeption in der Praxis zu überdenken, denn "die alten Probleme, zu deren Bekämpfung GWA angetreten war - und oft behauptet anzutreten - sind geblieben: Obdachlosigkeit, zwar unter einem anderen Etikett, aber im Wesen die gleiche wie vor 10 Jahren; Neubau- und Sanierungsgebiete, bei denen man weder planerisch, noch politisch, noch pädagogisch etwas dazugelernt zu haben scheint; Entfremdung und zunehmende Entfernung von den Schaltstellen der Macht; Zurückschrauben schließlich von sozialpolitischen Maßnahmen, die als Dauererrungenschaften und verbriefte Rechte

der Bevölkerung betrachtet wurden."[1)]

Der Gemeindewesenarbeiter kommt aus seinem Dilemma, dem auch "ganz normale" Sozialarbeiter ausgeliefert sind, nicht heraus. "Sein doppeltes Mandat - einerseits beauftragt durch einen Arbeitgeber, andererseits 'Anwalt der Betroffenen' und ihrer Interessen sein zu wollen - reibt den Gemeinwesenarbeiter auf. Die Folge ist, daß die Sozialarbeiter sich in unterschiedliche Anpassungs- und Vermeindungsstrategien flüchten, die dann nach dem jeweiligen Bewußtseinsstand und politischen Standort auch unterschiedlich begründet (oder rationalisiert) werden. Es muß der 'gewerkschaftliche Standpunkt' ebenso herhalten wie das 'Recht auf Privatleben' und der eigene (schlechte) Gesundheitszustand. Schließlich wird das 'Scheitern der Ansprüche der GWA' oder gar der Tod der GWA angezeigt. ... Und so scheint alles in der Tat seinen gewohnten Gang zu gehen: die, um die es angeblich ging, bleiben nach wie vor die 'Betroffenen' oder die 'Klienten', und Sozialarbeiter und Sozialwissenschaftler machen sich auf - wenn sie nicht resignieren oder sich einen anderen Wirkungsbereich suchen - neueste Formen sozialer Interventionen zu entwickeln, die diesmal aber das Glück der Menschen schaffen und gleichzeitig 'relevante' Beiträge für eine Änderung der Gesellschaft sein sollen."[2)]

Die Bilanz in der BRD ist eher negativ. In Wien Bilanz zu ziehen über Möglichkeiten und Auswirkungen der GWA ist schwierig. Es gibt einfach zu wenig Projekte um eine Bilanz ziehen zu können. (Die GWA-Projekte im ländlichen Raum wären eigens zu untersuchen.) Hier muß man sich die Frage stellen, warum die wenigen intendierten GWA-Projekte gar nicht erst

---

1) Boulet/Krauß/Oelschlägel, Gemeinwesenarbeit, eine Grundlegung, Bielefeld 1980, S.1

2) Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.2

in Gang kommen konnten, wo die Hintergründe und Barrieren lagen. War es der Widerstand in der Verwaltung, waren es politische Restriktionen oder waren es womöglich die unfähigen Gemeinwesenarbeiter selbst?

Skepsis erscheint angebracht, wenn man angesichts dieser Entwicklung wieder ein "GWA-Projekt" initiieren wollte, noch dazu wo es für diesen Bereich der GWA, nämlich die Arbeit in Altstadtsanierungsgebieten, wenig vergleichbare Vorbilder gibt.

Ein GWA-Projekt verwirklichen zu wollen würde heißen, ein bestimmtes Ziel mittels der Gemeinwesenarbeit als einer Methode der Sozialarbeit anzustreben. Und gerade diese Vorgangsweise erwies sich in der Vergangnheit als etwas problematisch bzw. nicht zielführend. Der Grund dafür ist laut Boulet/Krauß/Oelschlägel eben in der Konzeption der GWA als Methode der Sozialarbeit zu sehen. Die historische Dimension sei zu wenig berücksichtigt worden, ebensowenig die totale Eingebundenheit jeglicher Gemeinwesenarbeit in die gegebenen politisch-ökonomisch-sozial-administrativen Strukturen.

GWA als methodischer Ansatz der Sozialarbeit, eingesetzt um bestimmte soziale Mißstände zu beseitigen, konnte diese nicht aufheben, weil die Ursachen für die Mißstände (z.B. Obdachlosigkeit, Devianz usw.) nicht angegriffen werden können. Sie können bestenfalls aufgezeigt werden.

Der gesellschaftsverändernde Anspruch an die GWA war zu hoch gegriffen, die Frustration der Beteiligten beinahe vorprogrammiert. Diese vor allem in der BRD festgestelle Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß die Theorie der GWA mehr oder weniger von den USA bzw. von den Niederlanden rezipiert wurde, ohne die Unterschiede im politisch-administrativen System und die eigenen Formen von GWA entsprechend zu berücksichtigen.

6.1 Historische Dimension der GWA

Der Begriff "Gemeinwesenarbeit" wie er heute üblicherweise verwendet wird, ist sehr unpräzise und von verschiedenen Erfahrungen, Assoziationen und Inhalten geprägt. Ich habe nicht die Absicht, ihn zu präzisieren, auf eine Definition einzuengen, abgesehen davon wäre das auch kaum möglich. Ich möchte umgekehrt vorgehen - zuerst einmal in Anlehung als Boulet/Krauß/Oelschlägel die große Palette verschiedener Formen der GWA aufzeigen und in ihrer historischen Relativität beschreiben.

6.1.1 Community Organization und Community Development

Murray G.Ross' "Gemeinwesenarbeit - Theorie, Prinzipien, Praxis" aus dem Jahr 1955 bzw. in späteren überarbeiteten Fassungen ist ein Klassiker der GWA-Literatur und nach wie vor Pflichtlektüre für Studenten der Sozialakademien, welche sich mit GWA befassen. Ross definiert GWA als einen "Prozeß, in dessen Verlauf ein Gemeinwesen seine Bedürfnisse und Ziele feststellt, sie ordnet oder in eine Rangfolge bringt, Vertrauen und den Willen entwickelt, etwas dafür zu tun, innere und äußere Quellen mobilisiert, um die Bedürfnisse zu befriedigen, daß es also in dieser Richtung aktiv wird und dadurch die Haltungen von Kooperation und Zusammenarbeit und ihr tätiges Praktizieren fördert. ... Die Aufgabe einer beruflichen Fachkraft in der GWA besteht darin, diesen Prozeß in Gang zu bringen und zu unterstützen. Dabei bedient man sich bestimmter Methoden."[1)]

Der Begriff "Gemeinwesenarbeit" leitet sich hauptsächlich vom amerikanischen "Community Organization" ab. Community Organization ist ein Sammelbegriff für Versuche, soziale Dienste in den nordamerikanischen Gemeinwesen zu errrichten und zu koordinieren. Die wurde notwendig, als in den 70er Jahren des

---

1) M.G.Ross, Gemeinwesenarbeit - Theorie, Prinzipien, Praxis Freiburg 1968, S.58

vorigen Jahrhunderts die Wirtschaftskrise große soziale Spannungen zur Folge hatte. Dazu kamen noch die Folgen des Sezessionskrieges und die Anpassungsschwierigkeiten der Einwanderer, vor allem im industrialisierten Nordosten. Es wurden Wohlfahrtseinrichtungen installiert, um auf privater Basis die gigantischen Folgeprobleme der wirtschaftlichen Expansion irgendwie in den Griff zu bekommen. Die frühe Gemeinwesenarbeit in Amerika war einerseits Reaktion auf die sozial-ökonomische Situation und "andererseits als Fortsetzung bzw. Neubelebung der praktischen und z.T. auch ökonomischen Selbstbestimmungstendenzen der basisdemonkratischen Gemeindeideologie".[1)]

Community Organization war weitestgehend eine private Angelegenheit. Dies ändert sich mit dem New Deal, als die Regierung versuchte, mit großen Projekten die Arbeitslosigkeit einzudämmen und die Wirtschaft anzukurbeln. "Hier wurde endlich explizit gemacht, was von GWA erwartet wurde" Organisation und Aktivierung der von struktuellen Maßnahmen Betroffenen, bzw. Bearbeiten der Widerstände gegen Innovationen. ... Das war die große Zeit der GWA, in dem Regierungsbeamte durch Organisation und Überzeugungskraft die wirtschaftliche Planung durch Sozialplanung zu ergänzen versuchten."[2)]

Die Vereinnahmung der GWA durch die Administration bewirkt geradezu die Instrumentalisierung einer Methode für ihre eigenen Zwecke, einer Methode, welche ein Gemeinwesen befähigen sollte, ihre Bedürfnisse autonom festzustellen und für deren Befriedigung zu kämpfen. Die methodische Vorgangsweise ist die gleiche, egal ob es sich um eine radikal-demokratisch-sozialistische Richtung der GWA handelt, oder um die "offizielle"

[1)] Boulte/Krauß/Oelschlägel, S.20

[2)] Ebd. S.21, die Autoren beziehen sich hier u.a. auf das "Tennessee-Valley-Projekt".

GWA-Richtung, die sich an sozialplanerischen und technologischen Modellen orientiert. GWA - eine Methode zur Manipulation unter dem Deckmantel der Partizipation? Der normative Gehalt von GWA hat jedenfalls großes Gewicht. Die Ideologie darf nicht vernachlässigt und unterschätzt werden.

Nach Boulet/Krauß/Oelschlägel hat in jener Phase des New Deal die ideologische Verfremdung der GWA ihre Vollständigkeit erreicht. "Die drei großen Prinzipien Self Help, Felt Needs und Voluntary Leadership schaffen die ideologische Basis der Methode, die dann, 10 Jahre später, nach der Stagnation während des Weltkrieges nach Übersee exportiert werden konnte; als erprobtes Instrument zur Linderung sozialer Notstände sowie zur Aktivierung zu und Partizipation an von der Regierung gewünschten Programmen."[1)]

Diese Form der GWA etablierte sich nach dem Krieg zuerst in den Niederlanden, um von dort aus auch die Sozialarbeit in der BRD zu beeinflussen. Die politischen und administrativen Strukturen sind allerdings in Europa, vor allem in den deutschsprachigen Ländern, sehr verschieden von denen in den USA. Es gibt hier im Gegensatz zu den amerikanischen Verhältnissen autonome Verwaltungsapparate der Gemeinden; private Initiativen und Aktivitäten sind hier traditionell nicht so verankert wie in den angelsächsischen Ländern.[2)]

Nichts desto trotz faßt zumindest diese Auffassung von GWA auch in den deutschsprachigen Ländern Fuß. Wichtig ist festzustellen, daß GWA nicht unbedingt forschrittlich sein muß. Der Gemeinwesenbegriff in der Community Organization selbst schon vermittelt ein falsches Bewußtsein von der gesell-

---

1) Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.22

2) Einschätzung von Boer/Utermann in Gemeinwesenarbeit, Community Organization - Opbouwerk, Stuttgart 1970

schaftlichen Realität. "... er suggeriert eine Gemeinwohlideologie, deren wesentlichstes Merkmal es ist, daß sie Konflikte nicht aus den widersprüchlichen Interessen der Menschen und damit von ihrer Klassenlage und ihren horizontalen Disparitäten her definiert, sondern als Störungen, die durch roundtable- Gespräche zu klären seien!" [1)]

6.1.1.1 Community Development

Die Methode des Community Development wurde vor allem in Entwicklungsländern und in rückständigen Gebieten von industrialisierten Ländern angewendet, um durch breit angelegte Programme die Entwicklung zu fördern. Besondere Merkmale dieser Methode sind: Rückständigkeit der Gebiete, Hilfe von außen, Selbsttätigkeit der Bevölkerung, Steuerung und erheblicher Einfluß von den Regierungsautoritäten, möglichst umfassendes Angehen der Probleme auf ökonomischem, sozialem und kulturellem Gebiet, Koordination der Hilfeleistungen, wichtige Funktion von Experten (Sachverständigen). Die Problematik dieser Vorgangsweise liegt auf der Hand: Hilfe von außen muß bzw. will nicht unbedingt die Bedürfnisse von innen erkennen und befriedigen. Diese Methode wurde in den 50er Jahren von der UNO sehr stark für die Programme in den Entwicklungsländern propagiert. "Angesichts der Tatsache, daß es sich stets um Hilfe von außen handelt, ist die Gefahr groß, daß die Verbesserung, die von den Außenstehenden als für sich sprechend oder absolut wünschenswert angesehen werden, durch eine in einer ganz anderen Kultursituation lebende Bevölkerung am allerwenigsten gewünscht wird."[2)]

Es wäre interessant, ob diese Problematik auch in den aktuellen GWA-Projekten im ländlichen Raum festzustellen ist. Es finden sich jedenfalls in der methodischen Vorgansweise deutliche Parallelen zu Community Development.

[1)] Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.154

[2)] Boer/Utermann, S.157

6.1.1.2 Opbouwwerk

Diese spezifische niederländische Form von GWA basiert auf einem sehr dichten Netz von verschiedensten Vereinigungen auf sozialkulturellem Gebiet, die auf weltanschaulicher Grundlage aus Privatinitiative errichtet worden waren. Nach dem 2. Weltkrieg wurden diese Einrichtungen, Stiftungen usw. in die Verwaltung eingebunden, indem die Behörden durch Organe für gemeinsame Beratung, Koordination und Zusammenarbeit, eben die sogenannten "Opbouw-Organe", die privaten Initiativen institutionalisierten. Die Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Behörden spielt sich auf einer Unzahl von Ausschüssen und Kommissionen ab. Das Kompromisse suchen und finden hat in Holland Tradition.[1] Die Entwicklungspolitik der Nachkriegszeit (Beseitigung der Kriegsschäden, Entwicklung von bisher stark vernachlässigten landwirtschaftlichen Gebieten) mit stärkerer Ausrichtung auf Wohlfahrt und soziale Planung instrumentalisierte GWA für die eigene Politik. 1951 wurde sogar ein eigenes Ministerium für Sozialarbeit errichtet.

"Im Prozeß der GWA sah man nämlich eine Möglichkeit, die Menschen selber bewußt bei den stattfindenden Strukturveränderungen in der Gesellschaft miteinzubeziehen, sie selbst aktiv beitragen zu lassen, um dadurch zu erreichen, daß zugleich mit der sich verändernden Gesellschaft sich auch geistig-seelische Veränderungen in der betroffenen Bevölkerung vollzogen."[2]

GWA stellte sich als staatliches Lenkungsinstrument dar, um die Bevölkerung zur Mithilfe bei Infrastrukturmaßnahmen zu

---

[1] Vgl. dazu Anton Pelinka, Die österreichische Sozialpartnerschaft im internationalen Vergleich, in: ÖZP 82/3, Hinweise zu Neokorporatismus und zur "versäulten" Gesellschaft in den Niederlanden.

[2] Boer/Utermann, S.100

zu bewegen. "Im übrigen war die GWA von oben bis zur Basis mit provinziellen (=ländlichen) regionalen und örtlichen Strukturen organisiert, sie war staatlich verordnete Partizipation."[1)]

Community Organization, Community Development und auch Opbouwwerk sind nicht ausschließlich auf soziale Maßnahmen ausgerichtet, haben ihren Schwerpunkt jedoch in der "sozialen GWA". Es gibt bzw. gab aber noch andere Formen von GWA, die sich von den oben angeführten dadurch unterscheiden, daß eben keine fachkundigen Experten den Prozeß leiten und begleiten - Gemeinwesenarbeit ohne Gemeinwesenarbeiter sozusagen. Als GWA kann man sie deswegen bezeichnen, weil sie sich territorial auf ein regional abgegrenztes "Gemeinwesen" beziehen oder funktional mit dem Ziel des Gemeinwohls auf eine noch überschaubare Gruppe von Menschen.

6.1.2 Die Settlementbewegung in England

Die Settlement-Bewegung ist eine Reaktion auf die totale Ausbeutung und Verelendung der proletarischen Massen im hochindustrialisierten England des 19.Jahrhunderts. Sozialengagierte Gruppen aus dem Bildungsbürgertum gründeten "Settlements", um soziale Hilfsarbeit zu leisten. "Die Settlement-Bewegung verstand sich als praktizierte Klassenversöhnung und wollte ihren Beitrag zur Aufhebung des Klassengegensatzes durch Verständigung von Mensch zu Mensch leisten. ... Bereits in dieser frühen Form wird der Doppelcharakter deutlich, der GWA und Sozialarbeit bis heute bestimmt: Einerseits werden soziale Probleme als notwendigerweise strukturell zu bearbeitende erkannt und umweltverändernde Aktivitäten werden ergriffen, andererseits weist die politische Neutralität und die Erzeugung klassenausgleichender Illusionen darauf hin, diese Aktivitäten als 'Maßnahmen des Bürgertums zur Herstellung

---

[1)] Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.30

zufriedener Verhältnisse' einordnen zu müssen..."[1)]

Gewisse Ähnlichkeiten mit dieser Bewegung hatten die gegen Ende des 19.Jahrhunderts in Österreich aktiven Kreise und "Cirkel", die sich jedoch nur akademisch mit den sozialen Mißständen auseinandersetzten.[2)]

6.1.3 Selbsthilfe-Organisationen, Genossenschaften

Die Kredit-, Konsum- und Produktivgenossenschaften wurden im vorigen Jahrhundert gegründet, um die drohende Proletarisierung des Mittelstandes (vor allem Handwerker und verarmte Kleinbürger) zu verhindern. (Proponenten dieser Bewegung waren in Deutschland Schultze-Delitzsch, Raiffeisen und Lasalle) Für das Verständnis von GWA sind diese Selbsthilfeorganisationen insoferne interessant, als das Verhältnis der englischen bzw. deutschen Arbeiter zu den Genossenschaften Parallelen aufweist zum Verhältnis von Sozialarbeitern und Soziologen zur GWA.

"Zunächst fällt auf, daß die englischen Arbeitsgruppen den Konsumgenossenschaften gegenüber ein pragmatisches Verhältnis entwickelten, während die organisierten deutschen Arbeiter, nicht zuletzt bedingt durch die auf das Grundsätzliche ausgerichteten Strategien ihrer Führer - für die hier nur stellvertretend Lasalle steht - dem Versuch zur Selbstbestimmung ihrer Reproduktionsbedingungen fernbleiben. Erst da, wo man sich politisch arrangiert hat mit dem "Hauptwiderspruch", d.h. mit dem grundlegenden Verhältnis von Kapital und Arbeit, scheinen Strategien im Konsumbereich in Betracht zu kommen. Die 'Nebenwidersprüche' und ihre konkreten Erscheinungsformen wurden häufig der Reaktion überlassen,

---

1) Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.25 f.

2) Siehe Eva Holleis, Die Sozialpolitische Partei, Wien 1978

während sich die Linke, neben faktischer Anpassung, der ausschließlich theoretischen - und somit idealistischen - 'Lösung' des Hauptwiderspruches befleißigte. Diese saloppe Bemerkung findet bei der Rezeption von GWA ihre Bestätigung."[1)]

Eigens zu betrachten wäre hier die Arbeiterkultur in Wien der Zwischenkriegszeit. Hier sind meiner Meinung nach, ganz konkrete Ansätze einer alltagsorientierten umfassenden GWA zu finden.[2)]

Zu den Vorläufern der GWA sind auch die Ansätze der utopischen Sozialisten zu zählen: Owen mit seiner Gesellschaftsvision des kollektiven Miteinanderlebens und Fourier, der Arbeit, Wohnen und Freizeit in einem strukturell-pädagogischen Konzept vereinigte.[3)]

Von großer Bedeutung vor allem in der BRD sind die religiösen Vorläufer der GWA. Es seien hier nur einige Namen aufgezählt: Wichern, Kolping, Ketteler; in Österreich z.B. Vogelsang. "Die religiösen Vorläufer der GWA sind uns aus zweierlei Gründen bedeutsam:

- Gedankengut und Arbeitsweise geben deutliche Wurzeln heutiger GWA und Sozialarbeit schlechthin ab.
- Es sind die, wenn auch gelegentlich verdrängten, Quellen kirchlicher Gemeindearbeit, eine der wichtigsten Anwendungsbereiche heutiger GWA."[4)]

---

1) Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.13 f.

2) Siehe z.B. Charles Gulick, Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1976, und Maren Seliger, Zur sozialdemokratischen Kommunalpolitik in Wien in der Zwischenkriegszeit, Wien 1979

3) Siehe dazu: Franziska Bollery, Vergnügen und Arbeit im Kollektiv, in: Beispiele-Experimente-Modelle 1981

4) Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.17

In Österreich haben diese religiös motivierten Modelle von GWA nicht den Niederschlag gefunden wie in Deutschland und in den angelsächsischen Ländern. Der Grund dafür dürfte darin liegen, daß im Protestantismus die engagierte Gemeindearbeit unter Beteiligung der Gemeindebürger einen weit höheren Stellenwert hat als im Katholizismus. Kirchliche Organisationen sind in der BRD heute noch bedeutende Träger von öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen, während in Österreich alle diesbezüglichen Aktivitäten auf die behördliche Verwaltung übergegangen sind.[1)]

6.1.4 Gemeinwesenarbeit in Deutschland

In Deutschland waren, wie bereits angeführt wurde, schon vor Bekanntwerden dieser neuen Methode der Sozialarbeit gewisse Formen der GWA praktiziert worden. Ideologen des "Dritten Reiches" verwendeten Elemente der GWA und bedienten sich ihrer Methoden, um die "wahre Volksgemeinschaft unter den Volksgenossen verschiedener sozialer Schichtung" zu gewährleisten. Sozialarbeit in der NS-Zeit war zum größten Teil Erziehungsarbeit.[2)] Die Rekonstruktion des Gemeinwesens - mit der kleinsten territorialen Einheit von "Block und Zelle" diente als "Übersetzungsriemen" einer totalitärem Ideologie und gewährleistete gleichzeitig die totale Kontrolle durch die Partei. Diese Erfahrung mit GWA ist zu berücksichtigen, wenn man die Entwicklung in der Nachkriegszeit analysiert.

Die politisch-kulturelle, sozial-geistige Landschaft der BRD in den 50er Jahren war von folgenden Faktoren geprägt: politisch-ideologisches Klima des Kalten Krieges, Absorption aller geistigen und physischen Kräfte durch das "Wirtschafts-

---

1) Siehe Ch.Sachsse/F.Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Vom Spätmittelalter bis zum 1.Weltkrieg, Stuttgart 1980 und Brunhilde Schröcker, Armenpolitik in Österreich, Diss.Uni, Wien 1982

2) Siehe Schröcker, S.70 ff.

wunder", Entmischung der Lebensfunktionen (Arbeit-Wohnen-Freizeit), Rückzug ins Private (Eigenheimideologie). Für die Sozialarbeit war von großer Bedeutung, daß der gesamte Beamtenapparat in der Exekutive und in der Judikative 1945 strukturell und personell übernommen bzw. neu installiert worden war.[1] Dies trifft übrigens auch für Österreich zu.[2]

Neue Methoden der Sozialarbeit - Einzelfallhilfe (social case-work) und Gruppenarbeit (group-work) faßten sehr langsam Fuß in Ausbildung und Praxis der Sozialarbeit - gegen den Widerstand der alteingesessenen Fürsorgerinnen. GWA war nicht aktuell, nicht einmal bekannt. Vertraute Formen wie die Nachbarschaftsheime lebten wieder auf, versuchten auf der Basis des Nachbarschaftsgedankens einen neuen Gemeinschaftsgeist aufzubauen; wobei das Etikett der "Nachbarschaft" inzwischen bereits ausgehöhlt worden war. Die starke Orientierung auf die (Klein-) Familie (z.B. in der Produktwerbung:Familie und Wohnung als isolierte (Konsumzelle") prägte die Zeit und die Menschen. "Die Pflege dieser menschlichen Werte, vor allem die Wahrung der persönlichen Freiheit des Menschen, wird zugleich mit der Erhaltung der bestehenden Ordnung verknüpft. Die Entfaltung von Freiheit, wenn sie 'echt' sein soll, sei nur in bestimmten Bereichen möglich: in der Familie, in der Nachbarschaft oder überhaupt in der Gemeinschaft; ausgespart bleibt die Freiheit in der Schule, Betrieb, Behörde und anderen gesellschaftlichen Institutionen: Allein in kleinräumlichen Bereichen könne wahre Demokratie gedeihen, die gegen 'Vermassung' schütze."[3]

Die politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen der 60er Jahre (Rezession 1964-67 und Studentenbewegung) ermöglichten und erforderten den Einsatz von Methoden der GWA. Denn der Bedarf

---

[1] Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.45

[2] Schröcker, S.76 ff.

[3] Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.47

an sozialen Leistungen vergrößerte sich und die vorhandenen Mittel und methodischen Instrumente reichten nicht mehr aus; die Mitarbeiter der Institutionen, die sich ständig mit der bestehenden Armut und ihren Folgeproblemen auseinandersetzen mußten, suchten nach Rationalisierungsmöglichkeiten; das politisch-administrative System sah sich einer wachsenden Legitimitationsnotwendigkeit gegenüber. Dazu kam noch, daß die kritische Studentengeneration der 60er Jahre ein Betätigungsfeld suchte und das in der GWA fand bzw. zu finden glaubte. Im wesentlichen waren es drei Bereiche, die für GWA geeignet schienen:

- Obdachlose - die Aktivitäten gingen von der konkreten Hilfe und Aktivieren zur Selbsthilfe über Einbeziehung der struktuellen Gegebenheiten bis zu radikaleren Arbeitsformen.
- Neubaugebiete - die Initiative ging hier häufig von den Kommunalverwaltungen selber aus.
- Sanierungsgebiete - vor allem Sanierung von Obdachlosenvierteln, Altstadtsanierung erst ab 1969/70.

GWA stieß in der BRD auf beträchtliche Widerstände, was sich zum einem auf die politisch-sozial-kulturellen Strukturen und Traditionen in der BRD zurückführen läßt, zum anderen aber und natürlich im Zusammenhang damit, auf die ziemlich kritiklose Rezeption von GWA-Konzepten und eine falsche Einschätzung der Möglichkeiten. Kurz angeschnitten wurden diese Probleme im Abschnitt über Community Organization.

- Widerstände in der Verwaltung: Die Verwaltungsstrukturen und die politische Mitbestimmung auf Gemeindeebene sind in der BRD und auch in Österreich viel stärker ausgebaut als z.B. in den USA. GWA kann in diesem eingespielten Apparat ein erheblicher Störfaktor sein.
- Sozialisation: Obrigkeitlich geprägte Vergangenheit und untertänig gelebte Gegenwart wie sie Ulo Luuka für die Deutschen konstatiert, ist mit dem Konzept und den Methoden

der GWA nur sehr schwer vereinbar. Im "Land des Gehorsams" bleibt kaum Platz für GWA.[1)]

Nach H. Iwaszkiewicz gibt es mehrere Blockierungen, die in der BRD die Entfaltung von Bürgerinitiativen verhindern und deshalb auch GWA außerordentlich erschweren: die Allzuständigkeit der Verwaltungen (Gemeindeordnung), der Monopolanspruch der Parteien auf politische Aktivität, das fehlende Problembewußtsein, Angst vor Fehlschlägen, fehlende Zeit.[2)] Ich nehme an, daß diese Blockierungen, wie sie Iwaszkiewicz beschreibt, auch in Österreich Geltung haben. Ich bin sogar der Meinung, daß in Österreich zu diesen Blockierungen noch einige Komponenten dazukommen: Die tief verwurzelte Annahme, daß im Grunde genommen der Staat für alles zuständig ist, auf jeden Fall aber für die Verbesserung von Lebensbedingungen und die Aufhebung von Mißständen. Außerdem bot die katholische Kirche in Österreich weniger Möglichkeiten zur Kristallisation emanzipatorischer Partizipationsbestrebungen, als dies in den protestantischen Ländern der Fall war.

6.2.1 Methodik der GWA - GWA als Methode der Sozialarbeit?

In der Literatur zur GWA wird diese Arbeitsform immer dann für notwendig bzw. angebracht erachtet, wenn "irgendetwas nicht in Ordnung" ist, was grundsätzlich behebbar ist. "Voraussetzung ist immer ein gemeinschaftlich empfundenes Bedürfnis oder ein gemeinschaftlich empfundener Wunsch oder eine Mangelerscheinung der Gesellschaft, über die Beunruhigung besteht."[3)]

---

1) Ulo Luuka, Gemeinwesenarbeit, Ein Weg zur Lösung sozialer Konflikte, Freiburg 1971, Luuka argumentiert hier psychologisch-analytisch. Er bezieht sich hauptsächlich auf A. und M.Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern ,München 1965 und W.Backhaus, Sind die Deutschen verrückt?Bergisch Gladbach 1968

2) H.Iwaszkiewicz, Bürgerinitiative und Partizipation, in: Annedore Schultze, Soziale Gemeinwesenarbeit, Freiburg 1972

3) Boer/Utermann, S.114

"Arbeitsfelder für Soziale Gemeinwesenarbeit sind ... überall dort zu finden, wo bestimmte Problemverdichtungen zu sozialen Konflikten führen, Reibungsflächen bieten, die unterschwellige Spannungen hervorbringen und wo ein starkes Bedürfnis nach besonderen Formen der Handhabung entsteht."[1)]

GWA ist ein Prozeß mit fünf Phasen: 1. Feststellen und Bewußtmachen von Bedürfnissen und Zielen; 2. Ordnen und Prioritätensetzen bei den Bedürfnissen und Zielen; 3. Entwickeln der Bereitschaft, ans Werk zu gehen; 4. Ausfindigmachen von Hilfsquellen (interne, externe); 5. Übergang zur Aktion, zum Handeln. Diese Phasen werden von Ross genannt.

Eine andere Phaseneinteilung erscheint mir besser geeignet, weil sie auch die Ablösung des Gemeinwesenarbeiters vom Projekt beinhaltet: 1. Erkundungsphase, 2. diagnostische Phase, 3. Phase der Planung, 4. Phase der Ausführung, 5. Phase der Ablösung.[2)]

Dieser Prozeß bedarf meistens eines fachkundigen "Begleiters", wobei dieser (meistens ein Soziologe oder Sozialarbeiter) mehrere Rollen übernimmt: Befähiger, Leiter, Berater, Erzieher, Initiator, Stimulator, Stratege, Förderer, Anwalt, Planer - um die wichtigsten zu nennen.

Das methodische Instrumentarium ist im wesentlichen darauf abgestellt, einen Prozeß mit betroffenen Menschen in Gang zu bringen, aufrecht zu halten, Erfolg zu verschaffen. Es läßt sich auch das aus den genannten Rollen des Gemeinwesenarbeiters ableiten. Von großer Bedeutung sind Kenntnisse und Fähigkeiten (seien sie intuitiv oder gelernt) in sozialen Prozessen, in Gruppenbeziehungen; zu den Arbeitstechniken gehören: Organisation, Kommunikation, Koordination, Ver-

---

1) E.Herwig/M.Wegener, Arbeitsfelder und Arbeitsphasen in der Sozialen Gemeinwesenarbeit, in: A.Schultze, S.26

2) Ebd.

sammlungstechnik, Diskussionsleitung, Öffentlichsarbeit - Pressearbeit, Auffinden von Zielgruppen als "Multiplikatoren" und von "Schlüsselfiguren", Durchführung von Demonstrationen, öffentlichen Versammlungen u.v.a. Auf die Vielfalt der Arbeitstechniken möchte ich hier nicht eingehen. Sie sind in den Fachbüchern ausführlich beschrieben.

Diese Arbeitsformen der GWA sind nicht nur auf die Sozialarbeit beschränkt. Wenn dieses Arbeitsfeld explizit gemeint ist, wird von "sozialer" GWA gesprochen. GWA kann aber auch in anderen Berufsfeldern eine Orientierung geben: z.B. in der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen), in der Medizin (gemeindenahe Psychiatrie, Gemeinschaftspraxen). Wesentlich sind folgende Grundsätze: Dezentralisation, Partizipation und Emanzipation; wobei letztere wie aus der Geschichte der GWA bekannt ist, nicht immer selbstverständlich war. Wie bereits im historischen Teil beschrieben, ist der normative Gehalt von GWA sehr wichtig, weil dadurch der Methode erst eine Zielrichtung vorgegeben wird.

6.2.2 GWA als Arbeitsprinzip

Ausgehend von der Erfahrung, daß "klassische" GWA-Projekte in der BRD entweder scheiterten oder zumindest ihre Ansprüche und Erwartungen drastisch zurückschrauben mußten, entwickelten Boulet/Krauß/Oelschlägel die Theorie von den Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip.

"Ich will mal versuchen, das Arbeitsprinzip zu beschreiben oder zu formulieren. Für uns heißt das Prinzip eine Art Grundorientierung oder Leitlinie überhaupt. Arbeitsprinzip deshalb, so in Analogie zu Arbeitstitel oder Arbeitshypothese, daß wir sagen, es ist noch nicht fertig, man muß damit arbeiten und gucken, was dabei herauskommt, und dann kann es auch wieder verändert werden und neu diskutiert werden. Diese Formulierung Arbeitsprinzip soll eigentlich die Vorläufigkeit darstellen.

Ich denke, daß ein Arbeitsprinzip GWA eine grundlegende Herangehensweise an soziale Probleme für den professionellen Sozialarbeiter bedeutet in der Weise, daß die Probleme in ihrer historischen und gesellschaftlichen Dimension erkannt und erklärt werden, d.h., daß sich professionelle Bereiche von Sozialarbeit in Folge solcher Erklärungsversuche nicht mehr aufteilen lassen in einfache methodische Bereiche. Ich habe oft die Erfahrung gemacht, daß Sozialarbeiter - und das jetzt nicht als böse Kritik, sondern gesehen als Folge ihrer Ausbildung - Probleme nach den Methoden, die sie gelernt haben, definieren, also nicht prüfen, wie ist das Problem gelagert und welche Methode ist dafür notwendig, sondern sich verstehen als Sozialtherapeut oder sich verstehen als Gruppenarbeiter und von daher die Probleme, denen sie begegnen, gleich in die therapeutische oder in die gruppenpädagogische oder in die Einzelfallhilfeecke stellen und die Methode, die die Antwort auf das Problem sein soll, gleichzeitig auch zur Erklärung des Problems herangezogen wird. Das ist eine Sache, wo ein Arbeitsprinzip eine Gegenposition bedeutet und gleichzeitig auch eine Gegenposition dazu, GWA auf bestimmte Arbeitsfelder abzudrängen oder ihr das Etikett der politischen Dimension von Sozialarbeit zu geben. Das wäre Arbeitsprinzip auf der Seite der Erklärung.

Auf der Seite des Handelns heißt dann für mich Arbeitsprinzip GWA auch nicht mehr Handeln in engen methodischen Kategorien, sondern Handeln, ich sag' mal so grob, unter dem Aspekt von Strategien. Also nicht unter dem Aspekt, ich setze eine Methode an, sondern ich entwickle Strategien, in denen ich alle Methoden der Sozialarbeit als auch Methoden, die beispielsweise aus der politischen Asueinandersetzung kommen, wie go-in oder Demonstration oder Stadtteilzeitung oder auch Methoden, die aus dem Wissenschaftsbereich kommen, wie Befragung oder Ähnliches. Insgesamt denke ich fast, daß die Sache mit dem Arbeitsprinzip in gewisser Weise schon eine Binsenweisheit ist."[1)]

[1)] Oelschlägel in:Th.Lehn/D.Oelschlägel, Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip, Kassel 1981

Das Arbeitsprinzip GWA soll eine integrierende Kraft haben, die Verbindung von Theorie und Praxis leisten, von unterschiedlichen Methoden und unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätzen, Es ist dies keine völlig neue Erkenntnis. Schon Luuka rückte das Bild von der GWA als einer Methode der Sozialarbeit etwas zurecht: "Die GWA ist kein Privileg der Sozialarbeiter, sondern eine Arbeitsmethode all derer, die Kenntnisse von den Gesetzmäßigkeiten seelischen Vorgänge der Gruppendynamik, der Verwaltung u.a.m. besitzen sowie die Fähigkeit erworben haben, mit den jeweiligen Strukturen umzugehen und sie zu koordinieren. Die Ausbildung des Sozialarbeiters läßt diese Arbeitsweise allerdings von ihm erwarten."[1)]

Die Konzentration auf die "soziale" GWA hat wahrscheinlich verschiedene Gründe. Erstens bezog sich Community Organization hauptsächlich auf verschiedene Sozialprogramme bzw. auf die Bearbeitung sozialer Problemlagen. Zweitens ist im Zusammenhang mit der Professionalisierung der Sozialarbeit die Tendenz festzustellen, alles für das eigene Berufsfeld zu okupieren, was etwas mit "sozial" zu tun hat. Die Notwendigkeit, die eigene Tätigkeit ständig legitimieren zu müssen - dies kann auch durch die Verwissenschaftlichung von Methoden geschehen, die dann als "Methode der Sozialarbeit" definiert und "verkauft" werden.[2)]

GWA als Arbeitsprinzip ist also sicher nichts Neues. Oelschlägel vermutet ja selbst, "daß die Sache mit dem Arbeitsprinzip in gewisser Weise schon eine Binsenweisheit ist". Was auf alle Fälle interessant zu sein scheint an dieser Konzeption von GWA als Arbeitsprinzip, wie sie Boulet/Krauß/Oelschlägel formulieren, ist tatsächlich die theoretische Verbindung von historisch-materialistischer Problemerklärung und einer alltagsorientierten Strategie.

---

1) Luuka, S.32

2) Vgl. dazu Helge Peters, Moderne Fürsorge und ihre Legitimation, Köln und Opladen 1968

Die gesellschaftliche Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine ständig weiterschreitende Vergesellschaftung, welche sich in der Dialektik von Zusammenballung und Differenzierung vollzieht - eine Agglomeration von Bevölkerung aber auch von Produktions - und Dienstleistungsbetrieben. Am Beispiel der kapitalistischen Stadtentwicklung: Auf der Strecke bleiben vor allem alte Menschen, kleine Hausbesitzer, Kleingewerbebetriebe und Ausländer aber auch soziale Strukturen, gewachsene Kommunikationszusammenhänge, Nachbarschaften. Zu Bearbeitung der daraus entstehenden Folgeprobleme und zur Bewältigung von Konflikten wurden staatliche Interventionsstrategien entwickelt wie z.B. die GWA. Es werden die Problemlagen vergesellschaftet und auch die Problemintervention wird immer mehr von Spezialisten übernommen. "Der politischen und ökonomischen Vergesellschaftung wird nun eine 'Vergesellschaftung des Individuums' beigestellt. Der Prozeß des Zugriffs gesellschaftlicher Strukturen auf die innere Natur ist Gegenstand intensiver Beschäftigung verschiedener psychologischer Schulen."[1] Folge der Vergesellschaftung ist eine zunehmende Entfremdung des Arbeiters von seinem Arbeitsprodukt, des Arbeiters von seiner Arbeit selbst und der Menschen untereinander. "Diese Entfremdung erleben die werktätigen Menschen als materielle Ausbeutung und politische Unterdrückung, sie zeigt sich in erstarrten Verkehrsformen, Kommunikationsstörungen, neurotischen und psychotischen Symptomen."[2] Meiner Meinung nach, sind nicht nur die sogenannten "Werktätigen" von der Entfremdung dermaßen betroffen, sondern auch Kinder, Alte, Hausfrauen usw. Ebenfalls ein Ergebnis des Vergesellschaftungsprozesses ist die Trennung von Politik und Privatleben, die verbunden ist mit sozialen, politischen und psychischen Ohnmachtserfahrungen.

---

[1] Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.192

[2] Boulet/Krauß/Oelschlägel, S.195

Ziel einer fortschrittlichen GWA muß die Emanzipation der Menschen sein, die tendenzielle Aufhebung der Entfremdung. "Dabei geht es keineswegs darum, den Vergesellschaftungsprozeß in unhistorisch-romantischer Weise zurückdrehen zu wollen. Es gab in der GWA-Diskussion eine Zeit, da wurde gern von 'Rekonstruktion' gesprochen; Rekonstruktion von Nachbarschaft, von Kirchengemeinden, von Urbanität. Es geht vielmehr darum, die dem Vergesellschaftungsprozeß innewohnenden Widersprüche parteilich zu wenden und für den Kampf der Wohnbevölkerung und bessere Reproduktionsbedingungen zu nützen. Wir formulieren jetzt die Zielvorstellung: GWA hat die Herstellung politischer Handlungszusammenhänge zu besorgen und damit Formen 'autonomer Vergesellschaftung' auf aktuellem historischen Niveau zu ermöglichen. Sie muß den Menschen im Stadtteil die Möglichkeit erleichtern, gemeinsam etwas zu tun, gemeinsam zu feiern, gemeinsam Veränderungen zu bewirken."[1] Diese Zielvorstellung von GWA ist nun nicht neu. Die "studentenbewegte" Sozialarbeitergeneration der frühen 70er Jahre wollte auch eine fortschrittliche GWA machen mit großen politischen Ansprüchen. Ihre Konzepte waren aber zu abstrakt und abgelöst von den Bedürfnissen des Alltags. Emanzipation muß faßbar werden. Genau hier setzt das Prinzip GWA auf der Handlungsseite an. Der Prozeß der Vergesellschaftung ist nicht zu ändern, auch nicht rückgängig zu machen. Möglich ist allenfalls, eine autonome Vergesellschaftung der Reproduktionsbedingungen anzustreben, durch Solidarität und Selbstdefinition der Probleme und Ziele innerhalb eines noch überschaubaren Sozialgefüges bzw. eines regionalen "Gemeinwesens". Solche GWA vollzieht sich im Alltag, durch politisch belanglose Alltäglichkeiten. Sie soll aber den Boden bereiten für politische Handlungsfähigkeit, soll ein Prozeß sein der Aneignung der materiellen und geistigen Umwelt. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die

---

[1] Ebd. S. 191 f.

solidarisches Handeln überhaupt ermöglichen. Die Geschichte und Tradition der Orte muß begriffen werden, die gewachsenen Strukturen, falls es überhaupt welche gibt, müssen ernst genommen werden. GWA als Arbeitsprinzip verfolgt eine klare ideologische Zielvorstellung, ist aber hinsichtlich der Art und Weise wie das erreicht werden soll, ganz pragmatisch.

Wird GWA als Arbeitsprinzip aufgefaßt, erübrigt sich auch die Frage der Trägerschaft, ob durch eine eigene Institution, in bestehenden Institutionen, außerhalb davon usw. GWA als Arbeitsprinzip kann innerhalb und außerhalb von Institutionen, Behörden angewendet werden, ebensogut von Einzelnen, Privaten. Mit dem Prinzip läßt sich auch nicht vereinbaren, daß z.B. einer in einem Team mit GWA beauftragt wird, das würde das Prinzip unterlaufen.

Der Begriff "GWA als Arbeitsprinzip" ist natürlich in keiner Weise hieb- und stichfest, er ist natürlich wie der Begriff "Gemeinwesenarbeit" selbst.[1)]

6.3.1 Stadterneuerung - Gemeinwesenarbeit, der strukturelle Zusammenhang

Ich beziehe mich im folgenden hauptsächlich auf einen Aufsatz von Jürgen Gotthold über den strukturellen Zusammenhang zwischen Sanierung, Neubaugebiet, Obdachlosigkeit und Stadtteilzentrum.[2)]

Diese Zusammenhänge können von verschiedenen theoretischen Ebenen aus erklärt werden:
Makroökonomischer Ansatz: Die Ausweitung des tertiären Sektors führt zur Ausweitung der City (Büros verdrängen Wohnungen).

---

1) Siehe dazu die Diskussion über "GWA als Arbeitsprinzip" auf einem Seminar mehrer Fachhochschulen in Kassel, in:Lehn/ Oelschlägel 1981

2) J.Gotthold in: Lehn/Oelschlägel 1981

Folge davon ist die Segregation, Verdrängung des Wohnbereiches an den Stadtrand, Verödung von Stadtteilen. Durch Sanierung, "Modernisierung", werden diese Viertel wieder aufgewertet, attraktiv gemacht für die Einkommensstärkeren. Folge ist eine erneute Segregation, da nunmehr auch die noch übriggebliebenen billigen weil schlechten Wohnungen "wegsaniert" werden. Soziale Folgeprobleme sind unvermeidlich.[1)]

"Für Ökonomen und wohl auch für Soziologen und Politologen sind solche Erklärungen auch recht befriedigend, während sie Sozialarbeiter/Sozialpädagogen wahrscheinlich eher frustrieren dürften. Der Grund dafür liegt im unterschiedlichen Erkenntnisinteresse der betreffenden Disziplinen. Die anderen Sozialwissenschaften können sich, soweit sie 'reine' Wissenschaften sind, damit begnügen, Theorien über gesellschaftliche Größen aufzustellen, die sich irgendwann als 'wahr' oder 'falsch' herausstellen mögen. Die Sozialarbeit/Sozialpädagogik ist demgegenüber in der unangenehmen Situation, weitgehend anwendungsbezogen zu sein. D.h. sie benötigt Theorien, die ihr das notwendige Wissen für praktisches sozialarbeiterisches/sozialpädagogisches Handeln zur Verfügung stellt."[2)]

Mikrotheoretische Ansätze gehen den umgekehrten Weg. Sie erklären die gesamtgesellschaftliche Situation aus den Individuum, aus dem Einzelschicksal. Die psychologisierende, therapeutisch orientierte Sozialarbeit geht in diese Richtung. Dies ist im allgemeinen kein Anwendungsbereich für Sozialarbeit mit einem politischen Anspruch.

Es gibt jedoch eine Zwischenebene, welche zwischen der Gesamtgesellschaft und dem Individuum liegt, erklärbar durch "Mezzotheorien". "Zwischen dem Enzelnen oder den auf Einzelverhaltens-

---

1) Siehe dazu W.Durth/G.Hamacher, Stadtentwicklung als Problemverschiebung, in Arch 40/41, S.22 ff.

2) Gotthold ebd. S.25

weisen noch rückführbaren Größen wie Familie und Unternehmen gibt es offenbar eine mittlere Aggregationsstufe, die in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt wird. Dabei variiert die betrachtete Größenordnung zwischen der Nachbarschaft, dem Stadtteil oder der Stadt."[1] Diese Größenordnung kommt aus folgendem Grund in das Blickfeld: Die sozialen Folgeprobleme der kapitalistischen Stadtentwicklung müssen vom politisch-administrativen System irgendwie bearbeitet werden, denn das politische System ist darauf angewiesen, sich zu legitimieren (zumindest in einer parlamentarischen Demokratie). Soziale Konflikte dürfen daher kein Ausmaß erreichen, daß die Legitimation in Frage gestellt wird. Soziale Probleme, Konflikte, werden vielfach auf der kommunalen Ebene bearbeitet, wobei hier wieder eine Aufspaltung festzustellen ist: soziale Probleme, die finanziell oder rechtlich bearbeitet werden können, werden wieder zentral bearbeitet, während die übrigen sozialen Probleme den Gemeinden zur "Verwaltung" bleiben. Diese legitimatorische Grenze, innerhalb derer das politisch-administrative System soziale Probleme behandeln muß, ist verschiebbar, je nachdem, wie weit die von den Problemen betroffen Bevölkerung sich organisieren und artikulieren kann, um auf die Kommunalverwaltung Druck auszuüben. Dieser mezzotheoretische Ansatz verweist auf Konzepte von GWA, die genau an dieser Ebene ansetzen. "Die systemveränderte Perspektive wird damit notwendig aufgegeben, es bleibt jedoch die Möglichkeit, die auf der kommunalen Ebene vorhandenen Spielräume im Interesse der Klientel auszunutzen und unter Umständen zu vergrößern.[2]

GWA - wenn sie als Arbeitsprinzip verstanden wird, setzt genau hier an, bei der Ausnutzung von Handlungsspielräumen. Die Methoden müssen den Problemen angepaßt sein, der Zielgruppen, den Benachteiligten angemessen sein, sich am Alltäglichen

---

[1] Ebd. S.14

[2] Gotthold ebd. S.27

orientieren. GWA als pragmatische Vorgangsweise, struktuelle Ungleicheiten durch politische Emanzipation und Partizipation im dialektischen Wechselverhältnis tendenziell zu verringern. Der Anspruch ist noch immer sehr hoch, vielleicht zu hoch, aber er scheint grundsätzlich realisierbar zu sein.

6.3.2 Kompensatorische STE und emanzipatorische GWA - Organisationsmodelle von GWA im Rahmen von STE?

Meine ursprünglichen Vorstellungen von GWA im Rahmen von STE gingen eher in die Richtung traditioneller GWA, d.h. verordnete Partizipation innerhalb eines bestimmten Zeitraums und eines regional abgegrenzten territorialen "Gemeinwesens". Erfahrungen mit GWA-Projekten dieser Art in Österreich ermutigen aber nicht sehr. Großem organisatorischem Aufwand stehen relativ kleine Erfolge gegenüber. Auf unerwünschte Neben- oder Nachwirkungen muß man gefaßt sein, wie es sich im STE-Gebiet Gumpendorf zeigte, wo viele zeitlich befristete Aktivitäten die Menschen zuerst motiviert und dann resigniert zurückgelassen hatten, noch desillusionierter als zuvor.

Es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob eine soziokulturelle Voruntersuchung eines bestimmten Stadtviertels überhaupt notwendig ist bzw. was damit bezweckt werden soll. Diese Vorgangsweise würde bedeuten, daß eine bestimmte soziokulturelle Konstellation gegeben sein müßte, um den Einsatz von GWA zu rechtfertigen. GWA wäre dann die Reaktion auf bestimmte Mißstände, von denen man annimmt, daß sie zu beheben sind. Mißstände müßten dann einmal als solche definiert werden. Was ist aber, wenn "Mißstände" als solche nicht erkennbar, nicht artikulierbar sind, wenn sie die Normalität sind? Dann hätte nach der orthodoxen Theorie der GWA diese "Methode" hier keine Anwendung. Und sollte wirklich ein Mißstand aufgezeigt werden können, den auch die Bevölkerung als solchen wahrnimmt und zu beseitigen wünscht, dann heißt das noch lange nicht, daß er mit dem zur Verfügung stehenden Instrumentarium auch beseitigt werden kann.

GWA als Methode der Sozialarbeit hat in Wien nach den Erfahrungen, die man bisher damit gemacht hat, wenig Chancen. Einen neuen Versuch zu starten, würde heißen, mit Scheuklappen wieder in eine Sackgasse zu fahren. GWA als Arbeitsprinzip erscheint hingegen realistischer und realisierbarer zu sein und der Konzeption einer kompensatorischen STE angemessen. GWA könnte als Arbeitsprinzip im Rahmen einer kompensatorischen STE geeignete Instrumente bieten, den emanzipatorischen Gehalt im Alltag umzusetzen.

Es geht nicht darum, einen neuen Berufszweig, nämlich die Sozialarbeiter in der STE zu etablieren, sondern grundsätzlich sensibel zu werden für Wünsche, Bedürfnisse, Forderungen, Dysfunktionalitäten, Hemmnisse, Barrieren, Konflikte. Um zu verhindern, daß GWA von der Verwaltung dazu verwendet wird, die Loyalität der Bevölkerung zu erhalten, wiederherzustellen, bzw. die eigene Tätigkeit zu legitimieren, muß eine klare Zielvorstellung formuliert werden, im Sinne einer verstärkten Selbstbestimmung der Bevölkerung über ihre eigene Lebenssituation. Wenn man GWA als Arbeitsprinzip auffaßt, kann auch nicht das Problem auftauchen, daß alle gutgemeinten Vorschläge zur verstärkten Partizipation in der Bevölkerung kein Echo finden. Um nicht vor diese Alternative gestellt zu werden, nämlich entweder das eigene Konzept durchdrücken zu müssen oder es als unrealisierbar aufzugeben, muß die Durchführung so angelegt sein, daß es von der Struktur her kein Scheitern innerhalb eines bestimmten Zeitraumes gibt. GWA müßte als Prozeß an sich begriffen werden, in dem die negativen Komponenten wie Barrieren, Stagnation, Resignation, genauso mit inbegriffen sind, wie die positiven Komponenten z.B. Konfliktfähigkeit.

Die Umsetzung des Prinzips GWA auf die Organisation der STE in Wien müßte folgendes beinhalten: Ausloten der Handlungsspielräume aller am STE-Prozeß Beteiligten im Hinblick auf eine verstärkte Selbstbestimmung der Menschen im Stadtteil; Initiieren und Unterstützen von Ansätzen verstärkter Kommunikation der Menschen untereinander auf horizontaler Ebene.

Um den konkreten Alltag zu erfassen, die Traditionen und gewachsenen Strukturen zu begreifen ist natürlich auch eine soziokulturelle Untersuchung des Gebietes notwendig. Diese dient bei der Vorgangsweise aber nicht mehr dazu, die Notwendigkeit eines GWA-Projektes zu untermauern, sondern als Grundlage einer möglichst realisierbaren, pragmatischen Strategie. Dieser Vorgangsweise wäre eine prozeßorientierte Evaluation angemessen, die denjenigen, "die mit der Bearbeitung eines sozialen Problems befaßt sind, die Möglichkeit geben, diese Tätigkeit fortlaufend zu verbessern".[1)]

6.4 Auswertung der Experteninterviews

Vom April bis Juni 1983 habe ich 13 Experten in Wien zum Thema Stadterneuerung und Gemeinwesenarbeit befragt: 5 Gebietsbetreuer, 2 Sozialarbeiter mit Praxis in der STE, einen Architekten vom Koordinationsbüro der Magistratsdirektion, den Leiter des Referates "Soziale Dienste" in der MA 12, einen Sozialwissenschaftler aus der Grundsatzabteilung des BMfSV und drei Sozialwissenschaftler der Kommunalpolitischen Abteilung der Arbeiterkammer Wien. Es handelt sich um qualitative Interviews, deren Leitfaden Fragen nach folgenden Teilbereichen beinhaltete: die soziale Problematik in den STE-Gebieten, der Einfluß von STE-Maßnahmen auf sie, Ziel und Organisation der STE in Wien, Bedingungen für eine Partizipation der Bevölkerung, Einsatz von Gemeinwesenarbeitern, bzw. Sozialarbeitern in der STE, Besonderheit der Situation in Wien und die persönliche Erfahrung im Zusammenhang mit der Praxis in der STE.

Ich möchte mich im folgenden auf die Auswertung von drei Bereichen beschränken, die natürlich in engem Zusammenhang mit-

---

1) Jürgen Gotthold, Evaluation eines Stadtteilentwicklungsprogrammes für einen Sozialen Brennpunkt - Methodische Vorüberlegungen in: D.Lölhöffel/D.Schimanke (Hrsg.), Komunale Planung vor neuen Herausforderungen, Basel 1983.

einander gesehen werden müssen: die soziale Problematik, die Partizipation der Bevölkerung und der mögliche Einsatz von Gemeinwesenarbeitern oder Sozialarbeitern in der STE.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß bei den Gebietsbetreuungen der Himmelpfortgrund im 9.Bezirk eine deutliche Ausnahme von der Regel darstellt, weil es die typische soziale Problematik aufgrund einer anderen Bevölkerungsstruktur in diesem Gebiet nicht gibt, und weil die Gebietsbetreuung sich überhaupt von der Konzeption der Stadterneuerung wie sie in Wien durchgeführt wird, eher distanziert. Wenn also im folgenden von "den" Gebietsbetreuungen die Rede ist, ist die Gebietsbetreuung Himmelpfortgrund nicht gemeint.

6.4.1 Soziale Problematik

Im Großen und Ganzen herrscht Übereinstimmung über die "typische" soziale Problematik in den STE-Gebieten. Die Hintergründe werden verschieden beurteilt, die Schwerpunkte verschieden gesetzt. Wie oben bereits erwähnt, ist das STE-Gebiet Himmpfortgrund mit vorwiegend gut verdienender Mittelschicht-Population hier die große Ausnahme von Bevölkerungsstruktur: sehr viele alte Menschen, relativ hoher Ausländeranteil (Gastarbeiter, Flüchtlinge, im Himmelpfortgrund ausländische Ärzte!), Zuzügler vom Land, Arbeiterschicht. In engem Zusammenhang mit dieser Bevölkerungsstruktur: geringes Einkommen, oft echte Armutsproblematik, Mißtrauen und Angst vor Veränderungen, Ohnmachtsgefühle, Desinteresse und Resignation.

Wohnung und Wohnumfeld: Substandard ist nicht das Hauptproblem, eher schlechte Heizmöglichkeiten, schlechte Isolation, fehlender Lift, Platzmangel, zu kleine Wohnungen (vor allem für die kinderreichen Familien, die aus den Bundesländern zugezogen sind); keine Grünflächen; bei der Einrichtung von Grünflächen, Wohnstraßen und Ähnlichem gibt es oft erbitterte Kämpfe der Autobesitzer dagegen aus Angst um die möglicherweise sich verringernden Parkplätze; Angst und Abwehr der

alten Menschen vor den Kindern und vor allem vor den ballspielenden Jugendlichen, generelle Ablehnung eines jeden Kinderlärms; Konflikte zwischen Einheimischen und Gastarbeitern, die häufig über die Kinder ausgetragen werden.

6.4.2 Partizipation der Bevölkerung an der STE

Die Bevölkerungsbeteiligung am Stadterneuerungsprozeß dürfte in Wien von Seite der Politiker und der Verwaltung grundsätzlich schon erwünscht sein, jedoch mit verschiedenen, schwerwiegenden Einschränkungen. Die Partizipation der Bevölkerung diene nach der Meinung mehrerer Fachleute oft nur zur Legitimation von Entscheidungen des politisch-administrativen Systems (Fragebogenaktion, Ausstellungen usw.) Diese Kommunikation ist eine einseitige, nämlich von der Bevölkerung zur zentralen Verwaltung (um es plakativ auszudrücken: zum Rathaus), wobei die Wünsche der Bevölkerung in der konkreten Durchführung dann kaum verwirklicht werden bzw. aus verschiedenen Gründen gar nicht verwirklicht werden können. Die Kommunikation ist aber vor allem eine eindimensionale,weil sie sich nur zwischen der Bevölkerung bzw. einzelnen Individuen und der Verwaltung abspielt, und die Diskussion der Einzelnen untereinander in keiner Weise gefördert sondern unterschwellig sogar verhindert wird.

An sich wird eine verstärkte Partizipation in Angelegenheiten der STE von allen Befragten für wünschenswert gehalten. Grundsätzliche Bedenken äußerten nur die "Praktiker". Es sei in der Bevölkerung möglicherweise gar kein Wunsch nach Partizipation vorhanden, man solle den Leuten nichts aufpfropfen oder sie mit bestimmten Mitbestimmungskonzepten beglücken; Partizipation werde in Wien möglicherweise wirklich von den politischen Parteien und deren Organisationen abgedeckt; die Planer in der Zentrale seien überhaupt zu idealistisch, was die Aktivierung der Bevölkerung anbelangt. (Diese Meinung vertraten die beiden Sozialarbeiter). Partizipation sei auch insoferne problematisch, weil sich wahrscheinlich nur exponierte Gruppen und Persönlich-

keiten engagieren, und überhaupt rufe die Planungsmitbeteiligung falsche Hoffnungen hervor (ein Gebietsbetreuer).

Hemmnisse und Barrieren für eine Partizipation gibt es offenbar genug:
In der Verwaltung der Gemeinde Wien - die Koordination und die Kooperation zwischen den einzelnen Magistratsabteilungen sei sehr aufwendig und langwierig und oft eine "heikle" Sache; die Bürokratie an sich erschwere eine Partizipation beträchtlich; dazu komme die ausgeprägte Angst vieler Beamter und Politiker vor einer echten Bevölkerungsbeteiligung; Angst, daß unerwünschte Bedürfnisse geweckt werden könnten, Forderungen auftauchen könnten; dies führe dazu, daß politisch ambitionierte Aktivitäten der Bevölkerung, die nicht kanalisiert und berechnet werden können, relativ schnell "abgewürgt" werden.
In der Organisation der STE (Gebietsbetreuungen) - es gebe kein klares, für alle Gebietsbetreuungen gültiges Konzept, man habe nicht gelernt, mit Konflikten umzugehen; die Gebietsbetreuer seien - teilweise - gar nicht befugt, aktivierend zu wirken, sondern nur passiv beratend. In der Bevölkerung selbst - Mißtrauen und Angst gegenüber jeglichen Neuerungen, Resignation und Desillusionierung, Uninformiertheit und Desinteresse prägen offenbar einen Großteil der Betroffenen in den STE-Gebieten. Solche Gruppen, die willens und fähig sind, sich zu artikulieren, vertreten eher partikuläre, egoistische Interessen, z.B. die Sicherung ihrer Stellplätze.

6.4.3 Einsatz von GWA in der Stadterneuerung

Der Begriff "Gemeinwesenarbeit" ist überhaupt nur z.T. bekannt. Ich versuchte daher, der Problemstellung "GWA in der STE" über die möglichen Funktionen von Sozialarbeitern in der Gebietsbetreuung näher zu kommen.

Es gibt anscheinend zwei Defizitbereiche in den Gebietsbetreuungen, die durch die Gebietsbetreuer nicht oder nur unzureichend abgedeckt werden können: die soziale Betreuung von

Einzelpersonen und Problemgruppen und die Bearbeitung von auftauchenden Konflikten.

Die soziale Betreuung von Einzelpersonen und Problemgruppen, das heißt mit den Leuten reden, sie beraten und unterstützen - die anfallenden Probleme, oft aber nicht immer im direkten Zusammenhang mit STE-Maßnahmen, gehen oft über den Kompetenzbereich des Gebietsbetreuers hinaus, welcher als Architekt oder Raumplaner weder eine Ausbildung in Gesprächsführung noch in Umgang mit sozialen Problemen überhaupt hat. Der mögliche Einsatz von Sozialarbeitern in den Gebietsbetreuungen für die Durchführung dieser Tätigkeiten wird unterschiedlich beurteilt - von "eigentlich nicht notwendig" bis "unbedingt notwendig". Es scheint dies davon abzuhängen, inwieweit der einzelne Gebietsbetreuer aufgrund seines Engagements und seines Wissens überhaupt fähig und bereit ist, sich auf die soziale Problematik einzulassen. Es kommt da auch auf die "Feinkörnigkeit an, wie weit man hineingeht". So kann die Sozialbetreuung "recht reizvoll" sein und als die Psyche nicht belastend erlebt werden, aber auch als Überforderung angesichts der auftauchenden Probleme. Die beiden Sozialarbeiter halten eine soziale Betreuung sehr wohl für notwendig, jedoch könnte diese ihrer Meinung nach auch durch die bessere Ausnutzung der bestehenden Institutionen z.B. der MA 12 geschehen.

Die Bearbeitung von verschiedenen Konflikten. - Es treten im Zusammenhang mit STE-Maßnahmen oft Konflikte auf: Bei der Einrichtung einer Wohnstraße zwischen den Befürwortern und den Autobesitzern; Konflikte zwischen Einheimischen und Gastarbeitern; Konflikte zwischen alten Leuten, die nur ihre Ruhe wollen und den Kindern und Jugendlichen die Spielplätze brauchen und jede sich bietende Gegelenheit natürlich nutzen wollen; Konflikte zwischen Mietern und Hausbesitzern bzw. Hausverwaltung; Konflikte zwischen den Mietern untereinander. Die Gebietsbetreuer sind in unterschiedlichem Maße in die Konflikte involviert. Sie verstehen sich in dieser Vermittlerrolle durchaus selbst als Sozialarbeiter und glauben, eher keinen eigens

dafür zuständigen professionellen Sozialarbeiter zu brauchen. Der Referatsleiter der MA 12 könnte sich einen Gemeinwesenarbeiter als "Katalysator" verschiedener Interessen vorstellen, allerdings müßte er dann in der ganzen Konzeption der STE einen politischen Rückhalt haben, was zur Zeit offenbar in keiner Weise gegeben ist. Die beiden Sozialarbeiter sind diesbezüglich etwas skeptisch. Ein eigener Sozialarbeiter sei in der STE nicht nötig, es wäre aber vorstellbar, daß ein Sozialarbeiter quasi als Konfliktmanager im Hintergrund zur Verfügung steht, um dann helfend einzugreifen, wenn die in der Bevölkerung vorhandenen Fähigkeiten zur Konfliktaustragung wirklich nicht ausreichen. Es solle dadurch der Selbsthilfeansatz gefördert werden und der Tendenz entgegengetreten werden, daß alles durch Professionisten verwaltet, kontrolliert und "gemanaget" werden müsse.

Die Aktivierung und Mobilisierung der Bevölkerung - Der Einsatz von Sozialarbeitern, um die oben angeführten Partizipationsbarrieren abzubauen, die Leute zur Selbstorganisation zu mobilisieren, wird nur von drei Befragten befürwortet. Es sind dies Theoretiker - Sozialwissenschaftler und Planer. Die anderen halten dies nicht für wichtig oder notwendig bzw. unter den gegebenen Umständen für völlig illusorisch. Diese Funktion kommt noch am ehesten dem nahe, was man unter GWA im Sinne der Community Organization versteht. Und gerade das scheint in Wien nach den Erfahrungen der letzten Jahre so gut wie unmöglich zu sein.

Wer von den Befragten seit längerem mit dem Thema "Sozialarbeit in der Stadterneuerung" zu tun gehabt hat, gibt resigniert zu verstehen, daß dies ein leidiges Thema in Wien sei. Die Initiative zur Einbeziehung von Sozialarbeitern in die STE war immer wieder von einigen engagierten Planern im Rathaus ausgegangen. Die MA 12 bzw. die ihr eingegliederte Abteilung für die Erwachsenenbetreuung, reagierte offenbar nicht gerade begeistert, aber es kam immer wieder zu magistratsinternen Besprechungen, jedoch ohne greifbares Resultat. Es

dürfte nicht nur an der Budgetknappheit liegen, daß keine zusätzlichen Posten für speziell in der STE arbeitende Sozialarbeiter bewilligt werden; der Einsatz von Sozialarbeitern in der STE im Rahmen von GWA ist "politisch unerwünscht". Es hat angeblich auch Versuche gegeben, ein extern finanziertes GWA-Team, welches der Gemeinde "fast nichts" gekostet hätte, in der STE mitarbeiten zu lassen. "Und auch das ist irgendwo eingegangen."

Es gibt nur Vermutungen, Hinweise, was die Hintergründe dieser Stagnation sein könnten: Bequemlichkeit, Sturheit, Budgetknappheit, Kooperationsbarrieren, persönliche Animositäten innerhalb der Verwaltung; die Angst der Bezirkspolitiker, es könnte in irgendeiner Weise "Staub aufgewirbelt" werden; wenig Interesse von Seite der MA 12 in die STE "einzusteigen", man hat sich bereits einmal in Ottakring sozusagen die Finger verbrannt; die Sozialarbeiter selbst fühlen sich ausgenutzt, verheizt und weigern sich mehr oder weniger, unter den gegebenen Umständen (kein einheitliches, von allen Beteiligten akzeptiertes längerfristiges Konzept, kein politischer Rückhalt, keine Planposten) in der STE zu arbeiten.

Unter diesen Gegebenheiten ist es nicht sonderlich verwunderlich, daß man wieder "bei Null" angelangt ist. Stadterneuerung und Gemeinwesenarbeit scheint in Wien ein gordischer Knoten zu sein.

6.4.4 Schlußfolgerungen

Soweit sich aus den Ergebnissen der Experteninterviews auf die tatsächliche Situation in Wien schließen läßt, sind die Barrieren für Gemeinwesenarbeit ähnlich gelagert wie in der BRD. Gemeinwesenarbeit als eine Methode der Sozialarbeit dürfte kaum Chancen haben, einen Beitrag zur STE leisten zu können. Es gibt jedoch Hinweise, daß GWA als Arbeitsprinzip durchaus von verschiedenen Personen und Institutionen bereits ansatzweise angewendet wird.

Die Gebietsbetreuer versuchen teilweise, die Selbstorganisation zu fördern, indem sie Hausgemeinschaft anregen und Mieterinitiativen unterstützen. Sozialarbeiter gehen mehr dazu über, auch "Einzelfälle" in ihrer Eingebundenheit im gesellschaftlichen System und der regionalen Umwelt zu sehen und zu bearbeiten. Es gibt Versuche, die Koordination zwischen verschiedenen Dienststellen auf horizontaler Ebene zu fördern. Die Verwaltung hat in den letzten Jahren mehrere Dienststellen in die Bezirke hinaus verlegt bzw. dort neue geschaffen, um der "Bürgernähe" willen, wie es offiziell heißt: im Bereich der MA 12 - Sozialamt - Außenstellen des Referates für spezielle Familien- und Individualhilfe, die sozialen Stützpunkte des Referates für die Sozialen Dienste; im Bereich des Kulturamtes die neuen Bürgerdienststellen. Eine Kooperation all dieser Dienststellen untereinander wird offenbar jedoch stark vernachlässigt, es scheint gar nicht sonderlich erwünscht zu sein. Die Gründe dafür liegen möglicherweise in persönlichen Verhalten: Konkurrenzverhalten, eifersüchtiges "Bewachen" von Kompetenzen, Profilierungsdrang. Was sich schon innerhalb der Organisation der STE abzeichnet, nämlich daß ein zu enger Kontakt und Informationsaustausch zwischen den einzelnen Gebietsbetreuungen ohne Einschaltung der Zentrale im Rathaus gar nicht so gerne gesehen wird, läßt sich auch bei den genannten dezentralisierten Stellen feststellen. Es scheint hauptsächlich eine Ebene der Kommunikation zu geben - die zwischen Zentrale und der jeweils dezentralen Stelle. Es wird jedoch in keiner Weise sichergestellt, daß z.B. der Gebietsbetreuer weiß, welche von diesen Dienststellen sich in seinem Gebiet befinden, welche Aufgaben sie haben, was er an sie delegieren könnte. So wendet er sich mit sozialen Problemfällen dann oft an den Bezirksvorsteher persönlich, obwohl die eigentlichen Fachleute vielleicht in einer Außenstelle der MA 12 und womöglich sogar im selben Bezirk sitzen.

Einer Fülle von Ansätzen gemeinwesenorientierter Dienstleistungen in der Gemeindeverwaltung stehen eine wahrscheinlich noch größere Fülle von Barrieren und Hemmnissen gegen-

über. Und was dann noch an positiven Ansätzen übrigbleibt, wird möglicherweise durch Reibungsverluste gänzlich neutralisiert.

6.5 Zur Geschichte der Gemeinwesenarbeit in Wien

6.5.1 Ottakring

Es gab in Wien bis jetzt nur ein deklariertes GWA-Projekt, das von der Gemeindeverwaltung durchgeführt und finanziert worden ist:den Modellversuch Stadtteilbezogene Sozialarbeit in Ottakring 1975 bis 1977. Die Initiative dazu war von drei Sozialarbeitern des Referates für Spezielle Familien- und Individualhilfe der MA 12 ausgegangen. Aufgrund der zunehmenden Größe dieses Referates ergab sich außerdem "zwangsläufig das Problem der regionalen Dezentralisierung der Sozialarbeiter. ... Zum zweiten erschien es dringend notwendig, die Frage der Gemeinwesenarbeit und insbesondere auch der Nachbarschafthilfe in der praktischen Anwendung zu prüfen.[1)]

Im Konzeptentwurf wurde GWA durchaus schon als Arbeitsprinzip verstanden, das in allen Bereichen der Sozialarbeit angewendet werden kann: im Bereich der Einzelfallhilfe (z.B. Altenhilfe), des groupwork (z.B. Angehörigengruppen im medizinischen Bereich, Aktivitäten der Volkshochschule) und der Öffentlichkeitsarbeit. Man unterschied in dem Konzept zwischen funktionalem, sozialtherapeuthischem, radikaldemokratischem Ansatz und kam zu dem Schluß, daß schon die Verfolgung einer radikaldemokratischen Strategie "nach den in Wien bisher gemachten Erfahrungen zu enormen Schwierigkeiten auf politischer Ebene führen und das gesamte Projekt gefährden" könne. "Die Tatsache, daß unser Anstellungsträger eine kommunale Behörde ist sowie das weitgehende Fehlen von erfolgreichen Modellen mit radikaldemokra-

---

1) Der Leiter des Sozialamtes H.Drapalik im Vorwort zu: Bastecky/Kügler/Zopp, Modellversuch Stadtteilbezogene Sozialarbeit, ein Erfahrungsbericht, Wien o.J.).

tischem oder gesellschaftlichem Ansatz legen eine Beschränkung auf die funktionale und sozialtherapeutische Ebene nahe.[1)]

Die Mitarbeit des GWA-Teams bei der Stadterneuerung im Assanierungsgebiet Ottakring ware ursprünglich nicht geplant gewesen. Sie kam auf Initiative der Baudirektion und der MA 21 zustande. Das GWA-Team sollte an der Sozialplanung mitwirken, was nach eigener Einschätzung dann aber nicht gelungen ist.

"Die angestrebte Befähigung der Bewohner zu echter Mitbestimmung am Planungsvorhaben ist nicht gelungen. Ungewollt haben die Sozialarbeiter dabei mit ihren Gesprächen und Interviews die Legitimation für den Partizipationsanspruch der Planungsabteilung geliefert. Die wesentlichen Entscheidungen über die tatsächlichen Assanierungsmaßnahmen fallen aber auf Ebenen, die derzeit weder durch die Bewohner, noch durch die Sozialarbeit beeinflußbar sind."[2)]

Gerade jene Ansätze, die auf eine Partizipation der Bevölkerung ausgerichtet waren, ließen sich am wenigsten verwirklichen. Besonders kraß zeigte sich das in der Geschichte des "Assanierungsvereines Ottakring", jenes Projektes im Rahmen der Arbeit des GWA-Teams, das nach eigener Einschätzung" am meisten den methodisch-theoretischen Ansätzen der Gemeinwesenarbeit entspricht", das meiner Meinung nach aber auch über den funktionalen und den sozialtherapeutischen Ansatz hinausgeht. Das GWA-Team wollte hier einen Bewohnerverein initiieren, der die Interessen der Bewohner gegenüber den Haus- und Grundbesitzern vertreten sollte. Das Projekt scheiterte nach Einschätzung der Sozialarbeiter im wesentlichen aus zwei Gründen: Uninformiertheit und Desinteresse der Be-

---

[1)] Ebd. S.11

[2)] Bastecky/Kügler/Zopp, S.15.

wohner und die Entschlossenheit der SP-Bezirksorganisation, eine Organisation der Bevölkerung außerhalb des eigenen Einflußbereiches nicht zu tolerieren.

Man könnte die "Geschichte" dieses Vereines fast als klassisches Beispiel dafür bezeichen, wie man es nach der methodischen Vorgangsweise z.B. der Community Organization nicht machen soll. Denn dieser Verein war die Idee von Außenstehenden und wurde der Bevölkerung aufgepropft. Außerdem waren die Partizipationsbarrieren und die herrschenden politisch-sozialen Strukturen nicht genügend berücksichtigt worden. Dieses Projekt hat sich im Vergleich zu dem eher vorsichtigen Konzept offensichtlich "selbständig gemacht".

Mitte der 7Oer Jahre war man sich der generellen Problematik solcher GWA-Projekte sich noch nicht so bewußt wie heute, da man (in der BRD) auf eine ganze Reihe gescheiterter Versuche zurückschauen kann. Man kann sicher nicht sagen, daß nur die Sozialarbeiter im GWA-Team illusorische Vorstellungen über die Mobilisierbarkeit der Bewohner und die Elastizität der politischen Strukturen hatten. Der Arbeitsgemeinschaft, die den Assanierungsverein vorbereitet hatte, gehörten neben dem GWA-Team auch die Planungsexperten der MA 21, der Baudirektion und freischaffende Architekten an sowie Mitglieder der "Jungen Generation Ottakring". Wie bei der Auswertung der Experteninterviews bereits beschrieben, richtet sich ein leiser Vorwurf von Seite der Sozialarbeiter gerade an die Planer, daß die viel zu idealistisch seien.

Die Folgen dieses "Ausfluges in die politische Aktivität" waren jedenfalls für die Mitwirkung von Sozialarbeitern in der Stadterneuerung eher negativ. Gemeinwesenarbeit ist seither "politisch-unerwünscht", ein Reizwort für viele Bezirkspolitiker. Die Sozialarbeiter waren frustriert, die MA 12 ließ sich auf keine Experimente mehr ein. Es haben sicher auch andere Faktoren diese ungünstige Entwicklung beeinflußt, z.B. die administrative Trennung zwischen Planungs-

und Durchführungsphase in den STE-Gebieten, die jeweils verschiedenen Stadträten zugeordnet sind.

Es muß an dieser Stelle aber auch festgestellt werden, daß das "Modellprojekt Stadtteilbezogene Sozialarbeit" in Ottakring durchaus auch erfolgreich war, in Bereichen, die nicht so spektakulär sind wie der Assanierungsverein. Das GWA-Team baute ein horizontales Kommunikationsnetz zwischen den in Ottakring bestehenden Sozialen Diensten und Institutionen auf, die regionale Kooperation wurde sehr gefördert. Die MA 12 hat in der Folge wirklich dezentralisierte Aussenstellen eingerichtet. In einer dieser Außenstellen im 15. Bezirk arbeitet z.B. jene Sozialarbeiterin, die im GWA-Team mitgearbeitet hatte. Ihre Zusammenarbeit mit der Gebietsbetreuung Ottakring ist heute noch sehr gut. Wenn die Gebietsbetreuer einen "sozialen Problemfall haben, mit dem sie sich überfordert fühlen, dann wenden sie sich an die Sozialarbeiterin um Unterstützung. Diese meiner Meinung nach vernünftige Vorgangsweise ist bei den anderen Gebietsbetreuungen offensichtlich nicht einmal bekannt.

6.5.2 Gumpendorf

Im Gegensatz zum GWA-Projekt in Ottakring gab es in Gumpendorf kein einziges "richtiges" GWA-Projekt, sondern viele aufgesplitterte Aktivitäten, deren Beurteilung höchst unterschiedlich ausfällt: von "sehr positiv, da hat sich viel getan" bis "dilettantisch und verantwortungslos". Die Entwicklung Gumpendorf läßt sich grob in zwei Phasen einteilen: eine sehr aktive Phase von 1978 bis 1980 und eine stagnierende Phase von 1981 bis jetzt.

1. Phase:
Im STE-Gebiet Gumpendorf arbeitete die Planungsgruppe Raumordnung und Stadterneuerung (Architekten Kroy und Fuchs u.a.) an der "Erstellung der notwendigen Unterlagen zur Assanierungsgebiets-Verordnung in Zusammenarbeit und Abstimmung mit der

Bevölkerung. ... Die sich im Zuge der Bearbeitung ergebende Verlagerung des Schwergewichtes der Bemühungen auf das 'Soziale' wurde vom Auftraggeber als problemangepaßt akzeptiert und unterstützt."[1] Die Architekten konnten offensichtlich einen guten Kontakt zur Bevölkerung herstellen und die Leute motivieren, selbst aktiv mitzumachen. Es wurde in der Bevölkerung ein "Betreuungs-Bedürfnis" geweckt. Damit schien "ein optimaler Zeitpunkt für den Einstieg eines Gemeinwesenarbeiters gegeben".[2]

Bereits im Jahre 1979 war das Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Sozialen Wohlfahrt aktiv geworden, um in Gumpendorf ein GWA-Modell durchzuführen. Im Rahmen der Aktion des Sozialministeriums "Kampf gegen die Armut" wurde ein GWA-Modell für den ländlichen Raum in Schönau im Mühlviertel eingerichtet. In Gumpendorf sollte ein vergleichbares Projekt für den städtischen Raum durchgeführt werden. Das Europäische Zentrum erarbeitete dafür im März 1979 eine Vorstudie im Auftrag des BMSV, welches sich auch an der Finanzierung des Projektes beteiligen wollte. Die Priorität für den Einsatz von GWA in einem Assanierungsgebiet im Gegensatz zu einem Stadterweiterungsgebiet ergab sich laut D.Hoffman aus Gesprächen mit dem Architektenteam des Referates STE (MA 21). Es waren dies dieselben Herren, die sich bereits in Ottakring für den Einsatz von Sozialarbeitern engagiert hatten.

"An der Akademie für Sozialarbeit der Gemeinde Wien kam eine Projektgruppe von Studierenden zustande, die unter der Projektberatung von Dr.Fritz Leitner (MA 12) und von Dr.Dimiter M.Hoffmann (Europäisches Zentrum) das Einbinden von Gemein-

---

[1] Planungsgruppe Raumordnung und Stadterneuerung, Gemeinwesenarbeit und Stadterneuerung, Wien, Nov. 1980, S.8.

[2] Ebd.

wesenarbeit in eine stadtplanerische Gebietsbetreuung erproben sollte.[1)]

"Im Schuljahr 79/80 wurde dieses Projekt unter der Leitung von Dr.Leitner (MA 12) und Dr.Hoffmann (Europäisches Zentrum für soziale Wohlfahrt) erstmals durchgeführt und soll fortgesetzt werden, wobei die Studenten auch in ihrem Praktikum im Stadterneuerungsgebiet arbeiten werden. Die Studenten führen Hausbesuche durch, organisieren Kindernachmittage und hatten die Idee zum Stadtteilfest, bei dessen Durchführung sie den Verein unterstützten. Der große Vorteil für die Gemeinwesenarbeit liegt einerseits darin, daß engagierte Studenten mit dem Berufsbild Gemeinwesenarbeiter konfrontiert werden und andererseits, daß gemeinsam eben viel mehr gemacht werden kann und zwar ohne Mehrkosten für den Steuerzahler."[2)]

Diese Aktivitäten wurden jedoch keineswegs nur erfreut aufgenommen. Besonders kritisch schätzt ein mit GWA und STE befaßter Sozialwissenschaftler der Arbeiterkammer die Schulprojekte in Gumpendorf ein. "Es waren alles sehr engagierte Leute, sehr liebe Leute. Aber sie haben das erstens im Rahmen des Projektes gemacht, in der Schule Gemeinwesenarbeit und nicht professionell. Nicht im negativen Sinn professionell, sondern daß sie halt nicht von der Gemeinde unterstützt worden sind, daß man gesagt hätte, ihr seids dafür zuständig, sondern eben freiwillig. Sie waren überhaupt nicht ausgebildet dafür. Das ist ja auch ein Witz. Keine Ahnung über Stadterneuerung, keine Ahnung von Mietrecht, keine Ahnung von den Vorgängen in der Stadterneuerung. ... Da kann er noch so einen guten Willen haben. ... Es hat alles zu einem totalen Wirrwarr geführt."[3)]

---

1) Ebd.

2) D.Hoffmann, in:Planungsarbeit und Stadterneuerung, S.15

3) G.Fuchs/H.Pawera, in: Gemeinwesenarbeit und Stadterneuerung, S.12.

Auch einer der beiden Leiter dieser Projektgruppe beurteilte das Ergebnis eher skeptisch:"Wir haben dort einen GWA-Ansatz versucht im Rahmen eines Schulprojektes der Sozialakademien gemeinsam mit dem Europäischen Zentrum. Die Schüler sind zu den Leuten gegangen, haben mit ihnen über die Probleme gesprochen, Konflikte mit Nachbarn, Gastarbeiterprobleme. Dann haben sie an Besprechungen teilgenommen. Dann war das Projekt aus. Ja, dann haben sie einen Spielplatz gemacht, ein Fest veranstaltet. Ich wollte wissen was Sozialarbeit dort ist, welche Rolle ein Sozialarbeiter im Rahmen eines Stadterneuerungsgebietes spielen kann. Bei der derzeitigen Konzeption ist er erschossen. Er kann sich um Einzelprobleme kümmern. So aber ist es fast schade um die personellen Ressourcen." (Int.Nr.1)

Das angepeilte GWA-Modellprojekt kam nicht zustande. Es kam in Gumpendorf gar nichts mehr zustande. Im September 1980 wurde die Gebietsbetreuung eingestellt, das erst im Jänner 1980 eröffnete Informationslokal wieder geschlossen.[1] Der nunmehr zuständige Stadtrat Hatzl - die Planungsphase war abgeschlossen - hatte offensichtlich überhaupt kein Interesse an solchen Aktivitäten. Das Gebietsbetreuungslokal blieb eineinhalb Jahre geschlossen.

2.Phase:
Noch im Jahr 1981 gab es wieder magistratsinterne Besprechungen zum Thema Sozialarbeiter in der Stadterneuerung. Auf Initiative des Koordinationsbüros und unter Mitarbeit einiger Sozialarbeiter der MA 12 wurde ein Konzept "Stadtteilbezogene Sozialarbeit im Rahmen der Stadterneuerung" ausgearbeitet.[2] Dieses umfangreiche Konzept enthält sehr viele Vorschläge, was getan werden könnte, müßte, aber sehr wenig

---

1) Siehe A.Coffey/F.Köppl, Stadterneuerung in Wien, Analysen und Vorschläge, Wien 1983.

2) Magistrat der Stadt Wien, Magistratsdirektion-Koordinationsbüro Stadtteilbezogene Sozialarbeit im Rahmen der STE, Wien 1982.

konkrete Hinweise, wie ein Sozialarbeiter dies in die Realität umsetzen könnte. Außerdem scheinen die Anforderungen an den Sozialarbeitern in keiner Relation zu stehen zu seiner gegenwärtigen Ausbildung. Es wird da beinahe Utopisches erwartet von einer stadtteilorientierten Sozialarbeit. Der Begriff "Gemeinwesenarbeit" oder "Gemeinwesenansatz" kommt in dem Paper nicht mehr vor, obwohl in diesem Konzept meiner Meinung nach mehr GWA-Ansätze zu finden sind als z.B. in dem Konzeptentwurf für den Modellversuch Ottakring. Die vorsichtig skeptische Haltung der MA 12 (man mußte denen das förmlich "aufdrängen") scheint verständlich, sind doch die Erwartungen der "Planer" an die Sozialarbeiter illusorisch hoch gesteckt.

Eine Sozialarbeiterin, die bei der Ausarbeitung des Konzeptes dabei gewesen war (jene Sozialarbeiterin, die in Ottakring bereits Erfahrungen gesammelt hatte, hat nach eigener Aussage dankend abgelehnt), versuchte im Sommer 1982 neben ihrer Tätigkeit in einer Außenstelle der MA 12 einen Einblick im STE-Gebiet Gumpendorf zu bekommen.[1] Sie beschreibt die Arbeit im Gebietsbetreuungsteam als relativ schwierig. Die ursprünglich vom Stadtrat Stacher zugesagten zwei Planposten für die stadtteilbezogene Sozialarbeit in Gumpendorf wurden dann aus unklaren Gründen doch nicht genehmigt. Die Gebietsbetreuung Gumpendorf bekam keinen Sozialarbeiter, dafür aber Anfang Mai 1983 einen Schreibtisch. "Der Schreibtisch ist vor drei Wochen gekommen. Wir haben keinen bestellt, also kann es nur ein Schreibtisch für einen Sozialarbeiter sein." (Int.Nr.11)

Gegen theoretische Forschungsarbeiten mit einem GWA-Ansatz hat die Gemeinde Wien offensichtlich nichts einzuwenden, nur in die Praxis umgesetzt soll offenbar nichts werden.

---

[1] Siehe MA-interer Bericht: Stadtteilbezogene Sozialarbeit im Rahmen von STE.

6.5.3 Gemeinwesenorientierte Ansätze außerhalb der Verwaltung und GWA-Projekte in Österreich

Hier wären vor allem der "Club Bassena" und das "Nachbarschaftshilfezentrum" eine genauere Untersuchungswert.Der Club Bassena in der Per Albin Hansson-Siedlung im 10.Wiener Gemeindebezirk spricht vor allem die Frauen dieser Stadtrandsiedlung an und versucht durch gemeinsame Tätigkeiten vom Basteln bis zu politischen Diskussionen die Identität und das Selbstwertgefühl der Frauen zu stärken, sie zu aktivieren, solidarisch zu handeln und ihre Interessen wahrzunehmen.

Das Nachbarschaftshilfezentrum im 3.Bezirk konzentriert sich - der Name weist schon darauf hin - auf den Aufbau zwischenmenschlicher nachbarschaftlicher Beziehungen. Es wird zumindest eine Kontaktmöglichkeit angeboten. "Mit der Nachbarschaftshilfe soll in kontaktarmen Wohngebieten ein Modell des Zusammenlebens entwickelt werden, indem die Angst vor den Menschen schrittweise reduziert und eine Vertrauensgrundlage aufgebaut wird. 'Nachbarn' werden miteinander, bei unterschiedlichen Aktivitäten bekanntgemacht und haben in Gruppensituationen Gelegenheit, Vertrauen zueinander zu finden."[1] Dieses Zentrum spricht hauptsächlich die gebildete Mittelschicht an. Randgruppen werden bereits vom Angebot her eher ausgeklammert.

Der Club Bassena und das Nachbarschaftshilfezentrum sind deswegen so interessant, weil sie ganz gezielt im Reproduktionsbereich, im konkret erlebten Alltag arbeiten. Der Club Bassena ist übrigens SP-nahe, das NHZ VP-nahe. Es gibt eine beträchtliche Konkurrenz, wer was zuerst gemacht hat, und wer was vom anderen abgeschaut und es als die eigene Idee "verkauft" hat.[2]

---

1) I.Hildebrandt, Zwei Jahre Nachbarschaftshilfe, Projekt Barichgasse 8, in: SIÖ 58, S.45.

2) Diesen Eindruck gewann ich jedenfalls aus Gesprächen mit einem Mitarbeiter des NHZ und mit der Leiterin des Club Bassena.

Weitere GWA-orientierte Ansätze sind in den Aktivitäten der Volkshochschule und des "Werkstätten- und Kulturhauses" (WUK) zu finden.

In Österreich laufen mehrere Projekte mit GWA-Ansatz. Einige sind schon abgeschlossen. Für die Thematik GWA und STE könnte eventuell das Projekt Krems-Lerchenfeld interessant sein.
Steyr-Resthof - kirchlich orientierte stadtteilbezogene Sozialarbeit in einem Neubaugebiet.[1)]
Linz-Auwiesen - Gemeinwesenarbeit in einem Neubaugebiet am Stadtrand. Die Problematik eines "sozialen Wohnbauprojektes" liegt dort bereits offen da: "Diese positiven sozialpolitischen Initiativen der Stadt drohen aber im hohen Maß zum Scheitern verurteilt bzw. auf reine Alibiaktionen reduziert zu werden. In erster Linie deshalb, weil die Höhe und laufende Steigerung der Wohnkosten gerade den sozial Schwachen neue bzw. unüberbrückbare Hindernisse in den Weg stellt. So häufen sich bereits Kündigungen und Delogierungen wegen Zahlungsverzugs.[2)]
Graz-St.Leonhard - Ziel ist die Integration verschiedener Sozialinstitutionen zu einem Sozialzentrum.
Schönau - Modellprojekt Gemeinwesenarbeit im ländlichen Raum. Besonders bemerkenswert ist meiner Meinung nach hier eine ausgeprägte "Kopflastigkeit". Einer außerordentlich aufwendigen und komplizierten Projektorganisation und einem Forscherteam stand ein einziger in der Praxis tätiger Gemeinwesenarbeiter gegenüber.
Eisenerz - Die Kleinregion Eisenerz wurde als zweites Projekt nach Schönau ausgewählt. Diesmal wurde die Sozial- und Regionalökonomie Forschungsgesellschaft m.b.H. mit der wissenschaftlichen Begleitung und der Evaluation beantragt.[3)]

---

1) Siehe Karl Queteschiner, Gemeinwesenarbeit Resthof, Linz Juli 1982.

2) Projekt Gemeinwesenarbeit in Auwiesen, Manuskript für das Seminar "Gemeinwesenarbeit" in Strobl im Juni 1983, S.1.

3) Siehe P.Schneidewind, Einsatzmöglichkeiten der Gemeinwesenarbeit in der Kleinregion Eisenerz, Wien 1981 ders. Modellversuch Gemeinwesenarbeit Eisenerz, Das erste Jahr Wien 1982.

Eine Analyse all dieser Projekte könnte insoferne interessant sein, als vielleicht Hinweise zu finden sind, wie theoretische Überlegungen in den Praxisalltag umgesetzt werden können. Man muß sich jedoch darüber im klaren sein, daß die Bedingungen in jeder Stadt, möglicherweise sogar in einem jeden Stadtviertel wieder anders sein können und jeweils gründlich durchgearbeitet werden müssen.

7.1 Stadterneuerung und Verkehr

Die technische Entwicklung neuer immer schnellerer Fortbewegungsmittel, insbesondere des motorisierten Kraftfahrzeuges und dessen massenhafte Produktion und Verwendung hat zu zahlreichen sozialen, gesellschaftlichen, ökonomischen und städtebaulichen Nebeneffekten geführt, die zunehmend öffentliche Diskussionen und Auseinandersetzungen verursachen. Im folgenden soll vor allem die Bedeutung dieser Entwicklung für das städtebauliche Gefüge, besonders aber für jene Stadtteile, die heute als Problembereiche der Stadterneuerung bezeichnet werden, herausgearbeitet werden.

Der individuelle Nutzen eines privaten Kraftfahrzeuges drückt sich vor allem in seiner flächenhaften Raumwirksamkeit und in einer Verringerung der Reisezeit im unmittelbaren Vergleich zu alternativen Verkehrsarten aus. Mit dem Anstieg des Wohlstandsniveaus der letzten 30 Jahre eng verknüpft ist aber eine Massenmotorisierung, die in den nicht für ein derartiges Verkehrsaufkommen gebauten Stadtstrukturen diesen Zeit- und Erreichbarkeitsvorteil der privilegierten Frühnutzer des Pkw's durch Staus und Parkplatzmangel wieder reduziert oder gar aufhebt. Um diesen individuell spürbaren Reisezeitverlust wettzumachen, konzentrierte sich die Verkehrspolitik besonders auf die Beschleunigung bzw. Aufrechterhaltung eines hohen Geschwindigkeitsniveaus für die motorisierten Fortbewegungsmittel. Bei dieser an individuellen Mikro-Vorteilskalkülen orientierten Politik der Beschleunigung, in die Politiker und Planer als Frühnutzer des Pkw's ihre subjektiven Interessen einbrachten,wurden zwei Phänomene übersehen:

1) Auch bei Vollmotorisierung werden weniger als 50% der Wege mit dem Pkw zurückgelegt;
2) Die Beschleunigung wurde und wird nicht in eine Reduktion des Zeitaufwandes für Verkehrszwecke umgesetzt, sondern in eine Verlängerung der Wege. Bei gleichbleibender Zahl der Ortsverlängerung und konstantem durchschnittlichem Zeitaufwand für Verkehrszwecke wachsen Fahrgeschwindigkeit und Weglänge.

Voraussetzung für diese Entwicklung war und ist der massive Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Heinze G.W. 1978).

Ausgehend von der in Punkt 2) dargestellten Tendenz zur Verlängerung der Wege begannen sich die städtischen Funktionen räumlich auseinander zu entwicklen, die bauliche Erschließung erfolgte in die Fläche, die öffentlichen Verkehrsmittel verloren durch ihre Liniengebundenheit an Attraktivität, es entstand eine zunehmende Abhängigkeit vom privatem Kraftfahrzeug - auch motorisierte Zwangsmobilität genannt (Linder/Maurer/Resch, 1975).

Verbunden mit der Politik der Beschleunigung und der davon ausgelösten Zunahme der Zwangsmobilität wuchsen aber auch soziale und ökologische Kosten, die besonders in den Stadterneuerungsgebieten geballt auftreten:

- mit zunehmender Transportgeschwindigkeit und der zunehmenden Quantität schneller Verkehrsmittel steigt der Flächenbedarf für Verkehr stark an. Besonders im dicht verbauten Stadtgebiet entsteht dadurch enormer Druck auf die wenigen noch vorhandenen Naherholungsflächen, die entweder in Verkehrsflächen umgewandelt werden oder in ihrem Erholungswert stark abgemindert werden;
- der Straßenraum selbst verliert seine ursprüngliche Funktion Kommunikations- und Bewegungsraum zu sein, Kinder verlieren die Straße als Bewegungs-, Frei- und Lernraum;
- die Straße wird zur Gefahrenquelle: jährlich werden in Wien zwischen 9 und 10 000 Menschen bei Verkehrsunfällen verletzt, 2 000 davon schwer, 150 tödlich. Besonders betroffen sind Kinder, ältere Menschen und Fußgänger;
- tagsüber fühlt sich jeder dritte, nachts jeder vierte Wiener durch Verkehrslärm belästigt;
- 75% aller Luftschadstoffe in Wien werden durch Verkehr verursacht;
- die Kosten für Ausbau und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur

steigen rasch an und tragen zur Finanzierungskrise der öffentlichen Hand wesentlich bei (von 1970 bis 1982 stiegen die Ausgaben für Straßen und U-Bahn in Wien um 220% inklusive Bundesstraßen), die Ausgaben des Gesamtbudgets nahmen nur um 140% zu);

- auch die Ausgaben im privaten Sektor verlagern sich auf Verkehrsausgaben;

Tab.: Anstieg der Aufwendungen für Verkehr in der BRD bei Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen

	für Verkehr	für Kfz
1958	4,2%	1,7%
1977	15,3%	12,2%

Quelle: G.W.Heinze, Zur Theorie des Verkehrswachstums, 1978

- soziale Ungleichheiten werden verstärkt, denn trotz der bereits jetzt spürbaren enormen Folgeprobleme des motorisierten Individualverkehrs

  verfügt nur 30% der Bevölkerung unmittelbar über einen Pkw,
  werden nur etwa 40% aller Wege mit dem Pkw zurückgelegt,

  jedoch

  beträgt die Reisezeit im Berufsverkehr in Wien für Pkw-Besitzer 22,5 Min.im Durchschnitt für ÖV-Benutzer aber 45 Min.,
  benutzen 60% der berufstätigen Männer einen Pkw bei der Fahrt zum Arbeitsplatz, aber nur 30% der Frauen,
  sind nur 20% der Pensionistenhaushalte motorisiert.

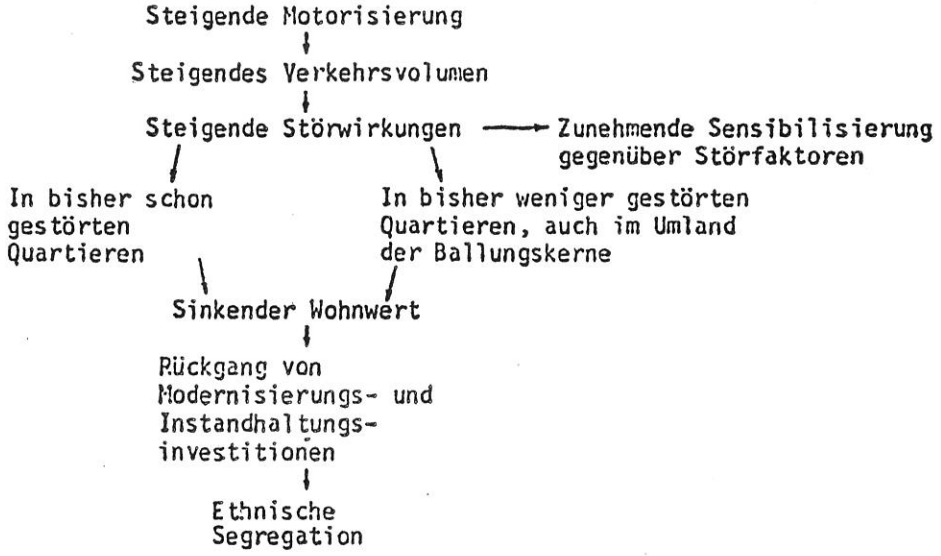
Die Verringerung bzw. die Abwertung der Naherholungsflächen, die Monofunktionalisierung des Straßenraumes für Verkehrszwecke und die Abminderung von Wohnqualität durch Lärm und Abgase führen

- zu vermehrten Fahrten zu entfernter gelegenen Erholungseinrichtungen;

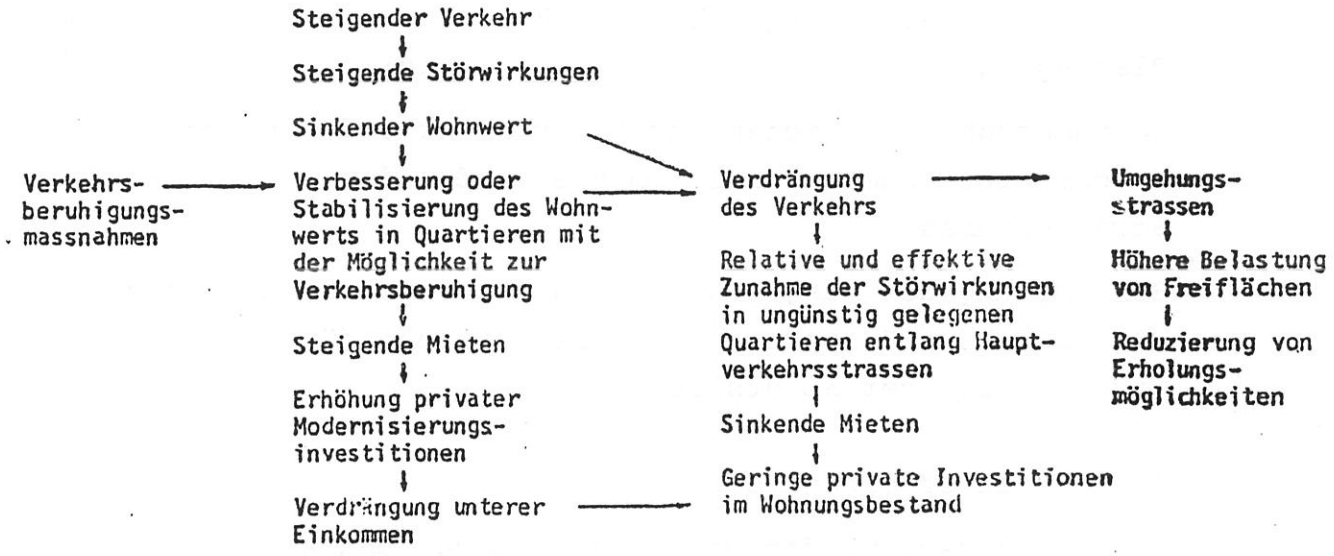
- zur Flucht ins Wochenend- und Zweithausexil und damit zum Abfluß enormer Kapitalmengen (in Wien etwa 15 - 30 Mrd. S in den letzten 20 Jahren, E.Lichtenberger, Die Stellung der Zweitwohnung im städtischen System - Das Wiener Beispiel 1980)
- zur Stadtflucht oder Randwanderung kapitalkräftiger Bevölkerungsschichten an den Stadtrand, von wo sie wiederum mit dem Pkw ihren Arbeitsplatz im Stadtbereich zu erreichen suchen.

Insgesamt entsteht zusätzlicher Verkehr, werden die Wege länger, nehmen die sozialen und ökologischen Kosten bei Verringerung der Umwelt- und Lebensqualität zu. Die von diesem "Teufelskreis" verursachten Probleme treten räumlich konzentriert in den dicht bebauten, zunehmend von sozial schwachen Bevölkerungsschichten bewohnten erneuerungsbedürftigen Gebieten der Stadt auf. Es entsteht eine Tendenz zu, unter Schlagwörtern wie "Verslumung" und "Entstädterung" bekannten Entwicklungen.

Die beschriebene Wirkung läßt sich grob schematisiert in folgender Wirkungskette zusammenfassen:



Daß partielle Lösungsansätze im Verkehrsbereich, wie etwa Verkehrsberuhigung in einigen wenigen Gebieten oder Straßen keine Bewältigung des Problems insgesamt bedeuten,soll die nächste Wirkungsstätte veranschaulichen:



Quelle: Bundesminister für Raumordnung und Städtebau, Städtebauliche Forschung, Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, Teil 2, 1983

Wesentlichster Ansatzpunkt für Lösungsmaßnahmen ist also am Beginn der Wirkungskette zu suchen: die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrsaufkommens. Dazu ist aber eine Reorganisation des städtischen Verkehrs und auch der städtischen Verkehrspolitik notwendig.

7.2 Neue Ziele der Verkehrspolitik

Ansätze zu einer geänderten Verkehrspolitik im städtischen Bereich hätten etwa folgende Zielrichtungen zu verfolgen:

- Verringerung der Beförderungsweiten durch absoluten Vorrang der Flächennutzungsplanung vor der Verkehrsplanung;
- Schrumpfung von motorisiertem und Wachstum von nicht-motorisiertem Verkehr (eindeutige Bevorzugung von öffentlichem Verkehr, Radverkehr, Fußgängerverkehr sowohl in der Planung als auch in der Mittelzuteilung);
- Schrumpfung der Flächen für Autoverkehr und Wachstum von Flächen für andere Verkehrsmittel und andere Nutzungen des Straßenraumes;
- Schrumpfung der Ausgaben für den Autoverkehr und Wachstum der Ausgaben für andere Verkehrsarten und für eine bessere Organisation der Stadtstruktur.

Dadurch soll erreicht werden:

- eine Verbesserung der Mobilitätschancen und konkreten Transportmöglichkeiten für jene Bevölkerungsgruppen, die überhaupt nicht oder nicht regelmäßig über ein individuelles Kraftfahrzeug verfügen;
- eine Beschränkung des individuellen Kfz-Verkehrs auf den notwendigen oder gesellschaftlich akzeptablen Verkehr;
- der Umbau dicht bebauter Wohnviertel im Sinne verkehrsberuhigter Zonen und Wohnstraßen.

Als konkrete Maßnahmen wären anzuführen:

- Konsequenter Ausbau bestehender Oberflächenverkehrsmittel (Bus- und Taxispuren, eigene Straßenbahngleiskörper, preisgünstige Netzkarten, kurze Fahrtintervalle, Verringerung der Umsteigenotwendigkeiten etc.);
- Einführung und Förderung von Paratransitsystemen (Fahrgemeinschaften, Mietwägen, Rufbusse, Linientaxis etc.)

- Anlage von verkehrsberuhigten Zonen und Wohnstraßen, Parkraumbewirtschaftung, Schaffung von Sammelgaragen etc.;
- Anlage von Fuß-, Radwege- und Grünstraßennetzen;
- Grundsätzlich kein Bau neuer oder Ausbau zusätzlicher Straßen (Ausnahmen nur wenn damit flächige Verkehrsberuhigungsmaßnahmen verbunden sind;
- Ausnützung der verfügbaren gesetzlichen Ge- und Verbote zur Verringerung des unerwünschten Individualverkehrs zur Verminderung der sozialen und ökologischen Kosten; Überprüfung und Änderung entsprechender gesetzlicher Regelungen (Kraftfahrgesetz, Straßenverkehrsordnung, Bundesstraßengesetz, Straßenbaurichtlinien, Garagengesetz etc.);
- Änderung der Finanzpolitik im Verkehrsbereich wie Aufhebung der kleinen Kfz-Pauschale oder Umschichtung von Mitteln zum Ausbau von alternativen Verkehrsarten bzw. zum Stellplatzbau;
- Durchführung einer wirkungsvollen Öffentlichkeitsarbeit und Einführung neuer Planungsmethoden.

Eine Reorganisation der Verkehrspolitik im Sinne der angeführten Ziele und Maßnahmen erfordert radikale Umdenkprozesse und Verhaltensänderungen sowohl im individuellen als auch im öffentlichen Bereich. Es ist klar, daß es sich dabei um eine längerfristige Entwicklungsperspektive handelt, die nur durch neue, umfassende Informations- und Kommunikationsprozesse zwischen Politik, Planung und Bevölkerung erreicht werden kann.

Es stellt sich nun die Frage, inwieweit die derzeitige Verkehrspolitik den Zielen einer Reorganisation des städtischen Verkehrs entspricht, welche Mängel und Konflikte festzustellen sind.

7.2.1 Katalog zur Beurteilung Verkehrspolitischer Maßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung auf Stadterneuerung

Wird noch ausgearbeitet!

7.3.1 Bundesverkehrspolitik

Wiener Verkehrsgeschehen wesentlich durch Bundesverkehrspolitik beeinflußt: Verkehrsverhalten des Umlandes und auch der internationale Verkehr bringen Sachzwänge (u.a. regionaler Berufspendelverkehr).

Einflußfaktoren für die Bundesverkehrspolitik:

- Bereits traditionelle Aufspaltung in Öffentliche Verkehrsmittel und Individualverkehrsmittel mit verhärteten Fronten
- Widerspiegelung der großen gesellschaftlichen Strömungen

Motorisierte Individualverkehrsmittel als Ausdruck der Freien Marktwirtschaft

- Freie Marktwirtschaft bei Kauf und Betrieb von Pkw's und Lkw's;
- Erdölpreise liberalisiert und durch Ölmultis bestimmt;
- starke Autofahrerverbände ÖAMTC und ARBÖ bilden mächtige Lobbies bei der Durchsetzung ihrer Interessen (Zeitschriften, Verkehrsnachrichten, Werbung, Mitsprache bei Verkehrsplanungen und Gesetzesbesprechungen);
- Automobilproduzenten entfalten gewaltige Werbekampagnen zur Stimulierung des Autokaufs (Tageszeitungen kommen nicht ohne Motorjournal-Teil aus, unter Druck durch Entzug der Werbeeinnahmen);
- internationale Verknüpfungen und Abhängigkeiten der Pkw-Importen, Erdölimporten.

Öffentliche Verkehrsmittel als Ausdruck der Planwirtschaft

- ÖBB einer der am stärksten gewerkschaftlich organisierten Verbände mit über 80.000 Beschäftigten (lange Tradition)
- zentral gesteuerter Verkehrsablauf, einheitliche Tarifgestaltung
- starke soziale Bezüge bei der Verkehrspolitik: Vorrang von

Berufspendelverkehr zu Arbeitsplatzzentren, Schülerverkehr, Tarifgestaltung auf soziale Schwächen bezogen ,

- weitgehende nationale Autonomie bei Herstellung des fahrenden Materials und bei der Energiebereitstellung .

Tendenz der vergangenen Jahrzehnte stark zugunsten des motorisierten Individualverkehrs:

- ÖBB als eigener Wirtschaftskörper mit Wegkosten und Pensionslasten und Sozialtarifen beschwert - Defizitvorwurf der Konservativen (staatliche Subventionen)
- Wegekosten im Straßenbau durch Steuergelder abgedeckt - trotz nicht gegebener Eigenwirtschaftlichkeit kaum Subventionierungsvorwürfe
- gewaltiger Ausbau des Straßennetzes in den letzten Jahrzehnten (verstärkt Zuhilfenahme des Arbeitsplatzargumentes als Begründung für Notwendigkeit)
- durch rasch steigenden Pkw-Besitz auch für traditionell sozialdemokratische Wählerschichten wird das Auto als Mittel des sozialen Aufstiegs verklärt (Arbeiter kann Chef überholen auf der Straße)

Derzeit keine wesentliche Veränderung dieses Verhältnisses abzusehen

Investitionen der Öffentlichen Hand ohne eindeutige Zielrichtung

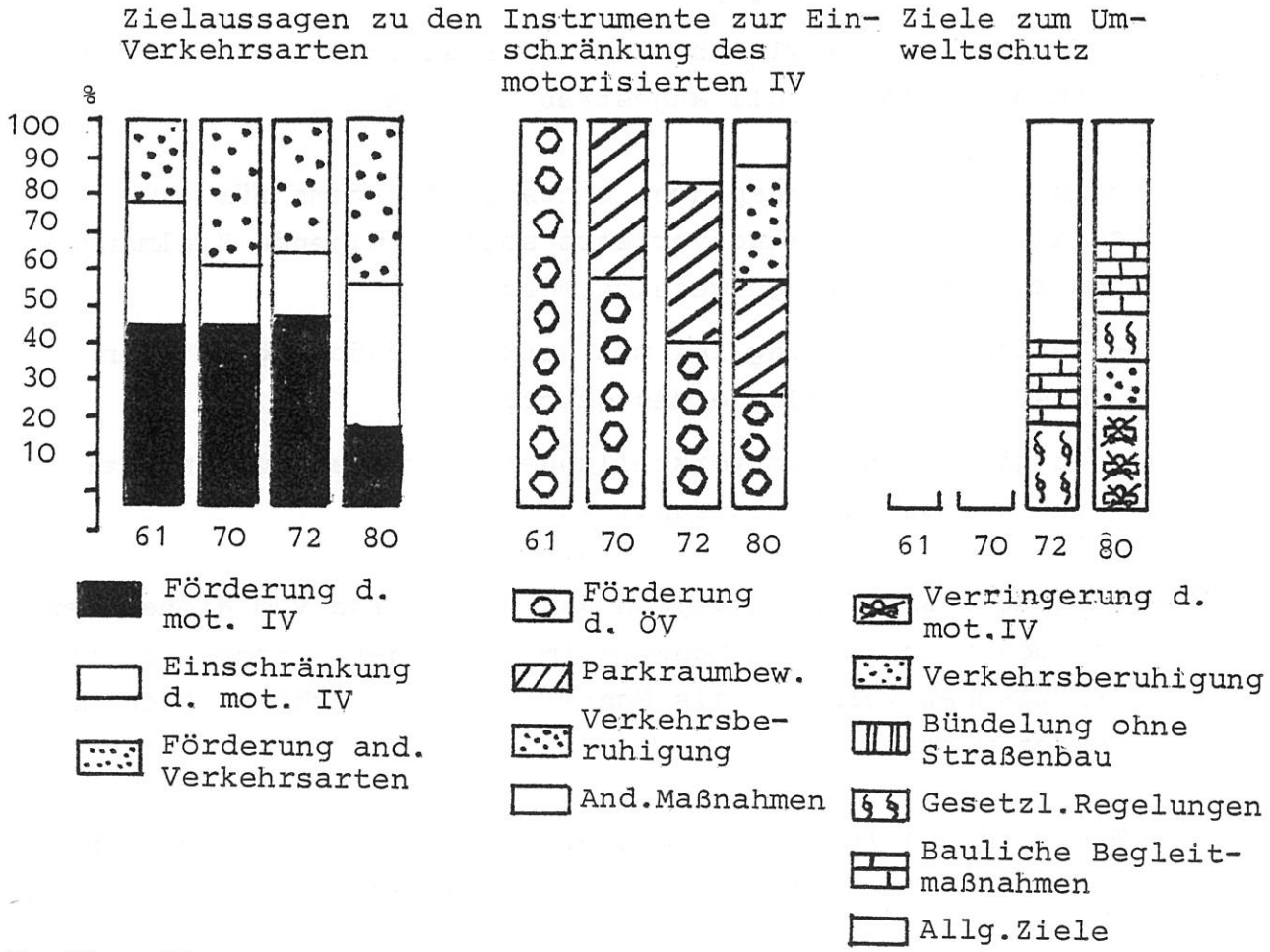
- gleichzeitiger Ausbau von Autobahnen und Schnellbahn
- Erhöhung der Erdölpreise und der Tarife für öffentliche Verkehrsmittel
- Bau von Massenverkehrsmitteln und Subventionierung eines Motorenwerkes

7.3.2 Verkehrspolitik in Wien

Die Analyse der Wiener Verkehrspolitik erfolgt in zwei Schritten: zuerst werden die Ziele und deren Entwicklung untersucht, anschließend wird die Realität der Wiener Verkehrspolitik an den Zielvorstellungen gemessen.

7.3.2.1 Ziele der Wiener Verkehrspolitik

In den Zielen zur Wiener Verkehrspolitik ist seit dem städtebaulichen Grundkonzept 1961 von Roland Rainer über das Verkehrskonzept 1970 und die Leitlinien der Stadtentwicklung 1973 bis zur Verkehrskonzeption 1980 ein bemerkenswerter Wandel eingetreten, wie folgende Übersicht der Ergebnisse einer Inhaltsanalyse der Zielsysteme dieser Konzepte zeigt:



Quelle: Hiess H. Inhaltsanalyse der Zielsysteme der Verkehrskonzepte österreichischer Städte, unveröffentlichtes Manuskript, Wien 1983

Die Verkehrskonzeption 1980 unterscheidet sich von den vorangegangenen Konzepten deutlich:

- die Ziele der Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs überwiegen die Ziele zur Förderung,
- öffentlicher Verkehr, Radverkehr und Fußgängerverkehr erhalten zunehmendes Gewicht,
- die Beschränkung des motorisierten Individualverkehrs weitet sich von punktuellen Beschränkungen (Zentrumsbereich) zu flächigen Beschränkungen (Verkehrsberuhigung in Wohngebieten) aus,
- billigen, kurzfristigen Maßnahmen wird größeres Gewicht zugemessen,
- die Ausbaurichtlinien für Bundesstraßen sollen städtischen Erfordernissen angepaßt werden,
- frühzeitige Mitwirkung und Information der Bevölkerung in der Planung soll angestrebt werden.

Hinsichtlich der Ansprüche eines Zielsystems für eine Reorganisation des Stadtverkehrs sollen folgende Zielmängel und Zielkonflikte aufgezeigt werden:

- Verkehrsberuhigung ist mit Verkehrsbündelung im Sinne von Ausbau des Straßennetzes gekoppelt,
- es gibt keine Zielvorstellungen zu "neuen" unkonventionellen Verkehrsarten (Paratransit).

Zusammenfassend kann jedoch das derzeitige vom Wiener Gemeinderat beschlossene Zielkonzept im Sinne der Reorganisation des städtischen Verkehrs als Schritt in die richtige Richtung bewertet werden.

Wie wird nun in diesen Konzepten explizit der Zusammenhang zwischen Verkehrsentwicklung und Stadterneuerung behandelt?

Dazu heißt es im städtebaulichen Grundkonzept 1961:

> „Außerdem war man sich darüber klar, daß man alles tun müsse, um keine neuen wesentlichen Verkehrserreger in verkehrsmäßig kritischen Gebieten entstehen zu lassen beziehungsweise die jetzigen Ballungen möglichst abzubauen. Das ist vor allem auch durch entsprechende Änderungen der Bauvorschriften hinsichtlich der Bebauungsdichte und der Gebäudehöhen vorzubereiten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind bereits Vorarbeiten in der Stadtbauamtsdirektion im Gange. Der Wunsch der Stadtplanungskommission war es, diese Arbeiten sehr rasch und zielstrebig weiterzutreiben. Im Zusammenhang mit diesen Fragen wurde auch die Frage des Verkehrs in der Inneren Stadt im allgemeinen und im besonderen die Frage jener Flaschenhälse erörtert, die an bestimmten Stellen, zum Beispiel am Schottentor, das Einströmen des Verkehrs in die Innenstadt derzeit erschweren. Hiezu bezog die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission einhellig den Standpunkt, daß es nicht darum gehen könne, durch Ausweiten der Einfallstore in die Innere Stadt immer stärkere Verkehrsströme in die engen Straßen der Altstadt eindringen zu lassen, weil dadurch nur weitere Schwierigkeiten, Überbeanspruchungen und damit Zerstörungen der Altstadt ausgelöst würden. Vielmehr müsse es in erster Linie darum gehen, jeden Durchzugsverkehr durch die Innere Stadt zu vermeiden und den Fußgängern und Autobussen den absoluten Vorrang zu gewährleisten. Unter solchen Gesichtspunkten könnten Engpässe sogar in erwünschter Weise das Einströmen immer stärkerer Verkehrsströme drosseln. Diese Gesichtspunkte stimmen auch überein mit dem allgemein anerkannten Wunsch, die Altstadt als wichtiges kulturelles und wirtschaftliches Element in ihrem jetzigen Gefüge zu erhalten. Es kann nicht darum gehen, die Altstadt dem Autoverkehr zu opfern, sondern vielmehr darum, den Autoverkehr der Stadt anzupassen. Aus diesen Gründen ist nach Ansicht der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission im Generalverkehrsplan dafür vorzuplanen, daß der von der Innenstadt fernzuhaltende Durchgangsverkehr von leistungsfähigen Umfahrungsstraßen aufgenommen wird."

Die Problematik des motorisierten Individualverkehrs im dicht verbauten Stadtgebiet wurde bereits damals sehr klar erkannt, nur schien damals offenbar nur die Altstadt innerhalb des Ringes erhaltenswürdig. Gleichzeitig wurde auch schon die Konzeption Verkehrsberuhigung - Bündelung in ihren Grundzügen vorweggenommen. Die Idee der Planierung des Naschmarktes und des Ausbaues des Wientales als breite Einfallschneise für den motorisierten Individualverkehr stammt aus dieser Zeit.

Das Verkehrskonzept 1970 dokumentiert den Höhepunkt der Motorisierungs- und U-Bahn-Euphorie in Wien, wie nachstehende Passage aus dem Verkehrskonzept belegt:

(13) . . . wirken auf Stadterneuerung . . .

Stadterneuerungsmaßnahmen können einerseits durch ungünstige und schlechte Verkehrsverhältnisse erzwungen werden, andererseits durch den Ausbau von Verkehrseinrichtungen bewirkt werden. Der Ausbau des Gürtels als Großverkehrsstraße hat dessen Randbebauung für Wohnzwecke abgewertet (Verkehrslärm und Abgase) für Betriebsstandorte jedoch aufgewertet. Die Umstrukturierung ist im Gange. Der beim Hauptzollamt entstandene Knoten des öffentlichen Nahverkehrs und des innerstädtischen öffentlichen Verkehrsnetzes erster Ordnung (Stadtbahn, S-Bahn, Busbahnhof) initiiert höherwertige Nutzungen und dichtere Bebauungen (Überbauung von Bahnanlagen). Der Bau der U-Bahn wird Standorte im Nahbereich von Stationen besonders stark aufwerten. Wenn schlechte Verkehrsverhältnisse die Verwendung bestimmter Bauten, Gebäudeblöcke oder Stadtteile einer der Lage und dem Grundwert entsprechenden Nutzung unmöglich machen, so wird der Anreiz zum Abbruch und nachfolgendem "verkehrsgerechten Neubau" (Assanierung) oder zum Umbau (Sanierung) besonders stark (= hohe Erneuerungswahrscheinlichkeit).

Verkehrsentwicklung und Stadterneuerung werden als selbstätige Entwicklungen den Marktgesetzen überlassen. Planung hat nur die Funktion das Angebot an Verkehrsinfrastruktur dem "Bedarf" anzupassen.

Auch in den Leitlinien der Stadtentwicklung 1973 wird die Verbesserung der Verkehrs- und Umweltbedingungen mit dem Ausbau hochrangiger Verkehrsnetze (Straßennetz 1. und 2. Ordnung, U-Bahnnetz) betrieben. Stadterneuerung wird sich dann von selbst einstellen:

Zu den allgemein anerkannten Stadtentwicklungszielen für das dichtbebaute Gebiet gehören

- **die grundlegende Verbesserung der Umweltbedingungen,**
- **die grundlegende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse,**

Abbruch und Neubau

Schon jetzt entstehen im dichtbebauten Gebiet jährlich etwa 2000 neue Wohnungen anstelle abgerissener Altbauten oder infolge neuer Flächennutzungen. Dieser Prozeß wird auf lange Sicht zum Totalabbruch ganzer Blöcke und nachfolgender Neubebauungen führen. Er wird seinen Höhepunkt erreichen, wenn die Masse der gründerzeitlichen Häuser — vielfach auch mit modernisierten Wohnungen — am Ende ihrer technisch-wirtschaftlichen Lebensdauer angelangt ist. Diese Entwicklung wird ferner dort besonders stark sein, wo durch den Ausbau der Infrastruktur (U-Bahn-Bau, übergeordnetes Straßennetz 1. und 2. Ordnung, Garagenbauprogramm, Fußgeherzonen, verbesserte Versorgungs- und Entsorgungseinrichtungen) ein erhöhter Anreiz zu neua.. Bodennutzungen gegeben ist.

In der Verkehrskonzeption 1980 wird die Verkehrsproblematik als wesentliches Strukturproblem der dicht bebauten Gebiete erkannt. Im Gegensatz zu vorangegangenen Konzepten verläßt man sich jedoch nicht mehr ausschließlich auf den Ausbau übergeordneter Verkehrsnetze, sondern fordert sowohl eine differenzierte Förderung der Verkehrsarten als auch großflächige Verkehrsberuhigungsmaßnahmen.

2.2.6 Verkehr

Unter den Strukturproblemen des dichtbebauten Gebietes ist wohl „das Verkehrsproblem" eines der augenfälligsten. Verstopfung der Straßen, Verlängerung der Reisezeit, Verschlechterung der Erreichbarkeit, erhöhte Umweltbelastungen usw. sind die Phänomene dieses Problems.

Zur Schaffung umweltfreundlicher Stadtviertel im gesamten Stadtgebiet soll eine allgemeine Verkehrsentflechtung angestrebt werden.

Die in schrittweiser Verwirklichung befindliche Verkehrsorganisation des 1. Wiener Gemeindebezirkes ist dem Grundsatz nach für ganz Wien beispielgebend. Der Durchzugsverkehr bleibt auf wenige, das Gebiet tangential umfahrende Straßen begrenzt. Zwischen diesen Straßenzügen entstehen verkehrsberuhigte Zonen, die dann je nach den besonderen Erfordernissen verkehrsarme Anliegerstraßen, Parkstraßen, Fußgeherzonen oder Wohnstraßen aufnehmen können. Sinngemäß sind die Erfahrungen aus dem Beispiel der Verkehrsorganisation für den 1. Bezirk zu ziehen, um auch in anderen Stadtteilen Zonen der Verkehrentflechtung und Verkehrsberuhigung schaffen zu können.

Die Verkehrsplanung soll in den Dienst der Erzielung einer ausgewogenen Stadtstruktur und einer qualitätvollen Stadterneuerung gestellt werden.

Der Zusammenhang zwischen räumlicher Stadtstruktur und Verkehrsorganisation ist sehr eng. Da die öffentliche Hand gerade in der Verkehrsplanung Einflußmöglichkeiten hat, wird auch die Verkehrsplanung zu einem der wesentlichsten Instrumente zur Erzielung einer ausgewogenen Stadtstruktur und einer qualitätvollen Stadterneuerung. Tendenziell sind der Vorrang des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem Individualverkehr, des Tangentialverkehrs gegenüber dem Radialverkehr, die Verkehrsberuhigung von Wohnvierteln und die Schaffung von innerstädtischen Autoabstellplätzen insbesondere für die ansässige Wohnbevölkerung zu betonen.

Verfolgt man die Entwicklung der Ziele zu Verkehr und Stadterneuerung, so stellt man überrascht fest, daß man 1980 den Bewußtseinsstand von vor 20 Jahren wieder erreicht hat. Die grundlegende Argumentation aus dem Jahr 1961, nämlich daß der Verkehr der Stadtstruktur anzupassen ist und nicht umge-

kehrt, daß der motorisierte Individualverkehr möglichst zurückgedrängt werden muß und daß erhaltens- und lebenswerte Wohnviertel verkehrsberuhigt werden müssen, wird 1980 wieder aufgegriffen.

Können die derzeit gültigen Ziele zu Verkehr und Stadterneuerung im Sinne einer "Reorganisation des städtischen Verkehrssystems" und damit der Schaffung günstiger Voraussetzungen für Stadterneuerungsmaßnahmen als positiv beurteilt werden, stellt sich die Frage nach der verkehrspolitischen Praxis.

7.3.2.2 Beurteilung der bisherigen Wiener Verkehrspolitik

Die Blütezeit "technokratischer" Verkehrsplanung der späten sechziger und frühen siebziger Jahre in Wien ist mit der Planung großzügiger Ausbauprogramme übergeordneter Verkehrsnetze verbunden:

(1) Das übergeordnete Straßennetz mit

110,5 km Autobahnen
20,7 km Schnellstraßen
179,0 km Bundesstraßen

Dieses Straßennetz wurde 1971 im Bundesstraßennetz fixiert und ist noch heute gültig. Insgesamt würden diese Straßen eine Fläche bedecken, die der des 4., 5., 6., 7. und 8. Wiener Gemeindesbezirkes entspricht.

(2) Zusätzlich wurde ein ca. 150 km langes U-Bahnnetz mit geschätzten Kosten von 100-150 Milliarden Schillinge, das die Stadtstraßen vom störenden öffentlichen Oberflächenverkehr befreien soll, also zusätzliche Kapazitäten für den motorisierten Individualverkehr schafft, geplant.

Was ist aus diesen Planungen geworden, welche Rolle spielen sie heute noch?

1970 schätzte man die Baukosten für das hochrangige Straßennetz

auf 10 Milliarden Schillinge und glaubte in 15-27 Jahren mit dem Ausbau fertig sein zu können. Trotz des Widerstandes zahlreicher Bürgerinitiativen wurde mit dem Ausbau begonnen. Allerdings konnte erst ein Bruchteil des geplanten Netzes mit wesentlich höherem Kostenaufwand als vorgesehen verwirklicht werden: 1980 waren erst 4% des Autobahnnetzes und ein Fünftel der Bundesstraßen gebaut, aber 65% der veranschlagten Gesamtkosten bereits ausgegeben.

Betrachtet man die bis jetzt gebauten Teilstücke, die im Bau befindlichen Straßen und die in nächster Zeit in Bau gehenden Detailplanungen ist festzustellen:

(1) der Ausbau des hochrangigen Straßennetzes wird mit großem finanziellen Aufwand vorangetrieben (siehe auch Diagramm)

(2) Zum größten Teil erfolgt der Ausbau von Radialstraßen im Stadtrandbereich, Engpässe in der Zufahrt zum dicht verbauten Stadtgebiet werden beseitigt, wodurch eine Erhöhung des Verkehrsdruckes in diesen Gebieten zu erwarten ist (Brigittenauer Brücke, S 2, B 14, B 8. B 223, A 24, B 16 A 22).

(3) Dort wo der Ausbau tangential zum dicht verbauten Stadtgebiet erfolgt (S 2, A 23, A 4) und eine Verkehrsentlastung dieser Gebiete unmittelbare Folge ist, wird dieser Ausbau nicht wirkungsvoll mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen gekoppelt. Dadurch entsteht in den vorerst entlasteten Gebieten durch den durch das vermehrte Angebot an Straßenflächen generierte zusätzliche Verkehrsaufkommen wieder eine sukzessive Verschlechterung (Beispiel SO-Tangente!)

Im Bereich des öffentlichen Verkehrs konzentriert sich der Mitteleinsatz auf den Ausbau der U-Bahn. Die U-Bahn hat zwar zur Verbesserung des Images des öffentlichen Verkehrs beigetragen, hat aber einige problematische Nebeneffekte:

(1) die hohen Kosten stellen die Verwirklichung des Netzes

immer wieder in Frage, ein Teilausbau führt jedoch eher zu einer Verschlechterung der Versorgung mit öffentlichen Verkehr der Gesamtbevölkerung.

(2) Das dichte Netz des Oberflächenverkehrs von Straßenbahn und Bus wird zerstückelt bzw. aufgelöst. Besonders für ältere Personen wachsen die Anmarschwege zu den Stationen, außerdem nimmt der Umsteigezwang zu.

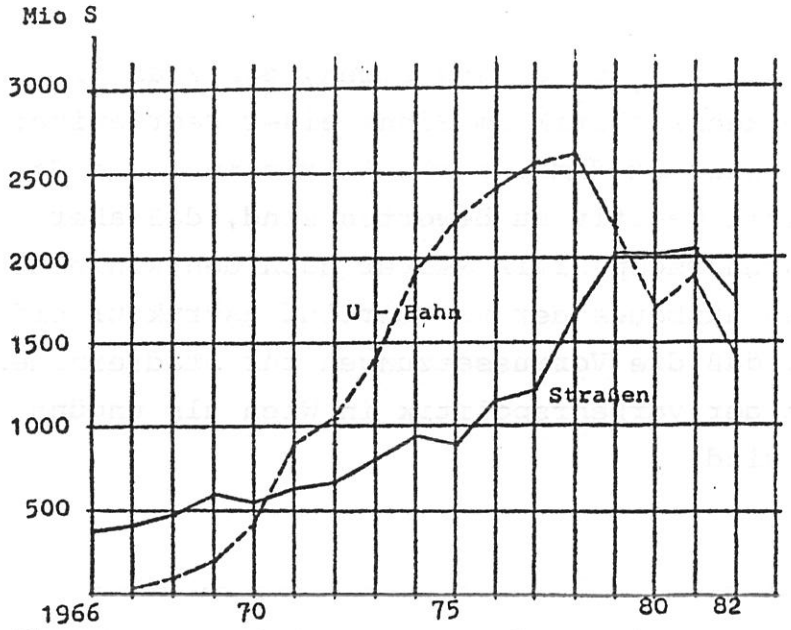
(3) Die Verlegung des öffentlichen Verkehrs in die zweite Etage führt zum Ausbau von Schnellstraßen an der Oberfläche: Favoritenstraße, Lasellestraße, Praterstraße.

(4) Durch die Weitmaschigkeit des attraktiven U-Bahnnetzes entstehen im Bereich der U-Bahnstationen Verdrängungsprozesse "Niederwertigerer" durch "Höherwertige" Nutzungen, während in den übrigen Gebieten eine relative Abnahme der Standortqualität entsteht.

Mit dem Bau der U 3 und der U 6 werden sich die Investitionsmittel für den öffentlichen Verkehr weiterhin beim U-Bahnbau konzentrieren.

Insgesamt kann auch für die 80er Jahre mit massiven Verkehrsinvestitionen in hochrangige Netze gerechnet werden, wobei Straßen- und öffentliche Verkehrsnetze parallel ausgebaut werden. Dies zeigt auch folgendes Diagramm

Entwicklung der Ausgaben im Straßenbau und im U-Bahnbau (Straßenbauausgaben inklusive Bundesausgaben, U-Bahn inklusive Wagenpark)



Quelle: MA 18, STEP, Verkehr, Wien 1979, Budgetvoranschläge Gemeinde Wien 1978-1982, BMfBT

Dies bedeutet eine Bindung großer Investitionsmittel im Verkehrsbereich und hier wiederum bei den übergeordneten Netzen.

Wie schaut es mit den auch für die Stadterneuerung wichtigen Maßnahmen im Sinne der Reorganisation des städtischen Verkehrs aus? Hier muß folgende ernüchternde Bilanz gezogen werden:

(1) Die Ausgaben für Verkehrsberuhigung betrugen 1982 etwa 1% der Straßenbauausgaben;

(2) die Ausgaben für Radwege betrugen 0,3% der Ausgaben für Straßen;

(3) für Straßenbahnbeschleunigung wurden 6% der Ausgaben für die U-Bahn aufgewendet, trotzdem wurde keine einzige Straßenbahnlinie fahrplanmäßig tatsächlich beschleunigt;

(4) Konzepte flächenhafter Verkehrsberuhigung werden durch das Konzept "Jedem Bezirk seine Wohnstraße" ersetzt;

(5) die Tarife öffentlicher Verkehrsmittel zählen zu den höchsten in Europa und werden weiter angehoben;

(6) Zur Lösung der Parkraumproblematik wird nichts unternommen (außer Bau von Parkgaragen im Zentrumsbereich).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß zwar die Ziele der Wiener Verkehrspolitik im Sinne einer Reorganisation des Stadtverkehrs und damit auch einer sinnvollen Stadterneuerungspolitik positiv zu bewerten sind, daß aber die Maßnahmen- und Durchführungspolitik weiter nach den Konzepten eines expansiven Ausbaues der Verkehrsinfrastruktur erfolgt. Dies bedeutet, daß die Voraussetzungen für Stadterneuerung aus der Sicht der Verkehrspolitik in Wien als ungünstig zu beurteilen sind.

7.4 Individuelles Verkehrsverhalten

Öffentliche Intervention soll letzlich individuelles Verkehrsverhalten verändern. Wie sieht nun das derzeitige Verkehrsverhalten aus, welche Bestimmungsgründe liegen diesem Verhalten zugrunde, welche Veränderungspotentiale können angenommen werden?

7.4.1 Verkehrsmittelwahl

Im Jahr 1970 wurde in einer umfangreichen Verkehrserhebung die Verkehrsmittelwahl in Wien erfaßt. Allerdings wurden Fußwege unter 300 m nicht berücksichtigt, ebenso wurde der Radverkehr nicht gesondert erfaßt, sondern unter Individualverkehr subsummiert.

Fahrten und Wege nach Reisezweck und Verkehrsmittel während eines Werktages

	Fußgänger	%	Benützer öffentl. Verkehrsmittel	%	Benützer individ. Verkehrsmittel	%	Summe %
Arbeitspendelverkehr	233 700	17,2	554 000	40,9	565 500	41,8	100
Wirtschaftsverkehr	417 100	31,3	257 500	19,3	656 600	49,4	100
Ausbildungsverkehr	202 500	49,9	141 700	34,9	61 200	15,2	100
Freizeitverkehr	345 100	29,7	347 200	29,9	467 500	40,4	100
Summe	1 198 400	28,2	1 300 400	30,6	1 750 800	41,2	100

Quelle: Verkehrserhebung 1970, Auswertung und Fortführung Büro Dorfwirth, im Auftrag der MA 18

Die Mehrheit der Wege wird demnach zu Fuß und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt.

In den Jahren 1980-82 wurde in einer umfangreichen Untersuchung im Auftrag der Wiener Arbeiterkammer das Verkehrsverhalten am Arbeitsweg erhoben.

Tabelle: Benützte Verkehrsmittel

	zu Fuß	ÖV	IV	Werksverkehr	Keine Angaben
in %	9,1	37,6	47,8	1,5	4,0

Wenn auch die Vergleichbarkeit der beiden Erhebungen nicht unmittelbar gegeben ist, so ist doch der starke Rückgang des Anteils des Fußgängerverkehrs auffallend. Dieser Rückgang könnte als Hinweis auf wachsende Entfernungen im Arbeitspendelverkehr gewertet werden.

7.4.2 Bestimmungsgründe der Verkehrsmittel

Grundlegende Voraussetzung für Wahlmöglichkeiten im Verkehrsbereich ist die Verfügbarkeit unterschiedlicher Verkehrsmittel (nachfolgende Daten aus: AK, Arbeitswege in Wien,1982)

Verfügbarkeit eines Pkw in Arbeitnehmerhaushalten und dessen Nutzung am Arbeitsweg in %

	Verfügbarkeit	Nutzung am Arbeitsweg
kein Pkw	21,4	1,1
1 Pkw	60,6	
2 Pkw	16,4	
Mehr als 2 Pkw	1,6	
mit Pkw	78,6	75,0

Auffallend ist der relativ hohe Bestand an Haushalten mit Zweit- und Drittwägen (18%). Wird ein Pkw angeschafft, wird er mit hoher Wahrscheinlichkeit auch am Arbeitsweg verwendet (75%).

Wie stellt sich nun die Pkw-Nutzung im sozialen Kontext dar?

Verkehrsmittelnutzung und Geschlecht

	zu Fuß	ÖV	IV	keine Angabe
Männer	5,4	29,6	59,9	3,3
Frauen	15,4	51,1	27,6	4,9

Die Männer fahren also mit dem Pkw, die Frauen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln.

Signifikante Unterschiede in der Verkehrsmittelwahl sind auch bei unterschiedlichen Einkommensgruppen zu erkennen:

Verkehrsmodus nach Einkommensgruppen

	Jährliches Nettoeinkommen der Beschäftigten in 1000 S in %			
	bis 100	100-200	200-300	über 300
IV-Benützer	12,5	73,9	11,4	1,1
ÖV-Benützer	38,7	53,8	4,3	1,1

Eine wesentliche Komponente für die Verkehrsmittelwahl bei Entscheidungsmöglichkeit ist die Fahrzeit.

Wegdauer im IV und ÖV nach Komponenten der Wegdauer (auf Medianbasis)

	IV	ÖV	Differenz
Wegdauer insgesamt	22,5	43,0	20,50
Anmarschwege			
- Whg.-Haltestelle/Parkpl.	1,82	4,38	2,56
- Haltestelle/Parkpl.-Apl.	2,28	4,79	2,52
Wartezeit	-	8,38	8,38
Summe Nebenzeiten	4,10	17,55	13,45
reine Fahrzeit	18,40	25,45	7,05

Es zeigt sich, daß der entscheidende Ansatzpunkt für eine Steigerung der Attraktivität des ÖV im Bereich der Nebenzeiten und weniger bei der Fahrzeit zu suchen ist.

Betrachtet man die durchschnittlichen Kosten für den Arbeitsweg so stehen den Kosten von 320 S/Monat für den ÖV 485 S/Monat im IV gegenüber. Die IV-Kosten entsprechen allerdings nur den laufenden Kosten des Pkw, der Wertverzehr ist dabei nicht mitberücksichtigt. Diese Kosten sind aber nur bei der Entscheidung über die Anschaffung eines Pkw relevant. Durch steuerliche Ersparnisse über die Kfz-Pauschale von ca. 190 S/Monat (bei Durchschnittseinkommen) ergeben sich für die Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel kaum Kostenvorteile. Bei Besitz eines Pkw ist also die Nutzung auch von der Kostenseite her durchaus rational.

Unterschiedlich ist die Verkehrsmittelwahl auch im Verhältnis zur Lage des Wohnortes. Im dicht verbauten Stadtgebiet ist der Fußgängeranteil und der ÖV-Anteil deutlich höher als im Stadtrandgebiet. Das Untermauert auch die Behauptung, daß ein großer Teil der Verkehrsbelastung im dicht verbauten Stadtgebiet nicht von den dort Wohnenden verursacht wird.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß

- knapp 50% der Wege zum Arbeitsplatz in Wien mit dem Pkw zurückgelegt werden;
- untere Einkommensschichten und Frauen bei der Pkw-Nutzung unterrepräsentiert sind;
- 75% der Pkw-Besitzer diesen auch für die Fahrt zum Arbeitsplatz verwenden und dafür auch gute Gründe haben:
  (1) sie sind doppelt so schnell wie ÖV-Nutzer oder haben die doppelte Reichweite;
  (2) kürzere An- und Abmarschwege erhöhen die Bequemlichkeit;
  (3) die Kosten sind durch die Kfz-Pauschale nicht höher als für ÖV-Benutzer.

Eine Veränderung des individuellen Verkehrsverhaltens muß also an den Zeit-, Erreichbarkeits-, Bequemlichkeits- und Kostenrelationen zwischen den Verkehrsarten konkret ansetzen.

7.4.3 Überlegungen zum PKW-Besitz

Vergleicht man die tatsächlich erreichbare Geschwindigkeit unter Berücksichtigung des Zeitaufwandes für Erwirtschaftung der Kosten für das Verkehrsmittel + Fahrzeit werden zwei Aspekte deutlich (siehe auch Diagramm):

(1) die Effizienz des Pkw wird deutlich überschätzt. Fahrrad und Öffentlicher Verkehr sind, sieht man von den oberen Einkommensbeziehern ab, "schnellere" Verkehrsmittel.
(2) durch den Pkw werden soziale Ungleichheiten signifikant verstärkt.

Daß der Pkw trotzdem bevorzugtes Verkehrsmittel aller Einkommensschichten darstellt ist auf mehrere Gründe zurückzuführen:

(1) Der Pkw hat im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln Qualitäten, für die höhere Belastungen der Zeitbudgets in Kauf genommen werden: Bequemlichkeit, Flexibilität, große kurzfristige Reichweite, Sozialprestige, Transportkapazitäten etc.
(2) Durch die fehlende Wahlmöglichkeit zwischen Arbeitszeit und Fahrzeit werden die Zeitersparnisse bei unveränderlich knappem Zeitbudget höher bewertet.
(3) Die Pkw-Nutzer nehmen die tatsächlichen Kosten beziehungsweise die tatsächliche Effizienz des Pkw nicht wahr, die subjektive Perzeption der Pkw-Kosten unterscheidet sich von einer Gesamtbetrachtung des Aufwandes (siehe Kapitel 4.2.).

So ist trotz der fragwürdigen Rationalität des Pkw-Besitzes und der Pkw-Nutzung kaum mit einem Rückgang der Motorisierungsbewegung zu rechnen, Veränderungen im Nutzungsmuster des Pkw sind als die Hauptansatzpunkte verkehrspolitischer Maßnahmen zu betrachten.

7.4.4 Gefühl und Verkehr

Zeit und Kosten (rationale Bestimmmungsgrößen) nur teilweise für Verkehrsverhalten entscheidend.
Verkehr ist Umgangsform von Menschen untereinander.

Verkehr ist Männersache

- Entwicklung und Benutzung von Verkehrsmitteln in patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen führte zur Dominanz "männlicher" Elemente wie Betonung und Überhöhung, Größe, Stärke, Geschwindigkeit, Ausdauer, Unverwundbarkeit, Furchterregung ...
- Verkehrsmittel als Symbol der sozialen Stellung.
- Männliche Dominanz in allen Bereichen des Verkehrs: Bau, Vertrieb und Wartung von Verkehrsmitteln, Bau und Erhaltung von Wegnetzen, Lenkung von Fahrzeugen, Betriebsorganisation und Planung von Verkehrsabläufen, Regelung bei Störfällen und Unfällen etc.
- Rolle der Frau auf marginale Bereiche beschränkt: Stimulans in der Werbung (Sex und Sicherheit), Konsumentin (Zweitwagenfahrerin, Benützerin von Tram und Bus), Verwaltungs- und Putzdienste, Politesse.

Verkehr ist Krieg

- Bedeutenste Erfindung und Weiterentwicklung von Verkehrsmitteln oft in kriegerischen Auseinandersetzungen (Krieg als Vater aller Dinge: Streitwagen, Reiter, Heerstraßen, Kriegsschiffe, Eisenbahn, Panzerwagen, Autobahn, Jagdflugzeuge...)

- Verkehrsmittel sind im Regelfall Ausdruck männlicher Gewalttätigkeit (Ausnahmen: Radfahren, Segelfliegen, Wandern...)
- Im Krieg erlebt Verkehr eine ungeheure Entfaltung und zeigt seine gewalttätige Natur (Truppentransporte, Panzerangriffe, Raketenbeschuß, Bombengeschwader, Gefangenentransporte, Deportationen, Allgemeine Mobilmachung...).
- Im Frieden ist seine Aggressivität verschleiert (weil alltäglich), doch latent immer vorhanden (Beschimpfungen von Auto zu Auto, jährlich 1.800 Tote und über 50 000 Verletzte in Österreich ist Bürgerkrieg, am meisten Angst hat der Wiener vor einem Verkehrsunfall).
- Analog dazu: Atomkraftwerke als "friedliche" Nutzung der Atombombe (Auto als friedliche Nutzung des Panzers).

Macht über sich - Macht über andere

- Trennung der Verkehrsmittel in Verkehrsmittel der Mächtigen und Verkehrsmittel der Entmächtigten .

  Verkehrsmittel der Mächtigen:Richtung, Ziel und Geschwindigkeit vollkommen vom Benutzer abhängig und steuerbar, Ausdrucksmittel von individueller Autonomie, Freiheit von äußeren Zwängen.
  Historische Individualverkehrsmittel: Sänfte, Pferd, Kutsche, Gondel etc.

  Verkehrsmittel der Entmächtigten: Richtung, Ziel und Geschwindigkeit vorgegeben und vom Benutzer nicht steuerbar, Ausdruck individueller Ohnmacht und kollektiven Zwangs.
  Historische Massenverkehrsmittel: Galeerenschiffe, Sklaventransportschiffe, Gefangenenzüge, Heerzüge, Eisenbahntransporte von Truppen und Arbeitern zu Fabriken, das Heer der Arbeitenden in Tramway, Stadtbahn und Vorortezügen ... "Zwangsmobilität".

Verkehrsmittel in der Stadt heute

Motorisierte Massenverkehrsmittel
Motorisierte Individualverkehrsmittel
Sanfte (metabolische) Verkehrsmittel

Motorisierte Massenverkehrsmittel (auch Öffentliche Verkehrsmittel)

U-Bahn, S-Bahn, Tramway, Bus.

Charakteristika: Größe, Stärke, Geschwindigkeit, Ausdauer und Unverwundbarkeit sind zwar für den Benutzer vorhanden, aber keine soziale Hervorhebung, eher im Gegenteil: innerhalb des Fahrzeugs Beengtheit und Abwehr der ungewollten erzwungenen Nähe zu unbekannten Personen, Angst (u.a. Frauen vor Strolchen).

- Soziale Degradierung.
- Unterwerfung unter vorgegebene Route, Fahrplan, rigide Benutzungsnormen (kein Lärm, keine Musik, keine Bewegung, keine Erotik, kein Gepäck, keine Tiere ...)
- Laufendes Kontrolliert-Werden durch uniformierte und geheime Kontrollore, Abführung von Übeltätern, Warnungen vor Übertretungen.

Motorisierte Individualverkehrsmittel

Motorrad, Auto

Motorrad: Überhöhung der Stärke (bis 100faches der Menschenkraft), Masse verdreifacht, Geschwindigkeit stark überhöht (bis 30fach), Ausdauer unbegranzt, Furchterregung stark ausgeprägt (maschinenmenschliches Aussehen, Lärm, Beschleunigung), aggressive Wendigkeit. Persönlicher Komfort gering (Wetterausgesetztheit, Fahrverhalten), Gefährdung groß (Selbstüberschätzung, Fehlen eines Panzers).

Automobil: Überhöhung der Stärke (bis 400fache Menschenkraft) Masse ca. 12fach, Geschwindigkeit stark überhöht (bis 50fach Ausdauer unbegrenzt. Hoher persönlicher Komfort durch freie Beweglichkeit innerhalb des Panzers (Lärm, Gespräch, Musik, Erotik), hohe Abgeschirmtheit gegenüber Außenwelt durch Vielfalt der Modelle und Gestaltbarkeit mit Accessoirs differenzierte Identifikationsmöglichkeiten (Automarke ist Persönlichkeitsindikator), durch Autowerbung prolongierte faschistische Männlichkeitsideale (Leitbild Rennfahrer bei Marinetti), Blechpanzer als erweiterter Körperpanzer.

Sanfte (metabolische) Verkehrsmittel

Zu-Fuß-Gehen: "nur" menschliche Kraft, Geschwindigkeit, Ausdauer und Verwundbarkeit, keine soziale Distanzierung.

Fahrradfahren: "nur" menschliche Kraft, jedoch 5fache Geschwindigkeit und 4fach längere Ausdauer, Masse geringfügig höher, Verwundbarkeit stark erhöht (durch Gewalt des Pkw's), keine soziale Hervorhebung

Verkehrsmittel und emotionale Eigenheiten

Überhöhung gegenüber dem Zu-Fuß-Geher	Verkehrsmittel: Zu Fuß	Fahrrad	Motorr.	PKW	Tram, U-Bahn
Überhöhung der Kraft	■	■	■	■	■
Überhöhung der Geschwindigkeit	■	■	■	■	■
Überhöhung der Ausdauer	■	■	■	■	■
Soziale Distanzierung (Exklusivität)	■	■	■	■	■
Überhöhung der Panzerung	■	■	■	■	■

Folgerungen: Starke affektive Bindungen ans Auto lassen Fahrzeit- und Fahrkostenstrategien bei bestimmten Benutzergruppen zu kurz greifen - weit über den Verkehr hinausgehende Therapieformen wären hier notwendig, um die "Persönlichkeitsprothese" Auto hinfällig werden zu lassen (Aufweichung des Körperpanzers und Hinwendung zu direkten Formen der sozialen Auseinandersetzung).

7.4.5 Zusammenhang von individuellem Verhalten im Verkehr und öffentlicher Legitimation

- Öffentliche Legitimation (Bundes- und Kommunalpolitiker) erfolgt durch Männergremien.
- Programmgestaltung im Dorf (Motorwerbung, Motorsport, Kraftfahrersendungen und Verkehrsdurchsagen) sowie Redaktionen der
- Tageszeitungen (Werbung, Unfallberichterstattung, Motorjournale) ebenfalls durch Männer dominiert.
- Im Regelfall findet das Dominanzstreben der "führenden" Männer seine Entsprechung im Verkehrsmittel (große, starke Dienstautos und schnelle, exclusive Privatautos, niedrige Nummer als zusätzliches soziales Rangabzeichen) Ergänzung oft durch weitere exclusive Individualverkehrsmittel (im Freizeitbereich): schweres Motorrad, Motorboot, Privatflugzeug, Reitpferd.
- Starke Ausprägung bei sozialen Aufsteigern (Fußballstars).
- Diese Personalunion von Mann, der seine eigene persönliche Dominanz durch ein motorisiertes Kraftfahrzeug absichert und von Mann, der als Vertreter von Männervereinigungen diesen gegenüber loyal sich verhalten muß, ist ein Hauptgrund für die Unflexibilität der Politik gegenüber dem Auto.

7.5 Bürgerinitiativen als neue Bewegung

Noch in Arbeit.

7,6 Utopien eines sanften Stadtverkehrs-Szenarien

Noch in Arbeit.

7.7 Fallbeispiele von Konflikten im Verkehrsbereich

Untersuchungsdesign:
Ablauf von Konflikten als resultierende des Agierens von unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessensgruppen (bzw. deren Vertretern).
Im Falle von Bürgerinitiativen im Verkehrsbereich sind dies im Regelfall:

- Planende Verwaltung
- Kommunalpolitiker
- Massenmedien
- Bürgerinitiativen
- Unabhängige Fachleute
- Bevölkerung

Vorgangsweise bei der Untersuchung der Konflikte: Interviews mit Vertretern der aufgezählten agierenden Gruppen.

Inhalte:

- Angaben zur Person (soziale Stellung, Einkommen, familiäre Situation, Lebenseinstellung, Verkehrsverhalten, Konfliktbereitschaft)
- Restriktionen für die Vertreter durch ihren sozialen Hintergrund (Rechtfertigungszwang vor einem Legitimationsgremium)
- Interaktionen zwischen den Handlungsträgern (Gespräche, Briefe, Presseartikel, Fernsehsendungen, Versammlungen, anonyme Infos, Demonstrationen, öffentliche Schaukämpfe, gerichtliche Zwischenspiele etc.)
- Lernprozesse zwischen den Vertretern der handelnden Gruppen bzw. zwischen den handelnden Gruppen selbst
- Interaktionen, die zu Lernprozessen und Konsenslösungen geführt haben und solche, die zu Verstimmung und Kampf geführt haben.

An Fallbeispielen aus der Wiener Szene werden untersucht werden:

- Flötzersteig
- Traisenbrücke
- Neustiftgasse
- Herrengasse
- B 222
- Arbeitskreis Öffentlicher Verkehr (AÖV)
- Arbeitsgemeinschaft Umweltfreundlicher Stadtverkehr (ARGUS)

7.8 Hernalser Untersuchung

Erhebungsdesign in Zusammenarbeit mit anderen Projektmitgliedern.

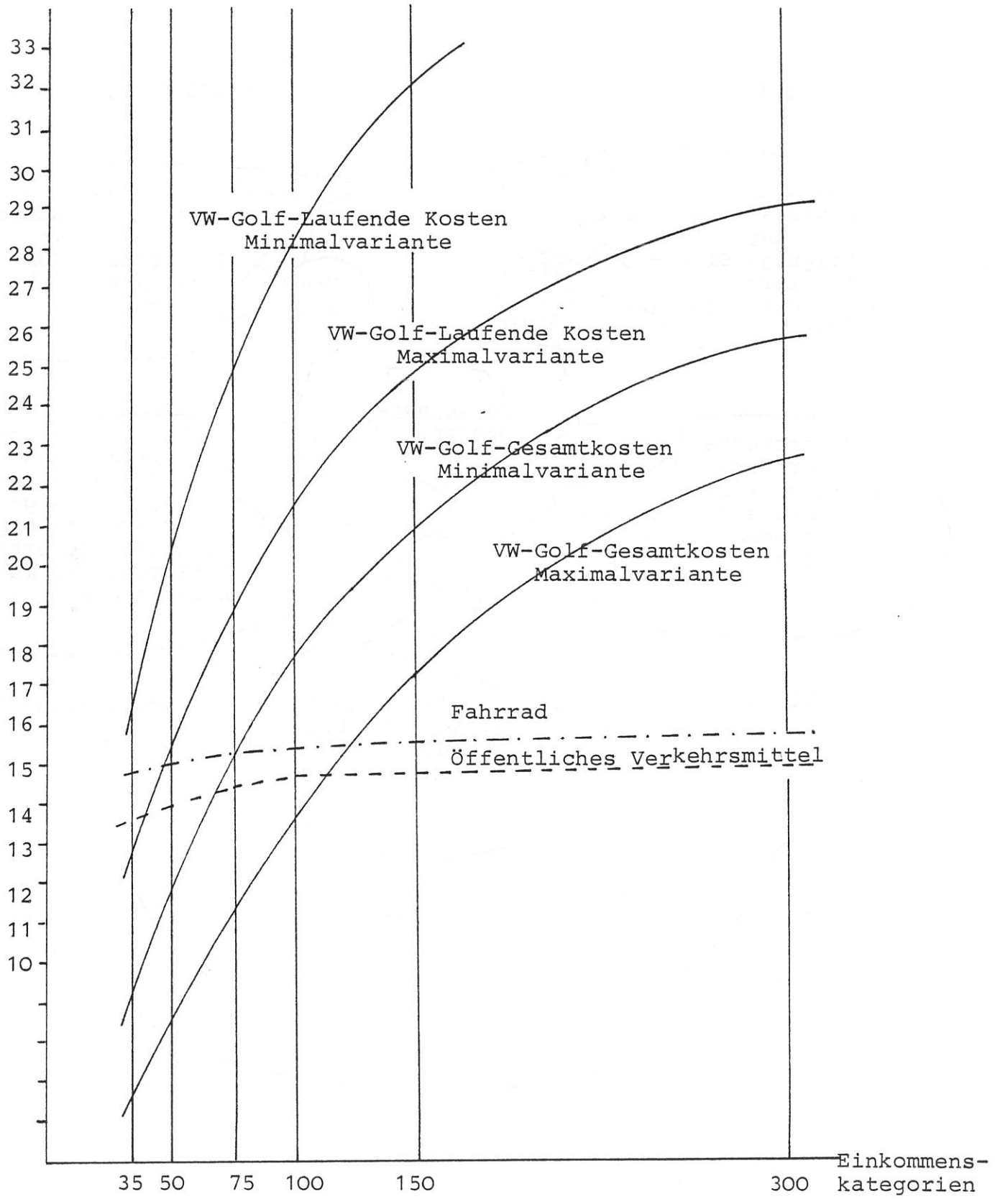
7.9 Analyse

Folgerungen aus 7. und 8.

7.10 Schlußfolgerungen für neue Organisationsformen

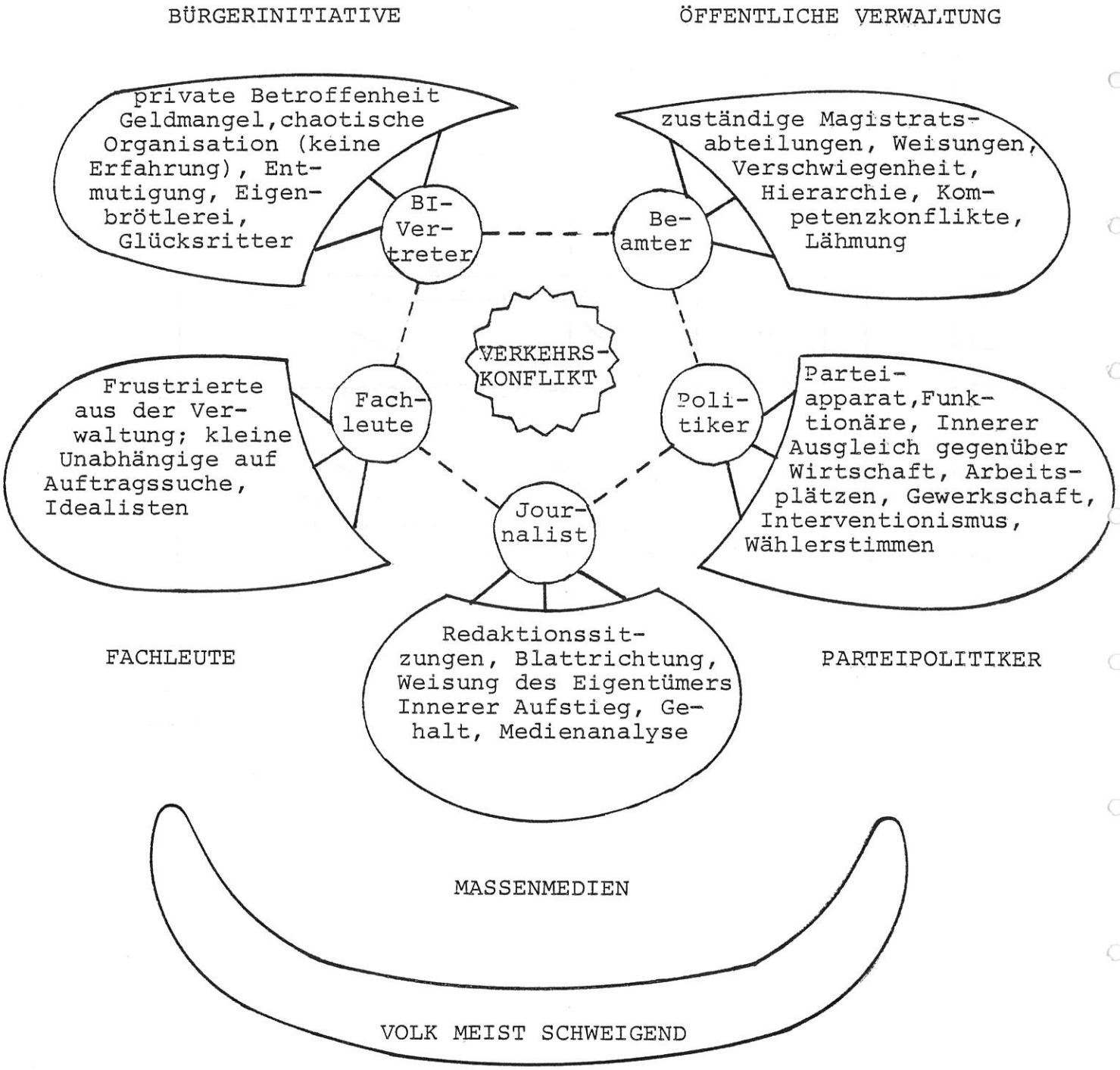
In Zusammenarbeit mit den anderen Projektmitarbeitern.

Diagramm: Vergleich der erzielbaren Geschwindigkeit in Abhängigkeit vom Einkommen verschiedenen Verkehrsarten sowie bei objektiver (Gesamtkosten) und subjektiver (laufende Kosten) Kostenperzeption



Quelle: Hiess H., Individuelle Kosten des Pkw, unveröffentlichtes Manuskript, Wien 1983.

KONFLIKT IM VERKEHRSBEREICH



8. Verkehrsberuhigung - Wohnstraßen

8.1 Einleitung und historischer Überblick

8.1.1 Die Veränderung der Stadt durch den Verkehr

"Die Straßenanlagen, die uns unsere Städte überliefert haben, sind für ganz andere Funktionsabläufe erfunden worden. Sie sind im Maßstab des Menschen, des Pferdes, der Kutsche erdacht. Zur Kanalisierung des motorisierten Fahrverkehrs ist die Straße untauglich, als Bewegungs- und Erlebnisraum für den Menschen jedoch nach wie vor geeignet. ... Die Leere, die das Auto in die Städte gebracht hat, wurde auch von anderer Seite mit gleicher Effektivität betrieben: durch das Trennen der verschiedenen Stadtfunktionen. Im neunzehnten Jahrhundert wucherte die Stadtstruktur zu unerträglicher Dichte. Das Entwirren der Stadtfunktion im 20.Jahrhundert war eine verständliche Reaktion der Planer auf ein Problem, für das es in der Geschichte keine Vorbilder gab." (KRIER o.Jg.)

Schon immer erhielt die Stadtplanung ihre wesentlichsten (mittelfristig durchsetzbaren) Impulse aus der konkreten Kritik bestehender Lebensbedingungen und Umweltqualitäten in den Städten (vgl. etwa Gartenstadtbewegung) und weniger (erfolgreich) aus großmaßstäblichen Utopien einzelner Planer oder ideologisch argumentierender Interessengruppen.

Das mit der Industrialisierung verbundene Wachstum der Städte führte zu baulicher Verdichtung, zunächst in einer fußläufigen Ausdehnung von etwa 4 km. Der Bau leistungsfähiger Massentransportmittel und später das Aufkommen des Automobils (zunächst mit den Vorteilen der individuellen Mobilität und später mit den kollektiven Nachteilen von sinkender Umweltqualität) brachte im Zusammenhang mit dem städtebaulichen Leitbild der Funktionstrennung eine Transportexplosion von Personen und Gütern mit sich.

1920 führte GURLITT (zit. in WINNING 1982) den Begriff "Verkehrsstraße" ein, die "dem Verkehr freie Bahn lassen" soll. Andererseits fordert er "Wohnstraßen", die "etwa im Mühlbrett-

system oder in anderer Weise so eingerichtet sein müssen, daß sie für den Durchgangsverkehr ungeeignet ... sind". In späteren städtebaulichen Modellen wird dann ansatzweise diese Differenzierung der Verkehrswege aufgenommen und teilweise verwirklicht.

Mit der Möglichkeit der Massenmotorisierung rückte der Gedanke der großräumigen funktionalen Trennung von Arbeiten und Wohnen (Charta von Athen 1941) in den Vordergrund und so wurde in den Nachkriegsjahren der Ausbau leistungsfähiger Straßen zwangsläufig zu einem vorrangigen Problem der Stadtplanung.

Die Zunahme des Individualverkehrs (mittels PKW) in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg führte dann zu Entwicklungen, durch die heute zumindest ein Aspekt der "Unwirtlichkeit" unserer Städte beschreibbar ist.

Mit der Kritik an dieser "Unwirtlichkeit unserer Städte" (MITSCHERLICH 1965) rückten die bisher nicht hinterfragten Vorteile des Individualverkehrs in den Mittelpunkt der Diskussionen. Starkes Wachstum in den Ballungszentren bei gleichzeitiger Randwanderung (infolge unzureichender Wohnungsgröße und -qualität und deutlich verschlechteter innerstädtischer Umweltqualität durch Grünflächendefizite, mangelnde Verkehrssicherheit, Lärm- und Abgasprobleme, etc.) hatten einen weiteren Ausbau des Straßenverkehrsnetzes mit sich gebracht.

Benutzbare Stadtstraßen (ohne die Nachteile des Automobilverkehrs) als Träger wichtiger sozialer Funktionen und als ein Teil der (wiederentdeckten) Urbanität wurden verlangt. Die erste (städtebauliche) Reaktion darauf war der Bau innerstädtischer Fußgängerzonen, die jedoch keine Lösung für die großen Probleme in den Kernrandbereichen (in Wien etwa die Gründerzeitviertel; 48 % aller Wohnungen innerhalb geschlossener Blockverbauung; WEBER 1981) darstellen.

Für diese wurden in vielen Generalverkehrsplänen der siebziger Jahre Sack-, Schleifen- und Einbahnsytsme bei gleichzeitigem Ausbau der Hauptverkehrsstraßen vorgeschlagen. Die starke Übertragung dieses Hierarchiesystems auf bestehende Wohnviertel (mit wenig differenzierten Erschließungsnetzen, die aus einer ganz anderen Funktionszielsetzung entstanden waren) führte aber zu keiner wesentlichen Verbesserung der Wohnumfeldverhältnisse und entsprach nicht den "sich vielfältig überlagernden, mehr netzförmigen funktionalen Beziehungen in solchen Stadtbereichen" (WINNING 1982).

Unter weitgehender Akzeptierung vorhandener Bausubstanz sind dem Ausbau des Straßennetzes Grenzen gesetzt (vgl. Widerstände gegen Stadtautobahn). Grenzen in Teilbereichen ziehen aber Grenzen des Gesamtverkehrsaufkommens nach sich. Die Diskussion über diesen Aspekt hält weiterhin mit unverminderter (teilweise ideologischer) Heftigkeit an. Im Gegensatz dazu steht die Unmöglichkeit, die dafür notwendige und ehemals vorhandene Funktionsmischung kurz- und mittelfristig wiederherzustellen.

Um dennoch (hinsichtlich des Verkehrsaspektes) urbane Lebensqualität zu erzielen, wurde daher in den letzten Jahren versucht, durch Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit und Ausbau von Wohnstraßen und Verkehrsberuhigten Zonen eine Verbesserung des Wohnumfeldes zu erreichen. Dabei zeigte sich, daß durch die Gestaltung des Straßenraumes zu einer Zone gleichberechtigter Nutzung von Kfz-Verkehr, Radfahrern und Fußgängern (mit den Möglichkeiten der Nutzung des Wohnumfeldes durch die Anwohner) teilweise auch eine Verringerung des Verkehrsaufkommens in diesen Gebieten zu erzielen war.

Schon 1964 schrieb BUCHANAN (zit. in WINNING 1982): "Alles läuft darauf hinaus, daß es mit vermehrten Erkenntnissen möglich sein wird, für jede beliebige Straße ... die Dichte und Zusammensetzung des Verkehrs festzulegen, der darauf zur Erhaltung guter environmentaler Verhältnisse zulässig ist."

Und WINNING (1982) selbst meint: "Diese Beschränkung (des Kraftfahrzeugverkehrs; Anm.d.Verf.) bedeutet gegenüber dem derzeitigen Zustand für Teilräume eine Verringerung, für andere Teilräume ein Gleichbleiben und für wiederum andere Teilräume noch mögliches weiteres Wachstum der Auto-Mobilität."

Daraus folgt aber auch, daß es mit dem Bau von Wohnstraßen alleine nicht getan ist. Ohne politische Willensentscheidungen (unter Druck der Öffentlichkeit), Generalverkehrsplänen, Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, Ausbau von Radwegen (auch und vor allem im dicht bebauten Stadtgebiet) und Information der Öffentlichkeit können auch punktuell gebaute und realisierte Wohnstraßen die anstehenden Probleme nicht lösen.Ohne Flächenhafte Verkehrsberuhigung (unter Beachtung aller verkehrspolitischen und städtebaulichen Randbedingungen) und Information und Beteiligung der Betroffenen bleiben Wohnstraßen Mosaikstücke in einem nicht fertiggestellten Puzzlespiel. Daß Autos längst umweltfreundlicher gebaut werden könnten, ist eine (leider nicht realisierte) Selbstverständlichkeit, die hier nur nebenbei erwähnt werden soll.

Nach den meisten Schätzungen werden schon innerhalb der nächsten 100 Jahre 95% aller Menschen in Stadtlandschaften leben. In Österreich sind es derzeit mehr als 60 %. Die Verbesserung städtischer Umweltqualität ist daher ein Problem, das nicht nur Wien allein betrifft, obwohl hier (prozentuell auf Österreich bezogen) sicherlich die größten Anstregungen unternommen werden müssen.

In Wien treten die Schwierigkeiten vor allem in den dicht (rasterblock-) bebauten Gründerzeitvierteln auf. Lag in diesen Stadtteilen die durchschnittliche Wohnungsgröße bei 35 m^2 (WEBER 1981), so war der Straßenraum eine dringend notwendige Voraussetzung für soziale Kontakte und für das, was in der heutiger Planersprache als "wohnungsnahe Freiraumnutzung" bezeichnet wird. "Wenn wir die historische Entwicklung der Straßen vor allem in den Städten betrachten, stellen wir fest,

daß vor Beginn der industriellen Revolution die Straße bereits ein bedeutender Kommunikationsort für das Gespräch der Nachbarn, das Spielen der Kinder und die Abwicklung von Geschäften war." (HARDER in HARDER u. SPENGELIN 1978).

War, beim weitgehenden Fehlen versorgungs- und nutzerorientierter städtischer Freiraumplanung, die (aufgrund "ungefährlicher" Verkehrsmittel und geringen Verkehrsaufkommens ohne die Probleme des ruhenden Verkehrs) benutzbare Straße oft der einzige (differenzierte und vielfältige) Spielplatz (vgl. Begriff Gassenbuben), so ist heute dieser Straßenraum bei (weitgehend) gleichgebliebener schlechter Wohnungsqualität für solche Nutzungen unbrauchbar geworden.

Schlechte Luftqualität, lauter, gefährlicher Verkehr und die Nutzung eines großen Teiles des Straßenraumes als Abstellplatz für PKW's haben die Möglichkeit von Kontakten im (öffentlichen) Wohnumfeld - mit entsprechender Rückwirkung auf die hausinterne Kommunikation - zerstört. Dieses Problem betrifft auch viele (als Parkplätze) benutzte Innenhöfe. Nicht zuletzt deswegen (und auch durch gesteigerte, artikulierte Lebensbedürfnisse) ist das Problem der Freiraumunterversorgung im dichtverbauten Stadtbereich so akut geworden. Die durch den Verkehr bedingten (Salzstreuung, Verdichtung, Luftqualität) schlechten Lebensbedingungen für Baumpflanzungen in Straßen tragen das Ihre dazu bei.

"Nicht die Förderung sozialer Beziehungen, sondern die Verhinderung ihrer Zerstörung durch Verkehrsberuhigung ist daher die zentrale Aufgabe des Planers." (HÜBNER in HARDER u. SPENGELIN 1978).

War die gründerzeitliche Bebauung zumindest architektonisch durch ihre Fassadengestaltung (Fassaden im wahrsten Sinn des Wortes, denn dahinter verbarg sich das organisierte Wohnelend) von Einheitlichkeit geprägt, so ist heute der Einheitlichkeitseindruck vieler Wohnvierteln (auch durch Zerstörung und

mangelnde architektonische und städtebauliche Qualität in der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg) eher durch dicht geparkte Autos erlebbar. Überzogene (bauliche) Verkehrslösungen bei mangelnder Verkehrsorganisation haben ihre Spuren auch im Stadtbild hinterlassen. Differenzierte städtebauliche Lösungen mit entsprechender urbaner Erlebnisqualität sind nicht zuletzt auch aufgrund des Vorranges der Bewältigung des motorisierten Individualverkehrs (fast) undurchführbar geworden. Allerdings nehmen auch die in Stadterneuerungsgebieten durchgeführten Konzepte neuer städtischer Qualität häufig wenig Rücksicht auf die architektonischen und städtebaulichen Vorgaben (vgl. Spittelberg oder die Diskussion um die "Übermöblierung" von Wohnstraßen und Fußgängerzonen in der BRD).

"Die Erhaltung oder Wiederherstellung eines städtischen Erlebniskontinuums ist eine wesentliche Notwendigkeit, um den sozialen und funktionalen Vernetzungen eines Stadtgefüges gerecht zu werden; eine Stadt ist nicht auf Zellen oder Zonen (auch nicht verkehrsberuhigte!) reduzierbar." (WINNING 1982).

So könnte der dialektische Prozeß zwischen Planung "autogerechter Städte" und Utopien "autoloser Stadt(teile)" zu einer Synthese von (gefahrlos) benutzbaren städtischen Quartieren (Grätzln) - mit ästethischen (Stadtbild-) Qualitäten und physischen (Umwelt-)Qualitäten - und der Beibehaltung individueller Mobilität (unter Einbeziehung öffentlicher Verkehrsmittel und des Radfahrens) führen. Niemandem kann zugemutet werden, in lärm- und abgasintensiver Umgebung den Weg zum zehn Minuten entfernten Öffentlichen Verkehrsmittel dem wohnungsnahe geparkten Auto vorzuziehen oder im dichten Stadtverkehr das Fahrrad zu benutzen.

Damit ist der Kreis zwischen den Forderungen GURLITTS (siehe oben) und der (größtenteils) anonym geäußteren Unzufriedenheit mit der städtischen Umweltqualität im Wohnumfeld (hinsichtlich des motorisierten Individualverkehrs) zumindest theoretisch (vorläufig) geschlossen und gleichzeitig ein neuer Anfang im Sinne von Impulsen für die Stadtplanung gemacht. Konkrete Ergebnisse gibt es (in Österreich) noch wenige.

Wien VI, Kaunitzgasse 13 - 15
Häuserfront schräg von links.
Aufnahme um 1900

Wien VII, Kirchengasse 1 ff.
Durchblick, Ende 19. Jahrhundert

Wien VIII, Alserstraße 35 ff.
Stockwerksaufnahme Richtung Universitätsstraße
etwa vom Hause Nr. 35.
Pferdeomnibusse! (Um 1900)

8.1.2 Entwicklungsprozesse und Erfahrungen bei Verkehrsberuhigung und Wohnstraßenrealisierung im Ausland

8.1.2.1 Beispiel Niederlande

Allgemeines:

Seit Anfang der siebziger Jahre versucht die niederländische Regierung, das Verhältnis zwischen Verkehr und Qualität des Wohnumfeldes zu verbessern. Im September 1976 trat als Ergebnis der in einigen Städten durchgeführten Experimente die neue Gesetzgebung (im Rahmen der Niederländischen Straßenverkehrsordnung) für "Woonerven" in Kraft, die aus zwei Teilen besteht:

- Verhaltensregeln für Verkehrsteilnehmen im "Woonerf"
- Mindestbedingungen für die Gestaltung von "Woonerven".

Seit 1976 sind so in den Niederlanden mehr als 800 "Woonerven" (allerdings meistens in weniger dicht verbauten Gebieten) gebaut worden. Um eine Bewertung der "Woonerf"-Lösungen zu ermöglichen und Erfahrungen zusammenzufassen, wurden in den Städten Rijswijk und Eindhoven Demonstrationsprojekte veranlaßt, deren Ergebnisse Ende 1983 publiziert werden sollen.

Definition und Merkmale des Niederländischen Woonerfs:

Unter "Woonerf" ist ein zusammenhängender Teil des öffentlichen Raums, in dem die Wohnfunktion deutlich den Vorrang vor der Verkehrsfunktion hat, und dies auch durch eine spezielle Gestaltung des öffentlichen Raums zum Ausdruck kommt, zu verstehen. Das Gebiet ist nicht verkehrs- oder autofrei, es müssen jedoch bestimmte Mindestanforderungen des Niederländischen Verkehrsministeriums erfüllt werden.

Merkmale der "Woonerven" sind ein auf den Fußgänger zugeschnittenes "idyllisches" Straßenbild, markierte Parkplätze, Spielplätze, differenzierte Straßendetailgestaltung, ge-

schwindigkeitshemmende Maßnahmen und der Versuch, zumindest im Entwurf und in der Planung das "Woonerf" als zusammenhängendes Gebiet zu betrachten.

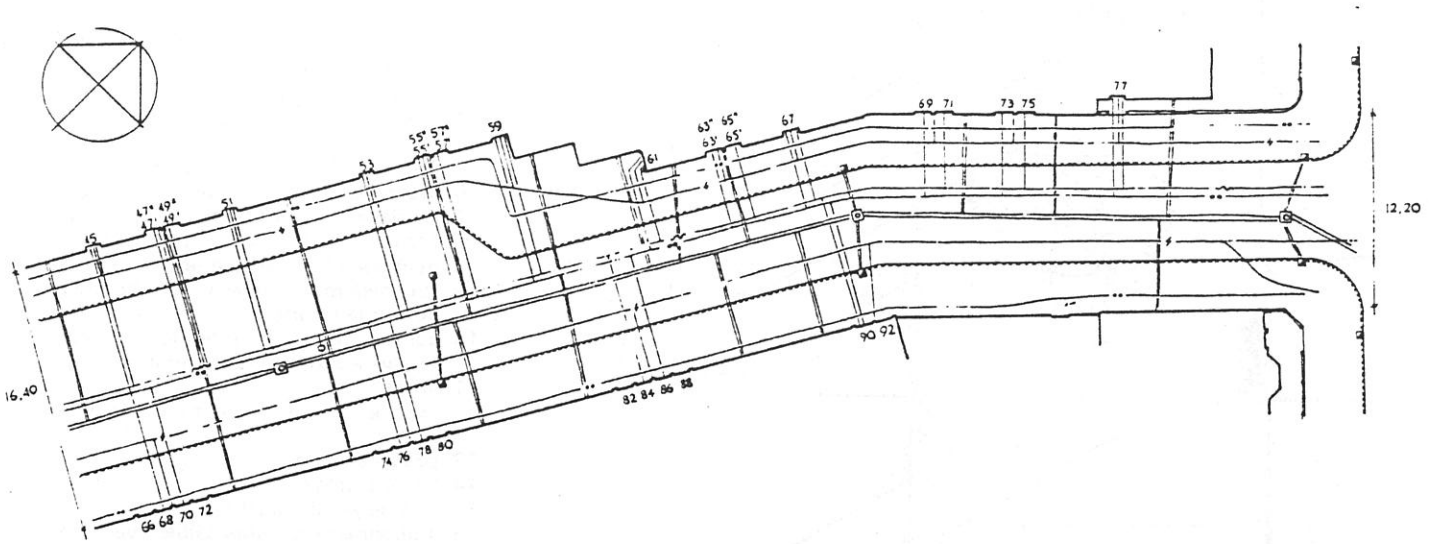
Wesentliche Zielsetzungen sind:

- kein Vorrang für den Autoverkehr gegenüber anderer Verkehrsteilnehmern
- Kinder sollen überall spielen können (bei den vorgeschriebenen geringen Geschwindigkeiten der Fahrzeuge ist auch bei einem Unfall nicht mit ernstlichen Verletzungen zu rechnen, und Kinder können so "spielerisch" Erfahrungen mit dem Kraftfahrzeugverkehr sammeln)
- kein Parken entlang des Gehweges
- zugelassene Höchstgeschwindigkeit kleiner als 50 km/h (15 - 20 km/h entspricht Schritttempo)
- Das "Woonerf" soll mit einer oder mehreren Ausfahrten in die umliegenden Verkehrsstraßen ausmünden.

Restriktionen und Planungsvoraussetzungen:

Das Prinzip der "Woonerven" beruht darauf, daß einerseits in den dafür in Frage kommenden Straßen das Verkehrsaufkommen niedrig ist (also Straßen nur mit Ziel- und Querverkehr und maximalen Spitzen von 100 bis 200 KFZ/Stunde) und andererseits die Verkehrsteilnehmer bereit sind, die Geschwindigkeitsbeschränkungen einzuhalten. Laut persönlicher Mitteilung von Prof. Norfried Pohl vonder Landbouwhogeschool Vakgroep Landschapsarchitectuur ist letztere Annahme nicht mehr ganz zulässig, da die Gewöhnung der Autofahrer an geschwindigkeitshemmende Maßnahmen (Schwellen, Fahrbahnversatz) in der Fahrpraxis zu höheren Geschwindigkeiten (als der zulässigen 15 - 20 km/h) führt.

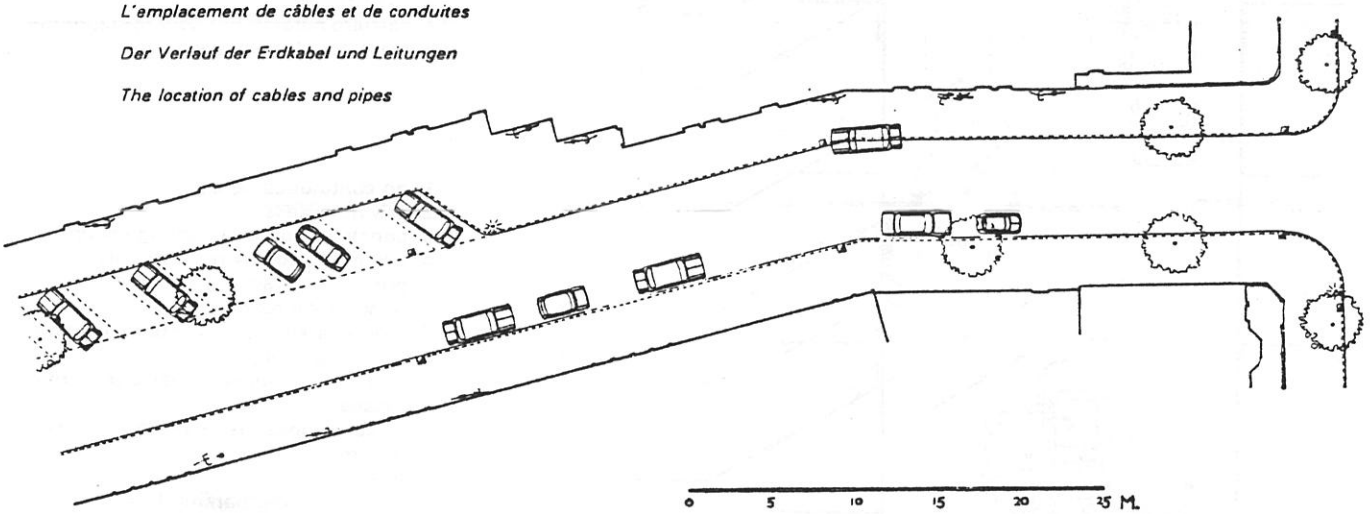
Der Radius einer "Woonerf" wird mit 500 m angenommen, da Untersuchungen ergeben haben, daß dieses Gebiet als "eigene" (wohnungsnahe) Umgebung angesehen wird. Besteht in einem Gebiet



L'emplacement de câbles et de conduites

Der Verlauf der Erdkabel und Leitungen

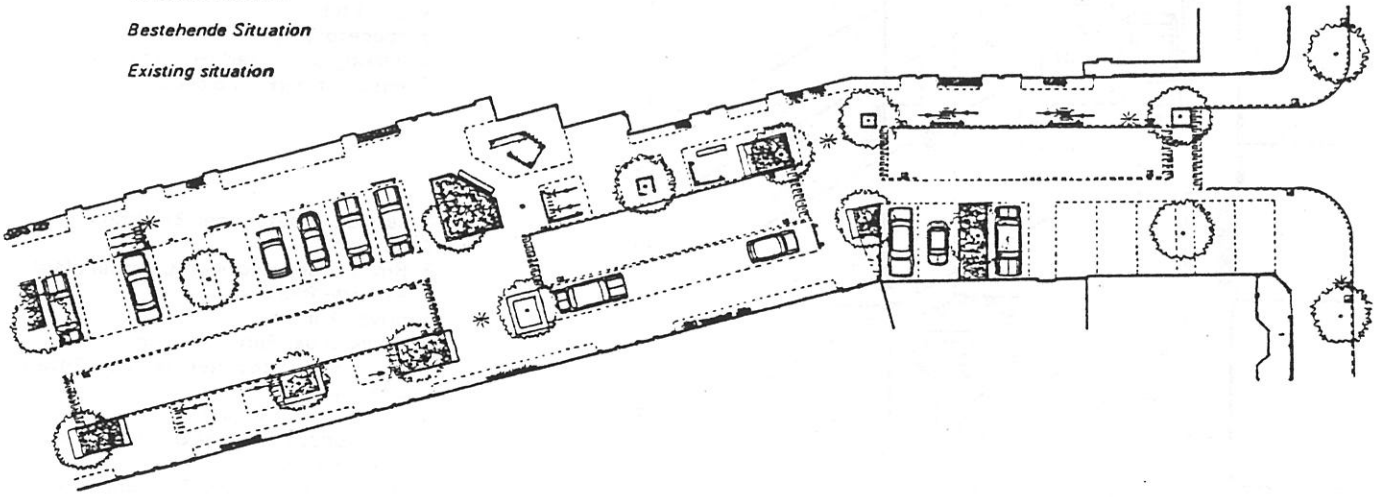
The location of cables and pipes



Situation existante

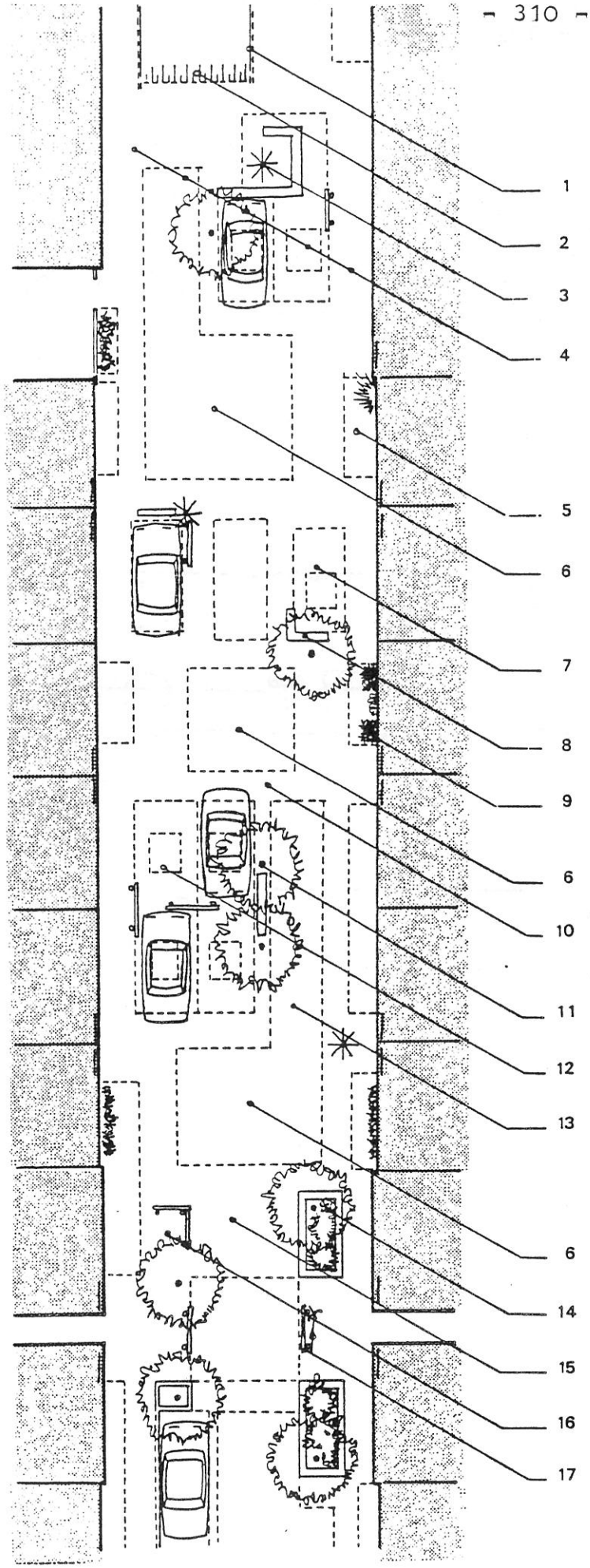
Bestehende Situation

Existing situation



Woonerf

AUS: "WOONERF" 1980



1. pas de trottoir continu
2. petite entrée garage
3. banc autour du mât d'éclairage
4. revêtement varié
5. trottoir propre aux habitants
6. décrochement de la bande roulante
7. emplacement de stationnement non occupé, destiné au jeu et au repos
8. petit banc/élément de jeu
9. sur demande: espace de plantation devant la façade
10. absence de continuité de la bande roulante dans le revêtement
11. arbre
12. espaces de stationnement marqués au sol
13. passage étroit
14. bac à plantes
15. aire de jeu de façade à façade
16. stationnement impossible par obstacles
17. barrière notamment pour le stationnement des deux-roues

1. no continuous kerb
2. private access
3. bench around low lighting column
4. use of varied paving materials
5. private footway
6. bend in the roadway
7. empty parking lot: place to sit or play in
8. bench/play object
9. on request: plot with plants in front of facade
10. no continuous roadway marking on the pavement
11. tree
12. clearly marked parking lots
13. bottleneck
14. plant tub
15. space for playing from facade to facade
16. parking prevented by obstacles
17. fence for parking bicycles etc.

1. kein durchgezogener Bordstein
2. Zufahrt
3. Ringsitz um niedrigen Laternenpfahl
4. variierte Pflasterung
5. privat Auftritt
6. Knick in der Fahrtrichtung
7. leerer Parkplatz bietet Platz zum Sitzen oder Spielen
8. Ringsitz/Spielobjekt
9. auf Wunsch: bepflanztes Fach vor der Hausfassade
10. keine durchgehende Fahrspurbezeignung auf der Pflasterung
11. Baum
12. deutlich markierte Abstellplätze
13. enge Durchfahrt
14. Pflanzentopf
15. Spielgebiet von Fassade zur Fassade
16. Parken durch Hindernisse unmöglich
17. Zaun u.a. zum Abstellen von Fahrrädern

AUS: "WOONERF" 1980.

starker Parkplatzmangel und ist die Möglichkeit für die Schaffung zusätzlicher Abstellplätze nicht gegeben, so wird meist auf die Realisierung eines "Woonerf" verzichtet, da bei dessen Errichtung weitere Abstellmöglichkeiten verloren gingen. Daher werden "Woonerven" meist dort ausgebaut, wo Wohnen die überwiegende Nutzungsart ist und die Probleme von Mischgebieten mit zeitlichen Verkehrsspitzen, Anlieferverkehr und Parkplatzmangel (bedingt durch die in diesem Gebiet Arbeitenden) nicht auftreten.

Gestaltungsmerkmale und Mindestanforderungen:

Die Übergänge zwischen normalen Straßen und "Woonerf"-Straßen müssen deutlich erkennbar markiert sein (Tafel mit entsprechender Aufschrift) und werden meist "torartig" ausgebildet. Häufig werden die Ein- und Ausfahrten einige Meter (10 - 15 m) von der kreuzenden Straße abgerückt, um Straßen gleicher Ordnung zu schaffen (Verkehrsorganisation).

Im Querprofil der "Woonerf"-Straßen besteht im allgemeinen kein ununterbrochener Höhenunterschied, so daß der Eindruck der Trennung zwischen Fahrbahn und Gehsteig vermieden wird. Werden doch erhöhte Bordsteine gebaut, ist eine deutliche Unterbrechung im Abstand von 25 m gefordert (z.B. Pflanzkästen, Bäume etc).

Die Zahl der Parkplätze ist auf den Bedarf im entsprechenden Gebiet ausgelegt und wird bereits bei der Planung berücksichtigt; geringfügige Unterschreitung des Bedarfs ist möglich, wenn in unmittelbarer Nähe ein ausreichendes Anbot an ungenutzten Parkmöglichkeiten zur Verfügung steht; die Abstellplätze werden deutlich markiert (meist mit einem in den Belag eingezeichneten "P").

Zur Geschwindigkeitsbeschränkung werden Einengungen, Versätze, Schwellen usw. verwendet, die häufig mit Pflanzkästen kombiniert werden. Diese baulichen Maßnahmen müssen aber so ausgeführt sein, daß sie für ein im Schritttempo fahrendes

Fahrzeug kein unangenehmens Hindernis darstellen und dürfen nicht dazu führen, daß Kraftfahrzeuge zu dicht an den Häusern entlangfahren oder die Sicht durch Pflanzkästen und Sträucher etc. verdeckt wird (max. Höhe 75 cm).

Das Querprofil ist mittels entsprechender Elemente (Poller etc.) so ausgeführt, daß zwischen "Fahrbahn" und Häusern ein Abstand von mindestens 60 cm verbleibt.

Für die Verkehrsorganisation in den "Woonerven" wurden in die Niederländische Verkehrsordnung eigene Bestimmungen aufgenommen.

Organisation und Durchführung:

"Woonerven" werden in alten und neuen Wohngebieten durchgeführt. Im ersteren Fall werden die Wünsche der Bewohner durch einen entsprechenden Planungsablauf berücksichtigt. Häufig stellen Einwohner eines Gebietes einen Antrag zur Errichtung eines "Woonerf", der von den Behörden auf seine Durchführbarkeit überprüft wird (Parkplätze, Verkehrsfunktion, Feuerwehr, Müllfahrzeuge, Versorgungsleitungen, Polizei, Reinigungsdienst etc.). Bei einer gemeinsamen Informationsveranstaltung wird das Konzept von Planern erläutert und Wünsche der Bewohner in die Planung integriert. Der endgültige Entwurf wird dann in Form einer Broschüre an alle Beteiligten versandt.

In neuen Wohngebieten ist die Mitsprache der Bewohner kaum möglich, da diese in den meisten Fällen noch nicht bekannt sind. Häufig wird dem später steigenden Parkplatzbedarf dadurch Rechnung getragen, daß die entsprechenden Flächen mittelfristig als Grünflächen eingeplant werden.

In beschränktem Maß kann die Errichtung von Wohnstraßen durch staatliche Subventionen gefördert werden (Ministerium für Wohnungswesen und Raumordnung, Ministerium für Kultur, Freizeitgestaltung und Sozialarbeit).

Erfahrungen:

- Die Errichtung von Wohnstraßen sollte Schritt für Schritt durchgeführt werden, um zu vermeiden, daß gleichzeitig ein größeres Gebiet umgestaltet wird und die Umorganisation des Verkehrs bei Nichtfunktionieren nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

  Aus diesem Grund wird in den Niederlanden bei den Kostenvoranschlägen immer ein Sonderposten aufgenommen, aus dem eventuell notwendige spätere Veränderungen finanziert werden können.

- Die Breite von Fahrgassen soll 2,80 - 3,20 m nicht übersteigen. Alle 50 m sollte eine Passierstelle angebracht werden. Das Netz sollte so angelegt werden, daß man rundherum fahren kann (dadurch wird auch vermieden, daß größere Fahrzeuge rückwärts fahren müssen) oder es wird eine Wendeschleife gebaut. Letzteres bringt allerdings häufig das Problem des illegalen Parkens in diesen Wendeschleifen mit sich.

- Maßnahmen zur Geschwindigkeitsbeschränkung können in Form von Fahrbahnversätzen (min. 45°, Versatz der Mittellinie entsprechend der Breite des Fahrweges) oder in Form von Schwellen (Sinusform, 12 cm hoch und 4,8 m lang) durchgeführt werden.

- Gegenwärtig wird überprüft, inwieweit der Einsatz kleinerer Feuerwehrfahrzeuge und Müllfahrzeuge (zur Verminderung der Mindestbreite der Einfahrten) möglich ist. Für letztere wird häufig eine spezielle Route ausgearbeitet. Die Straßenreinigung wird mit kleineren Maschinen oder händisch durchgeführt.

- Leitungen und Rohre sollen möglichst im Fahrbahnbereich untergebracht werden, da sich die ursprüngliche Forderung nach einem abgetrennten, 2,5 m breiten befestigten Streifen (ohne Bäume etc.) als ungünstig erwiesen hat.

- Durch den unregelmäßigen Charakter der Wohnstraßen und den Wunsch nach Begrünung treten häufig relativ kleine Pflanzflächen (mit schwieriger und teurer Unterhaltspflege) auf. In den Niederlanden werden diese Flächen meist den Bewohnern zur Nutzung übergeben. Als Pacht wird symbolisch 1,- hfl/Jahr von den Anwohnern bezahlt.
- Wenn eine Wohnstraße gebaut wird, ist es notwendig, daß der größte Teil der Anwohner dieser Einrichtung schon vor der Durchführung positiv gegenübersteht. Dieses Ziel kann nur durch Zusammenstellung von Informationsmaterial und durch Organisation von Zusammenkünften und der Beteiligung der Anwohner am Planungsprozeß erreicht werden.

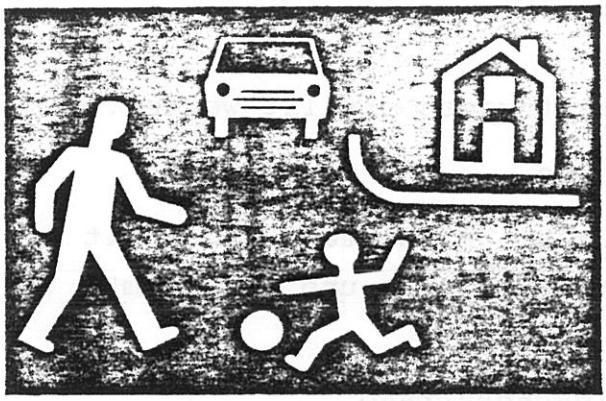
8.1.2.2 Beispiel Schweiz

Am 1. Januar 1980 wurde in der Schweiz das neue Verkehrszeichen "Wohnstraße" eingeführt. Mit diesem Signal (Art. 43 Straßensignalisationsverordnung) sind folgende Bedingungen verbunden:

1. Das Signal "Wohnstraße" kennzeichnet besonders hergerichtete Verkehrsflächen, die in erster Linie für Fußgänger bestimmt sind und wo folgende Verkehrsregeln gelten:
   a) Die Höchstgeschwindigkeit der Fahrzeuge beträgt 20 km/h; die Führer müssen den Fußgängern den Vortritt gewähren. Fahrzeuge dürfen nur an den durch Signale oder Markierungen gekennzeichneten Stellen parkiert werden.
   b) Die Fußgänger dürfen die ganze Verkehrsfläche benützen, wobei Spiel und Sport gestattet sind. Sie dürfen die Fahrzeuge nicht unnötig behindern.
2. Das Signal "Ende der Wohnstraße" zeigt an, daß wiederum die allgemeinen Verkehrsregeln gelten.
3. Das EJPD erläßt Weisungen über die Ausgestaltung und Signalisation von Wohnstraßen. Bis zum Erlaß der Weisungen darf das Signal "Wohnstraße" nur mit Bewilligung des Bundesamtes aufgestellt werden. Nach Erlaß der Weisungen können die Kantone das Aufstellen des Signals "Verkehrsstraße" bewilligen.

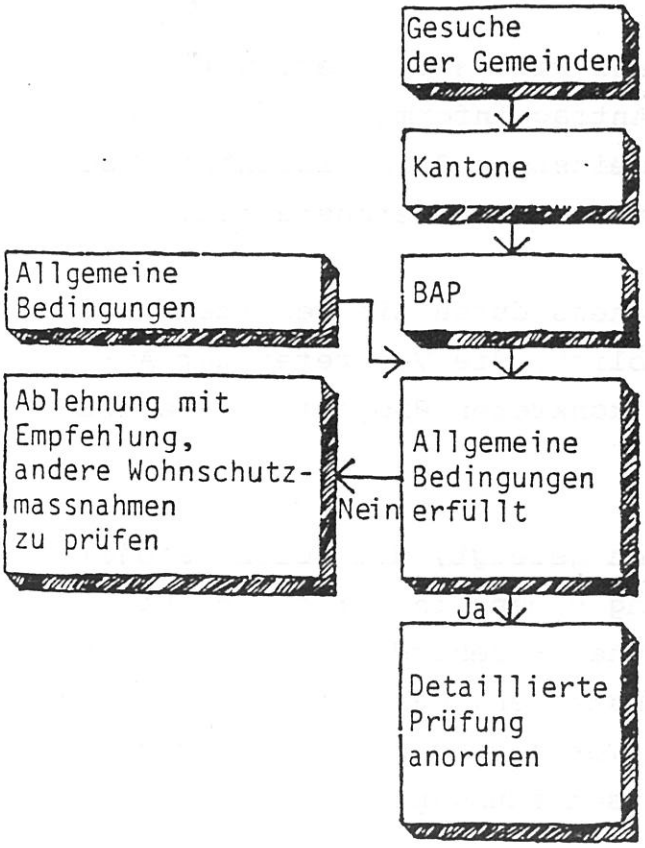
Voraussetzungen für die Bewilligung zum Aufstellen des Signals "Wohnstrasse"

Am 1. Januar 1980 wurde das neue Signal "Wohnstrasse" eingeführt
Art. 43 SSV (siehe rechtlicher Teil Seite 102)



Mit dem Erlass dieses Artikels hat eine gesamtschweizerische Versuchsphase begonnen. Sie ist auf etwa zwei Jahre befristet.

Während der Versuchsphase durchläuft das Gesuch folgenden Instanzenweg:



AUS: "HEUTE STRASSE - MORGEN WOHNSTRASSE" 1981

Mit dem Erlaß dieser Verordnung hat in der Schweiz eine Versuchsphase begonnen, die auf zwei Jahre befristet ist. Die Bewilligung für das Aufstellen des Signals "Wohnstraße" wird aufgrund einer provisorischen Kriterienliste erteilt, mit der Antragsteller prüfen können, ob die in Frage kommende Straße als "Wohnstraße" geeignet ist.

Dabei müssen die folgenden Voraussetzungen erfüllt werden:

- Die Straße liegt in einer Wohnzone.
- Die Straße hat ein Einzugsgebiet von mindestens 1 ha, mit der Dichte von mindestens 10 Einwohnern/ha und insgesamt 50 Einwohnern.
- Es handelt sich um eine Erschließungsstraße.
- Das Verkehrsaufkommen beträgt nicht mehr als 100 PKW/Stunde (d.h. max. 200 Parkplätze bzw. Garagen).
- Die Straße hat eine Länge von 50 - 300 m.
- Die Straße ist frei von öffentlichen Verkehrsmitteln (ausgenommen Schulbus).

Im Zuge des Bewilligungsverfahrens wird auch überprüft, ob andere Anwohner der Straße vom Antrag informiert sind. Daher werden in den meisten Fällen gemeinsamen Orientierungsabende unter Einbeziehung von Gemeindevertretern veranstaltet.

Bei positiver Aufnahme des Ansuchens durch die Behörde ist es heute in der Schweiz schon üblich, die Vertreter der Anwohner bei der Ausarbeitung des konkreten Projektes miteinzubeziehen.

Alle anderen Vorgangsweisen haben gezeigt, daß solche Projekte kaum eine Chance auf Realisierung haben. In Zürich und Basel ist die positive Beziehung Anwohner - Behörden sogar Voraussetzung bei der Planung von Wohnstraßen. Darüberhinaus ist es üblich, Hausbesitzer und andere Verwaltungsstellen (als z.B. das Stadtplanungsamt) in den Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen.

Vorgehen

Beispiel eines Fragebogens (Arbeitsgruppe Bärenfelserstrasse, Basel)

Werte Anwohner,

Sicher haben Sie in der Zeitung vom Regierungsratsbeschluss gelesen, in der Bärenfelserstrasse ein Wohnstrassenprovisorium durchzuführen. Da wir möglichst mit allen Anwohnern zusammenarbeiten wollen, bitten wir Sie, diesen Fragebogen auszufüllen. Ihre Mitarbeit ist sehr wichtig, schreiben Sie, was Sie gerne in Ihrer Wohnstrasse wünschen und was Sie auf keinen Fall möchten. Die Arbeitsgruppe "Wohnstrasse" möchte möglichst viele Mitarbeiter neu aufnehmen, damit alle Anwohner der Bärenfelserstrasse Ihre Interessen vertreten können.

Wollen Sie in unserer Arbeitsgruppe mitmachen? ja ☐ nein ☐

Wenn ja, bei was?
Planung ☐ handwerklich ☐ Kinderbetreuung ☐
Einrichtung ☐ Gartenarbeit ☐ Zusammenkünfte organisieren ☐
sonstiges ☐

Auch wenn Sie nicht mitarbeiten wollen, bitten wir Sie, die folgenden Fragen ebenfalls zu beantworten: (wenn ja, ankreuzen)

Wollen Sie vor Ihrem Haus:
Bänke? ☐ Sandkasten ☐ Tischtennistisch? ☐
Hunde-WC? ☐

Wünschen Sie nachbarliche Hilfe?
Kommissionen ☐ Oelkannen tragen ☐ Holz tragen ☐
Unterhaltung ☐ Kinderhüten ☐ Hilfe im Krankheitsfall ☐

Wollen Sie einen Gemeinschaftsraum? ja ☐ nein ☐

Hätten Sie einen Raum, den Sie für gemeinsame Anlässe für die Wohnstrasse zur Verfügung stellen können? ja ☐ nein ☐

Weitere Anregungen:

Dieser Fragebogen ist mit Absicht nicht anonym. Damit wir mit Ihnen Kontakt aufnehmen können, bitten wir Sie, uns die folgenden Angaben zu machen:

Name:

Adresse:

PS: Beachten Sie bitte das Anschlagbrett, das auch Sie benützen dürfen. Den Fragebogen werfen Sie bitte bei der folgenden Adresse ein:

AUS: "HEUTE STRASSE - MORGEN WOHNSTRASSE" 1981

Den meist angespannten finanziellen Verhältnissen der Gemeinden wird daruch Rechnung getragen, daß von den Initiativgruppen häufig einfach Maßnahmen vorgeschlagen werden, die größere Chancen auf (rasche) Realisierung besitzen und außerdem leichter auf geänderte Bedürfnisse angepaßt werden können (offene, dynamische Planung).

Bestehen Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit den Behörden (mangelnde Bereitschaft), so gibt es in der Schweiz das sogenannte Petitionsrecht. Damit ist das Recht verbunden, alleine oder zusammen mit einer Liste von Unterschriften bei den Behörden Bitten, Vorschläge und Kritiken einzureichen. Die Behörde ist zwar nicht verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu setzen, muß aber die Petition zur Kenntnis nehmen. In letzter Zeit wird diese Form immer häufiger und hängt maßgeblich von der Zahl der Unterschriften ab, was wiederum eine (im Planungsprozeß) sehr frühe Organisation der Bürger notwendig macht.

Zur Unterstützung von Initiativgruppen stehen in der Schweiz eine Reihe von Vereinigungen zur Verfügung (Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, Stiftung Pro Juventute, Stiftung Wohnen und Öffentlichkeit, Verkehrs-Club der Schweiz, Arbeitsgemeinschaft Rechtsgrundlagen Fuß- und Wanderwege, Institut für Verkehrsplanung und Transporttechnik an der ETH), die Kontakte vermitteln, Auskünfte erteilen und Informationsmaterial und Tonbildschauen zur Verfügung stellen oder bei Anwohnerzusammenkünften Referate abhalten.

8.1.2.3 Beispiel München

Behörderninitiativen:

Für eine Reihe von Innenstadtbereichen werden derzeit in München Verkehrskonzepte erarbeitet, in denen geklärt werden soll,welche Straßen vorrangig dem Durchgangs- und Quartiererschließungsverkehr dienen müssen und wo, bedingt durch reine Erschließungsfunktion, verkehrsberuhigende Maßnahmen möglich sind.

Diese Konzepte, die die Öffentlichkeit vorgestellt werden und nach einer Diskussionsphase beschlossen werden, sind Voraussetzungen für koordinierte Maßnahmen im Rahmen der Verkehrsberuhigung.

Durch die angespannte Haushaltslage ist allerdings damit zu rechnen, daß entsprechende Maßnahmen vorerst dort durchgeführt werden, wo ohnehin gerade Straßenumbauten (Kanalumlegung etc.) vorgesehen sind. Eine verstärkte Initiative seitens der Stadt ist nach dem Abschluß des U-Bahnbaues zu erwarten, da derzeit 27 % aller Mittel des Mehrjahrinvestitionsprogramms für den U-Bahnbau verwendet werden.

Bürgerinitiativen:

Im Herbst 1977 wurde, angeregt vom URBANES WOHNEN e.V., der "Arbeitskreis Münchner Bürger für Verkehrsberuhigung" gegründet. Der Arbeitskreis besteht aus:

- Vertretern der Bezirksausschüsse
- Vertretern der zuständigen städtischen Referate (Planung, Kreisverwaltung, Bau) und des Münchner Verkehrsverbundes
- Bürger und Bürgerinitiativen aus den Stadtvierteln
- Interessensvertretern (z. B. Gastronomie)
- Verkehrsexperten
- Vertretern des Münchner Forum e.V. und des Vereines URBANES WOHNEN e.V.

Arbeitsschwerpunkt ist die Verkehrsberuhigung von Schwabing und der Maxvorstadt.

Der Arbeitskreis versteht sich als Bürgergremium, das in der Lage ist, die städtische Planung mit "objektivem Sachverstand" zu begleiten. Er will Informationen an die Öffentlichkeit bringen und neue Wege der bürgernahen "Offene Planung von Anfang an" anregen. Als eine der Hauptaufgaben sieht der

Arbeitskreis die Unterstützung des Stadtrats und der Stadtverwaltung an.

Dabei stehen folgende Ziele im Vordergrund:

- breitangelegte, von den Bezirksausschüssen politisch getragene öffentliche Meinungsbildung
- frühzeitige Einbeziehung aller Betroffenen
- frühzeitiges Aufzeigen und Verarbeiten von entstehenden Sachkonflikten
- Koordination örtlicher Lösungsansätze

Der Arbeitskreis versucht auch, über örtliche Bürgerinitiativen hinausgehend, allen betroffenen Bürgern Probleme nahezubringen.

Bisher wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

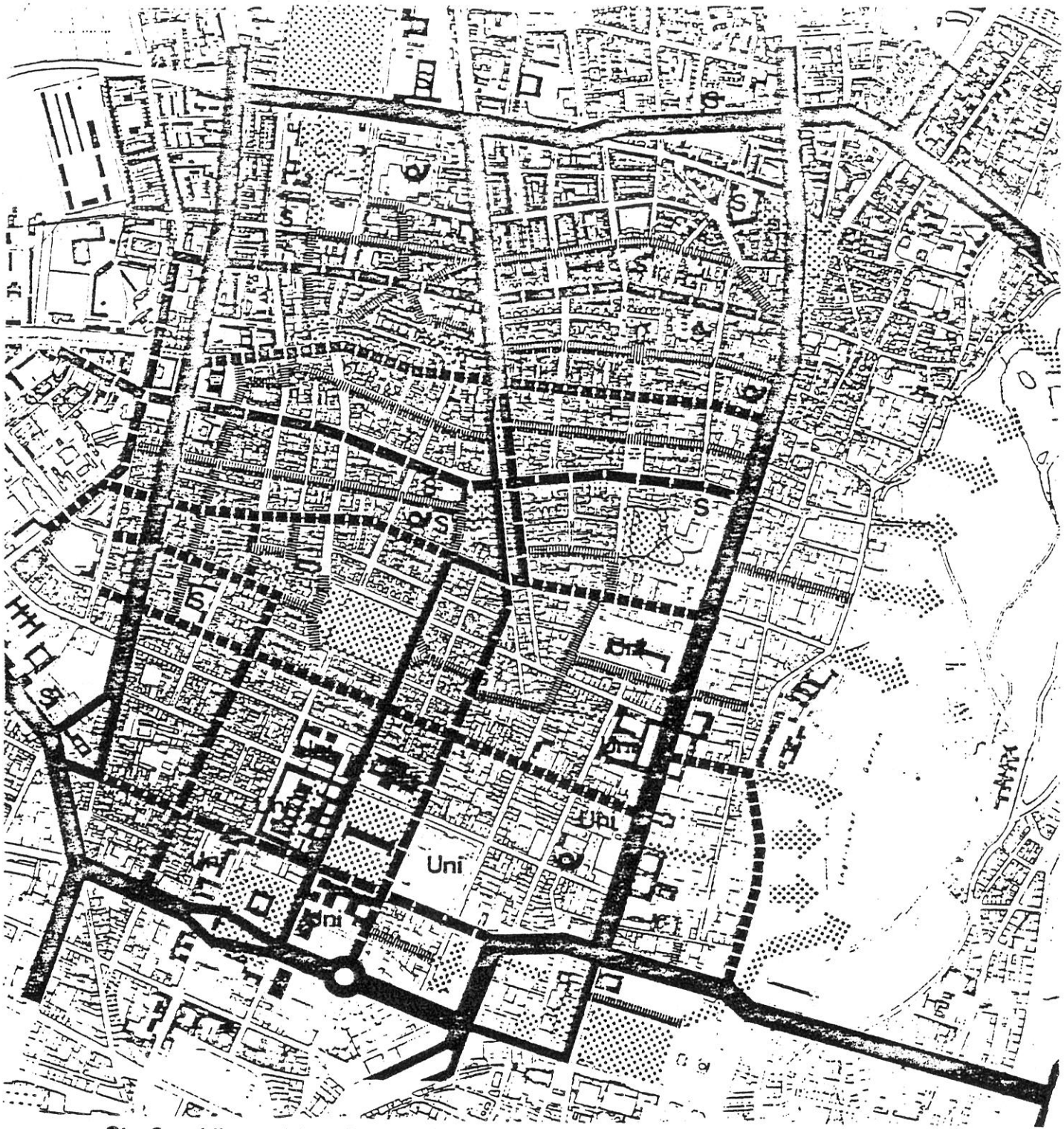
- Herausgabe einer Informationsbroschüre
- Monatliche Sitzungen zur Abstimmung der Anregungen von Bezirksausschüssen, Bürgerinitiativen und Verwaltung
- Aufstellung eines Problemskatasters
- Erarbeitung eines Hauptnetzes für den Individualverkehr
- Vorschläge für das Münchner Verkehrsverbundnetz
- Anregungen für ein großräumiges Fuß- und Radwegenetz
- Systematisierung und Typisierung von Straßen hinsichtlich der Möglichkeiten für die Verkehrsberuhigung

Die Ergebnisse des Arbeitskreises wurden 1981 von der Verwaltung positiv aufgenommen. In Abstimmungsgesprächen wurde ein Kompromißvorschlag ausgearbeitet, der die langfristige Gestaltung des Gebietes grob festlegt. Bei Zustimmung durch den Stadtrat soll dieser Vorschlag vor allem zwei Zwecken dienen:

- Leitlinien für sofort und ohne großen finanziellen Aufwand durchführbare Maßnahmen (Verkehrslenkung, Geschwindigkeitsbeschränkung)

- Leitlinien für im Planungsgebiet durchgeführten Straßenbauarbeiten, um bei den Umbauten gleich verkehrsberuhigende Maßnahmen miteinbeziehen zu können

In der Zwischenzeit wurde ein verwaltungsinterner "Arbeitskreis Verkehrsberuhigung" geschaffen, der die mit Verkehrsberuhigung befaßten städtischen Referate (Planung, Kreisverwaltung, Bau) koordinieren soll. Aus dieser Arbeit entstand ein "Gesamtkonzept Verkehrsberuhigung" für die Stadt München, über das der Stadtrat in Kürze entscheiden wird.



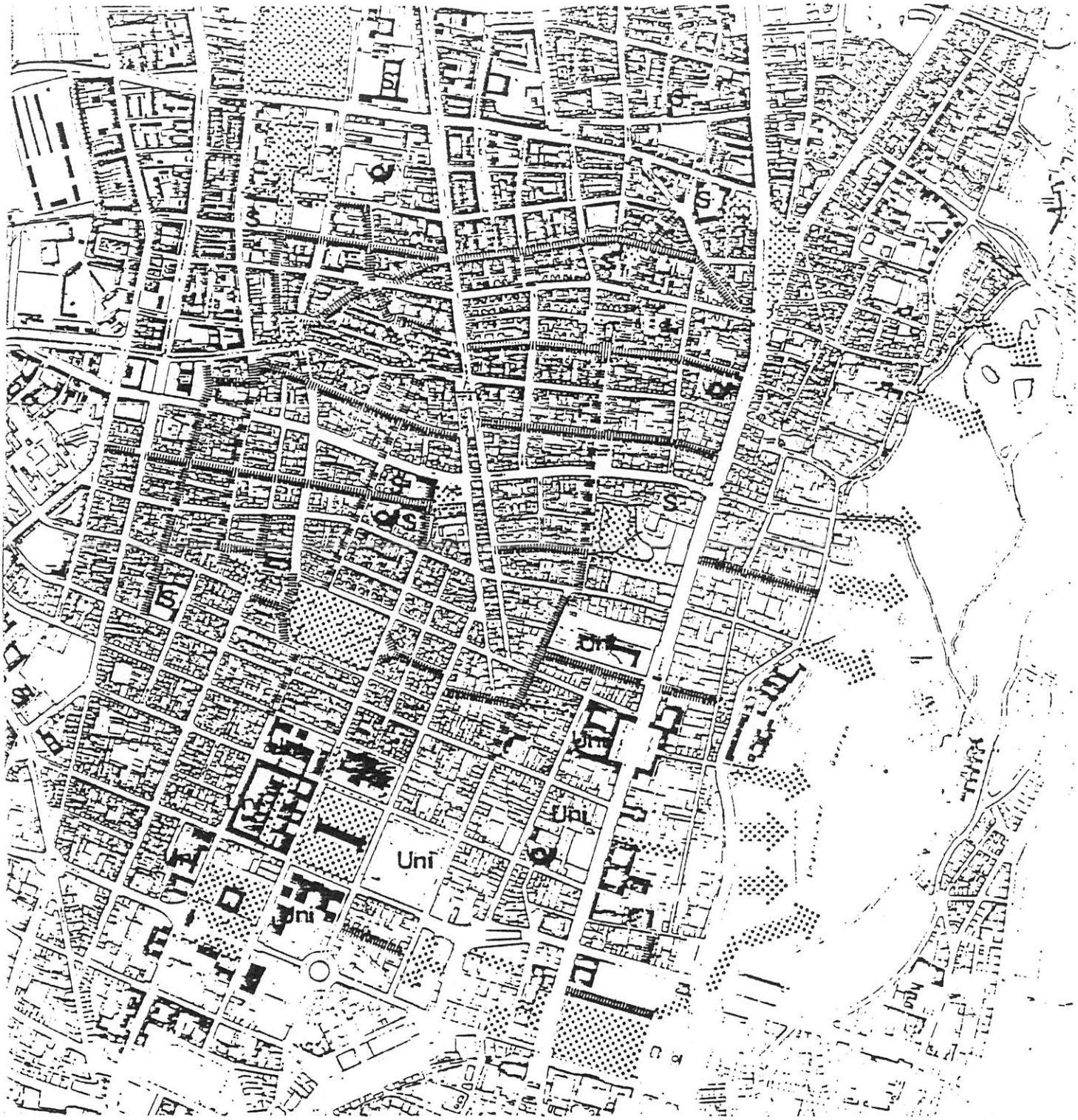
Straßen-Hierarchien Schwabing-Maxvorstadt

Arbeitskreis Münchner Bürger für Verkehrsberuhigung – Stand 03. 02. 82

Fußgängerbereich
Mischstraße
Anliegerstraße
Quartiererschließungsstraße
Örtliche Verbindungs-, wichtige Erschließungsstraße
Überörtliche Verbindungsstraße
Zugänge Englischer Garten
S Schule
Uni Universität
Postamt

Alle nicht angelegten Straßen sind Langsamfahrstraßen und als Vorstufen zukünftiger Mischstraßen gedacht.

AUS: "BÜRGER GESTALTEN IHRE STADT", URBANES WOHNEN E.V. 1983



Auszug und Modifizierung des Mischstraßennetzes
als Fortführung des Straßen-Hierarchie-Plans vom 03. 02. 82

Fußgängerbereich
Mischstraße
Mischstraße zukünftig
Zugänge Englischer Garten
S Schule
Uni Universität
Postamt

AUS: "BÜRGER GESTALTEN IHRE STADT", URBANES WOHNEN E.V. 1983

9. Grünpolitik in der Stadterneuerung

9.1 Der wachsende Stellenwert der Grünpolitik in der Stadterneuerung

In der Diskussion um die Aufgaben und Ziele der Stadterneuerung läßt sich im letzten Jahrzehnt eine gewisse Akzentverschiebung feststellen: Während in den frühen 70er Jahren - in der Zeit der Beschlußfassung der Stadterneuerungsgesetzes - das Augenmerk hauptsächlich auf den baulichen Zustand der Gebäude und die Ausstattung der Wohnung gelegt wurde, sind in den letzten Jahren Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung zu einem wesentlichen Bestandteil von Stadterneuerungskonzepten geworden.

Zwei Zitate sollen diese Tendenz illustrieren:

1. Im Stadterneuerungsgesetzt 1974 (§ 6, Absatz 2) werden "städtebauliche Mißstände" folgendermaßen konkretisiert:
   1. die mangelhafte Ausstattung zumindest zur Hälfte der Wohnungen der in diesem Gebietsteil vorhandenen Wohnäuser;
   2. die Belichtung und Belüftung der Wohnungen, die Beschaffenheit der Gebäude, die Zugänglichkeit der Grundstücke sowie das Maß der baulichen Nutzung;
   3. die Auswirkung einer vorhandenen Mischung von Wohnstätten und Betriebs- und Arbeitsstätten auf die Bewohner;
   4. die Einwirkung, die von Grundstücken, Betrieben, Einrichtungen und Verkehrsanlagen ausgehen, insbesondere durch Geräusche, Erschütterungen, Rauch, Staub, Abgase, Gerüche, Wasser."

2. Die auf Grundlage von Gebietsuntersuchungen und Bevölkerungswünschen 1981 ausgearbeitete "Strategie zur Erneuerung" von Wilhelmsdorf (Erneuerungsgebiet im 12. Wiener Gemeindebezirk) nennt als "Hauptziel der Gebietserneuerung ... den deklarierten Grundsatz, die Lebensbedingungen der hier wohnenden und arbeitenden Menschen in engstem Einvernehmen mit den Betroffenen stufenweise zu verbessern. Dabei sollen

so weit wie möglich die bestehende Altbausubstanz erhalten und modernisiert und die Wohnungen entsprechend den Wünschen und finanziellen Möglichkeiten der Bewohner verbessert werden (Konzept der "sanften Stadterneuerung"). Den ebenfalls stufenweise zu realisierenden Maßnahmen im Öffentlichen Raum, insbesondere einer neuen Verkehrsorganisation, der Einrichtung von Wohnstraßen, Baumpflanzung, Grünflächenerweiterung, kommt dabei eine besondere Signalwirkung zu."[1)]

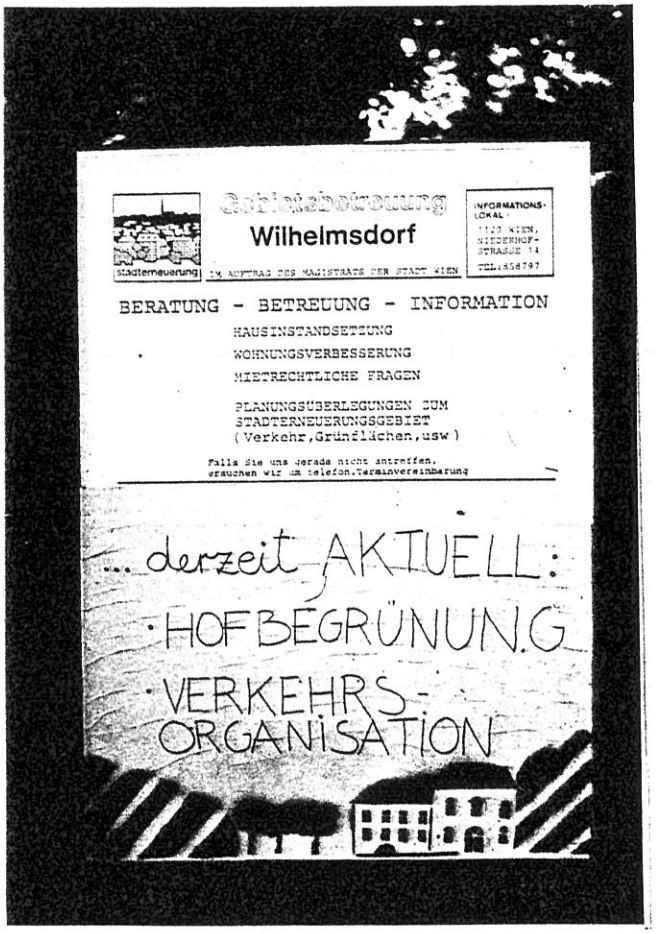


Abb. 1: Schwerpunkte der Stadterneuerung: Gebietsbetreuung Wilhelmsdorf, Sommer 1983.

Die zentrale Aufgabe bei der Verbesserung der Lebensbedingungen im innerstädtischen Bereich liegt heute in der Lösung des Verkehrsproblems, in einer drastischen Reduzierung des Flächenanspruchs sowie der Lärm- und Abgasbelastung durch den individuellen Autoverkehr. Im Rahmen eines Gesamtkonzepts zur Wohnfeldverbesserung, aber auch als eigenständiger Schritt

1) BAUER et al.: 1983, S. 188.

zur Aufwertung einzelner lokaler Bereiche spielen Maßnahmen zur Stadtbegrünung und -durchgrünung in jüngeren Stadterneuerungskonzepten eine zunehmend wichtige Rolle. Begrünungsmaßnahmen sind einerseits Bestandteil von Verbesserungsmaßnahmen im Verkehrs- und Straßenbereich (Wohnstraßen, Alleepflanzungen, etc.). Andererseits sollen gerade dort, wo eine spürbare Verbesserung im Verkehrsbereich auf längere Sicht nicht realisierbar erscheint, durch Begrünungsmaßnahmen dringend benötigte Ausgleichs- und Erholungszonen geschaffen werden.

In Erneuerungskonzepten wie dem oben zitierten Wilhelmsdorfer Konzept spiegelt sich ein wachsendes Bewußtsein (oder eine Rückbesinnung?) über die vielfältigen Funktionen, die Planzen im dichtverbauten Stadtgebiet zukommt:

1. Stadökologische und stadtklimatische Funktion:[1)]

- Luftbefeuchtung: Grüne Pflanzen verlieren bei der Aufnahme von CO_2 durch die Spaltöffnungen der Blätter Wasserdampf. Diese Transpirationsleistung fällt vor allem bei großen Laubbäumen als stadtklimatischer Faktor ins Gewicht. Ein großer Laubbaum kann bei guter Wasserversorgung bis zu 500 Liter Wasser pro Tag an die Umgebung abgeben, bei deren Verdunstung der Umgebung eine Wärmemenge von 300.000 Kilokalorien entzogen wird.
- Beschattung: Ungeschützte Straßen- und Gebäudeflächen heizen sich unter direkter Sonneneinstrahlung tagsüber stark auf. Die gespeicherte Wärme wird in den Nachtstunden abgestrahlt und verhindert so eine abendliche Abkühlung ("Backofeneffekt"). Schattenspendende Bäume und Fassadenbewuchs verhindern ein Aufheizen von Asphaltflächen und Gesteinsmassen.
- Staub- und Schadstoff-Filterung: Zur Luftverbesserungs-Funktion grüner Pflanzen gehört auch ihre Fähigkeit, Staub und Schadstoffe an den Blattflächen zu binden.
- Durchlüftung: Grüne "Durchlüftungsschneisen" im dichtverbauten Stadtgebiet können durch den Transport von Frischluft aus stadtnahen Ausgleichsräumen, durch den Abtransport von Schadstoffen und die Verhinderung der Ausbildung von Wärmeinseln und Dunstglocken eine wesentliche Verbesserung

1) vgl. LÖTSCH, 1981 a und b.

des Stadtklimas bewirken.

- Wasserhaushalt im Boden: Anders als auf versiegelten Flächen kann das Regenwasser auf Grünflächen im offenen Erdreich versickern. Die Folgen: ein ausgeglichener Wasserhaushalt im Boden, Anreicherung des Grundwassers, Entlastung der Kanalisation.
- Erhöhung der Artenvielfalt: Reichliche, vielfältige und naturnahe Vegetation in der Stadt bietet Nahrung und Lebensraum für eine Vielfalt von Tierarten. Solche "Stadtbiotope" können zum Rückzugs- und Ausbreitungsgebiet für gefährdete Arten werden sowie als Indikatoren für Umweltbelastungen und Umweltveränderungen dienen.
- Möglichkeit zur Selbstversorgung und zum Recycling organischer Rohstoffe: Durch gezielten Anbau von Nutzpflanzen kann auch in der Stadt ein gewisses Maß an Selbstversorgung mit Lebensmitteln erreicht werden. Eine Kompostierung der in Haus und "Garten" anfallenden organischen Abfälle bringt eine Entlastung der zentralen Müllentsorgungssysteme.

2. Ästhetische und "psychohygienische" Funktion:

Pflanzen in der Stadt tragen wesentlich zur Gliederung, Belebung und ästhetischen Bereicherung des Stadtbilds bei. "Natur in der Stadt" wirkt beruhigend und anregend zugleich, sie macht auch in der Stadt den Wandel der Jahreszeiten erlebbar. "Grün" im unmittelbaren Nahbereich der Wohnung ist von hohem Wert für die tägliche Kurzzeiterholung, eine gute Grünversorgung wirkt der Stadtflucht an den Wochenenden entgegen (Verringerung des Verkehrsaufkommens und des "Landschaftsverbrauchs").

3. Soziale Funktion:

Grünzonen und Grünflächen waren und sind wichtige städtische Kommunikationsorte, die Möglichkeiten zu informellen und spontanen sozialen Kontakten bieten. Das gilt nicht nur für den öffentlichen Bereich, sondern auch für "halböffentliche" Zonen im Hausbereich (z.B. Innenhöfe).
Grünflächen, die nicht von der Stadtverwaltung oder einer anonymen Institution verwaltet und betreut werden, bieten dem

Stadtbewohner die Möglichkeit, zumindest einen kleinen Teil seiner "Umwelt" selbst zu gestalten.

4. Erzieherische Funktion:

"Natur" kann als kindlicher Erlebnisbereich durch nichts ersetzt werden. Im Kontakt und in der Erforschung der lebendigen, sich ständig verändernden Umwelt entwickelt das Kind seine eigenen Sinne und Fähigkeiten. Emotionelles Naturerleben in der Kindheit ist Grundlage jedes späteren Naturverständnisses und "Umweltbewußtseins". Kinder brauchen möglichst naturnahe und vielfältig strukturierte Flächen, wo sie sich mit Gleichaltrigen ihre eigene Spiel- und Erlebniswelt schaffen können.

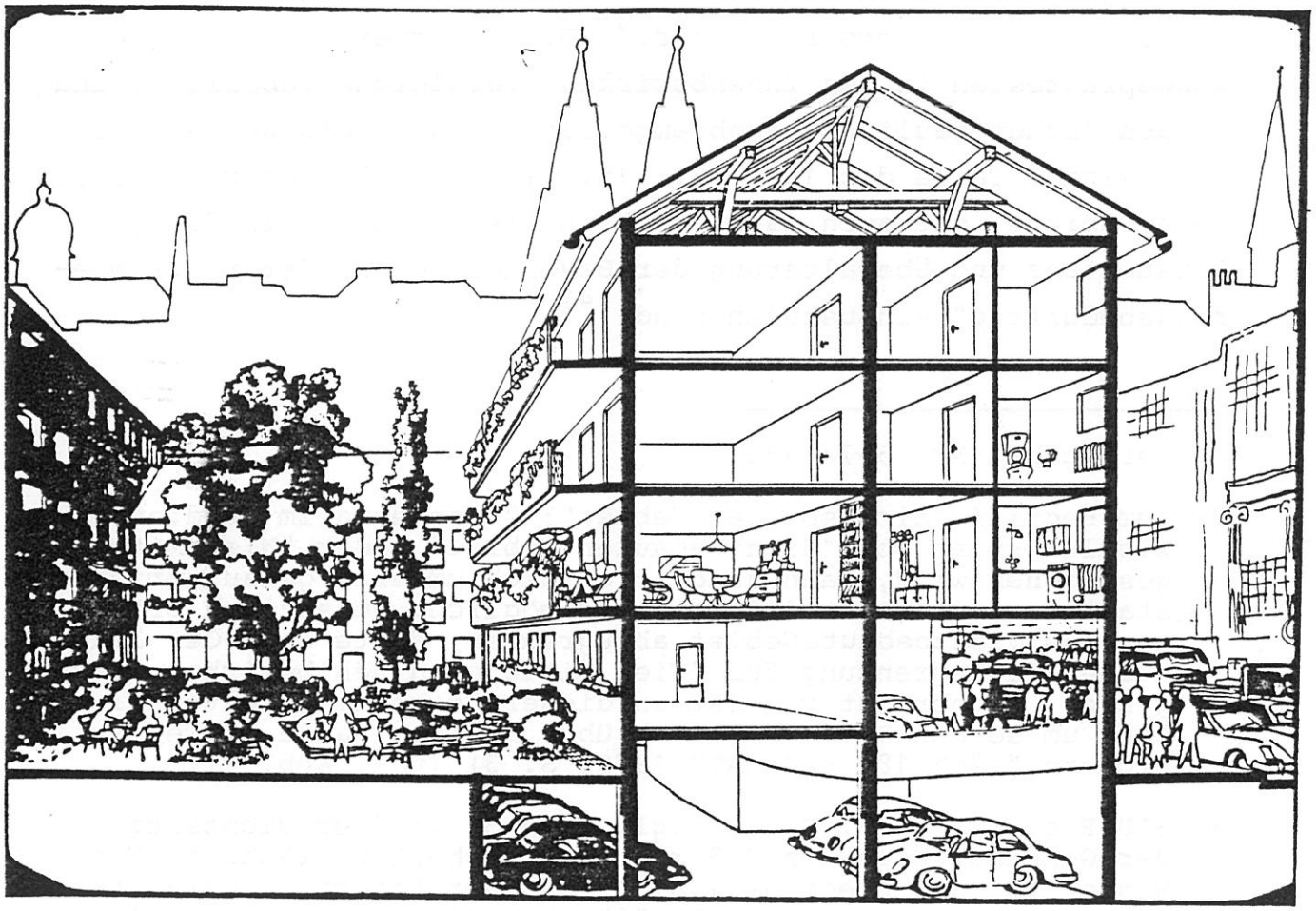


Abb. 2: Zielvorstellung begrünter Innenhof als mikroklimatische "Frischzelle"; Umorientierung der "guten Räume" in den Innenhof.

Quelle: LÖTSCH 1981, S. 429

9.2 Die Grünversorgung im dichtbebauten Stadtgebiet

"Wien ist eine der grünsten Größstädte Europas - ja vielleicht sogar der Welt."

Peter SCHIEDER, Stadtrat für Umweltschutz[1)]

Wien ist relativ reich an attraktiven Naherholungsgebieten, die innerhalb der Stadtgrenzen liegen (Wienerwald, Prater, Lobau, Donauinsel, etc.). Das dichtbebaute Stadtgebiet[2)] ist jedoch weitgehend durch eine gravierende Unterversorgung mit Grün- und Erholungsflächen gekennzeichnet. Die durchschnittliche Versorgung mit öffentlichen Grünflächen liegt im dichtverbauten Gebiet bei 2,2 m^2 pro Einwohner.[3)] Die Unterversorgung ist am ausgeprägtesten in den Innenbezirken (vergleiche Tabelle 1) und in den "städtebaulichen Problemgebieten" außerhalb des Gürtels (gürtelnahe Teile des 10., 12., 15., 16. und 17. Bezirks - also jene Gebiete, die auch nach den Kriterien Wohnungsstandard, Bausubstanz und Überalterung der Bevölkerung als "stark erneuerungsbedürftig" einzustufen sind).[4)]

---

1) Der Aufbau Nr. 6-7/1983.

2) Zum Begriff "dichbebautes Gebiet": "Wenn etwa im Stadtentwicklungsplan vom "dichtbebauten Gebiet" (oder "Wien Mitte") gesprochen wird, dann handelt es sich um eine genau umrissene Stadtzone ... (Seit 1966) ist es möglich, wesentlich präziser das dichtbebauteGebiet abzugrenzen. Mitte der 60er Jahre wurde die Begrenzung für "Wien Mitte"nach Zählbezirken festgelegt. Sicher ist vorerst an dieser Abgrenzung festgehalten, um so den Datenvergleich über mehrere Jahre hinweg zu sichern." (MA 18, KAINRATH 1979, S. 3) (vgl. Abb. 3).

3) BAUER et al. 1978, S. 11. Vgl. auch S. 9: "Der Richtsatz der Gemeinde Wien von 2,5 m^2 öffentliche Grünfläche je Einwohner ist der niedrigste aller aus der Literatur bekannten Werte zur Versorgung der Bevölkerung mit Freiflächen. Wird sogar dieser Wert noch unterschritten, so kann mit Recht von einem gravierenden Mangel gesprochen werden.

4) Vgl. MA 18, KAINRATH 1979, S. 50: Abb. 24: "Städtebauliche Problemgebiete).

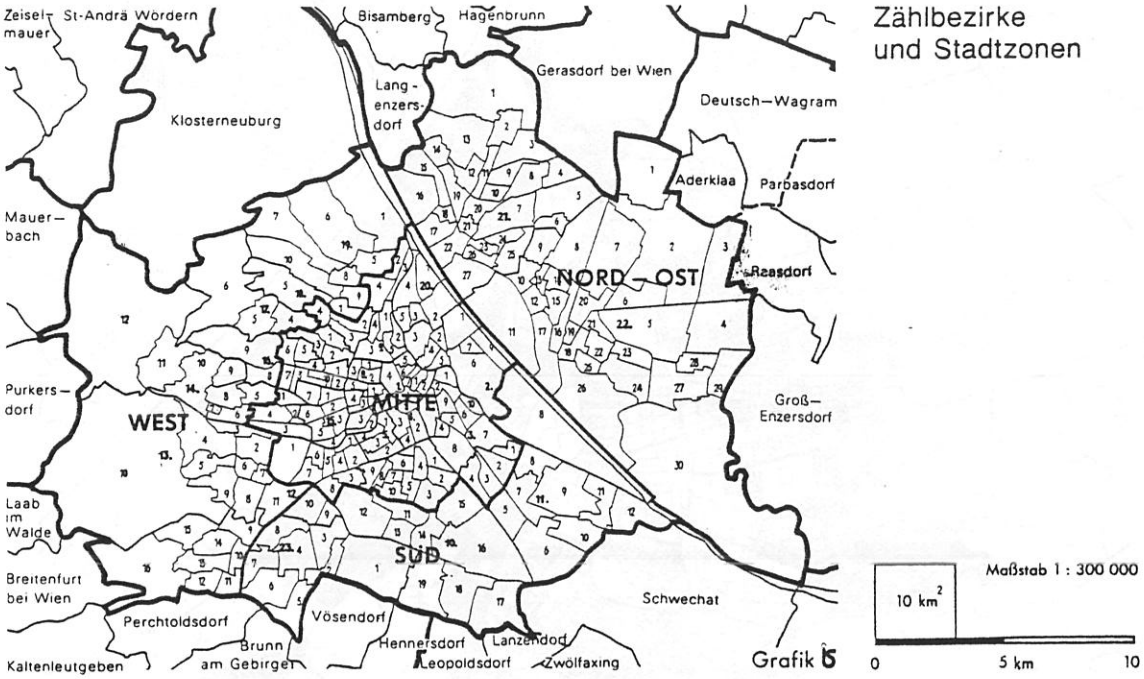


Abb. 3: Abgenzung des dicht-bebauten Gebietes ("Wien Mitte") im Stadtentwicklungsplan.
Quelle: MA 18 (KAINRATH) 1979, S. 4.

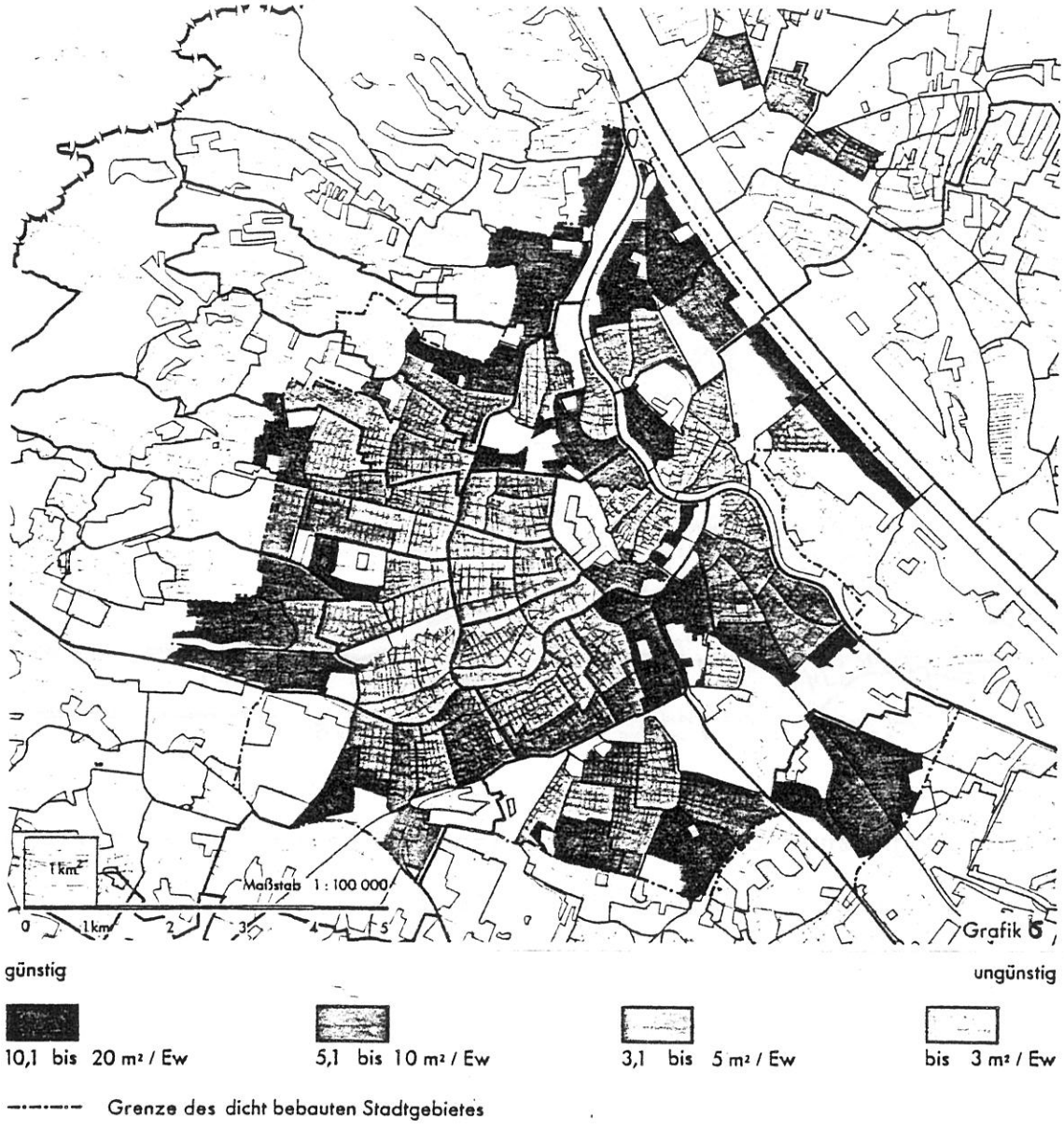


Abb. 4: Versorgung mit öffentlichen und privaten Grünflächen im dichtbebauten Gebiet (m^2/EW).
Quelle: MA 18 (GÄLZER/HANSELY 1980, S. 51).

Eine kleinräumige Analyse nach Zählbezirken, die auch die privaten Grünflächen miteinbezieht, ergibt folgendes Bild:

> "In 43 Zählbezirken können Mangelsituationen festgestellt werden. In diesen Gebieten leben rund 500.000 Menschen, das sind ca. 30% der Wiener Bevölkerung. Rund 200.000 Menschen, etwa soviel wie Linz an Einwohner aufweist, leben in Wohngebieten, in denen nicht einmal innerhalb eines zumutbaren Einzugsbereiches eine entsprechende Grünfläche vorhanden ist" 1).

In den Arbeiten zum Stadtentwicklungsplan wurde versucht, den zusätzlichen Bedarf an Grünflächen im dichtbebauten Stadtgebiet zu quantifizieren: In der "Diskussionsgrundlage Stadterneuerung und Bodenordnung" wird der ungedeckte Bedarf an öffentlichen Grünflächen (bis 1985) mit 81 ha (Richtwert 2,5 m^2/Einwohner) und an privaten Grünflächen mit 363 ha (Richtwert 10 m^2/Einwohner) angegeben[2]. In der Diskussionsgrundlage Grünraum, Freizeit, Erholung" wird ein ungedeckter Gesamtbedarf (öffentliche Grünflächen plus halböffentliche Grünflächen in städtischen und genossenschaftlichen Wohnhausanlagen, Richtwert: 3,5 plus 2.5 m^2/Einwohner) mit 142 ha angegeben. Wird der Richtwert für die öffentlichen Grünflächen auf 5 m^2/Einwohner erhöht, ergibt sich ein Mangel von 363 ha öffentlicher und halböffentlicher Grünflächen[3].

Bei allen diesen Angaben ist zu beachten, daß es sich bei den verwendeten Richtwerten nicht um Werte handelt, die durch stadtökologische, humanökologische oder soziologische Untersuchungen ("Wieviel Grün bracht der Großstadtmensch?") abgeleitet wurden, sondern um politische Zielwerte, die in der Diskussion zwischen Planern und Verwaltung "ermittelt" werden. Der stadtökologische und der Erholungswert innerstädtischer Grünflächen ist schließlich nicht allein von ihrer quantitativen Ausdehnung, sondern wesentlich auch von ihrer Lage (Erreichbarkeit, Vernetzung, Verbindung mit dem Umland, etc.) und ihrer Ausgestaltung (z.B. Abschirmung gegenüber Verkehr) abhängig.

---

1) BAUER et al.: 1978, S. 14.

2) MA 18 (KAINRATH) 1979, S. 69.

3) MA 18 (GÄLZER, HANSELY) 1980, S. 54 f.

Tabelle 1: Innerstädtische Grünflächen, bezogen auf die Einwohnerzahl (1971) 1).

Quelle: MA 18 (GÄLZER/HANSELY) 1980, S. 54.

Bezirk	m^2 innerstädtische Grünfläche pro Einwohner
13.	15.6
1.	9.5
21.	9.2
22.	8.6
23.	8.3
14.	8.3
11.	7.0
19.	6.2
10.	5.9
18.	5.1
2.	4.9
3.	3.7
20.	3.3
12.	3.0
17.	2.7
16.	2.2
9.	1.6
15.	1.5
4.	1.4
5.	1.4
8.	1.0
7.	0.9
6.	0.8
Wien	5.1
(ohne Grünflächen in städt. Wohnhausanlagen 3,4 m^2 pro Einwohner)	

1) Berücksichtigt sind Parks verschiedener Größe (100%), Grünflächen auf Widmung Epk in neueren Wohnsiedlungen (100%), Historische Gärten (mit 50% der Gesamtfläche), Grünverbindungen, Spielstraßen (mit 25%), Siedlungsfreiflächen auf Widmung W in städtischen Wohnhausanlagen (mit mehr als 500 m^2 Fläche je Anlage) (mit 50%).

9.3 Ansatzpunkte für eine Durchgrünung des dichtbebauten Stadtgebiets

Die Forderung nach einer intensiven Durchgrünung des dichtbebauten Stadtgebiets wirft eine Reihe von Fragen auf:

- Wo soll eine Stadtbegrünung am besten ansetzen?
- Welche Flächen müssen oder können dafür reserviert oder freigemacht werden?
- Wer kommt als Initiator, Träger oder "Motor" solcher Begrünungsmaßnahmen in Frage?

Ausgangspunkt der folgenden Überlegung ist der "Idealtyp" eines gründerzeitlichen Rasterviertels mit geschlossener Blockrandverbauung (Abb. 5), wie er in Wien für viele Grünmangelgebiete typisch ist. Betrachtet man ein solches Baublock- und Straßenraster, lassen sich fünf verschiedene Ansatzpunkte für eine Stadtbegrünung feststellen (Abb. 6).

9.3.1 Schaffung öffentlicher Grünanlagen durch Abriß einzelner Baublocks

Im Zuge der gründerzeitlichen Bebauung wurden einige wenige Rasterblöcke von einer Bebauuung freigehalten und als öffentliche Parkanlagen ausgestaltet. Diese wenigen "Beserlparks" mit ihrer geringen Fläche können aber keineswegs den Grünbedarf in diesen Gebieten decken. Dieses Versäumnis könnte nun durch eine aktive Stadterneuerungspolitik derart nachgeholt werden, daß einzelne Baublocks - vor allem solche mit einer höheren Zahl sanierungsbedürftiger Häuser - gänzlich abgerissen und die freiwerdenden Flächen zu öffentlichen Parkanlagen ausgestaltet werden.

Wollte man den im Stadtentwicklungsplan festgestellten ungedeckten Bedarf an öffentlichen Grünflächen durch derartige Maßnahmen decken, so müßten im dichtverbauten Stadtgebiet rund 100 solcher neuer Beserlparks[1)] eingerichtet werden.

---

1) Bei einem ungedeckten Bedarf von ca. 80 ha und einer angenommenen Baublockgröße von 0,8 ha.

Abb. 5: Gründerzeitliches Rasterviertel Ottakring
Quelle: MA 18 (KAINRATH) 1979, S. 91.

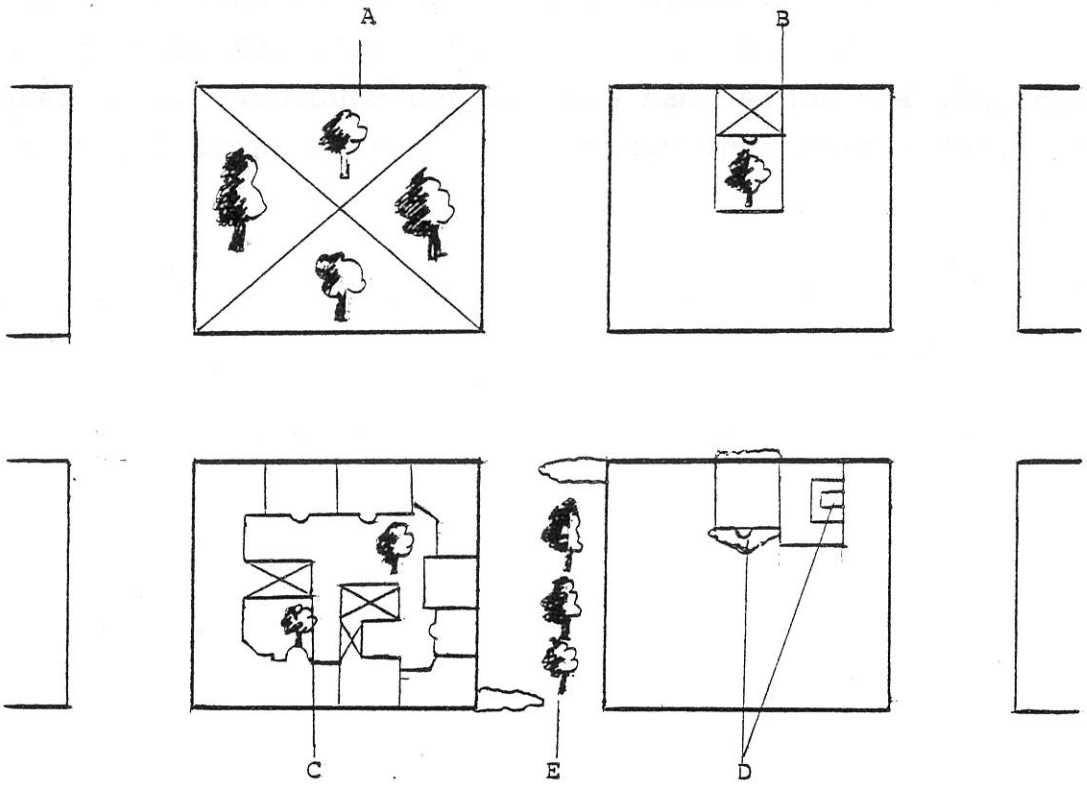


Abb. 6: Ansatzpunkte für eine Durchgrünung der gründerzeitlichen Rasterviertel.

A - Abriß eines Baublocks und Schaffung eines "Beserlparks"
B - "Minipark" in einer Baulücke
C - Entkernung und Begrünung der Blockinnenflächen
D - Fasadenbegrünung, Dachbegrünung
E - Begrünung des Straßenraums

Ein solches kurz- oder mittelfristig durchzuziehendes "Programm der 100 neuen Beserlparks", durch das eine theoretische Mindestversorgung mit öffentlichen Grünflächen erreicht werden könnte, läge hinsichtlich der Kosten in der Größenordnung eines Großprojets wie der Donauinsel.[1)] Dabei müßten ungefähr 20.000 Wohnungen freigemacht werden, mit all den sozialen Konsequenzen, die mit einer derartigen "Flächensanierung" verbunden sind.

Eine solche "harte" Grünpolitik durch großflächige Abbruchmaßnahmen im dichtverbauten Stadtgebiet wird von der Wiener Stadtverwaltung nicht betrieben, sie wird auch von keiner politischen Kraft gefordert.

Zwar sind im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im gesamten dichtverbauten Stadtgebiet rund 88 ha heute baulich genutzter Fläche als zukünftige öffentliche Grünfläche vorgesehen. Doch die meisten dieser Widmungen bestehen schon Jahre und Jahrzehnte, ohne realisiert zu werden.

> "Analysiert man die Widmung, dann zeigt sich, daß zwar im dichtbebauten Stadtgebiet rund 88 ha gewidmet sind (zusätzlich zu den bestehenden Grünflächen), daß diese Widmungen allerdings großteils in Gegenden vorgenommen wurden, die ohnehin ausreichend mit öffentlichen Grünflächen versorgt sind (z.B. große Flächen entlang des Handelskais). In den Mangelgebieten sind rund 21 ha oder 20% der gewidmeten Grünflächen für zusätzliche öffentliche Naherholung vorgesehen, deren Realisierung überdies schwierig ist."
> (MA 18 (KAINRATH) 1979, S. 69).

In einigen Fällen ist auch nicht die gesamte Blockfläche als öffentlicher Park gewidmet, sondern - wie z.B. beim "Planquadrat" im 4. Bezirk - nur die Blockinnenfläche unter weitgehender Beibehaltung der Blockrandbebauung.

---

1) Die Autoren der "Wiener Mängel" schätzten 1978 die Kosten einer Parkanlage auf einem 0.8 ha großen Baublock auf 50 Millionen Schilling (24 Millionen für Grundkauf, 18 Millionen Freimachungskosten, 5 Millionen Abbruch, 3 Millionen gärtnerische Ausgestaltung). 100 solcher Parks kämen demnach auf ca. 5 Milliarden Schilling.

9.3.2 "Miniparks" in Baulücken oder auf baulich nicht genutzten Flächen

Es gibt im dichtbebauten Stadtgebiet eine Reihe von Parzellen, die trotz einer nach dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan möglichen baulichen Nutzung nicht bebaut sind. Durch Abbruchmaßnahmen werden laufend neue Flächen "frei". Ein möglicher Ansatzpunkt für eine Stadtbegrünung wäre nun, solche "brachliegenden" oder durch Abbruch "frei" werdenden Flächen in öffentliche Grün- und Erholungsflächen umzuwandeln und so den Anteil der Freiflächen im dichtverbauten Gebiet schrittweise auszuweiten.

Kurzfristig einzurichtende "Miniparks" sind in fast allen Wiener Stadterneuerungsgebieten projektiert und teilweise auch realisiert (vgl. Abb. 7). Auch außerhalb der verordneten Stadterneuerungsgebiete wurden einige wenige Baulückenparks eingerichtet (z.B. Siebensterngasse, Lilienbrunngasse). Die realisierten Baulückenparks umfassen aber nur einen Bruchteil der Flächen der tatsächlich vorhandenen Baulücken. Diese werden früher oder später einer "intensiven" Nutzung zugeführt: Bürobauten, Handels- und Dienstleistungsbetriebe, Hotels, etc. auf den zentralen Standorten, Wohnungsbau auf den weniger günstigen Standorten. Je günstiger die Lage, desto stärker der Druck auf die freiwerdenden Flächen, desto höher die Bodenpreise, desto teuerer auch zusätzliche Freiflächen für die Bevölkerung.

Auch eine provisorische Zwischennutzung von Abbruchflächen (die oft jahrelang unbebaut bleiben) als Spiel- und Erholungsflächen kommt nur in Ausnahmefällen zustande. Die Flächen werden lieber als Mietparkplätze "verwertet". Auch die Gemeinde Wien ist selbst in vielen Fällen an einer Zwischennutzung nicht interessiert. Sie muß fürchten, daß sich das durch die provisorische Nutzung manifest werdende Bedürfnis nach zusätzlichen Freiflächen politisch artikuliert und die Durchführung des Neubau-Vorhabens in Frage stellt:

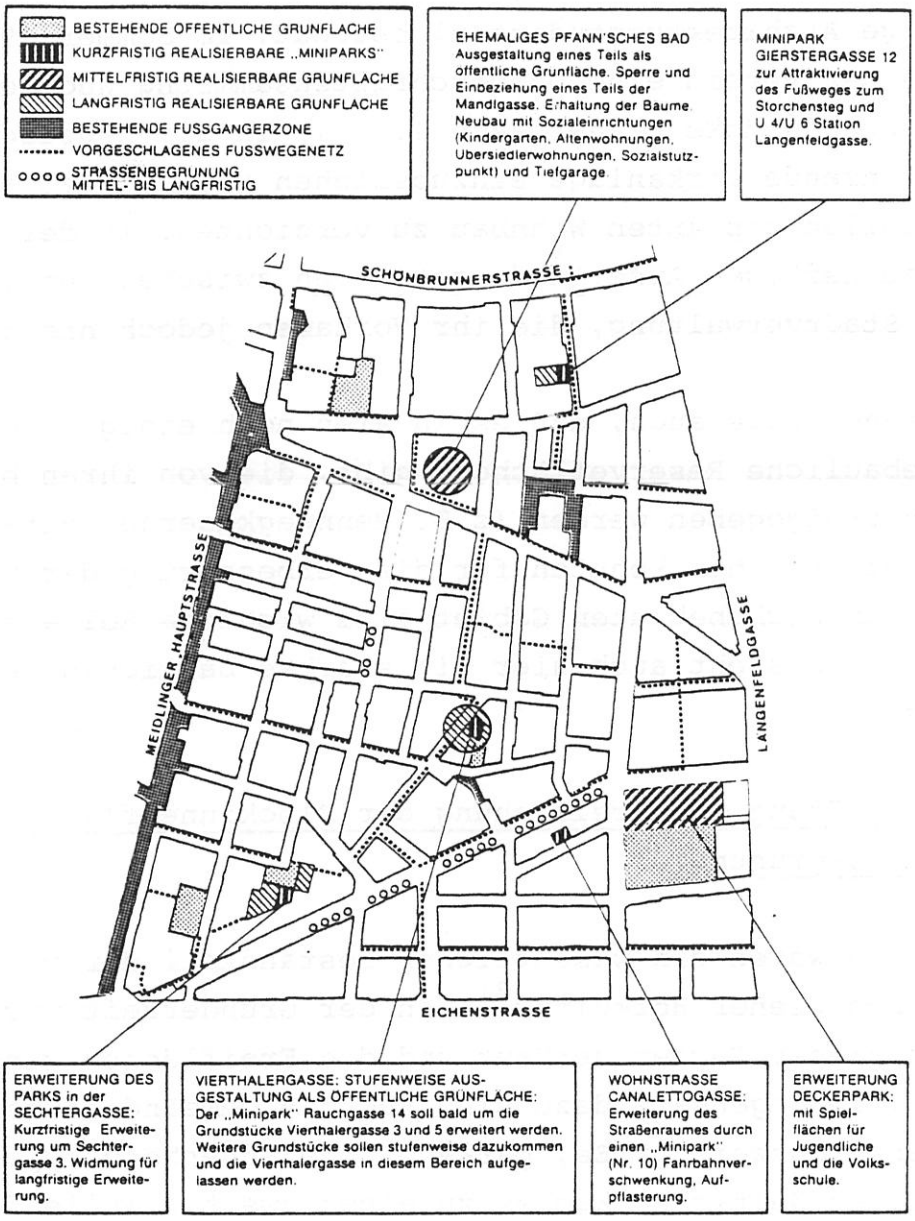


Abb. 7: Erneuerungsgebiet Wilhelmsdorf, Planungskonzept- Öffentliche Grünflächen

Quelle: BAUER et al. 1983, S. 192.

Im Erneuerungsgebiet Ottakring wurden im Frühjahr 1979 von der Gemeinde die Grundstücke Eisnergasse 15 - 17 und Ottakringerstraße 103 zur provisorischen Nutzung als Erholungsflächen für die Bevölkerung freigegeben. Derprovisorische Park wurde vom Verein "Grüne Insel Ottakring" (Anrainer und einige Architekturstudenten) betreut. Im Sommer 1979 startete der Verein eine Unterschriftensammlung und forderte, die Grundstücke Eisnergasse 15 - 17 in die neuzuschaffenden angrenzende Parkanlage einzubeziehen und auf den auf diesen Parzellen geplanten Wohnbau zu verzichten. In der Folge kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Verein und der Stadtverwaltung, die ihr Vorhaben jedoch nicht aufgab.[1)]

Zu erwähnen wäre auch, daß es in Wien noch einige größere "städtebauliche Reserveflächen" gibt, die von ihren bisherigen Nutzern freigegeben werden (z.B. Rennwegkaserne, altes AKH). Auch diese Flächen könnten für die Verbesserung der Grünversorgung im dichtbebauten Gebiet eine wichtige Rolle spielen. Allerdings besteht auch hier ein starkes bauliches Nutzungsinteresse.

9.3.3 Begrünung und Freimachung der Blockinnenflächen (Hinterhofbegrünung)

Gartenhöfe waren ein wesentlicher Bestandteil der vorgründerzeitlichen Wiener Hofkultur[2)]. In der Gründerzeit wurden die meisten dieser Gärten verbaut und die Freiflächen generell reduziert. Im Gegensatz dazu sind für die Gemeindebauten der Zwischenkriegszeit große, parkähnliche Innenhöfe typisch. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer zweiten Welle der Hofversiegelung, vor allem dort, wo im Zuge von Neubauten Hofflächen in Autostellplätze umgewandelt wurden.

---

1) vgl. STÖLLBERGER et al. 1980

2) vgl. POSCH 1981, RAINER 1978.

Im dichtbebauten Gebiet machen heute die privaten Freiflächen im Innenbereich der Häuserblocks rund ein Drittel der gesamten Baublockfläche (Nettobaulandfläche) aus (vgl. Abb. 8). Diese Flächen sind damit doppelt so groß wie die gesamten öffentlichen Grün- und Erholungsflächen.

Ein guter Teil dieser privaten Freiflächen sind"Grünflächen". Das heißt allerdings noch nicht, daß sie allen Hausbewohnern zugänglich und derart gestaltet sind, daß von einer wirklichen Erholungsnutzung für die Bewohner gesprochen werden kann. 226 ha sind "nicht begrünt". Ein anderer Teil der theoretisch als Grünraum nutzbaren Blockinnenflächen ist verbaut, entweder mit Hinter- bzw. Seitentrakten oder mit niedrigen Nebengebäuden (Werkstätten, Lagerhallen, Garagen, Waschküchen, etc.). Wie groß das Potential für Hofentkernungen ist, läßt sich u.a. daran ablesen, daß im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan zusätzlich 449 ha Freiflächen auf derzeit bebauten Blockinnenflächen gewidmet sind. (Bei diesen Widmungen wird im allgemeinen davon ausgegangen, daß in reinen Wohngebieten die Blockinnenflächen unbebaut und gärtnerisch ausgestaltet werden sollen.)

Fast immer sind die Blockinnenflächen in mehrere kleine Parzellen zersplittert, die durch torlose Mauern und Zäune voneinander abgegrenzt sind. Ein Betreten (und gemeinsames Benutzen) von Nachbarhöfen ist nur selten möglich. In einigen besonderen Fällen (z.B. Planquadrat, Park an der Wichtelgasse in Ottakring) wurden Blockinnenflächen als öffentliche Grünflächen ausgestaltet. Voraussetzung dafür war allerdings ein Ankauf der Gründe durch die Gemeinde (vgl. Abb. 9) In diesem Zusammenhang sind auch die großen begrünten Höfe städtischer Wohnhausanlagen zu erwähnen.

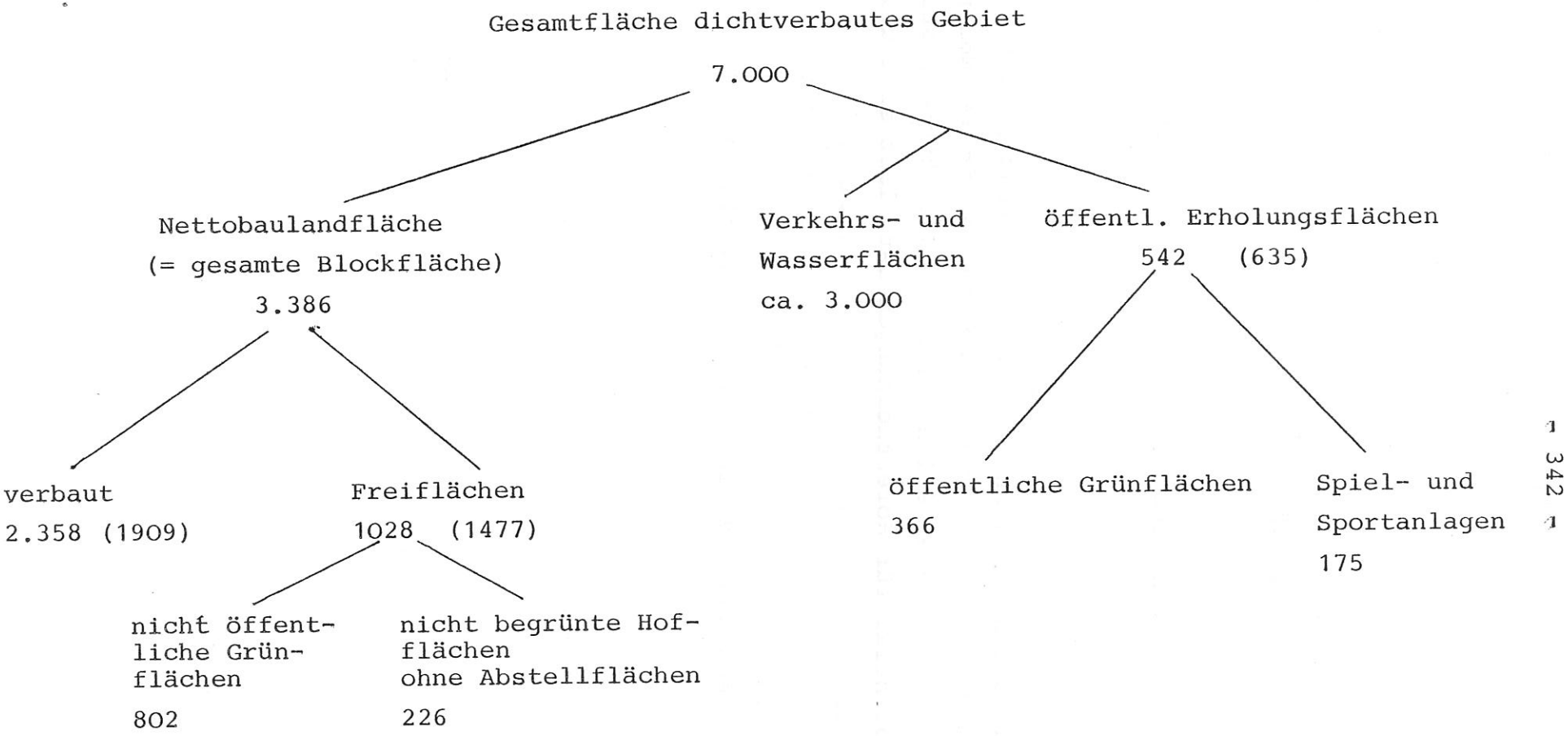


Abb. 8: Flächenverteilung im dichtbebauten Gebiet, Ist-Zustand 1971, 1974 (in ha). Die Zahlen in Klammern geben im Vergleich dazu die Widmungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplan 1976 an (verbaubare Flächen, nicht verbaubare Flächen, gewidmeter Erholungsflächen). Zusammengestellt nach MA 18 (KAINRATH) 1979, S. 64 ff.

Abb. 9: Park an der Wichtelgasse im Assanierungsgebiet Ottakring. Die schräg schraffierten Flächen sind im Eigentum der Gemeinde Wien (Stand 1982) (aus: GRÄSEL et al. 1983).

Aus Abb. 8 ist zu entnehmen, daß die nicht begrünten privaten Freiflächen und die widmungswidrig verbauten Hofinnenflächen im dichtbebauten Gebiet eine theoretische Flächenreserve von über 600 ha darstellen - das entspricht der Fläche der Gemeindebezirke 5, 6, 7 und 8 zusammengenommen.

Bei allen Hofbegrünungsaktionen ist zu beachten, daß sich "Gartenhöfe" wesentlich von offenen Parkanlagen unterscheiden:

- Sie sind durch die geschlossene Randbebauung vor dem Verkehrslärm geschützt und bilden eine wichtige "Ruhezone".
- Die vorteilhafte klimatische Wirkung der Vegetation kommt in der geschlossenen Hofsituation voll zum Tragen ("Küvettenklima"[1]). Schon ein einziger Baum kann durch seine Verdunstungsleistung, durch Beschattung und Staubfilterung das Hofklima spürbar verbessern.
- Grünflächen im Hof sind Grünflächen in unmittelbarer Wohnungsnähe: Sie sind von besonderer Bedeutung für wenig mobile Bevölkerungsgruppen: Eltern mit Kleinkindern, alte Menschen, Behinderte. Auch der "Erlebniswert" eines Baums vor dem Fenster kann durch eine wenige Minuten Gehzeit entfernte Grünanlage nicht ersetzt werden.

1) vgl. LÖTSCH 1981a.

- Der Hof bildet einen "halbprivaten" und "halböffentlichen" Kommunikationsraum für die Hausgemeinschaft.
- Gartenhöfe bieten im beschränkten Ausmaß die Möglichkeit, das Wohnumfeld selbst zu gestalten (Pflanzungen, Pflege, Ausgestaltung).
- Andererseits wird im Hof - als "Intimbereich" vor dem Fenster - jede Störung und Lärmentwicklung als besonders unangenehm empfunden, "fremde" Personen werden von vielen als Sicherheitsrisiko angesehen.

Blockinnenflächen eignen sich daher - geht man von den Wünschen der Blockbewohner aus - schlecht als öffentliche Parkanlagen. Es stellt sich dann allerdings das Problem, ob und inwieweit die Gemeinde für die Begrünung solcher Flächen zuständig ist, inwieweit die Frage der privaten Hofgestaltung ein Bestandteil öffentlicher "Grünpolitik" sein soll.

9.3.4 Begrünung von Fassaden, Dächern, Balkonen, etc.

Dieser "Stadtbegrünungsansatz" beansprucht keine zusätzlichen Flächen. Im Gegenteil: durch eine konsequente Dach- und Fassadenbegrünung kann eine "Grünflächendichte" von mehr als 1,0 erreicht werden. (Beim Projekt "Ökotop" in Berlin-Kreuzberg sollen durch verschiedene Bepflanzungsmaßnahmen die Grünflächen - horizontale und vertikale - eineinhalb mal so groß sein wie die Grundfläche[1)].

Fassadenbegrünung trägt neben ihrer ästhetischen und stadtbildbelebenden Wirkung auch zur Verbesserung des Stadtklimas bei. Die Transpiration der Blätter senkt die Lufttemperatur. Sommergrüne Kletterpflanzen beschatten im Sommer die Fassade (Verhinderung des "Backofeneffekts") und geben sie im Winter für die wärmenden Sonnenstrahlen frei. Immergrüne Kletterpflanzen an der sonnenabgewandten Seite bilden eine wärmedämmende "Thermohaut". Fassadenbewuchs wirkt außerdem schalldämpfend, schützt die Fassade vor Witterungseinflüssen und bietet Insekten und Vögeln Nahrung und Lebensraum.

---

1) OEKOTOP GmbH 1981.

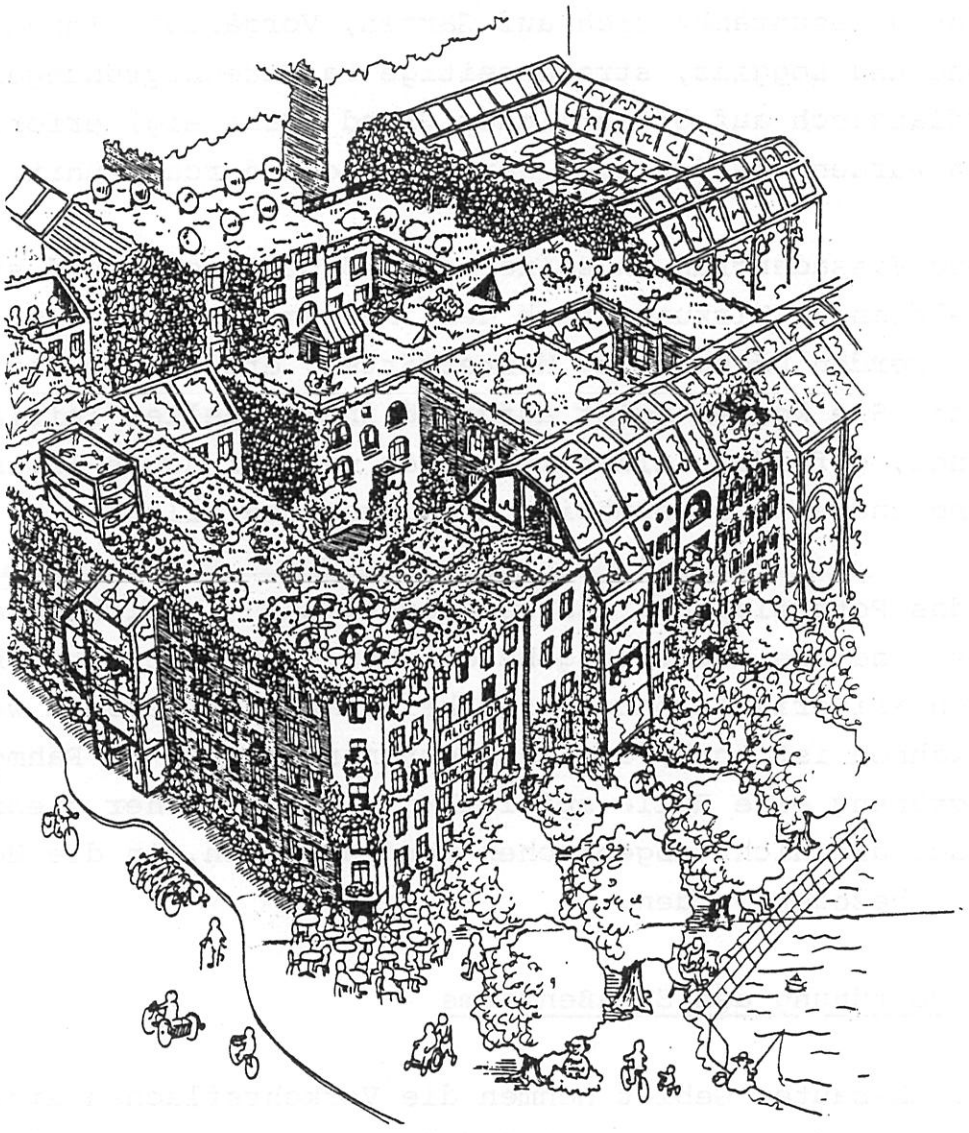


Abb. 10: ÖKOTOP Berlin, Modellvorstellung einer "ökologischen Erneuerung" eines gründerzeitlichen Baublocks, u.a. durch konsequente "Grünnutzung" der Dachflächen und Fassaden.

Bei Verwendung selbstklimmender Kletterpflanzen ("Veitschi", Efeu) erfordert eine "vertikale Begrünung" nur wenig Aufwand (Pflanzloch und Jungpflanze). Allerdings braucht sie Jahre zu ihrer vollen Entfaltung. Die Gemeinde Wien propagiert seit 1981 den Gedanken der Fassadenbegrünung und hat in den letzten drei Jahren mehrere "Veitschi-Aktionen" durchgeführt. 1983

wurden 9.000 Kletterpflanzen (Veitschi und Efeu) an die Bevölkerung abgegeben. Auch einige öffentliche Wand- und Mauerflächen wurden begrünt (z.B. Stadtbahnbögen). Private Mauerbegrünung beschränkt sich auf Gärten, Vorgärten, Innenhöfe, Balkone und Loggias, straßenseitige Fassadenbegrünungen, die ein Pflanzloch auf öffentlichem Grund (Gehsteig) erforderlich machen würden, werden m.W. derzeit nicht durchgeführt.

Während Fassadengrün in seiner stadtökologischen und stadtbildbelebenden Wirkung stark der "Allgemeinheit" zu Gute kommt, werden Dachgärten, Wintergärten, etc. meist individuell genutzt. Sie kommen meist aufgrund individueller Initiativen zustande, erfordern einen mehr oder weniger hohen Investitionsaufwand und eine regelmäßige und intensive Pflege.

Über das Potential begrünbarer Dachflächen im dichtbebauten Gebiet (und die dafür maßgebenden bautechnischen und ökonomischen Kriterien) können hier keine Angaben gemacht werden. Zu erwähnen ist noch, daß Dachbegrünungen auch im Rahmen einer Hofbegrünung eine Rolle spielen kann, wenn Dächer niedriger Gebäude, die nicht abgebrochen werden können, in die Hofgestaltung einbezogen werden.

9.3.5 Begrünung des Straßenraums

Im dichtbebauten Gebiet nehmen die Verkehrsflächen einen wesentlichen Teil der gesamten Stadtfläche ein (vgl. Abb. 8). Städtische Grünpolitik muß danach trachten, diese Flächen in ihrer stadtökologischen und in ihrer Erholungsfunktion aufzuwerten.

Flächenbedarf, Lärm und Abgase des Autoverkehrs entwerten den Straßenbereich als sozialen Kommunikationsraum. Der Autoverkehr beeinträchtigt nicht nur die Lebensbedingungen des Menschen, sondern auch der Pflanzen im Straßenbereich:

- Bäume fallen Fahrbahnerweiterungen zum Opfer[1],

---

1) In Wien mußten in den Jahren 1950 bis 1980 über 30.000 Alleebäume infolge von Fahrbahnerweiterungen gefällt werden.

- Bäume konkurrieren mit Autos um knappe "Stellplätze",
- Autoabgase und Streusalz schädigen die Straßenvegetation,
- der ruhende Verkehr schädigt durch Bodenverdichtung und durch mechanische Verletzungen (z.B. Rindenablösung nach Stoßstangenkontakt) die Straßenvegetation.

Eine intensive Begrünung des Straßenbereichs ist abhängig von einer erfolgreichen Zurückdrängung des Autoverkehrs in diesen Bereichen. Im Zusammenhang mit lokalen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen (Wohnstraßen, verkehrsberuhigte Zonen) kann der "Straßenbegrünung" eine wichtige Rolle zukommen. Durch "grüne" Rad- und Fußgeherverbindungen können umweltfreundliche Verkehrsalternativen ermöglicht und gefördert werden.

Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung durch Änderung der Verkehrsorganisation und damit im Zusammenhang stehende Begrünungsmaßnahmen bilden einen eigenen Schwerpunkt des Forschungsprojekts und werden daher hier nicht weiter behandelt (vgl. Kap.8).

9.3.6 Erhaltung innerstädtischen Grüns

Neben den verschiedenen Ansatzpunkten zur Ausweitung der Grünflächen und Grünbereiche im dichtbebauten Gebiet darf ein wesentlicher "Ansatzpunkt" innerstädtischer Grünpolitik nicht vergessen werden: Die Erhaltung des vorhandenen Grünbestands, vor allem des alten Baumbestands, der durch mehrere Faktoren bedroht ist:

- durch den hohen Luft- und Boden-Schadstoffgehalt in den innerstädtischen Gebieten,
- durch den Flächenanspruch und die Folgen des Autoverkehrs,
- durch den Flächenanspruch für Erneuerungsmaßnahmen bei unterirdischen Einbauten (bzw. auch durch austretendes Gas bei undichten Gasleitungen),
- durch den Flächenbedarf bei Neubauten (wobei besonders der alte Baumbestand der Hofflächen gefährdet ist).

Der Verlust an altem Baumbestand kann auch durch Ersatzpflanzungen, die Jahrzehnte bis zu ihrer vollen Entfaltung brauchen, nicht wettgemacht werden.

Eine Politik zur Bewahrung des innerstädtischen Grüns umfaßt daher nicht nur die Pflege der bestehenden Grünanlagen, Erneuerungsprogramme für "alte" Alleen und Parkanlagen, sondern auch Maßnahmen, die geeignet sind, die Bedrohung der Stadtvegetation einzudämmen. (Verkehrsplanung, Straßenplanung, Salzstreuung, Luftverbesserungsprogramme, etc.)

9.4 Die Schaffung neuer öffentlicher Grünflächen im dichtbebauten Gebiet

9.4.1 Interessenskonflikte

Hauptproblem bei der Schaffung neuer öffentlicher Grünflächen im dichtbebauten Gebiet ist die Konkurrenz um knappe Flächen. Auch jene Parzellen, die zur Zeit frei von Gebäuden sind, stehen für eine Begrünung nicht zur Verfügung, da für fast alle diese Areale - oft schon vor Abbruch der alten Gebäude - bereits eine konkrete Nutzungsabsicht bzw. Nutzungsinteresse besteht. Neue Grünflächen im dichtverbauten Gebiet gehen daher zu Lasten bestehender, beabsichtigter oder möglicher anderer Nutzungen.

Das soll eine Auswahl von Konfliktfällen verdeutlichen, die dadurch entstanden sind, daß Bevölkerungsinitiativen an Stelle einer Neubebauung die Einrichtung einer öffentlichen Grünfläche bzw. fordern bzw. forderten.

- Wien 16, Assanierungsgebiet Ottakring: Bewohner und Architekturstudenten, die sich im Verein "Grüne Insel Ottakring" zusammengeschlossen haben forderten eine Erweiterung des geplanten Parks an der Wichtelgasse (3.400 m^2) durch die Einbeziehung der Grundstücke Eisnergasse 15 - 17 (1.900 m^2, bisher als Brauerei-Parkplatz genutzt). Begründung: Der Park sei zu klein, um gleichzeitig von spielenden (= lärmenden) Kindern und ruhebedürftigen Parkbesuchern genutzt zu werden. Die beiden Grundstücke würden sich gut für einen Spielplatz eignen (Begrenzung durch Feuermauern und Brauerei). Nach dem Plan der Gemeinde sollte auf diesen Grundstücken ein Gemeindebau mit 24 Wohnungen errichtet werden. Dieser Plan (neuer Park plus Gemeindebau) war im März 1979 in einer Fragebogenaktion von 144 Bewohnern gutgeheißen worden (18 Gegenstimmen, 3 Enthaltungen). Die Mehrheit der Erwachsenen sprach sich gegen Spielmöglichkeiten für ältere Kinder und Jugendliche aus (siehe Abb. 11).

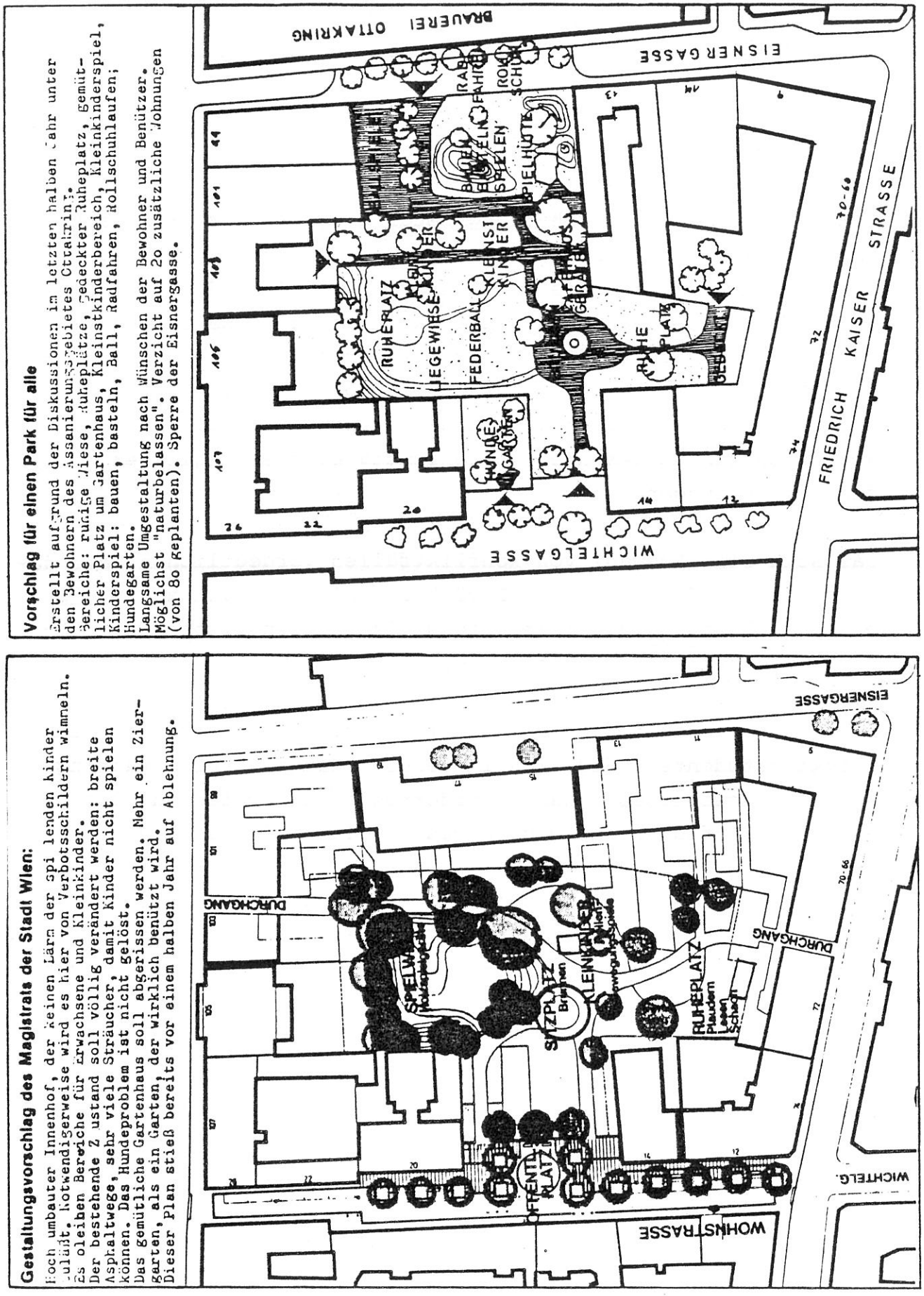


Abb. 11: Park an der Wichtelgasse: Gegenüberstellung der Gestaltungsvorschläge des Magistrats und der "Grünen Insel".

Quelle: STÖLLBERGER et al. 1980, S. 84.

Im Sommer und Herbst 1979 sammelte der Verein "Grüne Insel Ottakring" über 2.000 Unterschriften für eine Vergrößerung des Parks. 387 Unterschriften kamen aus dem Assanierungsgebiet (= 55% der Bewohner über 8 Jahre mit österreichischer Staatsbürgerschaft), 974 Unterschriften aus einer Umgebung bis 350 m.

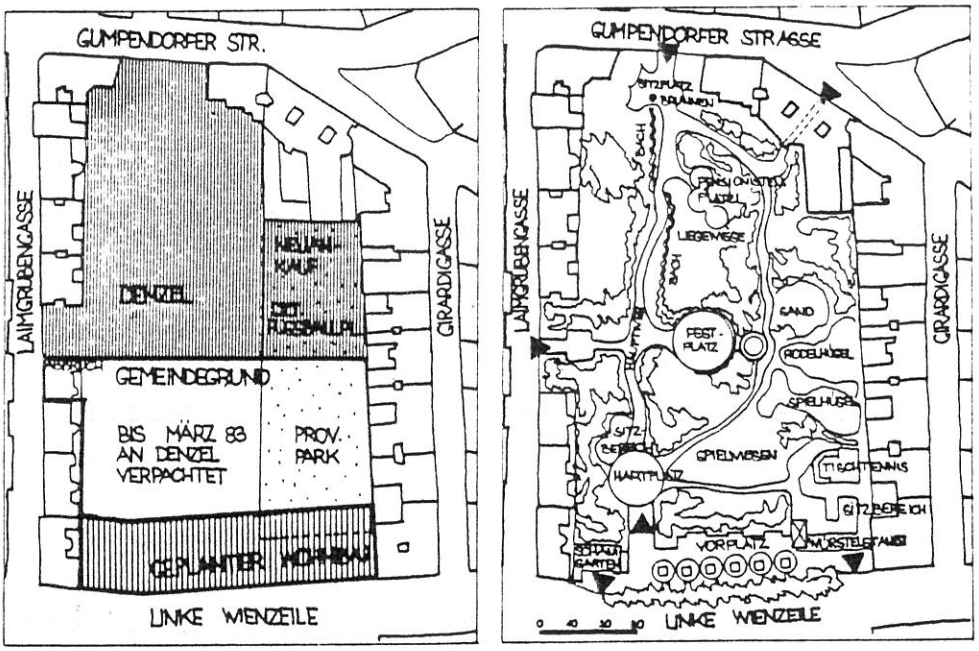
Der Verein konnte seine Forderung nicht durchsetzen. Nach der Errichtung des neuen Parks kam es zu Konflikten zwischen Jugendlichen und ruhebedürftigen Anrainern. Inzwischen wurde knapp außerhalb des Assanierungsgebiets ein neuer "Fußballkäfig" errichtet[1].

- Wien 12, Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf: Eine Bürgerinitiative sammelte 6.500 Unterschriften für die Schaffung einer neuen Grünfläche auf dem Areal des ehemaligen Pfann'schen Bades (siehe Abb. 7). Auf diesem Gelände wollte der Pensionistenverband ein neues Pensionistenheim errichten. Bei einer Befragung duch die Gebietsbetreuung sprachen sich 58% für die ausschließliche Nutzung als Grünfläche, 33% für eine "Kompromißvariante" (Grünfläche plus Sozialeinrichtungen) und 3% für den Bau des Pensionistenheims aus. Die endgültige Entscheidung fiel schließlich zugunsten der Kompromißvariante.

- Wien 6, Denzelgründe: 1979 bildete sich eine Bürgerinitiative "Grünfläche statt Hochhaus" um die Bebauung der Grundstücke Linke Wienzeile 24 - 28 (ungenützt, Wiese und Baumbestand) und Linke Wienzeile 30 - 32 (Parkplatz und Hallen der Gebrauchtwagenfirma Denzel) zu verhindern. Das Areal wurde schließlich von der Gemeinde angekauft mit dem Plan, straßenseitig einen Wohnbau zu errichten. (Der frühere Eigentümer, die Gebietskrankenkasse verfolgte ursprünglich die Absicht, ein Bürogebäude zu errichten, andere Kaufinteressenten erwogen den Bau eines Großhotels). Die Bürgerinitiativen, die

---

1) Vgl. GRÄSEL et al. 1983, STÖLLBERGER et al. 1980.



Derzeitiger Stand und Verbauung *Modell der Bürgerinitiative*

Abb. 12: Denzelgründe
Quelle: FALTER Nr. 11/82.

Abb. 13: Parkfest Bürgerinitiative Denzelgründe,
September 1983

über 10.000 Unterschriften gesammelt hat, fordert die Ausgestaltung der gesamten Blockinnenfläche als öffentlichen Park. Das würde einen Verzicht auf den Gemeindebau und eine vollständige Absiedelung der Gebrauchtwagenfirma bedeuten. Derzeit wird das Grundstück Linke Wienzeile 24 - 28 als provisorischer Park benutzt und von der Bürgerinitiative betreut.

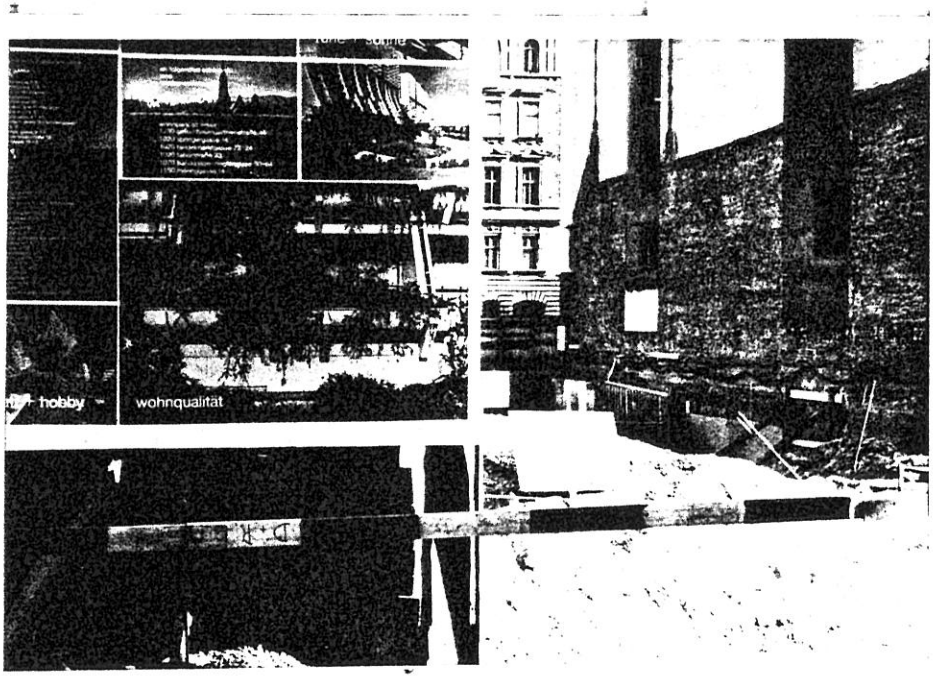
- Wien 7, Zieglergasse/Bandgassse: Im Frühjahr 1983 startete eine Bürgerinitiative 7. Bezirk/Neubau eine Unterschriftensammlung gegen eine Verbauung des Areals Zieglergasse 58 - 68 bzw. Bandgasse 33 - 37. Auf diesem Grundstück der GESIBA sollen ein Büro- und Wohnhaus, ein Supermarkt und eine Tiefgarage errichtet werden. "Die Bürgerinitiative beruft sich in ihrer Forderung nach einem sofortigen Bauvorbereitungsstop bei dem Areal (und Nutzung als Erholungsraum) auf Aussagen im Stadtentwicklungsplan, welcher 'innerstädtische Erholung, im vermehrten Maß innerstädtische Grünanlagen, vermehrte Bepflanzung im dichtbebauten Gebiet' propaganiert."[1)]

---

1) FALTER 15.7.1983.

Abb. 14a, b:

Wien 7, Zieglergasse 58 - 68. Zweimal "grüne Hoffnungen": die begrabenen der Bürgerinitiative, die auf diesem Areal einen neuen Park im dichtbebauten Gebiet wollte, und die vor der Verwirklichung stehenden der GESIBA, die neuen Qualitätswohnraum im Gebiet schaffen will. Die Abbildung zeigt auch, daß durch den Neubau eine weitere Verdichtung des Gebiets bewirkt wird: Anstelle eines niedriggeschossigen Altbaus entsteht ein vielgeschossiger Neubau.



- Wien 4, "Planquadrat": Der ursprüngliche Flächenwidmungs- und Bebauungsplan (1966) sah eine Öffnung der öffentlichen Parkanlage nach der Mühlgasse hin vor (Abb. 15). Dazu müßten die vorhandenen Altbauten, die die Gemeinde auch bereits angekauft hatte, abgebrochen werden. Im Zuge der Aktivitäten im Planquadrat, vor allem durch die Animation des ORF-Teams, entwickelte sich unter den Bewohnern des Planquadrats eine "Grundstimmung gegen den Abbruch"[1] - und damit auch gegen eine dadurch möglich werdende Erweiterung der öffentlichen Grünfläche. Motivierend dafür war der Wunsch, die Ensemblewirkung der Häuser in der Mühlgasse zu erhalten und der Wunsch (zumindest eines Teils) der Bewohner, in ihren Häusern zu verbleiben. Die Entscheidung fiel schließlich zugunsten einer Revitalisierung der Althäuser. Interessant ist, daß hier der "umgekehrte" Fall eintrat: Aufgrund von Bewohnerwünschen wurde der Althaussanierung gegenüber einer Grünflächenerweiterung der Vorrang gegeben.

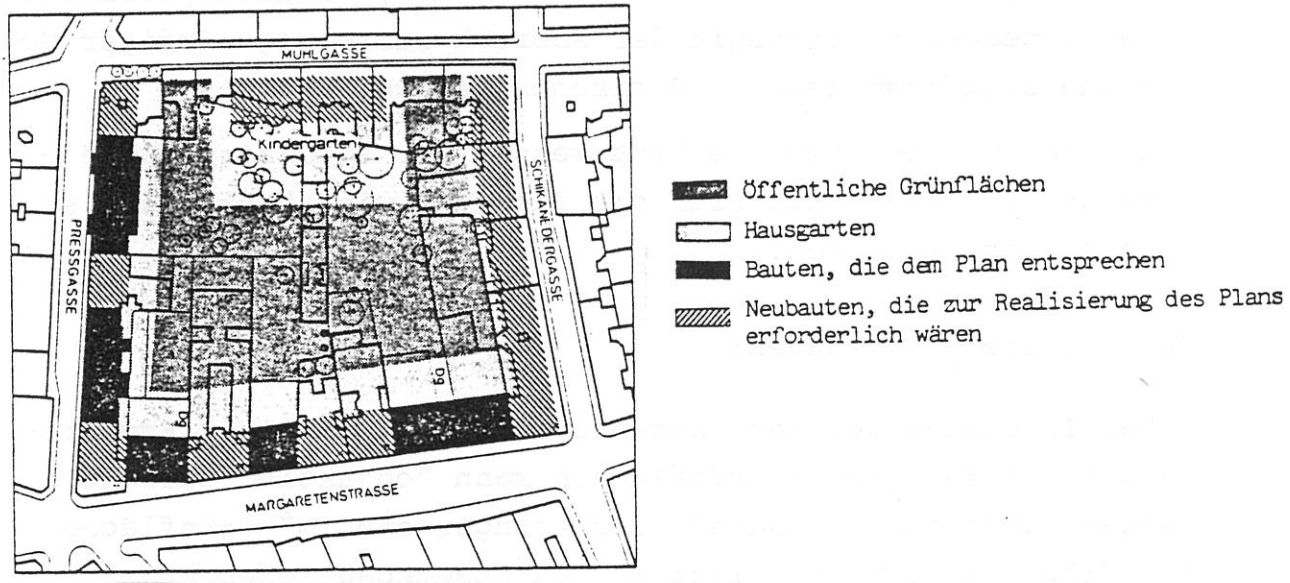


Abb. 15: Der rechtswirksame Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für das Planquadrat aus 1966 und seine Konsequenzen. Der Unterdruck entspricht dem Bestand.

---

1) KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 1980, S. 70.

9.4.2 Grünflächenerweiterung und "Gebiets-Interesse"

Die in den angeführten Beispielen aufgezeigten Interessenskonflikte werfen grundsätzliche Fragen auf, die für die Stadterneuerung typisch sind:[1)]

- Sollen Erneuerungsgebiete baulich aufgelockert werden? Soll sich die Wohnbevölkerung vergrößern (Zuwanderungsmöglichkeiten durch Wohnungsneubau) oder verringern? Wie wichtig sind neue Arbeitsplätze für das Gebiet?
- Inwieweit soll sich die Gemeinde einer Entwicklung entgegenstellen, die zu einer "intensiven" Nutzung wertvoller, knapper Gunstflächen durch zahlungskräftige Unternehmen bzw. Bewohner führt? Inwieweit sollen die Interessen schon im Gebiet Lebender und Arbeitender Priorität haben, inwieweit sollen die Interessen "Zuzieher" (Wohnungssuchende, Arbeitssuchende) berücksichtigt werden?
- Inwieweit ist im Rahmen einer "sanften", erhaltungsorientierten Erneuerungsstrategie der Abbruch sanierungswürdiger Gebäude zugunsten neuer Grünflächen gerechtfertigt?
- Wie definieren sich die "Interessen der ansässigen Bevölkerung", wie artikulieren sie sich und wie könnten sie sich besser artikulieren?

Dazu einige Anmerkungen:

- Das Interesse der ansässigen Bevölkerung an einer Erweiterung der öffentlichen Grünflächen kann "objektiv" definiert werden durch die "meßbare" Versorgungsquote (m^2 Grünfläche pro Einwohner). Diese liegt in den städtebaulichen Problemgebieten oft weit unter dem "Mindestwert" von 2,5 m^2 pro Einwohner.

  So lag im Gebiet um das Assanierungsgebiet Ottakring (Radius 1 km, 76.000 Einwohner) die Grünflächen-Versorgungs-

---

1) vgl. auch BAUER et al. 1983, S. 188.

quote bei 0,55 m^2 pro Einwohner (vor Einrichtung der neuen Grünanlagen im Assanierungsgebiet). Diese Grünflächen sind außerdem an verkehrsreichen Straßen gelegen und dadurch stark entwertet. Für 10.716 Kinder (0 - 15 Jahre) gab es 1.890 m^2 Kinderspielfläche, für 9.348 Kinder und Jugendliche (5 - 20 Jahre) 8 Ballspielplätze ("Fußballkäfige").[1)] Im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf (14.000 Einwohner) lag die Versorgungsquote bei 1,09 m^2 pro Einwohner. Im gesamten 6. Bezirk liegt die Versorgungsquote bei 0,8 m^2 pro Einwohner, im 7. Bezirk bei 0,9 m^2 pro Einwohner.

Alle erwähnten Bürgerinitiativen berufen sich in ihrer Argumentation auf derartige (teils selbst zusammengestellte, teils in den Planungsdokumenten der Gemeinde angeführte) Unterversorgungsquoten. Der Bedarf an zusätzlichen Grünflächen läßt sich auch an der Benützung von Parkprovisorien ablesen. Er äußert sich auch in den Befragungen, die in den Erneuerungsgebieten von den Gebietsbetreuungen durchgeführt werden. Die Verbesserung der Grünversorgung erweist sich dabei zunehmend als einer der vorrangigsten Bevölkerungswünsche (z.B. bei der zweiten Informationsveranstaltung im Erneuerungsgebiet Wilhelmsdorf im März 1981, bei der die Errichtung neuer öffentlicher Grünflächen an erster Stelle in der Prioritätenliste der Bevölkerungswünsche genannt wurde[2)]. Ein ähnliches Bild sollte auch die gebietsweise Auswertung der Umwelterhebung 1982 ergeben.

- Die Errichtung neuer Kaufhäuser, Hotels, Büros, etc. verschlechtert die lokale Umweltsitutaion durch zusätzlches Verkehrsaufkommen durch gebietsfremde Kunden und Beschäftigte, verschärft den Parkraummangel und damit auch den Druck auf grüne oder potentiell begrünbare Hof- und Straßenflächen, ohne meist mit besonderen Vorteilen für die lokale Bevölkerung verbunden zu sein. Auch die Errichtung neuer Wohnbauten

---

1) STÖLLBERGER et al. 1980, Anhang.

2) BAUER et al. 1983, S. 188.

erhöht das Verkehrsaufkommen und den Druck auf die vorhandenen Grünflächen (sofern nicht für den Bau selbst schon "Grün" geopfert werden muß) und verschlechtert so die Versorgungssituation im Gebiet.

Neue Wohnbauten haben jedoch den "Vorteil", die Bevölkerungsstruktur im Gebiet zu "verbessern". Sie ziehen kaufkräftigere Bewohner an (was z.B. im Interesse der Gewerbetreibenden im Gebiet liegt) und jüngere Familien mit Kindern, was wiederum einer Überalterung des Gebiets entgegenwirkt. Andererseits ist es aber gerade der Mangel an Spielmöglichkeiten und Grün für die Kinder, der junge Familien aus dem Gebiet abwandern läßt.

- In den Untersuchungen zum Stadtentwicklungsplan (Diskussionsgrundlage Stadterneuerung und Bodenordnung) wird darauf hingewiesen, daß der derzeit gültige Flächenwidmungs- und Bebauungsplan im dichtbebauten Gebiet eine enorme weitere Verdichtung zuläßt, vor allem durch das Ersetzen 1 - 3-geschossiger Althäuser durch 5 - 7-geschossige Neubauten. Daraus ergibt sich eine theoretische und eine (unter bestimmten Voraussetzungen auch praktisch) mobilisierbare Geschoßflächenreserve, die es erlauben würde, den von einer gleichbleibenden Bevölkerungszahl zusätzlich benötigten Wohnraum auch bei einer substantiellen Erweiterung der Freiflächen bereitzustellen. Da durch das Ausschöpfen der Geschoßflächenreserve eine neuerliche Verdichtung der Bebauung entsteht, "wird die Frage der städtebaulichen Durchgestaltung zum entscheidenden Problem".[1)]

- Während sich die "Notwendigkeit" (= starker Bedarf von Seiten der Gebietsbewohner) zusätzlicher Grünflächen aus der einfachen Tatsache einer eklatanten Unterversorgung ergibt, kann bei einem Neubau von einer "Notwendigkeit für das Gebiet" nur dann sinnvoll gesprochen werden, wenn das Bauvorhaben Bestandteil eines Gesamtkonzepts der Gebietserneuerung (Entwicklungskonzept) ist, und die dadurch hervorgerufene Verdichtung einer städtebaulichen Sanierung des Gebiets nicht

---

1) MA 18 (KAINRATH) 1979, S. 72.

im Wege steht. Aus dem Erneuerungskonzept müßte auch hervorgehen, welche Bevölkerungsdichte im Gebiet anzustreben ist - eine Bevölkerungsdichte die es erlaubt, die Umweltbedingungen zu verbesseren und ein ausreichendes Angebot an Freiflächen bereitzustellen.

In der Praxis werden die "Gebiets-Interessen" in der Regel anders definiert. Das Bestreben, ein Abwandern der Bevölkerung zu verhindern (und damit auch eine politische "Abwertung" des Bezirks) führt bei vielen Bezirkspolitikern zu der Haltung "Ich kann auf keine Neubauwohnung verzichten"[1] - selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch nur ein neuer städtebaulicher Mißstand geschaffen wird.

9.4.3 Grünflächen für wen?

Wenn von den"Interessen der ansässigen Bevölkerung an einer neuen Grünfläche" gesprochen wird, darf nicht übersehen werden, daß verschiedene Bevölkerungsgruppen ein ganz unterschiedliches Interesse an Grünanlagen haben, da sie diese nicht in gleicher Weise und gleicher Intensität benützen können oder wollen.

Dieser Aspekt wird noch durch die Tatsache verschärft,

- daß es sich bei neuen Grünflächen meist um kleine oder sehr kleine Anlagen handelt, die oft nur die Nutzung durch eine "Benützergruppe" erlauben,
- daß durch einen extremen Mangel an Freiflächen der Druck auf neu errichtete Anlagen groß ist. Dieser Druck wird noch dadurch verschärft, daß der Straßenraum als Spiel- und Aufenthaltsraum für Kinder und Jugendliche ausfällt und auch kaum mehr brachliegende Flächen (G'stättn) zur Verfügung stehen.

---

1) "Würde man's genau nehmen, müßten 20.000 Wohnungen im Bezirk aus hygienischen Gründen gesperrt werden. Ich kann also auf keine einzige Neubauwohnung verzichten." (Der Ottakringer Bezirksvorsteher SRP in der Auseinandersetzung um die "Grüne Insel"), (KURIER, 9.11.1979).

Als "besondere" Nutzergruppen von Grünflächen können genannt werden:

- Mütter (oder andere Aufsichtspersonen) mit Kleinkindern: Sie sind wenig mobil, brauchen aber wohnungsnahe Grünflächen mit Sandkästen und Kleinkinderspielplätzen, die eine gewisse Abschirmung von den "wilderen" älteren Kindern gewährleisten.

- Größere Kinder und Jugendliche: Sie sind im dichtbebauten Gebiet besonders benachteiligt, da sie ihre Bedürfnisse fast nirgends entfalten können. Sie sind ein "Problem" vor allem für ältere, ruhebedürftige Parkbesucher und häufig Anlaß zu Konflikte.

- Ältere Menschen: Sie sind wenig mobil, haben dafür aber meist viel Zeit. Gesteigertes Ruhe- und Sicherheitsbedürfnis.

- Gastarbeiter: Sie haben aufgrund ihrer schlechten Wohnverhältnisse ein "besonderes" Bedürfnis nach öffentlichen Erholungsflächen.

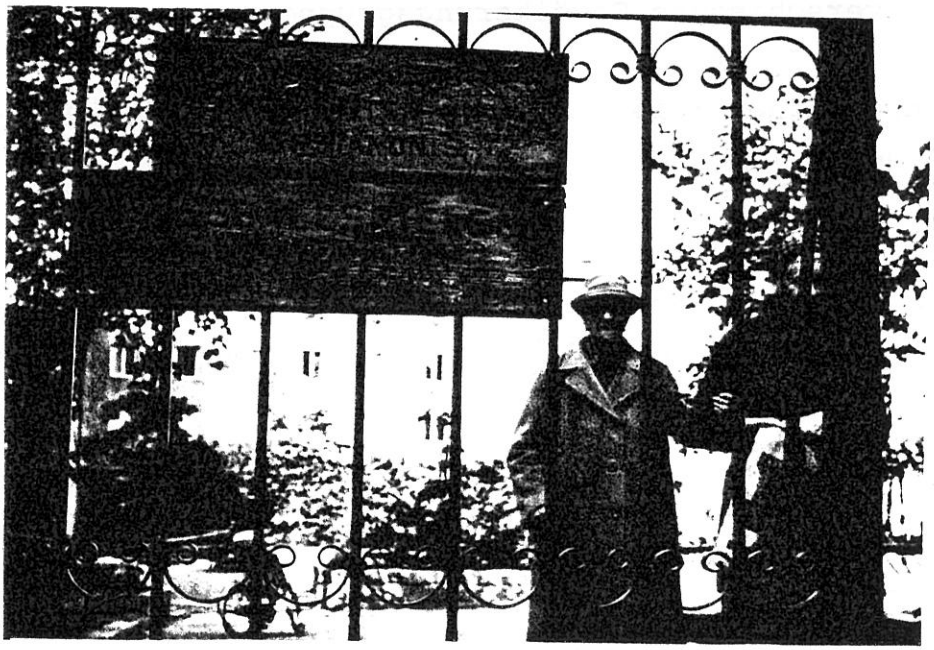


Abb. 16: Wien 7: Siebensterngasse: Verschiedene Nutzungsgruppen in einen "Mini-Park": Ältere Menschen und Kleinkinder können den Park nutzen, ballspielende Jugendliche und Hunde bleiben ausgesperrt.

- Hundebesitzer: Benützen täglich die Parkanlage, werden von anderen Parkbesuchern zum Teil nur ungern gesehen (Verunreinigung der Rasenflächen).

In den Stadterneuerungsgebieten ist es bei der Einrichtung neuer Parkanlagen auf Initiative der Gebietsbetreuungen fast immer zu ernsthaften Konflikten zwischen verschiedenen Benutzergruppen gekommen, die mitunter in der gänzlichen Verdrängung von Benutzergruppen endeten. In einzelnen Fällen (z.B. Storchengrund, Wilhelmsdorf) wurde die neue Grünanlage von den unmittelbaren Anrainern nicht als Gewinn, sondern als Störfaktor betrachtet.

9.4.4 Bodenpolitische Instrumente

Das wesentliche Problem bei der Schaffung neuer Grünflächen ist die Bereitstellung und Freimachung der dazu benötigten Flächen. Wichtigste Instrumente für eine Politik zur Grünflächenerweiterung sind daher Flächenwidmungs- und Bebauungspläne und Grundankäufe durch die Gemeinde.

Wie bereits im Abschnitt 9.3.1 erwähnt wurde gibt es im dichtbebauten Gebiet eine nicht unbeträchtliche Zahl von Epk-Widmungen (Epk = Erholungsgebiet, Parkanlage), die schon lange bestehen, ohne daß eine Realisierung dieser Widmungen in einer absehbaren Zukunft zu erwarten wäre. Warum werden diese Widmungen nicht oder so lange nicht realisiert?

Das liegt zum einen am Charakter des Instruments Flächenwidmungs- und Bebauungsplan: Flächenwidmungs- und Bebauungspläne sind neubauorientiert, d.h. sie können keine aktive Veränderung des bestehenden Zustands vorschreiben. Die angegebenen Gebote und Verbote werden erst wirksam, wenn der Grundeigentümer den bestehenden Zustand verändern will, z.B. bei einem Umbau oder Abbruch und Neubau.

Hinzu kommt, daß bei den Widmungen aus grundsätzlicher Überlegung (Gleichheitsgrundsatz) meist schematisch vorgegangen

wird und die differenzierten Verhältnisse auf den einzelnen Liegenschaften kaum Berücksichtigung finden. Das mag u.a. dafür ausschlaggebend sein, daß die Bebauungspläne von örtlichen Bezirksstellen oft nicht "ernst genommen" werden und immer wieder Genehmigungen für Umbauten, Betriebserweiterungen oder Wohnungsverbesserungen auf Epk-gewidmeten Flächen erteilt werden. Schließlich sind Widmungen unflexibel, eine Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans ist an ein langwieriges Verfahren gebunden. Es kann daher nicht rasch auf kleinräumige Veränderungen reagiert werden, z.B. durch "Tauschen" von Epk-Widmungen auf Liegenschaften, wo eine schnelle Realisierung wahrscheinlicher erscheint[1].

Zum anderen erfordert die Realisierung einer Epk-Widmung den Ankauf der entsprechenden Fläche, die in der Regel in mehrere kleine Parzellen aufgesplittert ist, durch die Gemeinde. Diese ist dabei auf die Verkaufsbereitschaft der privaten Grundeigentümer angewiesen.

Im Gegensatz zu den Enteignungsmöglichkeiten (und der Enteignungspraxis) für Verkehrsflächen sind die Enteignungsmöglichkeiten für Grün- und Erholungsflächen im dichtbebauten Gebiet gering: Nach der Wiener Bauordnung können für Grün- und Erholungsflächen nur unbebaute Grundstücke enteignet werden oder solche, deren Baulichkeiten abbruchreif oder "untergeordneter Natur" sind (§ 40, Enteignung für öffentliche Zwecke). Das Stadterneuerungsgesetz sieht Enteignungsmöglichkeiten nur für einzelne Bauvorhaben oder Flächensanierungen vor. (§ 10)

Auch von den geringen Enteignungsmöglichkeiten der Bauordnung wurde bis vor kurzem kein Gebrauch gemacht. 1983 wurde das erste Enteignungsverfahren für eine Grünfläche im dichtbebauten Gebiet angestrengt (im 2. Bezirk).

---

1) vgl. KAINRATH 1980.

Zur Grundankaufspolitik der Gemeinde wird in den Untersuchungen zum Stadtentwicklungsplan angemerkt:

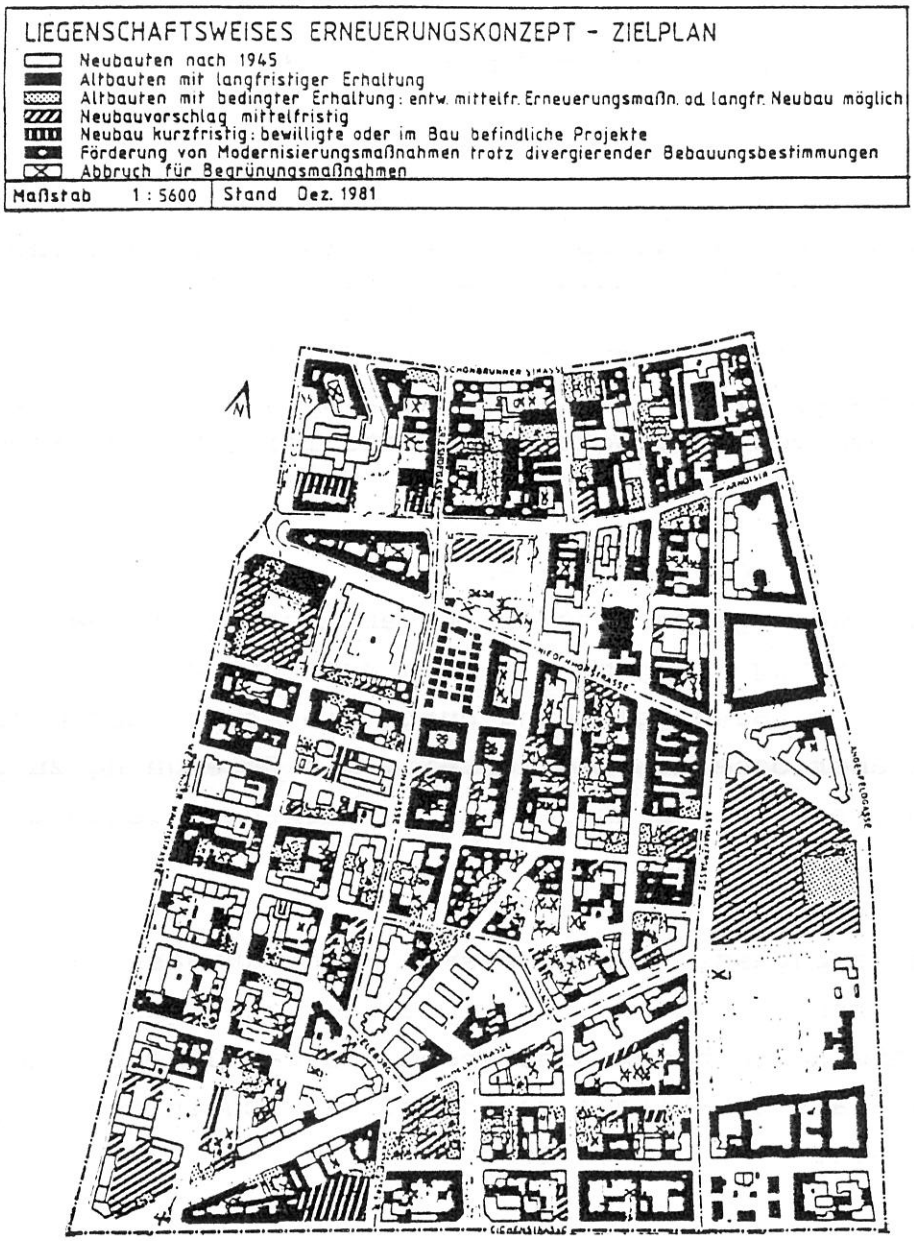
> "Die Gemeinde Wien als Grundstückkäufer ist gegenüber privaten Käufern gehandikapt. Aufgrund ihres öffentlichen Charakters und den öffentlichen Entscheidungs- und Kontrollorganen, aufgrund der engeren Verhaltensvorschriften, denen Beamte und Politiker unterliegen, ist die Gemeinde Wien weniger in der Lage, rasch und flexibel zu agieren. Sie unterliegt stärker als Private der Selbsteinschränkung bei hohen Preisen, um den erwünschten preisstabilisierenden Effekt auszuüben und um sparsam mit Steuergeldern zu verfahren."[1)]

In den Stadterneuerungsgebieten wurde durch Gebietsuntersuchungen und Erneuerungskonzepte ein neuer Anstoß zur Realisierung alter Epk-Widmungen gegeben. Wie langsam dieser Realisierungsprozeß - trotz Beschleunigung durch die Arbeit der Gebietsbetreuer, aber ohne die Möglichkeit, mit Enteignung zu drohen - vorankommt, soll ein Beispiel aus dem Erneuerungsgebiet Wilhelmsdorf illustrieren:

> Der von Rauchgasse - Bendlgasse - Krichbaumgasse - Rosaliagasse begrenzte und von der Vierthalergasse quer durchschnittene Rasterblock, bestehend aus ca. 30 Parzellen, ist seit 1958 als Epk-Fläche gewidmet, wahrscheinlich aufgrund seiner relativ niedrigen Bebauung. Bis Juli 1979 (Beginn der Untersuchungen im Stadterneuerungsgebiet) war diese Widmung lediglich auf einer Parzelle (Rauchgasse 14) in Form eines "Mini-Parks" realisiert. Es wurde keine "aktive" Ankaufpolitik von der Gemeinde betrieben. Im liegenschaftsweisen Erneuerungskonzept der Gebietsbetreuung (Abb. 17) wurde 1981 eine stufenweise Erweiterung der Grünfläche durch Abbruch von 12 Objekten entlang der Vierthalergasse vorgeschlagen. Die Vierthalergasse soll in diesem Bereich ganz aufgelassen, die teilweise gut erhaltene Blockrandbebauung aber weitgehend beibehalten werdne. Der neue "Anstoß" durch das Zielkonzept der Gebietsbetreuung hatte zur Folge, daß bis Juli 1983 eine weitere Parzelle durch die Gemeinde erworben wurde, bei zwei weiteren scheint ein positiver Verhandlungsabschluß in Aussicht, der Ankauf der restlichen

---

1) MA 18 (KAINRATH) 1979, S. 100.



Quelle: Vorschlag der Gebietsbetreuung Wilhelmsdorf.

Abb. 17: Erneuerungsgebiet Wilhelmsdorf: Erneuerungskonzept der Gebietsbetreuung.

Quelle: BAUER et al 1983.

Parzellen erscheint ohne Enteignungsdrohung nur "langfristig" realisierbar.

9.4.5 8 Thesen zur Schaffung neuer Grünflächen im dichtbebauten Stadtgebiet

1. In großen Teilen des dichtbebauten Gebiets besteht eine krasse Unterversorgung mit wohnungsnahen öffentlichen Grünflächen. "Die Versorgung der Bevölkerung Wiens mit ausreichend bemessenen gut erreichbaren und gut nutzbaren Grünflächen (Parkanlagen) für die Naherholung ist sicherzustellen" heißt es im Zielkatalog des Stadtentwicklungsplans (Entwurf)[1]. Es gibt jedoch von Seiten der Stadtverwaltung kein Konzept und kein Programm, wie dieses Ziel kurz- oder langfristig erreicht werden könnte. Die seit den 50er Jahren vorgenommenen Grünwidmungen im dichtbebauten Stadtgebiet sind weder ausreichend noch ist ihre Realisierung in absehbarer Zeit zu erwarten.
   Die Unterversorgung mit "gut erreichbaren und gut nutzbaren Grünflächen für die Naherholung" wird als ein charakteristischer Strukturmangel der betroffenen Gebiete hingenommen, der unter den gegebenen Umständen durch (punktuelle) Maßnahmen im privaten Bereich (Hofbegrünungen, etc.) vielleicht teilweise ausgeglichen werden kann.

2. Eine "schlagartige" Verbesserung der Versorgungssituation mit öffentlichen Grünflächen (Parkanlagen) könnte nur in einigen besonderen Fällen erreicht werden durch
   - Öffnung noch bestehender größerer privater Parkanlagen (z.B. Theresianumpark, oberer Lichtensteinpark) oder
   - durch (teilweisen oder vollkommenen) Verzicht auf die Bebauung der wenigen noch vorhandenen (freiwerdenden) städtebaulichen Reserveflächen (z.B. Rennwegkaserne, altes AKH) zugunsten neuer öffentlicher Parkanlagen.

---

1) MA 18 1981, S. 40. Auf S. 8 heißt es auch:
"Zur Verbesserung des Stadtklimas sind in vermehrtem Maße innerstädtische Grünanlagen zu errichten."

In den meisten Grün-Mangelgebieten gibt es jedoch keine solchen Grün- und Flächenreserven. Dort kann die Verbesserung der Versorgung nur in kleinen und kleinsten Schritten erfolgen durch Ankauf, Freimachung und gärtnerischer Ausgestaltung einzelner Parzellen.

3. Die Verbesserung der Versorgung mit öffentlichem Grün steht in einem engen Zusammenhang mit dem Problem des innerstädtischen Verkehrs:

   - Der Autoverkehr in seiner heutigen Form bedroht die innerstädtische Vegetation in ihrem Bestand.
   - Viele bestehende und neu zu schaffende öffentliche Grünflächen sind durch ihre Lage an verkehrsreichen Straßen in ihrem Erholungswert stark entwertet (krassestes Beispiel sind die Grünflächen am Gürtel).
   - Die Rückgewinnung der Straße als Kommunikations- und "Aufenthalts-"raum ermöglicht nicht nur Begrünungsmaßnahmen im Straßenbereich, sondern verringert auch den "Nutzungsdruck" auf öffentliche Grünflächen.

4. Das Ziel, die Versorgung mit öffentlichem Grün zu verbessern, konkurriert mit anderen Zielen der Gemeindepolitik, wie dem Ziel der Stadterneuerung durch Wohnungsneubau. In den letzten Jahren ist beim kommunalen Wohnbau bzw. beim geförderten Wohnbau durch gemeinnützige Wohnbaugesellschaften eine zunehmende Hinwendung in das dichtbebaute Gebiet festzustellen. Das Interesse der ansässigen Wohnbevölkerung nach Erweiterung der Grün- und Freiflächen kommt dabei immer wieder in Konflikt mit den "Eigeninteressen" des kommunalen Wohnbaus bzw. der gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften, die Mühe haben, sich die notwendigen Flächen für einen Wohnungsneubau im angestrebten Umfang und zu vertretbaren Preisen zu sichern. Der Spielraum zur Schaffung neuer öffentlicher Grünflächen wird u.a. davon beeinflußt, ob der kommunale Wohnbau und die Wohnbauforderung ausschließlich als Instrument zur Wohnraumbeschaffung und Wohnungsstrukturverbesserung betrachtet wird, oder ob

die Wohnbaupolitik kleinräumigen Gebietsentwicklungskonzepten untergeordnet wird.

5. Wenn eine Verbesserung der Versorgung mit öffentlichen Grünflächen in den meisten Mangelgebieten nur in kleinen und kleinsten Schritten durch Schaffung von Baulückenparks erfolgen kann (These 2), so sind besondere Planungsinstrumente erforderlich. Das Instrument Flächenwidmungs- und Verbauungsplan reicht dazu - zumindest in der derzeit gehandhabten Form - nicht aus.
   Notwendig erscheinen Gebiets- oder Bezirksentwicklungskonzepte, die Zielvorstellungen festlegen (z.B. im Erneuerungsgebiet Wilhelmsdorf eine Verdoppelung der öffentlichen Grünflächen, vgl. Abb. 7), in der Erreichung dieser Ziele aber flexibel sind. Verwirklicht werden müßte das Konzept mit Hilfe einer dezentralen (lokalen) "Planungsagentur" (Gebietsbetreuung, Bezirksvertretung), die - aufbauend auf einer genauen Kenntnis der lokalen Verhältnisse - schnell auf Veränderungen reagieren und sich die notwendigen Flächen rechtzeitig sichern könnte, um so eine schrittweise Ausweitung und Vernetzung der Grün- und Freiflächen zu erreichen.
   Es stellt sich dabei natürlich die Frage, welche Handlungsspielräume und Entscheidungsbefugnisse einer solchen "Planungsagentur" zukommen sollen bzw. müßten.

6. Besteht die konkrete Absicht der Stadtverwaltung, auf einer bestimmten Liegenschaft eine neue Grünfläche zu errichten, so reicht das bodenpolitische Instrumentarium nicht aus, um in einer sinnvollen Frist den Ankauf der benötigten Fläche zu gewährleisten. Grünflächen sollten in den Enteignungsmöglichkeiten Verkehrsflächen und andere öffentliche Flächen (z.B. Spital, Schule) gleichgestellt werden.

7. Angesichts der Kleinheit von neuen Parks im dichtbebauten Gebiet hängt ihr "Gebrauchswert" (Erholungswert) in besonderer Weise von ihrer Gestaltung ab. "Mini-Parks" entsprechen in ihrer Größe eher einem größeren Hausgarten.

Mit der Anwendung von Gestaltungsnormen für (große) öffentliche Grünanlagen kann die - für "Mini-Parks" besonders notwendige Individualität und Intimität der Anlage nicht erreicht bzw. erhalten[1] werden.

Ein besonderes Augenmerk erfordert
- die optische und akustische Abschirmung vom Verkehr
- klare Festlegungen (auch gestalterische), welchen Nutzergruppen die Anlage dienen soll.

Der "Gebrauchswert" eines Mini-Parks hängt stark davon ab, ob der Park durch andere Spiel- und Freiflächen (z.B. Ballspielplatz) sinnvoll ergänzt wird und ob die Anlage in ein Netz von Grünflächen, Grünstraßen, Grünverbindungen eingebunden werden kann.

8. In den letzten Jahren sind in Wien Bevölkerungs-Initiativen für die Schaffung neuer öffentlicher Grünflächen im dichtbebauten Gebiet aufgetreten. Für eine Stadtverwaltung (oder zumindest für Teile der Stadtverwaltung), die sich die Verbesserung der Grün-Versorgung im dichtbebauten Gebiet zum Ziel gesetzt hat, bietet eine Politik der Kooperation mit solchen Initiativen eine Reihe von Chancen:
   - Die Schaffung zusätzlicher Grünflächen im dichtbebauten Gebiet ist nur schwer durchzusetzen. Bevölkerungsinitiativen, die den Wunsch der ansässigen Bevölkerung nach einer Verbesserung der Grün-Situaiton politisch artikulieren, stellen (als "Grün-Lobby") ein Gegengewicht zu anderen gut organisierten und sich politisch stark artikulierenden Interessen dar.
   - Öffentliche Grünflächen, die schon allein von ihrer Größe her ("Mini-Parks") nur eingeschränkte Nutzmöglichkeiten bieten, können ihre Funktion nur dann voll erfüllen, wenn sich die Bewohner der näheren und nächsten Um-

---

1) Im Fall, daß ehemalige Hausgärten in öffentliche Grünanlagen umgewandelt werden; vgl. VOITL/GUGGENBERGER/PIRKER 1977, Kap. 6 ("... die traurige Geschichte, wie sich ein Zaubergarten in eine Betonwüste verwandelte ....")

gebung sich mit ihr "identifizieren". Das erfordert wiederum eine "individuelle und intime" Gestaltung, die am besten durch die Einbeziehung interessierter Anrainer in die Planung und Gestaltung der Grünfläche erreicht wird.

- Die Kleinheit neuer öffentlicher Grünflächen und die allgemeine Knappheit an Spiel- und Freiflächen im dichtbebauten Gebiet führen immer wieder zu Konflikten zwischen verschiedenen Nutzergruppen (z.B. ballspielende Jugendliche - ruhebedürftige Pensionisten). Wird die Grünfläche von den (z.B. in einem Verein organisierten) Anrainern erhalten, gepflegt und "verwaltet", so besteht die Chance, solche Konflikte schon im Entstehungsstadium zu regeln.
- Die Kosten für die Erhaltung öffentlicher Grünanlagen können gesenkt werden, wenn die Anrainer selbst die notwendigen Arbeiten durchführen und dabei von der Stadtverwaltung durch einen finanziellen Beitrag (eventuell auch durch Beratung und bestimmte Sachleistungen) unterstützt werden. (Beispiel: Gartenhofverein Planquadrat, vgl. Kap. 9.5.3.2.).

9.5 Erweiterung des privaten Grüns (Hofbegrünung)

"Es gibt Bedürfnisse und Interessen, die für sich weder ausgefallen sind noch zu befriedigen unerschwinglich wären, die aber deswegen nicht zum Zug kommen, weil sie privat nicht zu artikulieren und öffentlich an keinen Zuständigen zu adressieren sind. So kann man sich zwar eventuell eine Wohnung in ruhiger, vom Verkehrslärm und -gefahren unbehelligter Lage kaufen, aber es gibt keine Möglichkeit, das Bedürfnis nach Ruhe dort, wo man nun einmal wohnt, wirksam zum Ausdruck zu bringen. Gesunde Umwelt ist ein knappes und immer knapper werdendes Gut, das man kaufen kann und für das inzwischen viel Geld ausgegeben wird, aber man kann es eigenartiger Weise gerade nicht dort kaufen, wo es am knappsten ist und am nötigsten wäre. Das liegt nicht primär und jedenfalls nicht allein an natürlichen und von Natur aus unabänderlichen Gegebenheiten, sondern zunächst an der sozialen Organisation der Verteilung von Störungen und Begünstigungen...

Beispiele beeinträchtigter Wohnqualität durch nicht zusammenfindende Bedürfnisse und Interessen beschränken sich indes nicht auf die öffentliche Straßenseite. Die vorherrschende Blockbebauung der gründerzeitlichen Wohnquartiere teilt das Wohnumfeld in zwei klar unterschiedene Bereiche. Dem öffentichen Straßenraum steht ein halbprivater Hofraum gegenüber. Er ist durch die Vordergebäude gegen die laute und gefährliche Straßenseite hin abgeschirmt und wäre von daher für intimere, die Wohnfunktion ergänzende Spielgelegenheiten und Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien geeignet. ...

Hergerichtete und gestaltete Hinterhöfe zeigen immer wieder, daß die Blockinnenseiten der gründerzeitlichen Baustruktur weder für jene Ergänzungsfunktionen ungeeignet noch in ihren Nutzungsmöglichkeiten bereits erschöpft sind.... Erfahrungen mit Bewohnerinitiativen zur Hoferneuerung und Hofbegrünung belegen denn auch die Vermutzung, daß die halbprivaten Hofräume gar nicht so sehr durch baustrukturelle Verhältnisse als vielmehr durch nicht zusammenfindende Interessen der potentiellen Benutzer und verfügenden Besitzer verschattet und verunstaltet sind." 1)

---

1) FRANCK/RAUCH 1983, S. 17.

9.5.1 Hindernisse für eine Begrünung von Innenhöfen

Fast alle Versuche, städtischer Innenhöfe zu entkernen, zusammenzulegen und zu begrünen stoßen bei den derzeitigen Gegebenheiten auf eine Reihe schwerwiegender - in vielen Fällen unüberwindlicher- Hindernisse.Die folgende Beschreibung beruht auf den Erfahrungen im Planquadrat[1], den Initiativen in den Wiener Stadterneuerungsgebieten[2] und privaten Hofbegrünungsinitiativen.

9.5.1.1 Bauliche Verhältnisse

1. Hofgröße, Belichtungsverhältnisse: Bei einer sehr hohen Bebauungsdichte, wie sie vor allem bei der spätgründerzeitlichen Bebauung gegeben ist[3], lassen die schlechten Belichtungsverhältnisse nur wenig Spielraum für eine Hofgestaltung. Bei kleineren Höfen ist - abgesehen von kleinen Verschönerungsmaßnahmen - höchsten die Begrünung der den Hof umgebenden Mauern möglich. Die ständige Beschattung, der fehlende Sichtschutz (keine Bäume), der Mangel an Intimität und das beengende Raumgefühl solcher Hofschluchten machen eine aktive Nutzung dieser "Freiflächenreste" wenig attraktiv - von einem Aufenthalt unter "freiem Himmel" kann kaum mehr die Rede sein. Eine Erweiterung der Freiflächen erfordert in solchen Fällen den Abbruch von Nebengebäuden oder von Hinter- bzw. Seitentrakten (Hofentkernung).

2. Bodenverhältnisse: Die Versiegelung von Hofflächen (Asphalt, Beton anstatt offenen Erdreichs, Kiesschüttung oder Pflasterung) stellt ein Bepflanzungshindernis dar, daß für den einzelnen Hausbewohner kaum zu überwinden ist. Das Aufstellen von Pflanzkübeln kann einen bescheidenen Ersatz bieten.

---

1) Vgl.VOITL/GUGENBERGER 1977

2) GRÄSEL et.al. 1983 und eigene Befragungen.

3) Die Bauordnung von 1983 gestattet eine Bebauung von maximal 85% der Fläche (BOREK/LICHTENBERGER 1978).

3. Unterirdische Einbauten, Hofunterkellerung, Tiefgaragen, etc. schränken ebenfalls die Bepflanzungsmöglichkeiten ein und können z.B. das Pflanzen großer Bäume unmöglich machen[1].

9.5.1.2 Stellplätze im Hof

In den Jahren seit dem 2. Weltkrieg wurden zahlreiche, ehemals grüne Innenhöfe versiegelt, um sie in Autostellplätze umzuwandeln. Der Wunsch nach einer Begrünung und Nutzung dieser Höfe zur Naherholung kollidiert mit den bestehenden Interessen und Rechten der Stellplatzbenutzer. Bei Neubauten wird derzeit der Bau von Tiefgargen forciert, um so die nötigen Stellplätze im Haus bereitzustellen. Bei einmal fertiggestellten Objekten scheidet diese Lösung meist aus finanziellen Gründen aus. Nicht selten kann aber ein Kompromiß dadurch erreicht werden, daß trotz Weiterbestand der Parkplätze eine Hofbegrünung durchgeführt wird. Hofgestaltung und Hofnutzung sind dann allerdings durch die verbleibenden Stellplätze (oder auch durch verbleibende Garagenzufahrten) mehr oder weniger eingeschränkt.

9.5.1.3 Kosten

Bei Hofentkernungs- und Hofbegrünungsmaßnahmen können folgende Kosten anfallen:

- dauernder Entfall von Mieteinnahmen,
- Abbruch von Gebäuden oder Mauern, Abtransport des Materials,
- Kosten für Ersatzraumbeschaffung und Umsiedelung ausgemieteter Bestandnehmer,
- Ersatzraumbeschaffung für abgebrochene Garagen, Waschküchen, etc.,
- Aufbrechen versiegelter Flächen,
- Geländegestaltung, Erdarbeiten, Humusierung etc.,
- Pflanzenmaterial,
- Gärtnerarbeiten,
- "Möbilierung" (Sitzecke, Pergola, Gartenhäuschen, etc.) und andere Gestaltungsmaßnahmen,
- Pflegeaufwand.

---

1) Vgl. Anhang 1: Richtlinien für die Subventionierung von Baumpflanzungen in Innenhöfen, Punkt 4.

Abb. 18: Wien 7, 1 Hof - 3 Parzellen - 3 Nutzungen: Gartenhof, Stellplatz im Hof, ungenutzter Hof. Das Foto zeigt auch die Abhängigkeit der Nutzmöglichkeit von der Bauhöhe: Der Gartenhof ist zwar sehr klein, aber wegen der geringen Beschattung gut nutzbar. Würde das niedrig-geschossige Althaus (linker Bildrand) abgerissen und durch einen Neubau ersetzt, der die erlaubte Gebäudehöhe und die innere Baufluchtlinie voll ausnützt, würde das Grün verschwinden und die Belichtungsverhältnisse im Hof würden sich entscheidend verschlechtern. (Das Foto wurde am 24. September aufgenommen).

Abb. 19: Hofbegrünung unter Beibehaltung der Stellplätze. (Wien 7, Zieglergasse 22).

Nach der Größe der anfallenden Kosten lassen sich Hofentkernung- und -begrünungsmaßnahmen in drei Kostenklassen einteilen:

1. "Hofentkernung": Von der Entkernung sind (mehr oder weniger) intensiv genutzte Hinter- bzw. Seitentrakte betroffen. Es entstehen hohe Ausmietungskosten (Ersatzraumbeschaffung, Umzug) und alle mit einer Absiedlung verbundenen sozialen Probleme. Die Kosten liegen in einer Größenordnung von mehreren ÖS 100.000,-- das entspricht den Kosten einer Großreparatur des Hauses oder einer "halben Generalsanierung". Der Abbruch bedeutet für den Hauseigentümer auch den dauernden Entfall der bisherigen Mieteinnahmen.

   Zwei Beispiele aus dem Assanierungsgebiet Ottakring (Wichtelgasse 15, Thaliastraße 86): Die Kosten für eine (nach den Vorstellungen der Gebietsbetreuung wünschenswerte) Hofentkernung liegen bei beiden Objekten über der 500.000,-- Schilling Grenze 1). Im Verleich dazu liegen die Kosten für die Generalsanierung eines Hauses im Assanierungsgebiet bei durchschnittlich 1.1 Mio. S pro Haus 2).

   Kosten dieser Größenordnung können in der Regel weder vom privaten Eigentümer noch aus der Mietzinsreserve aufgebracht werden.

   Da es für Hofentkernungen keine Förderungsmaßnahmen gibt, unterbleiben Erneuerungsmaßnahmen dieser Art, wenn nicht der bauliche Zustand einen Abbruch der Hinter- bzw. Seitentrakte unbedingt erfordert oder die Gemeinde als Grundeigentümer selbst die Entfernung durchführen läßt. (Z.B. Abbruch der Stiege 3 des Hauses Margaretenstraße 34 im Planquadrat).

2. "Hofsanierung": Die Kosten für eine, von Professionisten durchgeführte generelle Freimachung und Ausgestaltung des Hofes, bei der höchstens ungenutzte oder wenig intensiv genutzte Nebengebäude abgebrochen werden müssen, liegen in einer Größenordnung von mehreren S 10.000,--. Sie sind kostenmäßig mit kleineren Verbesserungs- oder Reparaturmaßnahmen im Haus vergleichbar.

---

1) GRÄSEL et.al. 1983, S.175.
2) GRÄSEL et.al. 1983, S. 58.

Dazu zwei Beispiele:

1. Erneuerungsgebiet Wilhelmsdorf, Lährgasse 3: Die Bepflanzung eines 22 m langen und 0.5 m breiten Streifens entlang einer Garagenmauer mit Büschen und Kletterpflanzen kommt auf ungefähr S 25.000,--. Die Kosten teilen sich zu ungefähr gleichen Teilen auf die Bearbeitung des Untergrunds (Aufbruch der Versiegelung, Humusierung) und auf die Bepflanzung auf.
2. Assanierungsgebiet Ottakring, Wichtelgasse 13: Der Abbruch eines zweigeschossigen Hintergebäudes (ohne Ausmietung) und gärnterische Ausgestaltung der Freifläche käme auf ca. S 70.000,--.

Kosten dieser Größenordnung könnten - wenn nicht bereits eine hohe Belastung durch eine Hausinstandsetzung gegeben ist (wie im Fall Wichtelgasse 13) - noch vom Hauseigentümer und/oder den Mietern getragen werden. Kosten für die Hofgestaltung werden aber im Gegensatz zu anderen Reparatur- und Verschönerungsmaßnahmen (z.B. Ausmalen von Stiegenhäusern und Gängen) als "Extrakosten" empfunden. Ob sie tatsächlich aufgebracht werden, hängt daher stark vom persönlichen Interesse des Hauseigentümers an der Wohnqualität in seinem Haus bzw. von der Bereitschaft der Hausgemeinschaft ab, die "Extraausgaben" freiwillig zu übernehmen.

Bei einer Hofgestaltung in dieser zweiten "Kostenklasse" kann - obwohl es ohne Professionisten nicht gehen wird (z.B. beim Aufbrechen der Versiegelung) - durch Eigenarbeit der Hausbewohner bereits eine wesentliche Verringerung der Kosten erreicht werden. Diese "Kostenklasse" eignet sich auch gut für Förderungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand, die es heute nur in Ansätzen gibt.

3. "Hofverschönerung": Unter günstigen Umständen (keine Abbruchmaßnahmen, kein Aufbrechen von Asphalt oder Beton notwendig) können kleinere oder größere Hofbegrünungsmaßnahmen von einzelnen Hausbewohnern auf eigene Initiative und eigene Kosten durchgeführt werden, ohne daß dabei eine besondere finanzielle oder sonstige Unterstützung durch Hauseigentümer oder die übrigen Hausbewohner notwendig wäre. Die Kosten

liegen dabei in einer Größenordnung von einigen tausend Schilling, die hauptsächlich für Material aufgewendet werden müssen. Die Arbeiten werden von dem (den) initiativen Hausbewohner(n) selbst durchgeführt. Auch diese "Kostenklasse" bietet einen guten Ansatzpunkt für Förderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand. Dabei spielt z.B. eine schnelle und direkte Beratung oder sofort und direkt abholbare Sachspenden (Erde, Pflanzen, etc.) eine vielleicht wichtige Rolle gegenüber finanziellen Zuschüssen, die erst nach einem langen bürokratischen Verfahren in Anspruch genommen werden können.

Tab. 2: Hofbegrünung: Kostenklassen

	"Hofentkernung"	"Hofsanierung"	"Hofverschönerung"
Höhe der Kosten (Schilling)	100.000 - 1,000.000	10.000 - 100.000	1.000 - 10.000
Kosten verursacht durch	Abbruch von Hinter-(Seiten-) trakten Ausmietung von Bestandnehmern dauernder Entfall von Mieteinnahmen Geländegestaltung, Humusierung, etc. Pflanzung, "Möblierung", etc.	Abbruch von Nebengebäuden, Aufbrechen der Versiegelung, Humusierung, etc. Pflanzung, "Möblierung", etc.	Materialkosten (Pflanzen, Erde, Pflastersteine, Holz, etc.)
Anteil der Eigenarbeit der Bewohner	höchstens bei Planung und Organisation	gering bis ins Gewicht fallend	bis zu 100%
Wer kann die Kosten (noch) tragen	Hauseigentümer + öffentliche Hand, Hausgemeinschaft + öfffentliche Hand	Hauseigentümer, Hausgemeinschaft	einzelne Bewohner

Vor jeder Hofbegrünungsaktion muß geklärt werden, wer für die dauernde Pflege des Hofes verantwortlich ist und wer für allfällige Pflegekosten aufkommt. Die Kosten variieren dabei sehr stark, je nachdem, wie der Hof bepflanzt wird und von wem die Pflege durchgeführt wird (bezahlter Gärtner, Hausbesorger mit Gartenzulage oder Hausbesorger ohne Gartenzulage bzw. andere Hausbewohner ohne Entgelt). Bei städtischen Wohnhausanlagen werden die Pflegekosten für die Grünanlagen mit S 10,-- pro m^2 und Jahr veranschlagt. Die Pflege des Hofes kann sowohl Anstoß für eine bessere Kommunikation im Haus, als auch der Anlaß zu Konflikten sein, besonders dann, wenn verschiedene Gestaltungsvorstellungen ("ordentlich und sauber" oder "naturnah", "begehbar" oder "schön zum Anschauen", etc.) aufeinanderprallen. Die Vorstellung, was "schön" und "passend" ist, sind eben sehr verschieden: So kann ein jugoslawischer Hausmeister, einen kleinen Skandal damit verursachen, daß er beginnt im ungenutzten schattigen kleinen Hinterhof Zwiebel anzupflanzen[1].

9.5.1.4 Ängste, Unsicherheiten

Hofbegrünung bedeutet Veränderung des unmittelbaren Nahbereichs der Wohnung. Sie wird daher oft als Eingriff in den Intimbereich empfunden. Durch eine Hofbegrünung soll die Wohnqualität im Haus verbessert werden, sie bedeutet also theoretisch einen Gewinn für die Hausbewohner. Eine Veränderung des gewohnten Zustands - auch wenn er noch so grau und trostlos ist - mobilisiert jedoch auch Befürchtungen, Ängste und Widerstände. Ein "toter" Hof garantiert wenigstens Ruhe und eine gewisse Sicherheit. Bei einem "lebendigen" Hof muß man mit Lärm, Konflikten und ständigen Überraschungen (Veränderungen) rechnen.

Bei Hofbegrünungsaktionen wie z.B. im Planquadrat 4 oder im Erneuerungsgebiet Wilhelmsdorf kamen von einem Teil der Hausbewohner erhebliche Einwände und Widerstände gegen eine "Hofbelebung". Viele Hausbewohner befürchen eine Reihe negativer Folgen wie:

---

1) Wien 19, Friedlgasse.

- Lärm durch spielende Kinder und Jugendliche,
- Sicherheitsrisiko durch fremde Personen, die sich im Hof aufhalten (vor allem wenn eine Zusammenlegung mehrerer Höfe geplant ist),
- bauliche Schäden (Eindringen von Feuchtigkeit nach Aufbrechen der Versiegelungen, Schäden durch Wurzeln großer Bäume, Schäden am Verputz durch Fasadenbewuchs),
- Beschattung (durch Bäume vor dem Fenster),
- Eindringen von "Ungeziefer" in den Hof und die Wohnung (z.B. Eindringen von Ameisen in die Wohnung bei Fasadenbewuchs).

Diese Ängste sind zum Teil begründet - spielende Kinder sind eben nicht leise. Oft beruhen sie auch auch auf Ressentiments gegen die Initiatoren von Hofbegründungsaktionen, gegen den Hauseigentümer, gegen einzelne Hausbewohner oder - in Erneuerungsgebieten - gegen Gebietsbetreuer, die mit der Gemeinde Wien identifiziert werden.

Widerstand gegen Hofbegrünungsmaßnahmen beruht manchmal auf der bloßen Unkenntnis über die Wirkung von Bepflanzungsmaßnahmen. Da es im dichtbebauten Stadtgebiet kaum mehr eine lebendige Gartenkultur gibt, fehlt es an Wissen und praktischer Erfahrung: welche Pflanzen sind für das dichtbebaute Stadtgebiet, für die Begrünung eines engen Hofes sinnvoll und geeignet, welche problematisch? Wie groß kann die Pflanze werden, welche Pflege braucht sie, etc. Die Möglichkeit, sich an Erfahrungen im Nachbarhaus oder in Häusern von Freunden und Verwandten zu orientieren, sich dort praktische Anregungen zu holen kann für den Start und Erfolg von Hofbegrünungsinitiativen sehr wichtig sein. Obwohl in den Wiener Cottage-Vierteln (z.B. in Währing) zahlreiche Häuser seit Jahrzehnten mit "Veitschi" bewachsen sind, waren die Eigenschaften dieser Kletterpflanze (Wachstumsgeschwindigkeit, Selbstkletterer, Auswirkungen auf den Verputz, etc.) bie weiten Bevölkerungskreisen vor kurzem wenig bekannt[1)], die Pflanze war nur in

---

1) Befragung von Interessenten an der Veitschi-Aktion, 26.5.1983, 19.00 Uhr, Am Graben.

Gärtnereien zu haben. Die Technik des Kompostierens wird heute von Vertretern des naturnahen Gartenbaues in eigenen Broschüren propagiert. Ein Kompsthaufen im Hinterhof, auf dem die organischen Garten und Kistenabfälle "recycliert" werden, ist im dichtbebauten Stadtgebiet jedoch noch immer etwas Exotisches, und ruft sehr schnell Assoziationen mit Fliegen- und Rattenplage hervor.

9.5.2 Unterschiedliche Interessen

Die Interessenslage der einzelnen Hausbewohner bezüglich einer Begrünung des Hofes ist durchaus unterschiedlich. Interesse, Möglichkeit und Bereitschaft, sich für eine Hofbegrünung zu engagieren, hängt ab vom

- Status des Hausbewohners (Eigentümer, Mieter, Hausbesorger),
- Lage der Wohnung,
- persönliches Nutzungsinteresse.

9.5.2.1 Hausbesitzer

Eine Begrünung und aktive Nutzung des Hofes ist an das Einverständnis des Hausbesitzers gebunden[1], der außerdem über die durch die Mieten aufgebrachten finanziellen Mittel verfügt. Initiierung und Erfolg von Hofbegrünungsaktionen sind also im entscheidenden Maß von der Haltung des Hausbesitzers abhängig.

Für die Haltung des Hausbesitzers ist ein Faktor von großer Bedeutung: Ob er selbst im Haus wohnt, im Haus einen Betrieb führt oder in anderer Weise mit dem Haus oder seinen Bewohnern verbunden ist (z.B. durch familiäre Bindungen).

In einer vor kurzem durchgeführten Studie über Motive und Haltung von Hausbesitzern in Wien wurde festgestellt, daß:

---

1) Bei einer Begrünung der Feuermauer des Nachbarhauses ist auch das Einverständnis dieses Hausbesitzers erforderlich.

> "ein sehr entscheidender Faktor für den Erhaltungszustand eines Hauses ist, ob der Besitzer selbst darin wohnt. Die Einschätzung des Bauzustandes durch die IS-Interviewer hat ergeben, daß sich derartige Häuser in einem eindeutig besseren Zustand befinden als solche, in denen der Besitzer nicht wohnt. Es dürfte an der höheren Identifikation mit dem eigenen Haus und der persönlichen Betroffenheit durch auftretende Mängel liegen, was sich derart positiv auswirkt. Auch ist die leichtere Ansprechbarkeit des Besitzers durch die Mieter, welche ihre Anliegen geltend machen können, diesem Prozeß förderlich ... Wenn der Besitzer im eigenen Haus wohnt, besteht die erhöhte Chance, daß er sich auch selbst finanziell an Instandsetzungsarbeiten beteiligt." [1)]

Was generell für den Erhaltungszustand des Hauses gilt, sollte analog auch für den "Erhaltungszustand" der Hofflächen gelten. Identifikation, persönliches Nutzungsinteresse, Ansprechbarkeit des Hausbesitzers, seine persönliche Bekanntschaft oder Verbundenheit mit anderen Hausbewohnern sowie die Bereitschaft, selbst einen Teil der Kosten beizutragen, spielen eine wichtige Rolle.

Das persönliche Nutzungsinteresse des Hauseigentümers kann für die übrigen Hausbewohner auch negative Seiten haben, nämlich dann, wenn die Hofflächen ausschließlich für die persönliche Nutzung des Hauseigentümers reserviert bleiben - sei es als Privatgarten, sei es als Lagerfläche oder Parkraum für den Betrieb des Hausbesitzers. In solchen Fällen ist es für die Mieter besonders schwer, ihr Interesse an diesen Flächen geltend zu machen.

Von "anonymen" Hausbesitzern (oft vertreten durch eine Hausverwaltung) ist keine Initiative oder Beitrag zu Hofbe-

---

1) Studie "Altmiethäuser und ihre Besitzer", Institut für Stadtforschung, zit. nach WOHNBAU Nr. 5/1983, S.9

grünungsaktionen zu erwarten. Sie haben theoretisch kein Interesse daran, sich Hofbegrünungen, die von den Hausbewohnern auf eigene Initiative und auf eigene Kosten durchgeführt werden, entgegenzustellen, da eine solche Maßnahme eine Aufwertung der Liegenschaft bedeutet. In der Praxis wird die Haltung von Hausbesitzern bzw. Hausverwaltungen oft von der Befürchtung beeinflußt, daß durch Begrünungsmaßnahmen bauliche Schäden, Kosten für die Pflege oder Konflikte zwischen den Hausparteien (oder zwischen Hausparteien und Hausbesorger) entstehen, die für die Hausverwaltung eine zusätzliche Arbeitsbelastung bedeuten.

9.5.2.2. Hausbesorger

Dem Hausbesorger kommt aufgrund seiner Verantwortung für die Pflege des Hauses und der Hofflächen, der "Schlüsselgewalt" über alle Neben- und Gemeinschaftsräume, seinem mehr oder weniger hohen Informationsstand über die Bewohner des Hauses, seines Kontaktnetzes im Gebiet sowie ganz allgemein aufgrund der hohen Identifikation mit "seinem" Haus eine besondere Rolle bei der Hofbegrünung zu. Es gibt in Wien eine Reihe von Hinterhöfen, die ausschließlich auf Initiative des Hausbesorgers begrünt wurden und vom Hausbesorger gepflegt werden. Dabei spielt der Faktor eine Rolle, daß viele Hausbesorger aus ländlichen Gebieten stammen (Waldviertel, Burgenland aber auch Jugoslawien) für die es fast eine Selbstverständlichkeit ist, einen kleinen Garten zu betreuen. Andere Hausbesorger wiederum wehren sich gegen Hofbegrünungsaktionen durch Hausbewohner, weil sie fürchten, daß die dadurch verursachte Arbeit (Gießen, Blattwurf im Herbst, Schmutz im Stiegenhaus etc.) letztlich an ihnen hängen bleibt.

9.5.2.3. Mieter

Die Bereitschaft von Mietern [1], sich für eine Hofbegrünung aktiv oder finanziell zu engagieren, wird durch zwei Faktoren gemindert:

- Im Mehrparteienhause ist das Mietobjekt in der Regel auf die Wohnung beschränkt, der Wohnungsmieter hat kein verbrieftes Recht, Hofflächen zur "Naherholung" zu benutzen. Das fördert die Tendenz der Stadtbewohner, ihre Wünsche, Ideen und Energien ausschließlich auf die Verbesserung und Verschönerung der eigenen Wohnung zu konzentrieren.

- Geld und Arbeit, die in einer Begrünung des Hofes investiert werden, sind für den Mieter insofern eine "verlorene" Investition, als er sie nie zurückverlangen kann. Er hat nicht einmal die Sicherheit, die Früchte seiner Arbeit auf Dauer genießen zu können (solange er in dem Haus wohnt), denn er hat ja keine Verfügungsgewalt über den Hof. Der Hausbesitzer könnte schon morgen (z.B. nach einem Wechsel des Hausbesitzers) den Hof nach seinen eigenen Vorstellungen umgestalten. Wiederum zeigt sich, daß das persönliche Verhältnis zwischen Hausbesitzern und Mietern bzw. zwischen den Mietern sehr wichtig dafür ist, ob und wie Hinterhöfe begrünt und gemeinsam benutzt werden. Die Grün-Appelle der Gemeinde ("Jeder Wiener macht Wien grüner") fördern aber die Tendenz, die Begrünung ungenutzter Hinterhöfe als ein selbstverständliches Recht des Hausbewohners zu betrachten und bei solchen Aktionen gar nicht lange nach dem Einverständnis des Hausbesitzers bzw. der Hausverwaltung zu fragen. [2]

Die Frage, ob und inwieweit Wohnungseigentümer im Vergleich zu Wohnungsmietern eher bereit sind, sich für Hofbegrünungsaktionen zu engagieren, kann aufgrund des bisher vorliegenden Materials nicht beantwortet werden.

---

1) Das Folgende nimmt nur auf Wohnungsmieter Bezug, nicht auf Mieter von Geschäfts- oder Betriebslokalen.

2) Befragung von Interessenten an der Veitschi-Aktion, 26.5.1983, 19 Uhr, Am Graben

9.5.2.4. Lage der Wohnung

Die Vorteile eines grünen Hofes kommen nur für jene Hausbewohner voll zur Geltung, deren Räume hofseitig orientiert sind. Die gründerzeitliche Bebauung ist aber dadurch gekennzeichnet, daß Wohn- und Aufenthaltsräume nach Möglichkeit straßenseitig orientiert sind, während hofseitig vor allem die Erschließungsgänge verlaufen.

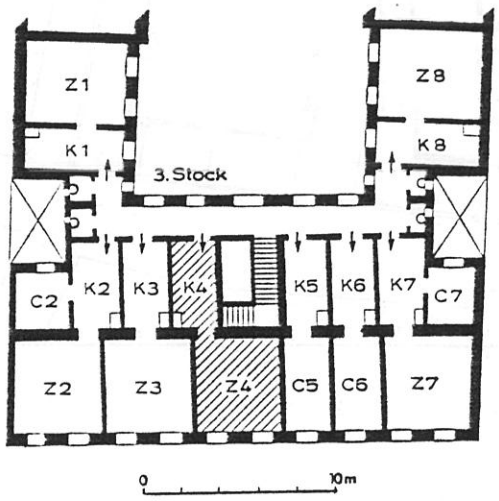


Abb. 2o: Arbeitermiethaus der Hochgründerzeit, "Bassenatyp". Fast alle Wohnungen sind straßenseitig orientiert. Quelle: BOBEK/LICHTENBERGER 1978, S.91

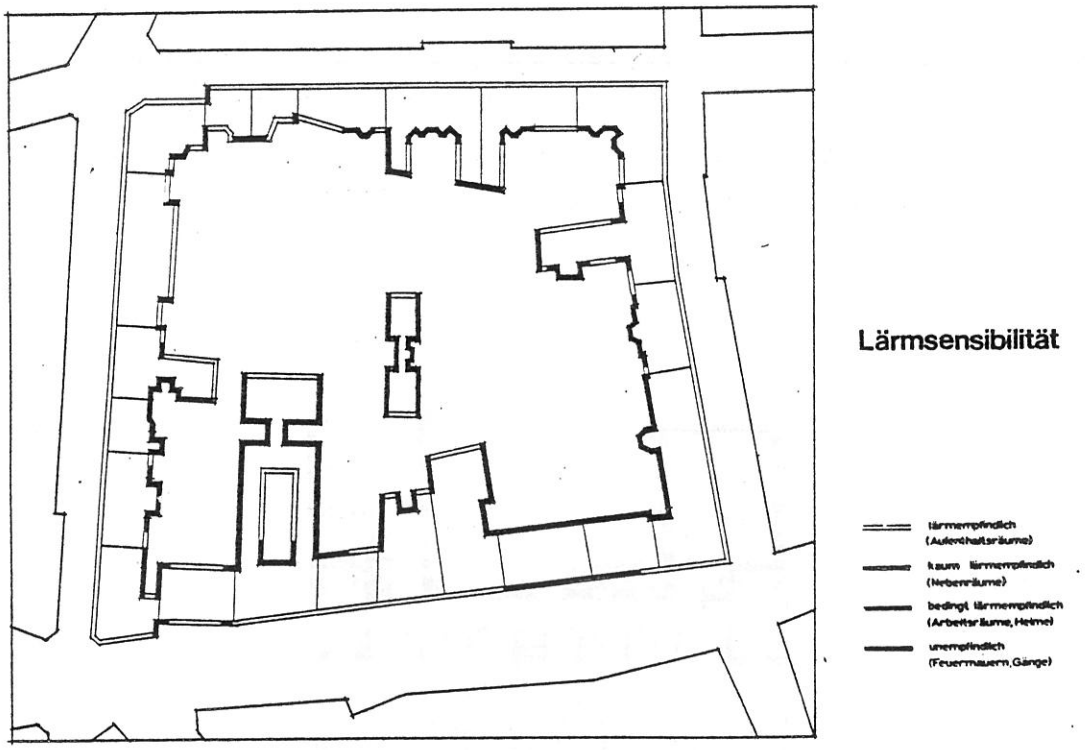


Abb. 21: Lärmsensibilität im Planquadrat. Aus der Abbildung geht hervor, daß nur ein geringer Teil der (lärmsensiblen) Aufenthaltsräume hofseitig gelegen ist. Quelle: KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 198o, S. 86

Während also ein guter Teilder Hausbewohner den grünen oder zu begrünenden Hof gar nicht einsieht, profitieren Bewohner von Nachbarhäusern, deren Fenster auf den Hof gehen, vom "Grünblick", ohne zur Ausgestaltung und Erhaltung des Hofes beizutragen.

Das Interesse an einer aktiven Nutzung des Hofes (z.B. als "grünes Wohnzimmer") hängt auch von der "Erdnähe" der Wohnung, also der Höhe des Stockwerks, in dem die Wohnung liegt, ab.

9.5.2.5 Individuelle Nutzungsinteressen

Das unterschiedliche Interesse an Hofbegrünungsaktionen wird außer von den genannten Faktoren vor allem von den persönlichen Lebensverhältnissen und Lebensgewohnheiten bestimmt. Entscheidend sind vor allem

- Alter und Agilität, z.B. Bedarf an Spielmöglichkeiten für Kinder, (vor allem für Kleinkinder); Bedarf an wohnungsnahmen Freiraum für wenig mobile Personen (Alte, Behinderte), Lust und körperliche Eignung zu Gartenarbeit oder anderen Arbeiten im Hof, etc. (vgl. Abb. 22)
- Ausmaß der Berufstätigkeit außer Haus,
- soziale Kontakte außer Haus und Bedürfnisse nach nachbarschaftlichem Kontakt im Haus,
- Freizeitmöglichkeit außer Haus (Auto für Wochenendfahrten, Zweitwohnung am Land, öffentliche Grünflächen in unmittelbarer Nähe, etc.)

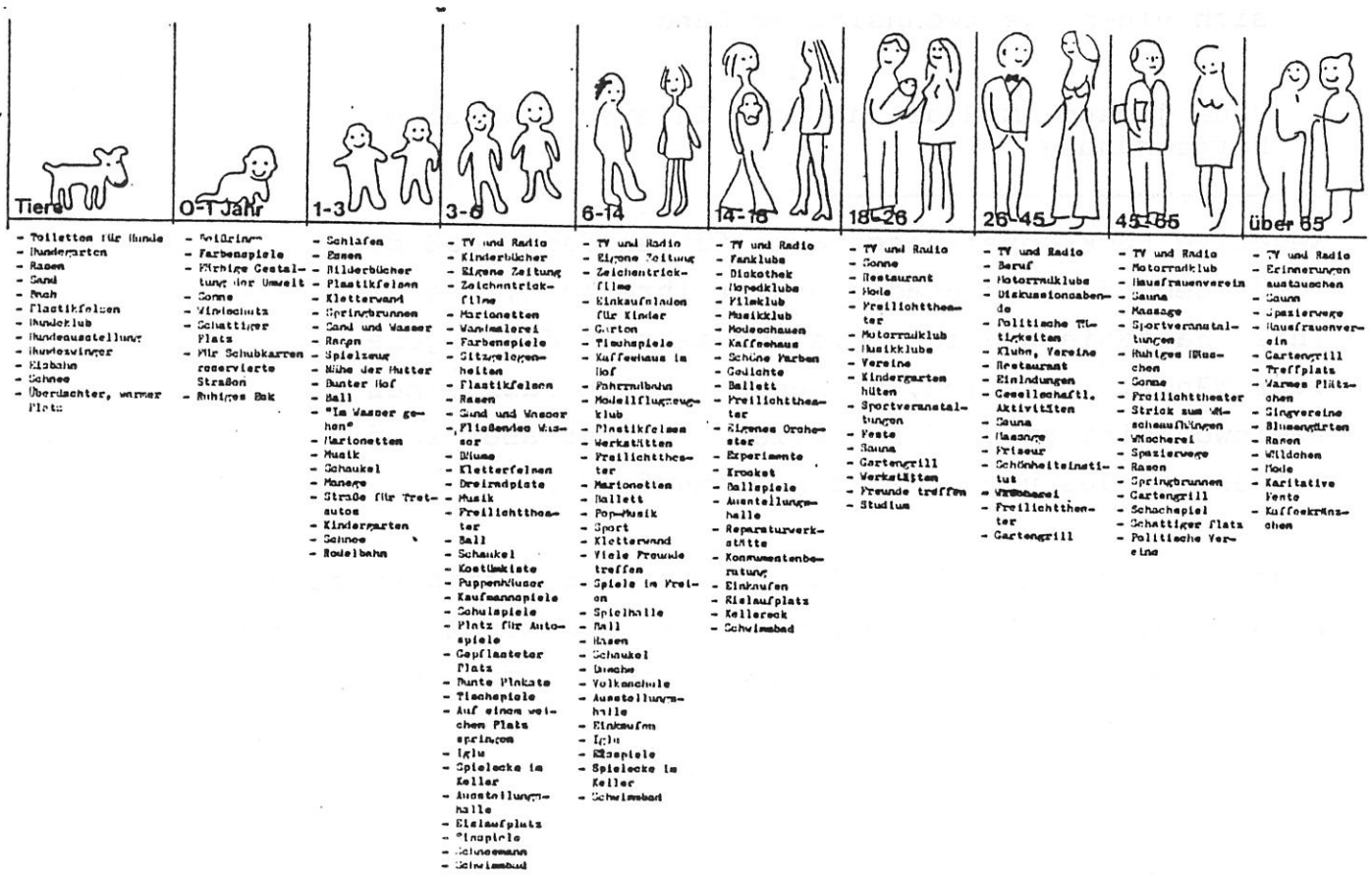


Abb. 22: Mögliche Gartenhofaktivitäten (nach einer finnischen Vorlage) Quelle: KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 198o, S. 51

Das "Interessenspotential" für eine Hofbegrünung in einem Mehrparteienhaus ist - bei gegebenen baulichen Verhältnissen - in hohem Maße abhängig von der Zusammensetzung der Bewohnerschaft, ihrer Lebensweise, ihrer Wünsche und Bedürfnisse sowie vom nachbarschaftlichen Kontakt.

Bei einer schlechten Hofsituation sind Effekte negativer Rückkoppelung zu erwarten:

Hofflächen sind für Kinder zum Spielen kaum geeignet
↓
Kinder sind selten im Hof, es gibt wenig Kontakt zwischen älteren Hausbewohnern und Kinder
↓
Kinder die gelegentlich im Hof spielen, werden als starke Störung empfunden, es kommt zu Konflikten
↓
Das Spielen im Hof wird generell verboten, Familien mit Kindern ziehen weg, Bessergestellte errichten sich einen Zweitwohnsitz am Land
↓
Kaum jemand im Haus hat noch Interesse an einer Hofbegrünung
↑ (zurück zum Anfang)

Negative Rückkoppelungseffekte führen dazu, daß die "grün-bedürftigen" Stadtbewohner ihre Zeit, Energie, ihre Phantasie und ihr Geld nur mehr in die eigenen vier Wände, in Ferien, Wochenendfahrten oder einen Zweitwohnsitz am Land investieren, nicht aber in die Aufwertung des unmittelbaren Wohnumfeldes.

Umgekehrt ist zu hoffen, daß Hofbegrünungsaktionen einen sich selbst verstärkenden, positiven Rückkoppelungsprozeß in Gang setzen, der zur Herausbildung einer neuen "Hofkultur" führt.

Dafür sprechen u.a. die Erfahrungen des Vereins "Urbanes Wohnen" in München:

"Hat sich der einzelne Bürger einmal für die Innenhofgestaltung interessiert, macht er in der Regel auch die Erfahrung, daß er die Verbesserung seiner eigenen Umwelt in die Hand nehmen kann. Allerdings muß er sich bequemen, in einen Lernprozeß einzusteigen.So haben z.B. Alte und Junge mit ihren oft gegensätzlichen Bedürfnissen nach Ruhe oder Kinderspiel in Gesprächen über die künftige Hofgestaltung die Möglichkeit einer Verständigung. Verständnislosigkeit resultierte oft bloß aus der Unkenntnis der Personen und deren Bedürfnisse. Kinderspiel stört vor allem dann, wenn es anonym bleibt, wenn kein persönliches Verhältnis zu den Kindern und deren Eltern besteht. In allen Fällen konnte eine Einigung erzielt und eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

Dieses Kennenlernen der unterschiedlichsten Interessen der Hausbewohner und Nachbarn, das sich aus der Beschäftigung mit der Innfenhofgestaltung oder auch der Verkehrsberuhigung der angrenzenden Straßen ergab, spielt für die Bereitschaft, sich in Einzelfällen auch konkret helfend, nachbarschaftlich zu verhalten, eine wichtige Rolle.

Nachbarschaftsarbeit ergab sich auf diese Weise bei der Hofbegrünung beinahe von selbst. Ähnlich war es mit anderen nachbarschaftlichen Aktivitäten, wie "Hoffesten", "Münchner Hofkonzerten" oder den "Hof-Flohmärkten". 1)

"Nachbarschaft" ist sowohl eine Voraussetzung für, als auch eine Folge von Hofbegrünungsaktionen:

Gibt es wenig nachbarschaftliche Kontakte im Haus, oder ist die Hausgemeinschaft in sich zerstritten, fehlt auch meistens das Bedürfnis nach gemeinsamer Nutzung der Hofflächen ("da setz ich mich nie hinunter"). Initiativen Einzelner scheitern am Desinteresse und Widerstand der anderen.

Kann sich aber eine Hofbegrünungsinitiative einmal durchsetzen, so stärkt sie den Nachbarschaftsgedanken, da sie einen, den Nachbarschaftskontakt fördernden halb privaten, halb-öffentlichen Freiraum schafft.

---

1) HENZLER 1983, S. 1o9

Daß auch in Wien in dichtverbauten Altbaugebieten ein starker Wunsch nach nachbarschaftlicher Kommunikation besteht, zeigt das Planquadrat 4 (vgl. Kap. 9.5.3.2.). In Abb. 23 sind die Ergebnisse des "Planquadratspiels" zusammengefaßt. Im Sommer 1974 konnten die Planquadratbewohner ihre Wünsche bezüglich Nutzung und Gestaltung des (allerdings sehr großen, weil aus mehreren Einzelhöfen zusammengelegten) Gartenhofes auf einem Spielplan mit Spielmarken artikulieren. KAINRATH/POTYKA/ZABRANA kommentieren die Ergebnisse folgendermaßen:

> "Der Wunsch nach Ruhe und Entspannung wird durch die hohen Nennungen für Gras (164), Büsche (136) und Bäume (119) deutlich. Es will aber nicht nur jeder für sich seine "schöne grüne Ruhe' haben, viele Aktivitäten verlangen auch nach Kommunikation (Diskutieren 52, Kartenspielen 39, Schach 51, Begegnen 39, Essen 39, Kaffee 27, Trinken 32, Ballspiel 4o, Feiern 22, Spielen 36). Hier haben zwar durchwegs ruhige Aktivitäten den Vorzug, sie drücken aber immerhin den Wunsch nach Betätigung in der Gemeinschaft aus.
>
> Es ist auffallend, daß Tätigkeiten wie Feiern oder Spielen verhältnismäßig hohe Nennungen haben, obwohl Feiern ja nicht unbedingt zu den ruhigen Aktivitäten gehört. Das zeigt, wie stark das Bedürfnis nach Kommunikation ist". 1)

---

1) KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 198o, S. 57

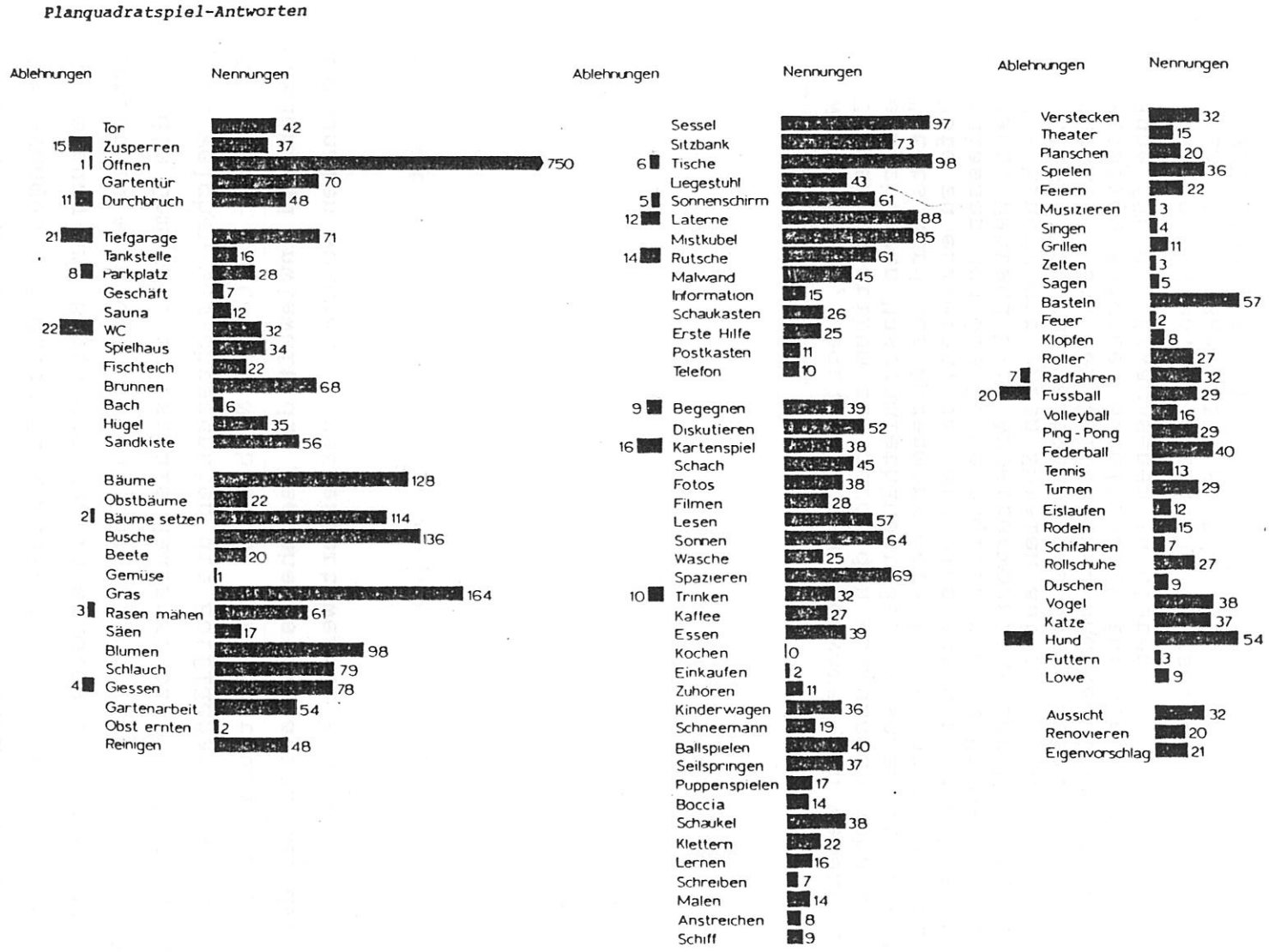


Abb. 23: Bewohnerwünsche zur Nutzung und Gestaltung des Gartenhofes: Antworten im Planquadratspiel.

Quelle: KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 1980, S. 57

9.5.3. Förderung von Hofentkernung und Hofbegrünung durch die Stadtverwaltung

Im Folgenden soll ein Überblick gegeben werden über die Versuche der Stadtverwaltung, durch planerische Maßnahmen, Förderungen und durch Zusammenarbeit mit "Animatoren" eine Entkernung und Begrünung von Innenhöfen im dichtbebauten Gebiet zu erreichen. Nicht untersucht wird hier die Frage, wie die Gemeinde selbst als Hausherr bzw. Bauherr agiert, nach welchen Gesichtspunkten die Hofflächen gemeindeeigener Wohnhäuser (Alt- und Neubauten) gestaltet und genutzt werden und inwieweit die bestehende Situation bei den kommunalen Wohnbauten verbessert werden könnte. [1)]

---

1) Weiträumige, begrünte Innenhöfe waren ein wesentliches Charakteristikum der durch den kommunalen Wohnbau errichteten Massenmiethäuser der Zwischenkriegszeit: "Stets wird das Augenmerk darauf gerichtet, so große Höfe zu erzielen, daß sie eine gärtnerische Ausschmückung zulassen und die Sonne möglichst alle Räume erreichen kann. Während beim Arbeiterwohnhaus der Vorkriegszeit die Kinder mit ihren Spielen auf die Straße verwiesen wurden, hat der Gartenhof der Gemeindebauten neben der Bedeutung der Beleuchtung und Belüftung auch die wichtige Aufgabe, Spielflächen für die Kinder und Ruhe für die Erwachsenen zu bieten".

(Das Neue Wien, Städtebauwerk, hrsg. von der Gemeinde Wien, 1927, Band III, S. 53, zit. nach VOITL/GUGGENBERGER/PIRKER 1977, S. 31).

9.5.3.1. Der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Eine der stadtplanerischen Zielvorstellungen, die den Wiener Flächenwidmungs- und Bebauungsplan bestimmen, ist die Entkernung der Blockinnenflächen. Durch die Festlegung innerer Baufluchtlinien sollen die Blockinnenflächen von einer weiteren Bebauung freigehalten und die bestehende Bebauung langfristig zum Verschwinden gebracht werden. Ein guter Teil der Blockinnenflächen trägt überdies die Festlegung "G" (= gärtnerische Ausgestaltung).

Der "Entkernungserfolg" dieser planerischen Festlegungen ist gering. Das liegt zum einen an der schon im Kapitel 4.4. diskutierten Neubauorientierung des Instruments Bebauungsplan und an der schematischen Vorgangsweise der Planung.[1] Andererseits werden die Festlegung laufend durch Ausnahmegenehmigungen der Bezirksbehörden durchlöchert.

Einige Blockinnenflächen wurden im Flächenwidmungsplan als öffentliche Grünflächen ("Epk") gewidmet. Auch diese Widmungen konnten nur in besonderen Fällen (z.B. Planquadrat, Park an der Wichtelgasse im Assanierungsgebiet Ottakring) realisiert werden.

---

1) In bestimmten Fällen - wenn z.B. bei einem Neubau die hintere Baufluchtlinie voll ausgenützt wird - kann es sogar zu einer Verschlechterung der Belichtungsverhältnisse kommen.

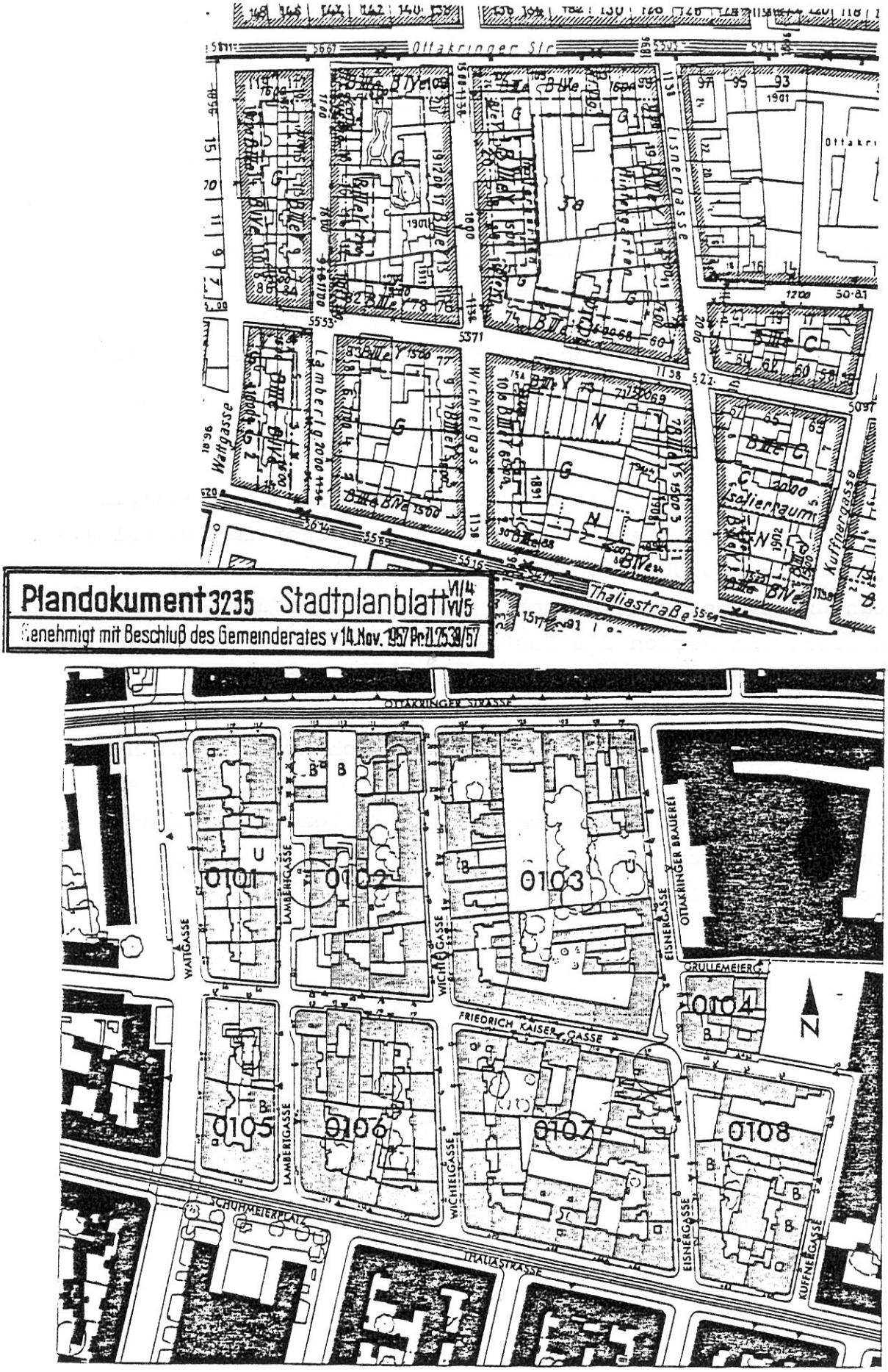


Abb. 24: "Entkernungserfolg" des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vom 14.11.57 (oben). Die mit "3a" bezeichnete Fläche war damals als Park vorgesehen. Unten: Realzustand 1974 (Assanierungsgebiet Ottakring). Quelle: GRÄSEL et al. 1983.

9.5.3.2. Die "Gartenhof-Initiative" 1973 und das Planquadrat

Die Idee der Revitalisierung von Hinterhöfen erhielt 1973 durch den Eintritt des Architekten Freylers in das Präsidialbüro des Bürgermeisters einen neuen Anstoß. "Die Idee war seit Jahren Ideengut der Stadterneuerung in Literatur und Planungsstudien. Neu war, daß sich mit Freyler in Wien eine Persönlichkeit fand, die bereit war, diese Idee in die Tat umzusetzen". [1] Zur Einstimmung hielt Freyler bereits im Herbst 1973 Referate vor relevanten politischen Gremien. Gleichzeitig gewann er Bürgermeister Gratz für die konkrete Durchführung von "Gartenhof"-Projekten.[1]

In den Gartenhof-Projekten sollten "planerische, wirtschaftliche, rechtliche und administrative Modelle zur besseren Nutzbarmachung von Freiflächen und ungenutzen Räumen für eine gemeinschaftliche Nutzung erarbeitet werden. Von vornherein war vorgesehen, die betroffene Bevölkerung in geeigneter Weise an Planung, Gestaltung und Betreuung der 'Gartenhöfe' mitwirken zu lassen". [2] Die Gartenhöfe sollten nicht nur auf gemeindeeigenen Flächen, sondern auch unter Einbeziehung privater Liegenschaften realisiert werden.

Von den vier ursprünglich in Erwägung gezogenen Gartenhof-Projekten wurde nur eines, das "Planquadrat 4" tatsächlich in Angriff genommen. Das organisatorische Zentrum des Projekts bildete aber nicht eine Dienststelle des Magistrats, sondern ein ORF-Fernsehteam (1974-77) und eine verwaltungsexterne Projektgruppe von Architekten und Soziologen (1975-79). Die Entwicklung im Planquadrat ist von VOITL/GUGGENBERGER 1977 und KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 1980 ausführlich dokumentiert.

---

1) KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 1980, S. 7

2) KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 1980, S. 14.

Das Planquadrat ist heute eine (tagsüber) 5ooo m^2 große allgemein zugängliche öffentliche Grünanlage mit Kleinkinderspielbereich, Gerätespielplatz, Rad- und Rollerbahn, Tischtennis, Platzl am Brunnen (geplante Pergola), Hundeäußerlplatz und Pensionistengarten. Die Grünanlage wird vom (privaten) "Gartenhofverein" betreut.

> "Der Gartenhofverein-Planquadrat mit rund 3oo Mitgliedsfamilien aus dem "Planquadrat" und der näheren Umgebung betreut den Garten und finanziert die Sachkosten durch einen Mitgliedsbeitrag (S 15o,--/Jahr), Spenden und einen Beitrag der Stadt Wien in der Höhe von S 1o,- pro m^2 Garten und Jahr. Dieser Beitrag ist als Abgeltung für die öffentliche Zugänglichkeit gedacht. Die Pflege der Grünflächen und Wege werden von Vereinsmitgliedern unentgeltlich vorgenommen. Darüber hinaus leistet der Gartenhofverein-Planquadrat kommunikative Aufgaben (Bastelrunden, Kinderwettbewerbe), partizipatorische Hilfestellung (Hausversammlungen, Beschwerden, gärtnerische Ausgestaltung) und erfüllt Demonstrativfunktionen für in- und ausländische Interessierte". 1)

Die Tatsache, daß die Parkanlage von den (im Gartenhofverein organisierten) Anrainern selbst betreut wird, führt nicht nur zu einer starken Identifikation der Anrainer mit "ihrem" Planquadrat, sondern auch zu einer stärkeren sozialen Kontrolle - eine "Verdörflichung"? - als sie in "normalen" öffentlichen Grünanlagen entsteht. Konflikte, die früher durch die Verständigung der Funkstreife "gelöst" wurden, werden nun von sich verantwortlich fühlenden Anrainern schon im Ansatz aufgefangen und geregelt. Für die Planquadrat-Bewohner ist wichtig, daß der Garten/Park in der Nacht versperrt ist. Auch wird auf die Einhaltung einer Mittagsruhe geachtet.

---

1) KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 1983, S. 2

Rückgrat des Gartenhofvereins bilden ein gutes Dutzend (Haus-)Frauen unterschiedlichen Alters und unterschiedlichen sozialen Status. Das aktive Engagement der Bewohner für den Verein ist sehr unterschiedlich, ungefähr ein Viertel gilt als "nicht ansprechbar". [1] Die Sanierung der Häuser Mühlgasse 21-25 war mit einer weitgehenden "Erneuerung" der Bewohnerschaft verbunden, wobei vorwiegend Mieter zuzogen, die von vornherein an einer Mitarbeit im Planquadrat interessiert waren.

Der Erfolg des Planquadrates "beweist", daß in einem alten Quartier, in dem noch vor wenigen Jahren Apathie und Angst vor Veränderung dominiert haben, die Schaffung von Gartenhöfen, die von den Bewohnern selbst betreut werden, möglich ist.

Die Geschichte des Planquadrats zeigt aber auch deutlich die Grenzen "großer" Gartenhof-Initiativen:

- Isolierung, Uninformiertheit, Ängste und Mißtrauen der Bewohner konnten nur durch einen sehr hohen verwaltungsinternen und verwaltungsexternen Betreuungs- und Animationsaufwand überwunden werden. [2] Der Erfolg war überhaupt nur möglich durch die über das Fernsehen erreichte Publizität des Projekts. "Ohne den permanenten Druck über die Massenmedien hätte die Gemeinde Wien das Projekt wahrscheinlich in einem frühen Stadium abgebrochen. [3]

---

1) Gespräch mit R.Zabrana am 2.9.1983

2) Zur Berechnung der Betreuungskosten vgl. KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 198o, S. 156 ff.

3) KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 198o, S. 14o

- Der Erfolg (Zusammenlegung von Hofflächen zu einer zusammenhängenden Grünanlage) war u.a. deshalb möglich, weil sich die dazu benötigten Flächen im Besitz der Gemeinde befanden oder von der Gemeinde gekauft wurden. Der Blockinnenbereich war außerdem bereits ausreichend "entkernt". Im Zuge des Planquadrat-Projekts wurde nur ein einzelstehender Hintertrakt abgebrochen.
- Die Entwicklung des Planquadrats demonstrierte auch die "langsame Reaktionsfähigkeit und so geringe Kooperationsbereitschaft der Verwaltung. So sehr die Kooperationsbereitschaft an sich ein positives, weil absolut notwendiges Moment ist, so sehr sind die Schwerfälligkeit des Verwaltungsapparates und teilweise die Unentschlossenheit der Entscheidungsträger schuld am langsamen Beginn und an der schleppenden Abwicklung des Projekts.

  Dadurch kam es zu einer wellenförmigen Abfolge positiver und negativ resignativer Impulse bei der Bevölkerung, aber auch bei Initativgruppen und Projektgruppen". [1]

Das Projekt Planquadrat ("mit halben Herzen, dafür mit viel offiziellen Pomp zum Prestigeprojekt hochstilisiert") [2] war in seiner Form einmalig und unwiederholbar - und hat bis heute keinen "Nachfolger" gefunden.

---

1) KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 198o, S. 156

2) KAINRATH 198Oa.

9.5.3.3. Das Baumschutzgesetz (1974) und die Förderung von Baumpflanzungen in Innenhöfen (1976)

Mit dem Baumschutzgesetz 1974 soll der Baumbestand im Stadtgebiet erhalten und geschützt werden. Das Gesetz verbietet generell das Fällen von Bäumen mit einem Stammesumfang von über 4o cm.

Der Gesetzesschutz umfaßt also auch den Altbaumbestand der städtischen Innenhöfe. Dieser ist besonders im Falle einer Neuverbauung der Liegenschaft gefährdet (Hindernis für die Bauarbeiten, erhöhter Flächenbedarf des Neubaues, z.B. durch den Bau einer Tiefgarage).

Die Handhabe des Gesetzes durch die Behörden (welcher Prozentsatz der "Fälle" kommt zur Anzeige? unter welchen Voraussetzungen wird eine Schlägerungs-Bewilligung erteilt?) sowie die reale Schutzwirkung des Gesetzes kann im Rahmen dieser Arbeit nicht bewertet werden.

Die Erträge aus der im Gesetz vorgeschriebenen Ausgleichsabgabe (wenn bei einer Fällung keine Ersatzpflanzungen durchgeführt werden können) werden nicht nur für Baumpflanzungen auf öffentlichem Grund, sondern seit 1976 auch zur Förderung von Baumpflanzungen in privaten Innenhöfen verwendet. Die Vergabe der Förderung (früher S 2.ooo,- jetzt S 2.5oo,-) ist an eine Reihe von Bedingungen gebunden (siehe Anhang 1: Richtlinien für die Subventionierung von Baumpfanzungen in Innenhöfen).

Der Erfolg der Aktion ist relativ bescheiden: jährlich melden sich ca. 11o-12o Interessenten, denen die Subventions-Richtlinien zugesandt werden. Zu einem positiven Abschluß kommen jedoch nur durchschnittlich 2o-25 Fälle pro Jahr.[1)]

---

1) Mündliche Angaben der MA 42, November 1983

Die Ursachen für die geringe Annahme dieser Förderung kann vermutet werden

- im geringen Bekanntheitsgrad dieser Aktion;
- in der Tatsache, daß nur das Pflanzen von Bäumen gefördert wird: für Bäume ist in vielen Fällen nicht ausreichend Platz vorhanden (vgl. die Subventions-Richtlinien!) oder sie können nur dann gepflanzt werden, wenn vorher andere, viel kostspieligere Maßnahmen (z.B. Aufbrechen der Versiegelung) durchgeführt werden, die wiederum nicht mit dieser Aktion gefördert werden;
- in rechtlichen Bedenken der Hauseigentümer, daß der "Baumschutz", der für die subventionierte Neupflanzung sofort wirksam wird, die Ausnutzbarkeit des Grundstücks beeinträchtigt. [1)]

9.5.3.4. Die "Grün"-Kampagne der Stadtverwaltung ("Ganz Wien trägt Grün") [2)]

Seit 1981 führt die Gemeinde Wien jeweils im Frühjahr eine "Grün"-Kampagne durch.

> "Ganz Wien trägt Grün" lautet der Slogan, die Kennmelodie der vielen Maßnahmen, mit denen die Stadtverwaltung auf Initiative des Wiener Umwelt-Stadtrats Peter Schieder dafür sorgt, daß dem Gedeihen und der Ausbreitung des Grüns in unserer Stadt neue Möglichkeiten eröffnet werden. Zu den 2o Millionen Bäumen in unserer Stadt sollen 5oo.ooo weitere gepflanzt werden. Hinterhöfe sollen ihre Farbe von Grau auf Grün wechseln. Fassaden, Portale, Fenster, Balkone sollen dem Grün neue Entfaltungsmöglichkeiten bieten.
>
> ... Wenn die Stadt sich damit nicht zufriedengibt, Gras und Büsche und Bäume wachsen zu lassen, wenn sie versucht, die Bevölkerung durch verschiedene Maßnahmen auf den Wert und die Bedeutung des Grüns

---

1) KAINRATH/POTYKA/ZABRANA 198o, S. 146

2) 1983 hieß die Kampagne "Jeder Wiener macht Wien grüner"

in der Stadt hinzuweisen, dann hat das in erster Linie den Grund, groß und klein, jung und alt zur Mitarbeit bei der Bewahrung und Erweiterung des Grüns in unserer Stadt zu gewinnen". 1)

Für die Begrünung von Innenhöfen ist diese Aktion in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung:

- Medienarbeit: Im Rahmen der Grün-Kampagne, die vor allem über die Medien der Stadtverwaltung, über Postwurfsendungen und Plakataktionen läuft, wird die Bevölkerung - allerdings in einer sehr allgemeinen Form - auf die Bedeutung grüner Innenhöfe und auf die diesbezügliche Aktionen der Stadtverwaltung hingewiesen (Tabelle 3)

Tab. 3: Anregung zur Innenhofbegrünung im Rahmen der Aktion "Ganz Wien trägt Grün": Auswertung der Postwurfsendungen der Stadtverwaltung. 2)

	1981	1982	1983
Allgemeiner Hinweis auf die Bedeutung grüner Innenhöfe	+		+
Information über die Subvention von Baumpflanzungen in Innenhöfen	+		
Ankündigung: Veitschi-Aktion	+	+	+
Ankündigung Umweltbüro im Grünen		+	
Ankündigung: Ausgabe von Gratis-Erde		+	
Gutschein für Grün-Set (Blumenkistl + Erde)			+
Bestellkarte + Sammelserie "Grüne Großstadt" mit Informationsblatt "Hinterhofbegrünung" (Anhang 2)			+
Teilnahme-Karte für Wettbewerb "Jeder Wiener macht Wien grüner"			+

1) Wien aktuell-magazin, Nr. III/1981, S. 1

2) Postwurfsendungen "Wien - unsere Stadt", Wien aktuell-magazin Nr. IIIa/1981, Nr. IIa/1982, Nr. Ia/1983

- Veitschi-Aktion: Im Rahmen der Grün-Kampagne werden jedes Jahr tausende "Veitschi- und Efeu-Pflanzen gratis an die Bevölkerung abgegeben (1983 waren es 9ooo Stück im Wert von einer Dreiviertelmillion Schilling [1]). Sie sollen zumindest teilweise bei der Begrünung städtischer Innenhöfe Verwendung finden (Tabelle 4).

Tabelle 4: Befragung von Interessenten an der Veitschi-Aktion am 26.5.1983, 19.oo Uhr, Am Graben.

Frage: Wo wollen Sie die Veitschi-Pflanzen einsetzen?

Antwort:		Anzahl	
im dichtbebauten Gebiet [2]	im Hof	18 (=25 %)	42 (58 %)
	Balkon, Fensterbrett	24 (=33 %)	
am Stadtrand	im Garten	6	16 (22 %)
	im Haus	8	
	Balkon, Fensterbrett	2	
außerhalb Wien			13 (18 %)
im Zimmer			1 (1 %)
Summe			72

1) STADTGARTENAMT WIEN 1983, S. 3o8

2) Abgrenzung des dichtbebauten Gebiets beruht nicht immer auf exakter Ortsangabe, sondern oft auf: "Einschätzung" des Befragten.

Bei allen Veitschi-Aktionen zeigte sich ein großes Interesse der Bevölkerung. Die bereitgestellten Pflanzen konnten den "Bedarf" der Interessenten nicht decken und waren nach kurzer Zeit vergriffen . Die Befragung zeigt, daß über die Hälfte der Empfänger zumindest die Absicht hat, die Pflanzen zur Begrünung des dichtbebauten Gebiets zu verwenden. Einige Befragte gaben an, daß sie erst die Gratis-Aktion ("Hier krieg ich was geschenkt") ihr Interesse an einer Mauerbegrünung geweckt hätte.

Die Veitschi-Aktion hat schließlich auch den Effekt einer moralischen Rückendeckung von Bewohnern, die auf eigene Faust Fassadenbegrünung durchführen - vor allem dann, wenn der "Hausherr" die Gemeinde selbst oder eine "gemeindenahe" Genossenschaft ist. Eine Gemeindemieterin:

> "Wenn sie die Pflanzen ausgeben, müssen sie auch damit rechnen, daß wir sie einsetzen."

- Wettbewerb "Begrünte Innenhöfe": Der traditionelle Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" wurde 1983 dadurch ausgeweitet, daß nicht mehr ausschließlich blumengeschückte Fenster, Balkone und Fassaden gewertet werden, sondern daß zusätzliche Wettbewerbskategorien "Kleingarten", "Begrünter Innenhof" und "Fassaden-Veitschi (oder andere Kletterpflanzen)" eingeführt wurden. Die Bewertung erfolgt allerdings weiter nach gärtnerischen und weniger nach ökologischen Gesichtspunkten.

9.5.3.5. Hofbegrünung mit Hilfe von Gebietsbetreuern

Die Verbesserung der wohnungsnahen Grünversorgung ist ein wesentliches Ziel der Erneuerungskonzepte für die Wiener Stadterneuerungsgebiete. Der Schwerpunkt der Bemühungen der Gebeitsbetreuer liegt dabei auf der Erweiterung des öffentlichen Grüns (neue Parks, Baumpflanzungen im Straßenbereich, etc; vgl. Abb. 7).

In den Zielkonzepten werden aber auch Begrünungsmaßnahmen im privaten Bereich angestrebt, in erster Linie durch Entkernung und Begrünung von Innenhöfen (vgl. Abb. 17). Bei der Realisierung wurden aber im privaten Bereich - im Gegensatz zum öffentlichen Bereich - bisher fast keine Erfolge erzielt. Die Bemühungen der Gebietsbetreuer scheiterten an den in Kapitel 5.3.1. beschriebenen Hindernissen.

1983 startete die MA 42 (Stadtgartenamt) in Zusammenarbeit mit den Gebietsbetreuern eine neue Förderungsaktion für die Begrünung von Innenhöfen. Die Förderung, die aus Mitteln des Altstadterhaltungsfonds finanziert wird und auch Hausgemeinschaften außerhalb der Stadterneuerungsgebiete zugänglich ist, beschränkt sich nicht mehr auf Subventionierung der Pflanzung von Laubbäumen (wie die weiterlaufende Förderung aus den Erträgen des Baumschutzgesetzes). Subventioniert werden kann jede Maßnahme, die zur Hofbegrünung notwendig ist: Abbruchkosten, Aufbrechen der Versiegelung, Humusierung, Bepflanzung, etc. Voraussetzung für die Vergabe der Subvention (verlorener Zuschuß) ist der einhellige Wunsch der Hausgemeinschaft nach einer Begrünung des Hofes und die Bereitschaft der Bewohner (es müssen nicht alle sein), einen gewissen Anteil der anfallenden Kosten oder Arbeiten zu übernehmen. Vor allem aber muß eine weitere Pflege der Anlage durch die Hausbewohner gewährleistet sein.

Es gibt keine festen, schriftlich festgelegten Richtlinien für die Vergabe der Subvention. Die Ansuchen werden auf einer relativ hohen Verwaltungsebene (vom Stellvertretenden Leiter des Stadtgartenamtes) begutachtet und - nach "Verhandlungen" mit der Hausgemeinschaft - entschieden.

Den Gebietsbetreuern fällt bei dieser Aktion eine entscheidende Rolle zu. Ihre Rolle ist:

1. Die Förderung bekannt zu machen und Interessenten zu finden.

2. In Häusern, wo es einzelne oder mehrere Interessenten gibt, die Willensbildung in der Hausgemeinschaft zu fördern, die Skeptischen und Ablehnenden vom Nutzen derAktion zu überzeugen, sie für eine aktive Unterstützung zu gewinnen oder sie wenigstens zu neutralisieren. Das Eingreifen des - außenstehenden - Gebietsbetreuers in den Meinungsbildungsprozeß der Hausgemeinschaft ist in zweifacher Hinsicht nützlich:

   - Er tritt als "Fachmann" auf, der für die auftauchenden technischen und organisatorischen Probleme eine Lösung weiß (wenn die Ablehnung des Begrünungs-Projekts v.a. auf Uninformiertheit und Unsicherheit basiert).
   - Er tritt als neutraler Vermittler bei Konflikten innerhalb der Hausgemeinschaft auf (wenn persönliche Ressentiments oder alteingessene Feindschaften das Projekt gefährden).

3. Die Gebietsbetreuung hilft bei der Planung des Hofes. Sie erstellt Gestaltungsvorschläge, holt Kostenvoranschläge ein, etc.

4. Die Gebietsbetreuung hilft bei der organisatorischen Durchführung der Bau- und Pflanzenarbeiten. Dadurch kann auch eine Kosteneinsparung erreicht werden, wenn z.B. das Aufbrechen der versiegelten Flächen in mehreren Höfen am selben Tag durch eine Baufirma durchgeführt wird.

5. Die Gebietsbetreuung vermittelt zwischen Hausgemeinschaft und Stadtgartenamt, wenn es darum geht, den Kostenanteil festzulegen, den jede Seite übernimmt.

Trotz der günstigen Voraussetzungen - unbürokratische Vergabe plus Animation durch Gebietsbetreuer - sind die im "ersten Anlauf" erzielten Erfolge gering. Konkret realisierte Projekte gibt es bisher nur in Wilhelmsdorf (2 im Frühjahr und 5 im Herbst). In Wilhelmsdorf und am Himmelpfortgrund ist 1984 die Realisierung weiterer Projekte zu erwarten, die derzeit bearbeitet werden. In Ottakring wurde schon vor Anlaufen der jetzigen Aktion eine Hofbegrünung von der MA 42 unterstützt. Im kommenden Jahr soll die Aktion in den Erneuerungsgebieten weitergeführt und neue Interessenten angesprochen werden.

9.5.3.6. Zusammenfassung

1. Die Begrünung von Innenhöfen im dichtbebauten Gebiet ist ein erklärtes Ziel der Umwelt- und Stadterneuerungspolitik der Wiener Stadtverwaltung. Bis in jüngste Zeit ging sie dabei hauptsächlich von der Zielvorstellung aus, Blockinnenflächen zu entkernen, zusammenzulegen, gärtnerisch auszugestalten und sie der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

> "Immer wieder taucht der Plan auf, die vielen grünen Hinterhöfe - die oftmals auch einen sehr schönen alten Baumbestand aufweisen - der Allgemeinheit zugänglich zu machen ... 'Trotz aller Anstrengungen sind wir da nicht weitergekommen', gibt Stadrat Schieder unumwunden zu. 'Wir wollten völlig neue Wege gehen, die Hinterhöfe auch anmieten, neue Flächenwidmungen durchsetzen. Aber sogar zwei Projekte, die realisierbar schienen, platzten, weil die Bewohner der Häuser in ihren Hinterhöfen keine fremden Kinder wollten'". [1)]

Hofflächen zusammenzulegen und sie der Allgemeinheit zugänglich zu machen, ist in den letzten Jahren nur in zwei Fällen gelungen: Im Planquadrat 4 und in der Wichtel-

---

1) Wien aktuell-magazin, Heft III/1982

gasse im Assanierungsgebiet Ottakring. In beiden Fällen wurden die Projekte auf Gemeindegrund realisiert, unter intensivem Einsatz verwaltungsexterner Projektgruppen und mit Unterstützung der Medien. Beide Projekte waren - jedes auf seine Weise - Prestigeprojekte der Gemeinde. Bei neuen Hofzusammenlegungs-Projekten ist ohne diese Voraussetzungen ein Erfolg nicht zu erwarten.

2, In jüngerer Zeit gibt es Ansätze, die Begrünung kleinräumiger Hofflächen auf privaten Liegenschaften zur privaten Benützung (durch die Hausbewohner) zu unterstützen: durch allgemeine Appelle an die Bevölkerung, durch die Gratis-Abgabe von Kletterpflanzen und Erde und durch eine bescheidene und sehr eng gefaßte Subvention von Baumpflanzungen.

Seit 1983 gibt es eine höher dotierte, den praktischen Erfordernissen angepaßtere und unbürokratisch gehandhabte Subvention von Innenhofbegrünungen, die aber in der Praxis eine Zusammenarbeit der vergebenden Magistratsabteilung mit einer verwaltungsexternen Betreuungsgruppe erfordert.

Realisiert werden können nur sehr kleine Projekte: Eine Zusammenlegung von Höfen wird von den Bewohnern fast immer abgelehnt, ein Abbruch von Gebäuden kann nicht finanziert werden, Stellplätze müssen erhalten bleiben. "Realistisch" erscheint unter den derzeitigen Bedingungen nur die Begrünung "brachliegender" Höfe bzw. ungenutzter Teilflächen von Höfen - und diese sind meistens recht klein.

ANHANG 1:

Quelle: AUFBAU, Nr. 6-7/1983

DK 712.25 (436.14)

Richtlinien für die Subventionierung von Baumpflanzungen in Innenhöfen

● Subventioniert werden Baumpflanzungen in Innenhöfen von Liegenschaften, welche im verbauten Gebiet liegen und die Widmung „g" – „geschlossene Bauweise" – tragen.

● Es dürfen nur Laubbäume gepflanzt werden. Der Innenhof, in dem die subventionierte Baumpflanzung erfolgen soll, muß den Hausparteien zugänglich sein.

● Die für die Baumpflanzung notwendige Fläche muß ein Mindestausmaß von 50 m² je Baum betragen. Der Lebensraum des gepflanzten Baumes soll auch bei Erreichung des normalen Kronendurchmessers ausreichend sein. Von Hausmauern und Fensterfronten ist ein Mindestabstand von 5 m einzuhalten.

● Die Pflanzgrube, welche die eigentliche Wurzelausbildung des Baumes in den ersten Lebensjahren aufnimmt, muß ein Ausmaß von 1 × 1 × 1 m betragen. Die Grundfläche um den Baum darf nicht befestigt sein und muß ein Mindestausmaß von 3 × 3 m besitzen.

● Der Stammumfang des zu pflanzenden Baumes muß mindestens 16 bis 18 cm betragen.

● Dem erhöhten Pflegeaufwand in den ersten Jahren nach der Pflanzung des Baumes ist unbedingt Rechnung zu tragen. Für ausreichende Bewässerung, speziell in den Sommermonaten, ist zu sorgen. Kontrollorgane des Stadtgartenamtes sind berechtigt, jederzeit den Zustand der Baumpflanzung zu kontrollieren beziehungsweise notwendige Pflegemaßnahmen anzuordnen.

● Die Entfernung des Baumes ist nur aus biologischen Gründen auf Grund des Kulturpflanzenschutzgesetzes und mit Bescheid des amtlichen Pflanzenschutzdienstes erlaubt.

● Eine Verletzung der Förderungsrichtlinien, insbesondere eine widmungswidrige Verwendung (Bäume, Pflanzraum, Baumentfernung), berechtigt die Stadt Wien, den Widerruf der bewilligten Förderung durch eingeschriebenen Brief auszusprechen. Bei Ausspruch des Widerrufes ist der Zuschuß einschließlich einer Verzinsung von 2 Prozent über der jeweiligen Bankrate, gerechnet vom Tage der Auszahlung, zurückzuzahlen.
Die Subventionierungsbedingungen müssen auch auf etwaige Rechtsnachfolger verbindlich übertragen werden.

ANHANG -2:

Sammelserie „Grüne Großstadt"

HINTERHOF-BEGRÜNUNG
Grüner wohnen, besser leben

Lange Tradition

Den Hinterhof als Gartenhof zu nützen, ist keine neue Erfindung, sondern eine, in unserer Zeit wiederentdeckte, uralte städtische Wohnform. Ein begrünter Hinterhof mit seiner Abgeschlossenheit nach außen und seiner Öffnung nach innen, bietet nicht nur Familien und Einzelpersonen neue Formen der Begegnung und des Kontaktes, sondern er wird auch von Architekten und Städteplanern in ihre Konzepte miteinbezogen.

Der Gartenhof — Wohnraum unter freiem Himmel

Gerade der Großstädter sehnt sich nach einem „Platz an der Sonne", wo er mit seiner Familie ungestört wohnen und sich erholen kann. Der Hinterhof ist dafür eine ideale Möglichkeit, und man sollte ihn als Wohnhof nutzen. Selbst der kleinste Hof bietet ein großes Maß an Freiheit und Ungestörtheit.

Verschiedene Formen der Nutzung

Gartenhöfe können zu jeder Jahreszeit intensiv genutzt werden. Je kleiner der Hof ist, desto sinnvoller muß seine Fläche gestaltet werden.

Rasenflächen können außerhalb der Vegetationsperiode kaum betreten werden und scheiden somit für

kleine Höfe fast völlig aus. Mit den verschiedensten Materialien befestigte Flächen lassen dagegen auch während des Frostes oder nach längeren Regenfällen jederzeit das Begehen zu. Da, nach Größe des Hofes, die Bepflanzung mehr oder minder nur sparsam sein kann, sollte auch an die Gestaltung der Wand- und Bodenflächen gedacht werden.

Der Baum — Leben im Hinterhof

Jeder Hinterhof sollte „seinen" Baum haben. Bäume ermöglichen erst das wirkliche Bewohnen und die Einbeziehung des Hofes ins tägliche Leben. Sie spenden Sauerstoff, sorgen für Luftfeuchtigkeit und Schatten. Ist ein Hof zu klein für einen Baum, so übernimmt oft ein größerer Strauch oder eine Pergola seine Funktion. Auf jeden Fall sollte der Baum oder Strauch im Hinterhof sommergrün sein, um die Wintersonne in die Wohnräume zu lassen. Das Astwerk des Baumes ist in den sieben Monaten der Vegetationsruhe oft das einzig Belebende in der trüben Jahreszeit.

Förderung von Baumpflanzungen in Innenhöfen

Die Gemeinde Wien fördert Baumpflanzungen in Innenhöfen von Liegenschaften im verbauten Gebiet. Vorausset-

zungen dafür sind die Widmung als „geschlossene Bauweise", das Einverständnis des Hausherrn und der freie Zutritt für alle Hausbewohner.

Pflanzen im Hinterhof

Mit ihrem dynamischen Wachstum sichern Pflanzen ihren Standort und mildern auftretende extreme Klimaverhältnisse. Wichtig ist eine gründliche Bearbeitung und wenn nötig ständige Verbesserung des Bodens. Nur so kann ein üppiges Wachstum der Pflanzen gesichert werden. Die richtige Auswahl der Pflanzenarten und die Zusammenstellung der Pflanzengruppen ist wohl die schwierigste Aufgabe bei der Begrünung eines Innenhofes.

Geografische Lage beachten

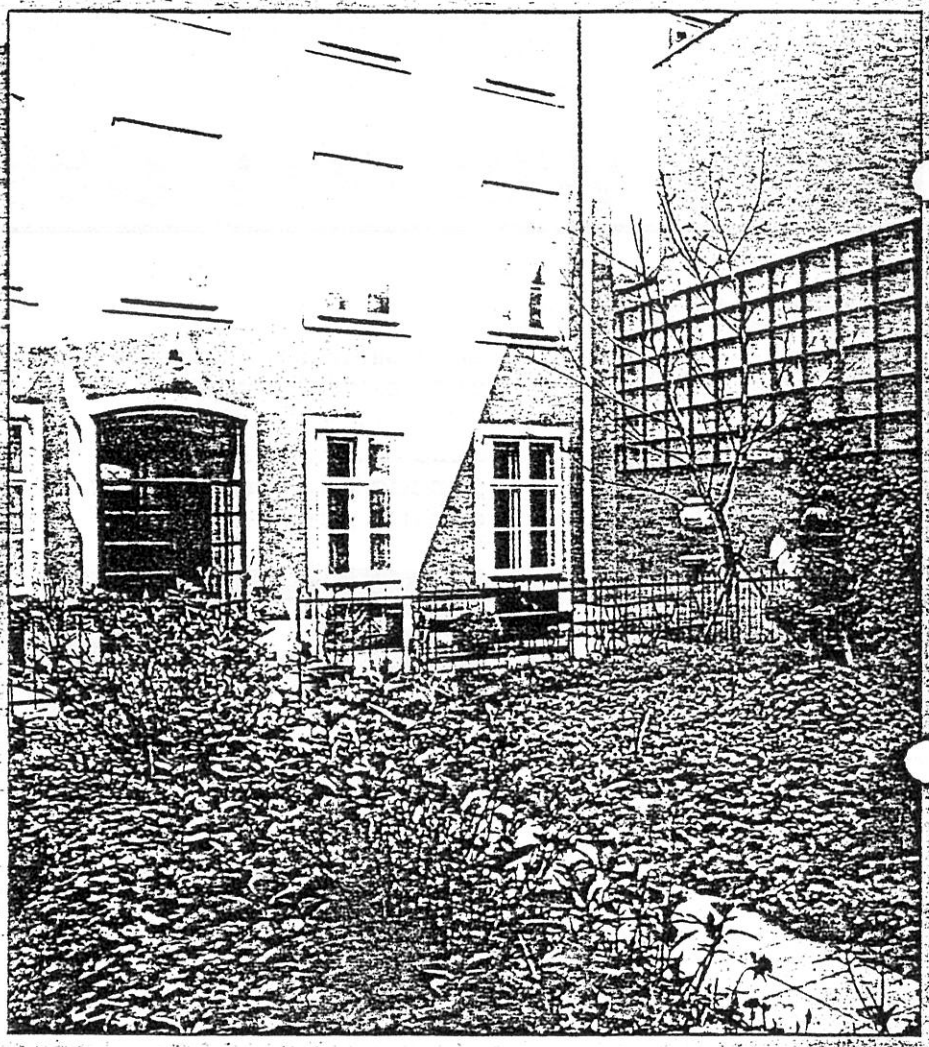
Vor der Südwand ist der geeignete Standort für alle Pflanzen aus wärmeren Zonen. Es können hier bestimmte winterfeste Opuntienarten gezogen werden, aber entlang der „warmen" Wand reifen auch Weintrauben und Marillen. Zu Füßen dieser grünen Wand haben Pflanzen, wie Schafgarbe, Königskerze, Füllhorn, Hornkraut oder Thymian genügend Platz, um gut zu gedeihen. Rosen finden vor allem auf der Ost- und Westseite des Hinterhofes günstige Wachstumsbedingungen. Diese Stellen des Hinterhofes sind auch die besten Standorte für alles, was normalerweise in Gärten wächst.

Besonders geeignet ist der Hinterhof für eine Anzahl immer- und sommergrüner Sträucher, darunter vor allem Farne und eine Vielzahl von Waldstauden. Aber auch einige Gewürzpflanzen, wie Rosmarin, Pfefferminze, Lavendel, Estragon, Schnittlauch und Petersilie, finden in den weniger sonnigen Teilen des Hinterhofes einen Platz zum Leben.

Vieles ist zu beachten

Bäume und Sträucher sollten nicht zu klein gesetzt werden, sondern so, daß sich ihre spätere Größe schon ahnen läßt. Eine Abstufung der verschiedenen Pflanzen nach ihrer Höhe schränkt die Pflegearbeiten auf ein Minimum ein, hat aber eine möglichst jahrelange, ungestörte Entwicklung zur Voraussetzung. Dabei wird sicherlich die eine oder andere Art einmal verdrängt oder überwuchert werden. Dafür können sich aber vom frühesten Frühjahr an bis zum späten Herbst auf jedem Quadratmeter viele Blüten entfalten.

Für jeden Hinterhof lassen sich geeignete Gestaltungsmöglichkeiten finden, Ihrer Fantasie sind kaum Grenzen gesetzt. Probieren Sie es einmal!



Fordern Sie folgende Themen mittels einer Postkarte an.
Schreiben Sie bitte an das Wiener Stadtgartenamt, Heumarkt 2b, 1030 Wien.

- ○ BLUMENKISTERL – der Garten auf dem Fensterbrett.
- ○ VEITSCHI und EFEU – die grünen Klettermaxln.
- ○ FRISCHE KÜCHENKRÄUTER – aus dem Blumentopf.
- ○ KAKTEEN – unsere stacheligen Freunde.
- ○ ZIMMERPFLANZEN – richtiges Umsetzen und Düngen.
- ○ WAS WÄCHST WIE GUT auf dem Balkon?
- ○ GANZ NEUE ZIMMERPFLANZEN – es muß nicht immer Gummibaum sein.
- ○ BLUMEN UND URLAUB – was tun?
- ○ BONSAI – ein neues Hobby für Großstadtgärtner.

Medieninhaber und Herausgeber: Stadt Wien – Presse- und Informationsdienst (MA 53), 1082 Wien, Layout: Commercial Graphics, Druck: Pfleardruck Ges.m.b.H., 1070 Wien, Neustiftgasse 73–75, Druck- und Herstellungsort: Wien

ANHANG 3: keine Werbung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie Sie sicher wissen, unterstützt die Stadt Wien derzeit im Rahmen der

A k t i o n G r ü n e H ö f e

private Initiativen zur Ausgestaltung und Begrünung von Innenhöfen am Himmelpfortgrund.

Diese Unterstützung besteht einerseits in finanziellen Zuschüssen für bauliche und gärtnerische Maßnahmen, Beistellen von Pflanzen und Erde, andererseits in der kostenlosen Beratung in gärtnerischen und baulichen Fragen durch Beamte des Stadtgartenamtes und durch die Gebietsbetreuung; auf Wunsch auch in der Übernahme der Planung und Kostenermittlung.

Darüberhinaus ist es das Ziel der Gebietsbetreuung, den Kontakt zwischen verschiedenen Hausgemeinschaften in der Nachbarschaft herzustellen, sei es, um die Ausgestaltung der Höfe aufeinander abzustimmen, oder etwa darüberhinaus eine gemeinsame Nutzung durch alle Anrainer, etwa in Form eines "Hofparks" zu besprechen, wo dies von den Hauseigentümern und Mietern gewünscht wird.

Viele Bewohner des Himmelpfortgrundes, auch aus Ihrem Haus, haben ihr Interesse an dieser Aktion angemeldet.

Um Ihre Wünsche und Vorstellungen in allen Einzelheiten zu besprechen und die weitere Vorgangsweise festzulegen laden wir Sie herzlich ein, an einer

VERSAMMLUNG IM HOF DES HAUSES WÄHRINGER GÜRTEL 156 - 158

am DONNERSTAG, 17. November 1983

um 19 Uhr

zusammen mit Vertretern des(r) Hauseigentümer(s), Beamten des Magistrats sowie mit der Gebietsbetreuung Himmelpfortgrund teilzunehmen.

Sollten Sie dazu noch vorher Fragen an uns haben, stehen wir Ihnen gerne persönlich im Lokal der Gebietsbetreuung 9, Säulengasse 2o (ehemaliges Hera-Kino) oder telefonisch (31 83 68) zu den folgenden Zeiten zur Verfügung:

Montag	von	9 bis 14 Uhr
Mittwoch	von	9 bis 14 Uhr
Donnerstag	von	14 bis 19 Uhr

Wien, im November 1983

Ihre Gebietsbetreuung Himmelpfortgrund.

ANHANG 4:

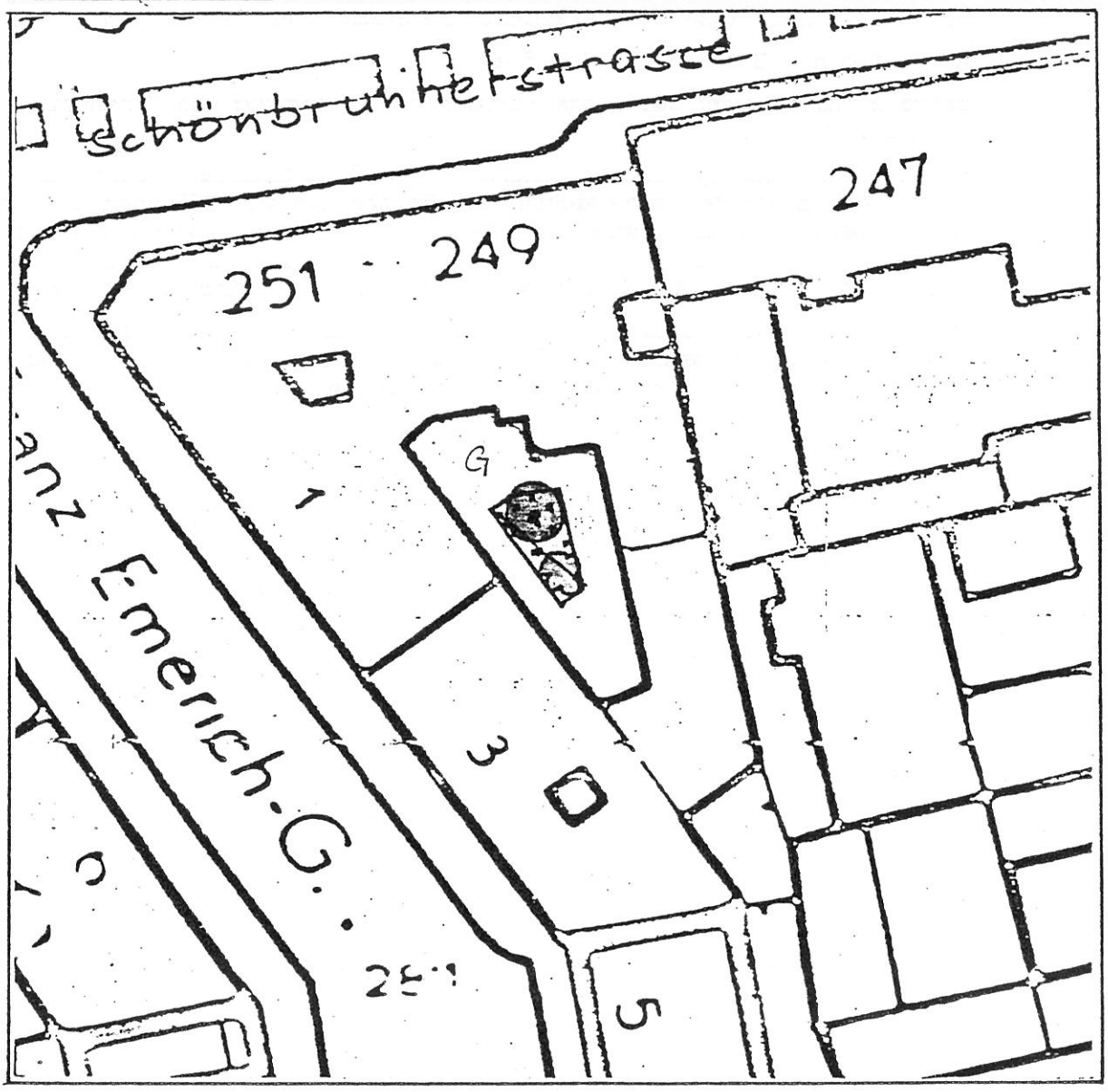
gebietsbetreuung - wilhelmsdorf

1. VORSCHLAG ZUR HOFBEGRÜNUNG APRIL 1983 — ADRESSE: SCHÖNBRUNNERSTR. 249-251

LEGENDE

0 5 10 15 20 25m

- BAUM NEU
- BÜSCHE NEU
- VEITCHII NEU
- RASEN/BEETE NEU
- NEUBEFESTIGTE FLÄCHE
- AUFBRECHEN BEF.FLÄCHEN
- SITZBANK
- BLUMENTROG
- MISTKÜBEL (NEUER PLATZ)
- HOFZUSAMMENLEG. EMPFOHLEN



im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien

gebietsbetreuung - wilhelmsdorf

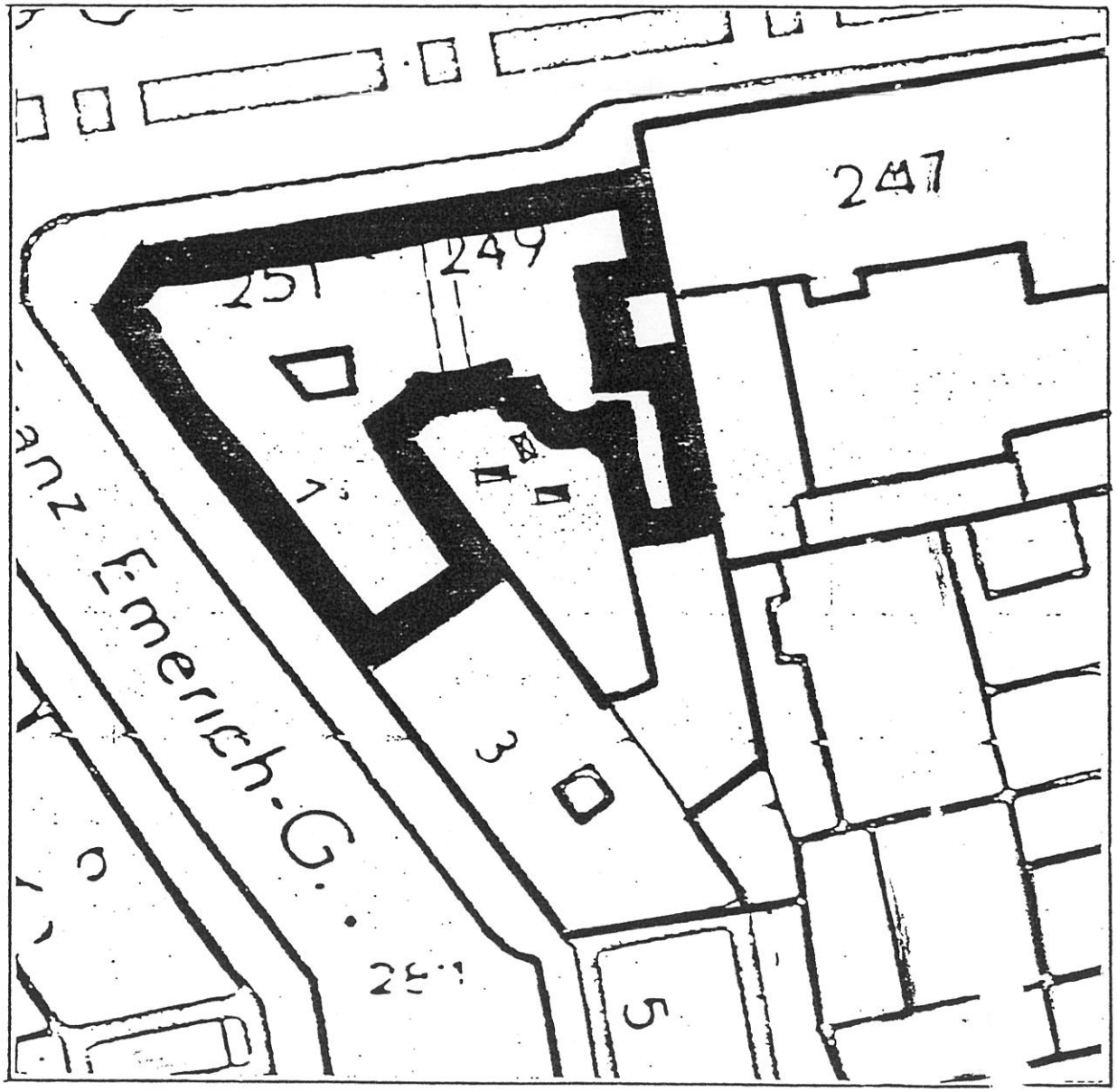
2. VORSCHLAG ZUR HOFBEGRÜNUNG APRIL 1983 | ADRESSE: SCHÖNBRUNNERSTR. 249- (anläßlich der Hausversammlung (251)

LEGENDE

0 5 10 20 30 40 50 m

- BLUMENTROG
- MISTKÜBEL (NEUER PLATZ)

Da der Hof teilweise unterkellert ist, könnte trotzdem dieAufstellung von Blumenschalen seitens des Stadtgartenamtes erfolgen, wenn die Bewohner die Bepflanzung übernehmen.



im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien

10. Einleitung

Das Problem der sozialräumlichen Segregation ist ein Schwerpunkt aller Stadtanalysen, handle es sich nun um sozialökologische Merkmalsbeschreibungen der räumlichen Verteilungsstruktur von Menschen und Nutzungen über Teilgebiete einer Stadt oder um marxistische bzw. neomarxistische Versuche, die anarchischen Entwicklungstendenzen kapitalistischer Ökonomie und der in ihrem Dienste stehenden Politik als Movens für jene Ungleicheit stiftenden Distributionsmechanismen zu begreifen.

Das Auseinanderklaffen der beiden Positionen erfordert eine genauere analytische Darstellung ihrer Konzepte und Ziele. Das wesentliche Problem eines sozialökologischen Stadiums der städtischen Wirklichkeit ist die Beschränkung auf eine empirisch-deskriptive Erfassung der Oberflächenstruktur des urbanen Raumes, die ex post mit ihrem möglichen sozialen Gehalt verbunden wird. Bei einem so gearteten Vorgehen zerfällt die Einheit von Gesellschaft und Raum in ein merkwürdiges Konstrukt, das einmal abstrakt-ideologischer Gesellschaftsentwurf ist und ein andermal dessen räumliches Abbild. Folglich muß auch der Versuch, Besonderheiten der städtischen Realität, losgelöst von ihrem historischen und politisch-ökonomischen Kontext, zu quantifizieren als Erklärung scheitern, denn Kriterien wie Dichte, Größe, Distanz usw. können in unterschiedlichen sozialhistorischen Verhältnissen ganz unterschiedlich begründet sein.[1)]

Die moderne Metropole ist eine neue städtische Form und das Ergebnis eines Gesamtprozesses, der sich nicht ausschließlich in quantitativen Elementen niederschlägt. Es handelt sich primär um eine qualitative Veränderung des Urbanen schlechthin: "Was diese neue Form von den vorangegangenen unterscheidet, ist nicht allein ihr Ausmaß (das Folge ihrer inneren Struktur ist),

---

[1)] Vgl. Schubert (1981), S.4

sondern die Ausbreitung von Tätigkeiten, Funktionen und Gruppen im Raum und ihre gegenseitige Abhängigkeit, die einer gesellschaftlichen Dynamik entspricht, welche weitgehend unabhängig ist von geographischen Bedingungen."[1)]

Der Mannigfaltigkeit des modernen Stadtbildes versucht die neuere Sozialökologie, durch Heranziehung verschiedener soziologischer Theorieansätze gerecht zu werden:
"Dieser Anspruch soll hier ganz deutlich ausgesprochen werden: Sozialökologie ist eine soziologische Theorieperspektive, und hier - wenn man den zentralen Stellenwert des Konkurrenzkonzeptes bedenkt - unter die konflikttheoretischen Ansätze einzuordnen. Lediglich ihr analytischer Zugriff auf soziale Phänomene setzt am materiellen Substrat an und ist damit ein morphologischer; darin erschöpft sie sich jedoch keineswegs. Zur Erklärung der von ihr beschriebenen Sachverhalte hat sie immer Elemente der Handlungstheorie, aus Theorien sozialer Ungleichheit, der Systemtheorie, der Konflikttheorie und neuerdings auch Elemente aus umweltpsychologischen Ansätzen herangezogen, und in der Tat verlöre sie ohne solche Elemente ihre Erklärungskraft. Auf der anderen Seite liegt ein entscheidender Vorteil ihres Argumentierens darin, daß sie Variable wie Bevölkerung, technologische Entwicklung und Umweltbedingungen in ihren Bezugsrahmen einführt, die zwar prima vista wie nicht-soziologische aussehen, deren soziologische Relevanz sich aber unschwer begründen läßt."[2)]

Gleichgeblieben ist auch in diesen Ausführungen Bernd HAMM's der nachträgliche Versuch, einen schon erhobenen Datensatz mit soziologischen Gehalten zu füllen. Hamms Abwehrhaltung gegenüber dem Vorwurf, Stadtökologie "lasse sich mit der Bestimmung ihres Untersuchungsgegenstandes und ihres Erkenntnisinteresses

---

1) Castells (1977), S.30

2) Hamm (1979) S.17f

auf die Verwertungsabsichten der Stadtplanung ein"[1], wird durch den expliziten Verweis der Wiener Stadtforscher Michael SAUBERER und Karoly CSERJAN auf die Verwertbarkeit ihrer Faktorenanalyse zur sozialräumlichen Gliederung Wiens für die Stadtverwaltung zumindest relativiert:
"... die Untersuchungsergebnisse (sollten) primär für die Zwecke der Stadtplanung anwendbar sein. Sie sollten in erster Linie dem Bedarf der Planung an einem räumlich differenzierten und umfangreichen, aber gleichzeitig möglichst konzentrierten und aussagekräftigen Datenmaterial entgegenkommen. Diese Daten bilden eine wichtige Grundlage für das Erkennen und die Darstellung von Planungsproblemen."[2] Da es Aufgabe der Planung sei, Interessenskonflikte zu bewältigen, müssen die Grundlagen nachvollziehbar sein, was nur durch die Anwendung objektivierter Methoden gewährleistet sei.[3] Die Problematik des sozialökologischen Ansatzes wird in diesen Aussagen deutlich: von seiten der Stadtplanung besteht ein Bedarf an langfristigen Analysen, die den Strukturwandel urbaner Agglomerationen aufzeigen können, was sich aus dem wachsenden Steuerungsinteresse und dem hohen Legitimationszwang planungspolitischer Institutionen ableiten läßt. Die Sozialökologie mit ihren sekundärstatistischen Datenanalysen bzw. Faktorenanalysen liefert das adäquate Instrumentarium.[4]

Unsere Auseinandersetzung mit den wichtigsten Positionen klassicher und moderner Stadtuntersuchungen erfolgt vor dem Hintergrund folgender Arbeitshypothesen:

- Stadtanalyse ist Gesellschaftsanalyse
- Städtische Ballungsräume sind Voraussetzung für das Funktionieren der kapitalistischen Ökonomie

---

[1] Sauberer/Cserjan (1972), S.287

[2] ebenda, S.288

[3] ebenda, S.288

[4] Vgl. Keim, in:Hamm (1979), S.212

- Städtische Probleme sind im wesentlichen Verteilungsprobleme hinsichtlich der Chancen am (Arbeits)Markt und am Wohnungsmarkt
- Stadtpolitik unterliegt den Sachzwängen kapitalistischer Ökonomie
- Stadtideologie und -kultur üben einen wesentlichen Einfluß auf die Probleme der sozialräumlichen Differenzierung aus

Sozialökologische, quantitative Forschungstechniken erhalten erst im Rahmen dieses "theoriegeleiteten" Konzepts ihren Sinn, ihre Ergebnisse müssen im Lichte vorab definierter Hypothesen gesehen werden und nicht umgekehrt.

10.1 Sozialräumliche Segregation: Versuch einer Ortung des Problems

Segregation ist laut Jürgen FRIEDRICHS die "disproportionale Verteilung von Elementarten über Teileinheiten einer Einheit".[1] Sozialräumlich gesprochen ist die Stadt eine Einheit, deren Bezirke und Quartiere sind Teileinheiten. Als Elementarten ließen sich soziale Schichten, Berufs- und Altersgruppen, ethnische und/oder religiöse Minoritäten, Nutzungen und Gelegenheiten definieren. Das Phänomen müsse außerdem auf den Ebenen "Stadt", "Stadtteil" und "Individuen" betrachtet werden, denn die durch wirtschaftspolitische Entscheidungen auf Stadtebene hervorgerufene Segregation hat auf Stadtteilebene auch kraft soziokultureller Aspekte Konzentration zur Folge. Diese sozialökologischen Gliederungspunkte, die größtenteils auf die klassischen Forschungsansätze der Chicagoer Schule zurückgehen, erweitert Friedrichs durch den Durkheim'schen Begriff der Arbeitsteilung, durch jenen der sozialen Ungleichheit und der sozialen Organisation im Sinne der Subsistenzorganisation.

Da die Situation moderner Städte im wesentlichen durch Nutzungs- und Verwertungskonflikte bestimmt ist, müssen jene Mechanismen, die diese steuern, vor jeder empirisch-ökologischen Analyse untersucht werden.

"Die Eigenschaft, Ort wirtschaftlicher Konzentration - einschließlich der Expansion des Dienstleistungsbereiches - zu sein, erweist sich in vieler Hinsicht als unvereinbar mit der unbestrittenen Wohnfunktion von städtischen Agglomerationen. Eine weitere Technisierung von Transport und Fortbewegung, eine mehr und mehr um sich greifende Bürokratisierung der individuellen Reproduktion sowie eine Neustrukturierung der Wohnbevölkerung (räumlich vor allem zwischen Innenstadt und "Umland") bezeichnen aktuelle Entwicklungstendenzen. Die Steuerung

---

[1] Friedrichs (1981), S.217

dieser Vorgänge, insbesondere durch ein erweitertes Instrumentarium der Stadtplanung, wird verstärkt, bleibt jedoch bisher in ihrer realen Wirkung unbefriedigend. Verwertungsprozesse und Steuerungsleistungen werden in steigendem Maße überlokal bestimmt."[1)]

Damit erscheint eines klar: moderne Urbanisierungsprozesse unterliegen nicht seit jeher festgelegten sozialräumlich regelmäßigen Allokationsgesetzen, wie dies manche Sozialökologen der klassischen Schule zu suggerieren scheinen, sondern sind die je eigene Ausdrucksform sich verändernder Verflechtungen zwischen dem Klassenverhältnis und der Verteilung eines Produkts (hier: Wohnung).[2)] "Damit gibt es, funktionell gesehen, von vornherein keinen bevorzugten Raum; der Raum wird entsprechend dem Zusammenhang der gesellschaftlichen Dynamik definiert und neu definiert."[3)]

Der urbanen Raumstruktur liegen drei wesentliche Bestimmungsfaktoren zugrunde: der ökonomische, der politisch-institutionelle und der ideologische.

10.1.1 Ökonomie und Raum

In diesem Zusammenhang bedarf es zunächst einer Bestimmung der Begriffe Produktion, Konsumtion und Austausch bzw. deren Realisierung im Raum. Manuel CASTELLS definiert das Element Produktion als Grundlage jeder räumlichen Organisation in der kapitalistischen Gesellschaft. Daraus erklärt sich die Bedeutung der Standortpolitik kapitalistischer Industrieunternehmen, deren Ziel die Gewinnmaximierung ist. Auffallend ist jedoch ihre zunehmende Unabhängigkeit von geographischen Zwängen -

---

1) Keim, in:Hamm (1979), S.211

2) Vgl. Castells (1977), S.168

3) Castells (1977), S.170

als Folge des technischen Fortschritts - und von spezifischen Märkten: "Jeder Betrieb fügt sich in ein Verteilungsnetz ein, das nicht vom Standort des Käufers, sondern von der kaufmännischen Politik des Unternehmens gelenkt wird."[1] Essentielle Faktoren sind dagegen das ausreichende Vorhandensein von Arbeitskräften, die Existenz eines vielgestaltigen Industriegebiets, die Nähe zu Rohstoffquellen,aber in zunehmendem Maße auch jene zu Forschungszentren.[2] CASTELLS spricht von einer "Evolution", "die von einer Unterwerfung unter die natürlichen Bedingungen oder den geographischen Standort ausgeht und bei den unabhängisten Unternehmen bis zur gesellschaftlichen Aufwertung des Raumes geht. Parallel dazu findet eine weitere Veränderung statt: der Übergang von der notwendigen Bindung an bestimmte Produkte des Raumes zum funktionalen Standort innerhalb eines Bezugsnetzes einer technisierten Umwelt." [3] Anhand empirischer Beispiele aus der Region Paris entwickelt Castells eine Typologie der Unternehmen, ihrer technologischen und ökonomisch-räumlichen Veränderungen bzw. ihrer Position im Produktionsnetz, um die Vielfalt räumlicher Verhaltensweisen aufzuzeigen.[4]

Neben der Produktion als Haupteffekt determinisert die Konsumtion den Raum im Sinne des darin stattfindenden Reproduktionsprozesses der Arbeitskraft. Darunter verstehen sich alle komplexen Prozesse, die eine einfache und eine erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft in ihrem Verhältnis zum Raum umfassen: z.B. die Wohnung, aber auch die Grünflächen oder die Versorgungsinfrastruktur bzw. schulische und soziokulturelle Einrichtungen.[5]

---

[1] Castells (1977), S.116

[2] Castells (1977), S.117

[3] Castells (1977), S.124

[4] Vgl.Castells (1977), S.127-132 (siehe nächste Seite)

[5] Vgl.Castells (1977), S.133

Zu 4) vorige Seite

In seiner Analyse der Logik industrieller Niederlassungen geht Castells von drei Elementen aus, die diese Logik bestimmen: die Technik, die spezifischen ökonomischen Bindungen (an den Raum) und die Position des Unternehmens im Verhältnis zu anderen Produktionseinheiten.

Demnach unterscheidet er drei Typen von Unternehmen:

- Unternehmen, die auf die Fertigung eines Einzelproduktes ausgerichtet sind und vom technischen Aspekt her anderen Industriegebieten völlig untergeordnet sind (z.B. allgemeiner Maschinenbau)
- Unternehmen, die auf die serienmäßige Produktion einer Ware eingestellt sind (weiterverarbeitende Industrie)
- Unternehmen, die auf technische Neuerungen gerichtet sind (z.B.elektronische Industrie).

Hinsichtlich der ökonomischen Bindung unterscheidet Castells drei Typen räumlicher Bindungen:

- Unternehmen, deren Markt vom Raum her bestimmt ist
- Unternehmen, deren Produktionsmittel einen festen Standort haben
- Unternehmen ohne räumliche Bindung hinsichtlich ihres Funktionsablaufs innerhalb des gewählten Gebietes.

Die technische Variable wird ebenfalls dreigeteilt:

- Typ A: Arbeit an Einzelstücken oder an einer kleien Serie, familienmäßiger Betrieb, starker Anteil an Facharbeitern, charakteristische Arbeitsqualität, schwacher repetitiver Charakter des Produkts.
- Typ B: Starke Mechanisierung, Fließbänder, große Serien, standardisierter Charakter des Produkts, starker Anteil an angelernten Arbeitern, wissenschaftliche Arbeitsorganisation.
- Typ C: Erfindung neuer Produkte, Existenz einer Forschungsabteilung, erhöhter Anteil an Technikern und Ingenieuren, weitgehende Automatisierung.

Ökonomisch-räumliche Variable:

- Typ A: Sehr kleiner Kundenkreis, Verkauf innerhalb eines begrenzten Gebiets, sehr kurze Lieferzeiten, sehr häufige Kontakte mit der Kundschaft, hohe Transportkosten.
- Typ B: Beziehung zur örtlichen Versorgung, räumlich lokalisierte Arbeitskraft, Transportwege sind vorhanden, bedeutende geographische Verteilertätigkeit.
- Typ C: solche, die unter A oder B nicht eingeordnet werden können.

Standorttypologie:

- Typ a: Anapssung an das spontane Wachstum der Agglomeration durch die stärker werdende Verdichtung des Stadtgefüges.

- Typ b: Planung aufgrund der Betriebprobleme des räumlichen Funktionsablaufes, Suche nach einem guten Standort innerhalb des Verkehrsnetzes.
- Typ c: Schaffung eines neuen Industriegebietes durch die Niederlassung in sozialaufgewerteten Räumen.

Je nach Ausrichtung der Produktion und Anforderungen an den Raum bzw. die Ökonomie werden Betriebe verschiedene Standort wählen.

Vgl. dazu auch das Standortmodell von Westphal (1979), S.105 bis 123.

Für diese Arbeit ist vor allem der Wohnungsbereich und dessen Krise von Bedeutung. Die Wohnung ist eine Ware, die über den Wohnungsmarkt vermittelt wird, dessen ökonomische Grundform die Vermietung ist.[1] Das Gut Wohnung nimmt jedoch eine besondere Stellung innerhalb des ökonomischen Gesamtsystems ein, zumal es sich um eines der zentralen Elemente der Reproduktion von Arbeitskraft handelt und dadurch allen Konzentrations- und Dekonzentrationsbewegungen von Arbeitern unterliegt.

Die im Rahmen der Industrialisierung an die städtischen Agglomerationen gestellten Anforderungen durch den verstärkten Zuzug von Arbeitern überschreiten die Versorgungskapazitäten der Städte. "Es handelt sich um ein ungleichgewichtiges Verhältnis Bevölkerung - Konsumtion, das durch die Veränderung der Stadtstruktur aufgrund des dominierenden Impulses der Produktion entsteht."[2] Die ohnehin prekäre Situation wird durch Multiplikatoreffekte der Krise verschlechtert: Wohnungsknappheit ruft die Spekulation auf den Plan, Bodenpreise steigen, soziale Härten verschärfen sich.

Diese Erklärungen des Ursprungs von Wohnungsnot mögen plausibel erscheinen, weit schwieriger jedoch läßt sich die Beständigkeit der krisenhaften Lage begründen. Zwar kann der theoretische Einstieg über das Marktgesetz von Angebot und Nachfrage erfolgen, doch wird sofort klar, daß nahezu ausschließlich die zahlungskräftige Nachfrage wirkliche Befriedigung erfährt, obwohl in anderen Bereichen die private Industrie Konsumgüter für jede Einkommensschicht produziert.

10.1.1.1 Grundrente und Bodenpreise im Urbanisierungsprozeß

Die Wohnungsproduktion setzt die Existenz dreier Elemente voraus: des Baugrundstücks, des Baumaterials und der Arbeitskraft.

---

[1] Vgl. Kohoutek/Kainrath (1976), S.13f

[2] Castells (1977), S.138

Im Hinblick auf die erste Bedingung ist eine Baumöglichkeit abhängig von der Verfügbarkeit und den Preisen von Boden. Hier gilt es nun,die Begriffe Grundrente und Bodenpreise zu diskutieren, denn neben Produktivität, Inflation, Bauwirtschaft und Landwirtschaft beeinflussen diese beiden Faktoren die urbane Entwicklung und damit Segregationsprozesse.

"Der Zusammenhang von Grundrenten und Stadtentwicklung im einzelnen gehört ebenso dazu, neben der generellen Nutzungsverteilung insbesondere auch die Wechselwirkung von Grundrentenunterschieden innerhalb der Stadtregion und deren sozialräumlicher Struktur. Die deutliche und überaus stabile sozialräumliche Differenzierung etwa in Wien seit fast hundert Jahren wird von der Grundrentenverteilung zumindest unterstützt."[1)]

Die Grundrente ist der Preis, den der jeweilige Nutzer des Bodens an den Grundbesitzer für die Nutzung zahlen muß. Die Höhe der Grundrente bestimmt sich aus der Differenz zwischen Produktionskosten des Bodens und seinem auf dem Markt realisierten Tauschwert. Das private Grundeigentum bzw. die Monopolstellung des Grundeigentümers ermöglicht es, den Boden als Ware zu behandeln und dadurch einen Wert zu erzielen, obwohl es sich nicht um das Produkt menschlicher Arbeitskraft handelt. "Wenn der Boden kein mittels Einsatz menschlicher Arbeitskraft produziertes Gut ist, daher auch keinen Wert im strikten ökonomischen Sinn hat, aber doch einen Preis erzielt, so muß dieser "Bodenpreis" als Kaufpreis einer Rente, eben Grundrente, kapitalisiert zum je üblichen Zinsfuß aufgefaßt werden."[2)]

Damit wird auch der Zusammenhang zwischen Grundrente und Bodenpreis deutlich:" Der Bodenpreis hängt davon ab, welche Grundrente der Bodeneigentümer bei der Vermietung oder Verpachtung

---

[1)] Kohoutek/Kainrath (1976), S.98

[2)] ebenda, S.92f; vgl. auch Brede/Kohaupt/Kujath (1975), S.93ff

erzielen kann. Nicht der Bodenpreis bestimmt die Grundrente, sondern, umgekehrt, die Grundrente den Bodenpreis. Der Bodenpreis ist also kapitalisierte und antizipierte Grundrente, d.h. er ist der Kaufpreis nicht für den Boden, sondern für die Grundrente, welche angesichts der beabsichtigten Nutzung des Bodens abgefangen werden kann."[1)]

Die Höhe der Grundrente hängt auch von der Intensität und Art der Bodennutzung ab. Kann die Nutzung eine geforderte Grundrente nicht mehr gewährleisten, so erfolgt ein Nutzungswandel. Im Konkurrenzfall setzen sich die kapitalkräftigsten Nutzer durch.

Schließlich muß auf die selektive Eigenschaft des Grundrentenmechanismus hingewiesen werden, denn das Bodenpreisniveau impliziert eine Hierarchie städtischer Nutzungsstrukturen nach deren Profitchancen.[2)]

Interessant ist die ökonomisch-theoretische Diskussion um die Grundrente auch wegen manch augenscheinlicher Parallelen zu theoretischen Annahmen in der Sozialökologie. Die Grundrente ist eine Transferzahlung, die in der neoklassischen Theorie vor allem als "notwendige Koordinationsvoraussetzung für die rationelle Produktion von Wert" ihre Rechtfertigung fand.[3)] Fragwürdig wird diese Position dadurch, daß die Grundrente sich als eine an einen knappen Produktionsfaktor, und nicht an eine Person, gezahlte Entschädigung offenbart.

In diesem Zusammenhang muß die Frage nach dem Ursprung dieser Knappheit gestellt werden. Die Begrenztheit zahlreicher natürlicher Ressourcen suggeriert den falschen Schluß, Knappheit bzw. Reichtum seien als etwas in der Natur Angelegtes zu

---

1) Brede/Kohaupt/Kujath (1975), S.39

2) Vgl.Schubert (1981), S.22

3) Harvey, in:Mayer/Roth/Brandes (1978), S.56

betrachten. Die Ähnlichkeit mit dem später noch zu diskutierenden sozialökologischen Argument der "quasi natürlichen" sozialräumlichen Differenzierung von Bevölkerungsgruppen bzw. städtischen Funktionen im urbanen Kontext wird hier augenfällig. Tatsächlih ist es jedoch so, daß es heute kaum natürlichen Reichtum gibt, dem nicht die Vorbereitung und die Organisation der Exploitierung vorausgehen. Die urbanisierte Umwelt ist wohl das bedeutendste künstliche Ressourcen-System. Erst der Urbanisierungsprozeß hat durch die lokale Begrenzung dieses Ressourcen-Systems eine vorher nicht existierende Knappheit hervorgebracht.[1)]

Harvey definiert Grundrente als Klassenmonopolrente, d.h. als Rente einer Klasse von Eigentümern an "parzellierten Ressourcen", in diesem Falle an Grundstücken oder Häusern, und dem darauf relativ dauerhaft investierten Kapital.[2)] Dieses Monopol ermöglicht ihnen z.B. das durch Vermietung gewonnene Kapital nicht in die Erhaltung der Häuser, sondern anderswo profitabler zu investieren. Durch Entzug der Unterhaltskosten werden Häuser für untere Einkommensschichten dem Verfall zugeführt. Die anschließende Sanierung bewirkt einen Bevölkerungsaustausch durch den Einzug neuer, finanzkräftigerer Gruppen oder durch Sukzession des tertiären Sektors und damit auch erhöhte Knappheit auf diesem Wohnungsmarktsegment.[3)] Hierfür ist die Rolle des Bau- und Bodenspekulanten von Bedeutung. Als integraler Bestandteil kapitalistischer Marktwirtschaft erfüllt er die "positive" Funktion, den "richtigen" Zeitpunkt für "richtige" Nutzungsänderungen zu bestimmen.[4)]

Um Mißverständnisse zu vermeiden: die Bodenspekulation vergrößert zwar die Kluft zwischen Wohnungsbau und Wohnungsbedarf,

---

[1)] Vgl. ebenda, S.57 und vgl. Harvey (1973), Kap.II

[2)] Vgl. Harvey, in: Mayer/Roth/Brandes (1978), S.59

[3)] Vgl. ebenda, S.61

[4)] Vgl. ebenda, S.63

sie ist aber nicht deren Ursache, die im Produktionsprozeß liegt.

Die Rentabilität des Kapitals ist im Wohnungsbereich weit geringer als in anderen Industriebranchen, "die Umlaufgeschwindigkeiten des Kapitals (sind) besonders langsam auf Grund der Fabrikationsdauer, des hohen Preises beim Kauf der Ware, was die zahlungskräftigen Käufer reduziert, und der in die ferne gerückte Gewinnerzielung."[1] Außerdem entmutigen auch profitbeschneidende soziale Reformen des Wohnungsmarktes durch den Staat die Privatinitiative. Hinzu kommt eine nahezu "archaische" Organisation der Bauindustrie: Arbeitsteilung zwischen zahlreichen kleinen Unternehmen, geringe technologische Innovationen, Mangel an Qualifikation und die beschränkte Zahl von Arbeitskräften pro Unternehmen verringert die Voraussetzungen für die Mehrwertproduktion und zieht als kapitalistisch logische Folge einen Produktivitätsfall nach sich.[2]

Erst die staatliche Intervention kann dieser Entwicklung Einhalt gebieten, indem sie entweder in die Nachfrage durch die Schaffung zahlungskräftiger Käufer oder in das Angebot durch den sozialen Wohnbau bzw. durch Kreditmaßnahmen eingreift.[3]

10.1.1.2 Zur Interdependenz von Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt

Nach diesem kurzen Abriß der ökonomischen Bedingungen der Wohnungsproduktion muß nun auf die Verteilung dieses "Gutes" eingegangen werden. Diese unterliegt den allgemeinen Regeln der Produktverteilung, d.h. die Allokation erfolgt "der sozialen Kapazität der Subjekte entsprechend"[4]

---

[1] Vgl. Catsells (1977), S.142

[2] Vgl. Schubert (1977), S.85

[3] Vgl.Catsells (1977), S.145f

[4] Catsells (1977), S.160

Unsere Grundthese lautet demzufolge: Die Chancen des Individuums auf dem Wohnungsmarkt sind abhängig von seinen Chancen am Arbeitsmarkt und dem damit verbundenen Einkommen, der beruflichen Stellung, dem Ausbildungsgrad, dem Alter, dem Geschlecht, der Stellung im Lebenszyklus, der ethnischen Zugehörigkeit, um nur die Hauptfaktoren zu nennen.

Es ist also davon auszugehen, daß der Arbeitsmarkt einen "adäquaten" Wohnungsmarkt zur Voraussetzung hat.[1] Das bedeutet: die Kapitale des sekundären und tertiären Sektors benötigen gute und relativ billige Wohnungen, "um auf dem Arbeitsmarkt ausreichende und disponible Arbeitskräfte in möglichst geringer Entfernung von den Arbeitsplätzen vorfinden zu können.[2] Die Miete als "ökonomische Grundform" des Wohnungsmarktes[3] ist fester Bestandteil der Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Da es sich um Transferzahlungen über Miete und Lohn aus anderen Wirtschaftsbereichen handelt, ist klar, daß Mietsteigerungen nicht nur die Ablehnung der Mieter, sondern auch der Unternehmer hervorrufen, denn Mietsteigerungen können indirekt Druck auf Lohnkosten ausüben.

Können breite Bevölkerungsteile, die die Subsistenz des regionalen Produktionsprozesses gewährleisten, die Kostenmiete nicht bezahlen, so muß der Staat im Sinne der Erhaltung der Produktion die Miete auf ein erträgliches Maß durch wohnungs- und andere verteilungspolitische Maßnahmen reduzieren.[4]

---

[1] Vgl.Kohoutek/Kainrath (1976), S.18

[2] Schubert (1981), S.85f und vgl. Kohoutek/Kainrath)1976), S.74f: sie sprechen von einem Kräftedreieck zwischen Bewohnern, Wohnungsanbietern und übriger Wirtschaft, das den Charakter staatlicher Interventionen determiniert.

[3] Vgl.Kohoutek/Kainrath)1976), S.24

[4] Vgl.Schubert (1981), S.88

Arbeitsmarkt und Wohnungsmarkt sind demnach in mehrfacher Hinsicht interdependent. Eine weitere Annahme ist der Zusammenhang von segmentiertem Arbeitsmarkt und segmentiertem Wohnungsmarkt: "die Zusammensetzung der einzelnen regionalen Teilarbeitsmärkte korrespondiert, als Folge der sich verändernden Produktionsbedingungen, mit den sozialräumlichen Sektoren bzw. sozialschichtspezifischen Teilwohnungsmärkten der regionalen Struktur"[1)]

Für diese Diskussion fruchtbar ist das Modell von Helmut WESTPHAL, in dem die Entstehung und Stabilisierung von Slums in Verknüpfung mit dem dualen Arbeitsmarkt dargestellt werden: "Segmentierte Wohnungsmärkte verketten sich mit segmentierten Arbeitsmärkten. Dieses Zusammenwirken läßt die institutionellen, sozialen und ökonomischen Barrieren zwischen den Märkten und den jeweiligen Submärkten noch stärker werden und führt im unteren Bereich zu einer Verfestigung der Slums, da die Mobilität entscheidend behindert wird."[2)] Zwar belegt Westphal seine These vorwiegend mit empirischen Beispielen aus den USA, sie ist jedoch mutatis mutandis auch für den europäischen Raum zutreffend.

Zunächst eine kurze Begriffserklärung: die amerikanische Ghettoforschung zeigt, daß der städtische Arbeitsmarkt nicht einheitlich, sondern in zwei Segmente gespalten ist, die durch technologische und psychologische Barrieren getrennt sind, und zwischen denen geringe Mobilität herrscht. Der wesentliche Unterschied zwischen den beiden Teilen besteht darin, daß der erste Teil gute Arbeitsplätze und sichere Aufstiegschancen bietet, während der zweite sich vor allem durch geringe Verdienstmöglichkeiten und auffallende Häufigkeit von Arbeitsplatzwechsel gekennzeichnet ist.[3)]

---

1) Schubert (1981), S.88

2) Westphal (1979), S.93

3) Vgl.Westphal (1979), S.94, Vgl. auch J.F.Kain, Housing Segregation Negro Employment and Metropolitan Dezentralization, in: Readings in Urban Economics ed. by J.Edel and J.Rothenberg, New York 1972, S.288-306.

Für Ghettobewohner kommt hauptsächlich das zweite Segment in Frage, das sich zusätzlich in verschiedene Untersegmente mit je unterschiedlichem Stellenwert teilen läßt. Die Folgen der Arbeit in diesem Bereich sind Unterqualifizierung und psychologische Schranken, die jegliche Mobilität erlahmen lassen und Armut verfestigen. Diese Situation wird durch die Stellung der Betriebe im gesamtwirtschaftlichen Kontext verschärft: sie sind keineswegs marktbeherrschend und meist von großen Konzernen abhängig.[1)] Für die im zweiten Arbeitsmarktsegment Beschäftigten, bedeutet dies am Wohnungsmarkt Zugang zu schlechta, jedoch erschwinglichen Wohnungen und eine hohe räumliche Immobilität.

Einstellungen und Verhaltensformen der Arbeiter des sekundären Arbeitsmarktes, die für das Leben und Überleben im Slum wichtig sind, können sich für berufliche Chancen im primären Segment äußerst negativ auswirken. Nicht nur die Stellung am Arbeitsmarkt bedingt jene am Wohnungsmarkt, sondern auch umgekehrt, jene am Wohnungsmarkt bestimmt die Chancen am Arbeitsmarkt.

J.F.KAIN hat folgende Hypothesen anhand von Daten für Chicago und Detroit geprüft:

1. Die Segregation der Neger auf dem Wohnungsmarkt beeinflußt die Verteilung der Beschäftigten;
2. Die Segregation reduziert die Beschäftigungsmöglichkeiten der Neger;
3. Die Segregation und die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Verlagerung von Innenstadtarbeitsplätzen an die Peripherie der Städte hat die Beschäftigungsprobleme der Neger erhöht.

Zwar konnten diese Annahmen eindeutig bestätigt werden, Aussagen über den Grad des Einflusses liessen sich nur schwer treffen.[2)]

[1)] Vgl. Westphal (1979). S.95

[2)] Vgl. Westphal (1979), S.97

Schließlich trägt die selektive Wanderung in Slums bzw. Sanierungsgebieten zur Stabilisierung von Segregationsmustern bei. W.BAUMOL liefert dazu folgendes Erklärungsmodell:

1. Die Stadtrandgebiete werden aus einem exogenen Grund für die reichen Innenstadtbewohner interessant, sie wandern aus.
2. Ärmere Schichten ziehen über den Filtering-Prozeß in die leeren Häuser ein.
3. Die Durchschnittseinkommen beginnen zu sinken, die Häuser werden nicht mehr erhalten, die Wohnungsqualität nimmt ab.
4. Freiberuflich Tätige und Händler verlassen allmählich das Gebiet wegen zunehmender Gewinnverluste.
5. Lohnsteuer- und Gewerbesteueraufkommen sinken, die kommunalen Ausgaben ebenfalls.
6. Die nächste Bevölkerungsschicht beginnt auszuziehen.
7. Es entsteht ein kumulativer Prozeß, der erst auf sehr niedrigem Niveau zum Stehen kommt.[1)]

Mag dieser Prozeß für europäische und speziell für österreichische Städte auf den ersten Blick unplausibel erscheinen, da die Rassenfrage nirgendwo mit solcher Vehemenz zutagetritt, so ist doch neheliegend, daß Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit die Probleme unterer Einkommensschichten bzw. ausländischer Arbeiter verschärfen werden. In Österreich könnte das neue Mietengesetz einer solchen Entwicklung Vorschub leisten.[2)]

10.1.2 Politische Institutionen und Stadtentwicklung

Auf wirtschaftlicher Ebene ist Segregation das Ergebnis der Verteilung des Produkts Wohnung gemäß der ökonomischen Kapazität des Individuums. Auf politisch-institutioneller wird die ungleiche Verteilung verstärkt durch das Faktum, daß die "lokale

---

1) Vgl.Westphal (1979), S.99, vgl. auch Bokemann/Steinbach (1976), S.12ff

2) Vgl.Förster (1982), S.448

Demokratie" ihre Versorgungspolitik den ökonomischen Interessen der herrschenden Fraktion unterordnet.

Die erste zu klärende Frage in diesem Zusammenhang müßte also lauten: welche Funktionen erfüllt der Staat in einer kapitalistischen Gesellschaft?

ALTVATER resumiert diese wie folgt:

1. Herstellung allgemeiner materieller Produktionsbedingungen (Infrastruktur)
2. Setzung und Sicherung von allgemeinen Rechtsverhältnissen
3. Regulierung des Konfliktes Lohnarbeit - Kapital
4. Sicherung der Existenz und Expansion des nationalen Gesamtkapitals auf dem Weltmarkt.[1)]

Die Schaffung städtischer Infrastrukturen ist Voraussetzung für das Funktionieren sowohl des Elementes Produktion als auch des Elementes Konsumtion. Es lassen sich drei grundlegende Methoden zur Errichtung von Infrastruktur unterscheiden:

1. Der Staat finanziert die allgemeinen Produktionsbedingungen aus Steuergeldern und stellt sie unentgeltlich zur Verfügung;
2. Das Kapital erstellt die Produktionsbedingungen im Auftrage des Staates, und dieser ersetzt dem Kapital den in allgemeinen Produktionsbedingungen vergegenständlichen Wert aus Steuergeldern;
3. Das Kapital schafft die allgemeinen Produktionsbedingungen, deren Betrieb der Staat übernimmt.[2)]

Kommunale Entscheidungen können nicht losgelöst vom gesamtgesellschaftlichen Kontext betrachtet werden, denn das Haupt-

---

1) Vgl.Altvater (1972), S.9ff

2) Vgl.Schubert (1981), S.26f

problem städtischer Politik liegt darin begründet, daß man durch baulich-räumliche Maßnahmen Probleme lokal lösen will, die überregional und strukturell angelegt sind. Es wird damit nicht nur eine allgemeine Problemlösung unmöglich gemacht, auch die jeweiligen baulich-räumlichen Veränderungen sind zum Zeitpunkt ihrer Realisierung schon wieder überholt. Der soziale Wandel läßt sich damit nicht erkennen, antizipieren schon gar nicht. Schließlich sind Standortentscheidungen der Unternehmen als Hauptdeterminante von Stadtentwicklung nur schwer beeinflußbar.[1)]

Das Eingebundensein in überregionale Entscheidungsprozesse einerseits und die vitale Abhängigkeit von Steuerzahlungen ortsansässiger Betriebe andererseits beschränken den Spielraum der Städte zusätzlich. Daß in diesem Kontext, Stadtentwicklungspolitik nicht raum- und klassen- bzw. schichtindifferent betrieben werden kann, mag kaum jemanden erstaunen. So gestaltet sich kommunale Interventionspolitik trotz des stets beteuerten Zieles, Disparitäten abbauen zu wollen, als "marktkonforme, mittelschichtorientierte Strategie", Innenstädte zu verbürgerlichen und Stadterneuerung im Sinne von Bewohnererneuerung zu betreiben, um nur zwei Auswirkungen zu nennen.

Der Staat erhält von der kapitalistischen Wirtschaft die Aufgabe, den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß zu sichern. Nun ist zwar das Element Wohnung ein Hauptfaktor des Reproduktionsbereiches, die Eingriffe des Staates in den freien Wohnungsmarkt werden jedoch häufig als störend empfunden. Dagegen formulierten KOHOUTEK und KAINRATH folgende These: "Staatliche Wohnungspolitik verhält sich zum Wohnungsmarkt nicht äußerlich, indem sie bestimmte politisch motivierte Eingriffe in die Ökonomie setzt. Vielmehr gehen sämtliche wesentliche wohnungspolitische Maßnahmen aus der ökonomischen Form der Ware Wohnung, den spezifischen Produktions- und

---

[1)] Vgl. Schubert (1981), S.27

Nutzungsprozessen der Wohnung und den sich daraus ergebenden Formbestimmtheiten des Wohnungsmarktes hervor."[1)]

D.h.: erst aus der Ökonomie der Wohnungswirtschaft ergibt sich für den Staat die Notwendigkeit einer Intervention. Die marktwirtschaftliche Theorie von dem gleichgewichtsproduzierenden Angebot-Nachfrage-Spiel kann das soziale Problem der Wohnungsfrage nicht lösen.

"Die den Bewegungen (der) ökonomischen Determinanten folgende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum hat also seinen Grund darin, daß die Wohnung als Leihkapital in Warenform fungiert und die Mieter in der Mehrzahl lohn- und gehaltsabhängig sind. Das Kapital agiert um seiner Verwertung, seiner Selbstvermehrung willen. Können Mieter nicht mehr zahlen, bleiben Wohnungen, obwohl der Bedarf vorhanden ist, unvermietet, oder die Bautätigkeit unterbleibt. Fallen sinkende oder stagnierende Zahlungskraft der Mieter mit steigenden Baukosten und Zinsen und damit steigenden Mieten zusammen, so kann sich die Krise im Wohnungssektor zu einer Bedrohung für das gesamte ökonomische System ausweiten und eine massive staatliche Intervention herausfordern."[2)]

Zu den Maßnahmen und Instrumenten des Staates gehören die Wohnraumbewirtschaftung, der Mietpreisstopp, der Kündigungsschutz und die Wohnbauförderung bzw. die Mietbeihilfe.

Mietpreisbegrenzungen für Altbauwohnungen, wie sie seit 1917 in Deutschland und Österreich geregelt wurden, haben eine unbestrittene Wirksamkeit auf diesen Breich der Reproduktion gezeigt. Trotzdem handelt es sich dabei meist um Übergangslösungen, die, den Forderungen der Marktwirtschaft gemäß, nach Beseitigung der Krise wieder aufgehoben werden sollten.

---

1) Kohoutek/Kainrath (1976), S.65

2) Brede/Kohaupt/Kujath (1975), S.51

Gegen die Wohnungszwangswirtschaft als Dauereinrichtung wird mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit, bei niedrigen Mieten ein Haus zu erhaltn, argumentiert. Der Verfall sei die logische Folge einer solchen Wohnungspolitik.[1] Dem ließe sich entgegenhalten, daß der europaweit zu beobachtende Verfall ganzer Wohnviertel keineswegs das Resuktat eines Mietpreisstopps ist. Der Staat gewährleistet mit seinen regulierenden Maßnahmen nur die Erhaltung minimaler Reproduktionsbedingungen, die zur Stabilisierung der ökonomischen Situation bzw. aus legitimatorischen Gründen erforderlich sind. Vor diesem Hintergrund läßt sich die These formulieren:"Der Staat ... nimmt, indem er im Sinne des Gesamtkapitals regulierend eingreift, objektiv die Stellung eines ideellen Gesamtkapitalisten ein."[2]

Auf dem Neubausektor schlüpft der Staat in dieselbe Rolle, wenn er auch unter anderen Gesichtspunkten handelt.Ein gesetzlich verordneter Mietpreisstopp für Neubauten würde potentielle Investoren abschrecken und dazu verleiten, ihr Kapital in anderen Sphären anzulegen. Außerdem beschränkt die Fremdmittelfinanzierung den Spielraum der Investoren, zumal die periodisch steigenden Hypothekenzinsen als Kosten kalkuliert werden müssen, die ebenfalls durch die Mieten zu erwirtschaften sind. Schließlich treiben auch die sich kontinuierlich erhöhenden Baukosten die Miete in die Höhe. Neubaumieten werden zunächst als kostendeckende Mieten kalkuliert. Da jedoch der Mieter nicht unbegrenzt belastbar ist, bleiben Neubauten nicht selten leer. Eine von Staats wegen verordnete Beschneidung der Mieten würde die Investitionslust stark hemmen. Als adäquates Mittel werden demzufolge öffentliche Subventionen eingesetzt, die die unrentierlichen Kosten ausgleichen bzw. als Anregung zu Investitionen im Neubausektor dienen sollen.[3]

---

[1] Vgl.ebenda, S.71

[2] ebenda, S.74

[3] Vgl.ebenda, S.80

Auch im Bereich der Stadtsanierung erfüllen Subventionen die Funktion, dem Bauträger unrentierliche Kosten abzunehmen, was zwar Kapitalverwertungsmöglichkeiten schafft, aber keineswegs die Mieten senkt,

In Österreich wurde der Mietpreisstopp aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg stets durch das Ablöse-System erfolgreich umgangen.

Dem Subventionssystem immanent ist die Wiederherstellung des freien Wohnungsmarktes: die Mieten können sich an denen des freien Marktes orientieren, sobald die öffentlichen Darlehen zurückgezahlt sind.[1)]

Castells begründet dieses Verfahren mit den typischen Interventionsgebahren des spätkapitalistischen Staates, der zunächst die Befriedigung unrentabler Bedürfnisse übernimmt, dann versucht, Bedingungen für Rentabilität zu schaffen, und schließlich den Sektor wieder in die Hände des Privatkapitals entläßt. In diesem Sinne versucht der französische Staat, auch die Mieten für Altbauwohnungen anzuheben, was natürlich eine hohe Mobilität der in diesem relativ billigen Marktsegment Wohnungssuchenden auslöst.

Mit einer Blockierung der Grundstückpreise wollte der Staat in Frankreich die Bodenspekulation eindämmen. Er garantierte sich ein Vorkaufsrecht vor der spekulativen Hausse der Bodenpreise und verkaufte das Grundstück unter dem Selbstkostenpreis an die Baufirmen. Der Effekt war natürlich eine Subventionierung der Grundbesitzer wie der Promotoren: das private Kapital erzielte einen Überprofit aus den zu günstigen Konditionen gebauten Wohnungen, ohne den starken Anstieg der Grundstückpreise bezahlen zu müssen.[2)]

[1)] Vgl.ebenda, S.86

[2)] Vgl.Castells (1977), S.150f.

Damit wird deutlich, daß staatliche Wohnungspolitik in erster Linie die Funktion erfüllt,Hindernisse der kapitalistisch betriebenen Wohnungswirtschaft (und nicht nur dieser) zu beseitigen, nicht aber an den grundsätzlichen Charakter der Mietwohnung als Leihkapital in Warenform zu rütteln. Auch staatliche Institutionen argumentieren bei prinzipiellem legitimatorischen Versprechen, gesamtgesellschaftliche Interessen zu vertreten, mit ökonomischen Sachzwängen und verstärken damit all jene Phänomene, die das notwendige Resultat kapitalistischer Verteilungsstrategien sind, also auch die Segeregation.

Durch diese Funktionserweiterung des Staates werden jedoch ökonomische Probleme zu politischen. Die Frage, "Kann man die enge Verknüpfung von Staatstätigkeit und Wirtschaftsentwicklung als "neue Stufe des Widerspruchs zwischen Ökonomie und Politik" bezeichnen?"[1], ist äußerst berechtigt. Ob in dieser Konstellation von Widersprüchen die Mieter größere Chancen haben, ihre Forderungen geltend zu machen, wird die Zukunft beantworten. Die zahlreichen Bürgerinitiativen des letzten Jahrzehnts scheinen jedenfalls der kommunalen Obrigkeit jenen unterwürfigen Gehorsam aufgekündigt zu haben, der sie in die Rolle der Unmündigen, Unverständigen, ohnehin durch das Wahlrecht Partizipierenden drängt. Das Phänomen ist zwar noch auf Angehörige der Mittelschicht beschränkt, es zeugt aber von dem Wunsch, private Probleme nicht mehr als solche zu behandeln, und sie durch Selbstorganisation mit Gleichgesinnten ins öffentliche und politisch-institutionelle Bewußtsein zu rücken.

Ein letzter zu behandelnder Aspekt ist die Möglichkeit für den Staat, über den Eingriff in den Wohnungsmarkt auch politische Probleme zu steuern, wie es etwa für Amerikas Lösungsversuche der Rassenfrage nachgewiesen werden konnte. So wurde z.B. 1969

---

[1] Brede/Kohaupt/Kujath (1975), S.95

durch staatliche Verfügung versucht, den radikalen Rassenkämpfen durch Förderung des öffentlichen Wohnbaus, der als Aufhebung der Segregation konzipiert war, entgegenzuwirken. Das allgemeine Scheitern dieser Integrationsmaßnahmen beweist, wie illusionsträchtig Problemlösungsversuche durch Reduktion von Politik auf Stadtplanung sein müssen.[1)]

Nicht unwichtig erscheint in diesem Zusammenhang die legitimatorische Seite von Staatsinterventionen in den Wohnungsmarkt zu sein und zwar in zweifacher Hinsicht: zum einen bedeutet ein kommunaler Eingriff in diesen Reproduktionsbereich, etwa durch den sozialen Wohnbau, einen Stimmenzuwachs für die herrschende Fraktion, zum anderen deren Rückzug aus diesem Feld nach Beseitigung der Krise die Aufrechterhaltung des Privateigentums und damit die Unantastbarkeit der mittelständischen Eigentumsideologie.

10.1.3 Stadt und Ideologie

10.1.3.1 Der Mythos der städtischen Gesellschaft

Der Mythos der Stadt hat seinen Ursprung im Übergang von der ländlichen Zivilisation zur städtischen, von der Agrarwirtschaft zur Industriewirtschaft. Es ist die Geschichte dieses Wandels, des Widerstandes gegen ihn, der allmählichen Anpassung an "Modernität".[2)] Die Genesis dieser Ideologie setzt die Annahme eines "natürlichen" Veränderungsprozesses gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer Rahmenbedingungen (des Raumes) voraus. Das Ergebnis eines solchen Umbruchs, nämlich die räumliche Verteilung der sich in neuen Bahnen neu organisierenden Gesellschaft,ist die natürliche Folge eines "inneren Rythmus"

[1)] Vgl. Castells (1977), S.229

[2)] Vgl. Lefèbvre (1972), S.7. Lefèbvres Ausführungen liegt außerdem der Fortschrittgedanke zugrunde, wenn er die verstädterte Gesellschaft als Virtualität bezeichnet, die heute potentiell, morgen jedoch tatsächlich ist.

dieser Entwicklung. Dieses ideologische Konstrukt lag den Anfängen der Stadtsoziologie zugrunde, die ihre Aufgabe darin sah, das urbane Gebilde als spezifische Form der sozialen Organisation und damit als Haupteinsatzfeld aller Untersuchungen der gesellschaftlichen Realität zu betrachten.

Da die großen Themen Urbanisierung und Urbanität als Kennzeichen der Moderne und somit des Fortschritts jenen theoretischen Gedankenkomplex darstellen, der großen Einfluß auf Planungstechnokraten ausübte und heute noch ausübt, ist eine eingehendere Beschäftigung mit den kulturphilosophischen Grundlagen der Stadtforschung vor allem wegen ihrer Erklärungsansätze im Hinblick auf die sozialräumliche Differenzierung wichtig.

"Das Fundament der Stadtgesellschaft besteht in der Neugruppierung einer zahlen- und ballungsmäßig bedeutenden Gemeinschaft, was eine mehr oder weniger rigorose Arbeits- und Funktionsteilung verlangt und Beziehungen zwischen den Untergruppen notwendig macht, die eigene Gesetzmäßigkeiten besitzen: sich zu unterscheiden und sich miteinander zu verbinden", liest man in einer Stadtuntersuchung des Hauptplanungsamtes der französischen Regierung.[1)] Hier suggeriert man die Idee, es handle sich dabei um das linear verlaufende, organische Wachstum einer einheitlichen Gesellschaft. Diese Sichtweise schließt jede Reflexion auf gesellschaftliche Widersprüche und Klassengegensätze aus, indem sie das ideale Bild einer integrierten Gemeinschaft entwirft, die einer ständigen natürlichen Evolution unterworfen ist. Was hier das Commissariat Général au Plan 1970 postuliert, steht ganz im Zeichen der klassischen Sozialökologie und ist damit ein Beweis ihrer Zählebigkeit.

Diese und ähnliche neuere Positionen in der Stadtforschung machen eine Beschäftigung mit den Klassikern notwendig, die

---

[1)] Vgl. Castells (1977), S. 74

dem Stadtmythos die theoretischen Grundlagen lieferten.[1)]

Robert Ezra PARKS Ausführungen zur Humanökologie fußen auf dem biologischen Konzept des "web of life" als integrierendem System aller lebenden Organismen und Ausdrucksformen ihres darwinistischen Kampfes um das Dasein. Zusammenfassend bringt er die Theorie der Humanökologie auf folgenden Nenner:

"Human ecology, in so far as it is concerned with a social order that is based on competition rather than consenses, is identical, in principle at least, with plant and animal ecology. The problems with which plant and animal ecology have been traditionally concerned are fundamentally population problems. Society, as ecologists have conceived it, is a population settled and limited to its habitat. The ties that unite its individual units are those of a free and natural economy, based on a natural division of labor. Such a society is territorially organized and the ties which hold it together are physical and vital rather than customary and moral."[2)]

Ernest W.BURGESS untersucht in seinem epochemachenden Aufsatz "The Growth of the City" (1925), wie soziale Organisation bzw. Desorganisation zustandekomme, und erklärt sie in Analogie zum anabolischen und katabolischen Prozess des körperlichen Metabolismus. Das Wachstum der Städte gehe einher mit einer räumlichen Differenzierung von Individuen und Gruppen, und zwar in sogenannten "konzentrischen Zonen",deren Mittelpunkt der CBD (Central Business District) bilde, um den sich aufeinanderfolgend die Kreise "Übergangszone", "Arbeiterwohnviertel", "Residentiale Zonen der Oberschicht und Mittelschicht" und "Pendlerzone" schließen. Diese Differenzierung in natürlich ökonomische und kulturelle Gruppierungen forme den Charakter

---

1) Zu neueren Ansätzen in der Sozialökologie vgl. Hamm (1979) und Stadtökologie (1978), beide sind Sammlungen verschiedener Aufsätze zu diesem Thema.

2) Theodorson (1961), S.29 Hervorhebungen sind von mir.

einer Stadt.[1)]

"For segregation offers the group ... a place and role in the total organization of the city life. Segregation limits development in certain directions, but releases it in others. These areas tend to accentuate certain traits, to attract and to develop their kind of individuals, and so to become further differentiated."[2)]

Die Arbeitsteilung veranschauliche diesen Prozeß von Desorganisation und Reorganisation und der sich dadurch ständig erweiternden Differenzierung. Die Mannigfaltigkeit verschiedener Lebensweisen ermögliche es dem städtischen Individuum - anders als dem ländlichen -, die für es adäquate soziale Welt zu finden.

Die Ursache für den in Unordnung geratenen Stoffwechsel einer Stadt sei in den Wanderungsbewegungen in die Agglomerationen bzw. im natürlichen Wachstum der Stadtbevölkerung zu suchen. Mobilität finde ihr Movens in der Abenteuerlust, die Befriedigung in dem Faszinosum Stadt suche. Hier gleitet BURGESS vollends ab in eine romantisch-ideologische Vorstellung von Stadt: "The great city, with its 'bright lights', its emporiums of novelties and bargains, its palaces of amusement, its underworld of vice and crime, its risks of life and property from accident, robbery, and homocide, has become the region of the most intense degree of adventure and danger,excitement and thrill."[3)] Daher weisen Regionen mit hoher Mobilität Charakteristika wie Jugendkriminalität, Bandenwesen, Armut, hohe Scheidungsraten, verlassene Kinder und Laster auf.Der beste Indikator für die Mobilitätsrate seien steigende Bodenpreise.

[1)] ebenda, S.41f.

[2)] ebenda, S.42

[3)] ebenda, S.43

Harvey W.ZORBAUGH konstruiert, von BURGESS ausgehend, die Theorie der "natural and cultural areas". Eingebunden in allgemeine ökonomische Verhältnisse, befinde sich das städtische Individuum im Wettbewerb mit jedermann und habe gemäß seiner Position im Kampf ums Dasein einen bestimmten Platz in einem "natürlichen Gebiet" der Stadt. Die Bodenpreise definieren die "natural areas" und "sortieren" die ihnen zugehörigen Bevölkerungsgruppen. "At the same time segregation re-emphasizes trends in value. Cultural factors also play a part in this segregation, creating repulsions and attractions. From the mobile competing stream of the city's population each natural area of the city tends to collect the particular individuals predestined to it. These individuals, in turn, give to the area a peculiar character. And as a result of this segregation, the natural areas of the city tend to become distinct cultural areas...".[1)]

Dieser Prozeß habe nicht das Geringste mit politischer Planung zu tun, sondern erfolge ganz natürlich wie das Wachstum eines Kristalls den inneren Kräften seiner Atome gehorchend. Diese Atome zu kontrollieren, müsse Teil der Stadtplanung und -verwaltung sein, was durch das Auseinanderklaffen von "natural areas" und "administrative areas" bzw. durch den ständigen Wandel der "natural areas" sich äußerst schwierig gestalte.[2)]

Amos HAWLEY kritisiert 1955 in seinem Aufsatz "Ecology as Human Ecology" die klassische Sozialökologie wegen ihres die Realität stark vereinfachenden Konkurrenzbegriffes bzw. ihrer simplizistischen Interpretation der Darwinistischen Metapher des Kampfes ums Dasein. Konkurrenz sei nicht das Zentralproblem der Ökologie, und die Überbetonung der Aspekte Raum und Zeit ein Mangel der Sozialökologie. Das mache ein Überdenken der grundlegenden Elemente der allgemeinen Ökologie

---

1) ebenda, S.47

2) ebenda, S.47

notwendig, um sie auf ihre Brauchbarkeit für die Soziologie hin zu prüfen. Da es sich bei dem Forschungsgegenstand der Ökologie um das Problem der Erhaltung sich ständig verändernder und vermehrender Organismen in einer sich andauernd wandelnden aber stets begrenzten Umwelt - also um Anpassungsmechanismen - handle, liege der Hauptakzent nicht auf Begriffen wie Konkurrenz und Raum, sondern auf jenem der Organisation.

Durch den allgemeinen Ansturm auf Ressourcen entstehen zwangsläufig spezifische Wechselbeziehungen zwischen Organismen, was ihnen eine effektivere Nutzung des Lebensraumes ermöglicht. "Da die so entstehende Arbeitsteilung dem Zustand des Gleichgewichts derart nahekommt, daß die Zahl der mit jeder einzelnen Tätigkeit befaßten Organisamen ausreicht, um alle vorhandenen Bedürfnisse zu befriedigen, erscheint die Summe der so vereinten Individuen als eine festgefügte, lebensfähige Einheit - als eine Art Superorganismus."[1)]

Ist diese Einheit zunächst auf die biotische Gemeinschaft bezogen, so wird sie mit folgender Begründung auf die menschliche Gesellschaft übertragen: "Der Mensch ist ein Organismus, und als solcher ist er von denselben Ressourcen abhängig, wird mit denselben elementaren Problemen konfrontiert und zeigt im wesentlichen die gleichen Reaktionen auf die Lebensbedingungen wie andere Lebewesen auch. ... Eine wichtige Qualifizierung ist allerdings notwendig: die außergewöhnlich hohe Flexibilität des menschlichen Verhaltens bedingt eine Komplexität und Dynamik in der menschlichen Gesellschaft, wie sie in der übrigen organischen Welt nirgendwo ihresgleichen findet."[2)] Allerdings, so räumt HAWLEY schließlich ein, sei die menschliche Gesellschaft nicht nur ein System symbiotischer Beziehungen, sondern auch durch psychologische und moralische Momente geprägt, die ökologisch nicht mehr darstellbar sind.

---

1) Hawley, in: Atteslander/Hamm (1974), S.120

2) ebenda, S.121f

Die Probleme der Sozialökologie seien vorwiegend Bevölkerungsprobleme bzw. das Problem der Morphologie kollektiven Verhaltens in einer sich verändernden und Anpassung fordernden Umwelt.[1] Damit qualifiziert sich Hawley letztlich als Fortführer der klassischen Sozialökologie.

Auch Walter FIREY gelingt es in seiner Kritik an der in klassichen Theorien praktizierten Reduktion aller raumbezogenen Aktivitäten auf ihren ökologischen Gehalt nicht, sich von den Positionen der Chicagoer Schule zu distanzieren.Dazu ist seine Absicht, Gefühle und Symbole als ökologische Variable in die Betrachtungen miteinzubeziehen, viel zu amorph. Tatsächlich ist jedoch dieser Versuch, den Raum als Träger bestimmter, zeitlich gebundener Symbole für spezifische kulturelle Werte zu begreifen, Zeichen für die Unzulänglichkeit der ökologischen Theorie.[2]

FIREYS Erklärung der Entstehung bzw. Persistenz von sozialen Milieus, homogenen Stadteinheiten und Slums auf einer ideologischen Ebene geht zwar einerseits an der Realität vorbei, denn nicht Gefühle und Symbole, sondern die disproportionale Verteilung von Bevölkerungsgruppen gemäß ihrer ökonomischen Position liegt der Bildung von städtischen Vierteln zugrunde, sie verweist aber andererseits auf die Möglichkeit, daß raumbezogene Wertvorstellungen im Sinne von Selbstdefinition einer Bevölkerungsschicht durchaus zur Differenzierung von Stadtteilen beitragen könne.[3]

10.1.3.2 Das städtische Milieu

Was nun das ideologische Movens für die Aussonderung bestimmter Bevölkerungsgruppen in spezifische Quartiere betrifft, so muß das Problemfeld von verschiedenen Seiten beleuchtet werden. Räumliche Selektion ensteht in Folge von sozial-ökonomischer

---

[1] ebenda, S.121

[2] Vgl. Firey, in:Atteslander/Hamm (1974), S.140ff

[3] Vgl. ebenda, S.140 und Castells (1977), S.107

Selektion. Die ökonomische Kapazität der Subjekte bestimmt deren Chance am Wohnungsmarkt und "leitet" sie "zwangsweise" in ein bestimmtes Wohnungsmarktsegment, das besetzt ist mit Subjekten, die ähnliche soziale und ökonomische Merkmale aufweisen. Das Quartier zeigt demnach starke Homogenität der Bevölkerung in bezug auf ökonomische, soziale, demographische, ethnische und kulturelle Momente und ist aufgrund der geballt auftretenden Merkmalskombination von außen erkennbar und etikettierbar. Handelt es sich um Angehörige unterer Schichten, so tritt bei den Stigmatisierenden ein ganzer Komplex ideologischer Einstellungsvariablen zum Phänomen Armut in Kraft, die sich zunächst ausschließlich an äußerlich wahrnehmbaren Charakteristika des Wohnraumes und der Person festmachen.[1)]

Von den verfallenen Häusern und der verwahrlosten Umgebung, die als negativ und "abnormal" empfunden werden, schließt der außenstehende Beobachter auf die Eigenschaften der Bewohner "Hinter den verwahrlosten Fassaden vermutet man verwahrloste Menschen, hinter den Fenstern mit den zerbrochenen Fensterscheiben faule, gleichgültige Bewohner, hinter dem Schrottplatz am Hof 'asoziale Typen'".[2)]

Segregation ermöglicht erst, daß das, was diese soziale Kategorie kennzeichnet, von außen wahrgenommen werden kann. Einmal erfaßt, bewirkt Segregation, daß "Person- und Verhaltenssymbole im Sinne der extrem schlechten Haussymbole auch dann negativ interpretiert werden, wenn objektiv nur wenig oder nicht mit Sicherheit interpretierbare Personsymbole und keinerlei Verhaltensabweichungen vorliegen".[3)]

Diskriminierungsbereitschaft erhöht die Kluft zwischen Wirklichkeit und Wirklichkeitskonstruktion. Laszlo VASKOVICS unter-

---

1) VASKOVICS S. 32

2) ebenda, S.75

3) ebenda, S.80f

suchte in Trier die Diskripanz zwischen Realität und Fiktion im Hinblick auf Obdachlosenquartiere anhand der Variablen Wohnverhältnisse, Wohndauer, Kinderreichtum, Arbeitslosigkeit, und Straffälligkeit bei segregierten Unterschichtfamilien und erhielt folgendes Ergebnis: negative Wohnverhältnisse und lange Wohndauer in Obdachlosensiedlungen werden unterschätzt, dagegen Straffälligkeit, Arbeitslosigkeit und Kinderreichtum deutlich überschätzt, wobei die Einschätzungswerte für Behörden und Verbände über jenen der Bevölkerung liegen. Diese Kluft zwischen Tatsächlichem und Vermutetem ist die Folge eines Zuschreibungsprozesses.[1)]

Das erklärt die Rückwirkungen der räumlichen Segregation auf den Arbeitsmarkt. Auch Integrationsmaßnahmen von staatlicher Seite unterliegen dem ambivalenten Schluß der "Bewährungsideologie", die abermals zur Stabilisierung von Segregationsstrukturen beiträgt. VASCOVICS konnte allerdings in Übereinstimmung mit anderen Untersuchungen zeigen, daß drei Viertel der Befragten sich gegen Segregation und für Mischung aussprachen, Diskriminierungen von seiten der Bevölkerung und Polizeieingriffe als effektlos ablehnten.

"Aber bevor integrierende Maßnahmen in Angriff genommen werden, sollen sich diese Leute einmal bewähren. Die Wohnung sauber halten und pünktlich die Miete zahlen (70% der Befragten), und überhaupt: Kosten dürfen irgendwelche Maßnahmen nichts. Man sollte diesen Leuten das Existenzminimum sichern, mehr nicht. Die Allgemeinheit sollte nicht dafür bezahlen, was einzelne verschuldet haben (61% der Befragten)."[2)]

Damit ist auch der Schuldzuschreibung Genüge geleistet: sie ruft wieder jene Natürlichkeitspostulate in Erinnerung, die

---

[1)] ebenda, S.80f

[2)] ebenda, S.86

den klassisch-ökologischen Studien zugrundelagen. Wie wenig diese Denkmuster zur Erklärung der Wirklichkeit beitragen, hat VASCOVICS am Beispiel einer Wohnungsmarktanalyse gezeigt. In der soziologischen Literatur wurde schon mehrfach nachgewiesen, daß die Einweisung in eine Obdachlosensiedlung nur selten auf eigenes Verschulden zurückgeführt werden kann. Die häufigsten Ursachen sind baupolizeiliche Sanierungsmaßnahmen, wirtschaftliche Schwierigkeiten oder Schicksalsschläge. Die Chancen dieser potentiellen Nachfrager am Wohnungsmarkt faßt VASCOVICS folgendermaßen zusammen: In einem Untersuchungszeitraum von Mai bis Juni 1973 gab es am Wohnungsmarkt von Trier etwa ein Drittel der angebotenen Wohnungen, die für die betroffenen Haushalte in Frage gekommen wären, sowohl hinsichtlich der Größe als auch der Miete (wobei diese ein Viertel des Nettohaushaltseinkommens ausgemacht hätte). Für ein zweites Drittel gab es Wohnungen in richtiger Größe (es handelte sich um Familien mit 2 bis 3 Kindern), sie entsprachen aber nicht den finanziellen Möglichkeiten der Familien. Für das restliche Drittel, meist Familien mit 6 und mehr Personen, fehlte jegliches Angebot, sowohl im Hinblick auf die Größe als auf die Miethöhe.[1)]

Stigmatisierung und Diskriminierung erhöhen und verfestigen die durch das ökonomische System hervorgerufene selektive Verteilung des Gutes Wohnung über die Stadtteile. Diese Verbindung von Produktionssystem des Raumes und Produktionssystem der Werte innerhalb der sozialen Praxis führen jene Hypothesen ad absurdum, die das Entstehen eines Wohngebietes ausschließlich der Projektion von Wertvorstellungen bestimmter Gruppen zuschreiben.

"Die Gesellschaft ist in der Tat kein reiner Ausdruck von Kulturen an sich, sondern die Ausdrucksform mehr oder weniger gegensätzlicher Interessen und somit der gesellschaftlichen

---

[1)] Vgl. ebenda, S.99f

Kräfte, die nicht in sich selbst bestehen, sondern immer und gleichzeitig in Beziehung zu etwas anderem. Das Wohngebiet ist auch keine leere Seite, auf das sich der Stempel der gesellschaftlichen Werte abdrücken wird. Es hat sich einerseits historisch entwickelt und ist andererseits mit der gesamten Gesellschaftstruktur und nicht nur mit der ideologischen Instanz verknüpft."[1] Daher ist es der eigentliche Gegenstand der Stadtforschung, diese Verflechtungen zwischen den Stadteinheiten und dem Entstehungsvorgang gesellschaftlicher Präsentation und Praktiken zu entdecken.

Ökonomische und ideologische Interessen scheinen auch den Verdrängungstechniken der Mittel- und Oberschicht im Citygebiet zugrundezuliegen: parallel zu Standortpräferenzen scheint der Versuch, gegen die allesverschlindende Massenkultur Reste der Zivilisation zu verteidigen, ein wichtiges Moment für die Konzentration dieser Bevölkerungsgruppen auf den CBD darzustellen. Räumlich gesprochen, müsse das Stadtzentrum vom physikalischen und sozialen Verfall verschont werden. Der Mythos der Stadtkultur als höchster Ausdruck der Moderne wird hier zur treibenden Kraft. Das Zentrum als Ort der Kultur und Tradition mit seinen Theatern, Konzertsälen, Treffpunkten, Museen und Luxusrestaurants bzw. vornehmen Geschäften ist ein Schlüsselpunkt der Selbstdefinition der bürgerlich-liberalen Intelligentsia.[2]

Zwar ist diese Hypothese nicht ohne weiteres beweisbar, zumal die auf ökonomischer Basis stattfindenden Veränderungen der Bevölkerungs- und Nutzungsstruktur den ideologischen Ansatz verbergen können. Die Sanierungsprogramme in den Universitätsvierteln einiger amerikanischer Städte, deren Ziel die Entfernung von Slums auf eine adäquate Distanz war, schienen jedoch vor allem auf Wertvorstellungen einer liberalen Mittelschicht zu beruhen.

---

[1] Castells (1977), S.110

[2] Vgl.Castells (1977), S.231f

10.1.3.3 Diskriminierung und Subkultur

Während diskriminierendes Verhalten Segregation einerseits hervorbringen und andererseits verfestigen kann, wirkt sich die Wahrnehmung dieser Haltung durch die Stigmatisierten und Diskriminierten ebenfalls verstärkend auf die sozialräumliche Differenzierung aus.

Handlungskonsequenzen von empfundener Diskriminierung können sich unterschiedlich ausprägen: etwa in Rückzugverhalten, Überanpassung, Aggressivität, Abweichungen usw. Untersuchungen haben die Hypothese, daß segregierte Bevölkerungsgruppen nicht nur das ihnen zugedachte Typisierungsmuster, sondern auch die dafür herangezogenen Erklärungen durch Schuldzuschreibung richtig einschätzen, bestätigt.[1)]

Diese Erfahrungen haben natürlich bestimmte Verhaltensweisen zur Folge. Zum einen neigen Angehörige unterer Schichten dazu, ihr Verhalten an den Wertvorstellungen des Mittelstandes zu orientieren und damit ihre Realität zumindest nach außen zu verschleiern, zum anderen kann es zu rigorosen Abschirmungsprozessen gegenüber der Außenwelt kommen. Die Frage nach einer möglichen Kompensation nach innen durch verstärkte Binnenbeziehungen im Quartier, das dadurch Schutz und Geborgenheit bietet, muß mit Vorsicht beantwortet werden.

Für Dieter KEIM sind folgende Phänomene Voraussetzung für eine "quartierspezifische Sozialität" unter den Bewohnern:

1. eine relativ hohe Dauer der Ansässigkeit von Quartiersbewohnern;
2. die Existenz vieler Verwandter in der näheren Wohnumgebung;
3. die Existenz vieler Quartiersbewohner mit niedrigem SES.

Die durch die Umsiedlungspraktiken der Städteerneuerer immer mehr reduzierte Wohndauer bzw. die allgemeine Relativierung

---

[1)] Vgl. Vascovics (1976), S.104

verwandtschaftlicher Beziehungen dürfte das homogene soziale Gefüge in zunehmendem Maße lockern.[1] Da jedoch die politisch-institutionelle Verwaltung von Armut und Elend nicht ausreicht, bleibt ein Netz von Absicherungen gleichwohl erhalten. Ob dies aber den Begriff der Subkultur rechtfertigt, ist zumindest fragwürdig, denn Segregation und Elend produzieren zwar Abriegelungstechniken, diese sind jedoch teilräumlich fixiert, traditional und partikularistisch auf Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen ausgerichtet. Es ist bekannt, daß Unterschichtangehörige stärkere Kontakte zwischen Verwandten und Bekannten pflegen als Mittelschichtfamilien. Die "externen" Sozialbeziehungen liegen aber nur geringfügig unter jenen von nicht segregierten Unterschichtfamilien. VASCOVICS konnte feststellen, daß segregierte Unterschichtfamilien in Notunterkünften zwar intensive nachbarschaftliche Beziehungen unterhalten, aber auch häufiger zu Konflikten neigen als nichtsegregierte.[2] Da es sich in den meisten Fällen um unfreiwillige Konzentration handelt, ist eine erhöhte Solidarität auch nicht unmittelbar einsichtig und ein Distanzierungsversuch weit verständlicher.

"Die räumliche Verdichtung der nachbarschaftlichen Beziehungen infolge engen Beisammenwohnens darf unseres Erachtens nicht als ein Indikator einer Subkultur gedeutet werden. Die hohe Bevölkerungsdichte dieser Siedlungen, die Anordnung der Wohnungen und der einzelnen Notunterkünfte lassen nur beschränkt eine freie Auswahl der Kontakte zu. Man kann sich gegenüber dem räumlich begrenzten Überangebot nur in dem Sinne wehren, daß man Kontakte innerhalb der Siedlung ganz vermeidet. So ist auch der Anteil der Familien, die keine intensiveren nachbarschaftlichen Kontakte haben, vermutlich aus diesem Grund, überraschend hoch (32%)."[3]

---

[1] Keim (1979a), S.67f

[2] Vgl.Vascovics (1976), S.114

[3] Vascovics (1976), S.114

Ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das in spezifischen Fällen zu Solidaritätshandlungenführen könnte, ist eine Mystifikation des Beobachters von außen. So verweist auch Dieter KEIM auf die hohe Konflikthaftigkeit innerhalb älterer Wohnquartiere zwischen Gruppen, die eine stärkere Abschirmung nach außen praktizieren, und jenen, die eine aktive Teilhabe an allgemeinen Reproduktionsbereichen bevorzugen, zwischen Subkulturgruppen und allgemeinen Interessensorganisationen, und warnt davor, Subkulturelelemente an der Gesamtbevölkerung eines Quartiers festzumachen.[1)]

Von Subkultur läßt sich nur dann sprechen, wenn sie ausdrücklich zur Lebensform wird, d.h. zum normativen Organisationsplan der menschlichen Existenz mit Regeln und Standards, die Minoritäten hervorbringen und leben, um die an sie gerichteten Anforderungen zu bewältigen. Dazu gehören laut KEIM folgende Charakteristika: die Explizitheit eines formulierten Entwurfs, Selektivität in bezug auf mögliche Lebensweisen und damit die Anerkennung von möglichen Alternativen, Totalität im Hinblick auf die Lebenspraxis, der Durchsetzungsdruck der Organisationsspitze gegenüber Gefolgschaften und die Ritualisierung von Handlungen.[2)]

Subkulturen die diesen Anforderungen entsprechen, können einerseits das Resultat eines extremen Abschirmungsprozesses einer sozial unterprivilegierten Gruppe sein, deren Lebensform die Bewältigungsmechanismen der sozialen Ungleichheit bestimmt und daher auch Konotationen des Kriminellen und Unsicheren tragen kann. (Schwerpunktmäßig mag das zutreffen, von einer Verabsolutierung dieser Sichtweise muß jedoch gewarnt werden) Andererseits können subkulturelle Tendenzen auch Ausdruck sozialer Bewegungen sein, im Sinne einer "wilden Kultur" [3)] von Jugendlichen und Studenten oder besser situierten jugendlichen

---

[1)] Keim (1979a), S.119

[2)] Vgl. ebenda, S.113f

[3)] Vgl. ebenda, S.115

Bewohnern, für die ältere Quartiere zum Bezugspunkt im Kampf gegen Massenkultur bzw. auf der Suche nach alternative Lebensformen bergenden Nischen werden. Hier ist also die ideologische Komponente für das Rückzugsverhalten ganz wesentlich, das unabhängig von ökonomischen Bestimmungsfaktoren im engeren Sinne verläuft.

Ein letzter zu erwähnender Punkt ist die Frage nach Interessensorganisationen innerhalb rückständiger Viertel. Welche gibt es und wie funktionieren sie? Drei Hauptstränge lassen sich definieren:

1. Interessen, die an das Eigentum gebunden sind und daher das klassische Eigentümer-Mieter-Verhältnis bestimmen. Zunehmend bedeutend wird allerdings die Verfügungsmacht über das Eigentum in den Händen großer stadtplanerischer Bauträger, Hausverwaltungen, Sanierungsbüros usw.
2. Interessen, die aus dem sozial- und bildungspolitischen Engagement der Kommunalverwaltung entstehen: die Interessen der Elendsverwalter einerseits und jene der Verarbeiter neuer Bildungsansprüche (z.B. Volkshochschulen).
3. Interessen sozialer Kontrollinstanzen (Polizei, Kontaktpersonen).

In stark segregierten und verfallenden Quartieren sind die beschriebenen Organisationen kaum vorhanden wegen der geringen Verwertungspraxis, des Verfallsprozesses (der allerdings systematisch von Interessensorganisationen außerhalb des Viertels betrieben wird) und schließlich wegen der Artikulationsunfähigkeit der Bewohner.[1)] Den genannten Formen der Interessensorganisation liegt die Vorstellung zugrunde, das Gebiet und dessen Bewohner seien von sich aus entwicklungsunfähig und daher leicht neuen Verwertungen zuführbar. Bis zur Erreichung des Umnutzungsstadiums müssen allerdings die in dem Quartier auftauchenden sozialen Probleme verwaltet, reguliert, unterdrückt werden.

[1)] Vgl. ebenda, S.117ff

10.2 Theorien und Modelle zur Erklärung sozialräumlicher Differenzierung

Eine Darstellung der drei klassischen Stadtmodelle von BURGESS, HOYT und HARRIS und ULLMAN läßt sich damit rechtfertigen, daß der Großteil aller folgender Stadtforscher bis in die neueste Zeit auf jene rekurrierten, sie erweiterten und miteinander verflochten oder auch im Gegensatz zu ihnen neue entwickelten, wodurch ein umfassendes, komplexes Begriffssystem entstand, dessen Bedeutung und Brauchbarkeit für die Auseinandersetzung mit urbanen Problemen diskutiert werden muß. Vorausgesagt sei, daß die meisten im folgenden dargestellten Modelle oder Modellansätze im wesentlichen heuristischer Natur sind und auch von ihren Autoren als solche intendiert waren. Die Konzentration auf spezielle, meist amerikanische Städte und auf einige wenige Variablen in einem bestimmten historischen, ökonomischen und demographischen Kontext relativiert den Wert dieser Theorien, die keineswegs ein für allemal und für alle möglichen Städte definiert sind.

10.2.1 Ernest W. BURGESS: Das Modell der konzentrischen Zonen

In seinen Aufsätzen "The Growth of the City" (1925) und "Urban Areas" (1929) formulierte BURGESS ein idealtypisches Modell zur Erklärung der Stadtentwicklung auf allgemeinster Ebene. Aus den Beobachtungen über Chicagos Entwicklungstendenzen gelangte er zu folgenden Annahmen und Hypothesen:

Die Großstadt, entstanden aus einer Agglomeration von Landstädten und Immigrantenkolonien konzentrierte ursprünglich alle Nutzungen in der City. Die in der Stadt hoch konzentrierte Stimulation, Voraussetzung für jedes Wachstum, bewirke eine Expansion der Stadt bzw. die Zunahme der Bevölkerung. Konzentration und Dezentralisierung seien die Folge. Daher könne die Hypothese aufgestellt werden: die Ausdehnung einer Stadt verläuft von innen nach außen und sie erfolgt tendenziell in alle Richtungen gleichmäßig.

Ferner nimmt BURGESS an, daß jede städtische Agglomeration eine innere Gliederung aufweist, die sich idealiter in einem Modell der konzentrischen Zonen abbilden läßt. Nutzungen und Bevölkerungsgruppen sind nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt; wenn diese sich ausdehnt drängen Bewohner, Betriebe und Einrichtungen in die jeweils nächste angrenzende Zone (Invasion und Sukzession). Die in der City angesiedelten Nutzungen zeigen die stärkste Ausdehnungstendenz. Ihre Expansion in die nächste äußere Zone impliziert eine Verdrängung der dort ansässigen Wohnbevölkerung.

Die Höhe der Einwandererzahl bestimme die Expansion der Stadt, die Vermehrung der industriellen Arbeitsplätze, Vermischung und Verfall der Zone 2 und schließlich das Überfluten der Bevölkerung von den Zonen 2 bis 5 in die jeweils anschließenden. Das kann auch Wanderungen jenseits des besiedelten Gebietes zur Folge haben. Ein natürlicher Bevölkerungszuwachs (die Geburtenrate übersteigt die Sterbequote) ist im Gegensatz zum künstlichen durch Zuwanderung sehr günstig für die Assimilation der Individuen an das Stadtleben.

Das Wachstum der Städte impliziert eine erhöhte Komplexität der Stadtstruktur bzw. eine Differenzierung ihrer Teile. Das bedeutet die Notwendigkeit größerer Kooperation zwischen den Gebieten und damit ein verstärkte Interdependenz.

Der ökonomischen Teilung der Arbeit entspricht eine Teilung der Bevölkerung in soziale Schichten, kulturelle Gruppen, Freizeitgruppen, und der beruflichen Differenzierung eine räumliche Segregation. Die städtische Expansion hat demnach eine Sortierung der Bevölkerung nach ihrem Wohnort und ihrem Beruf zur Folge.

Die Stadtgebiete betonen tendenziell gewisse Merkmale und ziehen dadurch bestimmte Individuen an, sie entwickeln die in ihnen lebenden Menschen und differenzieren sich so weiter (auf den ideologischen Gehalt dieser Position wurde schon in 1.3 eingegangen). Expandiert eine Stadt, so kommt es zur Herausbildung von Subzentren, die aber in ihrer Entwicklung von der

Dominanz des CBD abhängen. "Die gegenwärtige Großstadt ist ein zentralisiertes dezentrales System lokaler Gemeinden."[1)]

Ferner übt auch die georgraphische Lage einer Stadt Einfluß auf die Bevölkerungsverteilung aus: liegt sie in einer Ebene, so befinden sich die begehrtesten Wohngebieten am weitesten außerhalb, liegt sie in einer Hügellandschaft, so bevorzugt man die Hügelkuppen als Wohngebiete.

Eine Intensivierung der Stimuli fördere die Tendenz zur Verwirrung und Demoralisierung der Individuen. Hohe Mobilität zerstöre primäre Kontrollen: Gebiete des Lasters und der Unmoral entstehen (vorwiegend in der Zone 2).

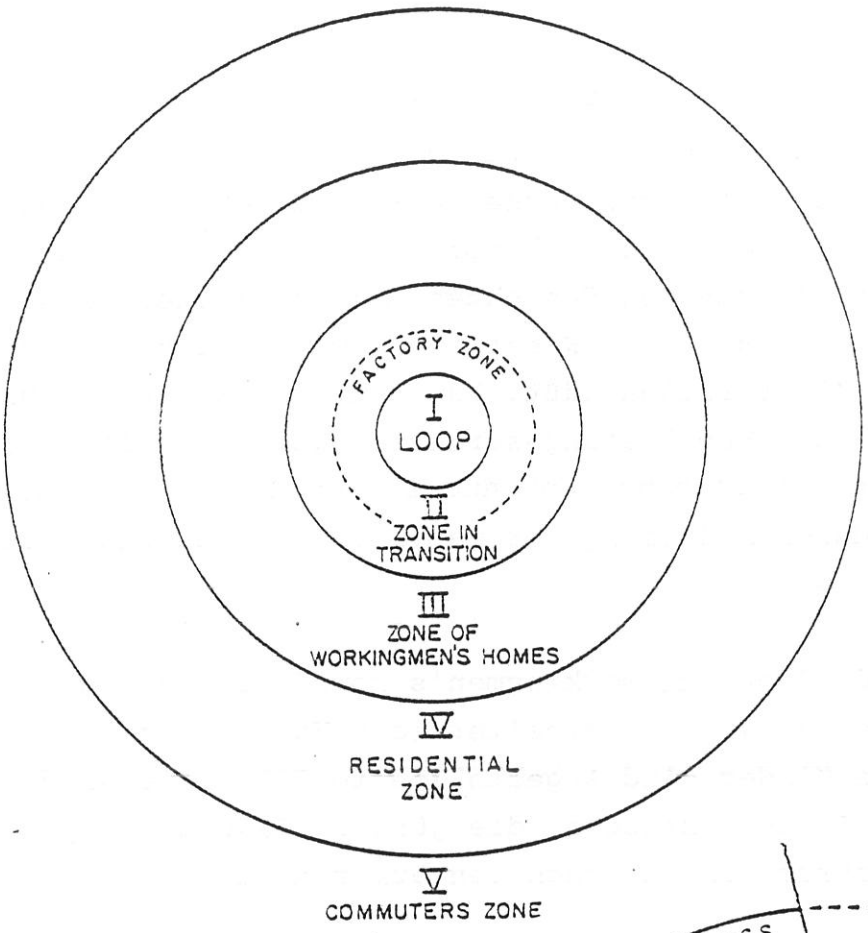
Die gemeinschaftliche Benutzung der grundlegenden Infrastruktureinrichtungen (Gas, Wasser, Elektrizität usw.) schaffen zwar eine gewisse Solidarität zwischen den Bewohnern, nicht aber eine kulturelle Einheit.

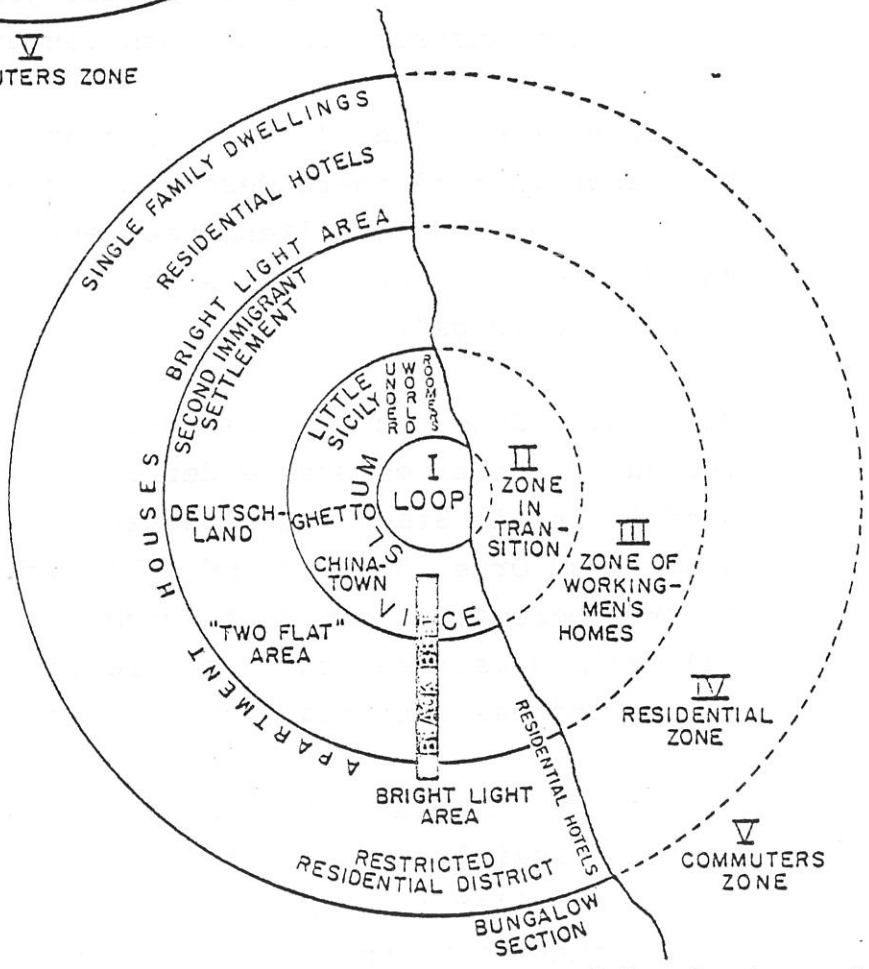
Von diesen Annahmen ausgehend, konstruiert BURGESS folgendes Modell (s.Abb. S.): Zone I, der CBD, ist die räumlich begrenzteste Einheit. Als Brennpunkt der Stadt vereinigt er in sich alle kommerziellen , sozialen und kulturellen Interessen der Stadt. Auf Grund seiner Bedeutung als Zentrum und seiner allgemeinen Erreichbarkeit (die gesamte städtische Transportplanung ist auf ihn ausgerichtet) sind die Bodenpreise hier am höchsten, daher können sich hier nur jene Aktivitäten halten, deren Profite oder Profiterwartungen hoch genug sind.

Zone II, die sogenannte "zone in transition", ist ein Wohngebiet im Verfallsstadium, das auf das Eindringen der Leichtindustrie und der Geschäfte zurückgeht. Die verfallenden Häuser beherbergen Wohnpensionen ("rooming houses"), Spielclubs und Vergnügungs-

---

[1)] Friedrichs (1981), S.102





Redrawn from the original.

CHART II—Urban areas.

Quelle: Theodorson (1961)

lokale. Die Zone ist potentielles Erweiterungsgebiet des CBD, und sein Verfall daher noch unerwünscht. Vor dem Abbruch wollen die Eigentümer noch möglichst hohe Gewinne durch Überbelegung der Wohnungen erzielen, was sich nur mit Zuwanderern, Angehörigen unterprivilegierten Schichten und rassischer Minderheiten, Armen, aber auch mit Künstlern und Intellektuellen ("Latin quarter") erreichen läßt. Bauliche Verschlechterung ziehe auch jene der Bevölkerungsstruktur nach sich. Die Folge ist soziale Desorganisation, gekennzeichnet durch Armut und Kriminalität, durch Auflösung der Familienstruktur und geringe soziale Kontrolle.

Die dritte Zone ("zone for workingmen's home") ist das Wohngebiet der "respektablen" Facharbeiter (der Vater arbeitet in der Fabrik, die Kinder sind Angestellte im CBD). Sie sind meist aus Zone II aufgestiegen, die jüngere Generation plant bereits den Ausbruch in den nächsten äußeren Ring.

In der vierten Zone ("zone of better residences") wohnt die Mittelschicht: kleinere Geschäftsleute, Freiberufler, Angestellte. Neben Einfamilienhäuser entstehen Apartmenthäuser und Wohnhotels, entwicklen sich lokale Geschäftszentren (sog. "satellite loops").

Die fünfte Zone ("commuters zone") liegt bereits außerhalb der administrativen Grenze der Stadt, die Arbeiterbevölkerung pendelt in die Stadt zum Arbeitsplatz. Es sind meist kleinere Städte und Orte, Suburbs und Schlafstädte. BURGESS stellt eine starke Segregation zum restlichen metropolitanen Gebiet fest. Außerhalb dieser fünften Zone liegen das landwirtschaftliche Gebiet und das Hinterland der Großstadt.[1)]

Das wohlbedeutendste Ergebnis des Versuchs BURGESS', physischen Raum und Sozialraum in Beziehung zu setzen und diese Beziehungslinien modellartig nachzuzeichnen, sind die Hypothesen des städtischen Wachstums, eines von der City ausgehenden Expan-

---

[1)] Vgl. Theodorson (1961), S.37-44 und Firedrichs (1981), S.101ff

sions- und Verdrängungsprozesses, und der internen Differenzierungen der Stadt- und Bevölkerungsstruktur. Abgesehen von methodisch problematischen Untersuchungskriterien, wie etwa die mangelnde Kontinuität in der Variablen-Konzeption, ist der gesamte Ansatz so idealtypisch konstruiert, daß er schon bei der Anwendung auf amerikanische Städte fragwürdig wird. In europäischen Städten können gerade im Stadtzentrum, also dem Ausganspunkt der These von BURGESS, Verhältnisse herrschen, die das Modell unbrauchbar werden lassen: so z.B. der auch für Wien belegbare hohe Anteil der Mittel- und Oberschicht an der Bevölkerung der City und des Cityerweiterungsgebietes. Das bedeutet nicht nur eine Umkehrung des Zonen-Modells, sondern auch ein Festhalten gewisser Schichten an traditionellen Wertvorstellungen.[1] Allerdings hat auch BURGESS selbst auf die Möglichkeit von "distorting factors" seines Modells hingewiesen und das Überleben bestimmter, an ein Gebiet gebundener, Traditionen in Betracht gezogen. So würde das Zonen-Modell für vorindustrielle Städte, deren Zentrum eine überragende Bedeutung gegenüber der Peripherie hatte, nicht gelten. Aber auch lateinamerikanische Metropolen entwickelten und entwickeln sich im Gegensatz zu BURGESS' Annahmen: da die Oberschicht in Citynähe wohnt, während sich Slums an der Peripherie und in den Suburbs ausbreiten (favelas, barrios), muß die Hypothese, der Status der Wohnbevölkerung steige vom Zentrum zur Peripherie, in das Gegenteil verkehrt werden.[2]

Ein weiterer Einwand gegen das Zonen-Modell ist die unzulängliche Abgrenzung der Zonen. Durch fehlende Angaben zu deren Größe lassen sich über die innere Homogenität, die mit dem Flächenmaß variieren kann, nur Vermutungen anstellen. Was die sozialökologische Annahme des Gradienten, entlang dem die Werte der Variablen Dichte, Bodenpreise, Kriminalität, Geisteskrankheit usw. vom CBD zum Stadtrand kontinuierlich sinken,

---

[1] Vgl. Lins (1974), S.86

[2] Vgl.Friedrichs (1981), S.112

betrifft, so ist das Argument verschiedener BURGESS-Kritiker, man brauche dazu keine spezifisch abgegrenzte Zone, sondern könne beliebige bilden, durchaus plausibel.[1)]

Über die Gültigkeit der Theorie für hoch-industrielle Städte wird erst nach der Darstellung der anderen beiden klassischen ökologischen Ansätze und im Zusammenhang mit diesen zu diskutieren sein.

10.2.2 H. HOYT: Das Sektorenmodell

HOYT, auf den sich zahlreiche Kritiker von BURGESS berufen werden, untersucht 1939 Veränderungen in der Lage von Wohngebieten der oberen Mittelschicht und der Oberschicht in 30 nordamerikanischen Städten im Zeitraum von 1900 und 1936.[2)] Folgende Annahmen bilden den theoretischen Raster für das sogenannte Sektoren-Modell:

Die räumliche Verlagerung von Wohngebieten hoher Miete beeinflußt das Wachstum der Städte insofern, als teure Wohngegenden die Stadtentwicklung in ihre Richtung lenken. Die Expansion von Stadtgebieten unterschiedlicher Miethöhe folgt einem "sektoralen" Muster vom Zentrum zur Peripherie. Diese Sektoren verbreitern und verlängern sich gemäß dem Wachstum der Stadt. Wird ein Sektor als Wohngebiet einmal von einer bestimmten Mietklasse besetzt, so bleibt er in ihrem Besitz auch bei kontinuierlicher Ausdehnung der Stadt.

Wohngebiete der Mittel- und Oberschicht verlagern sich vom CBD zum Stadtrand hin, auch weil diese Einkommensschichten nicht in schon bebaute und dann verlassene Gegenden ziehen, sondern in unberührtem Gebiet selbst bauen wollen.

Die von der Mittel- und Oberschicht verlassene Wohngegend wird durch den "Filtering-Prozeß" von Bevölkerungsgruppen

---

1) Vgl.ebenda, S.112

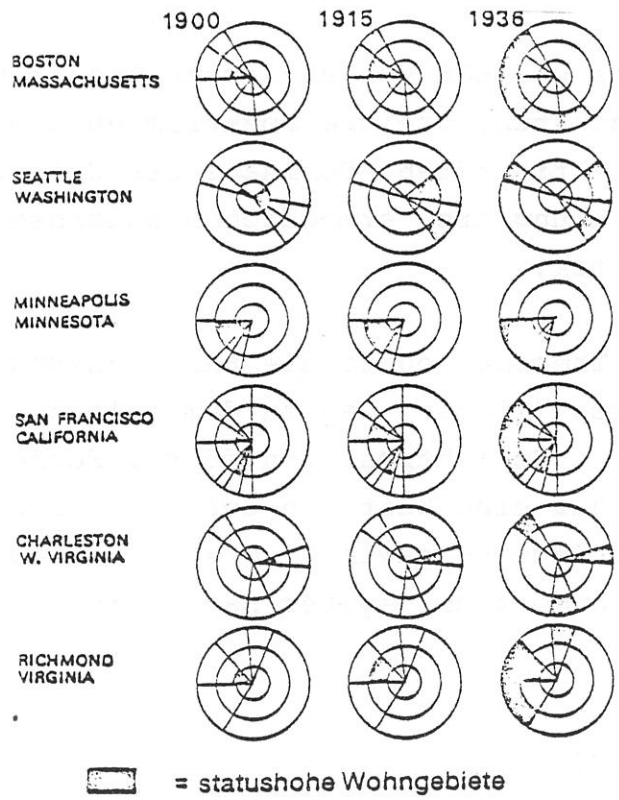
2) Vgl.ebenda, S.107

mit dem nächstniedrigen Status als neues Gebiet bevorzugt.

Eine Ausdehnung von teuren Wohngebieten erfolgt erstens entlang der bestehenden Verkehrswege, da obere Einkommensschichten einen raschen Transport zu den Siedlungskernen bzw. zu den Handelszentren benötigen, zweitens in Richtung auf freies, höher gelegens Land bzw. in Richtung auf freie Landschaft, und schließlich drittens in Richtung auf die Wohnstandorte der statushöchsten Bewohner der Stadt (Community leaders).

Grundstückmakler können diese Entwicklung nur insofern beeinflussen, als sie durch die Erschließung von Gebieten in der Verlängerung des Sektors den Trend verstärken oder seitwärts verschieben. Die Ausdehnung des tertiären Sektors erfolgt in Richtung der ehemals teuren Wohngebiete und verschiebt dadurch die statushohe Wohnbevölkerung entlang des Sektors. In wenigen citynahen Wohngebieten können später teure Apartmentgebäude entstehen.[1)]

Abbildung: Veränderungen in den Standorten statushoher Wohngebiete (HOYT 1939, S. 115)



1) Vgl.ebenda, S.107

HOYT beschränkt seine Analyse auf eine spezielle Nutzung, nämlich auf Wohngebiete hoher Miete, da er Veränderungen in der Stadtentwicklung nur im Zusammenhang mit der Wahl von Wohnstandorten hoher Einkommensschichten als einzigem Movens betrachtet. Zwar wird auch die Ausdehnung des tertiären Sektors bzw. die über den Filtering-Prozeß in die verlassenen Wohngebiete gelangten Bevölkerungsgruppen mit niedrigem SES mitbedacht, den Angelpunkt der Argumentation bildet jedoch die Verteilung teurer Wohngebiete.

Ursprünglich befinden sich Wohnungen und Häuser in jenem Sektor des Stadtkerns, der in nächster Nähe zu Banken und Ämtern bzw. am entferntesten von Industrieanlagen und Warenhäusern liegt. Bei städtischer Expansion tendieren "high rent areas" aus verschiedenen Gründen zu axialer Erweiterung stadtauswärts entlang den Hauptstraßen, was auf die Bedeutung des Transports zurückzuführen ist. Da diese Entwicklung eng verbunden ist mit jener der Transporttechnologie, verläuft der Expansionsprozeß nicht linear, sondern fächer- oder keilförmig. Gegen die Peripherie hin werden die Sektoren immer breiter.[1)]

Im Grunde geht HOYT wie BURGESS von ähnlichen Annahmen aus: starkes Bevölkerungswachstum, breites Spektrum an kommerziellen und industriellen Aktivitäten, Dominanz der City und schließlich das Entwicklung erst ermöglichende laissez faire in Wirtschaft und Politik.

Zu den Mängeln seiner Theorie gehört die Beschränkung auf einen einzigen Indikator (Miete), was zu dem falschen Schluß von der Miethöhe auf die Schichtposition führt. Ferner bezieht sich das Modell auf eine Zeit, in der der Privatverkehr erst langsam an Bedeutung gewinnt. Die Entwicklung dieses Faktors hat die Wohnstandortwahl später nachhaltig beeinflußt.[2)]

[1)] Vgl. Lins (1974), S.87

[2)] Vgl. ebenda, S.88

Wie an BURGESS muß auch an HOYT die Unklarheit in der Abgrenzung und in der Definition der Sektoren kritisiert werden.[1] Auf die Bedeutung dieser Theorie in Verbindung mit dem Zonen-Modell und der Mehrkernthese von HARRIS und ULLMAN in späteren sozialökologischen Untersuchungen werden wir noch eingehen.

10.2.3 HARRIS und ULLMAN: Die Mehrkerntheorie

Die Mehrkernthese beabsichtigt nicht, ein allumfassendes und -erklärendes Muster für die Stadt schlechthin zu liefern, es soll vielmehr zur Untersuchung von Stadtstrukturen beitragen, die von historischen, geographischen und ökonomischen Faktoren her ganz unterschiedliche Erscheinungsformen annehmen können. Es ist unter diesen Voraussetzungen wohl das geeignetste unter den klassischen Modellen, auch Strukturen europäischer Städte erklären zu können.

Ausgangspunkt ihrer Argumentation ist die Unterscheidung dreier Typen von Städten nach ihrem Aufgabenbereich:

1. zentrale Orte mit einem vielfältigen Dienstleistungsangebot;
2. die sogenannten Transport- oder Güterumschlagstädte;
3. die spezialisierten Städte, deren Spezialisation von den jeweiligen besonderen Ressourcen abhängt: dementsprechend lassen sich Bergbau-, Produktions- oder Erholungsstädte unterscheiden.

In den Städten gruppieren sich die verschiedenen Bodennutzungsarten nicht um einen einzigen Kern, etwa dem CBD von BURGESS und HOYT, sondern um mehrere nuclei, deren Existenz und Anzahl von der historischen Entwicklung, den "Spezialisierungskräften" und der Größe einer Stadt abhängen. Folgende vier Faktoren bestimmen die Entstehung der Kerne:

1. Bestimmte Aktivitäten erfordern bestimmte Einrichtungen und Standorte (Transport, Verkehr usw.);

---

[1] Vgl. Friedrichs (1981), S.112

2. Bestimmte Aktivitäten ziehen einander an, weil sie dadurch profitieren;

3. Bestimmte Aktivitäten schließen einander aus (Schwerindustrie und Wohnstätten statushoher Bevölkerung);

4. Schließlich bestimmt die unterschiedliche Möglichkeit einzelner Aktivitätsbereiche, hohe Mieten zu bezahlen, deren Standortwahl (flächenintensiver Großhandel, Wohnstätten der Unterschicht usw.)[1)]

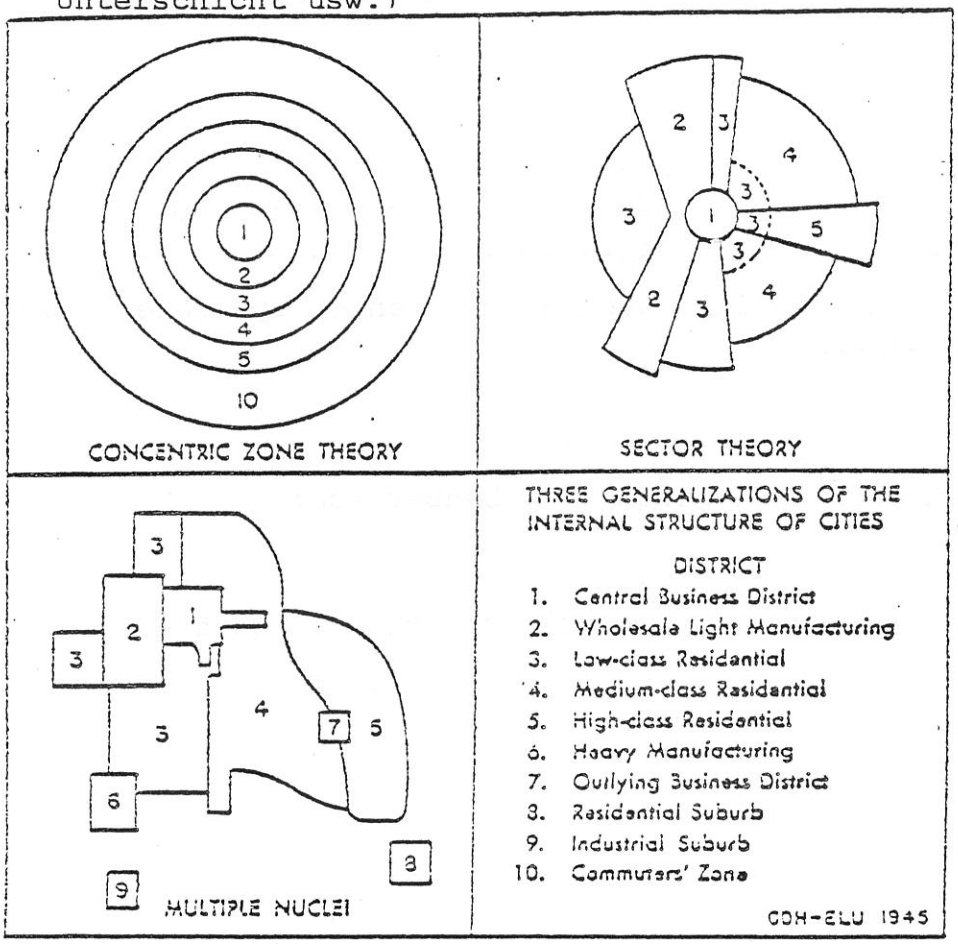


Fig. 1. Generalizations of internal structure of cities. The concentric zone theory is a generalization for all cities. The arrangement of the sectors in the sector theory varies from city to city. The diagram for multiple nuclei represents one possible pattern among innumerable variations.

Quelle: Lins (1974)

[1)] Vgl. ebenda, S.109 und Lins (1974), S.90

Das Idealbild amerikanischer Städte weist im zentralsten Kern den CBD auf, um den sich die weitern nuclei in stets variierender Anordnung gruppieren können: der Großkauf- und Leichtindustriedistrikt, der Schwerindustriedistrikt, der Wohndistrikt (Wohngebiete unterer Schichten liegen meist in der Nähe von Fabriken und Eisenbahnanlagen, während Oberschichtgebiete sich in ruhiger Lage, entfernt von Emissionen, an Hügelrändern usw. befinden), kleinere Kerne (kulturelle Zentren, Parks, Einkaufzentren, kleinere Industriezentren), residentielle oder industrielle Suburbs und Satelliten.

Das wichtigste Ergebnis dieses Entwurfs ist die Relativierung der für BURGESS und HOYT nahezu ausschließliche Bedeutung der Bodenwerte für die funktionelle Segregation durch die Berücksichtigung historischer Entwicklungsfaktoren, die verwoben mit geographischen und topographischen Charakteristika bzw. mit der funktionalen Interdependenz die konkrete Raumstruktur beeinflussen.

HARRIS und ULLMAN haben ihre Überlegungen im wesentlichen auf Standortfragen von Betrieben ausgerichtet, ihre Anwendbarkeit auf Probleme wohnräumlicher Segregation wird dadurch relativiert. Ferner sucht man umsonst nach einer klar umrissenen Definition des Begriffs Kern, der sich in jenen der "Konzentration von Nutzungen" zu erschöpfen scheint. Es ist von Distrikten die Rede, nicht von Kernen. Die Gültigkeit des Ansatzes liegt wohl vor allem in der Öffnung der Betrachtungsperspektive auf kleinere Räume der Stadt, vor allem im Hinblick auf die Mischung bzw. die Entmischung von Funktionen, die auch die Sozialstruktur eines Gebietes beeinflussen.[1)]

Für alle drei klassischen Modelle gilt: "Zonale und sektorale Verteilungsmuster bestehen für unterschiedliche Variablen zu unterschiedlichen Zeitpunkten der Stadtentwicklung." Daraus

---

[1)] Vgl. Lins (1974), S.91

ergibt sich die wesentliche Forschungsfrage, "unter welchen Bedingungen der sozialen und räumlichen Organisation sich welche Variablen zonal und sektoral verteilen."[1] Die Verteilung von Bevölkerungsgruppen und Nutzungen erfolgt in Abhängigkeit von den Faktoren Zeit und Entwicklung auf dem Energiesektor, in der Transport- und Kommunikationstechnologie.[2] FRIEDRICHS schließt daraus eine zunächst zonale, dann jedoch konzentrische Verteilung, "wenn eine fortgeschrittene Technologie die Erreichbarkeit der Sektorenzwischenräume erhöht und hierdurch die Zwischenräume geschlossen werden."[3]

10.2.4 Modellkombinationen: CHOMBART DE LAWE und MACKENSEN

Einen anregenden Versuch, anhand des kombinierten Begriffsapparates der klassischen Sozialökologie ein Verteilungsmuster für eine europäische Stadt zu konstruieren, unternahm CHOMBART DE LAUWE für Paris zwischen 1952 und 1964. Ausgangspunkt ist die Annahme, vor dem Studium des Sozialraumes den räumlichen Raum zu definieren, zumal sich in diesem die vielfältigen Bevölkerungsgruppen orten lassen. So weist die städtische Agglomeration Umrisse auf, die man zwar nicht als klare Linien identifizieren kann, deren Entwicklung aber dennoch im topographischen Raume verfolgt werden kann.[4]

Ferner gliedert CHOMBART DE LAUWE den erstmals abgesteckten Gesamtraum in "Zones d'habitat" und "secteurs sociaux". Doch nicht die Schichtungsgrenzen des BURGESS-Modells machen diese Zonen sichtbar, sondern die Grenzen unterschiedlichen Verhaltens innerhalb einer Schicht. Das Verhalten ist das Resultat eines Zusammenwirkens von demographischen, ökonomischen und

---

[1] Friedrichs (1981), S.119

[2] Vgl. Lins (1974), S.91

[3] Friedrichs (1981), S.119

[4] Vgl.Lins (1974), S.98f

technischen Merkmalen und deren historischen Bedeutung. Die Sektoren sind räumliches Abbild der Schichtunterschiede. Zonen und Sektoren überlagern sich und schaffen neue ökonomische und soziale Gliederungen im Raum.[1)]

Außerdem, und hier bezieht CHOMBART DE LAUWE auch die Mehrkern-Theorie mit ein, existieren interdependent vom CBD sekundäre Kerne, bedingt durch die verlagerten ökonomischen Aktivitäten in Produktion, Verkehr, Konsumtion usw. Schließlich fokussiert er den Blick auf die kleinste städtische Einheit: das Quartier bzw. auf Gruppen von Quartieren und deren Homogenität in bezug auf ethnische oder andere Konzentrationen. Der räumliche Rahmen mit seinen Angrenzungen, Unterteilungen und Anziehungspunkten liefert die Grundlage für die Analyse des Sozialraumes.

Auch für eine Untersuchung der Stadtentwicklung Dortmunds verwendeten die Autoren eine Kombination der drei klassischen Modelle. Man unterteilte den Großraum in drei Einheiten: Stadtmitte, Weichbild und Gürtel. Das Weichbild wird sektoralen Gliederungseffekten gemäß abermals in Bürgerstadt und Vorstadt, der Gürtel in Wohnmark und Kohlenmark unterteilt. Die Wohnmark erscheint in Verlängerung der Bürgerstadt, die Kohlenmarkt in Verlängerung der Vorstadt. Die Beschreibung der sozialdemographischen und baulichen Struktur mündet in das Ergebnis einer strengen Zweiteilung der Stadt in den Sektor statushöherer und jenen statusniedriger Bevölkerungsschichten.

Die Studie verwies auch auf einen Sachverhalt, der für europäische Ballungsräume typisch zu sein scheint: die Bedeutung von Nebenkernen, die durch Eingemeindungen entstehen. Die ehemaligen Ortskerne verlieren zwar ihren Dorfcharakter durch das Eindringen städtischer Nutzungsstrukturen, sie können jedoch im Laufe der Entwicklung die Funktion von Unterzentren übernehmen. Deren Ätiologie ist allerdings anderer Natur als jene,

---

[1)] Vgl. ebenda, S.98

die HARRIS und ULLMAN für ihr Modell erarbeitet hatten.[1] Auch in Wien muß der Stellenwert von Subkernen in den Randbezirken als Resultat des Zusammenfließens von Stadt und ländlichen Zentren genauer beleuchtet werden.[2]

10.2.5 Neuere Ansätze: MARSHALL und JIOBU

Neben den oben beschriebenen sozialraumanalytischen Entwürfen entstehen Theorie-Konstruktionen, die immer weiter abrücken von den idealtypischen, die urbane Gesamtheit erklären wollenden Stadtmodellen und entweder eine Reduktion des Untersuchungsfeldes oder des Merkmalraumes vornehmen bzw. konzeptuelle und kausale Elemente zu vereinen suchen.

Das Pfadmodell von MARSHALL und JIOBU (1971 und 1975) zur Erklärung der Wohnsegregation von Farbigen in den USA, anhand der Variablen Anteil Nicht-Weißer, Zahl der Nicht-Weißen, Berufs- und Einkommensungleichheit, brachte folgendes Ergebnis: "Mit steigendem Anteil Farbiger, steigender Zahl und gegenüber den Weißen größerer Zunahme verringert sich die berufliche und die ökonomische Ungleichheit, während sich die Segregation erhöht."[3]

Als Erklärungen bieten die Autoren die Vorurteilshypothese und die Subkulturhypothese an. Die erste lautet: "Je größer der Anteil einer statusniedrigen Minorität an der Gesamtbevölkerung einer Stadt, desto stärker die Vorurteile der Majorität gegenüber der Minderheit."[4] Daß die Konzentration einer homogenen Bevölkerungsgruppe diese sichtbarer und damit auch stigmatisierbarer werden läßt, wurde auch von VASCOVICS bestätigt. Hier ist das Problem noch etwas anders gelagert: warum der Zugang

---

[1] Vgl. ebenda, S.99f

[2] Vgl. Backé (1968) und Gisser/Kaufmann (1972)

[3] Friedrichs (1981), S.169

[4] ebenda, S.269

für Schwarze zu bestimmten Berufen und Einkommen erleichtet, jener zu Wohnstandorten erschwert wird, erklärt man mit der sinkenden Bereitschaft von Hausbesitzern und Maklern bei erhöhtem Druck der Farbigen auf die Wohngebiete der Weißen, Häuser und Wohnungen an sie zu verkaufen oder zu vermieten. Außerdem vermutet man bei Weißen eine größere Toleranz gegenüber Farbigen am Arbeitsplatz als am Wohnort, zumal am Arbeitsplatz Interaktionen stark formalisiert und dadurch begrenzt, im Wohnbereich jedoch informell und daher unbegrenzter sind[1].

Die Subkulturhypothese geht von folgenden Annahmen aus: "Je größer der Anteil einer (ethnischen) Minorität an der Gesamtbevölkerung einer Stadt, desto vielfältiger deren kulturspezifische Gelegenheiten.

Je vielfältiger die Gelegenheiten, desto stärker sind die Gelegenheiten räumlich konzentriert.
Je stärker die Gelegenheiten räumlich konzentriert sind, desto stärker die räumliche Konzentration der Minorität."[2]
Wie weit diese Hypothesen die europäische Situation der Gastarbeiter erklären können, bedarf einer Prüfung der Verhältnisse. Während in Berlin-Kreuzberg mit der Ghettoisierung der türkischen Bevölkerung die Herausbildung einer homogenen Subkultur plausibel erscheint, kann für Wien nichts Ähnliches behauptet werden.

10.2.6 B.S. MORGAN

Auf britische Verhältnisse bezogen, ist die Studie von MORGAN (1975) über die Segregation von 4 Berufsgruppen auch für kontinentaleuropäische Länder interessant. Folgende Variablen üben laut MORGAN auf das Ausmaß der Segregation einen direkten positiven Einfluß aus: Größe, Dichte, Anteil der Auspendler, Anteil kommunaler Wohnungen, Wachstum, Anteil Professionen und Manager. Das Ergebnis läßt sich grob zusammenfassen: Größe und

---

[1] Vgl. ebenda, S.269

[2] ebenda, S.269

Anteil P/M erklären zusammen 60% der Varianz der Segregation. Dagegen ist die Wirkung der anderen Variablen sehr begrenzt.

MORGANS Erklärungen für diesen Sachverhalt sind sozialpsychologischer Natur: erstens bestimme der steigende Anteil der P/M das Aspirationsniveau der Angestellten, sodaß zwischen den beiden Berufsgruppen starke Konkurrenz um Wohnstandorte entstehen während zweitens die beiden Arbeitergruppen sich in geringerem Maße oder gar nicht an dieser Konkurrenz beteiligen können, es auch gar nicht wünschen, da für diese Gruppen die Wohnung nicht die Funktion der Statusrepräsentation habe.

MORGAN erweitert seine These, indem er die Stadt aufgrund ihres funktionalen Spezialisierungsgrades klassifiziert. Die Eingliederung in eine wirtschaftliche Skala erfolgt nach dem überdurchschnittlichen Anteil der in einer bestimmten Branche männlichen Beschäftigten. Auch diese Zusatzannahme bestätigte den engen Zusammenhang von Segregation und Anteil P/M, denn die ökonomische Basis einer Stadt bestimmt auch den Anteil P/M und dieser wiederum den Segregationsgrad.[1)]

MORGANS Hinweis auf die Bedeutung sozialpsychologischer Faktoren zur Erklärung städtischer Veränderungsprozesse ist zweifellos wichtig, offen bleibt jedoch die Frage, ob nicht die durch den Anteil P/M auftretenden Einkommensunterschiede Segregationsmechanismen weit besser erklären als das die Wohnstandortwahl bestimmende Prestigedenken.

10.2.7 Jürgen FRIEDRICHS: Ein Modellvorschlag für die BRD

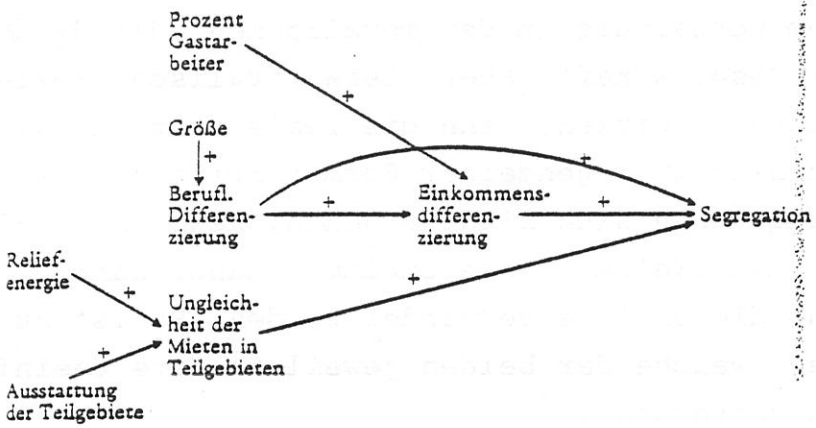
Jürgen Friedrichs hat für die BRD zwei Kausalmodelle zur Erklärung von Segregationsprozessen entworfen und dabei die Ebenen Stadt und Individuen unterschieden (s. Abb.S.57)

Zunächst ist ein kurzer Abriß der theoretischen Fragestellungen, die Friedrichs Modellkonstruktion vorangehen, notwendig.

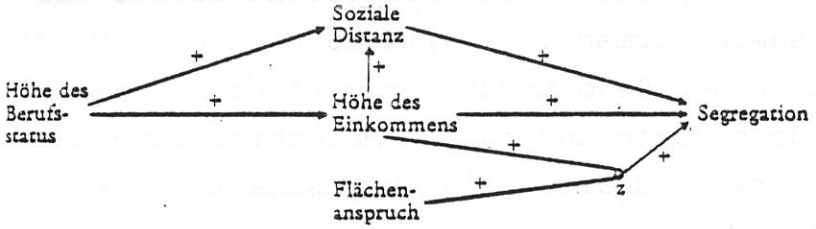
[1)] Vgl. ebenda, S.270ff

Abbildung 31: *Kausalmodelle zur Erklärung der Segregation von Berufsgruppen unterschiedlichen sozialen Status*

a) *Ebene Stadt (Aggregatdaten)*



b) *Ebene Individuen*



Quelle: Friedrichs (1981)

Das Prinzip sozialer und räumlicher Differenzierung ist die Arbeitsteilung im Durkheimschen Sinne. DURKHEIM geht von der Annahme aus, vor jeder Arbeitsteilung herrsche eine Sozialstruktur, die auf der Gemeinsamkeit von Gefühlen und Glauben beruhe und sich in Verwandtschafts- und Clanverhältnissen äußere. In einem langsamen Wandlungsprozeß, den DURKHEIM weder präzisiert, noch begründet, löst sich diese homogene Struktur auf und formiert sich neu in einer heterogenen "organischen Solidarität"[1)] mit spezifischen Aufgaben und gegenseitigen Abhängigkeiten, wobei ein Teil, die Handlungen des anderen "moderiert".

"Die Arbeitsteilung entwickelt sich daher, indem mehr Individuen hinreichend in Kontakt miteinander sind, um aufeinander zu

---

[1)] zit. in: Friedrichs (1981), S.64

zu agieren und zu reagieren. Wenn wir uns darauf einigen, diese Beziehungen und die hieraus resultierenden aktiven Geschäfte dynamische und moralische Dichte zu nennen, so können wir sagen, das Fortschreiten der Arbeitsteilung stehe in direktem Verhältnis zu der moralischen oder dynamischen Dichte der Gesellschaft. Aber diese moralische Beziehung kann sich nur dann auswirken, wenn die reale Distanz zwischen den Individuen sich in irgendeiner Form verringert hat. Die moralische Dichte kann sich nicht erhöhen, wenn nicht gleichzeitig die materielle Dichte zunimmt, daher kann die letztere als Maß für die erstere verwendet werden. Es ist nutzlos, herauszufinden, welche der beiden jeweils andere beeinflußt hat - sie sind untrennbar."[1)]

Friedrichs interpretiert die moralische Dichte als "Entwicklung von gemeinsamen Normen", materielle Dichte begreift er als Konzentration der Bevölkerung in fortgeschrittenen Gesellschaften, deren Ursprung in der Mechanisierung der Landwirtschaft, der Erwirtschaftung landwirtschaftlicher Produktionsüberschüsse und der damit einhergehenden Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Stadt liege. Während zunächst Arbeitsteilung Konzentration erst möglicht mache, beeinflussen sich in der Folge beide Elemente gegenseitig.

Arbeitsteilung, erklärt DURKHEIM weiter, sei das Produkt der Nähe von spezialisierten Individuen: je näher sie zusammenkommen, desto größer sei die Zahl ihrer Kontakte und damit auch ihrer Konflikte. Die räumliche Nähe zweier Spezies mit ähnlichen Bedürfnissen favorisiere die Konkurrenz: im städtischen Bereich ist Arbeitsteilung die Folge des Kampfes ums Dasein.[2)]

Friedrich folgert aus dieser Theorie: "Der Prozeß der Arbeitsteilung ist der grundlegende Prozeß sozialer Differenzierung,

---

[1)] ebenda, S.64

[2)] ebenda, S.66

in dem sich die Subsistenzaktivitäten der Individuen gegenseitig spezialisieren."[1] Über den Begriff der Arbeitsteilung lassen sich die Elemente soziale Differenzierung und räumliche Differenzierung miteinander verbinden, daraus resultiere die Differenzierung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Gelegenheiten und Nutzungen, zwischen Arbeitsplatz und Wohnstätte. Folgen dieser Entwicklung seien eine erhöhte Koordination der spezialisierten Aktivitäten, eine erweiterte Spezialisierung der Verwaltung und Planung, eine soziale Differenzierung der Institution Ausbildung, der Zusammenschluß von Individuen in Interessensorganisationen, die Differenzierung von Stadtgebieten in homogene Subgebiete, die steigende Anforderung an Kommunikation und Transport und schließlich, auf der Mikroebene Wohnung, die Differenzierung einzelner Aktivitäten, die sich in einer erhöhten Anzahl von Räumen ausdrücke.[2] Arbeitsteilung bedeute auch Zeitteilung und soziale Ungleichheit. Die unterschiedliche soziale Bewertung von Positionen und Räumen führe zu sozialer Ungleichheit. Eine Analyse des Phänomens Segregation müsse daher das Ausmaß dieser Elemente in einer Stadt zu einem bestimmten Zeitpunkt zum Objekt haben.[3]

Es ist hier nicht der Ort, das Problem der Arbeitsteilung in seinen Details theoretisch auszudiskutieren. Die Frage nach dem Sinn eines Rekurses auf DURKHEIM und seinen Begriff von Arbeitsteilung bzw. seine ökologische Darstellung der Genese des Phänomens muß dennoch gestellt werden. Hat dieser Begriff für die spätkapitalistische Gesellschaft bzw. Stadt noch jenen Erklärungswert, den er für DURKHEIM besaß? Müßte eine Problematisierung desselben heute nicht ganz anders verlaufen?[4]

Vor dem oben skizzierten Hintergrund unternimmt Friedrichs in

---

[1] ebenda, S.66

[2] Vgl. ebenda, S.62-71

[3] Vgl. ebenda, S.72

[4] Vgl. Keim, in Hamm: (1979), S.213

seiner Erklärung des Problems Segregation eine Unterscheidung zwischen zwei Richtungen: die erste befaßt sich mit sozialpsychologischen Momenten über Begriffe wie soziale Distanz und Vorurteile, die zweite bietet ein ökologisches Deutungsmuster über Erhebungen zur Miete, dem Einkommen und der Stadtstruktur.[1)]

Die sozialpsychologische Richtung: Vorurteile als "Antipathie auf Grund einer falschen, nicht flexiblen Verallgemeinerung" gegenüber einer Person/Personengruppe münden in Diskriminierung dieser Person/Personengruppe, für die sich dadurch Zugangschancen zu Schulen, Arbeitsplätzen, Berufen, Wohnungen usw. verringern. Mißlingt die Zugangssperre, so können die Diskriminierenden, bei einer ausgeprägten Invasion der Diskriminierten in das "verbotene Gebiet", auswandern. Das einmal besetzte Gebiet wird gegenüber statusniedrigen Personen/Gruppen verteidigt bzw. die "verletzte" Distanz durch Migration wiederhergesetllt. Bei dauerhafter räumlicher Nähe zu Personen/Gruppen strebt man nach möglichst niedriger Distanz. So wünscht man sich ähnliche Menschen in unmittelbarer Nähe, auch um eine Relativierung der eigenen Verhaltensformen bzw. der eigenen Besitzideologie und damit Konflikte zu vermeiden.[2)]

Was den ökologischen Variablenteil betrifft, so formuliert FRIEDRICHS folgende Hypothesen, die zunächst hier undiskutiert dargestellt werden und erst im zweiten Teil dieser Arbeit auf ihre Brauchbarkeit für Wiener Verhältnisse getestet werden sollen:

1. Städtischen Teilgebieten wird aufgrund der ungleichen sozialen Position der Wohnbevölkerung ein sozialer Status zugeschrieben. Ebenso beeinflussen die Größe der Wohnung und der Zustand der Gebäude die Statuszuschreibung.
2. Je größer die soziale Ungleichheit, desto größer die Statusunterschiede der städtischen Teilgebiete.

[1)] Vgl. Friedrichs (1981), S.273

[2)] Vgl. ebenda, S.275

3. Je ungleicher die Ausstattung von Teilgebieten, desto ungleicher die durchschnittlichen Mieten zwischen diesen Teilgebieten.
4. Je größer der soziale Aufstieg einer Person/Familie, desto wahrscheinlicher deren Umzug in ein anderes Teilgebiet.
5. Der neue Wohnstandort muß überwiegend von Personen des gleichen sozialen Status wie dem des Migranten bewohnt werden.
6. Der neue Wohnstandort muß geringe räumlicher Distanz zum alten aufweisen.
7. Je höher der Status einer Berufsgruppe, desto höher ihr durchschnittliches Einkommen.
8. Je höher das Einkommen, desto größer die Möglichkeit der Wohnstandortwahl.
9. Je höher der Status einer Berufsgruppe, desto höher ihr Flächenanspruch.
10. Je höher der Status einer Berufsgruppe, desto höher die durchschnittliche Wohnfläche der Mitglieder dieser Berufsgruppe.
11. Je größer die Zahl der Einwohner einer Stadt, desto größer die berufliche Differenzierung.
12. Je größer das BIP/Erwerbstätige, desto größer die Einkommensunterschiede.
13. Je größer der Anteil der Gastarbeiter, desto größer die soziale Distanz, desto größer die Einkommensunterschiede in einer Stadt.
14. Je größer die Reliefenergie einer Stadt, desto ungleicher die Mieten in den städtischen Teilgebieten[1)].

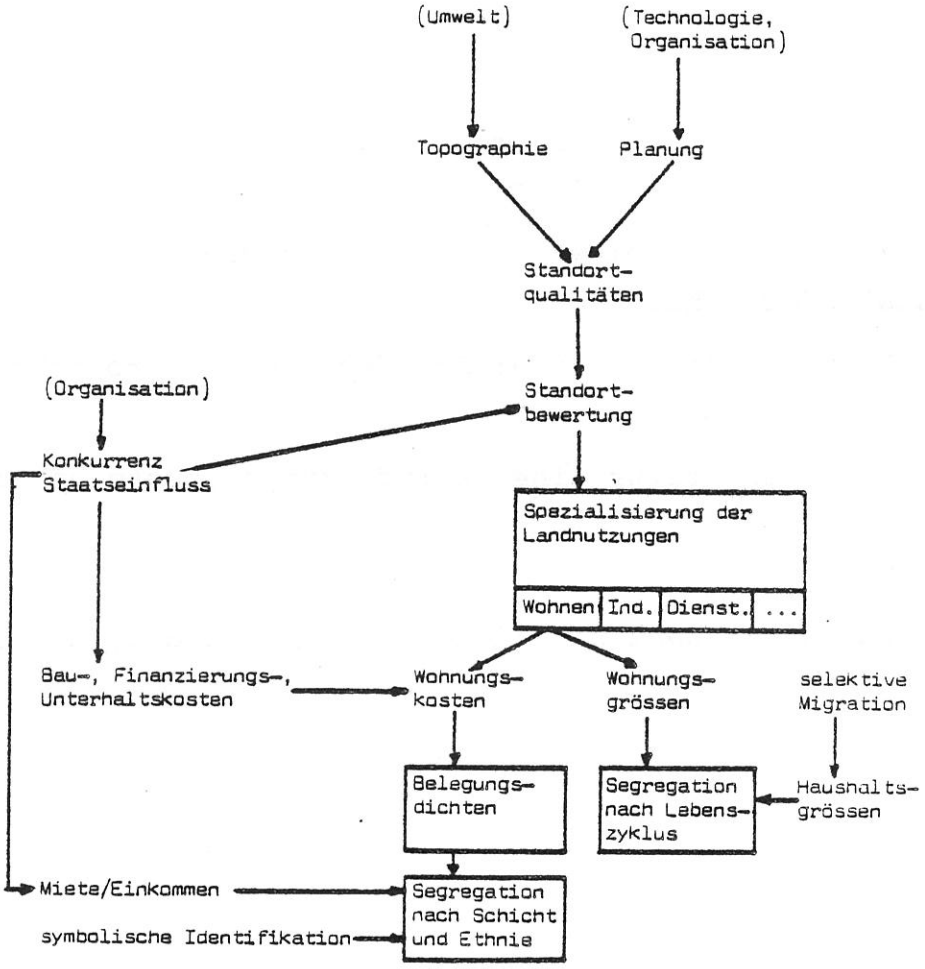
Manche dieser Arbeitshypothesen wurden in Untersuchungen für Wien schon bestätigt, andere bedürfen einer genaueren Differenzierung und einer empirischen Untermauerung.

---

1) ebenda, S.277ff

10.2.8 Bernd HAMM: Die neue deutsche Sozialökologie?

Wie wesentlich für die Erklärung sozialräumlicher Organisationsform in städtischen Agglomerationen die Berücksichtigung wirtschaftlicher und politischer Faktoren ist, zeigt auch der Versuch HAMMS, die Befunde der klassischen und neoklassischen Sozialökologie mit dem Phänomen der Bodennutzung zu verbinden.



Quelle: B.Hamm (1979)

Dieser Entwurf darf nicht als Kausalmodell im engeren Sinne interpretiert werden, da auch konzeptuelle Elemente eingeflossen sind.

Standortqualitäten hängen ab von der Topographie der Umwelt einerseits und von der funktionalen Organisation des Raumes durch Planung andererseits. Die Konkurrenz um bestimmte Standorte mache es nötig, Merkmale soziopolitischer Regulative im Modell zu berücksichtigen. Der Standort mit dem höchsten mittleren Bodenpreis ist nur jener Nutzung zugänglich, die entweder über hohe Profitchancen oder über hohe politische Durchsetzungskraft verfügt. "Die Spezialisierung von Landnutzungen für kommerzielle, industrielle, residentielle, Erholungs- usw. Zwecke kann daher verstanden werden als eine Funktion der Standortqualitäten und der Regelung für Allokation."[1] Jeder Landnutzung sei, gemäß den Kriterien, nach denen Standortqualitäten bewertet werden, ein typisches Profil der Standortpräferenzen zugeordnet.

Hamm unterscheidet zwei Formen der Segregation: einerseits nach der Stellung der Bevölkerung im Lebenszyklus ("familism"), andererseits nach sozialer Schicht- und/oder ethnischer Zugehörigkeit. Der erste Typus hängt von der Verteilung des Wohnungsbestandes nach Wohnungsgrößen ab, der zweite von dem Verhältnis Miete/Einkommen bzw. von den Kosten, zu denen in einem bestimmten Gebiet Wohnungen genutzt werden können. Der ökonomische Faktor reiche jedoch nicht aus, die Segregation ethnischer Gruppen zu rechtfertigen, und müsse um die Variable "symbolische Identifikation" erweitert werden.[2] HAMMS daran anschließend Behauptung, "wenn Angehörige unterer Sozialschichten über einen Entscheidungsspielraum verfügen, werden sie sich in der Tendenz nach ethnischen Gruppierungen zusammenfinden, während Angehörige oberer Sozialschichten, die ohnehin über einen weiteren Entscheidungsspielraum verfügen, sich an Standorten mit besonderen Wohnqualitäten durchsetzen"[3], bedarf einer kritischen Hinterfragung. Hatte er anfänglich die

---

[1] Hamm (1979), S.186

[2] Vgl. ebenda, S.190

[3] ebenda, S.191

ökonomisch-politische und ideologische Determinierung der Wohnstandortwahl als Bestimmungsfaktor eines sozialräumlichen Verteilungsmuster definiert, so gerät er hier wieder in die Fänge der klassischen Sozialökologie und ihrer undifferenzierten Handhabung von Begriffen wie Tendenzen und Neigungen bestimmter Bevölkerungsgruppen. Damit arbeitet man den Stadtideologen und planungspolitischen Instanzen in die Hände.

10.2.9 Renate BANIK-SCHWEITZER: Ein Modell für Wien

In ihrem Buch "Zur sozialräumlichen Gliederung Wiens 1869-1934" hat BANIK-SCHWEITZER durch die Kombination der drei Modellentwürfe FRIEDRICHS[1] ein sehr plausibles Modell zur Erklärung von sozialer und räumlicher Gesellschaftsorganisation konstruiert, das abrückt von dem sozialökologischen Natürlichkeitsprinzip in der Bestimmung von sozialräumlicher Differenzierung als Folge des Kampfes um das Dasein und in der Akzentverlagerung auf die differenzierend wirksamen Elemente Miete und Bodenpreise stärker Bezug nimmt auf die ökonomische Basis städtischer Agglomerationen.[2]

Arbeitsteilung wird hier in Abhängigkeit von Rentabilität der Kapitalverwertung und im Unterschied zu FRIEDRICHS als Variable konzipiert, die von der technologischen Entwicklung beeinflußt wird, selbst aber wieder auf diese rückwirkt.[3]

Was man allerdings in diesem Modell vermißt, ist einerseits die Variable "Staatsinterventionismus" als regulierende Kraft im Verteilungsprozeß des Produktes Wohnung und andererseits die Variable "Ideologie", die, wie oben ausgeführt, Segregationsprozesse verstärken und stabilisieren kann. Auch für Wien wären diese Aspekte eingehend zu überprüfen.

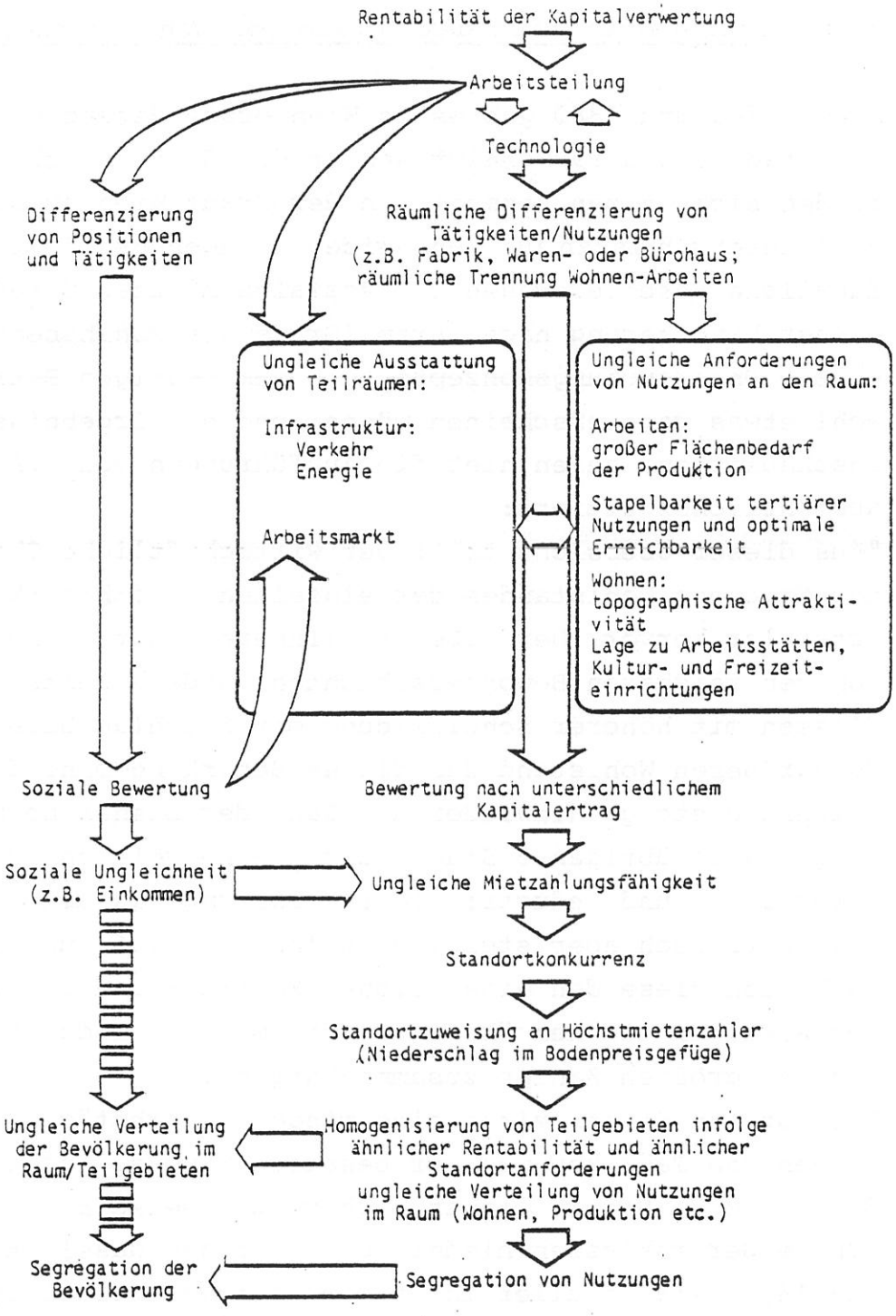
---

[1] Vgl. Friedrichs (1981), S.91 und S.181

[2] Vgl. Banik-Schweitzer (1982), S.73

[3] Vgl. ebenda, S.73

KAUSALMODELL DER BEZIEHUNGEN ZWISCHEN SOZIALER UND RÄUMLICHER GESELLSCHAFTSORGANISATION



Quelle: R.Banik-Schweitzer (1982)

10.3 Zur sozialräumlichen Gliederung Wiens

10.3.1 Segregation nach dem "Grade der Wohlhabenheiten"

Schon 1869 und 1880 gab es in Wien erste Versuche, den Wandel der Stadt sozialraumanalytisch in den Griff zu bekommen. So finden sich in den Kommentaren der Stadt Wien zu den Volkszählungsergebnissen aus den beiden angegebenen Jahren ausführliche Beschreibungen zur sozialräumlichen Gliederung der Wiener Bevölkerung nach ihrem "Grade der Wohlhabenheit."[1)]
Um die Untersuchungskonzepte, die dem heutigen Betrachter wohl etwas vage erscheinen mögen, und die Ergebnisse zu veranschaulichen, seien hier die Ausführungen von G.A.SCHIMMER ausführlicher zitiert:
"Aus dieser Übersicht tritt der wirtschaftliche Charakter und der Grad des Wohlstandes der einzelnen Stadtbezirke und Vororte klar hervor. Der 1.Bezirk (innere Stadt) wird einerseits von den reichsten Bewohnerschichten, andererseits von den Klassen mit höherer Schulbildung mit Beschlag belegt... Durch den größeren Wohlstand der diesen Bezirk bewohnenden Bevölkerung steigt hinwieder die Zahl der Diener hoch an. Zwar zeigen alle übrigen 8 Stadtbezirke eine weit zahlreichere gewerbliche und industrielle Bevölkerung als die innere Stadt besonders hoch aber steigt dieselbe im 5., 6. und 7. Bezirk an. Es bilden diese den eigentlichen Fabriks- und Gewerbe-Rayon von Wien, in welchen überhaupt die meisten Industriezweige sich mit den größten Zahlen zusammenhängen...
Die übrigen Stadtbezirke sind minder gewerbetätig, von Gewerbsleuten und Fabriken weniger besetzte Rayons. Insbesondere im 3.,4. und 8. Bezirk lassen sich vorzugsweise Beamte und verwandte Berufsklassen nieder, sie betragen daselbst 20,4, 12,7 und 14,0 Percent aller in Wien wohnenden öffentlichen Beamten.

Auch die Pensionisten suchen diese stilleren Stadtteile... auf und ebendaselbst werden die meisten Hausbesitzer gefunden,

---

1) Vgl. Banik-Schweitzer (1982), S.65ff

welche sich bei der Zählung als solche eintragen ließen und also neben der Rente vom Haus nicht noch eine andere Erwerbsquelle besitzen ...
Unter den Vororten sind, abgesehen von Schönbrunn, welches durch das kaiserliche Lustschloß ganz besondere Verhältnisse zeigt, in Ober-Döbling, Währing, Weinhaus, Hietzing und Hernals die Stände mit höherer Schulbildung stark vertreten. Ober-Döbling und Hietzing sind beliebte Sommerfrischen der reicheren Klassen, die übrigen Vororte aber werden stark von Beamten bewohnt, welche aus Wohlfeilheitsgründen diese an die Stadt gränzenden Orte aufsuchen...
Agglomerationen gleicher Gewerbe finden in den Vororten weniger ausgesprochen statt, doch fehlt es nicht an Beispielen, welche immerhin für den geschäftlichen Charakter einzelner derselben von Belang sind...
Dem Vororte Sechshaus drücken die 10,7 Percent selbständiger Weber, mehr aber noch die 22,9 Percent von Arbeitern dieses Gewerbes unter der Gesamtzahl der Arbeiter, den Charakter auf und begreift diese hohe Zahl nicht nur die bei den Webern im Orte selbst Bediensteten, sondern jene, welche in den Stadtbezirken beschäftigt, die Wohnung vor der Octroi-Linie suchen. Auch in den benachbarten Vororten (Rudolfsheim, Fünfhaus, Gaudenzdorf und Unter-Meidling; d. Verf.) wiederholt sich dies im minderen Grade ... wozu noch von verwandten Gewerbe... Zeugdrucker kommen. Sehr stark sind in den der Stadt näher liegenden Vororten die Weißnäherinnen vertreten, gleichfalls durch die billigeren Wohnungen und Lebensmittelpreise in dieselben gezogen und den Tag über zumeist in der Stadt dem Erwerbe nachgehend..."[1)]

Diese Erläuterungen zeigen auch, warum die Kommentare zu den Volkszählungen ab 1980 wieder eingestellt wurden. SCHIMMER kam anhand der Indikatoren sozialer Rang (Bildungsgrad, Anteil der Hausbesitzer und Rentenbesitzer, Anteil der Hausdienerschaft, Anteil der Taglöhner, Anteil der Almosenempfänger),

---

[1)] zit. in: Banik-Schweitzer (1982), S.65f

Phasen im Lebenszyklus (Verheirateten- und Fruchtbarkeitsquote) und Ausstattung des Raumes (?) (Wohnverhältnisse: Anteil der Untermieter und Bettgeher) zu folgender Klassifikation bzw. Reihung der Stadtbezirke:

1. Innere Stadt (1. Bezirk)
2. Bezirke mittleren Wohlstandes (2.,3.,4. und 8. Bezirk)
3. Fabriks-Rayon (6. und 7. Bezirk)
4. Ärmste Bezirke (5. und 9. Bezirk) [1)]

Anhand der Daten von 1880 gelangte S.SEDLACZEK zu einem Ergebnis, daß bereits deutliche Verschiebungen in der Stadtstruktur zeigt. SEDLACZEK verwendete zwar einen etwas veränderten Variablensatz - er legte besonderen Akzent auf die räumlichen Verhältnisse -[2)], unterschied aber ebenfalls die Bezirke nach dem Grade der Wohlhabenheit und gelangte zu folgender Rangordnung:

Wohlhabenheitsgruppe	Bezirke	Wohlhabenheitsgruppe	Bezirke
I	I (Innere Stadt)	III	VIII (Josefstadt)
	IV (Wieden)		III (Landstraße)
II	VII (Neubau)		II (Leopoldstadt)
	IX (Alsergrund)	IV	V (Margarethen)
	VI (Mariahilf)		X (Favoriten)

Quelle: R.Banik-Schweitzer (1982)

Auffallend ist der Wandel der Rangordnung: der 4. Bezirk rückt von der zweiten in die erste Gruppe, der 6. und 7. aus der dritten in die zweite und der 9. von der vierten in die zweite. Dagegen sinken der 2., 3. und 8. in die dritte Gruppe ab, der 10. Bezirk, der erst 1874 vom 4. abgetrennt wurde, erscheint

---

1) ebenda, S.67

2) Vgl. ebenda, S.67

der letzten Gruppe zugeordnet. BANIK-SCHWEITZER wiederholte diese Berechnungen für einen längeren Zeitraum (1869, 1880, 1890, 1900, 1910) und kam zu ähnlichen Resultaten wie SCHIMMER und SEDLACZEK.[1)]

In der Phase der Kapitalkonzentration zwischen 1870 und 1890 erfolgten die größten Umschichtungen von Bevölkerungsgruppen und Nutzungen im städtischen Bereich Wiens, danach stabilisierte sich das Verteilungsmuster in räumlicher und sozialer Hinsicht: das Stadtzentrum, gleichzeitig Standort tertiärer Betriebsstätten und Wohnort oberer Einkommensschichten, nahm die erste Position in der Rangordnung ein; die südlich (mit Ausnahme des 5. Bezirkes) und westlich an die Innenstadt grenzenden Bezirke wurden durch den verstärkten Zuzug des aus dem ersten Bezirk verdrängten Mittelstandes "sozial aufgewertet". Die Arbeiterbevölkerung wurde dadurch in die östlichen Innenbezirke, die sich zu Produktionsstandorten entwickelt hatten, und in die Vororte verdrängt, was eine "soziale Abwertung" dieser Bezirke nach sich zog. Der 13., 18. und 19. Bezirk blieben unverändert der Oberschicht und der oberen Mittelschicht erhalten.[2)]

Durch Variablen-Korrelation und Berechnung der Segregationsindices nach DUNCAN und DUNCAN konnte BANIK-SCHWEITZER folgende Hypothesen für den gesamten Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg bestätigen:

Je höher die Miete, desto

- mehr Bezieher hoher Einkommen
- mehr Hausdienerschaft
- mehr Selbständige
- größere Wohnungen
- weniger Arbeiter
- weniger Bettgeher
- weniger tschechisch Sprechende
- geringere Tuberkolosesterblichkeit
- geringere Säuglingssterblichkeit
- geringere Wohnungsbelang[3)]

[1)] Vgl. ebenda, S.67
[2)] Vgl. ebenda, S.69f
[3)] Vgl. ebenda, S.74

Miete bzw. Bodenpreise regeln also die Verteilungen von Bevölkerung und Nutzungen im Raum. Die nach der Einkommenshöhe und der Stellung im Beruf berechneten Segregationsindices gruppierten sich zu demselben U-förmigen Segregationsmuster, das GISSER für 1846 und 1961 und KAUFMANN 1971 festgestellt hatten.[1] Damit läßt sich Wien in eine lange Reihe von europäischen und amerikanischen Städten einfügen, die dassselbe Verteilungsmuster zeigen. D.h. grob gesprochen, daß die extremen Sozialgruppen am stärksten räumlich konzentriert und voneinander getrennt sind, während die Mittelschichten über das ganze Stadtgebiet streuen.

Vorsichtig behauptet BANIK-SCHWEITZER eine Verstärkung der Segregation zwischen 1869 und 1910 und eine leichte Abschwächung bis 1934, was auf den kommunalen Wohnungsbau der Zwischenkriegszeit zurückzuführen sei, was jedoch bei weitem nicht ausreichte, Segregationsprozesse nachhaltig zu steuern.[2]

10.3.2 Die Stabilität des sozialräumlichen Segregationsmusters

Die Annahme, es bestehe ein enger Zusammenhang zwischen Intergenerationsmobilität und ökologischer Segregation, liegt der Untersuchung Richard GISSERS über die Bevölkerungsverteilung von 1846 zugrunde, deren Ziel die Bestätigung folgender Hypothese war:

1. das gegenwärtige Segregationsmuster resultiert aus vorangegangenen ökologischen Prozessen und
2. Segregationsmuster zeigen eine beträchtliche Stabilität in der Zeit.[3]

Schon für 1846 ließ sich ein U-förmiges Verteilungsmuster zeigen:

---

[1] Vgl. Gisser (1974), S.122, Gisser/Kaufmann (1972) und Kaufmann (1978

[2] Vgl. Banik-Schweitzer (1982), S.86

[3] Vgl. Gisser (1974), S.121

Soziale Stratifikation und Segregationsindices der einheimischen männlichen Bevölkerung Wiens und seiner 34 Vorstädte, 1846

Berufsschicht (Stand)	Prozentanteil an der einheimischen männlichen Bevölkerung	Segregationsindex
Adelige	2,8	46
Geistliche	0,6	46
Beamte und Honoratioren	5,3	33
Gewerbsleute und Künstler	14,4	12
Sonstige (Unterschicht?)	76,9	20

Quelle: R.Gisser (1974)

Dissimilaritätsindices in der räumlichen Verteilung zwischen den Berufsschichten (Ständen) in Wien und seinen 34 Vorstädten, 1846 (einheimische männliche Bevölkerung)

	Klerus	Beamte	Gewerbe	Unterschicht
Adel	17	27	39	46
Klerus		28	42	50
Beamte			29	36
Gewerbe				14

Quelle: R.Gisser (1974)

Die Analyse der sozialräumlichen Distanzmuster zwischen Oberschicht und den übrigen Berufsschichten 1961 werden ein ganz ähnliches Bild wie dieses zwischen Adel bzw. Klerus und den anderen Ständen zeigen (s.u.). GISSER kommt dadurch zu folgendem Schluß:

"Für Wien kann also angenommen werden, daß das wahrscheinlich in der Barockzeit (nach der Zerstörung der Vorstädte in den Türkenkriegen) festgelegte ökologische Segregationsmuster auch die Industrialisierungsperiode überdauert hat. Die rapide Expansion besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte außerhalb der alten Vorstädte im verzehrungssteuerfreien Gebiet die Anlage ausgedehnter Zinskasernenviertel mit sich, um die zahlreichen Zuwanderer unterbringen zu können. In der inneren Stadt und den benachbarten Vorstädten sank der Anteil der Unterschicht beträchtlich. Der gewerbliche Mittelstand folgte der Arbeiterschicht nur zu einem geringen Teil in die neuen Viertel, sondern verblieb im wesentlichen in den traditionellen Gewerbegebieten, so daß die kleinen Selbständigen heute stärker segregiert sind als früher. Das neue Großbürgertum "erbte" das Segregationsmuster des Adels, indem es einerseits aus kulturellen Gründen die innere Stadt und benachbarte Gebiete (Ärzte- und Botschaftsviertel) bevorzugt und andererseits neue Villenviertel in schöner Umgebung entwickelte. Die neue Mittelschicht der Angestellten und Beamten imitierte weitgehend die Oberschicht. Gegen das Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie, als Wien mit 2,1 Millionen seine größte Einwohnerzahl erreichte, war das heutige ökologische Segregationsmuster voll ausgebildet. Seitdem wurde es mittels Zinsstopp und Mieterschutz weitgehend konserviert, wozu auch die Neubautätigkeit beitrug, die sich im wesentlichen an das bereits bestehende Segregationsmuster anpaßte."[1)]

Eine Darstellung der Untersuchungsergebnisse jener Sozialraumanalysen, die Richard GISSER und Albert KAUFMANN anhand der Volkszählungsdaten von 1961 und 1971 unternahmen, wird das oben skizzierte Bild sozialräumlicher Segregation der Wiener Bevölkerung bestätigen.

---

1) ebenda, S.123

Vorab konstruierten GISSER und KAUFMANN folgenden Merkmalsraum:

Sozio-demographischer Merkmalskomplex:	Sozialstratographischer Merkmalskomplex:
Altersgliederung	Wohnungsgröße u.-ausstattung
Geschlechtsproportion	(Mietzinsniveau)
Familienstandsgliederung	(Einkommen)
Haushaltsgrößen	Berufliche Schichtung
Familienformen	Schulbildung
Baualter der Häuser	Erwerbstätigkeit[1)]

Zusammenhänge zwischen den Merkmalsbereichen ließen sich grob anhand der familienstandspezifischen selektiven Randwanderung aus dem Stadtkern in die Neubaugebiete resümieren. Neubaugebiete verfügen über junge Familien mit Kindern, ältere Stadtteile über alte Menschen und Unverheiratete im heiratsfähigen Alter. "Diese demographischen Segregation erscheint somit als räumliches Abbild der Familien- und Generationsstruktur unserer industriellen Gesellschaft, die durch den Primat der Kernfamilie (Eltern mit noch nicht erwachsenden Kindern) als Wohngemeinschaft zu einem 'Generationsbruch' und einer Absonderung der jeweils ältesten Generation aus der Wohn- und Haushaltsgemeinschaft der Nachkommenschaftsfamilien führt."[2)]

Im Bereich der Sozialschichtung kommt es zu einer Segregation der oberen und mittleren Berufsschichten gegenüber der Arbeiterschaft, die sich die großen und gut ausgestatteten Wohnungen im Zentrum bzw. am Westrand der Stadt nicht leisten konnten. Der soziale Wohnbau hat wohl eine Verbesserung des Wohnstandards für Arbeiter, jedoch kaum eine Veränderung des Segregationsmusters gebracht, zumal dadurch am südlichen und nordöstlichen Stadtrand im Anschluß an schon existierende ältere Arbeiterviertel neue Arbeiterkonzentrationen entstanden.[3)]

[1)] Gisser/Kaufmann (1972), S.242

[2)] ebenda, S.242

[3)] ebenda, S.243

a) Räumliche Unterschiede in der Altersstruktur

Vorweg muß auf die Veränderungen im Altersaufbau der Wiener Bebölkerung im Zeitraum von 1910 bis 1961 hingewiesen werden:

Altersverteilung der Wiener Bevölkerung nach hauptsächlichen Altersgruppen 1890-1961

Altersgruppen	1890	1910	1934	1951	1961
bis unter 15	26,6	24,7	14,6	15,9	13,1
15 bis unter 30	30,2	30,5	22,8	16,4	18,4
30 bis unter 50	28,8	29,1	35,4	30,6	25,6
50 bis unter 65	10,3	11,3	19,1	23,7	25,9
65 und älter	4,1	4,4	8,1	13,4	17,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: R.Gisser/A.Kaufmann (1972)

Als Hauptursache des starken Wandels in der Alterszusammensetzung nennen die Autoren den großen Geburten- bzw. Fruchtbarkeitsrückgang in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.[1] Die ausgeprägten räumlichen Altersunterschiede sind die Folgen von innerstädtischen Wanderungsbewegungen vorwiegend junger Paare (mit Kindern): zwischen 1951-61 zogen netto 50.000 Bewohner in Randbezirke 10 bis 13 und 19 bis 23 aus den Bezirken 1 bis 9 und 14 bis 18. GISSER und KAUFMANN mutmaßen eine Verdoppelung dieser Zahl für das Jahrzehnt 1961-1971. In den Neubauten seit 1946 war der Anteil der 30 bis 39-Jährigen mit 21,2% fast doppelt so hoch wie in älteren Häusern.[2]

Eine Untersuchung der Altersstruktur nach Distrikten führte zu dem Schluß, daß Wien im internationalen Vergleich eine demographisch alte Stadt sei, mit einem deutlich negativen Alters-

---

[1] ebenda, S.247

[2] ebenda, S.247

index J nach BILLETER von -0,65. Das konnte von Albert KAUFMANN anhand der Volkszählungen von 1971 erneut bestätigt werden.[1)]

Zwei Extremzonen kennzeichnen die Segregation nach der Variable Alter:

- eine von Währing bis Meidling reichende dichtverbaute Zone westlich des Gürtels; hauptsächlich aus gründerzeitlichen Zinskasernen bestehend, mit schlecht ausgestatteten Kleinst- und Kleinwohnungen, beherbert dieses Gebiet 29% der 65 mehrjährigen.
- Die Stadtrandzone im Süden und jenseits der Donau sowie die dichtbebauten Teile von Favoriten und Simmering bzw. Erdberg, Gebiete mit starker Wohnbautätigkeit, weisen eine junge Bevölkerung auf. Hier wohnen nur 8% der 65 und mehrjährigen, 17% der unter 15jährigen und 15,2% der 30 bis 39jährigen.
- Die Leopoldstadt mit ihrer äußerst günstigen Altersstruktur stellt einen Sonderfall dar, der auf die Einweisung junger kinderreicher Ehepaare in den Jahren nach der Verschleppung der Juden 1938 zurückzuführen sein dürfte.[2)]

Eine kleinräumige Analyse der Untersuchung von KAUFMANN anhand der Volkszählungsdaten 1971 bestätigte diese Ergebnisse: Die "Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost" mit 7.962 Einwohnern weist zu je einem Drittel Kinder bis unter 15 Jahren und junge Erwachsene im Alter von 20 bis 35 Jahren auf. Nur etwa ein Viertel der Bewohner ist älter als 35 Jahre. Als extremes Gegenbeispiel kann hier die Gemeindehausanlage "Sandleitenhof" im 16.Bezirk zitiert werden, in der 45% der Bewohner über 60 Jahre alt sind.[3)]

b) Räumliche Differenzierung nach den Haushaltsgrößen

Die räumliche Verteilung der Wiener Haushalte hängt im Grunde von der Altersverteilung der Bevölkerung und den Wanderungsbewegungen bzw. der Bautätigkeit ab. Die Zahl der Personen pro

---

1) Vgl. Kaufmann (1978), S.26

2) Vgl. Gisser/Kaufmann (1972), S.249

3) Vgl. Kaufmann (1978), S.30

Haushalt in den seit 1946 errichteten Bauten betrug 2,84 gegenüber 2,35 in den Zwischenkriegsbauten und nur 2,25 in jenen Häusern, die vor 1919 erbaut worden waren.

In den Nachkriegsbauten fanden sich 55% der Haushalte mit mehr als 3 Personen,in den älteren Häusern kaum mehr als ein Drittel. Dagegen betrug der Anteil der Einpersonenhaushalte, die zu 50% aus Witwen bestehen, in Häusern aus der Vorkriegszeit nahezu 30%, in Neubauten 14%, in Zwischenkriegsbauten 22%. Die innerstädtischen Wanderungsbewegungen sind an dem Anteil der Ehepaare mit Kind(ern) zu erkennen, die in Neubauten 44%, in Vorkriegsbauten nur 12% ausmachte.[1)]

Gemeindewohnungen werden aufgrund der Verteilungskriterien im Durchschnitt von 3 Personen belegt (nur jede siebente wird an einen Einzelhaushalt, jede zehnte an Familien mit mehr als 3 Kindern vergeben). Die größten Haushalte Wiens finden sich in den Gärtnereigebieten der Unteren Simmeringer Haide (3,8), die einen Anteil an Einpersonenhaushalten von nur 7,1% aufweist. Auch die Stadtrandsiedlungen verfügen nur über 9-12% Einpersonenhaushalte: extrem ist die Situation in den Bezirken XV bis XVII, in denen der Anteil 35 bis 37,5% beträgt.

Weitere die Haushaltsgröße beeinflussende Faktoren sind Ausbildung und Berufstätigkeit. So konnten im City- und Cityrandbereich größere Haushalte (2,46 Personen/Haushalte) als in der daran anschließenden Zone (innerhalb des Gürtels) beobachtet werden (2,28), was einersetis auf den Anteil der oberen Mittelschicht im Citybereich (höherer Anteil studierender Kinder, deren längeres Verbleiebn im elterlichen Haushalt diesen vergrößert) und andererseits auf die Präferenz kinderloser Doppelverdienerehepaare für zentrale Lagen zurückzuführen ist.[2)]

[1)] Vgl. Gisser/Kaufmann (1972), S.256

[2)] Vgl. ebenda, S.257

c) Sozial-räumliche Differenzierung und Wohnungsgröße

Normalerweise gilt: mit zunehmender Haushaltsgröße steigt die Größe der Wohnung. Nicht jedoch für Wien, wo in 9 Distrikten mit mehr als 2,5 Personen pro Haushalt die Wohnungsgröße unter dem Wiener Durchschnitt liegt. Es handelt sich dabei ausschließlich um Arbeiterbezirke. Die Wohnungen der Mittelschicht- und Oberschicht-Distrikte sind mit 4,29 Raumeinheiten (im folgenden abgekürzt RE)[1] im Durchschnitt um 40% größer als jene in den Arbeiterbezirken (3,05 RE), obwohl in beiden Distrikttypen die Haushalte aus gleichviel Personen bestehen (2,36). Wohnungsgröße und Haushaltsgröße sind demnach in Abhängigkeit von sozialschichtspezifischen Faktoren zu betrachten.[2]

Die höchste Anzahl an Raumeinheiten sind in der City (6 RE), in den angrenzenden Distrikten (Ärzte-, Diplomatenviertel, innere Mariahilferstraße) bzw. in den Villenviertel Döbling, Währing und Hietzing (4,8 - 5,4 RE) zu finden. Am anderen Ende der Skala finden sich die großen Zinskasernengebiete von Favoriten, Fünfhaus und Ottakring mit 2,4 RE. Es ist bezeichnend, daß hier 60% der Haushalte zur Arbeiterschicht gehören.[3]

d) Wohnungsnutzfläche(m^2) pro Wohnung bzw. pro Person nach Zählbezirken 1961.

Diese Variable dürfte ein weit besserer Indikator für sozialschichtspezifische Segregation sein als die absolute Wohnungsgröße. Das beweist auch das Extrembeispiel von durchschnittlich 32,6 m^2/Wohnung im Zählbezirk XVI/2 (Richard Wagner-Platz) gegen 120,8 m^2 im Regierungsviertel I/4. 6 Zählbezirke (Ringstraße und Cottage) verfügen über Wohnungen mit mehr als 100m^2 Nutzfläche, Hietzing 93m^2, Altstadt 85m^2. Dagegen können Wohnungen von 5 Zählbezirken in Ottakring, Favoriten, Fünfhaus, Hernals weniger als 35m^2 Nutzfläche aufweisen. Daraus folgt, daß in

---

[1] Vgl. ebenda, S.258. 1 Zimmer=2Raumeinheiten, 1 Kabinett= 1RE

[2] Vgl. ebenda, S.258

[3] Vgl. ebenda, S.258 und vgl. Kaufmann (1978), S.101

den meisten Arbeiteryierteln die Nutzfläche der Wohnungen unter 45 m^2, in den meisten Mittelschicht- und Oberschichtgebieten über 60m^2 liegt.

Auf der Bewohnerebene bietet sich dasselbe Bild mit den Extremwerten im Opernviertel mit 46,8 m^2 pro Person, in der Per-Albin-Hansson-Siedlung mit 14,4 m^2 Wohnungsfläche pro Person.[1)]

e) Räumliche Verteilung nach der Familienstruktur

1961 bestanden 42,3% der Wiener Haushalte aus Familien mit Kindern, 27,5% aus Familien ohne Kinder und 30,2% aus Einzelpersonen. Da der Anteil der Familien mit Kindern räumlich weitgehend mit dem Durchschnitt der Haushaltsgröße übereinstimmt, bilden in den Gebieten am nordöstlichen und südlichen Stadtrand, in den an Favoriten und Simmering angrenzenden Neubaugebieten sowie in Teilen der Leopoldstadt Familien mit Kindern 50 - 62% der Haushalte. Die City und andere Mittelschicht- und Oberschichtgebiete liegen um den Wiener Durchschnitt oder darüber.

Betrachtet man die räumliche Verteilung der Familien ohne Kinder unter 18 Jahren, so ergibt sich mit umgekehrtem Vorzeichen ein ähnlich differenziertes Bild; natürlich weisen die dichtbebauten Altwohnungsviertel westlich des Gürtels die meisten Haushalte ohne Kinder unter 18 Jahren auf. Als Extrembeispiele mögen hier die Zählbezirke XII/6 (Tivoligasse) und XVI/2 (Richard Wagner-Platz) mit je 80% gelten.[2)]

f) Der durchschnittliche Wohnungsaufwand nach Zählbezirken.

Zur Differenzierung der Mietzinse in Wien beriefen sich GISSER und KAUFMANN auf den bezirksweisen Anteil von Zweiraumwohnungen,

---

[1)] Vgl. Gisser/Kaufmann (1972), S.260f

[2)] Vgl. ebenda, S.263 und Kaufmann (1978), S.34

als der häufigsten Kategorie, mit einem Jahresaufwand von 1200 Schilling.[1] Folgende Unterscheidung in der Ausstattung wurde vorweg getroffen: jede zweite Zweiraumwohnung war "mittel", jede dritte "schlecht" und jede sechste "gut" ausgestattet.

Demzufolge wiesen 1961 der 1. Bezirk mit 13% den geringsten Anteil "billiger" Zweiraumwohnungen, die Villenbezirke 13 und 19 einen Anteil von 36 und 38%, der 4. und 8. Bezirk einen Anteil von 40 und 41% auf. Dagegen lag dieser in den Bezirken 14 bis 18 und 21 mit 59 bis 63% weit über dem Durchschnitt (52,9%)und erreichte die Spitze von 66-67% in den Bezirken 10,11 und 22. GISSER und KAUFMANN formulierten folgende These: Der Anteil an Mietwohnungen mit einem Jahresaufwand von höchstens 1200 Schillingen sinke mit steigender Wohnungsgröße stark und kontinuierlich ab, wenn man gleichen Wohnkomfort zugrunde legt; ebenso sinke der Anteil billiger Wohnungen gleicher Größe bei zunehmend besserer Ausstattung.[2]

g) Die Gliederung nach Berufsschichten

Die Einstufung der Bevölkerung in Berufsschichten erfolgte nach diesem Schema:

- Arbeiter:
  - Hilfsarbeiter und angelernte Arbeiter
  - Facharbeiter
- Angestellte und Beamte:
  - niedrige Angestellte und Beamte (ohne Entscheidungs- und Verantwortungsfunktion und ohne höhere Schulbildung)

---

[1] Vgl. Gisser/Kaufmann (1972), S.266: der so definierte Durchschnittszins beinhaltet auch Betriebskosten und öffentliche Abgaben. 53,9% der Wiener Mietwohnungen kosteten einen Gesamtjahreszins von 1200 Schillingen.

[2] Vgl. ebenda, S.267. Interessant sind auch jene Annahmen, die die Vorstellungen von einer Korrelation zwischen hohen Mieten und Oberschicht- bzw. Mittelschichtvierteln sowie zwischen niedrigen Mieten und Unterschichtvierteln wieder aufheben; so beträgt z.B. der Mietzins im Diplomatenviertel (4,20/m^2) keineswegs mehr als jener in manchen Stadtrandsiedlungen wie etwa in Strebersdorf (4,55/m^2).

- mittlere Angestellte und Beamte (mit gewisser Entscheidungs- bzw. Verantwortungsfunktion und abgeschlossener Mittelschulbildung)
- höhere Angestellte und Beamte (in leitenden Funktionen, mit abgeschlossener Hochschulbildung)

- Selbständige (Mithelfende) und freiberuflich Tätige:
  - kleine Selbständige (mit weniger als 10 unselbständig Beschäftigten, Freiberufler ohne abgeschlossene Hochschulbildung)
  - große Selbständige (mit 10 und mehr unselbständig Beschäftigten)
  - freiberuflich tätige Akademiker[1)]

Was nun die Berufsschichtgliederung der Wiener Bevölkerung betraf, so ergab sich 1961 folgende grobe Verteilung: 40% Arbeiterhaushalte, 30% Haushalte niedriger Angestellte und Beamte. je 10% Haushalte der mittleren Angestellten und Beamten bzw. kleiner Selbständigen und 6% Haushalte der oberen Mittelschicht und der Oberschicht.[2)]

Im Hinblick auf das Verhälnis Berufsschicht und Wohnungsverhältnisse ergab sich für das Jahr 1961 folgende Verteilung:

[1)] ebenda, S.268

[2)] ebenda, S.268

Durchschnittliche Haushaltsgröße und Wohnungsgröße sowie durchschnittliche Raumeinheiten pro Person nach Berufsschichten der Haushalte

Berufsschichten	Von 100 Haushalten nebenstehender Berufsschicht haben eine Wohnung ohne fl. Wasser	mit fl. Wasser u.Bad	mit 1 oder 2 RE	mit 6 u.mehr RE
Arbeiterpensionisten	57	12	57	6
Angestelltenpensionisten o. Matura	40	23	39	10
m. Matura	16	53	13	36
m. Hochschulbildung	14	64	9	47
Pensionisten d.gewerbl.Wirtschaft	38	21	23	15
Hilfsarbeiter	45	20	48	5
Facharbeiter	36	29	37	6
niedrige Angestellte und Beamte	28	36	28	12
mittlere Angestellte und Beamte	13	57	12	24
kleine Selbständige	23	46	18	29
obere Mittelschicht u. Oberschicht	4	80	7	55
Alle Haushalte	35	32	34	14

Quelle: R.Gisser/A.Kaufmann (1972)

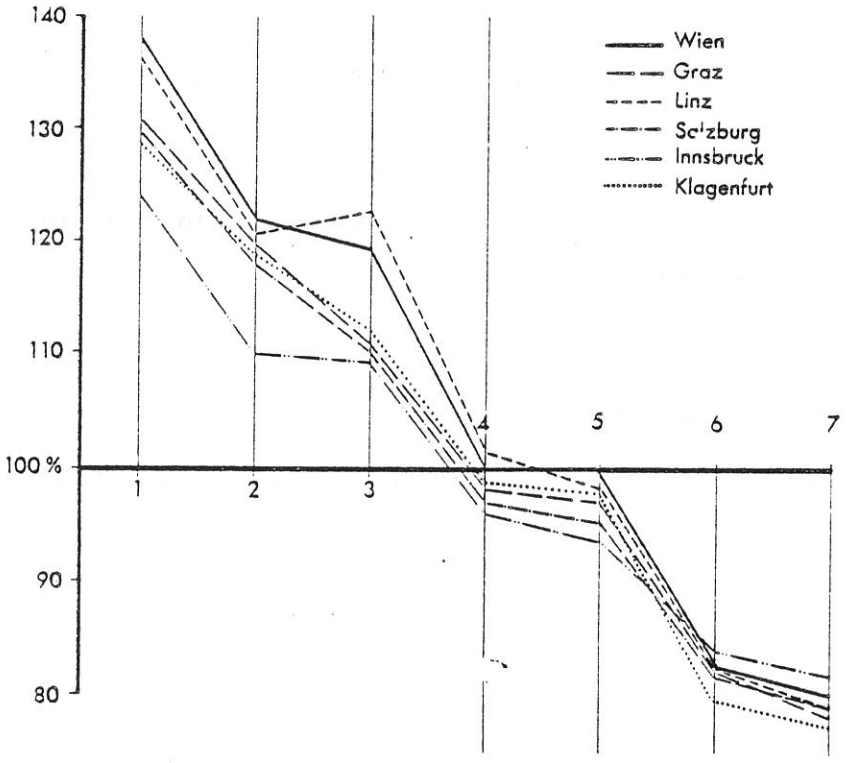
Das Ausmaß der sozialen Ungleichheit in der Wohnraumversorgung ließ sich für die Daten von 1971 folgendermaßen darstellen: (s.Abb. S.82).

Nach der Differenzierung der Wiener Bevölkerung nach Berufsschichten unternahmen GISSER und KAUFMANN eine sozialräumliche Gliederung des Wiener Stadtgebietes auch weil eine Schichtung nach dem Einkommen aufgrund der Datenlage nicht möglich war. Dafür typisierte man eigens abgegrenzte Distrikte. Man gliederte die räumlichen Einheiten derart, daß bei etwa gleicher Bevölkerungsgröße der 62 Distrikte (hochgerechnet im Durchschnitt 26.000 Einwohner) eine möglichst gleiche soziale Unterschiedlichkeit zwischen den Distrikten erreicht wurde.

Die Typisierung fußte auf einer Kombination der Anteilssätze von Arbeiterhaushalten einerseits und der Haushalte der Mittel- und Oberschicht andererseits.

Darstellung: Das Ausmaß der sozialen Ungleichheit in der Wohnraumversorgung.

Durchschnittliche Anzahl Wohnräume je Bewohner in Prozent des jeweiligen Stadtdurchschnittes (ohne Rentner - und Pensionistenhaushalte)



Berufsschichten

1 Selbständige, Angestellte und Beamte mit Hochschule
2 Selbständige, Angestellte und Beamte mit Höherer Schule
3 Sonstige Selbständige
4 Angestellte und Beamte mit Fach - oder Berufsschule
5 Angestellte und Beamte mit nur Pflichtschule
6 Facharbeiter
7 Sonstige Arbeiter

Quelle: A.Kaufmann (1978)

Demanch ergab sich folgende Verteilung von Berufsschichten und Wohnungsstruktur nach Distrikttypen:

Berufsschichten und Wohnungsstruktur nach Distriktstypen

Von 100 Haushalten gehören zur Berufsschicht der

Distriktstyp	Arbeiter	Niedrigen Angestellten und Beamten	Kleinen Selbständigen	Mittleren Angestellten und Beamten	Höheren Angestellten, großen Selbständigen und freiberuflichen Akademiker
I	16,7	24,0	14,3	18,8	26,2
II	26,9	31,0	15,4	15,9	9,8
III	35,4	32,8	14,0	12,5	5,3
IV	49,5	29,3	10,4	8,4	2,4
V	58,1	30,4	5,8	4,4	1,3
Wien	43,4	30,1	10,8	10,1	5,6

Distriktstyp	Von 100 Wohnungen bestehen aus				
	1 und 2	3	4	5	6 und mehr
	RE (1 Zimmer = 2 RE, 1 Kabinett = 1 RE)				
I	14,7	13,3	18,7	12,1	41,2
II	16,6	23,6	18,9	14,7	24,0
III	29,5	25,5	18,7	10,6	15,7
IV	38,9	27,9	17,8	7,7	7,7
V	46,9	26,3	14,8	7,3	5,3
Wien	34,2	25,0	17,1	9,7	14,0

Quelle: R.Gisser/Kaufmann (1972)

Dabei muß beachtet werden, daß nicht die zahlenmäßige Stärke einer Schicht, sondern der Grad ihrer Überrepräsentierung den Gebietstypus definiert.

Typ I (8,5% aller Wiener Haushalte) ist im wesentlichen Oberschichtsgebiet, obwohl kleine Selbständige und mittlere An-

gestellte einen höheren prozentuellen Anteil (33%) an den Haushalten erreichen als obere Mittelschicht und Oberschicht (26%). Typ II und III sind Mittelschichtwohngebiete. Typ III ist meist als Übergangszone zu den Arbeitervierteln der Typen IV und V zu definieren. Die letztgenannten umfassen 57,2% aller Wiener Haushalte allerdings mit gewissen Abstufungen: Typ IV weist einen dem Wiener Durchschnitt entsprechenden Anteil kleiner Selbständiger auf, in Typ V finden sich nur selten Mittelschicht-Angehörige.[1)]

"Die räumliche Anordnung der sozial verschieden dominierten Wohngebiete, gewissermaßen die 'horizontale' Sozialschichtung Wiens, ist durch ein kombiniertes Ring-Sektor-Modell gekennzeichnet. Um die zentralen Oberschichtwohngebiete (City, Diplomaten- und Ärzteviertel) liegt ein Ring von Mittelschichtvierteln, woran sich der Ring der dichtbebauten Arbeiterviertel schließt. Dieser Ring ist im Bereich der Währinger (Radial)-Straße, wo die zentralen Mittel- und Oberschichtviertel mit den sektoral angeordneten des Westrandes zusammenhängen, nicht geschlossen. Die dichtbebauten Arbeiterwohngebiete werden im locker bebauten Westen gleichsam von der Mittel- und Oberschicht übersprungen; dagegen findet der hohe Arbeiteranteil des dichtbebauten Gebietes im locker bebauten Süd- und Nordostsektor eine unmittelbare Fortsetzung."[2)]

GISSER und KAUFMANN kamen zu folgenden vier grundlegenden Festestellungen:

1. Die Haushalte niedriger Angestellter und Beamter sind fast genauso verteilt wie die Gesamtheit der Haushalte. Jeweils 43% entfallen auf die Mittelschicht- und Oberschichtdistrikte.
2. 71% der Arbeiterhaushalte haben ihren Standort in den Arbeitervierteln; sie sind um 25 Punkte stärker auf diese

---

[1)] ebenda, S.270

[2)] ebenda, S.271

konzentriert als die Haushalte der übrigen Berufsschichten zusammen.

3. Von den Haushalten der oberen Mittel- und Oberschicht entfallen 39% auf die Oberschichtwohngebiete, weitere 43% auf die Mittelschichtviertel.
4. Weniger als die oberen Schichten sind die mittleren Angestellten (64%) und die kleinen Selbständigen (58%) auf die Mittel- und Oberschichtwohngebiete konzentriert.[1)]

Während also niedrige Angestellte und Beamte über das ganze Stadtgebiet streuen, sind Arbeiter und Angehörige der Mittelschicht und Oberschicht stark segregiert.

Segregationsindices und Dissimilaritätsindices für Berufsschichten in Wien 1961, Haushalte, 62 Distrikte

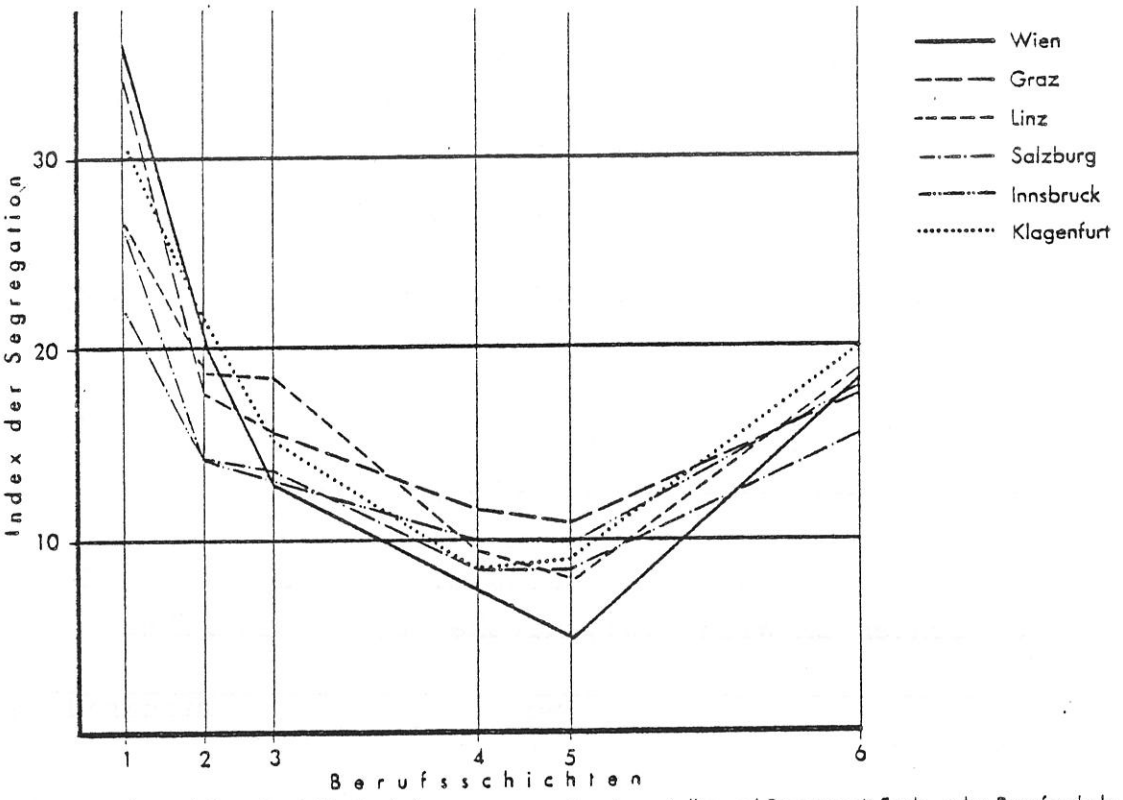
Berufsschicht	Segregation	Dissimilarität 1	2	3	4	5
1. Oberschicht und obere Mittelschicht	47	-	33	39	44	56
2. Mittlere Angestellte und Beamte	26		-	25	26	37
3. Kleine Selbständige	22			-	22	32
4. Niedrige Angestellte und Beamte	11				-	17
5. Arbeiter	26					-

Quelle: R.Gisser (1974)

Das gleiche U-förmige Segregationsmuster konnte KAUFMANN an Hand der Volkszählungsdaten für 1971 errechnen (s.Abb.S.86)

[1)] ebenda, S.271

Darstellung: Das Ausmaß der sozialen Segregation in den österreichischen Großstädten



1 Selbständige, Angestellte und Beamte mit Hochschule
2 Selbständige, Angestellte und Beamte mit Höherer Schule
3 Sonstige Selbständige
4 Angestellte und Beamte mit Fach - oder Berufsschule
5 Angestellte und Beamte mit nur Pflichtschule
6 Arbeiter

Der Abstand zwischen den einzelnen Berufsschichten entspricht proportional ihrem Anteil in Wien.

Quelle: A.Kaufmann (1978)

Die räumliche Differenzierung der Bevölkerung nach der höchsten abgeschlossenen Schulbildung fällt sehr ähnlich der "horizontalen" sozialen Schichtung aus. Dementsprechend sind die Maturantenquoten in den Oberschichtvierteln am höchsten; fast jeder dritte Wiener Akademiker wohnt in den Oberschichtdistrikten. Dagegen entfällt auf die Arbeiterdistrikte nur jeder sechste Hochschulabsolvent und nur jeder dritte Maturant[1].

Eine Analyse der Volkszählungsdaten von 1981 müßte nun herangezogen werden, um die Stabilitätshypothese in bezug auf das Wiener Segregationsmuster zu bestätigen oder zu widerlegen.

---

[1] ebenda, S.273f

Die neuesten Entwicklungen im Mietengesetzbereich und in jenem der Sanierungstätigkeit scheinen eine neue Richtung einzuschlagen. Auch hier fehlen noch empirische Untersuchungen, die eine Veränderung des Verteilungsmusters belegen könnten. Das wird den zweiten Teil dieser Arbeit ausmachen.

10.3.3 Zur Segregation von ausländischen Arbeitskräften

Im Gegensatz zu Berlin oder Frankfurt a.Main läßt sich in Wien keine ausgeprägte Konzentration ausländischer Gastarbeiter in einzelnen Stadtvierteln oder Straßenzügen feststellen. Das bestätigt auch ein Vergleich der für Wien und Berlin berechneten Segregationsindices: dieser betrug 1974 für Wien 11,8 und 1972 für Berlin 40. Dieser erhebliche Unterschied wird in der "Untersuchung über die ausländischen Arbeitskräfte in Österreich" (IHS) damit begündet, daß erstens die alte schlechte Bausubstanz, die das Hauptanbot des Wohnungssegments für ausländische Arbeitskräfte ausmacht, sehr weitflächig über große Teile der Stadt verteilt ist, und zweitens der durch Mieterschutz und Zinsstopp weitgehend stabile Wohnungsmarkt, in geringem Maße Fluchtreaktionen der Einheimischen vor der Invasion der Ausländer Vorschub leistet.[1)]

Dennoch konnte man bei kleinräumiger Analyse ausgeprägte Häufungen feststellen: erstens in sanierungsbedürftigen Altstadtgebieten und in den Randbereichen der Innenstadt, deren Wohnstandard modernen Ansprüchen nicht mehr genügt, und zweitens in Gebieten, die nach der Flächenwidmung nicht als Wohngebiete ausgewiesen sind, wie etwa in Gewerbe-, Industrie- und Lagerplatzvierteln oder in Baustellenunterkünften.[2)]

Das ergibt folgende räumliche Verteilung über das Stadtgebiet: 1974 lebte mehr als die Hälfte aller ausländischen Arbeit-

---

[1)] Vgl. Kreisky et al. (1982), Tl.2, S.57

[2)] ebenda, S.58f

nehmer in den Arbeitervierteln aus dem 19. Jahrhundert entlang des Gürtels, d.h. in jenen Gebieten, die, dicht verbaut, schlecht ausgestattete Wohnungen und eine ungünstige Altersstruktur (hoher Anteil an alten Leuten) aufweisen.[1] Sichtbare Häufungen von Ausländern befinden sich in den sanierungsbedürftigen Quartieren der Innenstadt und deren Randzonen (Bezirke 2 bis 9) sowie in schlechten Häusern der ehemaligen Dorfkerne und in Industrie- und Lagerplatzzonen am südlichen und östlichen Stadtrand (Bezirke 10,11,21 und 23).[2]

Punktuell kann man auch Ghettoisierungsprozesse anhand von Konzentrationen ausländischer Arbeitskräfte in einzelnen Wohnhäusern feststellen: z.B. in Unterkünften karitativer Organisationen oder in Firmenunterkünften, die allerdings in Wien im Unterschied zu anderen österreichischen Industrieorten eine geringere Rolle spielen dürften; ferner in sanierungsbedürftigen Altbauten, die von der österreichischen Bevölkerung verlassen wurden auch im Zuge einer Fluchtreaktion aufgrund des verstärkten Einziehens bzw. Einsiedelns von ausländischen Arbeitskräften durch Maklerfirmen.[3]

Diese Konzentrationen sind jedoch weit davon entfernt, Berliner Ausmaße anzunehmen. 1974 lebten rund 36% der befragten Jugoslaven in Häusern, die ausschließlich oder hauptsächlich von ihnen bewohnt wurden. Im Vergleich dazu liegt dieser Prozentsatz in Frankfurt 1972 doppelt so hoch. Für die Wiener Situation charakteristisch ist die Tatsache, daß in 25% der Fälle sich in einem Haus nur eine einzige Gastarbeiterwohnung - in erster Linie die Hausbesorgerwohnung- befand.[4]

Häuser, die nahezu ausschließlich von ausländischen Gastarbeitern bewohnt waren, wiesen folgende Merkmale auf: einen

---

[1] ebenda, S.59

[2] ebenda, S.59

[3] ebenda, S.60

[4] ebenda, S.61

ungewöhnlich schlechten Außen- und Innenzustand, überdurchschnittlich kleine Wohnungsgrößen (ca.50% Ein-Zimmer-Wohnungen ohne Küche), schlechte sanitäre Ausstattung und überdurchschnittliche Wohnstrukturmängel, wie feuchte Wohnungen, fehlende Gas- und Stromanschlüsse. Dagegen wiesen jene Wohnhäuser, in denen Jugoslaven vorwiegend mit Einheimischen zusammenwohnten, überdurchschnittlich gute Charakteristika auf.

Zu klären bleibt die ausländischen Arbeitskräften zugedachte Rolle, in Sanierungsgebieten Lücken zu füllen, bzw. aus geplanten Sanierungsgebieten Einheimische zu verdrängen, eine in der Bundesrepublik Deutschland gängige Strategie, um absiedlungsunwillige oder verkaufsunwillige Inländer umzustimmen.

10.3.4 Stadterneuerungspolitik und Mietrecht: das Ende eines stabilen Segregatonsmusters?

Zwei Phänomene scheinen nun der in dem vorangegangenen Kapitel dargestellten Tatsache einer seit dem letzten Jahrhundert kaum veränderten sozialräumlichen Verteilungsstruktur entgegenzuwirken: die Sanierungspolitik zum einen und die große Novelle zum Mietrechtsgesetz 1981 zum anderen.

Sanierungsgebiete tragen alle Kennzeichen einer problematischen Sozialstruktur: starke Überalterung, hoher Anteil an Einpersonenhaushalten, hoher Gastarbeiteranteil, unterdurchschnittliches Bildungs-und Einkommensniveau, starke emotionale Ortsbezogenheit und damit einhergehende hohe Immobilität bei älteren Bewohnern und schließlich im Gegensatz zu dem letztgenannten Punkt eine hohe Mobilität bei jungen Bewohnern, für die diese Gebiete häufig Übergangslösungen darstellen[1)]. Hand in Hand mit dieser sozialen Degradation geht der Verfall der Bausubstanz.

[1)] Vgl, Förster (1982), S.445

Stadterneuerung sollte nun so konzipiert sein, daß sie ein innerstädtisches Gebiet erhält und gemäß den Nutzungsrechten der dort ansässigen Bevölkerung "erneuert". Dabei gerät sie natürlich in Teufels Küche: einerseits ist es ihre primäre Aufgabe, die verfallene Bausubstanz zu renovieren und dadurch die Erhaltung der Stadt als Lebensraum bzw. als Reproduktionsbereich der Arbeitskraft mit zu gewährleisten, andererseits ist sie gleichzeitig Basis der Konflikte in der Auseinandersetzung um "die Verwirklichung raumstruktureller Ansprüche."[1)]

Eine privatwirtschaftlich gehandhabte Sanierungspolitik birgt die Gefahr in sich, mit der Gebäudesanierung auch eine Bevölkerungssanierung zu betreiben. Sehr fragwürdig in diesem Zusammenhang ist der in einem Atemzug verwendete Begriff von schlechter Baustruktur und "schlechter" Sozialstruktur sowohl im Munde von Kommunalpolitikern wie von Sozialwissenschaftlern. Als extreme Beispiele kann man hier Luxussanierungen nennen, die zwar in Österreich keineswegs amerikanische oder bundesrepublikanische Ausmaße angenommen haben, aber die durch das neue Mietengesetz ermöglichte freie Mietvereinbarung nach Standardanhebung durch den Vermieter könnte zumindest mittelfristig zu einer "sanften" Verdrängung der sozial Schwachen führen, für die sich das ohnehin beschränkte Wohnungsmarktsegment weiter reduziert.[2)] Das birgt ferner die Gefahr einer Intensivierung der Segregation und der Verslummung in sich, denn "die Slums durch Stadterweiterung zeichnen sich durch Verdünnung aus (also in gewissem Maße durch Verbesserung der Belagsdichte). Die Slums durch Stadtsanierung könnten wieder höhere Belagsdichten aufweisen."[3)]

Das Stadterneuerungsgesetz kann aufgrund der ihm immanenten definitorischen Schwächen diesen Prozessen nur unzulänglich entgegensteuern: erstens handelt es sich dabei um ein Verfah-

---

[1)] ebenda, S.446

[2)] ebenda, S.448; vgl. auch Kainrath (1982), S.458ff

[3)] Kainrath/Potyka/Zabrana (1980, S.164

rensgesetz und nicht um ein Finanzierungsgesetz, zweitens reduzieren sich die Assanierungskriterien auf die Anhebung des Wohnstandards, drittens ist die Koordination dieses Gesetzes mit anderen Gesetzesinstrumenten mangelhaft, und viertens besteht keine Verpflichtung für Planungstechnokraten, die soziale und ökonomische Lage der Betroffenen zu berücksichtiden.[1] Hinzu kommt noch im allgemeinen Verfahren die blinde Ausrichtung aller Sanierungstätigkeiten an Wohnvorstellungen der (planenden) Mittelschicht.

Bis jetzt hat der Mietzinsstopp nach dem Ersten Weltkrieg die Herausbildung starker Konzentrationen und Verslummungsprozesse weitgehend verhindern können und damit alte Stadtstrukturen und ihre Vorteile erhalten. Dieses Stadtplanungsinstrument nun zugunsten einer profitorientierten Stadtsanierung aufzugeben, bedeutet Planungsabsichten zu fördern, die den baulichen Verfall dazu benutzen, ganze Gebiete neuen Verwertungsabsichten zuzuführen, ungeachtet der problematischen Konsequenzen kontinuierlicher Bevölkerungsverschiebungen.[2]

---

[1] Vgl. Förster (1982), S.449f

[2] Vgl. Kainrath (1982), S.460f

11.1 Einleitung

MITSCHERLICH (1965) umreißt in seiner "Anstiftung zum Unfrieden"[1] den möglichen Nutzen der Sozialpsychologie für die Stadtplanung und Stadterneuerung mit einer Frage:

"Wer vertritt eigentlich die künftigen Bewohner von Hook (Bauvorhaben in England. Anm.d.V.)? Die Frage ist wohl berechtigt, wenn man an unserer restaurierten und gedunsenen Städte denkt, an denen man ablesen kann, wohin Planung führt, wenn sie ohne den stattfindet, für dessen Bedürfnisse sie unternommen wird.(...) Kennt einer der genannten Fachleute aus seiner wissenschaftlichen Schulung die Bedürfnisse des Menschen in seinen verschiedenen Lebensabschnitten? Wie verbinden sie den Einwohner mit der Stadt? Was erwartet er,woran gewöhnt er sich stillschweigend, wenn er enttäuscht wird, weil er es nicht besser gewohnt ist?"[2]

In diesem Sinne basiert die vorliegende Auseinandersetzung mit der Rolle der Wohnspychologie im Rahmen der Stadtplanung bzw. Stadterneuerung auf dem Vorverständnis, daß die Beschäftigung mit Wohnbedürfnissen und wohnspychologischen Einflußfaktoren nicht Instrument zur Legitimierung getroffener Entscheidungen sein darf, sondern daß sie vielmehr Voraussetzungen für eine Einflußnahme der Bewohner auf die Planer schaffen sollte. Es wird daher im Abschnitt 2 eine Kritik an dem, in der Wohnpsychologie häufig als Legitimationsbarometer verwendeten, Konstrukt der "Wohnzufriedenheit" formuliert. Die Argumentation bezieht sich einerseits auf den Problemkreis der Verbalisierung von Bedürfnissen bzw. der Verbalisationsbarrieren bestimmter Bevölkerungsschichten (vgl. 3.2) und andererseits auf die Tatsache, daß artikulierte Wohnbedürfnisse in der Regel schon eine sehr gruppenspezifische Reflexion auf die realisierbaren Momente einer resignativen Anpassung beinhalten (2.2, 2.3).

Die Diskussion einiger Theorienansätze der 'Wohnbedürfnisforschung' und der daraus abgeleiteten Qualitätskriterien einer

---

[1] Mitscherlich,A.: Die Unwirtlichkeit unserer Städte - Anstifungen zum Unfrieden. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1965

[2] Mitscherlich,A.: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. A.a.O., S.30

Wohnung bzw. Wohnumgebung (Kapitel 3) soll den theoretischen Hintergrund bilden für eine differenzierte Auseinandersetzung mit Wohnbedürfnissen und -problemen von Bevölkerungsgruppen, die aus den angesprochenen Gründen in sich selbst atrikulierenden Initiativen (im Rahmen der Stadterneuerung) kaum oder gar nicht repräsentiert sind.

Der Abschnitt 4 beschäftigt sich mit empirischen Untersuchungen wohnpsychologischer Einflußfaktoren, die auf der Basis eines allgemeinen Streßmodells interpretiert werden. Dabei wird versucht, neben den leicht beobachtbaren und quantifizierbaren wohnpsychologischen Einflußfaktoren physischer Natur (z.B. Lärm, Wohndichte) die soziale Bedeutung des Raumes (vgl. Begriff der 'emotionalen Ortsbezogenheit') in den Vordergrund zu rücken.

Die abschließenden Überlegungen (Abschnitt 5) beziehen sich auf die Frage nach der 'Partizipationsfunktion' wohnpsychologischer Untersuchungen.

11.2 Die Repräsentation der Wohnverhältnisse im Erleben der Bewohner

11.2.1 Allgemeines

In allen Untersuchungen zur "Wohnzufriedenheit" wird auf eine Reihe von Schwierigkeiten hingewiesen, die sich im allgemeinen auf folgende Punkte zurückführen lassen:

- Es kommt kaum zu Übereinstimmungen zwischen selbstberichteter Zufriedenheit und aufgrund beobachteter Verhaltensweisen vermuteter Zufriedenheit.
- Es ist problematisch von der Zufriedenheit auf die Qualität funktionaler Voraussetzungen zu schließen (vgl. REICHARDT, 1974, S. 66ff.).
- Die Zufriedenheit mit Wohnverhältnissen hängt von einer Vielzahl individuell verschiedener, nur schwer erfaßbarer Variablen ab (beispielsweise dem Anspruchsniveau der Bewohner).

Im folgenden wird der Versuch unternommen, auf Basis dieser Sachverhalte, die im allgemeinen 'nur' als methodische Probleme bei der Erfassung von 'Wohnzufriedenheit" diskutiert werden, eine Kritik am Konstrukt der Zufriedenheit zu formulieren (vgl. IPSEN, 1978) und das individuelle Anspruchsniveau als sozial determinierte intervenierende Variable einzuführen. Im Anschluß werden einige Möglichkeiten der Erhebung der Einstellung zur Wohnsituation, die über "Zufriedenheitsuntersuchungen" hinausgehen, exemplarisch dargestellt.

11.2.2 Eine Kritik des Konstrukts der Wohnzufriedenheit als Legitimationsbarometer

11.2.2.1 Zufriedenheit und Legitimation

Auf Basis der Diskussion einiger Studien zum Thema "Wohnzufriedenheit" versucht IPSEN (1978) zu zeigen, "daß eine ver-

wendung des Konstrukts Zufriedenheit zur Legitimation bestehenden Verhältnisse nicht gerechtfertigt ist."[1)]

Gegen die Verwendung von Zufriedenheitswerten, die auf der Hypothese beruhen, daß man aus dem Vorhandensein von geäußerter Zufriedenheit auf die Qualität der objektiven Wohnverhältnisse schließen kann, als Legitimationsbarometer führt er folgende Argumente an:

- Gleiche Situationen und unterschiedliche Bewertungen:

Die legitimatorische Verwendung des Begriffs der Zufriedenheit basiert auf der Annahme eines jedem Objekt immanenten Bewertungsmaßstabs, d.h. auf der Annahme, daß unmittelbar aus den Eigenschaften eines Objekts dessen Bewertung abgeleitet werden kann. Daraus folgt, daß die Bewertung prinzipiell sozial indifferent gesehen wird.

Dieser Hypothese widersprechen die Ergebnisse einer Befragung ausländischer und deutscher Arbeiter über ihre Wohnsituation und ihre Wohnzufriedenheit (IPSEN, 1978):[2)]

Tabelle 1: Mittelwerte von Wohnzufriedenheit nach Nationalität und Wohnausstattung.

	Wohnausstattung			
	schlecht	einfach	mittel	gut
Deutsche[+)]	1.9	2.0	1.9	1.7
Italiener	2.0	2.0	1.8	1.9
Griechen	1.8	1.5	1.4	1.5

Auffallend ist, daß die Differenzen der Zufriedenheitswerte von einer als 'schlecht' eingestuften Wohnausstattung zu einer sogegannten guten Wohnausstattung äußerst gering, und die Bewertungen der Wohnung gleicher Wohnausstattung von Nationalität

---

1) Ipsen, D.: Das Konstrukt Zufriedenheit. In: Soziale Welt, Jahg.29, 1978, Heft 1, S.1 des Art.,

2) Ebda., S.2

zu Nationalität sehr unterschiedliche waren.

Zur Interpretation dieser Ergebnisse führt IPSEN als neue Variable die Art und die Höhe der subjektiven Erwartungen ein:

"Das Ausmaß der Zufriedenheit bzw. der Unzufriedenheit ist das Ergebnis des Verhältnisses von Erwartungen zu der (wahrgenommenen) Realität eines Objektes. Sind die Erwartungen niedriger als die Qualität des Objektes, so entsteht Zufriedenheit; dies gilt wohl auch, wenn die Erwartungen der Qualität des Objektes entsprechen. Umgekehrte Diskrepanzen führen zu Unzufriedenheit. Dabei kann sich sowohl die Qualität der Erwartungen als auch die des Objektes verändern, nur eine Verschiebung der Relationen jedoch führt zu einer Veränderung der Zufriedenheitswerte."1)

- Gruppennorm und Zufriedenheit

Ein anschaulicher Beleg für den Zusammenhang zwischen Gruppennorm und Zufriedenheit ist der Untersuchung von LINDE (1967) zum Thema "Soziale Determinanten der Zufriedenheit" zu entnehmen.

In seiner Untersuchung der Wohnzufriedenheit von Arbeitern und Angestellten ging er von einer Bewertung der Wohnqualität nach Punkten (Wohnungsgröße, Belagsdichte, Wohnungsausstattung etc.) aus. Der durchschnittliche Wert der Angestelltenwohnungen betrug 7,2 Punkte, die durchschnittliche Arbeiterwohnung erreichte 4,6 Punkte.

Bei einer Trennung der Zufriedenen von den Unzufriedenen ergab sich als durchschnittliche Wohnqualität aller mit ihrer Wohnung zufriedenen Arbeitern ein Wert von 4,6 Punkten und als durchschnittliche Wohnqualität der zufriedenen Angestellten ein Punktewert von 7,7.

Beide Gruppen waren also ziemlich genau mit den Wohnungen zufrieden, wie sie für die eigene Gruppe typisch waren. Umgekehrt betrug der Durchschnittswert der Wohnungen aller un-

---

1) Ipsen, D.: Das Konstrukt Zufriedenheit. A.a.O., S. 3 d. Art.

zufriedenen Angestellten 4,6 Punkte, d.h. die untersuchten Angestellten waren mit einer Wohnqualität unzufrieden, die bei den Arbeitern im Mittel Zufriedenheit hervorrief.

IPSEN schließt aus diesen Ergebnissen:

"Die soziale Ungleichheit, die sich u.a. auch in der Wohnversorgung niederschlägt, manifestiert sich in den Köpfen der Betroffenen: Man weiß, was man zu erwarten hat und bewegt sich in einem vorgegebenen Rahmen von 'Statusentwürfen.' Zum einen lassen die Erfahrungen in einem geschlossenen Milieu andere Erwwartungen als wenig realistisch erscheinen, die Erwartungen passen sich so der schichtspezifischen Realität an (...). Zum anderen werden andere Erwartungen qualitativer oder quantitativer Natur, negativ sanktioniert. Nur die Veränderung des Status, und dies ist eine seltene Ausnahme, rechtfertigt andere Erwartungen."1)

IPSENS Hypothese wird beispielsweise auch gestützt durch die Ergebnisse der Untersuchung von KAUFMANN et al. (1976), in der mittels einer Befragung von Wohnungswechslern, Motive und Formen der Wohnungsmobilität erfaßt wurden.

Trotz der unterschiedlichen Wohnversorgung wurde bei allen Sozialschichten eine ungefähr gleich hohe Wohnzufriedenheit festgestellt. Die Analyse dieses Sachverhalts lieferte schließlich Hinweise auf die schichtspezifischen Anspruchniveaus (die Angehörigen niederer Schichten äußerten bei einer deutlich geringeren Wohnqualität Zufriedenheit als die Angehörigen höherer sozialer Schichten (vgl. Abb. auf der folgenden Seite).

11.2.2.2 Zufriedenheit als resignative Anpassung

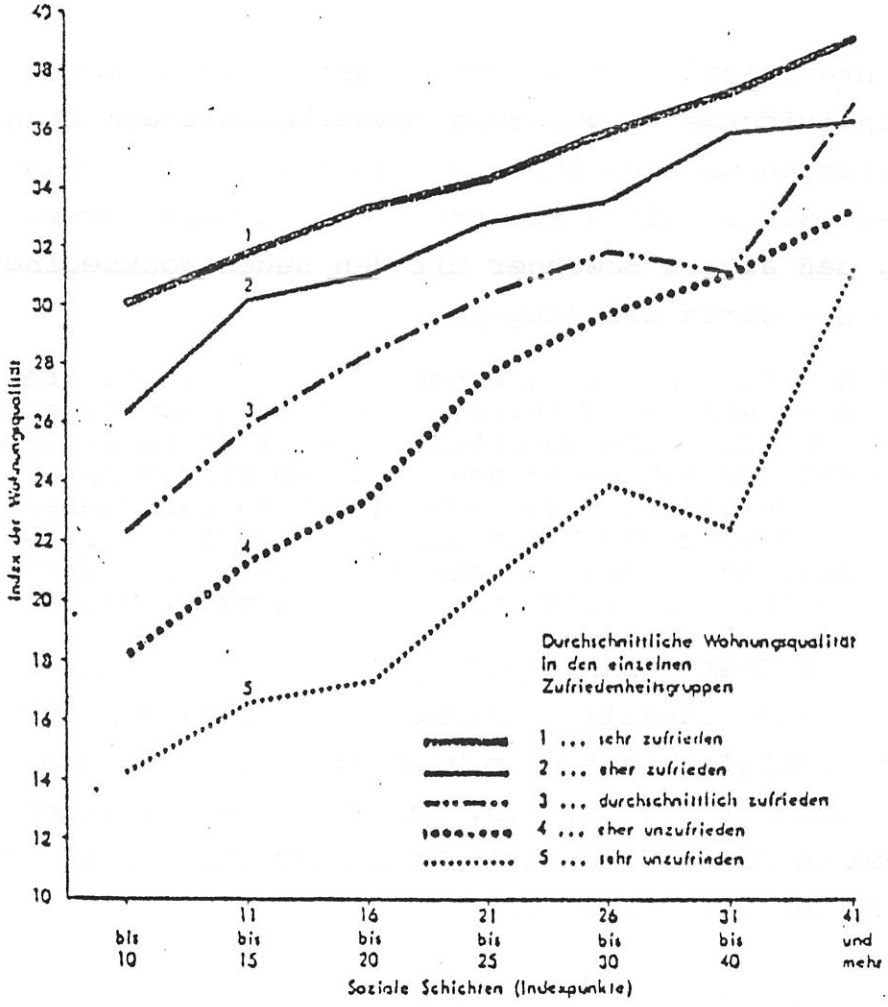
Eines der erstaunlichsten Ergebnisse der Durchsicht von Zufriedenheitsuntersuchungen ist für IPSEN (1978) der hohe Anteil der Leute, die sich als zufrieden bezeichnen. Die Wohnzufriedenheit ist generell sehr hoch (vgl. ZAPF, 1969, S.108); selbst bei den ausgesprochen schlechten Wohnverhältnissen ausländischer Arbeiter übersteigt der Anteil der Unzufriedenen kaum ein Drittel (vgl. IPSEN), 1978).

---

1) IPSEN, D.: Das Konstrukt der Zufriedenheit, A.a.O., S.3/4.

Wohnzufriedenheit und Wohnungsqualität in den einzelnen Sozialschichten:[1)]

Darstellung 3: Wohnzufriedenheit und Wohnungsqualität in den einzelnen Sozialschichten



---

1) Kaufmann, A. et al.: Motive und Formen der Wohnungsmobilität. Hrsg.; Institut für Stadtforschung, Wien, 1976, S.155. Zit.n.: DULOVITS, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadtsoziologie. Diss., Uni Wien, 1978, S. 297.

Eine Erklärung dieses Sachverhalts liefert unter anderem die Dissonanztheorie, die auf FESTINGER (1957) zurückgeht:

Innerhalb der Dissonanztheorie wird Unzufriedenheit als ein psychischer Zustand aufgefaßt, der sich wegen der damit verbundenen Spannungen und Aktivitätshemmungen auf Dauer nicht aufrechterhalten läßt. Zur Beseitigung dieser Dissonanz muß entweder die Realität den Erwartungen oder umgekehrt die Erwartungen der Realität angepaßt werden.

Die Interpretation von Zufriedenheit als Anpassungsleistung des Individuums an gegebene Umweltbedingungen kann auch als Erklärungsgrundlage für die Ergebnisse von ZAPF et al. (1969) dienen. Sie stellten in ihrer Untersuchung neuerer Wohnviertel fest, daß ältere Bewohner mit den neuen Wohnbedingungen zufriedener waren als jüngere:

"Zwar kommen jüngere Personen häufiger als ältere aus unzureichenden Wohnverhältnissen (...), dennoch scheint es nur natürlich, daß sich um Urteil älterer Personen eine Verbesserung der Wohnbedigungen mit dem Einzug in die Neubausiedlung verstärkt niederschlägt. Ihre geringeren Möglichkeiten zum erneuten Umzug und der daraus resultierende Zwang zur Anpassung an die nun einmal erreichten Bedingungen (...) erklären ihr durchschnittlich positives Urteil."1)

In diesem Zusammenhang prüfte IPSEN (1975) die Hypothese, daß das individuelle Einkommen (als Indikator für die Veränderungsmöglichkeiten im Wohnbereich) Einfluß auf die Wohnzufriedenheit ausübt, d.h. daß Menschen mit einem geringeren Einkommen mit schlechteren Wohnungen zufriedener sind als Bezieher höherer Einkommen.

Die erhobenen Daten[2)]

	Zufriedenheit	Wohnqualität		
Einkommen	schlecht	einfach	normal	gut
niedrig	1.7	1.8	1.8	1.9
hoch	1.4	1.7	1.8	2.0

1) Zapf, K.: et al.: Stadt am Stadtrand, Frankfurt, 1969, S.110. Zit.n.: Ipsen, D.: Das Konstrukt der Zufriedenheit. A.a.O., S.6

2) Ipsen, D.: Das Konstrukt der Zufriedenheit, A.a.O.S.7 d. Art.

unterstützten die Annahme, daß die geringere Chance eines Wohnungswechsels als Folge des niedrigen Einkommens, einen Realitätsdruck auf Anpassung hin bedeutet. Zur Beseitigung der Diskrepanz zwischen Erwartung und Realität werden die Erwartungen den schlechten Wohnverhältnissen angepaßt, das Ergebnis ist eine unvermutete Zufriedenheit.

Zusammenfassend formuliert IPSEN (1978) als Arbeitshypothese:

> Je geringer die Möglichkeiten einer Person sind, ihre Situation zu verändern, desto eher neigt sie zu resignativer Anpassung, d.h. einer positiven Bewertung einer schlechten Realität."[1]

Gegen das von manchen "Zufriedenheitsforschern" vorgebrachte eher zynische Argument, daß Zufriedenheit, auch wenn sie nicht an bestimmte Qualitätskriterien gebunden ist, eben immer noch eine Loyalität gegenüber den Verhältnissen und damit faktische Legitimität bedeutet, wendet IPSEN (1978) abschließend ein:

> "Gegen diese Schlußfolgerung steht die Arbeitshypothese, daß die durch Anpassungsdruck geschaffene resignative Zufriedenheit und die an die Klassenstruktur gefesselte Bescheidung eine brüchige Loyalität darstellt und sich mit einer permanenten, wenn auch latenten Veränderungsbereitschaft verbindet."[2]

11.2.2.3 Zufriedenheit und Qualitätskriterien der Wohnung

Die angeführten Ergebnisse sollen natürlich nicht auf die Unabhängigkeit der 'Zufriedenheit' von objektiven Qualitätskriterien der Wohnverhältnisse hinweisen, sondern auf die 'Relativität', die in diesem Konstrukt enthalten ist. Für die Frage, inwieweit von berichteter Zufriedenheit auf die Qualität der Objekte zurückgeschlossen werden kann, ist es wichtig, eine Vorstellung darüber zu gewinnen, wie sich die Realität in Zu-

---

[1] ebda., S.7

[2] IPSEN, D.; Das Konstrukt Zufriedenheit. A.a.O., S.9 des Art.

friedenheitswerten niederschlägt. Diese Frage kann heute noch nicht befriedigend beantwortet werden. Es sei hier nur auf einen ersten Ansatz von IPSEN (1975) verwiesen, der eine Regressionsanalyse mit Wohnzufriedenheit als abhängiger und Eigenschaften der Wohnung (Wohnkomfort, Wohnmängel, Bruttomiete) als unabhängigen Variablen durchführte (siehe IPSEN, D., 1978, S.8 d. Art.).

11.2.3 Das Anspruchsniveau als intervenierende Variable

11.2.3.1 Der sogenannte "nüchterne Realismus"

Eine Reihe von Autoren haben auf die Anpassung des Anspruchsniveaus in allen Lebensbereichen auf das 'Realisierbare' hingewiesen. So registrierte schon PFEIL (1953) in einer Wohnwunschbefragung von Bergarbeitern einen "nüchternen Realismus". Sie stellte fest, daß eine Wohnung schon dann eine Chance hatte, bejaht zu werden, wenn es nur eine vergleichweise bessere Wohnung war.

Die anpassende Funktion des Anspruchsniveaus kann auch am Beispiel der Diskrepanz zwischen der hohen Stadtteilzufriedenheit der Bewohner von Stadtrandsiedlungen und der öffentlichen Kritik an diesen Gebieten illustriert werden (vgl. Neue Heimat 11/75: Negative Kritik - aber zufriedene Bewohner. S.43 ff.). DULOVITS (1978) führt diese Reaktionen darauf zurück, daß[1)]

- günstige Neubauwohnungen vor allem am Stadtrand zu finden sind und
- die Wohnungssuche meist derart auf Zimmerzahl und Wohnungsqualität fixiert ist, daß jene 'Erweiterungen des eigenen Wohnraumes', die durch Gemeinschaftseinrichtungen der Umgebung repräsentiert werden, erst in zweiter Linie geprüft werden.

[1)] Dulovits, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadtsoziologie. Diss., Uni Wien, 1978, S.273/274.

"Hier werden weitere Verkehrswege in Kauf genommen und durch das 'Grün', die gute Luft, die 'Ruhe' von Stadtrandsiedlungen aufgewogen. In vielen Fällen wird so aus der 'Not' eine 'Tugend' gemacht."[1)]

Daß die Kritik an der Abwesenheit von öffentlichen Einrichtungen und mangelnder Infrastruktur mit einem Schwellenwert der Entfernung (ca. 1km) immer mehr abnimmt. Jenseits dieser Grenze wiesen die Bewohner einen deutlich unterschiedenen Bezugsrahmen auf. _Schließlich ist für sie klar, daß ihnen Einrichtungen nicht nachgetragen werden, wenn sie im 'angeblichen Grün' wohnen."[2)]

DULOVITS (1973) faßt zusammen:

"..., daß die geäußerte, subjektive Zufriedenheit oft im Widerspruch zu schlechter Ausstattung und schlechter Versorgung mit Folgeeinrichtungen stehen kann. Wünsche und Zufriedenheit sind sozial vermittelt und wesentlich durch die Zwänge der vorgegebenen Realität bestimmt. Außerdem kann man annehmen, daß Zwänge, die vor allem in der unteren sozialen Schichten zum Tragen kommen - in den Wünschen berücksichtigt, ja bis zu einem gewissen Grad zum Bestandteil derselben werden."3)

Empirische Belege für die Hypothese liefert beispielsweise eine Untersuchung zur "großstädtischen Lebensweise in Wien" von KAUFMANN & SZÜCS (1972).

Sie fragten unter anderem nach der gewünschten Wohngröße und interpretierten diese Frage als indirekte Operationalisierung des wohnungsspezifischen Anspruchsniveaus.

Eine Gegenüberstellung von derzeitiger und gewünschter Wohngröße zeigte, daß für die verschiedenen Untersuchungsgebiete

---

1) ebda., S.274

2) Dulovits, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadtsoziologie. A.a.O., S.174

3) ebda., S.274/275

(Josefstadt, Leopoldstadt, Strebersdorf, Neu-Erlaa) starke Ähnlichkeiten der Verteilungsmuster der gewünschten Wohngrößenstruktur mit der tatsächlichen auftraten. Die für die Frage des Anspruchsniveaus relevanten Ergebnisse referiert DULOVITS (vgl. DULOVITS, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadtsoziologie, A.a.O., S.288ff.).

- Die Verteilungsstruktur der tatsächlichen Wohngröße war in den untersuchten Gebieten sehr unterschiedlich (Leopoldstadt: Übergewicht an Kleinwohnungen; Josefstadt: hoher Anteil an Großwohnungen; Neubaugebiete: Überwiegen der mittleren Wohngrößen).

Die Verteilung der Wohngrößenwünsche lieferte ein mit dieser tatsächlichen Wohnungsstruktur vergleichbares Bild.

- Im Durchschnitt konzentrierten sich die Wünsche auf 2 1/2 - Zimmer Wohnungen, was auch als Ergebnis des einseitigen Wohnangebots gewertet werden kann.
- Es konnte ein Zusammenhang zwischen Wohngrößenwunsch und Berufsschicht nachgewiesen werden (siehe Tabelle auf der folgenden Seite).
- Die absolute Differenz zwischen gegenwärtiger und gewünschter Wohngröße war für die verschiedenen Berufsschichten relativ konstant - obwohl sich die Ausgangsbedigungen bezüglich der Beengtheit der Wohnverhältnisse sehr unterschieden.

11.2.3.2 Determinanten des Anspruchsniveaus

Der Zusammenhang von Anspruchsniveau (allgemeine und wohnungsspezifisch) und sozialer Schicht sind vielfach empirisch belegt. DULOVITS (1978) weist auf die Wechselnwirkungen zwischen schichtspezifischer Wohnsituation und Sozialisation und daraus wiederum ableitbarem Anspruchsniveau hin.

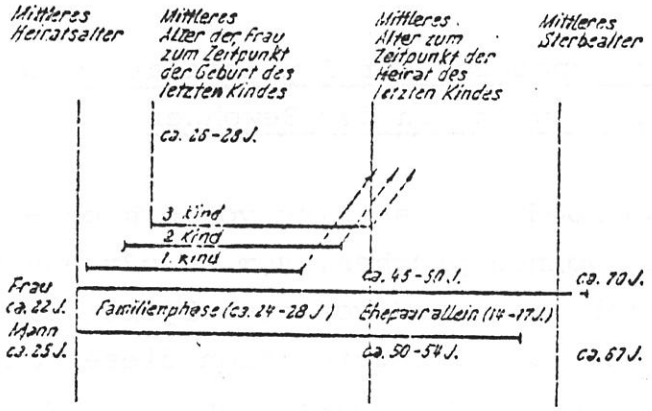
Auf Basis eines Überblicks über schichtspezifische Sozialisationsleistungen der Familie, schließt er, daß einerseits die

Wahrnehmung der Realität als mehr oder weniger veränderbar abhängig ist von der sozioökonomischen Stellung und andererseits die resignative Anpassung an die vorgegebene Realität in niederen sozialen Schichten häufiger der Fall und besonders problematisch ist.

"Untersuchungen in Österreich (vgl. KREUTZ, H.: Jugend und Zukunft. Bundesverlag, Wien, 1973) haben gezeigt, daß der Konformitätsdruck am stärksten bei niedriger Schulbildung internalisiert und die Forderung nach möglichst lückenloser sozialer Anpassung gerade von jenen am stärksten erhoben wird, die in der gegebenen sozialen Ordnung die benachteiligsten Positionen und Lebenschancen haben." 1)

Eine weitere überindividuelle Determinante des Anspruchsniveaus stellt die Stellung des Menschen im Familienzyklus dar.

VASCOVICS (1972) stellt den 'durchschnittlichen Familienzyklus in Österreich' schematisch dar (geschätzte Werte für die im Jahre 1960 geschlossenen Ehen): 2)



Die dargestellten Phasen im Lebenszyklus stehen augenscheinlich in engem Zusammenhang mit unterschiedlichen Wohnbedürfnissen,

---

1) Dulovits, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadtsoziologie, A.a.O., S.280/281

2) Vascovics, L.: Bio-soziales Verhalten: Bevölkerungsentwicklung und Familie. In: Bodzenta (Hrsg.): Die österr. Gesellschaft. Zit.n.Dulovits, H., A.a.O., S.284.

Anspruchsniveaus und Wohnwünschen.

In einer Reihe von Untersuchungen wurde festgestellt, daß mit zunehmendem Alter die Wohnwechselwünsche abnehmen und die Wohnzufriedenheit trotz schlechter Wohnverhältnisse zunimmt. Es scheint mit zunehmendem Alter ein verstärktes passives Abfinden mit der Wohnsituation stattzufinden vermittelt über eine neue Bewertung der verschiedenen Qualitätsaspekte einer Wohnung.

Das Ausmaß der Anpassung an die Wohnsituation ist dabei vom Ausmaß des Aufwandes abhängig, der mit einem eventuellen Wohnungswechsel verbunden wäre:

"Oft sind alte Menschen trotz schlechter Wohnverhältnisse sehr zufrieden. Dies ist einleuchtend, da mit zunehmendem Alter die Realisierungsschwierigkeiten bei der Verbesserung der Wohnverhältnisse zunehmen. Sie liegen im materiellen und psychischen Effort (...), der mit einer Verbesserung der Wohnsituation verbunden wäre. Da dieser Effort mit zunehmendem Alter immer schwerer zu bewältigen ist, erfolgt im vermehrten Maße die Abstimmung des wohnungsspezifischen Anspruchniveaus auf die bestehenden Wohnverhältnisse."1)

11.2.4 Eine Arbeitshypothese zur Repräsentation der Wohnverhältnisse im Bewußtsein der Bewohner

Die subjektiven Wohnbedürfnisse sind von schicht- und familienzyklisch bedingten Wohnansprüchen, vom Bewußtsein der eigenen Realisierungsmöglichkeiten und von den objektiven Wohnmarktbedingungen abhängig. Die Interpretation dieser Sachverhalte bedarf eines Rekurses auf die objektiven Lebenszusammenhänge der Betroffenen.

Über den Zusammenhang zwischen objektiven Lebensbedingungen und der Repräsentation der Wohnverhältnisse im Bewußtsein der Bewohner kann als Arbeitshypothese formulierte werden:

---

1) Dulovits, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadtsoziologie, A.a.O., S.296

Die Tatsache, daß in unserer Gesellschaft jede Nachfrage nur Berücksichtigung findet, wenn sie auch eine sogenannte zahlungskräftige Nachfrage ist, findet ihren Niederschlag im Bewußtsein der Betroffenen in einer Relativierung der Wünsche und Bedürfnnisse am Maßstab des für die bzw. für ihre soziale Gruppe 'Typischen' und 'Realisierbaren'.

11.2.5 Methodische Überlegungen zur Erfassung der Repräsentation der Wohnverhältnisse im Bewußtsein der Bewohner

Aufgrund der Vieldimensionalität des Gegenstandes bieten sich qualitative Methoden, etwa strukturierte Interviews an. Sie bieten einerseits die Möglichkeit der Berücksichtigung der Probleme der Verbalisationsfähigkeit bzw. der Verbalisierbarkeit von Bedürfnissen (siehe 3.2) und andererseits die Chance für eine Durchbrechung von oberflächlichen, resignativen Anpassungsleistungen (siehe 2.2 und 2.3).

Als Beispiel für eine mögliche Strukturierung eines Interviews kann hier der Themenkatalog von AUER (1878) dienen, der im Hinblick auf die Erfassung von Determinanten des Siedlungslebens erstellt wurde.[1)]

- Fragen zur Siedlung: Wohndauer, die Siedlung als Heimat, Heimatgefühl, Vergleich mit vorherigem Wohnviertel, der Ruf der Siedlung, Vergleich des ersten Eindrucks der Siedlung mit dem heutigen, Ansprüche und Erwartungen an die Siedlung, Anlage und Ausstattung, die Gestaltung der Wohnhäuser,moderne Architektur.
- Fragen zur Nachbarschaft: Situation beim Einzug, Bindungen an frühere Wohnviertel, Kontaktsituation, Freundschaftsbeziehungen innerhalb der Siedlung, Charakteristik der Nachbarschafts- und Freundschaftsbeziehungen, subjektive Bedeutung derselben, ihre Zahl, ihre Häufigkeit, ihre räumliche Ausdehnung, Konflikte, Klatsch, Neugierde, Charakterisierung der Nachbarn, soziales Klima der Siedlung, Nachbarschaftskontakte bei Mann und Frau, Wunschbild des Nachbarn und des nachbarlichen Verkehrs.

---

1) Auer, W.: Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung, zur Nachbarschaft und zum Wohnen, VWGÖ, Wien, 1978, Diss. Uni Salzburg, S.169

- Fragen zur Wohnung: Die Rolle der Wohnung im Leben, Verweildauer in der Wohnung, Erwerbsart, Miete (Wohnzufriedenheit), Belegungsdichte, Nutzung, Tätigkeiten in der Wohnung, Kritik der eigenen Wohnverhältnisse, des Grundrisses, der Dimensionierung der Wohnung und ihrer Räume, bauliche Mängel, Schallisolation, die elterliche oder die vorherige Wohnung, Wohnverhalten, Rückzugsmöglichkeiten, Behinderung familiärer Prozesse durch die Wohnverhältnisse, Reaktionen auf beengte Wohnverhältnisse, Kinderspiel, Erziehungsstile und Wohnverhältnisse, die Wunschwohnung.

Einer Quantifizierung von Einstellungen sind enge Grenzen gesetzt. Sie ergeben sich zum einen aus dem Gegenstand selbst (Bewertungsdimension, Einstellungen), zum anderen aus den schon angesprochenen Unterschieden in der Verbalisationsfähigkeit von Bedürfnissen.

Im Hinblick auf die hauptsächlich aus pragmatischen Gründen dennoch häufig vorgenommenen Quantifizierungen von Einstellungen können zwei Verfahrensrichtungen unterschieden werden:

Die erste Methodenkategorie umfaßt Fragebogenerhebungen , bei denen direkte Fragen nach Wohnverhältnissen und Wohnwünschen gestellte werden (vgl. EISNER, R.: Wohnen in Innsbruck, 1979, Anhang). Daneben wird im Bereich der Wohnspychologie häufig mit der Methode des Semantischen Differentials (auch Polaritätsprofil nach OSGOOD, 1953) gearbeitet.

Die Charakteristik des Polaritätsprofils liegt in der Einstufung eines Beurteilungsobjekts nach einer Reihe von Eigenschaftspaaren, so daß von jeder Person hinsichtlich jeder Eigenschaftsdimension eine quantitative Einstufung vorliegt, die als Ausdruck einer zugrundeliegenden Einstellung interpretiert wird. Mittels dieser Methode werden auch Einstellungsdimensionen erfaßt, die möglicherweise von den Befragten ad hoc nie thematisiert werden.

Im folgenden werden einige Beispiele für die Verwendung der beschriebenen Methoden im Bereich der Wohnpsychologie angeführt.

- Fragebogen zur Wohnqualität nach KUBINGER (1979)[1)]

	stimmt	stimmt nicht
1. Meine Wohnung ist von meinen Verwandten und Freunden zu sehr entlegen	( )	( )
2. Von meiner Wohnung habe ich eine schlechte Aussicht	( )	( )
3. Ich vermisse in dem Haus, in dem sich meine Wohnung befindet, einen Lift	( )	( )
4. Der Heizkomfort der Wohnung entspricht meinen Wünschen	( )	( )
5. Es stört mich, daß in meiner Wohnung auch andere Personen außer der Kernfamilie (Eltern, Kinder) leben	( )	( )
6. Es stört mich, daß die Wohnung keinen Balkon (Loggia) hat	( )	( )
7. Die finanzielle Belastung durch meine Wohnung (Miete oder Rückzahlung, Betriebskosten) ist erträglich	( )	( )
8. Die Ausstattung meiner Wohnung hinsichtlich Elektro- und Sanitärinstallationen ist zufriedenstellend	( )	( )
9. Die Bodenbeläge entsprechen meinen Vorstellungen	( )	( )
10. Die Wohnung ist architektonisch (bautechnisch) so angelegt, daß ich mich kaum von den Nachbarn gestört fühle	( )	( )
11. Es stört mich, daß mein Arbeitsplatz von der Wohnung so weit weg liegt	( )	( )
12. Um einen entsprechenden Wohnkomfort zu erzielen, sind in meiner Wohnung in absehbarer Zeit größere Reparaturen oder Sanierungsarbeiten nötig	( )	( )
13. Meine Wohnung ist geräumig genug, selbst wenn später eine Person mehr darin wohnen müßte (Kind, evtl. Elternteil)	( )	( )
14. Die Anordnung und Anzahl der Fenster ist bestens gestaltet	( )	( )
15. Ich finde die Fensterform zweckmäßig und schön	( )	( )
16. An meiner Wohnung stört mich, daß nicht alle Zimmer vom Vorraum erreichbar sind	( )	( )
17. Ich finde, daß es für die Küchenarbeit an genügend natürlichem Licht fehlt	( )	( )
18. Die Anordnung der Küchengeräte ist sehr gut gelöst	( )	( )
19. Ich wünsche mir keine größere Küche	( )	( )
20. Die Wohnung bietet mir kaum die Möglichkeit, mich ungestört meinen eigenen Dingen zu widmen	( )	( )
21. In meiner Wohnung finde ich genug freie Wände für Kästen u. Wandverbaue	( )	( )
22. Ich hätte gern ein größeres Bad	( )	( )
23. Das Bad ist vom Schlafzimmer (und vom Kinderzimmer) bequem zu erreichen	( )	( )
24. An meiner Wohnung stört mich, daß sich zwischen zwei bestimmten Räumen keine Verbindungstür befindet	( )	( )
25. Mit der Größe und Anzahl der Nebenräume (Abstellraum, Schrankraum, Speise, Vorratsraum, Keller u. ä.) bin ich zufrieden	( )	( )
26. In meiner Wohnung geht mir eine Dusche ab	( )	( )
27. Der Vorraum der Wohnung ist weder zu groß noch zu klein	( )	( )
28. Es stört mich, daß nicht jedes Familienmitglied ein eigenes Zimmer hat	( )	( )
29. Die Anordnung der einzelnen Räume zueinander ist nicht günstig getroffen (z. B. Kinderzimmer von der Küche, Kinderzimmer vom Elternschlafzimmer, Küche vom Eßbereich zugänglich)	( )	( )
30. Manche meiner Zimmer sind zu klein bzw. zu groß	( )	( )
31. Mit der Rechtsform meiner Wohnung (Eigentum, Genossenschaftswohnung, Miete) bin ich zufrieden	( )	( )

---

1) Kubinger,K., Der Einfluß der Planungsmitbestimmung auf die Wohnzufriedenheit. In: Psychologie und Praxis, Bd.23, 1979, S.147

- Polaritätsprofil zur Erfassung subjektiver Erlebniseigenheiten der Wohnung nach GUTTMANN (1974).[1)]

	1	2	3	4	5	6	7	
gemütlich	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	ungemütlich
modern	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	altmodisch
häßlich	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	schön
persönlich	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	unpersönlich
aufregend	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	beruhigend
anziehend	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	abstoßend
groß	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	klein
sachlich	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	verspielt
einsam	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	gesellig
gut	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	schlecht
überladen	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	schlicht
harmonisch	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	unausgewogen
hell	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	dunkel
fremdartig	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	vertraut
praktisch	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	unpraktisch
konventionell	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	originell
bequem	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	unbequem
gekünstelt	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	natürlich
geborgen	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	nicht geborgen
eng	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	weit
luxuriös	( )	( )	( )	( )	( )	( )	( )	bescheiden

Das Polaritätsprofil wurde mit folgenden Instruktionen vorgegeben:
Nun wollen wir bestimmte Eigenschaften ihrer Wohnsituation feststellen, und zwar auf folgende Weise:
An den Zeilenenden stehen zwei Gegensätze, z.B.

modern 1 2 3 4 5 6 7 - altmodisch

Wir bitten Sie, von den folgenden Gegensatzpaaren je eine Eigenschaft auszuwählen und durch Ankreuzen einer der Ziffern (1 bis 7) in den beigegebenen Klammern anzugeben, wie stark nach Ihrer Meinung diese Eigenschaften auf ihre jetzige Wohnsituation zutreffen.
Sind Sie der Meinung, daß Ihre Wohnung das Modernste ist, was man sich denken kann, dann kreuzen Sie ganz links die Ziffer 1 an. Wenn Sie meinen, daß es die altmodischste Wohnung ist, machen Sie das Kreuz ganz rechts bei 7. Aber Sie können auch jeden möglichen Übergang dazwischen zum Ausdruck bringen. In diesem Sinne bitten wir Sie, die folgenden Beurteilungen durchzuführen.

[1)] Guttmann, G.: Terrassensiedlung Graz - St.Peter. Zit.n.: Kubinger, K.: Der Einfluß der Planungsmitbestimmung auf die Wohnzufriedenheit. A.a.O., S.148.

- Polaritätsprofil zur Erfassung der Repräsentation von Wohnsiedlungen im Erleben ihrer Bewohner nach AUER (1978)[1)]

fremd	-	vertraut
muffig	-	luftig
aufgelockert	-	dicht
luxuriös	-	ärmlich
abwechslungsreich	-	langweilig
verspielt	-	nüchtern
heiter	-	düster
einförmig	-	vielfältig
weit	-	eng
grau	-	farbig
umständlich	-	zweckmäßig
sachlich	-	verziert
sauber	-	schmutzig
verwirrend	-	geordnet
natürlich	-	technisch
öde	-	einladend
armselig	-	reichhaltig
zart	-	wuchtig
lebhaft	-	ruhig
zugänglich	-	abgeschlossen
klar	-	verschwommen
dürftig	-	aufwendig
beeindruckend	-	nichtssagend
ungepflegt	-	gepflegt
persönlich	-	unpersönlich
billig	-	teuer
verschlossen	-	offen
bedrückend	-	befreiend
anziehend	-	abweisend
geschmacklos	-	gefällig
einheitlich	-	zerrissen
modern	-	altmodisch

Das Polaritätsprofil wurde den Versuchspersonen mit folgender, ebenfalls in Vorversuchen gewonnener Anweisung vorgelegt:

"Auf der nächsten Seite finden Sie mehrere Skalen mit je zwei gegensätzlichen Eigenschaftswörtern. Sie sollen dabei ankreuzen, welches der beiden Eigenschaftswörter Ihrem Empfinden nach besser auf Ihre Wohnumgebung, auf Ihre Wohnsiedlung paßt.

Bei jeder Entscheidung haben Sie drei Möglichkeiten, wobei es keine richtigen oder falschen Antworten gibt, da es um Ihren persönlichen Eindruck geht.

Nehmen wir als Beispiel folgende Skala:

fremd 3 2 1 0 1 2 3 vertraut

---

1) Auer, W.: Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung, zur Nachbarschaft und zum Wohnen. A.a.O., S.166/167

11.3 Wohnbedürfnisse

11.3.1 Allgemeines

Bei jedem Versuch, Wohnbedürfnisse als Ansprüche an die Wohnungsplaner zu formulieren, ist zu betonen, daß es sich hier im Wesentlichen um sozial vermittelte Bedürfnisse handelt, die erheblich nach Person, Lebenszyklus, sozialem Wandel usw. variieren. Innerhalb der Bedürfnisskala ergeben sich verschiedene Schwerpunktsetzungen, verschiedene "Bedürfnisgefüge" bzw. "Wohnneigungstypen" (PIPEREK, 1975), in denen soziale Faktoren ihren Asudruck finden.

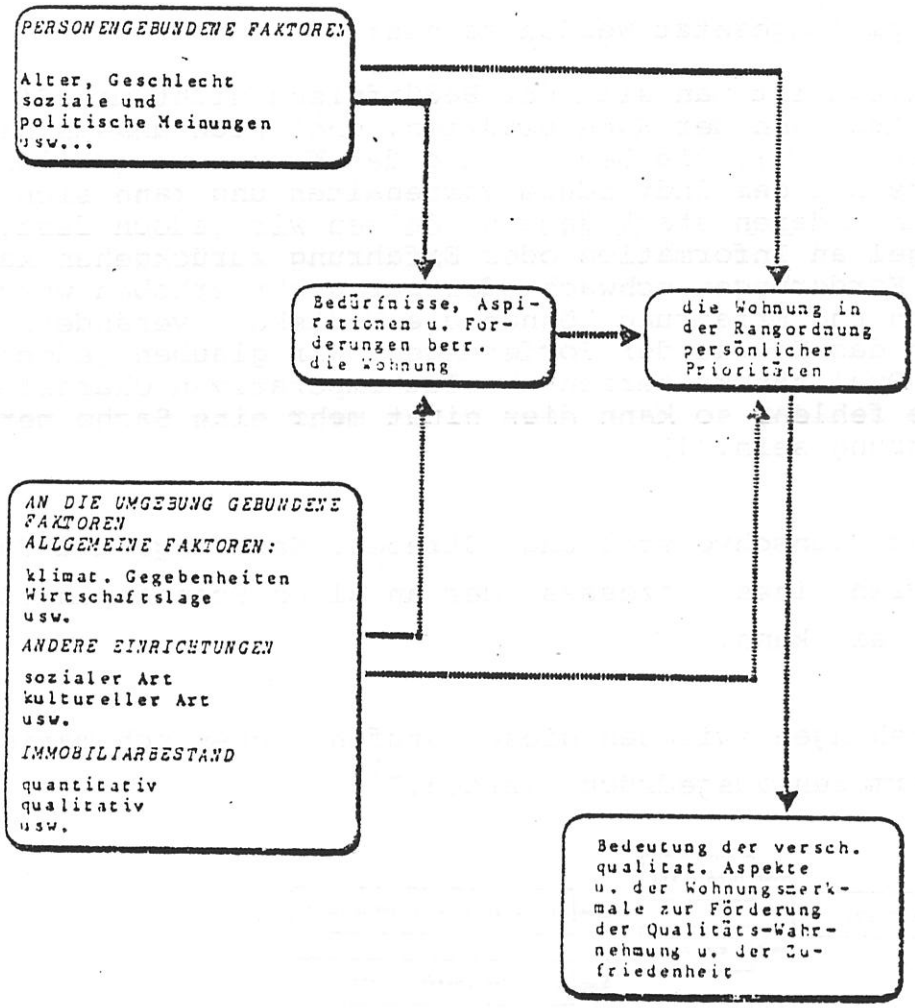
> "Die Wohnung ist nicht nur ein Spiegelbild ihrer Bewohner, sondern die Bewohner sind darüber hinaus Träger eines stereotyp angenommenen und gruppenspezifischen Wohnstils."1)

Dennoch scheinen auch aus wohnspychologischer Sicht Grundbedürfnisse in Anlehnung an systematische Bedürfnishierarchien formulierbar zu sein, wobei allerdings Übertragungen hierarchischer Bedürfnisklassifikationen auf den Bereich des Wohnens im wesentlichen hypothetischer Natur sind. Die empirische Überprüfung derartiger allgemeiner Bedürfniskategorisierungen (wobei hier vorgreifend PIPEREKs Kritik an der Erstellung von Hierarchien im Zusammenhang mit Wohnbedürfnissen erwähnt sei) könnten die Grundlage für Hypothesen über die angesprochene gruppenspezifischen Wohnstile und den Einfluß des sozial determinierten Anspruchsniveaus bilden.

---

1) Auer, W.; Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung, zur Nachbarschaft und zum Wohnen. VWGÖ, Wien, 1978 (Diss. Univ. Salzburg), S.142

Die Abhängigkeit der Bedürfnisse von personen- und umgebungsgebundenen Faktoren stellt VAN VAERENBERGH (1980) folgendermaßen dar:[1)]



---

1) Van Vaerenbergh, M.: Die Qualitätskriterien der Wohnung, Luxenburg, 1980, S.30

11.3.2 Bedürfnisse, Streben, Nachfrage, Forderung

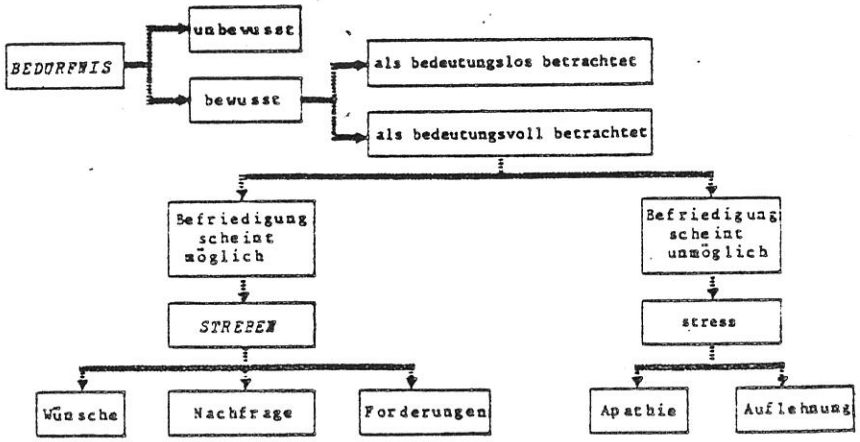
11.3.2.1 Verschiedene Strufen eines Prozesses

VAN VAERENBERGH (1980) weist darauf hin, daß die individuellen Bedürfnisse des Menschen nicht unmittelbar mit persönlichem Streben gleichgesetzt werden können:

"Tatsächlich ist man sich der Bedürfnisse nicht mit Sicherheit bewußt: Man kann der Ruhe bedürfen, ohne sich dessen bewußt zu werden; (...). Die Beurteilung der Wichtigkeit solcher Bedürfnisse ist dem Individuum vorbehalten und kann sich von einem zum anderen stark ändern. Halten wir jedoch fest, daß es auf Mangel an Information oder Erfahrung zurückgehen kann,wenn gewisse Forderungen schwach oder gar nicht erhoben werden. Information und Erfahrung können die Wertskala verändern und damit auch das Niveau der Forderungen. Wir glauben jedoch, daß gewisse Qualitätskriterien absolut imperativen Charakter haben: wenn sie fehlen, so kann dies nicht mehr eine Sache persönlicher Einschätzung sein."1)

Bedürfnis, Wunschvorstellung, Streben, Nachfrage und Forderung sind Stufen eines Prozesses, der an allen Schnittpunkten unterbrochen sein kann.

Die Beziehungen zwischen diesen Stufen können schematisch etwa folgendermaßen ausgedrückt werden.[2)]



---

1) Van Vaerenbergh, M.: Die Qualitätskriterien der Wohnung, A.a.O., S.21

2) ebenda, S.22

11.3.2.2 Die Verbalisierbarkeit von Bedürfnissen

Die Verbalisierungsfähigkeit allgemein kann als ein relativ konstantes Charakteristikum einer Person aufgefaßt werden. Den Unterschieden, die sich hier zwischen den verschiedenen Individuen bzw. sozialen Gruppen ergeben, und ebenso den Unterschieden der verschiedenen Bedürfniskategorien hinsichtlich ihrer Verbalisierbarkeit (vgl. REICHARDT, 1974) muß im Zusammenhang mit der Diskussion von Befragungstechniken Aufmerksamkeit geschenkt werden.

REICHARDT (1974) unterscheidet in diesem Zusammenhang verschiedene Aussagetypen, die zur Informationsgewinnung herangezogen werden können (vgl. REICHARDT, R.: Bedürfnisforschung im Dienste der Stadtplanung, 1974), S.51):

1. Angaben von Aktivitäten (typische Antwort: "Das Geräusch kommt von ...").
2. Verbalisierung der Lust-Unlust-Dimension (typische Antwort: "Ich fühle mich hier ungebahglich").
3. Emotionelle Bewertung von Aktivitätsmöglichkeiten. Es kommen hier einerseits Äußerungen von Aktivitätswünschen in Betracht, andererseits werden Unlustgefühle mit der Einschränkung oder Verunmöglichung bestimmter Aktivitäten in Verbindung gebracht.
   (Typische Antwort:" Ich würde gern öfter im Grünen wandern, wenn die Möglichkeit bestünde.").
4. Zuordnung der Lust-Unlust-Dimension zu Ursachen im Bereich der Bedürfnisse. Eine Person stellt Refelxionen über kausale Zusammenhänge bezüglich ihrer Lust- oder Unlustgefühle an. (Charakteristische Antwort: "Ich habe zuwenig Kontaktmöglichkeiten mit anderen Menschen, man fühlt sich hier isoliert.").

REICHARDT versteht diese Stufen der Verbalisationsfähigkeit als GUTTMAN-Skala, wo jede Stufe alle vorangegangenen beinhaltet. Sie kann etwa so veranschaulicht werden:

Stufe I: A
Stufe II: A + B
Stufe III: A + B + C
Stufe IV: A + B + C + D

11.3.3 Systematische Bedürfnishierarchien

11.3.3.1 Übertragung der Bedürfnistheorie nach MASLOW auf den Bereich der Wohnung und des Wohnumfelds

Die wohl verbreiteste Klassifikation von menschlichen Bedürfnissen stammt von MASLOW (1954). Er unterscheidet fünf Arten von "basic needs", die im Hinblick auf ihre hierarchische Relation zueinander in drei Bedürfniskategorien zusammengefaßt werden können:

- primäre Bedürfnisse (physiologische Bedürfnisse)
- sekundäre Bedürfnisse (Bedürfnis der Sicherheit, der sozialen Beziehungen und des Ego)
- tertiäre Bedürfnisse (Entfaltung der Persönlichkeit).

Neben diesen fünf Grundbedürfnissen beschreibt MASLOW noch:

- ästhetische Bedürfnisse
- kognitive Bedürfnisse.

Die hierarchische Beziehung kann durch das folgende Zitat veranschaulicht werden:

"It is quite true that man lives by bread alone - when there is no bread. But what happens to man's desires when there is plenty of bread and when his belly is chronically filled? At once other (and higher) needs emerge these, rather than physiological hungers, dominate the organism. (...) This is what we mean by saying that the basic human needs are organized into a hierachy of relative prepotency." 1)

---

1) Maslow, H.: Motivation and Personality, 1954. Zit.n.:Reichardt, R.: Bedürfnisforschung im Dienste der Stadtplanung. Wien 1974, S. 16/17.

An jeder Stelle der MASLOWschen Bedürfnishierarchie können Übergänge zu wohnspychologischen Fragestellungen gemacht werden. So müssen etwa zuerst die physiologischen Bedürfnisse (Schlafbedürfnis, Wärmebedürfnis etc.) erfüllt sein, ehe Sicherheitsbedürfnisse zum Tragen kommen. Wenn das biologische Überleben des Individuums gesichert ist, rückt das Streben nach einer sogenannten kognitiven Sicherheit in den Mittelpunkt. Die Umwelt soll geordnet und leicht überblickbar sein. Dehnt man diesen Gesichtspunkt auf die soziale Umwelt aus, so ist erst durch eine gewisse Kontinuität der sozialen Beziehungen eine überschaubare Ordnung und Voraussehbarkrkeit gewährleistet.

An dritter Stelle reiht MASLOW die Bedürfnisse nach Zugehörigkeit und Liebe - nach der Herstellung und Erhaltung von positiven Gefühlsbeziehungen zu anderen Menschen.

Das Bedürfnis nach Wertschätzung bezieht sich auf die Bestätigung der Person und konkretisiert sich im Wohnbereich etwa auf den Wunsch nach einer Wohnung oder Umgebung, die den sozialen Rahmen fördert.

Ebenfalls noch zur Gruppe der elementaren Grundbedürfnisse zählt MASLOW das Bedürfnis nach Selbstentfaltung, das gerade heute vielfach auf den privaten Wohnbereich beschränkt bleibt.

11.3.3.2 Der Ansatz von ARDREY

Als Kontrast zur MASLOWschen Bedürfnishierarchie sei hier nur der häufig diskutierte Ansatz von ARDREY (1966) genannt.

In einem Werk über das Territorium im Sinne der Verhaltensforschung formuliert er als Grundbedürfnisse:

1. Das Bedürfnis nach Identität bzw. nach Meidung der Anonymität
2. Das Bedürfnis nach Stimulierung bzw. nach Meidung der Langeweile
3. Das Bedürfnis nach Sicherheit bzw. nach Meidung der Angst

ARDREY nimmt ebenfalls eine hierarchische Beziehung zwischen diesen Grundbedürfnissen an und polemisiert gegen die Priorität des Sicherheits- und Ordnungsbedürfnisses bei MASLOW.

Er geht davon aus, daß jemand eher das Bedürfnis nach Sicherheit aufgibt, um sich zu "stimulieren" - eine Argumentation, die auch im Wohnbereich berücksichtigt werden muß. Die Begriffe 'Identität' und 'Stimulierung' bleiben allerdings bei ARDREY etwas unklar und interpretationsbedürftig.

11.3.4 Wohnwünsche und Wohnneigungstypen nach PIPEREK

Aus einem Quellenmaterial von 2000 psychologischen Fallstudien leitet PIPEREK (1975) 12 "psychische Wohnbedürfnisse" ab. Er stellt diese nicht in einen hierarchischen Zusammenhang, sondern unterscheidet, je nach Schwerpunktsetzung, verschiedene Wohnneigungstypen, die ihren Ursprung im "Wohnbedürfnisgefüge" des Individuums haben.

Eine derartige Relativierung einer starren Bedürfnishierarchie scheint plausibel, da die Bedeutung der verschiedenen Bedürfnisaspekte von Faktoren abhängt, die an die Person oder an die Umgebung gebunden sind. Es sind dies beispielsweise das Alter, die Entwicklungsstufe, die wirtschaftliche Lage, die ökologischen Bedingungen, das soziale und kulturelle Milieu usw.

Nach PIPEREK muß das Ziel einer Wohnungsplanung bzw. Stadterneuerung sein, eine Kongruenz zwischen Wohnneigungstyp (=konkretes Wohnbedürfnisprofil) einerseits und der 'Wohnmilieustruktur' andererseits zu erreichen.

Im folgenden werden PIPEREKs Wohnbedürfnisse im Zusammenhang mit den entsprechenden Wohnneigungstypen kurz dargestellt und diskutiert (vgl.: PIPEREK, M.: Umweltpsychohygiene, Wohn- und Baupsychologie, Wien 1975, S.33 ff.):

1) Das Bedürfnis nach Schutz- und Sicherung.
   Im Wesen der Wohnung liegt die Verfügung über einen dem

Menschen zugehörigen Raum und damit auch die Abgetrenntheit gegenüber anderen. Diese Schutzfunktion bezieht sich auf störende akustische und optische Reize, auf klimatische Einflüsse, aber auch auf den zwischenmenschlichen Bereich.

Je nach Betonung der verschiedenen Aspekte des Schutzbedürfnisses unterscheidet PIPEREK als Wohnneigungstypen:

a) "Reizüberempfindliche" (Es muß auf besondere sensorische Isolierbarkeit der Wohnung Bedacht genommen werden.

b) "Kontemplative" und "Kontaktflüchter" (Dominierend ist das Bedürfnis nach einer geschützten Intimzone)

c) "Sicherungstyp" (Er legt Wert auf Abschließbarkeit und besondere Sicherung der Wohnung).

2) Das Stabilitätsbedürfnis.
AUER (1978) betont, daß dem Menschen ein Bedürfnis nach Identität des Ortes eigen ist:

"Es ist das Moment der Konstanz, der Stabilität, dessen der Mensch bedarf" 1)

Er veranschaulicht diesen Sachverhalt mit den häufig beobachtbaren Krisen sowohl nach erzwungenen als auch nach freiwilligen Umsiedlungen.

Als Wohnneigungstyp, der einer Akzentuierung des Stabilitätsbedürfnisses entspricht, beschreibt PIPEREK den "Seßhaften", der sich durch Widerstand gegenüber allen aufgezwungenen Änderungen in seiner engeren und weiteren Wohnumgebung aus.

3) Das Unabhängigkeitsbedürfnis.
Das Fehlen von Rückzugsmöglichkeiten und der ständige unausweichliche Kontakt ist eine der Hauptkritikpunkt von Bewohnern kleiner, enger Wohnungen:

"Es ist nicht Sache des Wohnungsbauarchitekten, die Familien

---

1) Auer, W.: Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung, Wien 1978, S.144

durch bestimmte Bauformen zu einer Gemeinsamkeit zu zwingen, die sie nicht haben wollen. Auf diese Weise entsteht nicht Gemeinschaft, sondern nur unnötiger Konfliktstoff." 1)

Den einer Betonung dieses Wohnbedürfnisses entsprechende Wohnneigungstyp bezeichnet PIPEREK als "Autonomen", den Gegenpol als "Typ der offenen Tür".

4) Das Bedürfnis nach Umweltkohärenz und Kontakt
Dieses Bedürfnis reicht weit über die Grenzen der Wohnung hinaus in das Wohnumfeld. Ein wesentlicher Aspekt der Wohnqualität ist die Verflochtenheit der Wohnung bzw. der Bewohner mit ihrer Umgebung:

"Es besteht die Notwendigkeit verschiedener Ebenen von Öffentlichkeit, angefangen von der des Wohnquartiers bis hin zu der des Stadtzentrums, die als Erfahrungs- und Erlebnigsraum ein "Netz ambivalenter, aber auf kontinuierlicher affektiver Erfahrung beruhender Kontakte ermöglicht."2)

PIPEREK weist darauf hin, daß es für die Wohnzufriedenheit gar nicht so wichtig ist, ob diese Möglichkeiten auch real genutzt werden. Entscheidend ist das Bewußtsein, daß die Kontaktmöglichkeiten bestehen.

Der dieses Bedürfnis repräsentierende Wohnneigungstyp, der "Kommunikationstyp" legt großen Wert auf intensive Umweltbeziehungen.

5) Das Bedürfnis nach Bewegungs- und Gestaltungsfreiheit
Folgen einer Deprivation des Strebens nach Bewegungsmöglichkeiten und Gestaltungsfreiheit sind aus verschiedenen Bereichen der Psychopathologie, im besonderen aber auch der Sozialisationsforschung bekannt.

MITSCHERLICH (1965), beispielsweise, sieht in der Beeinträchtigung des kindlichen Bewegungsdranges eine wesentliche

---

1) Bahrdt, H.: Humaner Städtebau. Zit.n.: Auer.W.; A.a.O.,S.144

2) Auer, W.: Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung. A.a.O. S. 145

Ursache für die Entstehung von antisozialen Reaktionen, Apathie una aggressiver Gleichgültigkeit. Auf die Effekte extremer Wohndichte, auf das physische und das psychische Wohlbefinden wird unter 3.2.2 näher eingegangen werden.

Auch dem hier von PIPEREK angerissenen Bedürfnis nach Gestaltungsfreiheit kommt große Bedeutung im Hinblick auf das Wohnerlebnis zu, "ist doch die Wohligkeit abhängig von der Möglichkeit, Bereitschaft und Fähigkeit, eigenes in die Wohnung hineinzuprojizieren." [1)]

Denn das Bewegungsbedürfnis akzentuierenden Menschen ordnet PIPEREK dem "motorischen Wohnneigungstyp" zu.

6) Das Ordnungs- und Orientierungsbedürfnis.
Als Beispiel einer Deprivation dieses Bedürfnisses nennt PIPEREK gleichförmige Wohneinheiten, innerhalb deren man sich nur mit Haus- und Stiegennummern zurechtfinden kann.

Und AUER (1978) weist darauf hin, daß nur dort, wo gute Orientierung möglich ist, eine Bindung an den Ort im Sinne einer emotionalen Ortsbezogenheit entstehen kann.

7) Das Dimensionierungsbedürfnis
Fehldimensionierungen im Hinblick auf negative psychologische Auswirkungen sind in der Gegewart sowohl bezüglich der Gesamtgröße als auch der Höhendimension häufig vorhanden.

"Besonders deprimierend wirkt die ungünstige Relation zwischen den überdehnten Baudimensionen und der oft verschwindenden Winzigkeit des eigenen Wohnanteils an diesen Giganten. Noch ungünstige als die immerhin bodennahe Überdimensionierung der Horizontalerstreckung wirkt sich die vertikale Extremgröße bei Wohnhochhäusern aus, Hier kann man sehr oft auch psychisch von einem "babylonischen Turmeffekt" im Sinne von Entwurzelungs- und Vermassungseffekten sprechen." 2)

---

1) Auer, W.: Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung, Wien 1978, S.146

2) Piperek, M.: Umweltpsychohygiene, Wohn- und Baupsychologie. Wien, 1975, S.48

8) Das Bedürfnis nach Tätigkeitsförderlichkeit
Angesichts eines Trends zu vermehrter Freizeit gewinnt die Berücksichtigung des entsprechenden Wohnneigungstyps immer mehr an Bedeutung.

9) Der Wunsch nach naturverbundenem Wohnen

10) Das Bedürfnis nach Ausblick und natürlichem Licht

11) Das Sauberkeitsbedürfnis

12) Das Bedürfnis nach psychischem Appell
Mit der Formulierung dieses Bedürfnisses reflektiert PIPEREK die emotionalen Dimensionen des Wohnens. Es umfaßt als Teilbereiche das Streben nach Stil und Ästhetik, nach Vielfalt, gewachsener Form, Farbigkeit, Behaglichkeit und persönlicher Note.

Als architektonische Grundübel nennt er in diesem Zusammenhang:[1)]

- Die überhandnehmende Stilverwirrung, Stillosigkeit und Widersprüchlichkeit der Stilelemente
- Die Minderwertung oder Fehlbewertung ästhetischer Momente
- Die Formverarmung und Monotonie
- Die Farbverarmung
- Der Verlust des "Gewachsenen"
- Die Unbehaglichkeit
- Die Unpersönlichkeit

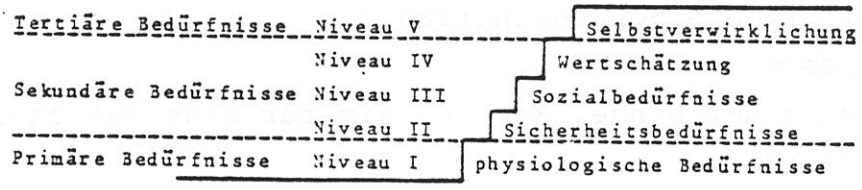
---

1) Piperek. M.: Umweltpsychohygiene, Wohn- und Baupsychologie, Wien, 1975, S. 56

11.3.5 Aus der Bedürfnisforschung abgeleitete Qualitätskriterien einer Wohnung bzw. Wohnumgebung

Ziel dieses Abschnitts ist eine Systematisierung verschiedener aus der Bedürfnisforschung abgeleiteter Qualitätskriterien einer Wohnung, die als Grundlage für Interviews bzw. einen Interviewleitfaden bezüglich Wohnwünschen spezieller Bevölkerungsgruppen dienen kann.

VAN VAERENBERGH (1980) stellt den Zusammenhang zwischen den Bedürfniskategorien nach MASLOW und Qualitätskriterien der Wohnung schematisch dar, wobei die hierarchische Gliederung[1)]



als Hilfskonstruktion verstanden werden kann, die es empirisch zu prüfen gilt.

Beziehungen zwischen Bedürfnissen und Anforderungen einerseits, Qualitätskriterien andererseits: (siehe nächste Seite) 2)

11.3.5.1 Physische, physiologische und funktionelle Kriterien der Wohnqualität

Die Physischen, physiologischen und funktionellen Kriterien sind in erster Linie gebunden an die technische Qualität des Bauwerks, an die Verhältnisse bezüglich Sicherheit, Gesundheit und Hygiene sowie an die Raumverhältnisse in der Wohnung be-

---

1) Van Vaerenbergh, M.:Die Qualitätskriterien der Wohnung. Luxemburg, 1980, S.63

2) ebenda, S.62

zogen auf den für den Haushalt verfügbare Gesamtraum, der Raum für die einzelnen Mitglieder der Haushalte usw.

Als physische und physiologische Kriterien des Wohnwertes formuliert VAN VARENBERGH (1980):[1)]

- Unabhängige Wohnungen
- Helligkeit und Besonnung der Wohnung; Aussicht
- Genügend große Flächen und Räume
- Raum für Ruhe, Spiel, Freizeitgestaltung, sanitäre Ausstattung
- Angemessene wärmetechnische Bedingungen, wirksame Lüftung (Schutz gegen Feuchtigkeit, Aerosole, Staub, Krankheitserreger)
- Schutz gegen Gefahren und Belästigung von außen (insbesondere Lärm, direkte Sonneneinstrahlung ...), Schlaf- und Ruhemöglichkeit
- Anregung der Sinne, Möglichkeit für eine gesicherte geistige Tätigkeit
- Möglichkeit zur Begrenzung und Aneignung des Raumes für den Einzelnen bzw. für die Familie.

Funktionelle Kriterien betreffen einerseits die Verteilung der verschiedenen Räume, andererseits der funktionelle Standort der Wohnung in ihrer Umgebung.

in solches Kriterium wäre die Möglichkeit zur vielseitigen Nutzung der Räume, ein anderes die Infrastruktur des Wohnviertels.

11.3.5.2 Psychologische Kriterien

Die psychologischen Kriterien der Wohnqualität beziehen sich auf das Identifikationsbedürfnis des Menschen und das Streben,

---

1) Van Vaerenbergh, M.: Die Qualitätskriterien der Wohnung. Luxemburg, 1980, S.30

Beziehung zwischen Bedürfnissen und Anforderungen einerseits, Qualitätskriterien andererseits.

Bedürfnisse nach MASLOW	Anforderungen	Qualitätskriterien
1. Physische Bedürfnisse	1. Hygiene und Gesundheit 2. Raum in- und ausserhalb der Wohnung	Physische und physiologische Kriterien
2. Bedürfnis nach Sicherheit	3. Sicherheit 4. Stabilität und Mobilität 5. Respekt des Eigenlebens (Intimität)	Physische, physiolog. und psychologische Kriterien (Sicherheit, Stabilität und Intimität)
3. Sozialbedürfnisse	5. Respekt des Eigenlebens 6. Möglichkeiten sozialer Kontakte	Sozial-Kriterien (Sozial-Kontakte)
4. Bedürfnis nach Wertschätzung	7. Prestige und Selbstbestätigung	Psychol. u. soziale Kriterien (soziale Identifikation)
5. Bedürfnis nach Selbstverwirklichung	8. Unabhängigkeit und Autonomie 9. Partizipation	Psycholog. Kriterien (Partizipationsmöglichkeit ...)
6. Aesthetische Bedürfnisse	10. Aesthetische Wohnung	Aesthetische Kriterien
7. Kognitive Bedürfnisse	11. Erreichbare und überschaubare phys. Umgebung 12. Funktionelle Einteilung 13. Wirtschaftliche Nutzung des Raumes, der Rohstoffe und der Energie	Psycholog. Kriterien (Ueberschaubarkeit) Umweltkriterien Funktionelle Umweltkriterien Politisch-wirtschaftl. u. kostentechnische Kriterien

einer Wohnung eine 'persönliche Note' zu verleihen. Das Kriterium der Stabilität und Sicherheit des Wohnverhältnisses ist hier vor allem im Hinblick auf die Entwicklung einer positiven emotionalen Ortsbezogenheit (vgl. 3.3.3) von Bedeutung. So stellt etwa die Sorge um den Fortbestand eines Mietvertrages eine existentielle psychische Belastung dar.

Aber auch die Forderungen nach Intimität ('privacy' nach PIPEREK) einerseits und nach Unabhängigkeit und Autonomie andererseits sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Als wesentliche Kriterien psychologischer Wohnqualität nennt VAN VAERENBERGH:[1)]

- Intimität der Wohnung
- Gefühl der Sicherheit
- Möglichkeit der persönlichen Absonderung
- Möglichkeit einer vernünftigen Partizipation
- die Möglichkeit, die Wohnung seinen Wünschen anzupassen
- Möglichkeit, auf die Nahumgebung Einfluß zu nehmen
- die Nähe nachbarschaftlicher Gebäude (gegenseitige Hilfeleistung)
- Gefühl der Unabhängigkeit, der Stabilität und der Mobilität.

11.3.5.3 Soziale Kriterien

Die sozialen Bedürfnisse (Bedürfnis nach Zuneigung, nach Zugehörigkeitsgefühl, nach Kontakten) treten in zwei - nur scheinbar widersprüchlichen Formen - in Erscheinung: Im Wunsch, mit anderen in Kontakt zu treten, ebenso wie im Bedürfnis, sich zurückziehen zu können.

Die Wohnung darf demnach nicht als vereinzeltes Objekt betrachtet werden, sondern als Teil eines städtebaulichen Rasters.

---

1) Van Vaerenbergh, M.: Die Qualitätskriterien der Wohnung, Luxemburg, 1980, S.39

"Aufgrund der lebenseigenen Rhytmik strebt der wohnende Mensch nicht nur nach 'Sichzurückziehenkönnen', sondern auch nach Ausgriff und Umweltkontakt (...). Man will geschützt und sicher wohnen, aber nicht das Gefühl haben, in einem Käfig zu sein. Das bedeutet, daß man jederzeit von der Wohnung aus mit jenen Teilen der Umwelt leicht und ungehindert kommunizieren will, die einem wichtig erscheinen." 1)

Auf die Frage nach Bedingungen und Funktionen des Sozialkontakts wird unter 11.3.2.2 näher eingegangen.

11.3.5.4 Umweltkriterien

Wesentliche Umweltkriterien der Wohnqualität beziehen sich etwa auf die von PIPEREK (1975) herausgearbeiteten Bedürfnisse nach Dimensionierung und nach Naturverbundenheit.

VAN VAERENBERGH faßt zusammen:[2)]

- Mannigfaltigkeit
- rationelle Verbindungswege
- Entspannungsgebiete
- Nähe der funktionellen, gesellschaftlichen und erzieherischen Einrichtungen
- gute Anordnung der Projekte im Verhältnis zu der Lage
- gute Möglichkeit zur Identifizierung
- höchstmögliche Erhaltung oder Schaffung von Vegetation

11.3.5.5 Wirtschafts- und Kostenkriterien

Die wirtschaftliche und kostentechnische Dimension bestimmt, ob man von einer Wohnqualität reden kann, die allen oder nur einigen zugänglich ist. Das Verhältnis zwischen Kauf- oder Mietpreis, Betriebs- und Instandhaltungskosten stellt gewissermaßen eine Grundlage der bisher erörterten Qualitätskriterien dar.

---

1) Piperek, M. Umweltpsychohygiene, Wohn- und Baupsychologie. Wien, 1975, S. 42/43

2) Van Vaerenbergh, M.: Die Qualitätskriterien der Wohnung. Luxemburg, 1980, S.40

11.4 Wohnpsychologische Einflußfaktoren

PIPEREK (1975) erläutert den kausalen Zusammenhang zwischen wohnspychologischen Einflußfaktoren und psychischer Entwicklung am Beispiel von 12 "psychischen Störfaktoren im modernen Wohnen und Bauen"[1], die er aus einem Quellenmaterial von 2000 psychologischen Fallstudien gewonnen hat:

- Formale Faktoren
  Zum Beispiel Monotonie, Geometrizität
- Bewegungsfaktoren
  Zum Beispiel Mechanisierung und Beschleunigung des Tempos, Entrhytmisierung
- Reizwirkungen
  Zum Beispiel quantitativer und qualitativer Streß durch Reize
- Massenverteilungsfaktoren
  Zum Beispiel Gigantismus, unorganische Gliederung
- Kontaktfaktoren
  Zum Beispiel Ballung, Zwangskontakte, Verlust der Intimsphäre
- Materialbedingte Faktoren
  Zum Beispiel gehäufte Verwendung unnatürlicher Materialien
- Verlust der Ausgleichsfaktoren
  Zum Beispiel Mangel an Gewachsenem, an psychischem Appell, Naturverdrängung, Dominanz der "anonymen Faktoren"; Entwertung der Landschaft durch technische Störfaktoren, Stilbrüche

Als psychische Monotoniefolgen bezeichnet er beispielsweise Verkümmerung der geistigen Beweglichkeit, Phantasieschwäche, Langeweile, Abstumpfung, Interesselosigkeit und Aggression. Der Faktor Mechanisierung bedeute eine dauernde Anpassungsnötigung des Menschen gegenüber mechanischer Motorik und damit eine Gewohnheitsprägung der Hast.

---

[1] Piperek, M.: Umweltpsychohygiene, Wohn- und Baupsychologie, Wien, 1975, S.76

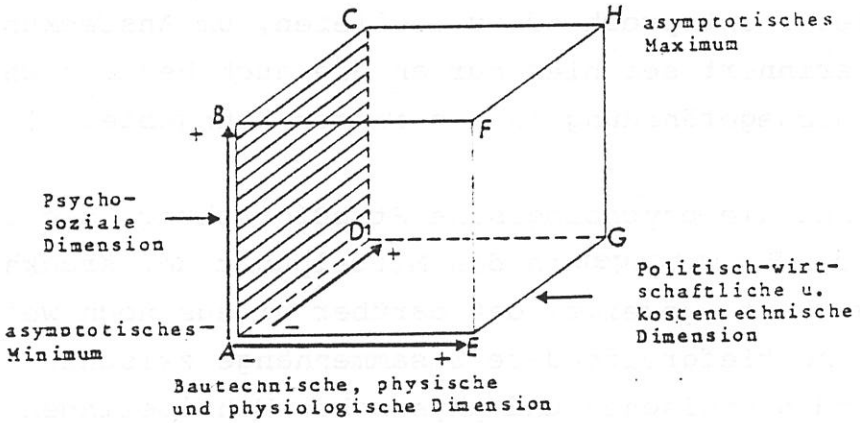
Im Bereich der Kontaktfaktoren sieht PIPEREK in Ballungseffekten eine Gefahr, besonders für Großstadtkinder.

"Kein Wunder, wenn bei solchen Kindern, wie der Verfasser oft feststellen konnte, entweder eine 'Flucht nach vorn' in die Anonymität eines oberflächlichen, von primitiven Instinkten gelenkten Straßenhordendaseins erfolgt (...); oder daß sich Verschlossenheit, Ablehnung, Protesthaltungen und Aggressionen entwickeln. Letztere sind dann in Wirklichkeit als verständliche Abwehrreaktionen gegenüber ungesunden Kontaktüberforderungen anzusehen." 1)

11.4.1 Dimensionale Aufschlüsselung

Eine Grundlage für die Analyse Wohnspychologischer Einflußfaktoren bietet die dimensionale Aufschlüsselung der Qualitätskriterien einer Wohnung nach VAN VAERENBERGH (1980):[2)]

SCHEMA DER DREI QUALITATIVEN DIMENSIONEN



---

1) Piperek, M.: Umweltpsychohygiene, Wohn- und Baupsychologie, A.a.O., S. 88

2) Van Vaerenvergh, M.: Die Qualitätskriterien der Wohnung, Luxenburg, 1980, S.67

11.4.2 Die bautechnisch-physische Dimension

11.4.2.1 Das Konzept der physischen Stressoren

Untersuchungen von psychophysischen Wirkungen der Wohnung bzw. Wohnumgebung auf die Bewohner konzentrieren sich im allgemeinen auf die bautechnisch-physische Dimension der Wohnung.

Sie umfaßt Kriterien der Hygiene und der Sicherheit und negativ gewendet die Faktoren, die STROTZKA (1976) als physische Stressoren bezeichnet, wie Überlag, Kälte, Feuchtigkeit, Lichtmangel, Lärm und Mangel an Ästhetik.

Empirisch gesichert sind vor allem die gesundheitlichen Auswirkungen lichtloser und feuchter Wohnungen. Auch dichter Wohnbelag wird als direkt pathogener Faktor betrachtet, da es in einer überbelegten Wohnung meistens unmöglich ist, kranke Haushaltsmitglieder entsprechend zu isolieren, um Ansteckungen zu vermeiden (erinnert sei hier nur an die auch heute noch aktuelle Tuberkulosegefährdung in bestimmten Wohngebieten).

Inzwischen hat die psychologische Streßforschung, die soziale und psychische Bedingungen in den Mittelpunkt der Krankheitsbetrachtung rückt, gezeigt, daß darüber hinaus noch weitaus komplexere und tiefgreifendere Zusammenhänge zwischen Wohnbedingungen und psychischen und physischen Wohnlbefinden bestehen.

Es lassen sich auf der Ebene der bautechnisch- physischen Dimension einer Wohnung Faktoren isolieren, die als Stressoren im Sinne SELYES (1950, 1957) charakterisiert werden können.

SEYLE führte den Begriff 'Streß' in die Medizin ein zur Kennzeichnung einer Reaktion von Organismen auf starke oder langdauernde, belastende Reize. Die von ihm beschriebenen Streßsyndrome mit den drei typischen Phasen Alarm, Widerstand und Erschöpfung nehmen in der Literatur zur psychosomatischen Forschung und Medizin breiten Raum ein. Mit dem Ziel, die

körperlichen Streßreaktionen einheitlich durch eine oder wenige Meßgrößen zu erfassen, sind in der Streß-Forschung eine große Zahl unterschiedlicher Reize auf deren streßauslösende Qualitäten untersucht worden. Darunter waren auch Reize von komplexer Natur wie beispielsweise Straßen- oder Arbeitslärm, sensorische Deprivation, Langeweile, Monotonie, Isolation und Leistungsdruck. Die Ergebnisse zeigten, daß man nicht ohne weiteres von einem gleichsam objektiven Streß sprechen kann.

Die physiologischen Reaktionen sind interindividuell und intraindividuell sehr verschieden und es bedarf daher einer umfangreichen Batterie an unterschiedlichen physiologischen Meßgrößen um Streßreaktionen zu erfassen.

LAZARUS (1966) vermeidet das Problem der Objektivierbarkeit von Streßreizen durch ein interaktionelles Modell, das von der Bedrohung für den Betreffenden ausgeht.

Das entscheidende Kriterium, ob ein Reiz zum Stressor wird oder nicht, ist nach LAZARUS die Bedrohung, die er für das Individuum darstellt bzw. die ihm durch das Individuum zugemessen wird.

Bezüglich der funktionellen Zusammenhänge von Streß und Krankheit liegen noch keine umfassenden Erklärungsmodelle vor. Ein Ansatz stammt von CHARVAT (1964), der vermutet, daß durch Streß motorische Bereitschaften eines Organismus in Gang gesetzt werden, wobei das wohl koordinierte System motorischer, sensorischer und viszeraler Komponenten aus dem Gleichgewicht kommt.

Ein Modell der menschlichen Reaktionen auf Streßsituationen im Wohnbereich stammt von STOKLOS (1973). Es bezieht sich auf die Faktoren Wohndichte, und 'crowding' als subjektives

Erlebnis des Beengtseins, kann aber durchaus verallgemeinert werden.[1)]

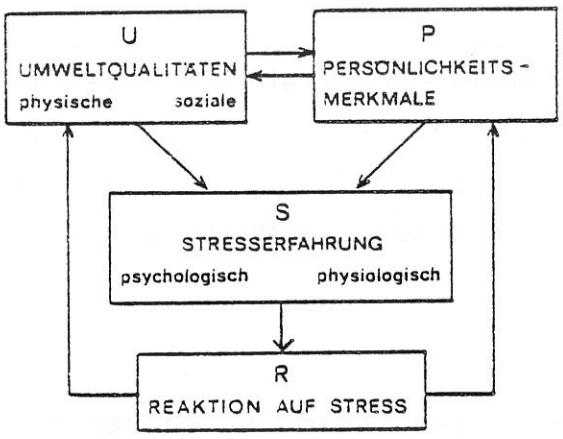


Abbildung 1
Ein Gleichgewichtsmodell der menschlichen Reaktion auf *crowding*.

Im folgenden werden mögliche und nachgewiesene Wirkungen physischer Stressoren im Wohnbereich am Beispiel der Faktoren Wohnbelag und Lärm diskutiert.

11.4.2.2 Wohndichte

11.4.2.2.1 Crowding - Dichte und Enge aus wohnpsychologischer Sicht

Verdichtung, Ballung, Enge und Crowding sind Schlüsselwörter einer psychologischen Befassung mit Problemen der Urbanistik und Wohnungsplanung.

Das jedem zugängliche Erleben t e m p o r ä r e r Dichtesituationen etwa in überfüllten Straßenbahnen oder Kaufhäusern kann einen ersten Hinweis geben auf die Bedeutung von Dichteeffekten auf menschliches Erleben und Verhalten. Dabei darf

---

1) Stokols, D.: A socialpsychological model of human crowding phenomena. American Journal of the Institute of Planners, 1972, S.77. Zit.n. Kurse, L.: Crowding. In: Zeitschr. f. Soziologie, 1975, 6, S.22

nicht übersehen werden, daß bei permanent erlebten Dichtesituationen, wie es bei Überbelag einer Wohnung der Fall ist, die Crwoding-Effekte weitaus komplexer und tiefgreifender sind.

Sie hat beispielsweise MITSCHERLICH (1965) den Zusammenhang zwischen Mißachtung des menschlichen Raumanspruchs und Defiziten in der kindlichen Sozialisation herausgearbeitet. Die Komplexität dieses Aspekts veranschaulicht ZINN (1975):

"Es besteht dann die Gefahr, daß die Kinder mit der Zeit ihr ursprüngliches Bewegungs- und Betätigungsbedürfnis verlieren, ihre natürliche Neugier an der Erforschung und Veränderung der Umwelt scheinbar freiwillig reduzieren und sozusagen zu passiven 'Langweiler' werden, die nichts mit sich anzufangen wissen. Die ständige Nähe zu den Erziehungspersonen kann leicht in dauerhafte Kontrolle und Abhängigkeit sowie gegenseitige Aggressionen ausarten. Triebunterdrückung und Verdrängung können die Folge sein." 1)

Die rein quantitative Bedeutung einer Untersuchung der Wohndichteeffekte kann durch eine Studie zur 'Wohnsituation der österreichischen Bevölkerung' von KAUFMANN (1976) illustriert werden.

Anhand der Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung vom 12.5.1971 gliederten sie die Wohnungen nach folgenden Belagskategorien auf:

1) Sehr stark überbelegte Wohnungen (Mehr als 2 Personen pro Raum).

2) Stark überbelegte Wohnungen (Relation Wohnräume zu Personen 1 : 2).

3) Schwach überbelegte Wohnungen
(Pro Wohnraum 1,01 bis 1,99 Personen, also beispielsweise Zweizimmerwohnungen mit 3 Bewohnern).

---

1) Zinn, H.: Die gebaute Umwelt und ihr Einfluß auf den Menschen. In: Wohnmedizin, 13. Jhg., 1975, Nr.3-4, S.15

4) Normal belegte Wohnungen
(Relation Wohnräume zu Personen 0,50 : 1,0. In diese Kategorie fallen alle jene Wohnungen, bei denen die Anzahl der Wohnräume der Personenzahl entspricht, bis zu jenen Wohnungen, die über doppelt so viele Wohnräume verfügen, als in ihnen Personen leben).

5) Unterbelegte Wohnungen (Anzahl der Wohnräume mehr als doppelt so groß als die Personenzahl).

Die Belagsberechnungen führten zu dem überraschenden Befund, daß rund 40% der österreichischen Wohnungen 1971 überbelegt waren. In diesen Wohnungen lebten annähernd drei Fünftel der österreichischen Bevölkerung (52,7%).

220.000 Wohnungen (9,2%) mußten in die Belagskategorie der stark überbelegten Wohnungen eingestuft werden. In diesen stark überbelegten Wohnungen lebten ca. 16% der österreichischen Bevölkerung.[1)]

11.4.2.2.2 Begriffsbestimmungen

Eine wichtige, von STOKOLS (1972) herausgearbeitete begriffliche Unterscheidung ist die zwischen d e n s i t y (Dichte) und c r o w d i n g (Beengtsein). Während Dichte ein objektives Maß ist, ist die Einwohnerzahl ins Verhältnis zur Siedlungsfläche (Bezugsmaß ist meist m^2 oder Hektar) setzt, bezeichnet crwoding einen subjektiven Zustand der Enge, des Beengtseins.

Für das Erlebnis der Enge, ist die räumliche Dichte eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung.

---

1) Kaufmann, A.: Daten zur Wohnsituation der österreichischen Bevölkerung.
in: Gehmacher, E.; Kaufmann, A. & Strotzka, H.:
Wohnen und psychische Gesundheit. Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen, Monographie 26, Wien 1977

Nach PROSHANSKY et al. (1970) tritt das Empfinden des Beengtseins dann ein, wenn die Anzahl der Menschen, mit denen das Individuum einen gewissen Raum teilt, es daran hindert, bestimmte Aktivitäten auszuführen und damit seine Wahlfreiheit einschränkt.

In der psychologischen Dichteforschung bleibt der Begriff des 'crowding' allerdings nicht auf das subjektive Erlebnis des Beengtseins beschränkt, sondern er wird auch für die physiologischen Korrelate und verhaltensmäßigen Wirkungen dieses Erlebens verwendet.

Die Wohndichtezahlen enthalten wenig Information, werden sie nicht durch weitere Dichtebegriffe ergänzt. Gebrauchlich sind die B e h a u s u n g s z i f f e r, die angibt, wieviele Menschen in einem Haus leben, die W o h n u n g s - d i c h t e, die auf die Anzahl der Wohnungen je Gebäude Bezug nimmt, und vor allem die R a u m b e w o h n u n g s - d i c h t e, die auf die Belegung der einzelnen Räume schließen läßt.

Eine Differenzierung von Dichtemaßen aus interaktionspsychologischer Sicht schlagen BICKMANN et al. (1973) vor. Sie beschreiben:

- I n n e n d i c h t e als einen Indikator für die mögliche Anzahl von überdauernden Interaktionen (gemessen als Personen pro Zimmer oder Wohnung).
- G e b ä u d e - I n n e n d i c h t e als einen Indikator für die mögliche Anzahl der Personen, mit denen man im Haus in Berührung kommen kann.
- A u s s e n d i c h t e als einen Indikator für die Kontakt- oder Interaktionsmöglichkeiten von Personen außerhalb eines Gebäudes (gemessen als Personen pro Hektar).

Ein Beispiel dafür, wie wichtig diese Differenzierung sein können, zitiert KRUSE (1975):

In einer Untersuchung pathologischer Verhaltensweisen in verschiedenen Stadtbezirken Chicagos verwendeten GALLE et al. (1973) zunächst nur ein Dichtemaß (Personen pro Hektar). Sie fanden keine Beziehungen zwischen der so definierten Wohndichte und verschiedenen Pathologieindikatoren (Jugendkriminalität, Aufnahmerate in psychiatrischen Kliniken etc.). Nachdem die Autoren ihr Dichtemaß differenzierten nach Person pro Zimmer, Zimmer pro Wohnung und Wohnung pro Gebäude, ergaben sich eine Reihe signifikanter Korrelationen zwischen Dichtemaßen und Verhaltensindikatoren - auch bei statistischer Kontrolle der Faktoren sozioökonomischer Status und ethnische Zugehörigkeit. Die höchsten Korrelationen lieferte das Maß Personen pro Zimmer.

Zwei sich teilweise überschneidende Dichtemaße, die die Ebene der physikalischen Dichte verlassen, sind die Begriffe u s e r - c r o w d i n g (CHAPIN, 1961) und r o l e - d e n s i t y (LORING, 1956). 'Use Crowding' bezeichnet die Anzahl der Funktionen und Nutzungen, die in einem Raum stattfinden. Damit wird beispielsweise erfaßt, ob die Küche auch als Schularbeits- und Spielplatz für Kinder dient etc. 'Role Density' berücksichtigt die Tatsache, daß die Anzahl der verschiedenen Rollen und damit verbundenen Tätigkeiten von Personen pro Raum oder Wohneinheit mitentscheidend für die 'Dichte' eines Gebietes, einer Nachbarschaft ist. Eine Wohngegend, in der es keine Freiflächen, Spiel- und Sportplätze gibt, ist durch größere Rollendichte gekennzeichnet als ein Gebiet, in dem für die verschiedenen Tätigkeit geeignete Einrichtungen vorhanden sind.

Eine weitere Begriffsdifferenzierung stammt von MCCREW (1970). Seine von vielen Autoren aufgegriffene Unterscheidung zwischen r ä u m l i c h e r und s o z i a l e r Dichte bezieht sich auf das Zustandekommen von Dichtesituationen. Zu räumlicher Dichte kommt es durch Verminderung des zur Verfügung stehenden Raumes pro Person; das Maß Flächeneinheit pro Person steht im Vordergrund. Soziale Dichte entsteht durch Vermehrung der Anzahl der Individuen bei konstanter Grundfläche. Betont wird die Gruppengröße pro Raumeinheit.

Eine wichtige Dimension aller beschriebenen Dichtemaße ist ihre z e i t l i c h e Ausdehnung, ihre Dauer. Experimentelle Untersuchungen von Dichte-Effekten beim Menschen beziehen sich meist relativ kurzfristige Dichtesituationen. Unter extremen 'crowding' werden aber allgemein Situationen längerer Zeitdauer verstanden, wesehalb naturgemäß auf diesem Gebiet Korrelations- und Feldstudien dominieren.

11.4.2.2.3 Dichte, Enge und ihre Effekte

Den Ausgangspunkt für theoretische Konzepte, Korrelationsstudien und experimentelle Untersuchungen im Hinblick auf Auswirkungen des Streßzustandes der Beengtheit auf den Menschen bildeten aufsehenerregende Tierstudien, in denen meist dramatische Folgen von extremen Dichtesituationen nachgewiesen wurden.

Streßsituationen wie Verkleinerung des Reviers, künstliche Überbevölkerung und Reizüberflutung führten einerseits zu Erkrankungen der betroffenen Tiere, andererseits zu verschiedenen Formen sozialen Fehlverhaltens (soweit bei Tieren davon die Rede sein kann) bis zur Vernichtung der Artgenossen.

Erinnert sei hier nur an die bekannten Ratten-Experimente von CALHOUN (1962), der die von ihm beobachteten Verhaltensweisen als Verhaltenszerfall ("behavioral sink") charakterisierte.

KÄLIN (1972) faß die Ergebnisse der Tierstudien folgendermaßen zusammen:

"Wenn bei den untersuchten Tieren der kritische Dichtegrad erreicht wird, erscheinen signifikante Veränderungen physiologischer Art und ebenfalls Veränderungen im sozialen Verhalten, wovon die Zunahme aggressiver Manifestionen und die Abnahme sozialer Interaktionen die auffallendsten Merkmale sind." 1)

---

1) KÄLIN, K.: Populationsdichte und soziales Verhalten. Europ. Hochschulschriften, Bern, 1972, S.52

Die Ergebnisse der Tierstudien sind per se wohl nur sehr beschränkt auf den Bereich der Humanpsychologie übertragbar, sie lieferten aber zweifellos eine Reihe von Anregungen für die Untersuchung von Dichte-Effekten beim Menschen.

Bei der Besprechung von 'crowding' aus wohnpsychologischer Sicht können zwei Hauptrichtungen der Forschung unterschieden werden. Es sind dies einerseits Korrelationsstudien über die Beziehung zwischen Bevölkerungsdichte bzw. Wohndichte und menschlichem Erleben und Verhalten und andererseits die experimentelle Untersuchung von Dichte- und Crowding-Effekten.

Im folgenden sollen einige der wichtigsten Ergebnisse im Hinblick auf Schlüsse auf die Bedeutung des Faktors Dichte im weitesten Sinne (Wohndichte, Raumbewohnungsdichte, Außendichte, 'crowding') diskutiert werden.

Schon 1959 konnte CHOMBART DE LAUWE in einer Korrelationsstudie Zusammenhänge zwischen Wohnverhältnissen und 'psychischer Gesundheit' aufzeigen. Er zeigte, daß mit der Höhe des Grades der Überlegung der Wohnung die Schwere eng definierter Verhaltensstörungen zunahm.

In einer Untersuchung der Honolulu Standard Metropolitan Statistical Area wies SCHMITT (1966) eine multiple Korrelation von 0.77 zwischen Dichte und den von ihm herangezogenen Indikatoren sozialer Desorganisation, wie Selbstmordrate, Säuglingssterblichkeit, Indizraten für Tuberkolose, psychopathologischen Erkrankungen u.a. nach. Er arbeitete mit verschiedenen Dichtemaßen, wobei das Maß für die Außendichte (Person pro acre) eindeutig höher mit den genannten Indices korrelierte als die Maße für Innendichte.

Im Hinblick auf die Bedeutung der verschiedenen Dichtemaße sind die Ergebnisse in der Literatur allerdings nicht eindeutig. Während beispielsweise GALLE et al. (1973) die Anzahl der Personen pro Zimmer für die entscheidende Dichte-Komponente halten, ist es für CHOMBART DE LAUWE (1959) die Größe

Quadratmeter Wohnfläche pro Person. Im Großen und Ganzen herrscht allerdings Einigkeit, daß extreme Crowding-Situationen sich durch ein Zusammenwirken aller bzw. mehrerer Dichtekomponenten auszeichnen.

In dem Artikel 'Enviroment, housing and health' referiert MARTIN (1967) eine Reihe von signifikanten Korrelationen zwischen Überbevölkerung und Häufigkeit verschiedener Erkrankungen. Der Überblick über die Ergebnisse weist auf eine Beziehung zwischen Krankheit auf der einen Seite und sozioökonomischen Bedingungen auf der anderen Seite (Wohndichte und Luftverschmutzung) hin. In der Interpretation der Daten wird aber auch die Schwierigkeit, die Wohndichte als unabhängige Variable zu isolieren, deutlich.

Zur Veranschaulichung dieser Schwierigkeit erinnert KRUSE (1976) daran, daß beispielsweise früher epidemiologische Untersuchungen eine enge Beziehung zwischen Rheuma-Inzidenz und Überbevölkerung herstellten.

Aufgrund der höheren Korrelationen zwischen Häufigkeit rheumatischer Beschwerden und Schichtzugehörigkeit müsse jedoch der Faktor der Überbevölkerung in diesem Zusammenhang relativiert werden.

STROTZKA(1977) formuliert das angesprochene Problem folgendermaßen:

"Unter den Umweltbedingungen, die mit psychosozialen Störungen korrelieren, scheinen zwar regelmäßig überbelegte Wohnungen in schlechten Wohnquartieren auf, man weiß aber heute, daß es sich dabei um einen Teilfaktor in einen Systemzusammenhang der Armut, also nur um e i n e n Aspekt der allgemeinen Häufigkeit derartiger Störungen in Unterschichten, handelt." 1)

---

1) STROTZKA, H.: Wohnen und Psychische Gesundheit. Forschungsges. für Wohnen, Bauen und Planen, 26, Wien, 1977, S.1

Einen Beitrag zur Klärung der Frage, ob dennoch teilkausale, isolierte Dichteeffekte identifiziert werden können, liefern experimental-psychologische Untersuchungen, die sich mit den Auswirkungen von Dichte-Situationen auf interpersonales Erleben und Verhalten, mit den unterschiedlichen Effekten räumlicher und sozialer Dichte und schließlich mit der Differenzierung zwischen Dichte und 'crowding' als subjektive Erfahrung der Dichte beschäftigen.

Der exemplarischen Darstellung einer Experimente soll ein Hinweis von KRUSE (1976) auf die Norwendigkeit einer vorsichtigen Interpretation der Ergebnisse vorangeschickt werden:

"Die Versuchspersonen befinden sich nur kurze Zeit in der Dichtesituation - zwischen 5 Minuten und 4 Stunden - und wissen außerdem meistensteils, daß die Zeit der Dichtesituation begrenzt ist. In den meisten Experimenten, ausgenommen solche, die mit Kindergartenkindern atc. arbeiten, ist es den Versuchspersonen bewußt, daß sie an einem Experiment teilnehmen. Zudem ist die Situation für sie meistens strukturiert im Hinblick auf das, was in der Zeit gemacht werden soll, jedoch unstrukturiert im Hinblick auf die sozialen Beziehungen in der Versuchspersonengruppe, zwei Bedingungen, die möglicherweise einander neutralisieren." 1)

Eine der ersten Fragestellungen der Dichteforschung, die experimentell untersucht wurden, bezieht sich auf die Auswirkungen von räumlichen Dichtesituationen auf das soziale Verhalten von Kindern.

HUTT, C. & VAIZEY, M. (1966) beschäftigten sich mit Dichte-Effekten auf das Spielverhalten von Gruppen autistischer, hirngeschädigter und normaler Kinder im Alter zwischen 3 und 8 Jahren. Die autistischen Kinder zogen sich mit steigender Dichte immer mehr aus der Gruppe zurück an die Peripherie des Raums. Die gesunden und auch die hirngeschädigten Kinder zeigten mit steigender Dichte aggressivere Verhaltensweisen und weniger positive soziale Interaktionen.

---

1) Kruse, L.: Crowding, In: Zeitschr. f. Sozialpsychologie, 1975, Band 6, Heft 1, S.16

In einer Untersuchung zum Thema "Populationsdichte und soziales Verhalten" prüfte KÄLIN (1972) folgende Hypothesen: [1)]

1) a) Zunehmende Populationsdichte innerhalb eines begrenzten Raumes führt bei den Probanden (Kindern) zu einem Ansteigen aggressiver Manifestionen.

   b) Das Ausmaß dieser aggressiven Manifestationen wird abhängen vom Grad der Aggressivität der weiblichen Erziehungsperson des jeweiligen Kindes.

2) Bei zunehmender Populationsdichte innerhalb eines begrenzten Raumes werden sich die Interaktionen zwischen den Individuen verringern, obwohl sich die Möglichkeit zu Interaktionen stark erhöhen wird.

Mittels Video- und Tonbandaufzeichnungen wurde eine systematische Verhaltensbeobachtungen an 4 Versuchsgruppen (aufgeteilt nach den Aggressionswerten der weiblichen Erziehungspersonen in einem Fragebogen) durchgeführt.

KÄLIN berichtet von einer statistisch signifkanten Zunahme Zunahme aggressiver Verhaltensweisen bei zunehmender Dichte der Individuen in einem begrenzten Raum ohne Ausweichmöglichkeiten. Entgegen den Erwartungen erfolgte diese Zunahme unabhängig vom Grad der Aggressivität der weiblichen Erziehungsperson.

Der Nachweis, daß der Aspekt der Dichte in einem begrenzten Raum eine der zweifellos zahlreichen Ursachen verstärkter aggressiver Manifestation ist, lassen den Schluß zu, "daß Kinder aus engen Wohnverhältnissen sich eher aggressiv Verhalten als Kinder, denen viel Platz zur Verfügung steht." [2)]

Eine Erklärungsgrundlage für diesen Zusammenhang bietet der relativ junge Forschungszweig der Sozialpsychologie, der das

---

[1)] Kälin, K.: Populationsdichte und soziales Verhalten. Europäische Hochschulschriften, Bern 1972, S. 62.

[2)] Kälin, K.: Populationsdichte und soziales Verhalten, A.a.O. S. 38

räumliche ("terrritoriale") Verhalten der Menschen in den Mittelpunkt stellt (vgl. "Spatial Behaviour", WEICK, 1968). Kernpunkt ist die Frage nach dem Bedürfnis des Menschen, einen gewissen Raum für sich in Anspruch zu nehmen, ihn zu gliedern und eine diskontinuierliche Distanz zwischen sich und den anderen aufrechtzuerhalten (vgl. Begriff der "Individual-Distanzen" nach EIBL-EIBESFELDT, 1967, u.a.).

So beschrieb beispielsweise HALL (1969), daß der menschliche Raum mit überraschender Regelmäßigkeit strukturiert ist und daß, wenn Raumgrenzen verletzt werden, signifikante Änderungen im Verhalten des Menschen auftreten.

KÄLIN (1972) zieht aus den Ergebnissen der "Spatial-Behaviour"-Forschung den Schluß, "daß eine Beeinträchtigung des menschlichen Raumanspruchs aggressive Reaktionen gegen jene hervorruft, welche einen solchen Raumanspruch gefährden, sofern keine Möglichkeit besteht auszuweichen."[1)]

Mit den Auswirkungen von räumlicher und sozialer Dichte auf kooperative Verhaltensweisen beschäftigen sich FREEDMAN, LEVY, BUCHANAN & PRICE (1972). In der ersten Versuchsreihe hielten sich Vierer-Gruppen ca. vier Stunden lang in mehr (0,58m^2 pro Person) oder weniger (1,67m^2 pro Person) überfüllten Räumen auf. In der vierten Stunde spielten sie zu viert ein modifiziertes 'prisoner's dilemma game', das in jedem Durchgang eine kooperative und eine nicht-kooperative Strategie erlaubte.

Bei einer Stichprobe von 136 Versuchspersonen ergab sich eine statistisch signifikante Interaktion der Faktoren Dichte und Geschlecht: Die männlichen Probanden spielten in den größeren Räumen kooperativer, die weiblichen Versuchspersonen spielten in den kleineren Räumen, d.h. bei höherem Dichtegrad, ko-

---

1) ebenda, S.48

operativer. Aufgrund dieser Ergebnisse stellten die Autoren die Hypothese auf, daß schon vorhandene Einstellungen (etwa zu Kooperation oder Wettbewerb) in überfüllten Räumen intensiviert bzw. extremisiert werden.

Diese Annahme wird gestützte durch die Tatsache, daß die untersuchten Frauen in dem kleineren Raum die Gruppe positiver beurteilten, während die männlichen Versuchspersonen umgekehrt in dem großen Raum die Gruppe positiver beurteilten als bei höherem Dichtegrad.

FREEDMAN konnte diese Ergebnisse in einer zweiten Versuchsreihe mit variiertem Versuchsablauf an einer Stichprobe von 191 Versuchspersonen bestätigen.

Unterschiedliche Reaktionen von Männern und Frauen auf extreme Dichtesituationen konnten in einigen nachfolgenden Studien bestätigt werden. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß diese Differenzen als unterschiedliche Dichteeffekte zu interpretieren sind. So meint etwa KRUSE (1975), "daß Männer und Frauen nicht unterschiedlich auf Dichte per se reagieren, sondern daß sie unterschiedlich auf ihre eigenen Geschlechtsgenossen reagieren und diese Reaktion lediglich durch Dichte verstärkt wird." [1)]

Ein weiterer sozialpsychologischer Untersuchungsansatz im Hinblick auf Dichteeffekte stammt von GRIFFITT, W. & VEITCH, R. (1971). Sie brachten Gruppen von 12 bis 16 Personen in verschieden großen Räumen unter. Die Versuchspersonen traten nicht miteinander in Interaktion; als abhängige Variable wurden u.a. Attraktionsurteile über fiktive Fremde erhoben. Die Bewertungen fielen bei Dichte jeweils weitaus negativer aus. Die Autoren interpretierten die Ergebnisse in Anlehnung an ein von BYRNE & CLORE (1970) entwickeltes Modell bewertenden Verhaltens, wonach

---

[1)] Kruse, L.: Crowding, A.a.O., S.19

bewertende Reaktionen eine Funktion impliziter affektiver Reaktionen sind, die wieder von unbedingten und bedingten Reizen abhängen. Ein solcher unbedingter Reiz, der die affektiven Reaktionen negativ töne, sei der Faktor Dichte.

SAEGERT (1973) beschäftigte sich in ihrer Untersuchung mit den Auswirkungen von Dichte auf verschiedene physiologische und psychologische Aktivationsindikatoren und unterschied dabei zwischen räumlicher und sozialer Dichte.

Räumliche und soziale Dichte wirkten sich auf die Aktivationshöhe (Handschweiß, Menge der Wortassoziationen u.a.) aus - auch wenn sie nicht als unangenehm empfunden wurden. Die stärksten Aktivitätssteigerungen wurden im Zusammenhang mit sozialer Dichte festgestellt. Beide Arten von Dichte wirkten sich auf Wettbewerb und den Wunsch nach mehr Raum aus. Positive oder negative Gefühle gegenüber Aufgaben und Situationen waren dagegen nicht durch Dichtemanipulationen beeinflußbar.

Die Unterscheidung zwischen objektiver Dichte und 'crowding' als subjektivem Erleben des Beengtseins bildete den Ausgangspunkt des Experiments von STOKOLS (1973). Er zeigte, daß 'crowding' nicht nur durch die objektiven Dichteverhältnisse allein, sondern durch die Wechselwirkung von Dichte mit sozialen - und Persönlichkeitsfaktoren bestimmt wird.

Der experimentelle Nachweis von Dichteeffekten auf menschliches Erleben und Verhalten und auf verschiedene physiologische Funktionen legt Schlußfolgerungen im Hinblick auf die Auswirkungen von hoher Wohndichte und von überlegten Wohnungen nahe.

In seiner psychologischen Analyse des Großstadtlebens vertritt MILGRAM (1970) die Ansicht, daß Menschen auf Wohndichte adaptiv reagieren. Es ist allerdings offensichtlich, daß einer solchen Adaption enge Grenzen gesetzt sind. So sieht etwa MITSCHERLICH (1965) - auf Basis seiner Definition von Neurosen als An-

passungskrankheiten (vgl. MITSCHERLICH, A.: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, A.a.O. S.147) - neurotisches Verhalten als teilweise verursacht durch Dichte und Überbevölkerung. Er betont, daß ein gewisses "Minimalterritorium" zu den biologischen Voraussetzungen des emotionalen Gleichgewichts beim Menschen gehört.

DREITZEL (1968) diskutierte die Mißachtung des menschlichen Raumanspruchs im Zusammenhang miz Usachen von sozialpathologischen Verhalten.

Es liegen inzwischen einige Hinweise vor, die diese Hypothesen stützen:

So konnte beispielsweise ROY (1950) nachweisen, daß die Wohnsituation in enger Beziehung zur Einstellung der Eltern gegenüber ihren Kindern steht. Die Bewertung der von Kindern geäußerten Aktivität durch die Eltern variierte mit der Anzahl der in einem Haushalt pro Kopf zur Verfügung stehenden Räume. In Familien mit 'genügend' Raum wurden die Kinder weitaus mehr Freiheiten zugebilligt als in vergleichbaren Familien, die unter beengten Wohnverhältnissen lebten.

SPITZ (1964) stellte fest, daß die Mutter-Kind-Beziehung empfindlich gestört sein kann, wenn Mütter in sehr dichten Wohnverhältnissen leben. Ältere Kinder werden dann durch den begrenzten Eigenraum zu einer Überangepaßtheit gezwungen, die für die Ich-Entwicklung so entscheidenden Autonomiebestrebungen müssen zwangsläufig durch Skationen zum Erlahmen gebracht werden.

MITSCHERLICH (1965) beschreibt das Problem folgendermaßen:[1)]

"Der Bewegungsdrang des Kindes steigt und muß jetzt gestillt werden. Damit fängt eine neue Leidensperiode der städtischen Kinder an. Denn ihre noch ungekonnte Aktivität ist unausgesetzt ein Stein des Anstoßes; einfach deshalb, weil die Arbeitsräume

---

1) Mitschlich, A.: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Suhrkamp, Frankfurt, 1965, S.90/91

für kindliches Spiel sowohl in der Enge der Wohnung wie in der Enge großstädtischer Wohnareale fehlen. Aber Eigenraum für das Kind ist nun unerläßlich; zudem braucht es Plätze, an denen es sich mit seinesgleichen treffen kann. (...)Die schäbige Bauweise unserer Häuser trägt aber nicht zuletzt Schuld an der frühzeitigen Verstümmelung der Initiative des Kindes, denn sein Triumph- oder Schmerzgeheul wird unvermeidlich zu einer Belastung für den weiteren Kreis der Mitbewohner, die an diesen Schwankungen der Gefühlswelt nicht unmittelbar interessiert sind, deren bloß irritierte Zeugen sie werden. So wird das Kind von den gereizten Erwachsenen immer wieder zu einer ihm unnatürlichen Ruhe gezwungen, das die ambivalenten Gefühle füreinander auf beiden Seiten, der des Kindes wie des Erwachsenen, ungut steigert."

GEHMACHER, E. & KAUFMANN, A. (1977) konnten in ihrer Untersuchung der psychopathogenen Wirkungen schlechter Kindheitswohnungen die Bedeutung ausreichenden Wohnraums für die kindliche Entwicklung bestätigen. Sie brachten die von GEHMACHER,E. KAUFMANN, A. & STROTZKA, H. (1977) erhobenen Neurotizismus-Indices der Bevölkerung von drei sich typisch unterscheidenden Wohngebieten in Wien ins Verhältnis zu den Kindheitswohnungen der betreffenden Personen, wobei große Belagsdichte als deutlich neurotisierender Stressor hervortrat:

Belagsdichte als neurotisierender Stressor[1)]

Kleinkindwohnung-Belagsdichte Personen pro Wohnraum	Gestörten-Rate
bis 2 Personen (42)	7 %
bis 3 Personen (305)	6 %
bis 4 Personen (240)	8 %
mehr als 4 Personen (125)	11 %

---

1) Gehmacher, E.; Kaufmann, A. & Strotzka, H.: Wohnen und psychische Gesundheit. Forschungsges. für Wohnen, Bauen und Planen, 26, Wien, 1966, S.129

11.4.2.3 Lärm

11.4.2.3.1 Lärm als physischer Stressor

Umwelterhebungen in Wien und in den Bundesländern haben gezeigt, daß sich in Österreich bereits die Hälfte der Bewohner durch Lärm gestört fühlen, und daß dies zu einem Prozentsatz von ca. 80% auf den Straßenverkehrslärm zurückzuführen ist (vgl. HAIDER, M. & KOLLER, M.; 1981).Dieses Ergebnis unterstreicht den Stellenwert, den der Faktor Lärm im Zusammenhang mit wohnpsychologischen Fragestellungen einnimmt.

Während es auf individueller Ebene für niemanden ein Problem ist, Schalle als Lärm zu identifizieren, ergeben sich bei einer wissenschaftlichen Begriffsdefinition aufgrund der Komplexität des Phänomens einige Schwierigkeiten. Im Anschluß an einen Überblick über verschiedene Lärmdefinitionen faßt ROHRMANN (1978) zusammen:

"Der sozusagen 'kleinste gemeinsame Nenner' auf den sich verschiedene Lärmdefinitionen reduzieren lassen besteht in dem Satz: 'Lärm ist unerwünschter Schall.'" 1)

Es ist offensichtlich, daß akustische Operationalisierungen allein (Frequenz, Intensität) dem Phänomen 'Lärm' nicht gerecht werden. Vielmehr müssen auch außerakustische Wirkungsdeterminanten wie situative und individuelle Merkmale berücksichtigt werden. Verschiedene Autoren haben darauf hingewiesen, daß die Belästigung durch Geräusche nicht allein durch die Lautstärke des Reizes determiniert ist. Als physikalische Kriterien, die mitbestimmen, ob Schallereignisse belästigenden Lärmcharakter annehmen, nennt SCHÖNBAUER (1981):[2)]

---

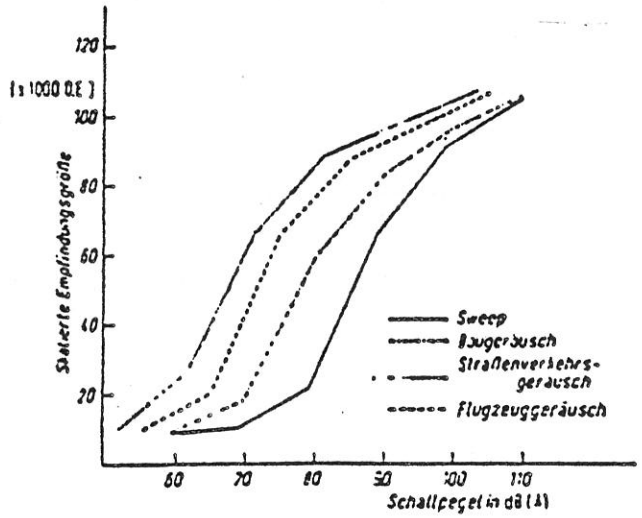
1) Rohrmann et al.: Fluglärm und seine Wirkung auf den Menschen. Zit.n.: Schönbauer, U.: Psych. und Physiolog. Reaktionen auf Geräusche unterschiedlicher Thematik und Kontrollierbarkeit. Wien, Diss., 1981, S.4

2) Schönbauer, U.: Psychologische und physiologische Reaktionen auf Geräusche, Ala.O., S.19

1. Exzessive Lautstärke
2. Impulshaltigkeit eines Geräusches
3. Maskierung erwünschter Schalle (z.B. Sprachinterferenz).

SPRENG, M. & ANDERNACH, K. (1976) untersuchten die Beziehung zwischen Geräuschart und Empfindungsstärke. Sie skalierten in mehreren Versuchsreihen die Empfindungsgrößen für verschiedene Schallereignisse (Baugeräusche, Straßenverkehr, Fluggeräusch, künstliches Geräusch) mittels einer Cross-Modality-Methode. Vor allem im mittleren Schallpegelbereich wurden bei Geräuschen gleicher Lautstärke signifikant verschiedene Empfindungsgrößen skaliert, wobei die stärksten Empfindungen durch Verkehrslärm ausgelöst wurden:[1)]

Skalierte Empfindungsgrößen für verschiedene Umweltschalle:



Skalierte Empfindungsgröße für verschiedene Umweltschalle (Baugeräusch, Straßenverkehrsgeräusch, Flugzeuggeräusch) sowie vergleichende Sweep-Beschallung in Abhängigkeit vom Schallpegel.

---

1) Abb. 8 aus Spreng & Andernach, 1976, Zit.n.: Schönbauer, U., a.a.O., S. 20

LANGDON (1976) untersuchte die durch den Straßenverkehr hervorgerufenen Belästigungsreaktionen in 53 Wohngebieten Greater Londons. Er konnte zeigen, daß die herkömmlichen physikalischen Maße nur bei flüssigem Verkehr zuverlässige Prädikatoren der Unzufriedenheit sind. Für die Unzufriedenheit bei zähflüssigem Verkehr waren primär die Schwerfahrzeuge verantwortlich. Dies weist auf die Bedeutung unerwarteter, besonders lauter Schallereignisse als Determinanten einer Belästigungsreaktion hin.

KASTKA & BUCHTA (1977) zeigten, daß auch bezüglich der Beschaffenheit der Belästigungsreaktion eine Differenzierung erforderlich ist. Sie gaben den Einwohnern von acht Straßenzügen, die den für eine Großstadt typischen Geräuschebereich von55 bis 80 dB abdeckten, einen Fragebogen vor, der 38 Belästigungsparameter beinhaltete. Mittels einer Faktorenanalyse dieser 38 Variablen ließen sich drei voneinander unabhängige Komponenten extrahieren (vgl. SCHÖNBAUER, U.; A.a.O., S.22):

1) Die generalisierte sensorische Belästigungsreaktion.
   Dieser Faktor korrespondiert am engsten mit der beobachteten Dauer, Häufigkeit und Intensität der Verkehrsgeräusche und wird daher als r e i z z e n t r i e r t e Belästigungsreaktion bezeichnet.

2) Die somatisch-emotionale Belästigungsreaktion.
   Diese Komponente umfaßt den subjektzentrierten Wirkungsaspekt der Belästigung (emotional, vegetativ, somatisch).

3) Die akustisch physikalische Belästigungsreaktion.
   Darunter wird die Belästigung aufgrund der Störung von aktiver und passiver Kommunikation (Gespräch, Radio u.a.) verstanden.

11.4.2.3.2 Extraaurale Lärmwirkungen

Die aurale Lärmwirkungen (Schädigung im Hörsinnessystem) im allgemeinen erst bei Einwirkungen hoher Schallenergien von relativ langer Dauer auftreten, was in Österreich im wesentlichen ein Problem der Ergonomie und der Betriebspsychologie ist, können sie für Fragen der Wohnpsychologie vernachlässigt werden. Hier

ist die Frage nach den etxraauralen Lärmwirkungen in den Mittelpunkt zu rücken.

Neben einer Beeinflussung der vegetativen Funktionen der zentralnervösen Aktivität kann Lärm auf der kognitiven, der emotionalen und der motivationalen Ebene ebenso wirksam werden, wie auf der Verhaltensebene.

Experimentell wurde nachgewiesen, daß bei Lärm eine Erhöhung des Blutdrucks und eine Beschleunigung der Herztätigkeit auftreten, daß die Verdauungsorgane in ihrer Tätigkeit erlahmen, sich die Spannung der gesamten Muskulatur steigert, ebenso daß der Liquordruck im Gehirn steigt und die feinen Gefäße der Hirnhaut weniger duchblutet werden (vgl. SCHULZ VAN TREEK, 1957).

Um die gesundheitlichen Auswirkungen des Verkehrslärms auf den Menschen abschätzen zu können, führten HAIDER & KOLLER (1818) ein realitätsbezogenes Laborexperiment durch. Den Versuchspersonen wurden sowohl Verkehrsgeräusche als auch energieäquivalentes Rauschen (beides 75 dB) intermittierend über jeweils zwei Stunden dargeboten. In der ersten Versuchsbedingung wurden die Schallereignisse in regelmäßigen Intervallen und immer gleichlangen Abschnitten vorgegeben, d.h. sie waren voraussehbar.

In der zweiten Versuchsbedigung wurden die Schallereignisse in Zufallsintervallen und in unregelmäßiger Länge dargeboten.Verkehrslärm zeigte insgesamt eine höhere Auswirkung auf die untersuchten Kreislauffunktionen als energieäquivalentes Rauschen. Die Aktivierungswirkung blieb bei unregelmäßigem Lärm und vor allem bei Verkehrslärm über die zwei Stunden des Verkehrszeitraumes relativ konstant, während sie bei regelmäßigem Lärm zunächst sehr gering war und dann stark anstieg. Die vorgenommenen Lästigkeitseinstufungen zeigten in allen Versuchsbedingungen statstisch signifikante Unterschiede. Unregelmäßiger Lärm wurde als belästigender empfunden als regel-

mäßiger Lärm und Verkehrslärm als unangenehmer als energieäquivalentes Rauschen.

Verschiedene Autoren haben darauf hingewiesen, daß jede Lärmwirkung, auch wenn sie nicht als störend empfunden wird, eine nervöse Belastung des Organismus darstellt (TISCHENDORF,1957; u.a.). Durch andauernde Lärmbelästigung werden die Betroffenen in einen allgemeinen Alarmzustand versetzt. Es treten Symptome auf, die durch einen erhöhten Reizzustand des vegetativen Nervensystems gesteuert werden.

Als unmittelbare Effekte faßte KASTKA (1976) zusammen: Störungen des physiologisch notwendigen Abklingens berufs- oder streßbedingter Spannungszustände, Schrecksituationen, Arousalreaktionen, emotionale Spannungszustände wie Verstimmung, Ärger, Zorn, Frustrationsgefühle, Aggressivität und Behinderung sozialer Interaktionsmöglichkeiten durch die Störung der sprachlichen Kommunikation.

Ein wichtiger Aspekt der extraauralen Lärmwirkungen liegt in der Beeinträchtigung von Schlafdauer, Schlaftiefe und Schlafqualität. Schon TISCHENDORF (1957) zeigte, daß auch während des Schlafs akustische Reize registriert und verarbeitet werden. Er zog unter anderem die Schlußfolgerung, daß es keineswegs gleichgültig ist, Kinder bei Lärm schlafen zu lassen, "da die Schlafqualität ungenügend bleibt und zunehmende Nervosität, Konzentrationsmangel und allgemeiner Leistungsabfall die unausbleibliche Folge sind."[1)]

HAIDER & KOLLER (1981) untersuchten, inwieweit Nachtschlaf einer Beeinträchtigung unterliegt, wenn kontinuierlicher Verkehrslärm in einer Intensität von 45 bis 55 dB eingespielt wird, also mit einer Intensität, die meist nicht zu vermehrten

---

1) Tischendorf, F.: Gesundheitsgefährdung durch Lärm. In: Vogler, P. (Hrsg.): Medizin und Städtebau. Urban & Schwarzenberg, München, 1957, S.7 (Band 1)

Aufwachreaktionen führt. In den Nächten mit kontinuierlicher Lärmexposition zeigten die Versuchspersonen eine signifikante Abnahme der Tiefschlafstadien, eine signifikante Zunahme der Häufigkeit der Leichtschlafstadien und einen signifikant verminderten Anteil an REM-Stadien, die im Zusammenhang mit der Traumtätigkeit stehen und auch als paradoxe Schlafstadien bezeichnet werden. Alles Punkte, die im Hinblick auf den Erholungswert des Schlafes von besonderer Bedeutung sind.

11.4.2.3.3 Extraaurale Lärmwirkungen in Abhängigkeit von der Dauer der Schallexposition (Nacheffekte)

Eine Reihe von Autoren versuchten längerfristige extrasursle Lärmeffekte auf psychologischer Ebene zu erfassen, indem sie die Wohndauer in Beziehung zur subjektiven Lärmbelästigung setzten. Es ergeben sich hier einige methodische Probleme, da die Wohndauer nicht unmittelbar mit der Dauer der Lärmexponierung gleichgesetzt werden kann. Die Ergebnisse lassen aber sicher Schlüsse auf eine Grundtendenz im Hinblick auf die Frage 'Gewöhnung' oder 'Sensibilisierung' zu.

So konnte beispielsweise BORSK (1961) in einer Studie über das Lärmproblem in der näheren Umgebung von Militärflughäfen feststellen, daß sich die untersuchten Personen - nach einer anfänglichen Periode der Adaption - umsomehr durch den Lärm gestört fühlten, je länger sie in dem exponierten Gebiet lebten.

In einer Analyse zweier vergleichbarer Lärmuntersuchungen (1967 und 1972), beide Greater London) stellte LANGDON (1976) fest, daß bei objektiv gleicher Verkehrsbelastung in der späteren Untersuchung eine stärkere Unzufriedenheitsreaktion auftrat. Dieser zeitabhängige Unzufriedenheitszuwachs war unabhängig von der Höhe der Geräuschbelastung. LANGDON relativierte dieses Ergebnis allerdings, indem er auf die große Streuung der Werte in der ersten Studie hinwies.

Aufgrund eines Überblicks über eine Reihe von Studien über

längerfristige Geräuscheffekte auf psychologischer Ebene zieht SCHÖNBAUER (1981 zusammenfassend den Schluß, "daß bei lange andauerndem bzw. häufig auftretendem Lärm eher mit einer Sensibilisierung als mit einer Adaption zu rechnen ist."[1)]

Auf physiologischer Ebene konnte nachgewiesen werden, daß wiederholtes Auftreten akustischer Stimuli zu einer physiologischen Adaption führen kann. Diese Adaption tritt aber nur unter eng umschriebenen Bedingungen ein. GLASS & SINGER (1972) stellten fest, daß mit zunehmendem Interstimulusintervall mit einer Reaktionszunahme (gemessen an der Hautleitfähigkeit) zurechnen ist.

Ein Indiz für einen mit der Zeit erfolgenden Anstieg tonischer Geräuscheeffekte läßt sich auch der Studie von HELPER (1957) entnehmen. Die elektrische Hautleitfähigkeit nahm in sechs aufeinanderfolgenden Geräuschperioden (je 10 Minuten) monoton zu.

SCHÖNBAUER (1981) formuliert aufgrund der Diskussion einiger widersprüchlichen Ergebnisse zum Thema längerfristiger Geräuscheffekte auf physiologischer Ebene als Arbeitshypothese: "Bei genügend rasch auftretenden Geräuschereignissen kommt es zu einer Ergotypisierung, die eine Abnahme der phasischen Geräuschreaktion bewirkt. Diese ergotropen Reaktionen akkumulieren jedoch mit der Dauer, wodurch eine zunehmende tonische Reaktion ausgelöst wird."[2)]

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die vegetative Belastung unabhängig von der subjektiven Gewöhnung (so sie überhaupt eintritt) vorhanden ist. SCHULTZ VAN TREEK (1957) beschrieb dieses Phänomen intuitiv:

---

1) Schönbauer, U.: Psychol.u. physiol. Reaktionen auf Geräusche, A.a.O., S.27

2) Schönbauer, U.: Psychol. und physiol. Reaktionen auf Geräusche, A.a.O., S.31

"Der Unempfindliche oder sich an der Lärm gewöhnt hat, ahnt nicht, warum er krank wird, der Empfindsame weiß es." 1)

Als mögliche somatische Folgen der Summe der vegetativen Lärmreaktionen werden in der Literatur Herz- und Gefäßkrankheiten, Magen. und Gallenleiden, Störungen der endokrinen Drüsen und eine Reihe neurotischer Symptome genannt (vgl. VON TISCHENDORF, 1957; HAIDER & KOLLER, 1981). Es handelt sich bei diesen Erkrankungen um Streßsymptome, die natürlich auf verschiedene Ursachen zurückgehen können. Unter diesen komplexen Ursachen kommt aber zweifellos der Lärmbelästigung rein quantitativ große Bedeutung zu.

11.4.3 Die psycho-soziale Dimension

11.4.3.1 Allgemeines

Auf der psycho-sozialen Ebene sind vielfältige wohnpsychologische Einflußfaktoren teils aus der jedem zugänglichen Alltagserfahrung, teils aus wissenschaftlichen Untersuchungen verschiedenster Disziplinen bekannt. Systematisierungen der Vermutungen und empirischen Ergebnissen liegen allerdings nur in Ansätzen vor. Im folgenden werden die von einer Reihe von Autoren hervorgehobenen Fragen der Wohnumweltforschung bezüglich der Bedingungen und dem Stellenwert von Sozialkontakten und der Begriff der "emotionalen Ortsbezogenheit" diskutiert.

11.4.3.2 Wohnumwelt und Sozialkontakt

Die Frage, warum Sozialkontakte einen wesentlichen Gegenstand der Wohnumweltforschung darstellen, kann mit einem Zitat von SCHULZ (1978) beantwortet werden:

---

1) Schulz van Treek, A.: Die Zivilisationsschäden im Hals-, Nasen- und Ohrenbereich. In: Vogler, P.: Medizin und Städtebau, A.a.O., Bd.1, S.436

"Vieles, das früher selbstverständlich war, ist heute zum Problem geworden. Um zu einem sachlich begründeten Verständnis des städtischen Lebens zu kommen, genügt es nicht, die häufig zitierten Alltagsmeinungen und Ideologen von der 'Isolation des modernen Menschen', der 'Vereinsamung in der Großstadt', der 'Kommunikationsarmut in den Stadtrandsiedlungen' zu wiederholen, sondern es müssen die verschiedenen Theses systematisch untersuchte werden. Einerseits geht es also um eine Grundfrage menschlichen Lebens, inwieweit wir noch 'gesellig lebende Wesen' sind und inwieweit geselliges Leben für uns noch eine existentielle Notwendigkeit darstellt, andererseits um eine realistische, vorurteilsfreie Einschätzung von Auswirkungen des städtischen Lebens." 1)

11.4.3.2.1 Funktionen des Sozialkontakts

In einer Studie zum Thema 'Sozialkontakte in der Großstadt' geht SCHULZ (1978) von der sozialen Abhängigkeit des Menschen aus, um auf dieser These aufbauend, Funktionen des Kontakts für das Individuum näher zu bestimmen.

In Anlehnung an JONES & GERARD (1967) unterscheidet er zwei Formen der sozialen Abhängigkeit:
Die sogenannte Effekt-Abhängigkeit (effect dependence) und die Informations-Abhängigkeit (information dependence).

Unter die Effekt-Abhängigkeit fallen: 2)

- Der Austausch von Gütern und Leistungen, durch den die finanzielle, materielle Lebensgrundlage gesichert wird
- Notwendige Hilfeleistungen, wie Pflege bei Krankheit, die Beaufsichtigung von Kindern, Erledigung von Einkäufen, Wegen.
- Emotionale Hilfen.

Der Begriff der Informations-Abhängigkeit bezieht sich auf die Tatsache, daß jeder Mensch in der Erlangung von Informationen von anderen abhängig ist. Auch wenn die Interpretation dieser

---

1) Schulz, W.: Sozialkontakte in der Großstadt, Wien, 1978, S.152

2) Schulz, W.: Sozialkontakte in der Großstadt, Wien, 1978, S.34

Abhängigkeit im Zeitalter der Massenkommunikation einiger Modifikationen bedarf, lassen sich Kontaktfunktionen anführen, bei denen eine persönliche Informationsabhängigkeit, die nicht durch Massenkommunikationsmittel ersetzt werden kann, besteht. Als solche nennt SCHULZ (vgl. SCHULZ, W.: Sozialkontakte in der Großstadt, Wien, 1978, S.35ff):

- Informationen über die nähere Umwelt.
  Diese Art der Information kann schon bei oberflächlichen Kontakten, etwa beim sogenannten Bassena-Gespräch, vermittelt werden.

  "Es ist ungeklärt, wieviel Informationsmangel (in diesen Aspekten der Kommunikation) der Mensch ertragen kann, ohne daß das Gefühl des Versäumens, des Ausgeschlossen- und Benachteiligtseins entsteht." 1)

- Bewertung der Umwelt.
  Ein wesentliches Ergebnis der sozialpsychologischen Untersuchungen von FESTINGER (1950), das in der Folge von verschiedenen Autoren repliziert werden konnte, war die Erkenntnis, daß die selektive Bewertung unserer Umwelt als Phänomen des kulturellen und sozialen Bezugsrahmen aufgefaßt werden kann.

  Bewertungen, beispielsweise Ziele die erstrebenswert scheinen, werden im direkten Kontakt mit anderen Menschen vermittelt. Indem die eigenen Anschauungen mit den Aussagen und Leistungen anderer Menschen in Beziehung gebracht werden, wird die eigene kognitive Unsicherheit reduziert, wobei im Allgemeinen, die Gruppe, in der man sich bewegt, das Bezugssystem darstellt.

- Informationenen über die eigene Person.

- Bewertung der eigene Person.

Die beiden letztgenannten Funktionen des Sozialkontakts stellen wichtige Aspekte psychologischer Identitätskonzepte dar.

---

1) ebenda, S.35

So spricht beispielsweise GOFFMAN (1975) von sozialer und persönlicher Identität, die beide dem Individuum von seinen Interaktionspartnern zugeschrieben werden, und stellt diesen beiden Identitätsformen, die nur subjektiv erfahrbare Ich-Identität gegenüber.

ERIKSON (1973) nennt die Zeit der Adoleszenz ein 'psychosoziales Moratorium', währenddessen der ein Mensch durch freies Rollen-Experimentieren seine Identität in irgendeinem der Sektoren der Gesellschaft sucht.

Alle diese Vorgänge finden im Sozialkontakt permanent statt. Die Entwicklung des Selbstbildes und des Selbstwertgefühls kann nur aus dem Mechanismus von Reaktionen und Gegenreaktionen verstanden werden - ein Gesichtspunkt, der in der Theorie des symbolischen Interaktionismus ausführlich behandelt wird.

MITSCHERLICH (1965) bezieht sich auf diesen Sachverhalt in seiner 'Anstiftung zum Unfrieden' (Untertitel zu 'Die Unwirtlichkeit unserer Städte'):

"Das Individuum wird sich seine Identität nur bewahren können, wenn die Möglichkeiten zur Pflege kontinuierlicher und mitmenschlicher Beziehung verstärkt werden. Das fordert unsere Natur. In der urbanen Realität, die wir uns schaffen, wird genau diesem Bedürfnis nicht Rechnung getragen. Die Verarmung an dauerhaften Beziehungen bei einer sehr großen Zahl von Stadtbewohnern hat notwendigerweise eine Verflachung und Verarmung ihrer Fähigkeiten zur Anteilnahme überhaupt und damit eine Verarmung an 'Lebenserfahrung' zur Folge." 1)

11.4.3.2.2 Wohnumwelt und Sozialkontakt (Wohndauer, Wohnform)

Als wesentliche (aber sicher nicht ausschließliche) Faktoren aus dem Bereich der Wohnung und der Wohnumwelt, die das Kontakt-

---

1) Mitscherlich, A.: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Suhrkamp 1965, S.44

verhalten beeinflussen, können die Wohndauer und die Wohnform festgehalten werden.

Eine Reihe von Untersuchungen (vgl. SCHULZ, 1978; KASSANDRA & JANOWITZ, 1974) lieferten Hinweise, daß die Anzahl der Freunde im Wohngebiet, ebenso wie die Anzahl der Bekannten und die Art der Bindung an das Wohngebiet unter anderem Funktionen der Wohndauer sind.

PFEIL (1957) zieht auf Grund empirischer Untersuchungen den Schluß, daß sich die Entwicklung eines Kontaktnetzes von Neuhinzugezogenen im Durchschnitt über zwei Jahre erstreckt.

Aber auch der Faktor der Wohndauer steht bezüglich der Ausbildung von Sozialkontakten in Wechselwirkung mit der Wohnform und der vorhandenen Infrastruktur.

In einer Studie von VIERECKE (1972) unterhielten die Hälfte der Bewohner einer Eigentumswohnung oder eines Zweifamilienhauses schon nach zwei Monaten nachbarliche Beziehungen, während die Bewohner von Mietwohnungen erst nach 6 Monaten nachbarschaftliche Kontakte anknüpften.

Im Hinblick auf die Diskussion räumlicher Bedingungen nachbarschaftlichen Verhaltens sind Untersuchungen, die sich mit Gegenüberstellungen von Altbauvierteln einerseits und Neubausiedlungen bzw. Trabantensiedlungen andererseits beschäftigen von Interesse.

AUER (1978) zieht aus einem Überblick über derartige Vergleiche den Schluß, daß im Altbaugebiet eine eher nachbarschaftszentrierte Gesellschaft zu finden ist. Die Kontakte sind hauptsächlich auf das engere Wohnumfeld konzentriert. Im Neubaugebiet zentriert sich das nachbarschaftliche Leben viel intensiver auf den Bereich der Wohnung und deren engstes Umfeld.

AUER bezeichnet die Kontakte der Menschen in Neubauvierteln als familienzentriert".[1)]

In diesem Sinne nennen ZAPF, HEIL & RUDOLPH (1969) als ein wichtiges Ergebnis einer vergleichenden Untersuchung in vier Münchner Neubausiedlungen:

"Die Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften und der Besuch der Kirche in den neuen Stadtrandquartieren liegt merkwürdigerweise unter dem der Gesamtbevölkerung der Stadt, wobei (...) Ergebnisse darauf hinzudeuten scheinen, daß dieses geringe öffentliche Interesse nicht eine Erscheinung der Anfangsphase im Leben von Wohnsiedlungen des untersuchten Typus ist, sondern eine langfristige Tendenz ausdrückt." 2)

Auch WEBER (1971) konnte zeigen, daß die Abnahme kommunikativen Verhaltens in Neubauvierteln gleichzeitig eine Privatisierung der Familie bedeutet.

Die befragten Neubauviertelbewohner gaben an, im Vergleich zu früher weniger Gäste zu haben (35% seltener,51% gleich oft, 12% häufiger) und auch seltener abends wegzugehen (58% seltener, 34% gleich oft, 7% häufiger). (Vgl.SCHULZ, W.: Sozialkontakte in der Großstadt, Wien, 1978, S.30).

In einer Studie zum Thema 'Sozialkontakte in der Großstadt' in Wien (untersucht wurden Stichproben aus den Bezirken 3,4, 5,6,7,8,9,21,22) fand SCHULZ (1978) Hinweise, daß tendenziell eine Beschränkung der Kontakte auf die eigene soziale Schicht und die unmittelbar anschließende Position in der Schichtungs-Hierarchie stattfindet. Das Ergebnis bezüglich der Zusammensetzung des Kontaktkreises verschiedener Berufsgruppen ist auf der folgenden Seite abgebildet. Es wäre in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob und inwieweit dieses Phänomen durch eine räumliche Segregation mitbestimmt ist.

---

1) Auer, W.: Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung,Wien, 1978, S.111

2) Zapf, K.; Heil, J. & Rudolph, J.: Stadt am Stadtrand. Zit.n. Auer, W.: Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung,A.a.O., S.119

Zusammensetzung des Kontaktkreises verschiedener Berufsgruppen[1)]

Beruf der Kontaktpersonen	Beruf des Haushaltsvorstandes: Hilfsarbeiter	Facharbeiter	kleine Angestellte und Beamte	leitende Angestellte und Beamte	Selbständige
Hilfsarbeiter	33,3	7,4	1,8	----	1,2
Facharbeiter	8,9	21,6	10,6	0,5	1,2
kleine Angestellte und Beamte	33,3	40,5	44,8	38,8	24,7
leitende Angestellte und Beamte	----	6,1	8,1	27,4	17,3
Selbständige	2,2	4,1	4,7	6,0	35,8
Hausfrau	22,2	19,6	23,4	13,4	14,8
Student	----	0,7	2,9	12,9	4,9
Landwirtschaft	----	----	0,2	0,5	----
Pensionist	----	----	3,4	0,5	----
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Basis der Prozente: Anzahl der Kontaktpersonen von HA, FA	(45)	(148)	(444)	(201)	(81)

1) Schulz, W.: Sozialkontakte in der Großstadt, Wien, 1978, S.105

11.4.3.3 Die soziale Bedeutung des Raumes - Der Begriff der emotionalen Ortsbezogenheit

Ein häufig vernachlässigter Teilsapekt der übergeordneten Frage nach dem Verhältnis von Raum und raumbezogenen Verhalten bzw. nach den psychophysischen Wirkungen des Wohnens bezieht sich auf den sozialen und emotionalen Bindungen an das Wohnviertel. Aber gerade heute, wo durch eine hohe Mobilitätsrate der Bezug zum Ort, an dem man lebt, tendenziell verloren zu gehen scheint, gewinnt die Untersuchung der Bedingungen und Funktionen einer räumlichen Identifizierung an Aktualität.

"Dieser Abbau des affektiven Engagements trifft unsere Gesellschaft an entscheidender Stelle. Denn die Flaute muß sich ungünstig auf eine Steigerung des kritischen Bewußtseins auswirken; wo keine affektive Anteilnahme an den Objekten des Biotops besteht, wird sich kaum die Leidenschaft zur Gestaltung und damit kein auf Präzision dringendes Problembewußtsein ausbreiten." 1)

Mit seiner Unterscheidung zwischen klassifikatorischer und emotionaler Ortsbezogenheit lieferte TREINEN (1965) einen ersten Hinweis, daß 'Ortsbezogenheit' ein mehrdimensionales Konzept darstellt.

'Klassifikatorische Ortsbezogenheit' bezieht sich auf die Identifizierung mit einem Ort, die zunächst nur die Funktion hat, "eine formale, durch Brauch und Herkommen vorwegbestimmte Zugehörigkeit zu einer Kategorie von Menschen mit gleichen Merkmalen der örtlichen Herkunft zu übermitteln."[2)]

Die Eigenheit der 'symbolischen, emotionalen Ortsbezogenheit' liegt darin, daß der zur Symbolisierung des grundlegenden

---

1) Mitscherlich, A.: Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1965, S.41

2) Treinen, H.: Symbolische Ortsbezogenheit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsych., 1965, Band 17, S.254

Sozialzusammenhangs gewählte Ortsbegriff mit affektiver Bedeutung besetzt wird.

Ortsbezogenheit in diesem Sinne bezieht sich nicht so sehr auf die Auseinandersetzung des Menschen mit seiner Umgebung, sondern vielmehr auf das Phänomen der Symbolisierung menschlicher Beziehungen. Der Grundgedanke TREINENs ist, daß bei der Analyse der emotionalen Ortsbezogenheit nicht Raumteile sondern Sozialzusammenhänge der Bewohner das Bezugsobjekt des bestehenden Sentiments darstellen.

"Für die Erinnerung entfaltet der Ort, weil er das sinnlich Anschaulichere ist, gewöhnlich eine stärkere assoziative Kraft als die Zeit; so daß, insbesondere wo es sich um einmalige und gefühlsstarke Wechselbeziehungen handelte, für die Erinnerung gerade er sich mit dieser unlöslich zu verbinden pflegt und so, da dies gegenseitig geschieht, der Ort noch weiterhin der Drehpunkt bleibt, um den herum das Erinnern die Individuen in nun ideell gewordenen Korrelationen einspinnt."1)

THUM (1981) stellt dem Begriff der emotionalen Ortsbezogenheit als Gegenpol das Konzept der Entfremdung gegenüber. Er nimmt an, daß Entfremdung im Sinne einer subjektiv empfundenen Machtlosigkeit und sozialen Isolation eine von den räumlichen Bedingungen abhängige individuelle Grundhaltung ist, die eine starke Bindung an einen Raumteil verhindert.

Zur Untersuchung verschiedener Bedingungen der Bildung einer Ortsbezogenheit im Rahmen des internationalen RAB-Projekts (The Residential Areal Bond) unternahm THUM (1981) eine Befragung von 400 Personen, konzentriert auf den 19. und 20. Wiener Gemeindebezirk.

Zur Operationalisierung der Variablen 'Ortsbezogenheit' unterzog THUM die aus Expertengesprächen gewonnenen Kriterien einer

---

1) Simmel, G.: Soziologie, Zit.n.:Treinen, H.: Symbolische Ortsbezogenheit. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsych., 1965, Band 17, S.79

Faktorenanalyse. Analysen mit Rotationen auf verschiedenen Faktorenzahlen erbrachten einen stabilen Faktor 1, der "Bezirksverbundenheit" genannt wurde, Faktor 2 wurde als "Bindung an die Gesamtstadt Wien" interpretiert.

Die Variablen "Bezirksverbundenheit" und "Bindung an die Gesamtstadt Wien" wurden durch folgende Fragen abgedeckt bzw. gebildet: (Operationalisierung des Begriffs der Ortsgebundenheit nach THUM:[1]) (siehe folgende Seite)

Als wichtigste Ergebnisse faßt THUM zusammen (vgl. THUM, K.: Soziale Bindungen an das Wohnviertel. In: BODZENTA, E. eta al.: Wo sind Großstädter daheim? Wien, 1981, S.106ff.):

- Die Bezirksverbundenheit ist in 'Döbling' stark, in der 'Brigittenau' schwach ausgeprägt. Die zweite RAB-Dimension (Verbundenheit mit der Gesamtstadt) ist nicht mit der Bezirkszugehörigkeit verknüpft.
- Zwischen den verschiedenen lokalen Bezugsgrößen (Wohnung/Bezirk/Gesamtstadt) wird ein Einstellungstransfer vermutet, und zwar so, daß dieser Transfer hauptsächlich in Richtung von der größeren auf die kleiner lokale Bezugsgröße wirkt: Bei positiver Bewertung des Bezirks wird auch die Wohnung als kleine Bezugseinheit positiv bewertet - aber nicht umgekehrt.
- Die konkreten Bedingungen der Wohnumwelt beeinflussen die Bereitschaft, sich mit dieser Umgebung zu identifizieren: Die Personen, die in alten Häusern wohnen, sind mehr bereit, sich mit ihrem Wohnort zu identifizieren als die Bewohner neuerer Häuser; analog dazu ist die Beziehung zur Größe des Hauses.
- Es besteht eine Beziehung zwischen Wohndauer an einem Wohnort und Ortsbezogenheit - aber nur bei Personen, die nicht seit ihrer Geburt in Wien gelebt haben.

---

[1] Thum, K.: Soziale Bindungen an das Wohnviertel. In:Bodzenta, E.,et al.:Wo sind Großstädter daheim? Wien, 1981, S.46

VAR122 – Bezirksverbundenheit

Variable	Frage	Text
76	B 6	Wie sind eigentlich die Pläne Ihrer Familie mit dieser Wohnung, wollen Sie auch längerfristig in dieser Wohnung bleiben oder planen Sie eine Übersiedlung in eine andere Wohnung?
84	B 8	Wenn Sie aus der Gegend, in der Sie jetzt wohnen, wegziehen sollten: würde Ihnen das sehr schwer fallen, ziemlich schwer fallen, nicht besonders schwer fallen oder gar nicht schwer fallen?
87	B 11	Sind Sie in diese Gegend sehr gern, nicht so gern oder ungern hergezogen?
88	B 12	Welche Aussage trifft am ehesten auf Sie zu: ich lebe gern hier in dieser Gegend, möchte auch hier wohnen bleiben mir gefällt es hier, im Grunde ist es mir aber ganz gleich, wo ich lebe ich lebe nicht besonders gerne hier, aber woanders ist es auch nicht besser ich lebe gar nicht gern in dieser Gegend und würde bei nächster Gelegenheit umziehen
89	B 13	Wenn man Sie als „Döblinger" bzw. „Brigittenauer" bezeichnet, freut Sie das, ärgern Sie sich oder ist Ihnen das ganz gleichgültig?
92	B 16	Kommt es oft, manchmal, selten oder nie vor, daß Sie sich wünschen, nicht in diesem Stadtteil (in dieser Wohngegend) zu leben?
116	B 33	Ist diese Wohngegend hier so etwas wie eine kleine Gemeinde (geworden), mit einer Bevölkerung, die sich ein wenig zusammengehörig fühlt?

VAR161 – Bindung an Wien

Variable	Frage	Text
78	B 7	Wo meine Freunde und Bekannten wohnen, dort fühle ich mich „zu Hause".
91	B 15	Leben Sie gerne *in Wien*, oder möchten Sie, wenn Sie es sich aussuchen können, lieber woanders leben?
148	B 48	Kommt es mitunter vor, daß Sie sich wünschen, *nicht* in Wien zu leben?

Einen großen Analysekomplex bildete die Untersuchung der Funktion des Sozialkontakts:

- Es zeigt sich, daß in der Brigittenau eine deutliche Abhängigkeit der Kriteriumsvariablen (Bindung an den Bezirk und an die Gesamtstadt) von (Nachbarschafts-)Kontakten besteht. In Döbling schwächte gerade umgekehrt mehr Sozialkontakt (interpretiert als soziale Kontrolle) die Verbundenheit mit dem Bezirk ab.

THUM zog aus diesem Ergebnis den Schluß, daß Ortsbezogenheit nicht generell durch Sozialkontakt an sich verstärkt wird, sondern nur durch jene Kontakte, die denselben örtlichen Bezugspunkt aufweisen.

- Bezüglich der Variablen "Wohnzufriedenheit wurde festgestellt, daß sie vorwiegend aus materiell bestimmbaren Ursachen resultiert, aber darüber hinaus auch in starker Beziehung zur Kriteriumsvariablen der emotionalen Ortsbezogenheit steht.

11.5 Schlußbemerkungen zur 'Partizipationsfunktion' von wohnpsychologischen Untersuchungen

Im Zuge der Mitbestimmungsdiskussion, die in den 60er Jahren in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen einsetzte, wurde vorwiegend von Sozialwissenschaftern die Ermittlung von Wohnbedürfnissen als Mittel der Einflußnahme der Nachfrage auf die Angebotsseits aufgefaßt bzw. diskutiert.

Die unter 2.2 ausgeführte Charakterisierung von 'Wohnzufriedenheits-' und traditionellen Wohnbedürfnisuntersuchungen als Legitimationsinstrument für schon getroffene Entscheidungen zeigt aber, daß die praktische Handhabung dieses möglichen Ansatzpunktes für eine Einbeziehung von Betroffenen in Planungsprozesse in der Praxis ganz entgegengesetzte Effekte haben kann.

DULOVITS (1978) faßt dieses Problem folgendermaßen zusammen:

"Werden Wohnwunsch und -zufriedenheitsuntersuchungen in eingeschränkter Weise als 'Partizipationsinstrument' aufgefaßt, so ist dies für die Befragten (d.h. für die von möglichen Planungsmaßnahmen Betroffenen) nicht immer von Vorteil. Besonders in Sanierungsgebieten, wo das 'generelle Anspruchsniveau' der Bewohner (auf Grund der hohen Überalterung und des hohen Anteils einkommensschwacher Schichten) bekanntlich nieder ist, wird die Auslegung von derartigen Untersuchungen als 'Partizipationsinstrument' bei der Umgestaltung dieser Gebiete problematisch. Einerseits werden wahrscheinlich schon geringfügige Verbesserungen begrüßt, anderersetis sind die Interviewten überfordert, in einer ein- oder zweimaligen Begegnung in der Interviewsituation, prinzipielle und verbindliche Wertungen über Gestaltungsrichtlinien und Maßnahmen abgeben zu können." 1)

Neben dem Problemkreis der Verbalisierbarkeit von Bedürfnissen bzw. den Verbalisationsbarrieren bestimmter Bevölkerungsschichten (vgl. 3.2) ist in Rechnung zu stellen, daß Wohn-

---

1) Dulovits, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadtsoziologie, Dissertation, Uni Wien, 1978, S.210

bedürfnisse immer schon eine sehr gruppenspezifische Reflexion auf das 'Machbare' beinhalten. Artikulieren von Zufriedenheit wird daher in vielen Fällen als resignative Anpassung zu interpretieren sein (vgl. 2.3.2).

Für Untersuchungen im Dienste einer Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten bedeutet dies, daß Anpassung und Passivität der Bewohner nicht per se Endpunkt des Interesses sein dürfen. Aufgrund der angesprochenen Probleme scheint es für eine so bestimmte empirische Beschäftigung mit wohnspychologischen Fragestellungen sinnvoll, sich auf eng umgrenzte Bevölkerungsschichten, bzw. -gruppen zu konzentrieren, die in sich in Diskussionsprozessen im Rahmen der Stadterneuerung erfahrungsgemäß kaum artikulieren.

Im Hinblick auf eine Relativierung der Möglichkeiten derartiger Untersuchungen ist anzumerken,

"daß das Wesen der Partizipation sicherlich nicht in einer ein- oder zweimaligen Begegnung mit dem Interviewer liegt, der sehr unterschiedliche Dinge wissen will. Sie besteht vielmehr in einem Klärungsprozeß darüber, was der Interviewte will und wie die politische Durchsetzung seiner Forderungen erfolgen soll. Der Bürger, der durch einen politischen Willensakt Aufträge erteilt, kann nicht durch den Befragten ersetzt werden. Beschränkt sich die Auffassung über die Partizipation trotzdem darauf (...), so wird nur der Anschein eines demokratischen Handelns erweckt (und wäre im Prinzip nur politische 'Absatzforschung')." 1)

---

1) Dulovits, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadtsoziologie, A.a.O., S.210/211

Exkurs: Der Begriff der Partizipationskompetenz

HETTLAGE (1979) spricht von einer "allgemeinen Partizipationskompetenz". Mit diesem Begriff bezieht er sich auf unterschiedliche Fähigkeiten der Bedürfnisartikulation, der Bedürfnisdarstellung und Durchsetzung und auch auf Unterschiede im Informationsstand. Daneben sei es zweckvoll Unterschiede in Spezialkompetenzen auseinanderzuhalten, die in den verschiedenen Handlungsbereichen von Bedeutung sind (etwa technische oder rechtliche Kompetenz).

LINS (1982) weist darauf hin, daß Mitbestimmung im Kollektiv zudem Kompetenz im Hinblick auf horizontale Sozialbeziehungen ins Spiel bringt, unabhängig von formellen oder informellen Repräsentations- und Führungsstrukturen:

"Diese soziale Partizipationskompetenz beinhaltet daher die unterschiedliche Fähigkeit einzelner, das Potential der Gruppe oder des Kollektiv nutzbar zu machen, möglicherweise auch zu benützen. (...) Hier nun ist der Schritt zu setzen zur Dynamisierung zunächst relativ statisch begriffener personaler Potentiale, die als Bedingungsfaktoren von Partizipationskompetenz angesehen werden. Eine wesentliche Unterscheidung der Gestaltungsformen von Mitbestimmungsprozessen besteht darin, wie weit sie den 'Input' personaler Potentiale einfach festschreiben und wie weit sie Raum für deren Entfaltung entwickeln können, durchaus unter 'arbeitsteiliger' Nutzung vorhandener allgemeiner und spezieller Kompetenzen." 1)

Das Fehlen dieses von LINS angesprochenen dynamischen Aspekts personaler Partizipationsmerkmale stellt auch bei GRONEMEYER (1973) einen zentralen Ansatzpunkt der Kritik an der traditionellen, empirischen Partizipationsforschung dar:

"In grotesker Weise werden hier gesellschaftliche Tatsachen mit Notwendigkeiten verwechselt. Es wird übersehen, wie sehr das beobachtete Verhalten eine Funktion gesellschaftlicher Strukturen ist.(...) Dem Individuum wird die Verantwortung aufgebürdet, wenn es nicht partizipiert, wenn es nicht die Bedinungen von social skill, social ease und Ich-Stärke zu erfüllen im-

---

1) Lins, J.: Mitbestimmung im Wohnbau, Von Technokratenherrschaft zu konkreter Demokratie. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, 1982, S.98/99

stande ist. Verschleiert ist, daß diese Persönlichkeitsmerkmale gesellschaftliche Produkte sind, daß Chancenungleicheit auf dem Bildungssektor dem einen social ease ermöglicht, dem anderen social skill nicht gelingen kann .(...) Es ist ein degenerierter Begriff von Partizipation, der den status quo legitimiert mit Hilfe der Fiktion, die Chancen der Teilhabe seien für alle gleich." 1)

Als Beispiel für eine Konzeption personenbezogener Merkmale der Partizipationskompetenz, die neben psychischen Potentialen auch Erfahrungs- und Positionsvariable miteinbezieht, soll im folgenden die Einteilung von HETTLAGE (1979) kurz ausgeführt werden (vgl. LINS, J.: Mitbestimmung im Wohnbau, A.a.O., S.95 ff.).

HETTLAGE unterscheidet zwischen

1) psychischen Potentialen

2) Erfahrungspotentialen (life experience variables)

3) Positionspotentialen (life experience variables).

ad 1) Als psychische Grundbedingungen des Handelns im Sinne einer Partizipation an Entscheidungen nennt HETTLAGE:
- Sozialität (operationalisiert als 'social skills', Ich-Stärke, etc.)
- Dominanz
- Selbstachtung

ad 2) Erfahrungspotentiale umfassen jene Persönlichkeitszüge, die mit dem jeweils erlernten Bezugssystem eng verbunden sind:
- Wert- und Verhaltensmuster (attitude): LINS nennt hier als Beispiele Rollenerwartungen, Anspruchsniveaus, soziale Normen; die Emotionalität gegenüber dem Teilnahmeangebot und die Einstellung zu kooperativen Verhaltensweisen. Negativ gewendet: Pessimismus und Furcht, autoritäre Syndrome und ein genereller "Vertrauenslag zu sich selbst."

---

1) Gronemeyer, R.: Integration durch Partizipation, Fischer, 1973, S.35

- Fähigkeiten (aptitude):[1] Vertrautheit, Übung und Training von Partizipation, Informations- und Wissensstand, Kenntnisse der Teilnahmegelegenheiten und -verfahren, Einsicht in Zusammenhänge, Wissen um die Einflußschancen. Negativ: Kompetenzzweifel, Überbeförderung und sachliche Inkompetenz, Gefühl und Wissen um Machtlosigkeit oder Manipulation.
- Relevanz: Mit diesem Faktor spielt HETTLAGE auf die Gefahren und Probleme einer von oben initiierten 'Partizipation' an:

  "Betrifft der durch einige Aktivität zu beeinflussende Tatbestand nicht die Präfeenzstruktur, Interessenslage und die Bedürfnisse des Individuums, so ist Engagement nicht zu erwarten." 2)

ad 2) Die Kategorie der Positionspotentiale reflektiert den Einfluß der sozialen Stellung auf Teilnahmeverhalten, wobei hier keine direkte Kausalbeziehung, sondern ein über Wert- und Verhaltensmuster vermittelter Einfluß angenommen wird. Mit den Positionsmerkmalen sind in erster Linie die Variablen des sozioökonomischen Status (Bildung, Berufsprestige, Einkommenslage) angesprochen, daneben aber auch demographische Variable, wie Alter, Geschlecht, Familienstand.

---

1) Lins, J.: Mitbestimmung im Wohnbau. A.a.O., S.96

2) Hettlage, R.: Genossenschaftstheorie und Partizipationsdiskussion. S.46, Zit.n.: Lins, J.: Mitbestimmung im Wohnbau. A.a.O., S.96

INHALTSVERZEICHNIS

AICH: "Wie demokratisch ist Kommunalpolitik?", Reinbek, Hamburg.

ALTVATER, E. (1972): Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: PROKLA, H. 3, S. 1ff.

ANDRITZKY, M. & SELLE, G. (Hrsg.): Lernbereich Wohnen, Rowohlt Reinbeck, 1979

ARBEITERKAMMER WIEN: Die Arbeitswege in Wien: in: Materalien zu Wirtschaft und Gesellschaft, Heft 25, Wien 1982.

ARDREY, R.: Adam und sein Revier. Wien 1968. Zit.n.: REICHARDT, R.: Bedürfnisforschung im Dienste der Stadtplanung. A.a.O.

ARGUS, Wiener Verkehrspolitik, Bilanz und Perspektiven, Wien 1983.

ARMBRUSTER/LEISNER: "Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik", Göttingen 1975

ASSANIERUNG von Stadtgebieten, Teil A, Grundlagen und Probleme der Stadterneuerung in Österreich, hg.v.d. Projektgruppe Assanierung Ziviltechniker der ARGE, Graz 1978

ASSANIERUNG von Stadtgebieten (Projektgruppe Assanierung von Stadtgebieten) Teil B,Graz 1982

ÄSTHETIK und Kommunikation 47/82

ATTESLANDER, P. & HAMM, B. (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie, Köln 1974

AUBÖCK, M. (198o): Innenhof als Lebensraum, in: bauforum Nr.8o, S.23-25, Wien

AUER, W.: Sozialpsychologische Befunde zur Stadtplanung, zur Nachbarschaft und zum Wohnen, Wien, VWGH, 1978 (Diss. Univ. Salzburg)

BACKE, B. (1968): Die sozialräumliche Differenzierung in Floridsdorf, Wien.

BAHRDT, Hans Paul: Probleme der Partizipation von Bürgern in Sanierungsgebieten, in: Beispiele-Experimente-Modelle Darmstadt 1981, S. 63 - 67

BANIK-SCHWEITZER, R. (1982): Zur sozialräumlichen Gliederung Wiens1869-1934, IS, Wien

BARGEL T. et al: Lokale Umwelten und familiale Sozialisation: Konzeptualisierung und Befunde. In: VASKOVICS, L. (Hrsg.)/ Umweltbedingungen familialer Sozialisation, A.a.O., S. 168 - 2o3.

BASTECKY/KRÜGER/ZOPP: Modellversuch Stadtteilbezogene Sozialarbeit, ein Erfahrungsbericht, Hrsg. Sozialamt der Stadt Wien, o.J.

BASTECKY/HOFFMANN/KÜGLER/MATUSCHEK: Nachbarschaftshilfe - Alternative zu bestehenden sozialen Diensten? Hrsg. Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Forschungsergebnisse des Dr.Adolf Schärf-Fonds, Wien 1978

BAUER,C. et al , Wiener Mängel. Die Unterversorgung mit bevölkerungsnahmen Einrichtungen. Reihe "In Sachen", Heft 6, Wien 1978

BAUER,C.: Die Lebenssituation von Althausbewohnern und ihre Bereitschaft zur Beteiligung an Sanierungsmaßnahmen. ÖZS, 4/76, S. 53 - 56.

BAUER, H.: Zur Reorganisation staatlicher Aufgabenerfüllung im Bereich Verkehr, in: E. Matzner, Der Wohlfahrtsstaat von morgen, S. 316-334, Wien 1982.

BAUER, H. et al (1983): Stadterneuerung als ständige Herausforderung. Erfahrungen und Ausblicke, Wien

BECK, Wolfgang: Die Alternativen der Bürger von "Schilderswijk", in: Beispiele-Experimente-Modelle 1981, S. 437 - 139

Beispiele Experimente-Modelle, Neue Ansätze im Wohnungsbau und Konzepte zur Wohnraumerhaltung, Lesebuch zum Kongreß in Saarbrücken Juni 1981, Hrsg. Deutscher Werkbund, Darmstadt.

Beratungsgemeinschaft für wohnliche Straßen: Heute Straße - morgen Wohnstraße, Zürich 1981.

BERGER, H. (198o): Vorarbeiten zur Stadterneuerung in Wien 1974-198o, in: der aufbau Nr. 11/8o, Wien

BERNDT, H.; LORENZER, A. & HORN, K.: Architektur als Ideologie. Suhrkamp, Frankfurt/M. 1969

BESENBÖCK, H. (1979): Mitbestimmung schafft noch keinen aktiven Bürger, in: Wohnbau Nr. 7-8/79, Wien S. 39-42

BICKMANN, F. et al: Dormitory density and helping behaviour. Enviroment and Behaviour, 1973, Heft 5, S. 465-49o

BIERHOFF, D. & BIERHOFF, H.: Sozialpsychologische Aspekte der Umweltpsychologie: in: KAMINSKI, G. (Hrg.), Umweltpsychologie, A.a.O., S. 4o-58

BOBEK, H. & LICHTENBERGER E. (1966): Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Graz-Köln

BOBEK, H. & LICHTENBERGER E. (1978): Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Wien

BODENSCHATZ H. / HEISE, V. /KORFMACHER, J.: Betroffenenwiderstand bei der Stadterneuerung im internationalen Vergleich, Berlin, London, Amsterdam, in: Evers/Lange/ Wollmann, Kommunale Wohnungspolitik, 1983

BODZENTA, E./ SPEISER, I. & THUM, K.: Soziale Bindungen an das Wohnviertel. Internationales RAB-Projekt, Zwischenbericht. Wien, 1979.

BOECKER F.: Suizide und Suizidversuche in der Großstadt - am Beispiel der Stadt Köln. Thieme, Stuttgart, 1973

BOER, Jo., UTERMANN, Kurt: Gemeinswesenarbeit, Community Organization - Opbouwwerk, Stuttgart 197o

BÖKEMANN, D. / STEINBACH, Überlegungen zur Beschreibung und Aufwertung städtischer Lebensqualität, in: Der Aufbau. Monographie 5: Sozialwissenschaften in der Stadtplanung, 1976, S. 10 - 17

BOLLERY Franzisko: Vergnügen und Arbeit im Kollektiv, Sozialistische Siedlungsalternativen vom utopischen Sozialismus bis zu den Kommunehäusern in der Sowjetunion in: Beispiele-Experimente-Modelle, a.a.O., S. 1-7

BORSKY, P.: Community reactions to air force noise. Zit. n.: SCHÖNBAUER, U.: Psychologische und physiologische Reaktionen auf Geräusche ... a.a.O.

BOSSEL: "Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft", Frankfurt 1978.

BOULET, J./ KRAUSS, J. & OELSCHLÄGER, D.: Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip - Eine Grundlegung, Bielefeld 198o

BRAMHAS, Kriterien für die Beurteilung der Erhaltens- und Sanierungswürdigkeit alter Wohnungen, Wohnhäuser und Wohngebiete, in: der aufbau 4/5, Wien 1976

BREDE, H./KOHAUPT, H. & KUJATH, J. (1975): Ökonomische und politische Determinanten der Wohnungsversorgung, Frankfurt/M.

BREINBAUER, W./ RIESER, H. & WOTTAWA, H.: Wohnwünsche der Wiener Bevölkerung. Institut für Stadtforschung, 31, Wien, 1975

BREITLING, P., In der Altstadt leben. Altstadterhaltung dargestellt am Beispiel Graz. Graz 1982

BUNDESMINISTERIUM für Raumordnung und Städtebau, Wohnungspolitik und Stadtentwicklung, Teil 2, in: Reihe Städtebauliche Forschung, Bonn 1983.

BURCKHARDT, Lucius: Demokratie im Städtebau in Pavia,in: Beispiele-Experimente-Modelle , a.a.O. 1981, S. 461 - 463

BUSCH, Hartwin: Squatting in England: Anarchie oder Beitrag zum Bruttosozialprodukt? in: Beispiele-Experimente-Modelle ,a.a.O. 1981, S. 457-46o

CASTELLS, M. (1977): Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung, Hamburg-Westberlin

CHOMBART de LAUWE, P.: Soziologie des Wohnens. In: Bauen und Wohnen, 1961, 16, Heft 6.

CONDITT, G. (1978): Stadterneuerung und Stadterweiterung in Österreichischen Ballungsräumen, Wien.

DARBRINGER, Willi: Modellversuch Gemeinwesenarbeit Eisenerz, Tätigkeitsbericht, vervielf. Manuskript, 1982

DESSAI, E.: Anforderungen an eine familiengerichte Wohnsituation. In: Familiengerechtes Wohnen in der Zukunft. Badener Symposion 1979. Schriftenreihe des kath. Familienverbandes, 198o, 1o.

DIRISHAMER, R.: Partizipation in der Wohnbauplanung. ÖZS, 1976, Heft 4, S. 34 - 45.

DITTOERNER: Bürgerinitiativen als partielle Partizipations-begehren , Opladen 1973

DOERNACH, R. (1981): Das Biohaus - Partner der Natur - Partner des Menschen, in: ANDRITZKY, M. / BURCKHARDT, L. (Hrsg.): Für eine andere Architektur, Frankfurt/Main.

DORFWITH, J.: Verkehrserhebung 197o, im Auftrag des Magistrats der Stadt Wien.

DREITZEL, 1968: Zit.n.: Kälin, K.: Populationsdichte und soziales Verhalten, a.a.O.

DRUM, M. (1981): Hinterhöfe - Gartenhöfe in gründerzeitlicher Blockbebauung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 7-8/1981, S. 485-498, Bonn

DULOVITS, H.: Grundsätzliche Probleme der angewandten Stadt-soziologie. Diss. Univ. Wien, 1978.

EDWARDS, J./BATLEY, R. (1978): The Politics of Positive Discrimination. An Evaluation of the Urban Programm 1967-77, New York.

EIBL-EIBESFELDT, T.: Grundriß der vergleichenden Verhaltens-forschung. München, Piper, 1967.

EISNER, R.: Wohnen in Innsbruck, Innsbruck, 1979

ENGELHARDT, W. (Hrsg.), Ökologie im Bau- und Planungswesen, Stuttgart 1983

ERIKSON, E.: Identität und Lebenszyklus. Frankfurt/M. 1973

EVENS, G.W. & HOWARD, R.B.: Personal Space. Psychol. Bulletin 8o, 1973, S. 334-344

EVERS/LANGE/WOLLMANN: Kommunale Wohnungspolitik, 1983

FALK, G.: Wohnmobilität und räumliche Umwelt alter Menschen. Grazer Soziologische Schriften, Band 8, 1978.

FASSBINDER, H.: Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung im Kontext kapitalistischer Regionalpolitik, in: Kursbuch 27, Berlin 1972,

Bürgerinitiativen zwischen Wohnbereich und Betrieb, in: ARCHT 21, 1974

FASSBINDER,H.: Stadterneuerung in Rotterdam, Politikwissenschaftliche Serie Nr. 1 des IHS, Wien 1982

FESTINGER, L.: A theory of social comparison processes. In: Human Relations 7, 1954, S. 117-14o

FIEBIG, K.H./KRAUSE, U. Grüne Höfe - ein Programm von München bis Kiel. Förderungsprogramme und Chancen der Wohnumfeldverbesserung in den Städten, in: URBANES WOHNEN E.V. (Hrsg.): Festschrift zum 1o-jährigen Bestehen von Urbanes Wohnen e.V. München S. 71-76, München 1983

FORSCHUNGSGESELLSCHAFT für Wohnen, Bauen und Planen, Probleme der Stadterneuerung, Wien 1976

FORSCHUNGSGRUPPE der FU Berlin: Bericht zur Rolle und Funktion von Bürgerinitiativen, Opladen 1973

FÖRSTER, W.,Segregation und "Neue Wohnungsnot" - Gegensteuerung durch kompensatorische Stadterneuerungspolitik, in: ÖZP, H. 4, S. 445-453, Wien 1982

FRASSINE,I.: Die Situation kinderreicher Familien in Wiener Neubausiedlungsgebieten. Institut für Stadtforschung, Wien 1973

FREEDMAN, J.L./BUCHANAN, R.W. & PRICE,J.: Crowding and human aggressivness. J. of Experimental social Psychology 8, 1972, S. 528-548

FREISITZER, K.: Matrialien zum Wohnwertvergleich im sozialen Wohnungsbau. ÖZS 4/76, S. 46ff.

FRIEDRICHS, J. (1978): Stadtentwicklung in kapitalistischen und sozialistischen Ländern, Reinbeck

FRIEDRICHS, J. (1981): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Reinbeck

FRANCK,G./RAUCH,Th. (1983): Zur Bedeutung des Wohnumfeldes für innerstädtische Bereiche, in: Urbanes Wohnen e.V. (Hrsg.): Festschrift zum 1o-jährigen Bestehen von Urbanes Wohnen e.V. München S. 17-38, München

GALLE, O. et al.: Bevölkerungsdichte und Pathologie, 1973. S.13- 19

GÄLZER, R. (1973): Zur Stellung der Grünplanung in der Stadtentwicklung Wiens, in: der aufbau Nr. 9-1o/1973, S.348-353 Wien

GANSER, Karl (1983): Wohnumfeldverbesserung. Eine Gemeinschaftsaufgabe privater und kommunaler Initiativen, in: URBANES WOHNEN E.V. (Hrsg.): Festschrift zum 1o-jährigen Bestehen von Urbanes Wohnen e.V. München, S.7-9, München

GEHMACHER: "Das Salzburger Seminar 'gegen' die Bürgerinitiativen" in: Zukunft Nr. Wien 198o

GEHMACHER, E./KAUFMANN, A. & STROTZKA, H.: Wohnen und psychische Gesundheit. Eine empirische Studie. Forschungsges. für Wohnen, Bauen und Planen. Monographie 26, Wien 1977

GEMEINWESEN und Stadterneuerung (Planungsgruppe Raumordnung und Stadterneuerung u.a.) Wien, Nov. 198o

GEMEINWESENARBEIT im Stadtteil Resthof, Bilanz des 1. Vereinsjahres 1982 (Verein zur Förderung der Gemeinwesenarbeit im Stadtteil Resthof), Linz 1982

GISSER, R./KAUFMANN, A. (1972): Sozialstruktur Wien 1961, in: der Aufbau 27, S. 242-284

GISSER, R. (1974): Ökologische Segregation der Berufsschichten in Großstädten, in: Herlyn, Stadt- und Sozialstruktur, München

GOTTHOLD, J.: Der strukturelle Zusammenhang zwischen Sanierung, Neubaugebiet, Obdachlosigkeit und Stadtteilzentren, in: Lehn/Oelschlägel, Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip, Kassel 1981

GOTTHOLD, J.: Evaluation eines Stadtteilentwicklungsprogrammes für einen Sozialen Brennpunkt, Methodische Vorüberlegungen in: Lölhöffel/Schimanke, Kommunalplanung vor neuen Herausforderungen , Basel 1983

GRÄSEL, W. (1979): Partizipation gegen perfekte Planung, in: Wohnbau Nr-7-8, S.12-16, Wien

GRÄSEL, W. (1983): Probleme der Stadterneuerung in größeren Städten, am Beispiel Assanierungsgebiet Ottakring. Hauptbericht-Teil 1, Wien

GRIFFITT, W. & VEITCH, R.: Hot and crowded. Influences of population density and temperature on interpersonal affective behaviour. J.of Personal and Social psychology 17, 1971, S. 92-98

GRONEMEYER, R.: Integration durch Partizipation. Fischer, Frankfurt/M. 1973

GROSSMANN: Bürgerinitiativen - Schritte zur Veränderung , Frankfurt 1971

GUGGENBERGER: Krise der repräsentativen Demokratie? , in: Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978

GULICK, Charles: Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1979

GUTTMANN, G. & KÜHLBERGER, F.: Wohnerfahrung und Wirtschaftlichkeit einer fußläufigen Gartenstadt. Forschungsges. f. Wohnen, Bauen und Planen, Monographie 32, Wien, 1974

HÄFNER, H. et al: Inzidenz seelischer Erkrankungen in Mannheim 1965. Social psychiatry. Vol. 4, No 3, 1969, S 126-135.

HAIDER, M.: Umwelteinflüsse im Wohnbereich. Wohnbauforschung in Österreich, Heft 1/2, 1972

HABERMAS: Über den Begriff der politischen Beteiligung , in: Grube/Richter: Demokratietheorie , Hamburg 1975

HAIDER M. & KOLLER, M.: Gesundheitliche Auswirkungen von Straßenlärm auf den Menschen. Österreichische Gemeinde-Zeitung, 1981, Jhg. 47, S. 445-448

HALL, E.T., zit. n. KÄLIN, K.: Populationsdichte .... A.a.O.

HAMACHER,Gerd/DURTH,Werner: Stadtentwicklung als Problemverschiebung, Stationen eines Sozialfalles, in: ARCH 4o/41, Aachen Nov. 1978

HAMM, B., Betr.:Nachbarschaft (Bauwelt Fundament/40) Düsseldorf 1973

HAMM, B., Lebensraum Stadt. Beiträge zur Sozialökologie deutscher Städte, hg. v.B.H., Frankfurt-New York, 1979

HANSELY, H.J. (1978): Bevölkerung, Wien

HARDER, G. & SPENGELIN, F. (Hrsg.): Verkehrsberuhigung in Wohngebieten; Gemeinde-Stadt-Land 1, Hannover 1978

HARDER, G. & SPENGELIN, F. (Hrsg.): Umweltqualität und Verkehrsberuhigung in der Stadt- und Verkehrsplanung; Gemeinde-Stadt-Land 4, Hannover 1979

HARDER, G. & SPENGELIN, F. (Hrsg.): Verkehrsberuhigung und Radverkehr in der Stadt- und Verkehrsplanung; Gemeinde-Stadt-Land 7, Hannover 1981

HARLOFF, H.J.: Psychol.u. soziol.Aspekte der Wohnsanierung. Kölner Zeitschrift f. Soziologie u. Sozialpsych., 1973, S 254 ff.

HARVEY, D. (1973): Social Justice and the City, London 1973

HEIL, K.: Kommunikation und Entfremdung. Stuttgart/Bern, 1971

HEINZE, G.W.: Zur Theorie des Verkehrswachstums, 1978

HELMS, H.G./JANSSEN, J. (1971) (Hrsg.): Kapitalistischer Städtebau, Neuwied-Berlin 1971

HELPER, M.M.: The effects of noise on work output and physiological activation, 1957. Zit.n.: Schönbauer, U.: Psych. und physiol. Reaktionen auf Geräusche ... A.a.O.

HENZLER, Th. (1983): Grüne Gartenhöfe - Grüne Nachbarschaften Eine Chance für sozialeInteraktion im Wohnumfeld. In: URBANES WOHNEN E.V. (Hrsg.): Festschrift zum 1o-jährigen Bestehen von Urbanes Wohnen e.V. München, S.1o5-1o9, 1983 München

HERLYN, U. (1974): Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung, München 1974

HIESS, H.: Inhaltsanalyse der Zielsysteme der Verkehrskonzepte Österr. Städte, unveröffentl. Manuskript, Wien 1983

HIESS, H.: Individuelle Kosten des PKW, unveröffentliches Manuskript, Wien 1983

HILDEBRANDT, Ingeborg: Zwei Jahre Nachbarschaftshilfe, Projekt Barichgasse 8, in: SIÖ Nr. 58, 1983, S. 45f.

HOFFMANN, O. (1981): Wohnen in der Natur in der Stadt, in: ANDRITZKY, M./BURCKHARDT, L. (Hrsg.), Für eine andere Architektur, Bd. 1, S. 44ff, Frankfurt a.M.

HOLLEIS, Eva: Die Sozialpolitische Partei, Sozialliberale Bestrebungen in Wien um 19oo, Diss. Univ. Wien, 1979

HUTT, C. & VAIZEY, M.J.: Differential effects of group density on social behaviour. Nature 2o9, 1966, S. 1371 - 1372, Zit. n.: KRUSE, L.: Crowding, A.a.O.

IPSEN, D.: Das Konstrukt Zufriedenheit. Soziale Welt, Jg. 29, 1978, Heft 1.

IWASZIEVICZ, H.: Bürgerinitiative und Partizipation, in: Anndedore Schultze, Soziale Gemeinwesenarbeit 1972

KAINRATH, W./POTYKA, H./ZABRANA, K. (1983): Planquadrat. Was daraus wurde (unveröffentlicht)

(198o): Planquadrat 4. Versuch einer "sanften" Stadterneuerung, Stuttgart

(1979): Eine Stadt ist so gut wie ihre Verwaltung, in: WOHNBAU Nr. 7-8/1979, Wien, S. 5o-53

KAINRATH, W. (198oa): Planquadrat - ein Rückblick, in: Summa-Wirtschaftsberichte, hrsg. v.d. Zentralsparkasse und Kommerzbank, Wien Nr. 1/8o

(198ob): Bericht über ein Arbeitsseminar zu den Themen: Innerstädtische Grünfläche und Verkehrsberuhigung, in: der aufbau Nr. 11/198o, Wien, S. 359-36o

(1979): Stadterneuerung und Bodenordnung. Probleme, Entwicklungstendenzen, Ziele, Wien.

(1982): Das Mietrecht als Instrument zur Verhinderung von Slums, in: ÖZP H. 4, S. 455-464

KÄLIN, K.: Populationsdichte und soziales Verhalten. Europäische Hochschulschriften, Reihe VI, Herbert Lang, Bern, 1972.

KAMINSKI, G. (Hrsg.): Umweltpsychologie. Perspektiven - Probleme - Praxis. Ernst Klett Verlag. Stuttgart, 1976

KASL, S.: Effects of Housing on Mental and Physical Health. New Haven, 1973

KASTKA, J. & BUCHTER, E.: Zum Inhalt der Belästigungsreaktion auf Straßenlärm, Kampf dem Lärm, 24, 1977. S. 6ff.

KASTKA, J.: Untersuchungen zur Belästigungswirkung der Umweltbedingungen Verkehrslärm und Industriegerüche, in: KAMINSKI, G.: Umweltpsychologie, a.a.O., S. 187-223.

KAUFMANN, A. & HARTMANN, B.: (1983): Altmiethäuser und ihre Besitzer, Wien, Institut für Stadtforschung

KAUFMANN, A. & SZÜCS, I.: Großstädtische Lebensweise. Zit. n.: DULOVITS, H.: Grundsätzliche Probleme der Stadtsoziologie, A.a.O.

KAUFMANN, A. et al: Motive und Formen der Wohnungsmobilität, Inst.f.Stadtforschung, Jugend & Volk, Wien, 1976

KAUFMANN, A. (1975): Wiener Stadterneuerungsprobleme - Kleinräumige Analyse der Sozialstruktur, in: der Aufbau 3o.

(1978): Sozialräumliche Gliederung der österreichischen Großstadtregionen. Kleinräumige Analyse der Wohnverhältnisse in den Stadtregionen Wien, Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt u. Mitarbeit v.A. Baier et al., IS, Wien.

KAUFMANN, A./KNOTH, E./HARTMANN, B. (1979): Wohnungskosten und ökonomische Situation der Haushalte, IS, Wien

KAUFMANN, A. (1979): Sozialräumliche Gliederung der österr. Mittelstadtregionen. Kleinräumige Analyse der Wohnverhältnisse, Wien.

KEIM, D., Milieu in der Stadt. Ein Konzept zur Analyse älterer Wohnquartiere, Stuttgart-Berlin 1979

KIESSLER, O./ KORTE, H. (Hg.), (1975): Soziale Stadtplanung, Düsseldorf.

KOHLBRENNER, U. (1981): Die Geschichte des Innenhofes und wie man ihn erneuern kann. in: ANDRITZKY, M./SPITZER, K. (Hrsg.), Grün in der Stadt, Reinbeck

KOHOUTEK, R./KAINRATH, W. (1976): Wohnungsmarkt II, Ansätze zu einer polit-ökonomischen Theorie der Wohnungswirtschaft, IS, Wien.

KÖLN Severinsviertel, Stollwerk; in: Beispiele-Experimente-Modelle a.a.O., S. 353

KÖNIGLICH Niederländischer Touring Club: Woonerf; Den Haag 198o

KRAHULEC, Peter: Gemeinwesenarbeit - wie sie im Buche steht, in: ARCH 4o/41, S. 83 f.

KREISKY, E./LANG, M./LEITNER, H./MATUSCHEK, H./NEYER, G./ NOWAK, M./WIMMER, H./WINKLER, N., Untersuchung über die ausländischen Arbeitskräfte in Österreich. Sozialwissenschaftlicher Teil, 1. Zwischenbericht (Ergänzungsband), IHS, Wien 1982

KRIER, R.: Stadtraum in Theorie und Praxis, Stuttgart o.Jg.

KRUSE, L.: Räumliche Umwelt, Walter de Gruyter, Berlin/New York, 1974

KRUSE, L.: Crowding - Dichte und Enge aus sozialpsychologischer Sicht. Zeitschrift f. Sozialpsychologie, 1975, 6, S. 2-3o.

KUBINGER, K.: Der Einfluß der Planungsmitbestimmung auf die Wohnzufriedenheit. Psychologie und Praxis, Band 23, 1979, S. 145-156

KUCHTNER, W. (1983): Hofbegrünung in München. Planung, Rechtliche Grundlagen, Finanzierung, in: URBANES WOHNEN E.V. (Hrsg.), Festschrift zum 10-jährigen Bestehen von Urbanes Wohnen e.V., München, S. 39-52.

LAIRD, J.T. (1973): Mental health and population density. J.o. Psychol., 85, S. 171 - 177.

LANGDON, F.J.: Noise nuissance caused by road traffic in residential areas. Zit.n. SCHÖNBAUER, u., A.a.O.

LEFEBVRE, H. (1972): Die Revolution der Städte, München.

LEHN Th., OELSCHLÄGEL, D. (1981): Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip, Gesamthochschulbibliothek Kassel.

LEITNER, H. (1978): Segregation, Integration und Assimilation jugoslawischer Gastarbeiter in Wien - eine empirische Analyse, Diss., Wien.

LE ROY (1973): Natur ausschalten - Natur einschalten, Stuttgart (2. Auflage).

LICHENBERGER, E. (1980): Die Stellung der Zweitwohnung im städtischen System - das Wiener Beispiel; in: ÖGRR, Berichte zur Raumordnung und Raumforschung, Heft 1, Wien.

LINDER, W., MAURER, U., RESCH, H. (1975): Erzwungene Mobilität, Alternativen zur Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehrspolitik, Köln.

LINS, J. (1974): Segregation: soziale Differenzierung und sozialräumliche Struktur, Linz, 1974

LINS, J. (1982): Mitbestimmung im Wohnbau. Von Technokratieherrschaft zu konkreter Demokratie. Verlag f. Gesellschaftskritik, Wien.

LÖLHÖFFEL, D.von, SCHIMANKE D. (Hrsg.) (1983): Kommunalplanung vor neuen Herausforderungen, Stadtforschung aktuell 2, Basel.

LOO, J.T.: Zit. n. SCHÖNBAUER, U., a.a.O.

LÖTSCH, B. (1981a): ÖKologische Überlegungen für Gebiete hoher baulicher Dichte, in: Informationen zur Raumentwicklung, Nr. 7 - 8/1981, S. 415-424, Bonn.

LÖTSCH, B. (1981b): Stadtklima und Grün, in: ANDRITZKY, M., SPITZER, K. (Hrsg.) Grün in der Stadt, Reinbek.

LUUKA, U. (1971): Gemeinwesenarbeit, Ein Weg zur Lösung sozialer Konflikte, Freiburg.

MAYER, M., ROTH, R., BRANDES, V. (Hg.) (1978): Stadtkrise und soziale Bewegungen, Texte zur internationalen Entwicklung, Köln-Frankfurt/M.

MAYER-TASCH, (1976): Die Bürgerinitiativbewegung , Reinbek/ Hamburg.

MC. GREW, W.C.: An ethological study of social behaviour in pre-school children, Zit.N.: KRUSE, L.: Crowding, A.a.O.

MAGISTRAT DER STADT GRAZ - Stadtplanungsamt: Stadtentwicklungskonzept Graz - Sachprogramm Verkehr für die Bezirke II - IV; Diskussionsentwurf.

MAGISTRAT DER STADT WIEN (1970): Verkehrskonzept für Wien.

MAGISTRAT DER STADT WIEN (1973): Leitlinien für die Stadtentwicklung.

MAGISTRAT DER STADT WIEN (1976): Stadterneuerung in Wien am Beispiel Ottakring. Ergebnisse der Befragungen, Wien.

MAGISTRAT DER STADT WIEN (1980): Verkehrskonzeption für Wien.

MAGISTRAT DER STADT WIEN - MA 18 (KAINRATH, W.) (1979): Stadtentwicklungsplan für Wien, Stadterneuerung und Bodenordnung, Diskussionsgrundlage, Wien

MAGISTRAT DER STADT WIEN - MA 18 (GÄLZER, R., HANSELY, H.J.) (1980): Stadtentwicklungsplan für Wien, Grünraum, Freizeit und Erholung, Diskussionsgrundlage, Wien.

MAGISTRAT DER STADT WIEN (1982): Magistratsdirektion - Koordinationsbüro, Stadtteilbezogene Sozialarbeit im Rahmen der Stadterneuerung, Wine.

MAGISTRAT DER STADT WIEN (1977-1982): Budgetvorschläge der Gemeinde Wien.

MAGISTRAT DER STADT WIEN - MA 12: Stadtteilbezogene Sozialarbeit im Rahmen der Stadterneuerung und am Beispiel im Stadterneuerungsgebiet Gumpendorf.

MILGRAM, S. (1970): Das Erleben einer Großstadt. Zeitschrift für Sozialpsychologie 1, S. 142 - 152.

MITSCHERLICH, A. (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Suhrkamp, Frankfurt/M.

MITSCHERLICH, A. (1979): Thesen zur Stadt der Zukunft. Suhrkamp, Frankfurt.

NARR, W.-D.(1972): Leistungen, Grenzen und Probleme der pluralistischen Gesellschaft am Maßstab der Demokratie , in: NUSCHELER/ STEFFANI: Pluralismus", München.

NEGT/KLUGE (1972): Öffentlichkeit und Erfahrung , Frankfurt.

NICKOLMANN (1976): Die Chance der Bürgerinitiativen , Wuppertal.

OEKOTOP GmbH (1981): Wachsende Lebensqualität für Kreuzberg, Berlin.

OLKOWSI, H., OLKOWSKI, W. (1975): Selbstversorgung in der Stadt Schaafheim.

OFFE (1973): Demokratische Legitimation der Planung , in: Greiffenhagen, Demokratisierung in Staat und Gesellschaft , München.

ÖSTERREICHISCHES STATISTISCHES ZENTRALAMT (1976-1982): Mikrozensus über die Umweltbelastung.

PELINKA, A. (1977): Bürgerinitiativen - gefährlich oder notwendig , Wien.

PELINKA, A. (1982): Die österreichisches Sozialpartnerschaft im internationalen Vergleich, in: ÖZP 82/3.

PETERS, H. (1968): Moderne Fürsorge und ihre Legitimation, Köln und Opladen.

PFEIL, E. (1954): Die Wohnwünsche der Bergarbeiter, Tübingen, Mohr.

PFEIL, E. (1972): Großstadtforschung, Jänecke Verlag, Hannover.

PFEIL, E.: Die Familie im Gefüge der Großstadt. Schriftenreihe der Ges.f.Wohnungs- und Siedlungswesen, Hans Christian Verlag, Hamburg.

PIPEREK, M. (1970): Wohnumwelt und seelische Verwahrlosung bei Kindern. Forschungsges. f. Wohnen, Bauen und Planen, Heft 33.

PIPEREK, M. (1971): Grundaspekte einer Baupsychologie. Forschungsges. f. Wohnen, Bauen und Planen, Heft 41.

POSCH, W. (1979): Lebensraum Wien. Die gebietspolitischen Entscheidungen von gestern - die Raumordnungsprobleme von heute. in: bauforum Nr. 73, S. 17-23, Wien.

POSCH, W. (1981): Die Wiener Gartenstadtbewegung. Reformversuch zwischen erster und zweiter Gründerzeit, Wien.

PRENNER, R. (1972): Der Einfluß der Wohnsituation auf die Gesundheit der Kinder. Wohnungsmedizin, Jg. 10, Heft 1, S.3-6.

PROSHANSKY, H. et al.: Enviromental psychology. Zit.n.: CROWDING. A.a.O.

QUETESCHINER, K. (1982): Gemeinwesenarbeit Resthof, Bericht Linz, Juli 1982

RAINER, R. (1953): Bandstadt Wien. Die natürlichen Tendenzen städtebauchlicher Entwicklung im Wiener Raum, in: bauforum nr. 73, S. 25-30, Wien.

RAINER, R. (1962): Planungskonzept Wien, Wien.

RAINER, R. (1978): Kriterien der wohnlichen Stadt. Trendwende im Wohnungswesen und Städtebau, Graz.

RASEHORN (1976): Wohnen in der Demokratie , Darmstadt.

REICHARDT, R. (1974): Bedürfnisforschung im Dienste der Stadtplanung. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien.

REMMELE (1978): Bürgerinitiativen in der repräsentativen Demokratie, Mainz.

RHODE, R. (1977): Die Verdrängung der Wohnbevölkerung durch den tertiären Sektor. Strukturwandlungen in citynahen Gebieten in Hamburg und Frankfurt/M 1961-1970, Hamburg.

ROHRMANN, H. et al.: Fluglärm und seine Wirkungen auf den Menschen. Zit.n.: SCHÖNBAUER, U.: Psych. u. physiol. Reaktionen auf Geräusche ... A.a.o.

ROSS MURRAY G. (1955): Gemeinwesenarbeit - Theorie, Prinzipien, Praxis Freiburg 1968. (1. Auflage 1955!)

ROTH (1980): Notizen zur politischen Geschichte der Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik, in: ROTH (Hrsg.): "Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen", Frankfurt.

ROY, K.: Parents' attitudes toward their children. Journal of Home Exonomic, 1950, 42, S. 652-653, Zit.n.: KÄLIN, K.: Populationsdichte und soziales Verhalten. A.a.O.

SACHSSE Ch., TENNSTEDT, F. (1980): Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Vom Spätmittelalter bis zum 1. Weltkrieg, Stuttgart.

SAEGERT, S. (1973): Effects of spatial and social density on arousal, mood and social orientation. Diss., Michigan, zit.n.: KRUSE, L.: Crowding. A.a.O.

SANIERUNGSPROBLEME großer Städte Berlin - Wien (1974): hg. v. Öst.Institut f. Bauforschung, Wien.

SAUBERER, M., CSERJAN, K. (1972): Sozialräumliche Gliederung Wien 1961. Ergebnisse einer Faktorenanalyse, in: der Aufbau 27, S. 284-306.

SPITZER, K. (1979): Grün in der Stadt - Zur demokratischen Nutzung von öffentlichen Grünanlagen, in: ANDRITZKY, M., SELLE, G. (Hrsg.): Lernbereich Wohnen. Didaktisches Handbuch zur Wohnumwelt vom Kinderzimmer bis zur Stadt, Reinbeck.

SPRENG, M., ANDERNACH, K. (1976): Psychophysikalische Skalierungsversuche zur Bestimmung einer Unbehaglichkeits- und Unannehmbarkeitsschwelle der Einwirkung verschiedener Schalle. Kampf dem Lärm, 13.

SCHIEDER, P. (1983): Umwelt: Stunde der Wahrheit, in: der Aufbau Nr. 6-7/1983, S. 253-256, Wien.

SCHMITT, R.: Density, health and social disorganization. Zit.n.: KRUSE, L.: Crowding. A.a.O.

SCHNEIDEWIND, P. (1981): Einsatzmöglichkeiten der Gemeinwesenarbeit in der Kleinregion Eisenerz (Vorstudie), vervielf. Forschungsbericht, SOREF Wien.

SCHNEIDEWIND, P. (1982): Modellversuch Gemeinwesenarbeit Eisenerz, Das erste Jahr, Wien.

SCHÖNBAUER, U., Psychologische und physiologische Reaktionen auf Geräusche unterschiedlicher Thematik und Kontrollierbarkeit. Diss., Univ. Wien, Wien 1981

SCHOPPER, M. (1982): Grünflächen und Grünraumplanung, in: der Aufbau Nr. 2-3/1982, S. 80-83, Wien.

SCHOPPER, M. (1983): Der Landschaftsrahmenplan für Wien, in: der Aufbau Nr. 6-7/1983, S. 284-288, Wien.

SCHRÖCKER, B. (1982): Armenpolitik in Österreich, Am Beispiel Wien und Niederösterreich, Diss. Univ. Wien.

SCHUBERT, D. (Hg.) (1981): Krise der Stadt. Fallstudie zur Verschlechterung von Lebensbedingungen in Hamburg, Frankfurt, München, Berlin (West).

SCHULTZE, A. (Hrsg.) (1972): Soziale Gemeinwesenarbeit, Freiburg.

SCHULTZ VAN TREEK, A.: Die Zivilisationsschäden im Hals-, Nasen- und Ohrenbereich. in: VOGLER, P. (Hrsg.): Medizin und Städtebau. Bd. I. A.a.O. S. 431-438.

SCHULZ, W. (1978): Sozialkontakte in der Großstadt. Inst.f. Stadtforschung. Jugend und Volk, Wien.

STÄDTEBAULICHE FORSCHUNG (1983): Stadterneuerung mittlerer Intensität, VOLWAHSEN, A., FRANKEN, H., HAUSMANN-ELTER, M., REISS-SCHMIDT, S., ZWOCH, F.

STADTGARTENAMT WIEN (1983): Grünoffensive in dichtbebauten Gebieten. in: Der Aufbau Nr. 6-7/1983, S. 308-309, Wien.

STADTÖKOLOGIE (1978): Bericht über ein Kolloquium der deutschen UNESCO-Kommission in Bad Homburg, München-New York.

STOKOLS, D. (1972): On the distinction between density and crowding, Psychological Review 79, S. 275-277.

STÖLLBERGER, G. et al. (1980): Unser Park ... vom Spielen mit Kindern und Streiten mit den Behörden im Assanierungsgebiet Wien-Ottakring, Wien.

STROTZKA, H. (1982): Psychohygiene des Wohnens. Psychosozial 2/82, Rororo 1982, S. 52-72.

THEODORSON, G. (1961): Studies in Human Ecology, New York.

TISCHENDORF, F.: Gesundheitsgeführdung durch Lärm. in: VOGLER, P. (Hrsg.) Medizin und Städtebau. A.a.O., Bd. 2, S. 1-10.

TRUDEWIND, C. (1975): Häusliche Umwelt und Motiventwicklung. Motivationsforschung, Bd. 4, Hogrefe, Göttingen.

THUM, K. (1980): Es grünt so grau. 25 alternative Gestaltungsvorschläge zur Grünflächenplanung, Wien.

THUM, K.: Soziale Bedingungen an das Wohnviertel. in: BODZENTA, E. et al.: Wo sind Größstädter daheim? A.a.O. S. 46 ff.

ULRAM (1978): Zwischen Bürokratie und Bürger , Wien.

URBANES WOHNEN e.V.: Bürger gestalten ihre Stadt; Festschrift zum 10-jährigen Bestehen von Urbanes Wohnen e.V., München, (1983).

VAERENBERGH, van M.(1980): Die Qualitätskriterien der Wohnung. Ständiger Ausschuß Miete und Familieneinkommen, IVWSR, Luxemburg.

VALENTIEN, D. (1981): Chancen zur Sanierung gestörter Ökosysteme im Ballungsraum. in: Daten und Dokumente zum Umweltschutz Nr. 31, Hohenheim, S. 171-180.

VASCOVICS, L.A. (1976): Segregierte Armut, Frankfurt-New York.

VASKOVICS, L.A. (1982): Umweltbedingungen familialer Sozialisation. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart.

VESTER, F. (1983): Ballungsgebiete in der Krise. Vom Verstehen und Planen menschlicher Lebensräume, München.

VIERECKE, K.D.: Nachbarschaft, Zit.n.: SCHULZ, W.: Sozialkontakte in der Großstadt. A.a.O.

VOGLER, P. (Hrsg.): Medizin und Städtebau. Bd. I und II, Schwarzenberg, München, (1957).

VOITL, H., GUGGENBERGER, E., PIRKER, P. (1977): Planquadrat: Reihe, Grün und Sicherheit. Wohnen in der Stadt, Wien, Hamburg.

WEBER, P., KNOTH, E. (1979): Sanierungsbedarf in den Städten, IS, Wien.

WEBER, P. (1981): Stadterneuerung in Österreich; ÖROK Schriftenreihe Nr. 25, Wien.

WEEBER, R.: Eine neue Wohnumwelt. Zit.n.: SCHULZ, W.: Sozialkontakte in der Großstadt. A.a.O.

WEGENER, H.: Arbeitsfelder und Arbeitsphasen in der sozialen Gemeinwesenarbeit, in: SCHULTZE, A., soziale Gemeinwesenarbeit, 1972

WEICK, K.F. (1968): Systematic Observational Methods. in: LINDZEY, G., ARANSON, E. (eds.) Handbook of Social Psychology, Vol. II, Massachusetts, S. 357-451.

WESTPHAL, H. (1979): Wachstum und Verfall der Städte. Ansatz einer Theorie der Stadtsanierung. Frankfurt-New York.

WIENER MÄNGEL (1978): Die Unterversorgung mit bevölkerungsnahen Einrichtungen, in: IN Sachen, 4. Jg., Heft 6.

WINNING VON, H.-H. (1982): Verkehrsberuhigung, Stuttgart.

WIST (1978): Betriebsstättenbefragung Assanierungsverdachtsgebiet Mariahilf, Herbst 1978, SWITIL, W., HRON, K.

WIST (1980): Wirtschaftsbezogene Stadterneuerung in Wilhelmsdorf. Im Auftrag des MA der Stadt Wien, Ma 4/3 und Wiener Handelskammer, HAUER, W., NEIDL, P., POHL, E., Wien, Dez. 1980.

WOESS, F. (1974): Entwicklung der Wiener Grünanlagen, in: EHRENDORFER/STARMÜHLNER (Hrsg.): Naturgeschichte Wiens, Bd. 4.

WÜSTENHAGEN (1975): "Bürger gegen Kernkraftwerke", Reinbek/Hamburg.

ZAPF, K. (1969): Rückständige Viertel. Eine soziologische Analyse städtebaulicher Sanierung in der BRD, Frankfurt.

ZINN, H. (1972): Die gebaute Umwelt und ihr Einfluß auf den Menschen. Wohnungsmedizin, Jhg. 10, Heft 1, S. 3-6.